

Astrid von Pufendorf
Otto Klepper (1888–1957)

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 54

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Astrid von Pufendorf

Otto Klepper (1888–1957)

Deutscher Patriot
und Weltbürger

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Pufendorf, Astrid von:

Otto Klepper : (1988–1957) ; deutscher Patriot und Weltbürger /

Astrid von Pufendorf. – München : Oldenbourg, 1997

(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 54)

ISBN 3-486-56241-X

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Rosenheimer Str. 145, D-81671 München

Telefon: (089) 4 5051-0, Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56241-X

Inhalt

Vorwort von Hans-Jürgen Puhle	7
Dank	9
Einleitung	11
1. Die hugenottische Herkunft	17
Der Student und der Soldat	20
Das Vorbild: Lorenz von Stein	23
2. Die Neuorganisation des Domänenpächterverbandes	25
Die Gründung der Deutschen Domänenbank	26
Das neue Agrarkreditsystem und das Pächterkreditgesetz	31
Das Beraterteam	33
3. Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse	36
Preußen nach dem Ersten Weltkrieg	39
Die finanzielle Situation der Preußenkasse und die Verschuldungskrise in der Landwirtschaft um 1928	43
4. Klepper, der Präsident der Preußenkasse, und sein agrarpolitisches Programm	50
Die Reorganisation der Preußenkasse	54
Das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung	62
Die Rationalisierung des Genossenschaftswesens	64
Die Preußenkasse und die Osthilfe	72
5. Das preußische Finanzministerium unter Klepper	93
Verteidigung der Unabhängigkeit Preußens gegenüber dem Reich	104
Papens Staatsstreich und die Auflösung Preußens	124
Diffamierung als Mittel der Politik: Das Ende Preußens und das Ende von Weimar	140
6. Exil – Vorbereitung für ein neues Deutschland	153
Finnland: erste Station – der Blick zurück	157
China: Klepper als Agrar- und Finanzberater	163
Frankreich: Politische Konzepte für die Volksfront	174
Die Deutsche Freiheitspartei	194

„Die Zukunft“ und die „Deutsch-Französische Union“	211
Internierung und Flucht	219
Mexiko: letzte Station – „mit dem Gesicht nach Deutschland“	229
 7. Nachkriegszeit – die deutsche Chance	 238
Die Gründung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“	238
Gründungs- und Aufbauphase der <i>Frankfurter Allgemeinen Zeitung</i>	248
Auseinandersetzungen um die politische Linie der FAZ und der Bruch zwischen Wipog und FAZ	260
„Die Eigenverantwortung der Person“ – Kleppers Vorstellung von einer politisch verantwortlichen Elite	281
 Otto Klepper – „ein Mensch zwischen den Zeiten“	 298
 Lebensdaten von Otto Klepper	 309
 Quellen- und Literaturverzeichnis	 311
 Abkürzungen	 331
 Personenregister	 335

Vorwort

Astrid von Pufendorfs Buch rekonstruiert das Leben und Wirken des heute weiteren Kreisen nahezu unbekannten deutschen Politikers und Publizisten Otto Klepper (1888–1957), der zeit seines Lebens in drei Regimen ein Außenseiter geblieben ist, dessen weit-sichtige politische Konzepte und dessen scharfsinniges und unabhängiges Urteil jedoch weitergewirkt haben und Nachdenken, Diskussion und Kontroversen auf zahlreichen Politikfeldern angestoßen haben. Klepper überblickte große Zusammenhänge, sah vieles schärfer als seine Zeitgenossen und sagte es ihnen, und er behielt sehr oft recht gegen die jeweilige Mehrheit, was ihm nicht verziehen wurde. Dies und sein unermüdlicher, oft missionarischer Einsatz für die als richtig erkannte Sache, vor allem aber seine Unabhängigkeit und die Tatsache, daß er sich keiner politischen Partei anschloß, machten ihn zum Außenseiter, begründen aber gleichzeitig auch eine von der auf manchen Gebieten ungebrochenen Aktualität der Klepperschen Konzepte ausgehende Faszination, die es rechtfertigt, die langen Kontinuitätslinien dieses politischen Lebens auf dem Hintergrund der politischen und Sozialgeschichte zwischen Weimar und Bonn im einzelnen zu verfolgen. Dies um so mehr, als das Wirken Kleppers und die von ihm ausgelösten Diskussionen einen wichtigen und bisher weitgehend unbeachtet gebliebenen Beitrag zur demokratischen Traditionsbildung in Deutschland darstellen, deren Exempel aufrechten Ganges und zukunftsweisender, verantwortungsbewußter Entwürfe während der Lebenszeit Kleppers nicht allzu zahlreich gewesen sind.

Otto Klepper hat wichtige Spuren hinterlassen, vor allem in Gestalt von Konzepten, Argumenten und Verknüpfungen. Als Politiker war er, wie die vorliegende Studie deutlich macht, eher eine tragische Figur, deren Zivilcourage dem politischen Erfolg regelmäßig im Wege stand: ein von einer ‚Mission‘ getriebener Demokrat, der gestalten und beeinflussen wollte, aber meinte, dies auch im Zeitalter der Massendemokratie noch als überparteilicher ‚Fachmann‘ tun zu können, und folglich scheitern mußte. Trotz mancher Verdienste um den Umbau des Agrarkreditsystems und der Preußenkasse und als standhafter letzter preußischer Finanzminister ist Klepper eine breitere politische Wirkung versagt geblieben. Er hat weder 1932 den preußischen Widerstand gegen die Regierung Papen organisieren noch die entscheidenden Weichenstellungen der deutschen Nachkriegsgeschichte nennenswert beeinflussen können, oder auch nur den Kurs der *FAZ*, zu deren Gründern er 1949 eine kurze Zeit lang gehörte. Das Elend des Exils ist Klepper dagegen während der NS-Herrschaft nicht erspart geblieben, in Finnland, China, Frankreich und Mexiko. Astrid von Pufendorf hat die Stationen des bisher nur teilweise bekannten oder von interessierter Seite entstellten Klepperschen Wirkens in mühsamer Kleinarbeit aus disparaten Materialien mit klarem Urteil nachgezeichnet, dabei wichtige neue Quellen aufgespürt, zahlreiche falsche Überlieferungen berichtigt und Legenden ausgeräumt. Gleichzeitig bilden Kleppers Vita und Arbeit mit ihrer ausgeprägten Konsequenz und Kontinuität auch eine thematische Einheit: Sie verdeutlichen exemplarisch die großen Schwierigkeiten, aber auch die Notwendigkeit von Reformpolitik und von zukunftsfähigen gesellschaftspolitischen Konzeptionen.

Klepper war ein unorthodoxer Wirtschaftsliberaler mit einem ausgeprägten ethisch und religiös fundierten sozialen Verantwortungsbewußtsein, schon in den Tagen der

Weimarer Republik eine Art Ordo-Liberaler, der sich nicht scheute, die Finanzmittel und Steuerungsinstrumente des Staates gezielt und unkonventionell zur reformistischen Verbesserung gesellschaftlicher Strukturen und Lebensbedingungen einzusetzen, deren Konzepte aus der Analyse breiter gespannter historischer Zusammenhänge und einer pragmatischen Vision gesamtgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen über die unmittelbare alltägliche und lokale Interessenpolitik und Besitzstandswahrung hinaus gewonnen wurden. In den Vordergrund treten dabei schon früh die bindende Verpflichtung zu einer die zukünftigen Strukturen mitbedenkenden gesamtgesellschaftlich orientierten Politik, insbesondere die Integration von Agrar- und Wirtschaftspolitik in den breiteren Kontext einer Sozial-, Kultur- und Gesellschaftspolitik, das Denken über den nationalen Tellerrand hinaus, Pläne zur internationalen Kooperation, sowohl innerhalb Europas als auch im transatlantischen Kontext und im Hinblick auf die Notwendigkeit einer weltweiten Entwicklungspolitik (*„Offene Welt“*), und entsprechende Konzepte eines energischen Auftrags politischer Bildung, das heißt der Erziehung der Jugend wie der Erwachsenen zu diesem neuen, integrierten, offenen und toleranten, in weltweiten Dimensionen und Abhängigkeiten denkenden Politikverständnis.

In der Nachkriegszeit hat, neben den *Frankfurter Heften*, die Frankfurter „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“, die von Klepper mitgegründet und konzeptionell und programmatisch entscheidend geprägt worden ist, zu den Wegbereitern wichtiger Reformideen gehört, die sich im mainstream der Politik erst zehn oder zwanzig Jahre später mühsam durchsetzen konnten, z. B. der deutsch-französischen Zusammenarbeit, der westeuropäischen Integration, eines Antikommunismus mit Augenmaß und ohne Aufregung bei klarer Westbindung, einer Liberalisierung der Agrarpolitik, eines Abbaus der Handelsschranken, Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung der Arbeiter, der Verbindung von Agrar-, Wirtschafts- und Umweltpolitik und institutionalisierter engerer entwicklungspolitischer Kooperation zwischen der ‚Ersten‘ und ‚Dritten‘ Welt. Viele der seit den siebziger Jahren zunehmend durchsetzungsfähigen Konzepte sind bereits seit den vierziger und fünfziger Jahren in den von Klepper beeinflussten Diskussionskreisen der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ auf den Weg gebracht worden. Astrid von Pufendorf weist nach, daß die meisten dieser Empfehlungen und Argumente in ihren Grundmustern und oft auch im einzelnen bereits seit der zweiten Hälfte der Weimarer Republik von Klepper gegen den Strom der in den jeweiligen Diskursen dominierenden Mehrheitsmeinungen entwickelt worden sind. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Erhellung der Kontinuitätslinien in der Entwicklung gesellschaftspolitischer Reformkonzepte zwischen Weimar und Bonn.

Frankfurt am Main, im Februar 1996

Hans-Jürgen Puhle

Dank

Die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“ (Wipog) in Frankfurt am Main ist trotz ihrer Bedeutung in der frühen Nachkriegszeit heute fast vergessen. Otto Klepper, der zu ihren Gründern gehörte und auch in der Zeit der Weimarer Republik eine gewisse Rolle gespielt hat, ist ebenfalls fast unbekannt. Es liegt ein Anreiz darin, beide, die Wipog und Klepper, aus der Vergessenheit zu holen.

Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzepte Otto Kleppers und der Wipog verdienen nach wie vor Interesse. Von Beginn an haben viele bekannte Wissenschaftler sich für die Konzeption der Wipog eingesetzt und sie weiterentwickelt. Zu ihnen gehörte Herr Professor Puhle, der diese Arbeit betreut hat, wofür ich ihm besonders herzlich danke. Auch Herrn Professor Fetscher, der ebenfalls mit der Arbeit der Wipog verbunden war, danke ich sehr herzlich.

Der Nachlaß Kleppers aus der Nachkriegszeit, der Teil des Nachlasses der Wipog und bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, steht mir zur Verfügung, was die Arbeit erst ermöglicht hat. Mein besonderer Dank gilt den verschiedenen Archiven und ihren Mitarbeitern, dies um so mehr, als die Klepper betreffenden Unterlagen aus der Zeit vor 1947 weitgehend unbekannt geblieben sind. So verdanke ich den Hinweis auf den bisher noch nicht registrierten ‚vorläufigen Nachlaß‘ Kleppers aus der Zeit vor 1933 im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, ehemals Abt. Merseburg, Herrn Professor Harnisch und die Bereitstellung dieses Nachlasses und anderer wichtiger Dokumente dem ehemaligen Leiter des Archivs, Herrn Dr. Lehmann, und seiner unermüdlichen Mitarbeiterin Frau Olejniczak. Ebenfalls unbekannt sind die Briefe und theoretischen Schriften Kleppers im Spiecker-Nachlaß im Bundesarchiv in Potsdam und das Material, vor allem das maschinenschriftliche Manuskript aus dem Jahre 1965 „Otto Klepper zum Gedächtnis“ von Konrad Engelmann (New York), dem engen Mitarbeiter und Freund Kleppers, im Archiv der DG Bank in Frankfurt, der Nachfolgerin der früheren Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Beiden Archiven danke ich sehr. Auch das Material in den Pariser Archiven ist in Deutschland weitgehend unbekannt geblieben, und so möchte ich gerne Madame Pouillon vom Archiv Diplomatique, Ministère des Affaires Étrangères, und Madame Pouille von den Archives de France für ihre große Hilfe danken. Darüber hinaus danke ich auch all den anderen Archiven und deren Mitarbeitern, die mir bei der oft schwierigen Suche nach den Klepper betreffenden Unterlagen zur Weimarer und zur NS-Zeit geholfen haben. Es handelt sich um die folgenden Archive: Das Bundesarchiv in Koblenz, das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, die Exilabteilung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt, das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, bei dem die Hilfe von Herrn Dr. Biewer besondere Erwähnung verdient, ebenso wie die von Herrn Möhring vom Staats-Archiv in Hamburg, von Herrn Weiß vom Institut für Zeitgeschichte in München sowie von Herrn Dr. Schumacher von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn. Hinzu kommen das Wirtschaftsarchiv in Köln, die Stadt- beziehungsweise Staatsarchive in Köln, Düsseldorf, Kassel, die Parteiarchive in Bonn und Umgebung und schließlich die Klepper betreffenden Universitätsarchive.

Ich kann unmöglich alle Personen, die mir in Briefen oder durch Gespräche wertvolle Auskünfte erteilt haben, erwähnen, aber ich danke ihnen allen. Mein besonderer Dank gilt jedoch dem ehemaligen Präsidenten des Senats der französischen Republik, Monsieur Alain Poher, für das ausführliche Gespräch, das er mir trotz seiner damals knappen Zeit als Präsident gewährte. Von großer Bedeutung für das Exilkapitel waren auch die langen Gespräche mit Madame Landy-Degon auf ihrem Besitz En Bec, wo Klepper während der deutschen Besatzungszeit Zuflucht gefunden hatte, und mit Monsieur Degon in Cannes.

Besonders dankbar bin ich Mrs. Taylor-Klepper und Mr. Klepper (USA), die mir die privaten Briefe ihres Vaters zur Verfügung gestellt haben; das gleiche gilt für Frau Busch, die Tochter der lebenslangen Mitarbeiterin Kleppers, Hedwig Naumann-v. Kalinowski. Schließlich danke ich meiner Familie und meinen Freunden für ihre verständnisvolle Hilfe.

Einleitung

„Historische Chance und der tätige Wille, sie wahrzunehmen, bilden in ihrem Zusammentreffen die klassische Voraussetzung des politischen Erfolges. [...] Die zündende Wirkung zwischen Chance und Wollen stellt sich indessen nicht ein. [...] Ein Volk, das [...] *[sein]* inneres Gleichgewicht verloren hat, kann durch Leistungen auf dem Teilgebiet der Wirtschaft allein nicht gesunden; auch Völker leben nicht vom Brot allein. Gesteuert werden muß die Wirtschaftspolitik durch eine bestimmte Vorstellung davon, welche Form das Gemeinschaftsleben, und zwar im Maßstab der Nation, wie im Verhältnis zur Außenwelt, künftig annehmen soll. Bleibt dieser, der übergeordnete Impuls aus, so ruft die Wirtschaftsbelebung eine gefährliche Nebenwirkung hervor. Sie entzündet die Krankheitsherde der Vergangenheit von neuem. Restaurative und revolutionäre Tendenzen treten miteinander in Streit. So spalten sich die nationalen Kräfte zu einem Zeitpunkt auf, der ihre Zusammenkunft gebietet. Das ist die bittere Wahrheit von heute.“¹

Diese Sätze Otto Kleppers, die sich als Kommentar zur heutigen Situation im wiedervereinten Deutschland lesen ließen, waren bezogen auf die Zeit nach 1945, als nicht nur das innere Gleichgewicht, sondern auch die Freiheit verloren war. Doch nach wie vor neigen die Deutschen dazu, sich auf „Leistungen auf dem Teilgebiet der Wirtschaft“ zu konzentrieren, statt sich intensiv um die Bildung „tragfähige[r] Traditionen im Sinne eines Ideals der politisch organisierten gerechten Gesellschaft“ zu bemühen; eines Ideals, das, wie Graf Krockow es definiert, „über alle Konflikte und Interessengegensätze hinweg einen nationalen Konsens hätte stiften können“². Wo lagen in der Vergangenheit die Ursachen für die Schwierigkeiten der Deutschen, sich eine solche tragfähige demokratische Tradition zu schaffen?

Das Leben und Wirken Otto Kleppers bietet Ansatzpunkte zu einem genaueren Verständnis der Ursachen. Schon seine Lebensdaten (1888–1957) umfassen eine Zeit entscheidender Krisen und tiefer Umbrüche und eignen sich deshalb, um einerseits Handlungsspielräume und Alternativen einer möglichen Krisenbewältigung aufzuzeigen und andererseits deren Hindernisse zu untersuchen. Klepper war Jurist, Wirtschaftswissenschaftler und Agrarexperte, war Bankier und Politiker, preußischer Finanzminister und politischer Publizist. Wenngleich Klepper als preußischer Minister in der Endphase der Weimarer Republik nicht die Richtlinien der Politik zu bestimmen hatte und nach dem Kriege kein politisches Amt bekleidete, so gelang es ihm doch dank seiner Fachkompetenz, seines breiten Politikverständnisses und seiner Weltoffenheit, in schwierigen Zeiten Akzente im Sinne einer tragfähigen demokratischen Tradition zu setzen. Abweichend von der Mehrheit ist Klepper seinen demokratischen Überzeugungen auch dann treu geblieben, als er bedroht wurde. Damit gehört er in die in Deutschland schmale demokratische Tradition.

¹ Klepper, Bittere Wahrheit, S. 5 f.

² Krockow, Tradition und Geschichtsbewußtsein, S. 6. Vgl. neben einer Fülle anderer Studien zu diesem Thema: Elias, Studien über die Deutschen.

Im Vergleich zu den westlichen Demokratien ist, wie Hans Jürgen Puhle im einzelnen nachweist, die deutsche Entwicklung besonders lange und besonders stark von „der Dominanz spätfеudaler, ständischer, obrigkeitlich-etatistischer und bürokratischer Elemente in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik“ beherrscht worden und bildet damit „eine besonders drastische Abweichung“ von der westlichen „Entwicklung in die moderne Welt“. Indem „Dominanz der Staatsmacht und Staatsbezogenheit der Gesellschaft“ einander bedingten, war auch der Staatsdiener im Bereich von Wirtschaft und Verbänden ein Vorbild. Das aber hat dazu geführt, daß „nicht nur Gewerkschaften und andere schlagkräftige Interessenverbände, sondern vor allem auch die Industriebetriebe“ nach staatlichem Vorbild verbürokratisierten³. Reformen „dienten der Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse über Phasen sozialen und vor allem wirtschaftlichen Umbruchs hinweg“. Ließ der äußere Druck zur Anpassung an eine sich verändernde Umwelt nach – zum Beispiel nach den Freiheitskriegen –, verloren die Reformen „innerhalb der Bürokratie [...] an Einfluß“⁴.

Wie die politische Entwicklung in Preußen-Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg zeigt, fand „der Modernisierungsprozeß [...] im Gehäuse des Obrigkeitsstaates statt“⁵, ohne daß die Parteien eine tragende Verantwortung übernehmen konnten. Indem diese sich notgedrungen weitgehend auf die Vertretung ihrer jeweiligen Gruppeninteressen, die in den Parteiprogrammen festgeschrieben waren⁶, konzentrierten, trugen sie zu einer Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte und einer Ideologisierung des Kampfes um die Macht im Staat bei. Dies führte dazu, daß der eigentliche Sinn parlamentarischer Repräsentation von der breiten Masse der Bevölkerung nicht verstanden wurde und die Parteien nicht als Institutionen des parlamentarischen Regierungssystems akzeptiert wurden. Dieses Mißtrauen gegen die Parteien, die als Institutionen auch in der Weimarer Verfassung nicht fest verankert worden waren, ist parallel zu sehen zu einem verhältnismäßig großen Vertrauen in die Effizienz staatlicher Bürokratie beziehungsweise in die machbare „Innovation von oben“.

Vor diesem Hintergrund geraten unabhängige politische Positionen ins Blickfeld, die für die konservative Seite zu links, für die sozialistische zu rechts, zu bürgerlich und für die Liberalen zu reformfreudig waren und sich somit zwischen allen Stühlen befanden. Diese unabhängigen, von ihrer Überzeugung her demokratischen Persönlichkeiten, die sich in der Politik engagierten, ohne dem Programm einer bestimmten Partei verpflichtet zu sein, können auch heute noch mit Interesse rechnen. Denn obwohl die regierungsfähigen Parteien heute „im Gegensatz zur Weimarer Zeit“ über eine „breite Legitimitätsbasis [und] einen ausreichenden Konsens in den verfassungspolitischen Grundfragen“ verfügen⁷, befinden sie sich in einer Krise⁸, die unter anderem dazu geführt hat, daß die Entfaltung politischer Ideen, die Entwicklung langfristiger Reformkonzepte und die

³ Puhle, Innovation, S. 22 f.

⁴ Grebing, Sonderweg, S. 58 ff.

⁵ Puhle, Innovation, S. 23.

⁶ Vgl. Krockow, Wozu Parteien?, S. 18. Vgl. auch Kirchheimer, Politik, S. 9 ff.

⁷ Hennis, Wie wollen wir regiert werden?, in: Die Zeit, 15. 3. 1968, S. 9.

⁸ Vgl. Krockow, Parteien, und die durch Richard von Weizsäcker im Juni 1992 ausgelöste Debatte über die Parteien in: Die Zeit, Nr. 26, 19. 6. 1992 ff. sowie Hennis, Der „Parteienstaat“ des Grundgesetzes, in: Der Spiegel, Dokument, Oktober 1992.

differenzierte Auswahl unangepaßter politischer Talente auf ein Minimum reduziert bleiben.

Daher ist es interessant, sich mit einer Persönlichkeit wie Otto Klepper zu beschäftigen, der keiner Partei angehörte, sondern als Experte Politik zu machen versuchte, dessen wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte unorthodox und teilweise weitgehend waren und dessen politisches Handeln pragmatisch auf die jeweils vorgefundene Situation bezogen war. Die Frage ist, auf welche Art und Weise hat Klepper versucht, angemessene Institutionen zu schaffen, die die Selbstorganisation und Selbstverantwortlichkeit der demokratischen Gesellschaft stärken und deren Beziehungen zur Staatsmacht regeln helfen?⁹ Am konkreten Beispiel eines Politikerlebens kann gezeigt werden, wie mühselig und langwierig sich in Deutschland demokratische Strukturen entwickelt haben und welche oft übermächtigen Widerstände dabei zu überwinden waren. Damit greift diese biographisch strukturierte Untersuchung zugleich das im Januar 1991 im Historischen Kolleg zu München diskutierte Thema „Handlungsspielräume und Alternativen 1930–1933“ auf¹⁰.

Zunächst sollen die Voraussetzungen für Kleppers Denken und Handeln geklärt werden, insbesondere die geistigen Grundlagen, auf denen sein gesellschaftspolitisches Konzept beruhte und die seine Persönlichkeit prägten.

Kleppers Wirken zur Zeit der Weimarer Republik, das vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Preußen und dem Reich zu sehen ist, lag vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Agrar- und Finanzpolitik. Daraus ergeben sich folgende Fragen: Welchen Einfluß konnte ein Verbandsfunktionär der Domänenpächter (1923–1928) und ein preußischer Zentralgenossenschaftsbankpräsident (1928–1931) auf die Gestaltung des Agrarkredits und des Genossenschaftswesens sowie auf die allgemeine Agrarpolitik Preußens und des Reiches gewinnen? Welche langfristigen Konzepte wurden dafür entwickelt, und woran scheiterte – zumindest teilweise – deren Verwirklichung? Welche Möglichkeiten hatte ein Einzelgänger wie Klepper als parteiloser preußischer Finanzminister (1931–1932) in einem ohnehin stark geschwächten Kabinett, um das demokratisch regierte Preußen gegen die Übernahme durch das bereits nicht mehr demokratisch regierte Reich zu schützen, und woran scheiterte dieser Versuch?

Diese und die weiterführende Frage nach den Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik und die Machtergreifung Hitlers haben Klepper gleich zu Beginn seines Exils beschäftigt. Wie hat er diese Emigration, die ihn von Finnland über Frankreich nach China, von dort über USA, Spanien nach Frankreich zurück und schließlich nach Mexiko führte, verstanden und genutzt? Dabei ergeben sich besonders zwei Aspekte: Exil als Möglichkeit des Kampfes gegen Hitler und Exil als Vorbereitungszeit für ein Deutschland nach Hitler. Für Klepper spielten beide Aspekte eine Rolle: Er beteiligte sich an den Anfängen der Volksfront und lieferte das politische und organisatorische Konzept für die Deutsche Freiheitspartei. Gleichzeitig erarbeitete er Pläne für ein

⁹ In einer am 13. 4. 1932 in Göttingen gehaltenen Rede zum Thema: „Die Finanzpolitik im Dienste der Krisenbekämpfung“, sagte Klepper, es gehe um „eine Führung der Staatsgeschäfte im Sinne von Ordnung und sozialer Gerechtigkeit“ (GSTAM, VNL-K, Nr. 176). Vgl. eine ähnliche Zielvorstellung bei Kirchheimer: „[...] die Schaffung menschenwürdiger und sinnvoller gesellschaftlicher Zustände“ (Politik, S. 7) sowie Dokumentationen aus den Anfangsjahren der Wipog, Einleitung, S. 3.

¹⁰ Winkler (Hrsg.), Staatskrise.

Deutschland nach Hitler, schrieb entsprechende Artikel für Willi Münzenbergs Exilzeitschrift *Die Zukunft* und beteiligte sich an der Gründung der Deutsch-Französischen Union.

Die Frage, wie er sich ein Deutschland nach Hitler vorstellte und welche gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzepte er für dieses befreite, aber besiegte Deutschland bereithielt, leitet bereits in die Zeit von Kleppers Wirken nach dem Kriege über. Was hat er getan, um seine Ideen in die Nachkriegspolitik einzubringen? Klepper beteiligte sich nach seiner Rückkehr aus Mexiko im Sommer 1947 an der Gründung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“ (Wipog), die in seiner Vorstellung eine Art Braintrust oder „Fabian Society“ war, und 1949 an der Gründung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, deren erster Geschäftsführer er wurde. Welche Schwierigkeiten stellten sich dem Experten und unbequemen Querdenker bei dem Versuch entgegen, sich politisch zu engagieren?

Abgesehen von der Tatsache, daß die Quellen zu Klepper und der Wipog bisher noch kaum erschlossen waren, gibt es auch andere Gründe dafür, daß Klepper von der Forschung – bis auf wenige Ausnahmen¹¹ – weitgehend vernachlässigt worden ist. Das liegt unter anderem daran, daß die Forschung sowohl für die Weimarer wie für die Exilzeit stark an Gruppierungen interessiert ist. Klepper wird dort aber kaum erwähnt, weil er keiner speziellen Gruppierung angehörte und ohnehin schwer einzuordnen war, da er sowohl mit Anhängern rechter wie linker Parteien zusammengearbeitet hat. Auch wird er häufig, weil er zum Beispiel bei Severing verhaßt war und von Brüning weitgehend abgelehnt wurde, einseitig beurteilt¹².

Die Exilforschung hat das Wirken bürgerlicher Demokraten im Exil verständlicherweise vernachlässigt, teils weil es von der Quantität her geringer, teils weil es politisch schwieriger zu klassifizieren war. Daß in der Exilzeit viel Material verlorengegangen ist, trifft auch für Klepper zu¹³. Daß aber bei der Erforschung der Emigrantentätigkeit in Paris neben dem Material aus Parteiarchiven vor allem auf das der Gestapo zurückgegriffen werden muß, erweist sich in Kleppers Fall als besonders problematisch, denn die dort enthaltenen Aussagen über ihn werden häufig übernommen und nicht kritisch hinterfragt. Da zudem die Archive der ehemaligen DDR in den 60er und 70er Jahren, als ein großer Teil der Arbeiten über die Exilzeit geschrieben wurde, gar nicht oder nur sehr bedingt zugänglich waren, konnte zum Beispiel die einzige Arbeit über die Deutsche Freiheitspartei der Rolle Kleppers nicht gerecht werden¹⁴. Es erweist sich als problematisch, wenn derartige Arbeiten immer wieder zitiert und ihre falschen Angaben weitergereicht werden, bis sie in den Lexika landen¹⁵. Schließlich hat sich in den 60er Jahren, als ein en-

¹¹ Abgesehen von Schumacher, der die Artikelserie Kleppers (Umschwung) herausgegeben und mit einem Lebensabriß sowie einer gründlichen Kommentierung versehen hat, wird Klepper nur auf dem Gebiet des Domänenpacht- und des Genossenschaftswesens, des Agrarkreditsystems und der Osthilfe erwähnt, und zwar von Wissenschaftlern wie Faust, Fiederlein, Hertz-Eichenrode, G. Schulz und sporadisch von einigen anderen Autoren. Für die Nachkriegszeit geht nur K. Schulz näher auf Klepper ein.

¹² Vgl. Vossische Zeitung vom 15. 10. 1932: „Das Kesseltreiben gegen Klepper“.

¹³ Wenige hatten Glück, wie Maximilian Scheer, der auf abenteuerliche Weise einen Teil seiner Unterlagen nach dem Kriege wiederfand, Scheer, S. 5 ff.

¹⁴ Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei.

¹⁵ Vgl. u. a. Biographisches Handbuch, S. 371. Weißbecker, Freiheitspartei, in: Lexikon, bürgerlichen Parteien, S. 249 ff.

ger ehemaliger Mitarbeiter Kleppers, Konrad Engelmann, seine Schrift „Otto Klepper zum Gedächtnis“¹⁶ vorlegte, gezeigt, daß es unmöglich war, diese einem größeren Kreis von Lesern zugänglich zu machen, weil einerseits das Interesse an einem Mann wie Klepper fehlte und es andererseits noch genug Leute gab, die ihn lieber ‚ruhen‘ ließen¹⁷. Es ist an der Zeit, sich – auch im Sinne einer demokratischen Traditionsbildung – mit einem Menschen wie Klepper zu beschäftigen.

¹⁶ Das Manuskript befindet sich im Archiv der DG Bank (DGBkA, Sig. 10892) und wird unter dem Namen des Autors zitiert.

¹⁷ Dies geht aus dem Briefwechsel zwischen Engelmann und Erwin Topf, der sich positiv zu der Schrift geäußert hat, hervor (Engelmann an Topf, 5.1. und 23. 1. 1967, Topf an Engelmann, 17. 1. 1967 und Lauffer an Engelmann, 4. 8. 1967), Privatkopien der Briefe vom Sohn Engelmanns (USA).



Otto Klepper

1. Die hugenottische Herkunft

Wenn ein Mensch sich einer geistigen Tradition verpflichtet fühlt, so ist dies nicht nur auf sein eigenes Bemühen und seine bewußt unternommenen Studien zurückzuführen, sondern in der Regel in seinem Herkommen und in seiner Familientradition angelegt. Allerdings muß es keineswegs zur Übernahme vorgegebener geistiger Traditionen, es kann auch im Gegenteil zur Ablehnung und einer entsprechend bewußten Identifikation mit gegenteiligen Traditionen kommen. Klepper gehört zu denjenigen, die ihre Familientradition angenommen, sie auch in mancher Hinsicht als brauchbare Grundlage für das spätere Leben betrachtet, sie aber doch abgewandelt und weiterentwickelt haben¹. Da der hugenottische Einfluß auf unsere deutsche Geschichte im Sinne der oben skizzierten demokratischen Tradition von großer Bedeutung war und eine wichtige Verbindung zu Frankreich geschaffen hat, ist es von Interesse, am Beispiel Kleppers auf diese Zusammenhänge kurz zu verweisen.

Die Vorfahren Kleppers waren sowohl mütterlicher- wie väterlicherseits Hugenotten, ein Ursprung, mit dem Klepper sich ein Leben lang identifiziert hat². Dabei spielte für ihn die Verwurzelung in der westeuropäischen sowie in der protestantisch-christlichen Tradition eine ebenso wichtige Rolle wie Patriotismus und Zivilcourage, die als Einheit, nicht als Gegensatz verstanden und gelebt wurden. Symbolisch für diese Haltung der Hugenotten war für Klepper der Familienspruch, der aus dem 2. Brief des Paulus an Timotheus stammt und sich auf eine den Hugenotten vertraute Situation bezieht, nämlich die Einrichtung und Leitung einer Gemeinde in einer feindlichen, zumindest fremden Umwelt: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht.“³ Die Hugenotten hatten in langen Kämpfen gegen die französische Staatsmacht eine freie Religionsausübung zu verteidigen sowie Mut zum Ungehorsam⁴ einzuüben gelernt. Im neuen Zufluchtsland, neben Brandenburg-Preußen besonders auch Hessen-Cassel, hatten sie Fleiß, Anpassungsfähigkeit, freies Unternehmertum und Patriotismus, im Sinne einer freiwilligen Identifizierung mit dem ‚neuen‘ Vaterland, entwickelt, alles Fähigkeiten, die in dem Familienspruch zum Ausdruck kommen. Da die hugenottischen Familien bis Mitte des 19. Jahrhunderts „eigentlich nur unter sich

¹ Nach seiner Rückkehr aus dem Exil trat Klepper dem einst von seinem Vater mitbegründeten Familienverband bei mit der Begründung, daß er „die Idee, die Verbindung, zwischen den Angehörigen unserer Familie durch Erforschung ihrer Tradition zu unterbauen“, für richtig hielt, „denn das einer Familie Gemeinsame liegt in der Vergangenheit“ (Familienverbandszeitschrift, 9. Folge, Weinheim 1957, S. 10, KNL).

² Otto Klepper an Mary Beth, Mexiko, 12. 6. 1946. „Familiensinn“ sei in seiner Familie „traditionell“, und er finde „es ungemein interessant, sich selbst genealogisch zu betrachten“.

³ 2. Thimotheus, 1,7. Klepper zitierte den Familien- und zugleich Taufspruch seines Sohnes Hermann Otto in einem Brief an seine Schwiegertochter Mary Beth zu der Geburt ihres ersten Kindes, Brief vom 27. 12. 1946 aus Mexiko.

⁴ Klepper ebenda: „Courage civil, was den Deutschen so häufig fehlt“.

selbst geheiratet haben“⁵, ist die von ihnen überlieferte Tradition besonders wirksam geblieben.

Kleppers Mutter, Karoline Emilie Ottilie, war eine geborene Klingender, Tochter des Oberlandesgerichtsrats Otto Gustav Klingender⁶. Die Klingenders leiten sich laut Klepper von dem französischen König Henri IV. (1589–1610) ab. Einer seiner Nachkommen, ein Herzog von Lothringen, sei nach der Aufhebung des Edikts von Nantes ermordet worden, weil er sich geweigert habe, katholisch zu werden. Seine Witwe sei mit zwei kleinen Kindern nach Köln geflohen⁷, und der Sohn sei dann später an den Hof des Landgrafen von Hessen-Cassel gekommen und Offizier geworden. Er führe als Stammvater seiner Familie noch das bourbonische Wappen, allerdings statt der zwei gekreuzten Klingen zwei abgebrochene Klingen, eben ‚Klingenden‘, im Schilde.

Der Urgroßvater von Klepper, Johannes Friedrich Klingender, war, nachdem er fröhliche und abwechslungsreiche Lehr- und Wanderjahre in vielen Ländern Europas verlebt hatte, „Pfarrer der französischen Gemeinde und Inspektor der französisch-reformierten Gemeinden in Kurhessen“⁸. Er lebte in Kassel, heiratete die Tochter des berühmten Malers Tischbein des Älteren und zeugte mit ihr acht Kinder, von denen eines Wilhelm Elias, der Urgroßvater von Klepper, war. Dieser hatte in der Tradition seines eigenen Großvaters, der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts „aus Patriotismus vier Domänengüter gepachtet hatte“, Landwirtschaft, „Ökonomie und Tierarztkunde“ studiert⁹. Da er sehr früh, sechs Wochen nach der Geburt seines vierten Kindes, starb, mußte sich die Witwe Klingender selbst helfen, was ihr mit Geschick gelang, so daß die Kinder – unter ihnen Kleppers Großvater – gesichert und in einer von Gläubigkeit, Liebe, Zucht und Pflichtbewußtsein geprägten Atmosphäre aufwachsen konnten.

Der Großvater Kleppers, Otto Gustav Klingender, scheint das Vorbild Kleppers gewesen zu sein; er studierte, wie später Klepper, Jura, trat in eine Verbindung ein und focht um „der Leibesübungen willen“, auch hatte er ein waches historisch-politisches Interesse. Er heiratete relativ spät¹⁰, und entsprechend kam seine Tochter Ottilie, die Mutter Kleppers, erst 1859 zur Welt. Sie hatte keine sehr kräftige Konstitution, schaffte es zwar, die Ausbildung als Lehrerin abzuschließen, hat ihren Beruf aber nur kurzzeitig ausgeübt.

1887 heirateten Kleppers Eltern: Ottilie Klingender und Konrad Martin Klepper, einziger Sohn des Kaufmanns und Tuchfabrikanten Karl Friedrich Klepper aus Kassel¹¹. Dieser war 1858 in Kassel geboren worden und dort auch zur Schule gegangen, und zwar in die berühmte „Hohenzollernklasse“, zusammen mit dem späteren Kaiser Wil-

⁵ Klepper an Mary Beth, Mexiko, 21. 8. 1944.

⁶ „Selbstbiographie meines lieben Vaters, des am 11. Oktober 1887 zu Kassel entschlafenen Oberlandesgerichtsrats Otto Gustav Klingender“, Kleppers Großvater (1817–1887).

⁷ Eine Gedenktafel an dem Hause, in dem sie gewohnt habe, zeuge noch davon. Otto Klepper an Mary Beth, Mexiko, 21. 8. 1944.

⁸ Siehe die amüsant geschriebene „Selbstbiographie meines Urgroßvaters, des Professors der Weltweisheit und Inspektor der französischen Kolonien von Kurhessen, Pfarrer Johannes, Friedrich Klingender zu Kassel“, Kleppers Urgroßvater (1747–1829). Sie beginnt mit dem Satz: „Froh- und Leichtsinns sind die ständigen Begleiter auf meiner Lebensbahn gewesen.“

⁹ Biogr. 1817–1887.

¹⁰ Ebenda, S. 22., im Juli 1852, Emilie, geb. Noll.

¹¹ Näheres über die Herkunft der Kleppers vgl. Thalmann, S. 12 f. Jochen Klepper war ein Vetter Otto Kleppers.

helm II. Klepper war „in allen Klassen Primus-omnium“¹². Später studierte er Jura, und wie in einem Nachruf des Familienblattes zu lesen ist, war Martin Klepper „ein allzeit liebenswürdiger, mitfühlender und hilfsbereiter Mensch mit heiterem Gemüt. Ihn adelte eine unbedingte Wahrheitsliebe, ein großes Pflichtgefühl und eine Treue und Zuverlässigkeit im Kleinsten wie im Großen. Er war ein geborener Gelehrter, von besonderem Wissensdrang und besaß einen auffallend scharfen Verstand und Herzensgüte, [...] eine unermüdliche Arbeitsfreude, verbunden mit Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit, [...] und er war ein tiefgläubiger Christ.“¹³

Im Dreikaiserjahr, zwei Monate nach dem Tode Kaiser Friedrich III., am 17. August 1888, wurde Otto Klepper in Brotroderode¹⁴, einem „Marktflecken im Kreise Schmalkalden“, auf den Höhen des Thüringerwaldes¹⁵ geboren; ein Brotroder also, es sind „Leute von Mut und Entschlossenheit“, wie es heißt¹⁶. Da Otto der einzige Sohn von Martin Klepper war, hatte dieser einen sehr großen Einfluß auf seine Entwicklung. Eine überlieferte Anekdote illustriert die Art der Prägung. Wenn Otto etwas ausgefressen hatte, hielt der Vater, der Oberlandesgerichtsrat, eine Gerichtsverhandlung ab, wobei er den Richter spielte. Seine Mutter hatte die Anklage zu vertreten, endete aber stets als Verteidiger ihres Sohnes und bat um Gnade. Einen solchen Vater zu haben, bedeutete sicher nicht nur Hilfe, sondern auch Belastung, eine hoch gehängte Meßlatte, die Versagensängste auslösen oder zu Ehrgeiz und Geltungsdrang führen konnte. Wie weit Otto an die von seinem Vater gesetzten Maßstäbe heranreichte, wird sich erweisen, Geltung hatten sie jedenfalls für ihn ein Leben lang. Besonders am christlichen Glauben hat er immer festgehalten, er bedeutete für ihn eine Kraftquelle¹⁷.

¹² StAK, VbZ. Klep.: „Programm vom Schuljahr 1876/77 als Einladung zu der am 22. März 1877 stattfindenden öffentlichen Schulfest des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs sowie zu der am 23. und 24. März 1877 abzuhaltenden öffentlichen Prüfung der Oberklassen des Gymnasiums“ und Abiturientenliste des Königlichen Gymnasiums zu Cassel. Zusammen mit Prinz Wilhelm und dem Sohn des Staatsrats Wöhler erhielt M. Klepper eine Denkmünze als Auszeichnung für „Fleiß und sittliches Betragen“. Der Kaiser hat ihn später nach Wilhelmshöhe eingeladen und zu seinem Tode einen eigenhändig geschriebenen Beileidsbrief an die Witwe Klepper gesandt.

¹³ Adolf Klepper, Familienverbandszeitschrift, S. 126. Kleppers Vater hat rechtswissenschaftliche Arbeiten geschrieben, aber möglicherweise ist auch eine interessante historische, 200 Seiten umfassende Abhandlung von ihm, die sich „Die Kaisertragödie“ nennt und genaueste Informationen zum Ablauf des Ersten Weltkrieges mit langen Zitaten von Groener u. a. enthält.

¹⁴ Standesamt Brotroderode Nr. 81/1888, Abschrift der Geburtsurkunde am 12. 1. 1955, Brotroderode/DDR, mit vollem Namen hieß er: Otto, Konrad, Wilhelm, Karl, Martin.

¹⁵ Brotroderode gehörte zum preußischen Regierungsbezirk Cassel, war Sitz eines Amtsgerichts, hatte 1890 2 828 evangelische Einwohner, darunter 147 Reformierte, und war Standort für die Produktion von Stahl-, Eisen- und Drechslerwaren sowie Tabakanbau, außerdem war es ein Luftkurort, da es 600 m hoch über dem romantischen Trusental liegt. Am 10. 7. 1895 erlebte es eine furchtbare Feuersbrunst, bei der fast der ganze Ort niederbrannte. (Brockhaus, Berlin, 1895.) Im GSTAB, Rep. 84a, befinden sich „Generalienakten des Justizministeriums, betreffend den Wiederaufbau des niedergebrannten Marktfleckens und Amtsgerichts Brotroderode, Kreis Schmalkalden“, preussisches Justizministerium, Nr. 10745.

¹⁶ Kersten, Klepper, in: Aufbau, 24. 5. 1957. Kurt Kersten war in Kassel Nachbarskind von Klepper.

¹⁷ Davon zeugen nicht nur seine Briefe an die Kinder, es wird auch bezeugt von Madeleine Landy-Degon, die Klepper in Frankreich versteckt und sich viel mit ihm über Religion und Glauben unterhalten hat, sowie von Pfarrer Wolfgang Lehmann, der nach dem Kriege mit Klepper und der Wipog zusammengearbeitet hat.

Der Student und der Soldat

War Familientradition und Elternhaus die eine Otto Klepper prägende Komponente, so war die zweite Schulausbildung, Studium und das Erleben des Ersten Weltkrieges. Er besuchte Schulen in Schmalkalden, Kassel¹⁸ und Hamm¹⁹, je nachdem, wohin sein Vater als Gerichts- und später Oberlandesgerichtsrat versetzt wurde. Vor 1905 war er auch noch im Pädagogium der evangelischen Brüdergemeinde in Niesky in der Oberlausitz. Seine Schulbildung war humanistisch und evangelisch-reformiert geprägt. Da „sein Vater den christlich-sozialen Gedanken Stoeckers²⁰ und den Ideen Friedrich Naumanns²¹ sehr aufgeschlossen“²² gegenüberstand, interessierte sich auch der Sohn schon als Schüler für Politik und engagierte sich für die Christlich-Soziale Partei Adolf Stoeckers²³.

Im Sommersemester 1908 begann Klepper sein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg²⁴, dem traditionellen Studienort der Kleppers und Klingenders. Nachdem er zwischendurch noch in Berlin²⁵, Münster²⁶ und Göttingen²⁷ studiert hatte, konnte er seine erste juristische Staatsprüfung gerade noch zu Beginn des Ersten Weltkrieges ablegen. Seine Ernennung zum Referendar erfolgte am 7. August 1914²⁸. Er hat relativ lange studiert, teilweise weil er sich politisch betätigte, teilweise weil er kein allzu eifriger Student war, teilweise auch, weil er einer studentischen Verbindung, dem Corps Hasso-Nassowia, beigetreten war. Er soll ein guter Fechter und ein guter Tänzer gewesen sein²⁹. Auf die Frage, warum er sich duelliert habe, hat er seinem Sohn geantwortet, daß ihn das gelehrt habe, körperlich mutig zu werden³⁰.

¹⁸ Er besuchte dort nur die Obersekunda Schuljahr 1905/6, Auskunft des Friedrichsgymnasiums und Schülerliste im Jahresbericht des Kgl. F.-Gymnasiums zu Cassel über das Schuljahr 1905/6, in: StAK.

¹⁹ Im preußischen Gymnasium Hamonese in Hamm hat er die beiden letzten Klassen des Gymnasiums besucht und 1908 das Abitur bestanden, Bestätigung durch das heutige Gymnasium in Hamm.

²⁰ Adolf Stoecker (1835–1909) war bis 1890 Hofprediger in Berlin und gründete die Christlich-soziale Partei, mit deren Hilfe er die Arbeiterschaft im christlich monarchistisch-nationalen Sinne zu beeinflussen versuchte. Er war eine sehr umstrittene Figur, auch wegen seines antisemitischen Einflusses, vgl. Kampmann, S. 240 ff.

²¹ Friedrich Naumann (1860–1919) kam über die Innere Mission zur Sozialpolitik und versuchte Stoeckers Ideen auf liberalerem Wege durchzuführen.

²² U. v. Pufendorf, in: O.W., Nr. 49, Mai/Juni 1957, S. 4 ff.

²³ Klepper an Georg Braun (Landgerichtspräsident in Göttingen), 19. 6. 1951, in: K/Kor. Vgl. auch Topf, S. 87: „Als Student hatte er sich den Christlich-Sozialen verschrieben, und zwar in der Stoeckerschen Richtung, die in Hessen-Kassel und Westfalen besonders florierte.“ (Alle folgenden Hinweise auf Topf beziehen sich, wenn kein anderer Titel vermerkt wird, auf sein Hauptwerk: „Die Grüne Front“.)

²⁴ HStA Marburg, Brief vom 12. 3. 1991 bestätigt Kleppers Immatrikulation vom 16. 5. 1908–10. 5. 1910 und 3. 11. 1910–5. 11. 1913.

²⁵ AdHU Berlin: S-Semester 1910, Matrikelnummer 5 716.

²⁶ S/W-Semester 1911/12, bestätigt durch Brief des AdU Münster vom 11. 12. 1990.

²⁷ GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 129 ff.: S-Semester 1912, sowie Bestätigung der anderen Daten.

²⁸ Ebenda, Bl. 130. Prädikat: Gut.

²⁹ Auskunft des Sohnes: Er war ein beliebter und guter Tänzer, „because he was able to be a very charming person“. Georg Braun schrieb an Klepper, 16. 6. 1951: Klepper „focht elegant und ‚stand‘ auffallend gut“. Kersten, Klepper: „Er ist ein guter Fechter gewesen und war stolz darauf.“

³⁰ Vgl. zur Tradition der schlagenden Verbindungen das aufschlußreiche Kapitel „Die satisfaktionsfähige Gesellschaft“ in Elias, Studien über die Deutschen, S. 61 ff.

Der Eintritt in ein Corps war Tradition in der Familie, er hat sie unbefragt übernommen. Eventuelle Widersprüche zwischen seiner sehr christlichen und ethischen Normen verpflichteten Erziehung sowie seinem hugenottischen Erbe auf der einen und seiner Mitgliedschaft in einem konservativen, der ehemaligen Gruppe deutsch-nationaler Studentenschaft zugeneigten Corps³¹ auf der anderen Seite blieben zunächst verdeckt unter der Oberfläche. Doch drei Ereignisse, der Bruch mit dem Corps, die Erfahrung des Ersten Weltkrieges und der Kapp-Putsch, scheinen schließlich die Herausbildung einer klaren politischen Linie bewirkt zu haben.

Es ist wichtig, diese Ereignisse und die damit zusammenhängende politische Entwicklung Kleppers zu klären, denn sein für viele unverständliches Verhalten während seiner Studienzeit hat später häufiger dem Versuch gedient, ihn persönlich unglaublich zu machen, um ihn als politischen Gegner auszuschalten. Klepper kommentierte dieses Vorgehen einmal in einer Rede als Finanzminister vor dem preußischen Landtag so: „Es ist eine der Geschmacklosigkeiten des politischen Kampfes der Gegenwart, daß man denjenigen, der ein öffentliches Amt übernimmt, wenn er sachliche Angriffsflächen nicht bietet, als in seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit zweifelhaft darstellt.“³² Diese Antwort galt dem NSDAP-Abgeordneten Wilhelm Kube, der auf Kleppers Entfernung aus dem Corps Hasso-Nassowia angespielt hatte. Die Angelegenheit ist nicht mehr genau zu klären; weder wie weit er sich ursprünglich mit dem Geist des Corps identifiziert, noch was genau dazu geführt hat, daß ihm das Band des Corps aberkannt wurde. Es hat sich um eine Mensurenache gehandelt³³, eine, wie Erwin Topf sagt, „ganz nichtige Begebenheit“³⁴, die aber doch gravierende Folgen hatte. Georg Braun, Landgerichtspräsident in Göttingen und ehemaliger Corpsbruder von Klepper, schrieb nach dem Kriege zu diesen Vorgängen an Klepper folgendes: Nachdem Klepper verschwunden sei, habe „im Bund eine sehr gedrückte Stimmung“ geherrscht, und später habe er „von manchen Inaktiven ein sehr schlechtes Urteil über ihn [*gehört*], ein Urteil, das wir uns kritiklos alle zu eigen machten, ohne eigentlich zu wissen, was es bedeutete, das aber einer Art Diffamierung gleichkam, und das auch die Bemühungen einiger Alter Herren aus Kassel nicht zu korrigieren vermochten“³⁵.

Vielleicht war dies für Klepper die erste einschneidende Erfahrung, ein outsider zu sein, eine Erfahrung, die er später noch häufig machen sollte. Topf deutet sie in diesem Sinne, indem er schreibt, es habe nun für Klepper nur noch eines gegeben: „Rehabilitieren, rehabilitieren! Dem Bund zeigen, daß man ohne ihn, gegen ihn sich durchsetzen kann! Das war Jahre hindurch die besondere Triebfeder für einen außergewöhnlichen und fast hemmungslosen Ehrgeiz. Fehlten ihm, dem Ausgestoßenen, die ‚Beziehungen‘ des Corps, so mußte er sich andere Verbindungen schaffen, gleichgültig in welchem Lager, denn die traditionellen gesellschaftlichen Bindungen bestanden für ihn ja nicht mehr im früheren Umfang.“³⁶ Diese Deutung scheint übertrieben, zumal zwischen dem Bruch

³¹ BAP, DNVP, 60 Vo2, 308, Bl. 2 ff.

³² PrLT, 283. Sitzung, 17. 3. 1932, Sp. 24725.

³³ G. Braun an Klepper, 16.6.51. In den Resten des noch bestehenden Corps-Archivs fand sich kein Hinweis auf Klepper.

³⁴ Topf, S. 88.

³⁵ G. Braun an Klepper, 16.6.51. In seinem Antwortbrief vom 19.6.51 erinnerte Klepper sich noch an die „unschönen Vorgänge von damals“.

³⁶ Topf, S. 88.

mit dem Corps, der wahrscheinlich 1910/11 in Marburg erfolgt war, zum einen sein Studium weiterging – ab 1912 sogar wieder in Marburg –, und zum anderen der Erste Weltkrieg mit seinen tiefgreifenden Veränderungen begann. Doch hat dieser Bruch sicher mit dazu beigetragen, daß Klepper eine scheinbar vorgezeichnete Bahn verließ und gezwungen war, sich neu zu orientieren.

Zu dieser Neuorientierung trugen erst recht die Erfahrungen im Ersten Weltkrieg bei. Er hatte sich – wie die meisten seiner Generation – freiwillig gemeldet. Seine Teilnahme am Krieg war von vornherein wegen Astigmatismus auf ein Auge eingeschränkt. Er wurde am 15. November 1916 eingezogen und diente bis zum 5. September 1917 als Meldereiter und dann wegen einer „schweren Verwundung“³⁷ als „Vaterländischer Hilfsdienstpflichtiger“. Als er als Leutnant der Reserve aus dem Kriegsdienst entlassen wurde, arbeitete er noch bis März 1919 „aus eigener Entschließung als Hilfsarbeiter bei der Reichsentschädigungskommission“³⁸. Außerdem leistete er während des Krieges seinen juristischen Vorbereitungsdienst teils am Oberlandesgericht in Kassel, teils am Kammergericht in Berlin ab, so daß er im Dezember 1920 die Zweite juristische Staatsprüfung ablegen konnte³⁹.

Die falsche Behauptung, Klepper habe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) angehört⁴⁰, läßt sich dadurch erklären, daß Teile der alten Stoecker-Partei in die nach dem Ersten Weltkrieg neu entstehende DNVP übergingen und daß diese zunächst „ein Sammelbecken von Konservativen, Freikonservativen, Deutsch-Völkischen, Christlich-Sozialen und Reformern“ war⁴¹. Als Referendar am Oberlandesgericht in Kassel ist Klepper während des Kapp-Putsches in Kassel anscheinend für die Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt worden. Damals hat er den Jungdemokraten Ernst Lemmer festgenommen, was dieser auch in seinen Memoiren bestätigt und mit dem Satz kommentiert hat: „Oft haben wir uns in späteren Zeiten noch heiter über diese Episode unterhalten.“⁴² Aus all diesen Vorfällen läßt sich der Gärungsprozeß eines jungen Mannes ablesen, der bei dem Versuch, in der scheinbar vorgezeichneten Richtung weiterzugehen, ständig aneckte und sich somit gezwungen sah, die Widersprüche dieser Umbruchzeit nach dem Ersten Weltkrieg zu verarbeiten und seinen eigenen Weg zu finden.

³⁷ BAP, 62 DAF3, Nr. 17632, Bl. 107f., Kurzbiographie, 1. 6. 1933 (Bl. 4052 f.).

³⁸ GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 130f. Dort traf er den späteren Freund Ludwig Aron.

³⁹ Ebenda, Bl. 131, Prädikat: ausreichend, ebenda: die genauen Daten seines Kriegs- und seines Referendardienstes.

⁴⁰ Die Behauptung geht auf eine Anmerkung Topfs zurück, der sagt, Klepper habe sich im deutschnationalen Ortsverein Lichterfelde betätigt, sei aber bald „mit einem großen Krach“ ausgeschieden (Grüne Front, S. 88). Die Behauptung wurde vom DNVP-Abgeordneten Hans v. Rohr im PrLT, 264. Sitzung, 16. 12. 1931 (Sp. 23165), aufgegriffen und von Brüning in seinen Memoiren wiederholt (S. 481) und entsprechend in der wissenschaftlichen Literatur und in Lexikon-Artikeln zitiert. Weder in den Akten der DNVP im BAP noch im Berliner (O) Landesarchiv fand sich ein Hinweis auf Klepper. Klepper an Walter Hammer, 12. 10. 1954 und Klepper, Leserzuschrift für Das Ganze Deutschland, Freie Wochenzeitung, Nr. 10, 3. 3. 1951: „Ich habe früher keiner Partei angehört und bin nach wie vor parteilos“ (K/Kor.).

⁴¹ Bredt, S. 27.

⁴² Lemmer, S. 68.

Das Vorbild: Lorenz von Stein

Wie stark Klepper durch sein Studium der Staats- und Rechtswissenschaft geprägt worden ist und wann er begonnen hat, sich mit der Gesellschaftslehre Lorenz von Steins zu beschäftigen, läßt sich nicht genau feststellen. Jedenfalls hat er Lorenz von Stein als seinen geistigen Vater bezeichnet und durch ihn die gesellschaftspolitische Linie gefunden, der er bis zum Ende seines Lebens treu geblieben ist⁴³. Die Tatsache, daß Klepper seinem programmatischen Aufsatz „Vorfragen des Friedens“ vom Herbst 1946 das folgende Stein-Zitat voranstellt, unterstreicht die Bedeutung, die Klepper Stein beigemessen hat: „Kein menschliches Auge reicht so weit, um sagen zu können, welches die letzte, vollendete und demnach im Widerspruch des unendlichen Geistes mit dem unendlichen Dasein erreichbare Ordnung der Gesellschaft ist. Allein die Beobachtung reicht dennoch weit genug, um das klar zeigen zu können, wodurch jede Ordnung hinter dieser höchsten Harmonie zurückbleibt“ (1842). Was mag Klepper bewogen haben, gerade diesen Satz auszuwählen? Vielleicht glaubte er, mit ihm auszudrücken, was er selbst anstrebte, eine Vorstellung von einer vernünftigen gesellschaftlichen Ordnung zu entwickeln und pragmatisch zu versuchen, sich dieser anzunähern. Klepper war davon überzeugt, daß „Steins Konzept der Vermittlung von individueller Freiheit, gesellschaftlicher Abhängigkeit und staatlicher Autorität [...] eine realistische Staats- und Gesellschaftsphilosophie [sei], die das Zusammenspiel von ‚Ideen‘ und ‚Interessen‘ als Urheber der geschichtlichen Bewegung systematisch und empirisch angemessen abbildet“⁴⁴. Wie Stein ging es Klepper darum, aus dem Studium der Staats- und Gesellschaftswissenschaften pragmatische Lehren für die Daseinsvorsorge als „eine Hilfe zur Selbsthilfe für jeden Einzelnen“ abzuleiten⁴⁵. Es ging „um die Herstellung und Erhaltung der personalen Freiheit, vor allem der abhängigen Schichten im und durch den Staat“⁴⁶. „Selbstbestimmung der Persönlichkeit“, in dem Sinne, „daß der Mensch qualifiziert sei, selbst Herr seiner Lebensführung zu sein“ und „die Art [des] Zusammenlebens aus der Erkenntnis des Zweckmäßigen heraus selbst zu regeln“, ist nicht nur Recht, sondern auch Pflicht des Staatsbürgers. Beides habe sich nach Klepper aus der allmählichen Entfaltung des abendländischen individuellen Freiheitsbegriffs in der Geschichte entwickelt. Begonnen habe es mit der Erringung der „geistigen Freiheit“ zur Zeit der Renaissance und Reformation. Während der Französischen Revolution sei dann die „staatsbürgerliche Freiheit“ erkämpft und im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts sei die Freiheit des einzelnen zur Grundlage der westlichen Demokratie geworden⁴⁷.

Demnach sei das Ziel der Politik, die individuelle Freiheit der Menschen im Sinne der Präambel der amerikanischen Verfassung, „die Freiheit von der Not und von der Furcht“, tatsächlich zu realisieren, sie nicht nur in der Verfassung, sondern auch „im Gefüge der Ökonomie zu verankern“. Die daraus abzuleitende wichtigste Aufgabe der Po-

⁴³ In Heft Nr. 34 der O.W. (Nov./Dez. 1954) wurde ein Auszug aus Lorenz v. Steins „Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte“ unter dem Titel „Das Prinzip der Gesellschaft“ veröffentlicht. In Kleppers Nachlaß befindet sich eine ganze Mappe mit Auszügen aus Steins Werken sowie seine Geschichte der sozialen Bewegung.

⁴⁴ Koslowski, S. 178.

⁴⁵ v. Unruh, S. 458 f.

⁴⁶ Stein, Der Sozialismus, S. 447, zitiert bei v. Unruh, S. 460.

⁴⁷ Klepper, Gesellschaftskrise, Vortrag, 16. 3. 1948, S. 3 und Klepper, Bittere Wahrheit, S. 12.

litik sei im Sinne von Lorenz von Stein, das Zusammenleben der Menschen dem Stande der sich verändernden Daseinsbedingungen anzupassen⁴⁸. Das aber sei Aufgabe aller Staatsbürger. Es gehe nicht an, wie es „gemeinhin“ geschehe, die unbefriedigende politische Situation „der Unzulänglichkeit der politischen Parteien und der parlamentarischen Körperschaften oder der Unverträglichkeit repräsentativer Persönlichkeiten zur Last“ zu legen, das sei „wohlfeil“ und verriete „nichts Besseres als den Versuch, aus der soeben zurückgewonnenen Selbstverantwortung unversehens zu entfliehen“. Wir bedürften der demokratischen Apparatur als eines notwendigen „Mittler[s] unseres eigenen Handelns und unseres Unterlassens“, sie bedeute „nicht weniger, aber auch nicht mehr“. „Die Ursachen“ für den Streit, der die nationalen Kräfte spaltet, statt sie in gemeinsamer Verantwortung zu vereinen, „liegen tiefer; nämlich in uns selbst“⁴⁹. Wenn Klepper diese Gedanken auch erst als älterer Mensch formuliert hat, als er nicht mehr handeln, sondern nur noch schreiben konnte, so sind sie doch schon Teil seines gesellschafts- und agrarpolitischen Konzeptes, das Grundlage seines politischen Handelns zur Zeit der Weimarer Republik war, und fanden damals schon entsprechenden Niederschlag in seinen politischen Artikeln und Reden.

Nicht nur Lorenz von Stein gehörte zu seinen geistigen Vätern, sondern auch die preußischen Reformer, vor allem der Freiherr vom Stein und Clausewitz, die er beide gerne zitierte. Auf dem Gebiet der Agrarwissenschaft war es vor allem Heinrich von Thünen, der ihm Anregungen gegeben hat.

Die Erkenntnis von der Selbstverantwortung des einzelnen lag aber auch in der Linie seiner hugenottischen Familientradition und war durch seine Erfahrungen als Student und Soldat bestätigt worden, es war eine frühe und eine zentrale Einsicht, die zur Maxime seines zukünftigen Handelns wurde.

Als seine berufliche Karriere im Juli 1921 begann⁵⁰, war er bereits seit dreieinhalb Jahren mit Gertrud Eickhoff, einer gebürtigen Norwegerin, verheiratet⁵¹ und hatte zwei Kinder. Die anderen beiden Kinder⁵² wurden kurze Zeit später geboren, so daß Klepper beim Start in sein Berufsleben bereits für eine große Familie verantwortlich war.

⁴⁸ Erste und Zweite Hattenheimer Resolution der Wipog vom Juni und August 1948.

⁴⁹ Klepper, *Bittere Wahrheit*, S. 7.

⁵⁰ GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 131: Am 16. 12. 1920 wurde er zum Gerichtsassessor im Bezirk des OLG-Kassel ernannt, ließ sich aber zur Wiederherstellung seiner Gesundheit bis zum 19. 3. 1921 beurlauben. Am 30. 6. 1921 trat er dann auf Antrag aus dem Justizdienst aus.

⁵¹ Erna Gertrud Eickhoff, verw. Ziemer, * 25. 4. 1895 in Oslo/Norwegen, war eine Adoptivtochter von Prof. Dr. Hermann Eickhoff und Helene E., geb. Müller aus Hamm. Die Hochzeit fand am 18. 12. 1917 statt (ebenda, Bl. 129).

⁵² Gisela (24. 9. 1918–20. 3. 1925), Ingrid * 20. 2. 1921, Renate * 22. 9. 1922 und Martin Hermann Otto * 31. 7. 1924.

2. Die Neuorganisation des Domänenpächterverbandes

Durch seine Tätigkeit als Syndikus beim Reformbund der Gutshöfe¹, einer Interessenvereinigung des größeren und mittleren Grundbesitzes in Bad Nauheim, wurde Klepper schon zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn mit den Problemen der Landwirtschaft konfrontiert. Die Domänenpächter bildeten, da sie nicht Eigentümer, sondern nur Pächter des Landes waren, das sie bewirtschafteten, eine besondere Gruppe unter den Landwirten. Naturgemäß hatten sie andere Ziele und andere Probleme als die Landeigentümer, und deshalb lag es nahe, daß sie versuchten, sich in einer Interessengemeinschaft zu organisieren. Doch gelang es ihnen nicht ohne weiteres, ihre Interessen einheitlich zu vertreten, und vor allem schien es aussichtslos zu sein, sich mit dem preußischen Landwirtschaftsministerium, dem seit 1876 die Verwaltung der Domänen unterstand, über Pachtzinserhöhungen zu verständigen, da dieses nicht bereit war, mit dem damaligen Domänenpächterverbands-Vorstand, Amtsrat Bernhard v. Bernuth, und seinem Geschäftsführer, Geheimrat Große-Leege, zu verhandeln. Deren „anmaßende und überhebende Sprache und die beleidigenden Wendungen“ wurden vom Landwirtschaftsministerium abgelehnt².

Da die Domänenpächter mit der Durchsetzung ihrer Ziele nicht recht vorankamen, schauten sie sich nach einem neuen, energischeren Vertreter ihrer Interessen um und fanden diesen in dem jungen Otto Klepper, der seit Februar 1922 beim Landgericht Frankfurt/Main als Anwalt zugelassen war³, als Syndikus des Reformbundes etwas von landwirtschaftlicher Interessenvertretung verstehen mußte und bereits in Bad Nauheim eine „Arbeitsgemeinschaft preußischer Domänenpächter“ gegründet hatte⁴. So wurde Klepper zunächst Geschäftsführer des Domänenpächterverbandes Kassel-Wiesbaden und dann, besiegelt durch eine offizielle Wahl im Juli 1923, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der Domänenpächter⁵. Oberamtmann Benno v. Schack, ein Domänenpächter, wurde zum Vorstandsvorsitzenden gewählt⁶.

Die neue Geschäftsstelle siedelte im Laufe des August 1923 nach Berlin um, und Klepper begann nun, den Verband systematisch aufzubauen. Schon hier zeigte sich eine für ihn typische Arbeitsweise, die straffe Führung mit demokratischer Mitbestimmung und einer möglichst großen Durchsichtigkeit der Verbandsarbeit zu vereinen suchte⁷. Dazu gehörte das Einholen von Stellungnahmen und Vorschlägen der Verbandsmitglie-

¹ GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 131.

² GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 40f.

³ GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 131.

⁴ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 27.

⁵ Ebenda, Bl. 45f.

⁶ GSTAM, VNL-K, Nr. 186, Bl. 3: v. Bernuth an Geheimrat Ebeling, 14. 7. 1923 und Bl. 5 f.: Klepper an Geheimrat Oberamtmann Meyer, 7. 8. 1923.

⁷ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 46, am 12.9.23 gab Klepper die neue Geschäftsadresse (Zimmerstraße 86) bekannt (Bl. 49) und VNL-K, Nr. 186; er selbst mietete zunächst zwei möblierte Zimmer in Zehlendorf (Miliowskistraße 28) (Bl. 20). Seine Sekretärin, Frä. v. Wietersheim, kam ebenfalls aus Bad Nauheim nach Berlin (Bl. 23).

der, das Aufstellen von Kriterien, nach denen Pächter aufgenommen werden sollten, das Anfordern sämtlicher Erlasse und Verfügungen beim Ministerium und die Verabschiedung einer neuen Satzung⁸.

Durch die Auswertung detaillierter, von den Pächtern ausgefüllter Fragebögen wurde die Herausgabe einer Denkschrift über „die wirtschaftliche Lage der preußischen Domänenpächter“ möglich⁹. Durch die Veröffentlichung von Stellungnahmen des Verbandes zur allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage sowie durch die Herausgabe von Geschäftsberichten¹⁰ und Programmen über das weitere Vorgehen machte Klepper die Verbandsarbeit durchschaubar, was bisher so nicht üblich gewesen war. Hinzu kam, daß Klepper immer wieder selber Vorträge hielt, in denen er über bestimmte Themen wie „Der Pächterstand in der heutigen Wirtschaftspolitik“ oder „Das Pächterinventar als Kreditbasis und der Ausbau der Kreditorganisation des DPV“ informierte¹¹ und zugleich versuchte, den Domänenpächtern klarzumachen, daß sie ihre Einzelinteressen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zu sehen und ihren Blick nach vorn auf mögliche beziehungsweise notwendige Veränderungen zu richten hätten. All dies verstand Klepper in einen verbindenden Teamgeist einzubauen, den er im Neujahrsschreiben für 1925 folgendermaßen zum Ausdruck brachte: „Wir wissen, daß die Mitglieder in unverminderter Geschlossenheit zu unserem DPV stehen. Diese straffe Geschlossenheit hat die Stoßkraft des Unternehmens geschaffen, unserer jungen Tradition entsprechend streben wir weiter vorwärts. Dieser Wunsch vereint uns beim Eintritt in das Jahr 1925.“¹²

Die Gründung der Deutschen Domänenbank

Der nächste Schritt nach der Gründung des Domänenpächterverbandes war die Gründung eines Geldinstituts, denn die Domänenpächter, die ja selbst keine Eigentümer von Grund und Boden waren, hatten große Schwierigkeiten, sich Kredite zu beschaffen, beziehungsweise Banken zu finden, die ihren besonderen Kreditwünschen und -erfordernissen entgegenkamen. So ging er mit den Pächtern „den Weg der Selbsthilfe“ und gründete schon im Oktober 1924, kaum ein Jahr nach der Inflation, in einer Zeit „drückender Kreditnot [...] im Einvernehmen mit dem preußischen Landwirtschaftsministerium und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse“¹³, die einen Kredit von 35 Millio-

⁸ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 119, 1. 7. 1924.

⁹ Ebenda, Bl. 240 ff.

¹⁰ Ebenda, Nr. 2972, Bl. 30 ff. und 90 ff.

¹¹ Ebenda, Nr. 2971, Bl. 64 und 73.

¹² Ebenda, Bl. 78 und 101: Klepper an Ministerialrat Arnoldi vom MfLuF, 30. 12. 1924: „Ich bin aber überzeugt, daß es mir gelingen wird, die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden.“

¹³ Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, kurz Preußenkasse (P.Z.) genannt, war 1895 durch Preußen gegründet worden. Maßgeblichen Anteil an der Gründung hatte Johannes Miquel, der damalige preußische Finanzminister. Im Gründungsgesetz vom 31. 7. 1895 heißt es, sie solle eine „Zentralanstalt“ des öffentlichen Rechtes unter Aufsicht und Leitung des preußischen Staates sein und der „Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits“ dienen (GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 1).

nen RM einräumte¹⁴, eine eigene Bank für die Domänenpächter, die sogenannte „Deutsche Pächterkreditbank“ oder kurz „Domänenbank“ (DDB). Sie übernahm im Frühjahr 1925 das Kreditgeschäft des Domänenpächterverbandes¹⁵ und gelangte „schnell zu großer Bedeutung“¹⁶. Hertz-Eichenrode nennt diese Gründung ein „Meisterstück“¹⁷.

Die Bank war „eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“¹⁸. Die Mitglieder des Domänenpächterverbandes waren verpflichtet, der Bank als Genossen beizutreten, sonst mußten sie den DPV verlassen¹⁹. Bei der Gründung 1924 waren es 33 Genossen, Ende 1927 wurde der Höchststand mit 1 299 erreicht, und bis 1933, dem Jahr der Umgestaltung und Umbenennung in Deutsche Pachtbank e.G.m.b.H., sank die Zahl der Genossen auf 945 ab²⁰. Die Genossen übernahmen Geschäftsanteile, ein Anteil zu 100 RM, die Höchstbeteiligung lag zunächst bei 3 000, 1927 bei 6 000 Anteilen. Wer sich nicht einkaufen konnte, bekam einen mit 4% verzinsten Kredit. „Die Bilanzsumme der Domänenbank betrug im Jahre 1926 fünf Millionen RM.“²¹ Es gab einen Aufsichtsrat²², der aus seinen Reihen einen Arbeitsausschuß, den Verwaltungsrat, zur Erledigung der laufenden Geschäfte bildete²³. Dem Aufsichtsrat gehörte unter anderem der damals als sehr modern geltende Professor Friedrich Aereboe an, von dem Topf sagt, daß seine Wirkung als Agrarwissenschaftler „wahrhaft revolutionierend“ gewesen sei²⁴.

Bald nach der Gründung der Bank ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten zwischen dem Vorsitzenden des Domänenpächterverbandes v. Schack und Klepper. Die tieferen Ursachen lagen in dem Aufeinanderprall zweier Welten. Hier trafen alte, noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammende agrarpolitische Vorstellungen – vertreten durch v. Schack – auf eine neue, stark von Aereboe geprägte Konzeption, die auf betriebs- und marktwirtschaftlichen Voraussetzungen fußte und von Klepper realisiert werden sollte.

¹⁴ Ebenda, Nr. 11157, Bl. 92 und Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 75 ff.: der Vizepräsident der Preußenkasse wurde Mitglied des Aufsichtsrates der Domänenbank.

¹⁵ Ebenda, Nr. 11150, Bl. 131 und Rep. 87, Nr. 2971, Vorgänge zum Domänenpächterverband und der Deutschen Domänenbank. Vgl. auch Deutsches Bankier-Buch und Liebich, S. 27. Vgl. außerdem: Topf, Napoleon, S. 469. Faust, Geschichte, S. 566: „[...] die Deutsche Domänenbank [ist] unter seiner [Kleppers] maßgeblichen Mitwirkung entstanden.“

¹⁶ Berliner Tageblatt, 13. 1. 1928: Die Reorganisation der Preußenkasse.

¹⁷ Hertz-Eichenrode, S. 272.

¹⁸ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 104, die Bank ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter der Nr. 1467 am 19. 12. 1924 eingetragen worden.

¹⁹ Ebenda, Bl. 101. Vgl. Anweisung Kleppers vom 5. 2. 1926 (VNL-K, Nr. 138, Bl. 17).

²⁰ Genaue Angaben zur Gründung, Organisation und Umwandlung der Bank 1933 sowie zum Pachtkredit in: Geiler, S. 182 ff. In der 1935 hrsg. Schrift wird Klepper nicht erwähnt, obwohl er die Bank nachweislich gegründet hat.

²¹ PrLT, 366. Sitzung, 26. 3. 1928, Sp. 26105.

²² GSTAM, VNL-K, Nr. 186, Bl. 210. Zum Aufsichtsrat gehörten neben Prof. Aereboe Oberamtmann Hanisch, Domänenpächter August Block, Oberamtmann Julius Böckelmann, Domänenpächter Cornelius, Finanzrat Wilhelm Glaeser, Geheimer Ministerialrat Ludwig, Oberamtmann Radbruch, Domänenpächter Rohde, Domänenpächter Ruoff, Oberamtmann Spinnecker, Oberamtmann Zernichow und Herbert Lauffer.

²³ Topf, S. 238 und Geiler, S. 185 f.

²⁴ Topf, S. 234 ff. Friedrich Aereboe (1865–1942), Prof. für Landwirtschaft an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin; seine bekanntesten Werke: Allgemeine Landwirtschaftliche Betriebslehre und Agrarpolitik.

Die ausführliche Korrespondenz zwischen v. Schack und Klepper, die dem Domänenpächterverbandsvorstand jeweils zur Kenntnisnahme vorlag und dadurch einen offiziellen Charakter erhielt, spiegelt die Probleme wider, die sich bei den Auseinandersetzungen um eine Modernisierung der Verbandsarbeit und um eine Reform der Landwirtschaft ergaben. Im Februar 1925 faßte v. Schack seine mehrfach geäußerten Vorwürfe in einem Schreiben an Klepper wie folgt zusammen²⁵: Klepper kümmere sich zu wenig um den DPV, die Bank und die Domänenbetriebsgesellschaft nähmen ihn dagegen zu sehr in Anspruch, das Büro sei nicht mehr wie früher gemütlicher Treffpunkt, sondern Schaltzentrale, in der man lange warten müsse, bis man drankomme, der Verband werde immer mehr zum „Selbstzweck und die Wahrung der Interessen der Mitglieder zur Nebensache“, die Bürozeiten der leitenden Personen begännen zu spät, das Auto sei für den Verband beschafft worden und dürfe nicht ausschließlich der Geschäftsführung dienen, es herrsche zu wenig Bescheidenheit bei den Ausgaben, und die Gehälter der leitenden Angestellten seien zu hoch. Auch Klepper persönlich warf er vor, daß er zu viel verdiene und zu verschwenderisch geworden sei²⁶. Er, v. Schack, fühle sich als „Statist“ neben Kleppers Aktivität, er verlange eine öffentliche Aussprache im Vorstand und im Aufsichtsrat.

Klepper hatte den Brief zunächst mit Prof. Aereboe besprochen und war mit diesem „übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, daß der Bruch, wenn jetzt die von Herrn v. Schack gewünschten Sitzungen stattfinden, scharf und endgültig eintreten würde“²⁷. Doch da Klepper sich mit Hilfe des Aufsichtsratsvorsitzenden des DPV, Hanisch, noch „einmal im Interesse unserer Sache“ um einen Kompromiß bemühte, zogen sich die Verhandlungen mit v. Schack noch einige Monate hin²⁸.

Schließlich kam es dann aber doch zum Bruch, denn „die Entwicklung des DPV und der DDB zu einem großen wirtschaftlichen Unternehmen und die schwierigen vor uns liegenden Aufgaben machen es zu dem Erfordernis, daß innerhalb des Vorstandes des DPV und zwischen Vorstand und Aufsichtsrat der DDB eine absolute Übereinstimmung besteht, und deshalb ist es unumgänglich, den bisherigen gegenteiligen Zustand zu beenden. Die Zusammenarbeit zwischen den übrigen beteiligten Herren und mir ist durchaus reibungslos. Es ist selbstverständlich, daß verschiedene Auffassungen auch hier auftauchen. Wir finden uns aber letzten Endes immer wieder auf einer gemeinsamen Linie. Dagegen haben die Beziehungen zu Ihnen eine unmögliche Gestalt angenommen,

²⁵ GSTAM, VNL-K, Nr. 186, Bl. 95, v. Schack an Klepper, 24. 2. 1925.

²⁶ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 231 f. Klepper war inzwischen in die Sophie-Charlotten-Straße 20, eine schöne geräumige Villa in Zehlendorf aus dem Anfang des Jahrhunderts, gezogen. Laut Auskunft der Oberfinanzdirektion Berlin vom 7.11. 1991 wurde das Einfamilienhaus 1913 errichtet und am 1. 4. 1924 vom Domänenpächterverband erworben. 1947 wurde es von den amerikanischen Streitkräften requiriert und am 14. 9. 1955 von der Bundesrepublik gekauft (Grundbuchauszug, 10. 12. 1991, Amtsgericht Schöneberg). Als ich im Juli 1991 Gelegenheit hatte, die Villa zu sehen, wurde sie von einem Offizier der amerikanischen Armee und seiner Familie bewohnt. Es ist ein geräumiges, im englischen Landhausstil erbautes Wohnhaus mit großzügigen Zimmern, abgetrenntem Dienstbotentrakt und einem großen Garten. Das Haus muß der Liste der Möbel und Bilder nach zu urteilen (KNL) sehr geschmackvoll eingerichtet gewesen sein. Dem Finanzminister standen Bilder aus Staatsbesitz für den privaten Gebrauch zur Verfügung (GSTAM, Rep. 151, HB 505).

²⁷ GSTAM, VNL-K, Nr. 186, Bl. 95 ff.

²⁸ Ebenda, Bl. 99, Klepper an Hanisch, 26. 2. 1925. Bl. 98, Klepper an v. Schack, 26. 2. 1925. Bl. 150, v. Schack an Klepper, 6. 8. 1925.

beide Unternehmen tragen diese Uneinigkeit nicht länger.“²⁹ Klepper versuchte v. Schack klarzumachen, daß die internen Streitigkeiten bedeutungslos seien angesichts der „kommenden Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsministerium, die schwierigsten, die wir bisher geführt haben, und von entscheidender Bedeutung. Es handelt sich darum, die starken Erfolge, die in der letzten Zeit erzielt worden sind, auszuwerten. Dabei wird nicht nur die Frage des Pachtpreises der Altpächter für das Jahr 1925/26 eine Rolle spielen. Wir stehen vielmehr vor der Aufgabe, die Lastenverteilung, die Superinventarfrage, die Neupächterfrage und die Frage des Verpachtungsmodus der Domänen zu regeln.“

Klepper wurde nicht nur von Aereboe, dem „es sehr nützlich zu sein [*schien*], daß jetzt das große Reinemachen kommt“³⁰, sondern auch vom preußischen Landwirtschaftsministerium unterstützt³¹. Die Preußenkasse drohte gar, ihre Kredite abzuziehen, wenn Klepper gehe³². In der von Klepper gezeichneten Einladung zur Ausschußsitzung am 26. August 1925 ist dann auch ausdrücklich von „Meinungsverschiedenheiten zwischen Oberamtmann v. Schack“ und ihm die Rede. Der Vorstand des Domänenpächterverbandes sprach sich gegen v. Schack aus und übertrug Klepper „in allen Angelegenheiten der Geschäftsführung des DPV und seiner Unternehmungen vorbehaltlos sein Vertrauen“³³.

Es blieb noch das Problem von Kleppers Gehalt zu klären, das v. Schack als zu hoch bezeichnet hatte. Der Grund für die Unklarheiten über Kleppers Gehalt lag in der sich erst langsam steigernden finanziellen Entwicklung des zunächst völlig mittellosen Domänenpächterverbandes. Anfangs hatte Klepper noch unentgeltlich, dann für ein geringes, zunächst nicht festgelegtes Gehalt für den Verband gearbeitet und seinen Hauptverdienst durch den Reformbund und seine Tätigkeit als Anwalt erarbeitet³⁴. Als dann im Februar 1924 die Einleitung der neuen Unternehmungen des DPV einsetzte, beendete Klepper seine anderen Tätigkeiten und widmete sich ganz seiner Arbeit für die Domänenpächter, wobei er sein Gehalt zunächst selbst festlegte.

Anfang Oktober 1925 legte Klepper dann unaufgefordert in einem Brief an Hanisch seine Gehaltssage dar³⁵ und führte einen genauen Nachweis über alle Buchungen, die er seit Beginn vorgenommen hatte. Seiner Bitte, diesen Brief vor dem Ausschuß und dem Aufsichtsrat zu veröffentlichen, folgte Hanisch jedoch nicht mit dem Argument: „Sie wissen ebenso gut wie ich, daß 75% aller Domänenpächter, gering gerechnet, denen es augenblicklich hundsschlecht geht, nicht die Urteilkraft aufbringen können, daß ein Mann, der an der Spitze unserer Unternehmungen steht und außerordentliche Erfolge erzielt hat, auch gebührend honoriert sein muß.“³⁶ So verständigte man sich in der „gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Deutschen Domänenbank e.G.m.b.H. vom 14. Oktober 1925 in Berlin“ ohne Debatte und einstimmig auf ein

²⁹ Ebenda, Bl. 159–164, Klepper an v. Schack, 14. 8. 1925.

³⁰ Ebenda, Bl. 172, Aereboe an Klepper, 17. 8. 1925.

³¹ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 95.

³² Ebenda, Rep. 84a, Nr. 11157, Bl. 92.

³³ GSTAM, VNL-K, Nr. 186, Bl. 178 und 186.

³⁴ Seit dem 27. 8. 1923 war er als Rechtsanwalt beim Reichskammergericht in Berlin zugelassen (GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 131).

³⁵ GSTAM, VNL-K, Nr. 186, Bl. 190–197, Klepper an Hanisch, 3. 10. 1925.

³⁶ Ebenda, Bl. 190 ff., Hanisch an Klepper, 5. 10. 1925.

Jahreseinkommen für Klepper von 60 000 RM³⁷. In der gleichen Sitzung wurden Kleppers Maßnahmen, zum Beispiel die „Übereignung der Hälfte des Pächterinventars auf die DDB“, gebilligt.

Klepper war, wie er an Hanisch schrieb, „ein Stein von der Seele“ gefallen; denn ihn hatte „die ganze Situation in der letzten Zeit außerordentlich bedrückt“³⁸. Es war eine harte Zeit für Klepper: Die Aufgabe seiner unabhängigen Anwaltstätigkeit zugunsten eines Verbandes, den es auf ganz neue Pfade zu führen galt, die Gründung der Bank und der Domänenbetriebsgesellschaft und alle damit zusammenhängenden schwierigen Verhandlungen, der Umzug nach Berlin, gleich danach - ein erfreuliches Ereignis - die Geburt seines Sohnes Hermann Otto³⁹, doch im Frühjahr darauf der Tod seiner ältesten Tochter Gisela, ein Verlust, den er sein ganzes Leben nicht recht verwunden hat⁴⁰.

Bei den Neuwahlen im Juni 1926 wurde Klepper geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Bank⁴¹. Dem genossenschaftlichen Charakter der Bank und den Erfordernissen des Personalkredits entsprach eine starke Dezentralisierung des Kreditgeschäfts, und so schlossen sich der Domänenbank bald regionale Pächterbanken aus den übrigen Teilen Deutschlands an. Daß auch das nicht ohne Reibungen ging, zeigt das Beispiel der Eröffnung der ersten Domänenbankfiliale in Hannover⁴². Landesökonomierat Peter Johannssen protestierte heftig, weil diese Neueröffnung eine Konkurrenz für die Landeskreditanstalt und die Landesgenossenschaftsbank bedeutete, was Klepper zurückwies nach dem Motto: Konkurrenz belebe das Geschäft und sei günstig für die Landwirte, er erwarte einen „Konkurrenzkampf [...] in tunlichst fairen Formen“⁴³.

³⁷ Ebenda, Bl. 186, 210 ff.: es wird genau aufgeführt, wie sich die 60 000 RM auf seine verschiedenen Tätigkeiten verteilen.

³⁸ Ebenda, Bl. 202 f., Klepper an Hanisch, 6. 10. 1925.

³⁹ GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 129, 31. 7. 1924.

⁴⁰ Sie starb am 20. 3. 1925 und wurde auf dem Waldfriedhof in Zehlendorf begraben (Bezirksamt Berlin-Zehlendorf an Frau Hedwig Naumann-v. Kalinowski, 17. 2. 1966).

⁴¹ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 355. Als dem Vorstandsvorsitzenden der Domänenbank wurde Klepper im März 1927 Handlungsvollmacht von der Reichskreditgesellschaft erteilt, in deren Verwaltungsrat er ebenfalls Mitglied wurde, siehe Rundschreiben Nr. XVII der Reichskreditgesellschaft Berlin W 8 vom 8. 3. 1927, umseitig unterschrieben von Otto Klepper (GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11157, Bl. 100). Klepper war außerdem Mitglied des Ausschusses der preußischen Staatsbank (Seehandlung), stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Getreide-Industrie- und Commission A.G. (Berlin). Vgl. Reichshandbuch, 1. Bd., S. 944 f.

⁴² Geiler, S. 184. So ist es zu erklären, daß nach dem Kriege die „Land- und Pachtbank“ in Hannover zum Nachfolgeinstitut der Domänenbank wurde. Sie hieß später „Deutsche Gewerbe- und Landkreditbank“ und wurde eine Tochter der DG Bank. Ebenso wurde der Domänenpächterverband 1948 in Niedersachsen unter Herrn v. Clewe neugegründet, weil nach Auskunft von Herrn v. Schintling-Horny (Liebenburg), der bis Ende 1990 25 Jahre Vorsitzender des Verbandes war, Niedersachsen der einzige Rest Preußens war, in dem die meisten (50) Domänen lagen. Der Verband nannte sich später „Domänen- und Privatpächterverband“, wurde assoziiertes Mitglied des Deutschen Bauernverbandes und arbeitete maßgeblich mit an der Pachtgesetzgebung von 1985, die sich auf das alte Pächterkreditgesetz stützte. Heute heißt der Verband „Bundesverband landwirtschaftlicher Pächter“ und hat durch die Öffnung neue wichtige Funktionen erhalten. Es wurden Zweigstellen in den Neuen Bundesländern gegründet, die sich dafür einsetzen, daß ehemaliges Pachtland an die Länder zurückgegeben wird.

⁴³ GSTAM, VNL-K, Nr. 146, Johannssen an Klepper, 9. 11. 1926 und Klepper an Johannssen, 10. 11. 1926.

Das neue Agrarkreditsystem und das Pächterkreditgesetz

Nach der doppelten Gründung von Pächterverein und Geldinstitut folgte der nun notwendige dritte Schritt, nämlich die Neuregelung der Pachtverhältnisse und des Pachtkredits. Schon im Januar 1925 forderte Klepper den preußischen Landwirtschaftsminister auf, „die Kreditwürdigkeit einzelner Pächter bekanntzugeben“⁴⁴, denn diese sollte in Ermangelung von Grund und Boden die Hauptsicherheit für den Kredit bieten. So baute Klepper das Kreditsystem „im Sinne eines echten Personalkredits“ aus, bei dem dingliche Sicherheiten nur noch eine geringe Bedeutung, die angemessene Kreditverwendung, das heißt „die persönliche und fachliche Zuverlässigkeit der Landwirte“ dagegen ausschlaggebend war⁴⁵. Die zusätzliche Sicherung erfolgte durch ein Pfandrecht am Inventar auf Grund eines Verpfändungsvertrages, der nach Bedarf ergänzt oder erneuert werden konnte. Alle Kreditanträge wurden genau auf ihre Wirtschaftlichkeit hin geprüft, und Klepper gab die Anweisung, daß, wenn sie abgelehnt werden mußten, „keine allgemeinen Floskeln“ gebraucht, sondern „die wahren Gründe“ genannt werden sollten⁴⁶.

Während das *Berliner Tageblatt* von „der Schaffung, beziehungsweise der erstmalig im größeren Rahmen bei der Domänenbank erfolgten Anwendung des Systems der individuellen Kreditgewährung“ spricht⁴⁷, schreibt Faust, „daß Kreditkontrollenrichtungen, wie Klepper sie vorschlug, weder etwas Neues noch etwas Besonderes darstellten. Im Verhältnis von Banken zu Industrie und Handel waren sie seit langem üblich. Die Frage war nur, ob sie in der vorgedachten Form auch für den Agrarkreditmarkt und für ein freies, dezentral organisiertes Genossenschaftswesen zugeschnitten waren. Jedenfalls“, so fügt Faust ironisch hinzu, „verstand es Klepper, viel Aufhebens davon und sie zur Trumpfkarte aller seiner Argumentationen zu machen.“⁴⁸

Klepper war von Aereboe stark geprägt worden, doch daß dieser ihn ‚entdeckt und gemacht‘ habe, wie Topf behauptet, stimmt nicht⁴⁹. Aereboe hatte mit seinen Büchern und aktiv durch seine Beratertätigkeit für die Regierung wie auch für private Grundeigentümer die Gesetze der Marktwirtschaft in die Landwirtschaft eingeführt, wodurch der Wert des Bodens und seines Ertrages von den effektiven Preisen des Gütermarktes bestimmt wurde⁵⁰. Außerdem hatte „er besonderes Gewicht auf das Gemeinwohl und das Staatsinteresse“ gelegt, dem sich „das Eigeninteresse unterzuordnen“ hatte. Daraus ergab sich, daß Aereboe „alle politischen, sozialen und ökonomischen Privilegien des Großgrundbesitzes“ bekämpfte. „Seine Formel von der ‚Wanderung des Bodens zum besten Wirt‘ gibt seine Einstellung am besten wieder.“⁵¹ Doch nicht nur Aereboe hatte Klepper beeinflusst, sondern auch Heinrich von Thünen, der mit seinem Werk „Der iso-

⁴⁴ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 90, Klepper an den MfLuF, 23. 1. 1925. Vgl. weitere Schreiben zur Neuregelung der Pachtverhältnisse und zur Kreditkontrolle Bl. 93 ff.

⁴⁵ Geiler, S. 183. DGBkA, Sig. 10892, Engelmann, S. 10, im folgenden nur als Engelmann zitiert.

⁴⁶ GSTAM, VNL-K, Nr. 138, Bl. 7, 21. 1. 1926.

⁴⁷ *Berliner Tageblatt* vom 13. 1. 1928 (DGBkA, ND-P.Z., 4. Jg., Nr. 11, Bl. 2).

⁴⁸ Faust, Geschichte, S. 567.

⁴⁹ Topf, S. 238.

⁵⁰ Ebenda, S. 236.

⁵¹ Fiederlein, S. 35 f. Vgl. Hanau (Hrsg.), Aereboe.

lierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“ unter anderem die von Klepper aufgenommene Theorie vom richtigen Standort entwickelt hat⁵².

Auf dieser Basis baute Klepper zusammen mit Schülern Aereboes die betriebswirtschaftliche Beratung und Kreditkontrolle auf, die nicht nur die gegebenen Bedingungen des landwirtschaftlichen Betriebes beachtete, sondern den Landwirt vor allem auch mit den Bedingungen des Marktes vertraut machte, so daß die Konsequenz für den Landwirt durchaus eine völlige Umstellung seines bisherigen Programms bedeuten konnte⁵³. In der oben erwähnten Denkschrift des Domänenpächterverbandes lassen sich erste Ergebnisse des neuen Agrarkreditsystems nachlesen⁵⁴.

Aus der Beratungsstelle wurde eine eigene Abteilung, die der im September 1925 gegründeten Domänenbetriebsgesellschaft, einer Tochtergesellschaft der Domänenbank, angegliedert wurde⁵⁵. Die Beratungsstellen sollten „durch geschulte Landwirte alle [*der Bank*] angeschlossenen Betriebe überwachen, um so die Wege für eine Sanierung ihrer finanziellen Verhältnisse und eine Rationalisierung ihrer Betriebsmethoden zu finden“⁵⁶. Ein Jahr später übernahm die Domänenbetriebsgesellschaft zusätzlich das Geschäft für Düngemittel und im Laufe der Zeit auch das für Futtermittel, Saatgut und Getreide⁵⁷. Wie das System in der Praxis funktionierte, verdeutlichen die Ausführungen Karl Brandts, eines engen Mitarbeiters Kleppers: „In der Zeit meiner Tätigkeit bei der Deutschen Domänenbank habe ich weit über 300 landwirtschaftliche Großbetriebe in allen Teilen des Reiches auf ihre Kreditwürdigkeit und Rentabilität geprüft und die Kreditkontrolle über nahezu 2 000 Betriebe geleitet. In den Jahren 1926 und 1927 war ich gleichzeitig als Schiedsrichter zwischen der preußischen Domänenverwaltung und dem Domänenpächterverband, sowie als Schiedsrichter zwischen der Stadt Stralsund und dem Verband Vorpommerscher Gutspächter tätig und habe in dieser Eigenschaft auf mehr als 80 Gütern Pachtstreitigkeiten beigelegt.“⁵⁸

Mit dem Ausbau des betriebswirtschaftlichen Beratungs- und Kreditvergabesystems verband Klepper sehr konkrete Vorstellungen, wie eine sozialreformerische Agrarpolitik auszusehen hatte. Er sah also die Maßnahmen der Bank in einem größeren agrarpolitischen Zusammenhang, und deshalb war es nur konsequent, daß er zusammen mit dem Domänenpächterverband die Initiative zur Schaffung eines Gesetzes über die Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter ergriff. So kam es, daß das sogenannte Pächterkreditgesetz vom 9. Juli 1926 eng mit seinem Namen verknüpft und „wesentlich

⁵² Johann Heinrich v. Thünen (1783–1850), das Werk erschien 1826 zum ersten Mal und ist 1990 neu aufgelegt worden. Vgl. dazu die Rezension von Engelhardt. Bei der Standortfrage handelt es sich um die sogenannten „Thünenschen Ringe“, das sind um eine Stadt als Konsumenten-Zentrum gelegte Zonen, in denen landwirtschaftliche Güter nach Verderblichkeit, Menge und Transportmöglichkeit, also unter marktwirtschaftlich sinnvollen Gesichtspunkten produziert werden.

⁵³ Hertz-Eichenrode, S. 272.

⁵⁴ Denkschrift des Domänenpächterverbandes über die wirtschaftliche Lage der preußischen Domänenbetriebe, Berlin 1926.

⁵⁵ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971, Bl. 101.

⁵⁶ Ebenda, Deutsche Domänenbank an das Zentralwohnungsamt Berlin, 12. 12. 1925. Vgl. GSTAM, VNL-K, Nr. 142, Grundlegende Ausführungen Kleppers „Zur Kreditpolitik der Deutschen Pächterkreditbank“ (Domänenbank), wahrscheinlich handelt es sich um einen Vortrag vom Februar 1928.

⁵⁷ Geiler, S. 188.

⁵⁸ AdHU Berlin, Lebenslauf des Dipl.-Ldw. Dr. Karl Brandt, Berlin, 24. 1. 1929, Bl. 5, Akte Brandt.

auf seine Initiative zurückzuführen“⁵⁹ ist. Der *Berliner Börsen-Courier* schrieb: Klepper „hat sich mit andern ein Hauptverdienst um das Zustandekommen des Pächterkreditgesetzes erworben. Seitdem hat erst das oft sehr wertvolle Inventar als Grundlage für die Kreditbedürfnisse des landwirtschaftlichen Pächters herangezogen werden können, dem im Gegensatz zum Grundeigentümer andere Beleihungsmöglichkeiten nicht gegeben sind.“⁶⁰

Dieses Pächterkapitalkreditgesetz wurde zur Grundlage des gleichartigen Gesetzes von 1951 gemacht. Noch fünfzig Jahre später wird das Gesetz aus der Weimarer Zeit gelobt; es sei, so heißt es, „eines der bemerkenswertesten agrar- und kreditrechtlichen Gesetze der letzten 50 Jahre; es hat vorausschauend und kühn neue, damals weder von der Praxis noch von der Wissenschaft anerkannte kredit- und betriebswirtschaftliche Erkenntnisse zu verwirklichen versucht. Zum ersten Mal wird hier die lange fast verfemte Mobiliarhypothek des römischen und gemeinen Rechts wieder in das moderne Reichsrecht eingeführt, zum ersten Mal eine besondere Bankenaufsichtsbehörde für die Zulassung und Überwachung von Kreditinstituten geschaffen und von diesen Instituten die enge organisatorische Verbindung von Kreditgewährung und Betriebsberatung verlangt, also der höchst fruchtbare Gedanke der Wirtschaftsberatung vom Gesetzgeber ausdrücklich anerkannt und seine Verwirklichung in der Praxis des Agrarkredits gefordert.“⁶¹

Das Beraterteam

Um die betriebswirtschaftliche Beratung und Kontrolle durchführen zu können, brauchte Klepper fähige Mitarbeiter. Er fand sie, wie erwähnt, in Aereboes Hochschuleinstitut. Einer der besten Schüler Aereboes war Karl Brandt. Er promovierte 1927 über „Entwicklung, Wesen und Formen der landwirtschaftlichen Pacht“ und leitete schon seit Januar 1925 als landwirtschaftlicher Sachverständiger und Taxator die betriebswirtschaftliche Abteilung der Domänenbank, in deren Vorstand er nach neun Monaten berufen wurde. Doch engagierte Klepper, laut Topf, auch „rücksichtslos [...] seinem früheren Brotgeber, ‚Gutsreform‘, die tüchtigsten Leute weg, einen nach dem anderen.“ So entstand „ein Reservoir von fähigen Leuten [...], die zumeist noch ziemlich jung, gern Nauheim mit Berlin vertauschten“⁶². Mit dem gekonnten Aussuchen qualifizierter Leute war es aber nicht getan, offenbar verstand Klepper es auch, ein Team aus ihnen zu bilden. Topf schildert das Domänenbankteam⁶³ mit einer Mischung aus Spott und Aner-

⁵⁹ Faust, Geschichte, S. 566.

⁶⁰ Berliner Tageblatt, 13. 1. 1928, „Reorganisation der Preußenkasse“. DGBkA, ND-P.Z., 4. Jg., Nr. 11, 13. 1. 1928, Bl. 2 f. Geiler, S. 183: „Das Gesetz brachte endlich das Registerpfandrecht und damit die technische Grundlage des heutigen Pächterkredits. Aufgrund des gleichen Gesetzes wurde die Bank im September 1926 vom Pachtkreditausschuß bei der Hauptlandwirtschaftskammer zur Bewegung von Pächterkapitalkredit zugelassen. Der Ausschuß hat übrigens auch die Geschäftsgebarung der von ihm zugelassenen Institute zu überwachen und erläßt die Richtlinien für die Kreditgewährung.“

⁶¹ Achterberg, Erich/Karl Lanz (Hrsg.): Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M., 1975, S. 1323. Klepper wird nicht erwähnt.

⁶² Topf, S. 89.

⁶³ GSTAM, VNL-K, Nr. 146.

kennung: „Die ganze Belegschaft, so bunt zusammengewürfelt, wird an der gemeinsamen Mittagstafel zur einheitlichen ‚Crew‘ erzogen. Das Kasino ist das Seminar, Klepper der Dozent, der nach der Montessori-Methode seinen Stab in spielerischer Tafeldiskussion zum gefügigen und leistungsfähigen Werkzeug heranbildet. Welche Gegensätze waren da zu überwinden! Da war beispielsweise Herr von Ilseman, der erste der Domänenbank-Leute, die Klepper später mit in die P.Z. hinübernahm und der dort Personalchef wurde⁶⁴ [...] – der Bruder jenes Herrn von Ilseman, der Wilhelm als Personalchef des Hofes in Doorn unschätzbare Dienste leistete –, da saßen also feudale Royalisten, massive Reaktionäre, aber neben ihnen wieder Parteigenossen von der SPD und engagierte Weltbühne-Leser. Ungehemmt von bürokratischen Organisationsprinzipien konnten sie alle miteinander im Domänenpächterverband nach Herzenslust positive Arbeit leisten. Der DPV über die Partei, das ist die Parole der Crew. Die außerordentliche Leistung, einen Stab von erstklassigen Mitarbeitern um sich zu versammeln und die verschiedenartigsten Menschen in erfolgreicher gemeinsamer Tätigkeit anzusetzen, zeugt von einer außerordentlichen Persönlichkeit.“⁶⁵

Die Schilderungen Topfs werden bestätigt durch die internen Betriebsanweisungen, die Klepper seinem Mitarbeiterstab regelmäßig zukommen ließ. Da ist von „Höflichkeit, Fairness, Erklärung und Begründung von Maßnahmen“ bei den Verhandlungen mit Kontrahenten die Rede, da wird Wert auf schnellere Information durch genaue und schnelle Umläufe der Akten gelegt, da werden regelmäßige Besprechungen sämtlicher Abteilungsleiter, um „schwebende grundsätzliche Fragen zu behandeln und die Fühlung unter den Abteilungen zu fördern“, anberaunt, und da werden genaue Reisekostenabrechnungen und schriftliche Anträge auch für nur einen Tag Urlaub verlangt⁶⁶. Daß sein Führungsstil positiv angenommen wurde, beweist die Tatsache, daß, als die wirtschaftliche Lage der Bank im Herbst 1927 angespannt war, von den Betroffenen selbst ein Antrag auf Gehaltskürzungen der oberen Gehälter eingebracht wurde. Die Gehaltskürzungen, die Klepper selbst den leitenden Angestellten nicht hatte zumuten wollen, wurden je nach Familienstand und Einkommen gestaffelt und in der Betriebsbesprechung vom 6. Oktober 1927 beschlossen, ebenso wie ein gewisser Personalabbau⁶⁷.

Einer, der weitergesteckte Ziele hat, sucht nach Möglichkeiten, sie zu verwirklichen. Die Domänenbank war nur eine verhältnismäßig kleine Institution, mit ihr als Instrument moderner Agrarpolitik stieß Klepper rasch an Grenzen. So bot sich die Preußenkasse, die er aus engster Zusammenarbeit genau kannte, durchaus als neues Betätigungsfeld an⁶⁸. Die Voraussetzungen, die er mitbrachte: ein agrarpolitisches Konzept, ein betriebswirtschaftliches und banktechnisches Instrumentarium, um dieses zu realisieren,

⁶⁴ Ebenda, Nr. 174, nach dem Vers über Iwan v. Ilseman in einer für Klepper von seinem Team verfaßten Festzeitung zu urteilen, muß er ein stets hilfsbereiter, fürsorglicher, sich um alles kümmernder, sehr beliebter Kollege gewesen sein.

⁶⁵ Topf, S. 89f. Vgl. auch Faust, Geschichte, S. 566: „Bezeichnend für Kleppers souveräne Führungsmethode war, daß diese ‚junge Intelligenz‘ sich aus Anhängern verschiedener politischer Richtungen zusammensetzte, die er in einem Führungsgremium harmonisch zu vereinen verstand.“

⁶⁶ GSTAM, VNL-K, Nr. 146 und 138, Bl. 23, 15. 2. 1926, und Bl. 39, 15. 9. 1927.

⁶⁷ Ebenda, Nr. 143 und 145, Briefe Kleppers und Antworten aller Betroffenen, die sich ausdrücklich nicht nur einverstanden erklären, sondern größtenteils auch Verständnis äußern.

⁶⁸ Engelmann, S. 10: Sie war nicht nur seine „hauptsächliche Refinanzierungsstelle“, sondern er war auch auf ihre Mitarbeit unbedingt angewiesen.

Erfahrungen mit einem guten, wissenschaftlich qualifizierten Arbeitsteam und Kontakte zu Landwirten in allen Teilen Deutschlands, waren durchaus dazu geeignet, ihm eine erfolgreiche Betätigung in größerem Rahmen zu ermöglichen. Die Preußenkasse aber war gelähmt durch Uneffektivität, Bürokratismus und soziale Ungerechtigkeit. Klepper gehörte zu ihren „schärfsten und scharfsinnigsten Kritikern“⁶⁹. Da er sich für gesunde Betriebe einsetzte, ärgerte ihn, wie sein engster Mitarbeiter, Konrad Engelmann, berichtet, die Erkenntnis, daß „die in vielen Genossenschaften einflußreichen Großgrundbesitzer die bürokratische Schwäche der Preußenkasse zu ihren Gunsten ausnutzten“, und er wünschte sich „die dem preußischen Staat in die Hand gegebene Macht, um mit kreditpolitischen Mitteln durch die Preußenkasse der zunehmenden Verschuldung von unrationellen Großbetrieben Einhalt zu gebieten, dadurch ihre wirtschaftliche und politische Einflußnahme abzustellen, sanierungsfähige Betriebe der Aufsiedlung zuzuführen und so die Voraussetzungen für eine besonders im Osten Deutschlands überfällige Agrar- und Sozialreform zu schaffen“⁷⁰.

⁶⁹ Vossische Zeitung, 16. 1. 1928.

⁷⁰ Engelmann, S. 10f.

3. Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Als das preußische Finanzministerium am 12. Januar 1928 dem Amtlichen Preußischen Pressedienst die Mitteilung machte, daß der Geheime Finanzrat Carl Semper, bisheriger Präsident der Preußenkasse, bis auf weiteres beurlaubt und Rechtsanwalt Klepper „mit der kommissarischen Leitung des Direktoriums der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse beauftragt“ worden sei, wußten nicht nur Eingeweihte, daß sich hinter den dünnen Worten eine Menge Zündstoff verbarg. Die amtliche Mitteilung konnte dies nur versteckt andeuten: „Der finanzielle Status der Anstalt gibt, wie bereits festgestellt worden ist, zu irgendwelchen Besorgnissen keinen Anlaß. Das preußische Staatsministerium ist überdies fest entschlossen, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Preußische Zentralgenossenschaftskasse als leistungsfähiges Kreditinstitut für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen¹ und den gewerblichen Mittelstand zu erhalten und weiter auszubauen.“²

Es war kein Zweifel, die Preußenkasse war in eine Krise geraten. Die Ursachen dafür waren vielfältig. Zum einen waren sie bereits in der Gründung der Institution angelegt, zum anderen hingen sie mit der besonderen politischen und wirtschaftlichen Situation Preußens nach dem Ersten Weltkrieg und dem sich daraus entwickelnden Gegensatz zum Reich zusammen, und sie waren schließlich, drittens, die Folge davon, daß sich die Leitung von Geheimrat Semper und seinem Stab den neuen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nach dem Ersten Weltkrieg und vor allem nach der Inflation 1923 nicht mehr gewachsen zeigte. Diese drei Ursachen müssen genauer untersucht werden, will man die harten Auseinandersetzungen auf dem Agrarsektor, die zwischen der Preußenkasse und den Genossenschaften und zwischen Preußen und dem Reich in der Endphase der Republik ausgetragen wurden, verstehen.

„Die Konstruktion dieser Großbank des kleinen Mannes“ wurde von zwei sehr unterschiedlichen Überlegungen beeinflusst, einmal von rein banktechnischen, zum anderen von sozialpolitischen Erwägungen³. Die banktechnische Notwendigkeit ergab sich aus der Tatsache, daß die Kreditbedürfnisse des Handwerks und der Landwirtschaft sowohl vom zeitlichen Rahmen wie von der Kreditwürdigkeit her besondere waren, die die 1875 gegründete Reichsbank nicht zu befriedigen vermochte, abgesehen davon, daß der Geschäftsbetrieb der Genossenschaften sich kaum mit den normalen Bankgeschäf-

¹ Nach der Einteilung von K. Kluthe, S. 21, muß zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften (incl. der ländlichen Spar- und Darlehenskassen), gewerblichen Genossenschaften (incl. Volksbanken), Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften unterschieden werden. Die Genossenschaften haben sich im Laufe des 19. Jahrhunderts, anknüpfend an historische Modelle, gebildet, um auf dem Wege der Selbsthilfe Waren zu produzieren und zu verteilen. Die beiden wichtigsten Genossenschaftsgründungen waren die von Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) und Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888). Zur Geschichte des Genossenschaftswesens vgl. die sehr ausführliche Darstellung mit Bibliographie: Faust, Geschichte und Laurinkari.

² GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 127 f. Personalbogen: Bl. 129–132. Vgl. auch DGBkA, ND-P.Z., 4. Jg., Nr. 10, Bl. 4. Das war gemäß dem oben zitierten Gründungsgesetz vom 31. 7. 1895 die Hauptaufgabe der Preußenkasse. Vgl. K. Kluthe, S. 84 f.

³ Wygodzinski/Müller, S. 170. Krebs nennt die Gründung mehr „eine kulturelle und sozialpolitische Maßnahme als eine reine banktechnische Angelegenheit“ (S. 563).

ten vereinbaren ließ⁴. Die sozialpolitischen Erwägungen waren eine Folge der Industrialisierung und der damit verbundenen sozialen Mißstände, die allmählich in das Bewußtsein auch konservativerer Politiker drangen. Der Abgeordnete Hans v. Kleist-Retzow hatte im Jahre 1867 im preußischen Herrenhaus einen Antrag eingebracht, in dem er die königliche Regierung dazu aufforderte, „zur Vermittlung des Geschäftsbetriebes der Genossenschaften [...] eine Zentralkasse ein[zu]richten und diese mit einem Betriebsfonds von 2 Millionen Talern [zu] dotieren“⁵. Der Antrag brachte ihm zwar von Botho Graf Eulenburg den Vorwurf des Kommunismus ein und wurde auch abgelehnt, aber ein Anfang war gemacht. Wenn man auch noch eine Zeit lang versuchte, die Wähler durch staatliche Sozialpolitik von der Sozialdemokratischen Partei und in weiterem Sinne „von jeder Art von Selbstverantwortung und Selbsthilfe“ fernzuhalten⁶, so ließ sich das bei zunehmender sozialer Differenzierung und wachsender Zahl von Genossenschaften und anderen sozial-reformerischen Initiativen auf die Dauer nicht durchhalten. Allmählich setzte sich auch auf seiten des Staates das Motto „Selbsthilfe ergänzt Staatshilfe“⁷ durch. Dies führte ab 1897 zur Gründung von Handwerkskammern und eben auch zur Gründung der Preußenkasse⁸, obwohl damit der Widerspruch zwischen bankwirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielsetzungen nicht aufgehoben war, im Gegenteil, er wirkte als Stachel weiter und gab später Anlaß zu Konflikten.

Sosehr die Genossenschaften die Hilfe des Staates für den stärkeren Ausbau ihrer Krediteinrichtungen benötigten, so mißtrauisch waren sie andererseits gegenüber jeglichem zu starken staatlichen Eingriff. Wenn überhaupt staatliche Hilfe geduldet werden sollte, dann, so sagten die einen, jedenfalls nicht die des Reiches, das „weder verfassungsrechtlich die Befugnis noch verwaltungsrechtlich die nötigen Organe dafür“ besitze, sondern dann nur die der „Einzelstaaten, zu deren Aufgaben ja die Fragen der Volkswirtschaftspolitik und speciell die Agrarpolitik“ gehörten⁹. Die anderen argumentierten genau umgekehrt: Wenn schon staatliche Hilfe, dann lieber die des Reiches, denn das Genossenschaftswesen sei ohnehin „im wesentlichen nicht nach Ländern [...], sondern nach Wirt-

⁴ Die Kreditzinsen mußten niedrig gehalten, die Termine entsprechend den Bedürfnissen, vor allem der Landwirte, kurzfristig und die Haftung flexibel gehandhabt werden. Die Genossenschaften versuchten, diese Bedürfnisse ihrer Anteilseigner zu befriedigen, brauchten aber ihrerseits Banken, um sich Geld zu leihen, denn die eingezahlten Anteile der Genossenschaftler reichten bei weitem nicht aus. Die von Raiffeisen veranlaßte Resolution des Aufsichtsrats der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehenskasse, der späteren Raiffeisenbank, vom 14. 12. 1887 warb für die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Reichsbank mit der Begründung, daß „die bestehende Reichsbank dem Bedürfnis des landwirtschaftlichen Personalkredits nicht genügt“ (Krebs, S. 562).

⁵ Anlage zu den Verhandlungen des Herrenhauses, Berlin 1867 und Verhandlungen vom 6. 2. 1867, S. 408 ff., zitiert bei Krebs, S. 561. Vgl. auch Busche, S. 86.

⁶ K. Kluthe, S. 82.

⁷ Das Wort stammt von Edmund Freiherr v. Broich, der sich für die Genossenschaften einsetzte, zitiert bei: Faust, Die Zentralbank, S. 27.

⁸ K. Kluthe, S. 74 f. Vgl. Zur Vorgeschichte der Preußischen Central-Genossenschafts-Kasse. „Protokoll einer Sachverständigen-Anhörung am 18. Mai 1895 im Preußischen Finanzministerium zu dem Vorhaben, den genossenschaftlichen Personalkredit durch die Errichtung eines Spitzeninstituts zu fördern“, hrsg. vom Institut für bankhistorische Forschung.

⁹ Dr. v. Miaskowski (Breslau) vor der Generalversammlung des einflußreichen „Verein[s] für Socialpolitik“ am 28./29. 9. 1888 in Frankfurt/M., zitiert bei Busche, S. 86.

schaftsgebieten“ organisiert und „reichsgesetzlich geregelt“¹⁰, und auch „seine großen Zentralverbände umfaßten das ganze Reich“¹¹.

Dieser Konflikt zwischen Anhängern der einzelstaatlichen und der Reichshilfe für die Genossenschaften brach allerdings erst in der Endphase der Weimarer Republik offen aus, weil erst dann die politischen Differenzen zwischen Reichsregierung und preußischem Staat so tiefgreifend geworden waren, daß es nunmehr nicht nur allgemein um staatliche Unterstützung von Genossenschaften ging, sondern um die politische Richtung, aus der die Hilfe kam, um die dahinterstehenden agrarpolitischen Zielsetzungen, die natürlich bei der SPD andere waren als bei der DNVP. So stellt Krebs fest, daß seit der Ernennung Kleppers „fast alle auf die Verreichlichung der Preußenkasse gerichteten Bestrebungen, namentlich aus landwirtschaftlichen Kreisen, unter dem politischen Gesichtspunkt [*standen*], die Preußenkasse dem Einfluß der linksorientierten preußischen Staatsregierung nach Möglichkeit zu entziehen, wenn dies auch meistens nicht offen zugegeben“ wurde¹². Wenn auch die Anhänger der Reichslösung zunächst keinen Erfolg hatten, verstummten sie nie und erhielten in der Auseinandersetzung mit dem preußischen Staat und der von ihm geführten Preußenkasse so starke Schützenhilfe von den rechtsstehenden Parteien, daß ihnen die Deutsche Genossenschaftskasse schließlich als reife Frucht in den Schoß fiel, welche sich die Genossenschaften ursprünglich so sicherlich nicht gewünscht hatten¹³.

Das Motto, unter das Johannes Miquel die Gründung der Preußenkasse gestellt hatte, nämlich den Genossenschaften „zur vollen Selbständigkeit [*zu*] verhelfen und ihnen eines Tages [*zu*] ermöglichen, die Kasse selber zu übernehmen“¹⁴, wurde zwar von allen bejaht, aber über den Weg dorthin gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die Genossenschaften vermochten nur schwer einzusehen, daß sozialpolitische Zielsetzungen zu ihrer Durchsetzung moderner banktechnischer Strukturen bedurften und daß ein Teil ihrer Selbständigkeit aufgegeben werden mußte, um die notwendige Kraft zu einer effektiven Selbsthilfe zu erlangen. Hinzu kam, daß die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen Genossenschaften und preußischem Staat sich vor dem Hintergrund einer Agrarkrise abspielten, über deren Lösung in Preußen und im Reich kontroverse Auffassungen herrschten, die jeweils von einem Teil der Genossenschaftsvertreter geteilt wurden. Damit aber wurden aus den zunächst rein wirtschaftlichen und sozialen Problemen, welche die Preußenkasse zu lösen versuchte, eminent politische Ziele und Maßnahmen, die die Preußenkasse mitten in die scharfen agrar- und finanzpolitischen Auseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik hineinrissen.

¹⁰ Das 1. preußische Genossenschaftsgesetz stammte aus dem Jahre 1867 und war Grundlage für das spätere Reichsgesetz, das schließlich in revidierter Form 1889 als Reichsgenossenschaftsgesetz Gültigkeit erlangte (K. Kluthe, S. 86).

¹¹ Krebs, S. 562, vgl. auch die Raiffeisen-Resolution (s.o.).

¹² Krebs, S. 573.

¹³ Die Umwandlung der Preußenkasse in „Deutsche Zentralgenossenschaftskasse“ geschah am 21. 10. 1932 durch Notverordnung des Reichspräsidenten.

¹⁴ K. Kluthe, S. 85.

Preußen nach dem Ersten Weltkrieg

Preußen war nach dem Ersten Weltkrieg sowohl politisch, wirtschaftlich und sozial wie in seinem Verhältnis zum Deutschen Reich in eine völlig neue Lage geraten¹⁵. In den sechs preußischen Ostprovinzen und in den beiden Mecklenburg lagen „über 11 Millionen Hektar, annähernd 60% des gesamten zur Vermögenssteuer veranlagten Grundvermögens“, das sind „37,6% des Reichsgebietes. Davon befanden sich über 5,8 Millionen Hektar, mehr als die Hälfte also, in den Händen des Großgrundbesitzes und hiervon wiederum die Hälfte, 2,9 Millionen, in den Händen von 1 155 Großgrundbesitzern, die jeder mehr als 1 000 ha genutzten Bodens besaßen.“ Daraus läßt sich, auch ohne Mecklenburg einzubeziehen, folgendes Fazit ziehen: „Berücksichtigt man gewisse homogene Züge des ostdeutschen Großgrundbesitzes sowie Struktur und Einfluß der agrarischen Organisationen und Interessengruppen vornehmlich dieser Gebiete, so erscheint es nicht unbegründet, von einer Oligarchie und einem Bodenmonopol des Großgrundbesitzes in Ostdeutschland zu sprechen.“ Hinzu kam, daß die Wirtschaftsweise trotz des technischen Fortschritts im Landbau „überaus individuell, teilweise stark traditionsgebunden geblieben“ war¹⁶.

Die Klasse der Großgrundbesitzer wurde aber nicht nur durch ihre gemeinsame Lebensweise und die Standesinteressen miteinander verbunden, sondern auch durch die gemeinsame Erfahrung des verlorenen Krieges und seiner Folgen, wobei „die Abtrennung weiter Gebiete und die Abschnürung Ostpreußens von der Hauptmasse Preußens und des Reiches [...] wie starke Verletzungen“ wirkten, die die Kriegsgeneration nicht bereit war, hinzunehmen, ohne gleichzeitig „entschiedene Vorsorge für die Zukunft zu treffen“, eine Vorsorge, die sich weit mehr auf „nationale“ als auf „soziale“ Ziele richtete, ja letztere „alsbald gänzlich beiseite“ drängte¹⁷. Es geht hier um die in der Politik vertretenen sozialen Ziele; daß privat, im Rahmen der Patriarchats, soziale Verantwortung übernommen wurde, steht außer Frage. Um die teilweise reaktionäre politische Einstellung der Großgrundbesitzer, im Sinne des Versuchs, alte Verhältnisse wieder herzustellen, zu verstehen, muß man sich klarmachen, was für den Großgrundbesitz auf dem Spiele stand. „Der Gutsherr, in der Eigenschaft eines vom Landrat und Kreisausschuß bestätigten Amtsvorstehers, übte weiterhin die Polizeigewalt in seinem Bezirk aus und verkörperte die Selbstverwaltung des Bezirks in seiner eigenen Person.“ Dies war ein „Relikt feudaler Verwaltungsstruktur, das den Gutsherren weit über ihre ökonomische Bedeutung hinaus politische Macht und den ›Hintersassen‹ dauernde politische Unselbständigkeit zuwies.“ Es handelt sich hierbei nicht etwa um eine Schilderung von Verhältnissen im frühen 19. Jahrhundert, sondern aus der Zeit

¹⁵ Vgl. die Reichsverfassung von 1871 mit der Weimarer Verfassung in Bezug auf die Stellung Preußens im Reich und die bereits erwähnte grundlegende und informative Arbeit von Hertz-Eichenrode. Vgl. auch Schumacher, Land und Politik, sowie für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: Puhle, Interessenpolitik.

¹⁶ Schulz, Stützungsmaßnahmen, S. 146 f. Vgl. Boyens, S. 18 ff. Boyens schildert die Verhältnisse auf den Gütern und die mangelnde Fähigkeit, die veränderte Situation nach dem Ersten Weltkrieg zu erkennen und Konsequenzen daraus zu ziehen, aus eigener Erfahrung. Vgl. auch Görnitz, der mit starker Sympathie für die führende Schicht schreibt. Schissler, in: Puhle/Winkler, Preußen S. 89 ff. und ebenda: Berdahl, S. 123 ff.

¹⁷ Schulz, Stützungsmaßnahmen, S. 163. Vgl. auch Topf, S. 65 ff. und Fiederlein, S. 6.

der Weimarer Republik.¹⁸ Sie hatten also nicht nur Besitz und politische Macht zu verlieren, mit dem Verlust des Gutes zerbrach meist auch eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft und das Zentrum einer oft weit verstreuten Familie, da ja nur der älteste Sohn jeweils Erbe war¹⁹. Es bedeutete auch das Ende des Bewußtseins, neben Armee und Verwaltung, die in ihren Spitzen beide häufig aus dem Landadel rekrutiert wurden, tragende Säule des Staates zu sein²⁰. Für Menschen, die teilweise seit Jahrhunderten so gelebt hatten, war ein solcher Zusammenbruch unvorstellbar, obwohl es auch Menschen gab, welche die neuen Zeichen der Zeit erkannt hatten, doch war es gewiß noch eine Minderheit.

Bei der Durchsetzung der standespolitischen Ziele spielten die verschiedenen Interessenorganisationen der Landwirte, besonders der Reichslandbund und die „Grüne Front“, eine zentrale Rolle²¹. Der Wunsch der Großagrarier, ‚oligarchisch‘ die eigenen Interessen zu vertreten, wurde zusätzlich gespeist durch das Mißtrauen gegen Berlin, das in folgender Äußerung des ehemaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen, Adolf v. Batocki, recht plastisch zum Ausdruck kommt: „Von Berlin den Segen zu erwarten, wäre verfehlt. Schon das wirre Durcheinander der dortigen preußischen und Reichsinstanzen erschwert bei allem guten Willen eine wirkliche Unterstützung, und das Leben im Berliner ‚Milieu‘ macht diesen Stellen ein verständnisvolles Eingehen auf die Bedürfnisse einer entlegenen, abgeschnürten Agrarprovinz wie Ostpreußen vollends unmöglich. Nur durch eine starke, selbständig aus eigener Verantwortung handelnde, in allen wirtschaftlichen Dingen entschlossen vorgehende Selbstverwaltung können wir die Probleme unserer Zukunft lösen.“²² Dahinter steckte ein massives Mißtrauen gegen „das System“ überhaupt. Auch die „neupreußische Verwaltung“, soweit sie nicht von den eigenen Standesgenossen wahrgenommen wurde, erfreute sich keiner großen Beliebtheit. Alles war „viel schwerfälliger und bürokratischer als früher [*geworden*], als man dem ‚freien Ermessen‘ des Beamten einen weit größeren Spielraum ließ“, und auch lassen konnte, weil die Verwaltungsstrukturen noch überschaubarer waren²³.

Unterstützt wurde der Wunsch nach Selbstverwaltung durch den Artikel 63 der Reichsverfassung, nach dem „die Hälfte der Vertreter Preußens im Reichsrat von den Provinzialverwaltungen gewählt und entsandt werden“ mußte, womit die Provinzialvertreter bei der Stimmabgabe im Reichsrat eine gewisse Unabhängigkeit von den Intentionen des Staatsrates erlangten. Das gab den noch 1927 aus den östlichen Provinzen ent-

¹⁸ Krockow, Reise, S. 191.

¹⁹ Vgl. dazu die Erinnerungen des Fürsten zu Dohna-Schlobitten, Berlin 1989.

²⁰ Vgl. zu dieser Einstellung den selbst in konservativen Kreisen als extrem rechts eingeschätzten Hans v. Rohr-Demmin, in: BAK, Kleine Erwerbungen, Nr. 404, S. 64 ff. und die Erinnerungen von Elard v. Oldenburg-Januschau.

²¹ Der Reichslandbund wurde 1893 als „Bund der Landwirte“ gegründet. Seine „hemmungslose Agitation [*ließ*] schon etwas von den Dämonen des kommenden Jahrhunderts ahnen“ (Krockow, Reise, S. 191 f.). Vgl. auch Puhle, Interessenpolitik, und die dort angeführte Literatur sowie Topf.

²² Mit vollständigem Namen: Adolf Tortiowicz v. Batocki-Friebe, zitiert bei Baier, S. 400. Zu Batocki vgl. v. d. Groeben, in: Persönlichkeiten, S. 30.

²³ Topf, S. 18 f.

sandten „konservativen Persönlichkeiten“, die teilweise der DNVP angehörten, einen gewissen Einfluß²⁴.

Preußen, so unbeliebt und schließlich verhaßt seine sozialdemokratisch geführte Regierung bei den Großagrariern sein mochte, war seinerseits stark an Ostpreußen und seiner Sanierung interessiert, wofür die folgenden Ausführungen des Ministerpräsidenten Otto Braun, ein Ostpreuße mit Leib und Seele²⁵, sprechen: „Unsere Kriegsgegner haben bei Schaffung des Korridors die Absicht gehabt, Ostpreußen verkümmern zu lassen, um es dann im geeigneten Moment zur Beute der östlichen Nachbarn werden zu lassen“, und das müsse verhindert werden. Für diese Aufgabe, die Preußen als die seine ansah, verlangte es allerdings die Hilfe des Reiches, da „Preußen am meisten durch Verlust von Land und durch schlechte Grenzziehung von den Kriegsfolgen betroffen worden“ sei und vom Reich keinerlei „Ersatz bekommen hätte“²⁶. Auch der folgende Auszug aus der Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministers, Heinrich Steiger, zur Siedlungsfrage²⁷ charakterisiert die Situation Preußens gegenüber dem Reich, das sich durch die Bereitstellung finanzieller Mittel einen entscheidenden Einfluß auf die preußischen Ostgebiete zu sichern versuchte²⁸. Steiger sah es als „Pflicht des Reiches“ an, die „erforderlichen Geldbeträge“ zu gewähren, um „Preußen in den Stand zu setzen, [die Siedlungs]Aufgaben nach den vom Reich verfassungsmäßig aufgestellten Grundsätzen zu lösen“, dagegen müßte es „als verfassungswidrig [...] bezeichnet werden, wenn das Reich an die Hergabe der zur Durchführung jener wichtigen Lebensaufgaben erforderlichen Mittel die Bedingung knüpfen wollte, nunmehr selbst jene Arbeiten in die Hand zu nehmen. Ein solches Vorgehen würde auch vom praktischen Standpunkte zu großen Unzuverlässigkeiten führen, ja wahrscheinlich überhaupt unmöglich sein.“²⁹

Wie aus den Aufzeichnungen Hermann Pünders, Staatssekretär in der Reichskanzlei, hervorgeht, herrschte schließlich „Einvernehmen darüber, daß die gegenseitige Bekämpfung von Ressort zu Ressort durch Zeitungsartikel, gelegentliche amtliche und halbamtliche Äußerungen nunmehr ein Ende haben müsse, und daß sich die Reichs- und preußischen Ressorts wieder auf die in der gemeinsamen Kabinettsitzung vom 6. August 1926 vereinbarten Grundsätze über die Zusammenarbeit des Reichs- und Preußens in Siedlungsangelegenheiten und die darauf aufgebauten Richtlinien zurückfinden müßten“³⁰.

²⁴ Ehni, S. 15 f. Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, der vom 2. 6. 1932 bis Kriegsende Reichsfinanzminister war, schreibt in seiner Geschichte der Finanzpolitik: Der Einfluß Preußens im Reichsrat sei geschmälert gewesen, „denn von seinen 27 Stimmen wurden nur 14 Stimmen der Staatsregierung einheitlich abgegeben. Die 13 Provinzstimmen dagegen zersplitterten sich, da die Provinzen, in Sonderheit die östlichen, politisch anders standen als die Staatsregierung und Männer wie v. Gayl-Ostpreußen, Graf Behr-Pommern, Arnim-Brandenburg sich auch von dem konzilianten Staatssekretär Weismann (SPD, PrStM), der vor jeder Abstimmung versuchte, die Provinzvertreter zu einer einheitlichen Stimmabgabe zu bewegen, nicht umstimmen ließen“ (S. 57 f.).

²⁵ Zu Brauns „tiefsitzenden und urwüchsigen Patriotismus[der] sich hauptsächlich gegen Osten hin orientierte“, vgl. Schulze, Braun, S. 675 f.

²⁶ Ministerbesprechung beim Reichspräsidenten, 21. 12. 1927, in: AdR-Marx IV, Nr. 383, S. 1187 f.

²⁷ Denkschrift des PrMfLuF. vom 3. 1. 1927: Tatsachen zur Siedlung in Preußen, zitiert bei Baier, S. 406.

²⁸ Der Reichstag hatte am 1. 7. 1926 für die nächsten 5 Jahre je 50 Millionen RM für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt.

²⁹ So die o. g. Denkschrift, zitiert bei Baier, S. 437.

³⁰ Pünder, 2. 3. 1927, zitiert ebenda.

Welche Möglichkeiten hatte Preußen, um sich erfolgreich gegen die Eingriffe des Reiches wehren und seine eigene Politik durchsetzen zu können? Es hatte aufgrund seines großen Gebiets- und seines hohen Bevölkerungsanteils von den Ländern die stärkste Stellung im Reich, und es stellte zusammen mit diesen auch aufgrund „seines vergleichsweise vorzüglich strukturierten, zentralistisch ausgerichteten Verwaltungsapparates, seines wirtschaftlichen Potentials und seines Steueraufkommens ein solides Gegengewicht gegen das Reich dar“³¹. Ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der preußischen Interessen war die Überlegenheit der preußischen Verwaltung gegenüber der des Reiches. So beklagte zum Beispiel der Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, daß sich im Gegensatz zu der starken Stellung des preußischen Finanzministers, der das Recht hatte, finanzpolitisch in die einzelnen Ressorts einzugreifen, „im Reichsfinanzministerium noch keine feste ‚Etattradition‘ hatte bilden können“³². Außerdem hatte der preußische Finanzminister, dem ja die Preußenkasse unterstand, im Reich ohnehin eine „Sonderstellung“, weil alle vom Reich erlassenen Verordnungen, von denen finanzielle Auswirkungen auf Preußen zu erwarten waren, im Einvernehmen mit ihm geregelt werden mußten³³. Trotz der wachsenden genossenschaftlichen Anteile an der Preußenkasse waren Leitung und Aufsicht bei der Preußenkasse, also weiterhin allein beim preußischen Staat, verblieben; dieser bestimmte Präsident und Direktorium, und da sich immer mehr Genossenschaften aus dem ganzen Reichsgebiet angliederten, wuchs sein Einfluß auch im Reich³⁴.

Nicht nur „alle Übergriffe des Reiches, die die Verwaltungszuständigkeit Preußens betrafen“, wurden energisch zurückgewiesen, sondern auch „das Vordringen der Reichsverwaltung [wurde] äußerst kritisch betrachtet“³⁵. Carl Severing und Albert Grzesinski, die beiden wichtigsten preußischen Innenminister, sahen den besten Schutz der Republik im „Ausbau eines starken preußischen Staates“. Dazu gehörte die Demokratisierung der Verwaltung, um „unter allen Umständen zu verhindern, daß die Deutschnationalen in Preußen die Beamenschaft, also die Verwaltung und die Exekutive in die Hand“ bekamen³⁶. Als Grzesinski im Oktober 1926 preußischer Innenminister wurde, „war etwa 27%“ des hohen Beamtentums aristokratisch³⁷. Während sich „auf der unteren Ebene [...] nicht viel“ änderte, war die „Demokratisierung der Verwaltung auf den höheren Ebenen erfolgreich, wurde aber von der deutschnationalen Opposition heftig kritisiert. Unter Hinweis auf das sagenhafte Idealbild vom preußischen Beamten als eines interessellosen, pflichtversessenen Staatsdieners warf sie den Regierungsparteien Pfründenwirtschaft zur Versorgung ihrer eigenen Mitglieder vor.“³⁸

Zum Demokratisierungsprozeß gehörte auch „der Ausbau der preußischen Polizei, um den Einfluß der Reichswehr zurückdrängen [und] für die Aufrechterhaltung von Si-

³¹ Drei Fünftel des Reichsgebietes mit dem jeweiligen Bevölkerungsanteil (Ehni, S. 15 ff.). Vgl. auch Fiederlein, S. 4 f.

³² Schwerin v. Krosigk, Staatsbankrott, S. 48.

³³ Ehni, S. 35.

³⁴ Faust, Zentralbank, S. 38 f. 1913 arbeiteten 7 nichtpreußische Zentralkassen, Ende 1925 schon 29 mit der Preußenkasse zusammen.

³⁵ Ehni, S. 18, 24, 36, dort wird auch die besondere Rolle des preußischen Innenministers betont.

³⁶ Grzesinski an Fritz Tejessy, 12. 2. 1925, zitiert bei Ehni, S. 39.

³⁷ Ehni, S. 47 ff. Vgl. Grzesinskis eigene Ausführungen in: Grzesinski, Lebensweg, in: BAK, Kleine Erwerbungen, Nr. 144, Bl. 205 ff.

³⁸ Korff/Ranke, S. 575.

cherheit und Ordnung [...] im Kampf gegen „Links- und Rechtsradikalismus“ sorgen zu können³⁹. Doch auch hier lag der Erfolg vor allem auf den oberen Ebenen, auf der mittleren entstammten „1928 noch 45 % der aktiven Polizeioffiziere aus dem Offizierskorps der kaiserlichen Armee“⁴⁰. Den stärksten Widerstand der Deutschnationalen und vor allem der Großagrarier löste allerdings die von Grzesinski veranlaßte Auflösung der Gutsbezirke, jener „kommunal unabhängigen Herrschaftsbereiche“, aus, denn damit wollte die preußische Regierung mit den Worten Grzesinskis bewußt „der junkerpreußischen Reaktion, die vor allem im Osten ihre Macht in den Gutsbezirken rücksichtslos politisch auswertete, eine wichtige Waffe aus der Hand“ schlagen⁴¹.

In dem Maße, in dem die Reichsregierung konservativer wurde⁴², das heißt unter den Einfluß der Kreise geriet, die auch den Ton im agrarischen Osten angaben, in dem Maße wuchs auch der Gegensatz zwischen Preußen und Reich. Das begann sich mit der Präsidentschaft Hindenburgs im Jahre 1925 zu verstärken⁴³. Topf beschreibt als Zeitzeuge unter der launigen Kapitelüberschrift: „Der König ging – die Junker blieben“, wie Hindenburg „die Stellung seiner Standes- und Berufsgenossen außerordentlich gefestigt und gestärkt“ habe und daß dies „vielfach ganz unbewußt und ungewollt geschehen“ sei. „Nicht in feudalen Zirkeln und nicht in irgendwelchen Parteien also ist die Macht des Junkertums konzentriert – es ist nicht einheitlich, es ist überhaupt nicht organisiert. Aber diese scheinbare Schwäche ist eben doch seine wahre Stärke.“⁴⁴ Folgerichtig wurde alles, was den Einfluß Preußens und damit stabilere demokratische Strukturen förderte, bekämpft⁴⁵. Das führte insofern zu einer schizophrenen Situation, als die eigentlichen ‚Urpreußen‘ das zerstörten, was sie erhalten zu wollen vorgaben, nämlich Preußen und die durch Preußen repräsentierten Werte. Umgekehrt kämpften die Demokraten für die Erhaltung Preußens als Bastion der Demokratie, obwohl sie teilweise durchaus Anhänger einer Reichsreform waren.

Die finanzielle Situation der Preußenkasse und die Verschuldungskrise in der Landwirtschaft um 1928

Der Haupthebel zur Bezwingung Preußens war der finanzielle Druck, den das Reich zunehmend auf Preußen auszuüben versuchte, und das erste Opfer glaubte man in der Preußenkasse gefunden zu haben, da sie am stärksten von der Verschuldungskrise der ostdeutschen Landwirtschaft betroffen war. Angefangen hatte die Preußenkasse mit einem Grundkapital von 5 Millionen Mark, das aber ständig durch Ergänzungsgesetze erhöht werden mußte, zuletzt 1918 auf 125 Millionen Mark. Die Hauptaufgabe der Preu-

³⁹ Ehni, S. 36 und 39.

⁴⁰ Korff/Ranke, S. 575.

⁴¹ Ehni, S. 39 und 375. Es gab „nach einer Volkszählung von 1905 in den sieben östlichen Provinzen 14 687 Gutsbezirke mit 1 935 000 Einwohnern“.

⁴² Die DNVP hatte bei den Dezember-Wahlen 1924 immerhin 103 Sitze im Reichstag erlangt, 1927 stellte sie gar vier Minister, nachdem die sogenannte „stille Koalition“ mit der SPD durch einen mit der Aufdeckung der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee verbundenen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Wilhelm Marx beendet worden war.

⁴³ Vgl. Jatzlauk, S. 59–68.

⁴⁴ Topf, S. 65 ff. Vgl. Fiederlein, S. 192 f.

⁴⁵ Vgl. als typisches Beispiel einer solchen Polemik die Rede Stapels von 1932.

ßenkasse war, den Genossenschaftskassen „möglichst billige Kredite zu gewähren“ und „die überschüssigen Gelder verzinslich anzunehmen“⁴⁶.

Bis 1918 war das Verhältnis der deutschen Genossenschaften zur Preußenkasse „zwiespältig“, weil die Schulze-Delitzschen Genossenschaften nicht mit ihr zusammenarbeiten wollten und die Preußenkasse ihrerseits nichts mit den Konsumvereinen zu tun haben mochte⁴⁷. Das änderte sich mit dem Ergänzungsgesetz vom 5. September 1918, das der Preußenkasse gestattete, auch direkt an Einzelgenossenschaften verzinsliche Darlehen zu gewähren, wenn die Zentralkassen deren Kreditbedarf nicht befriedigen konnten oder „wenn von der Eingliederung der Einzelgenossenschaften in die Zentralkassen aus wirtschaftlich berechtigten Gründen abgesehen worden war“⁴⁸. Das gleiche Gesetz erlaubte auch, Kredite an Unternehmen zu geben, an denen der Staat beteiligt war⁴⁹, beziehungsweise Darlehens-, Landes- und Sparkassen mit Krediten zu unterstützen, bis diese dann ihre eigenen Zentralbanken schufen. Zweigstellen richtete die Preußenkasse nicht ein, um den Grundsatz der genossenschaftlichen Selbstverwaltung nicht zu verletzen. Kein Wunder, daß sich das Verhältnis der Genossenschaften zur Preußenkasse vollständig wandelte und ihr nun Vertrauen entgegengebracht wurde⁵⁰.

Das Vertrauensverhältnis verbesserte sich noch einmal, als das Gesetz vom 23. Juli 1923 den direkten Einfluß von Genossenschaftsvertretern auf die Preußenkasse möglich machte, indem jedem Inhaber einer Stammeinlage von 50 000 RM eine Stimme bei der Zusammensetzung des Gesamtausschusses, den bisher nur der preußische Staat bestimmt hatte, zugestanden wurde. Der Gesamtausschuß wurde zur Unterstützung des Direktoriums eingesetzt, den Vorsitz hatte der Präsident der Preußenkasse, außerdem gehörten ihm Beauftragte verschiedener betroffener Ministerien, wie das der Finanzen und der Landwirtschaft, sowie Vertreter der Genossenschaften an. Zunächst waren es höchstens 30, ab 1920 50 Mitglieder, wobei ein engerer Ausschuß von 17 Mitgliedern „dem Direktorium als Beirat zur Seite stand“. Nach dem Abänderungsgesetz vom 25. Juli 1923 und der Abänderungsverordnung vom 18. Januar 1924 wurden die Ausschußmitglieder nicht mehr durch die Staatsregierung, sondern von den Anteilseignern bestellt. Seit 1924 hatte sich auch das Stimmrecht verändert: pro 25 000 RM eine Stimme. Kam es bei Abstimmungen zu Stimmgleichheit, gab der Präsident den Ausschlag. „Der Ausschuß war bei der Aufstellung der Grundsätze für die Kreditgewährung und für die Annahme von Spareinlagen sowie bei der Feststellung des Jahresabschlusses gutachtlich anzuhören. Ein Mitbestimmungsrecht hatte er nicht“, aber das Direktorium mußte ihn „über die Geschäftsentwicklung der Bank informieren“; diese verwaltungsmäßige Unabhängigkeit blieb auch nach 1924 erhalten⁵¹.

Damit wurde Miquels Absicht im Ansatz verwirklicht, was auch in der Begründung des Gesetzes zum Ausdruck kam. Die praktischen Folgen des Gesetzes zeigten sich schon Ende 1924, als sich „insgesamt 53 Anteilseigner mit Stammeinlagen von zusammen 29 835 000 RM“ beteiligten. Ende 1925 war diese Summe bereits auf 33 Millionen

⁴⁶ Faust, Zentralbank, S. 29 ff.

⁴⁷ K. Kluthe, S. 109. Vgl. Grünfeld, Ernst: Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, Halberstadt 1928.

⁴⁸ Faust, Zentralbank, S. 31.

⁴⁹ Das Gesetz erhielt für Klepper große Bedeutung, als er den Scheuerkonzern kaufte.

⁵⁰ K. Kluthe, S. 110 f.

⁵¹ Faust, Geschichte, S. 547 f. und 558.

angestiegen, was nominell fast dem Anteil Preußens entsprach, aber da tatsächlich nur 13,5 Millionen eingezahlt worden waren und der Rest als Kredit ausstand, geriet die Preußenkasse in finanzielle Schwierigkeiten⁵².

Abgesehen davon war die finanzielle Lage der Preußenkasse auch sonst Mitte der 20er Jahre nicht rosig, denn die Nachwirkungen der Inflation hatten die Kreditgenossenschaften „entlaubt wie ein[en] von Raupen kahl gefressene[n] Baum“⁵³ zurückgelassen. Zwar waren die Landwirte ihre Schulden in der Inflation schlagartig losgeworden, doch hatten sie auch ihre Ernten verkauft. Als dann die Reichsmark geschaffen wurde, war kein Geld in der Kasse, um die laufenden Kosten, Saatgut und Neuinvestitionen zu bezahlen. So nahm die Landwirtschaft, wie Klepper 1927/28 in einer Artikelserie zur Agrarkreditfrage in *Der Volkswirt* ausführte⁵⁴, „Kredite um jeden Preis auf“, die ihr „gemäß der damaligen Fehlbeurteilung der Rentabilitätsmöglichkeiten unsystematisch gegeben“ wurden. Dies wirkte sich bereits bei „der Ernteverwertung“ ein Jahr später insofern negativ aus, als „man glaubte, [...] eine allgemeine Produktionssteigerung könne die Entspannung bringen“, ein Glaube, der, „mit Autarkiegedanken verbunden“, zu einer „weiteren Verschuldung“ führte⁵⁵. Hinzu kam, daß durch „scharfe Preisbeschnedigungen bei den Erzeugnissen, enorm steigende Kosten, namentlich der Zinsen und Steuern“, und „aufeinanderfolgende Fehlernten“ die Verschuldung auf dem Lande so stark gestiegen war, daß eine Enquête des Reichsernährungsministeriums für die Wirtschaftsjahre 1924–1926 feststellen mußte, daß „über die Hälfte aller größeren und weit mehr als ein Drittel aller kleineren Betriebe mit Verlust gearbeitet haben“⁵⁶. Auch „der Versuch einer Sanierung durch Steigerung des Rohertrages unter dem Zeichen der Preisschere stellte sich“, wie Klepper kritisierte, „als die zweite große Fehldisposition heraus“, denn nun wurde aus dem bei der ersten Kreditaufnahme entstandenen Substanzverlust ein „Kapitalschwund“. „Die Zusammenbrüche landwirtschaftlicher Betriebe“ häuften sich Ende 1925 „epidemisch“, und „der Güter- und Pachtmarkt“ stagnierte Anfang 1926⁵⁷.

Obwohl die Krise im Laufe des Jahres infolge einer gewissen Entspannung auf dem Geldmarkt abzuflauen schien und man die Zeit zu einer gewissen Konsolidierung der Kreditverhältnisse zu nutzen versucht hatte, würde, so prophezeite Klepper, der gleiche oben von ihm skizzierte Kreislauf erneut einsetzen, wenn das Geld knapp werde. Denn die Finanzkrise sei nicht, wie vor allem Großlandwirte gern behaupteten, die Folge der mangelnden Rentabilitätsmöglichkeiten der Landwirtschaft, sondern es sei genau umgekehrt. Insofern würde also „die aus der Landwirtschaft erhobene Forderung einer Stützungsaktion“, die Klepper angesichts der Lage für verständlich hielt, gesamtwirtschaftlich nur dann vertretbar sein, wenn das dafür investierte Kapital rentabel angelegt wür-

⁵² Faust, Geschichte, S. 559f. 3 Millionen RM kamen von der „Deutschen Raiffeisenbank“, die vor 1923 „Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse“ hieß und erst seit 1922 mit der Preußenkasse in Geschäftsverkehr getreten war. Klepper mußte sie liquidieren (s.u.).

⁵³ Zitat aus dem Bericht der Preußenkasse (DGBkA), vgl. Faust, Zentralbank, S. 39.

⁵⁴ Vgl. Klepper, Agrarkredit I und II, Grundsätzliches zur Agrarfrage, Zum Ostprogramm, in: *Der Volkswirt*, und Rationelle Agrarpolitik, in: *Magazin der Wirtschaft*.

⁵⁵ Klepper, Agrarkredit I, S. 375.

⁵⁶ Faust, Geschichte, S. 560. Vgl. auch Sering, S. 39 ff. und 661, Fiederlein, S. 6 ff. und Topf, S. 32 ff.

⁵⁷ Klepper, Agrarkredit I, S. 375.

de⁵⁸. Mitte Oktober 1925 hatten die über die Preußenkasse, die Verbandskassen und die Genossenschaften laufenden, „der Landwirtschaft bereitgestellten Kredite mit 1,2 Milliarden Mark ihren Höchststand erreicht“, und das bei einem Stammkapital von rund 60 Millionen RM!⁵⁹

Das zusätzliche Problem dieser Verschuldung war, daß zur Zeit der Präsidentschaft von Geheimrat Semper ca. 35 000 Genossenschaften mit der Preußenkasse zusammenarbeiteten. Die Zentralkassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften waren die Hauptkreditnehmer der Preußenkasse⁶⁰. An wen diese wiederum die Kredite weitergaben, unterlag nicht der Kontrolle der Preußenkasse, was dazu führte, daß die Endkreditnehmer oft gar nicht bekannt waren. Da ja das ursprüngliche Ziel der Preußenkasse die Förderung des Genossenschaftswesens durch eine Kreditpolitik mit möglichst gleichbleibendem und niedrigem Zinssatz gewesen war, hatte der preußische Staat sich lange Jahre mit einer niedrigen Verzinsung seiner Einlagen zugunsten der Genossenschaften begnügen müssen. Gleichzeitig aber hatte sich die Zahl der Genossenschaften seit Gründung der Preußenkasse ungefähr vervielfacht. Sowohl die Reichs- wie die preußische Regierung hatten diese Kreditpolitik gefördert, weil sie sich davon eine Wiederbelebung der Landwirtschaft und auch eine Erhaltung des Genossenschaftswesens versprochen. Doch entsprechend der obigen Analyse Kleppers trat das Erhoffte nicht ein, und die Preußenkasse geriet an den Rand der Illiquidität. Kreditrückzahlungen blieben aus, die Deutsche Raiffeisenbank machte Verluste und wurde „zu einem Rückgriff auf den Rediskont bei der Reichsbank in einem bisher nicht gewohnten Ausmaß gezwungen“⁶¹. Hatten die Rediskontierungen Ende 1926 noch 97,3 Millionen RM betragen, so waren sie im November 1927 bereits bei 391,5 Millionen RM angelangt!⁶²

Die Auswirkungen der Verschuldungskrise betrafen die Landwirtschaft allerdings in unterschiedlichem Maße. Am stärksten betroffen waren die vorwiegend auf den Verkauf von Ackerprodukten angewiesenen Großbetriebe, und zwar besonders „in Pommern, Mecklenburg und Teilen von Brandenburg“, da dort die stärksten Ernteschäden vorgekommen waren. Doch in Ostpreußen, so sah Klepper voraus, stehe ebenfalls, wenn auch

⁵⁸ Ebenda, S. 376. Kleppers Analyse wird bestätigt von Sering, S. 39 ff.; Topf, S. 32 ff.; v. Dietze, S. 18 ff. Fiederlein, der die komplexen Ursachen für die Verschuldungskrise der Landwirtschaft sorgfältig untersucht, beschreibt ihr Erscheinungsbild im Jahre 1927 und gibt folgende Zahlen für die durchschnittliche Verschuldung am 1. 1. 1928 an: „[...] in Pommern 52,5%, in Ostpreußen 57,1% des Einheitswertes. [...] Nach Ermittlung der Landwirtschaftskammer Stettin haben 421 Betriebe im Wirtschaftsjahr 1927/28 die Zinsen nicht mehr aus dem Reinertrag decken können.“ Vgl. auch Boyens, Bd. II, S. 18 ff.

⁵⁹ Faust, Geschichte, S. 561. Fiederlein, S. 6 ff.

⁶⁰ Faust, Zentralbank, S. 38: Ende 1927 entfielen „rund 80% auf landwirtschaftliche Kreditnehmer; allein 42% der Kredite waren an Genossenschaften gegeben worden, die ihren Sitz östlich der Elbe hatten“. Nach Engelman, S. 9, waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften „auch numerisch die größte Gruppe. Die zweitgrößte bildeten die sogenannten gewerblichen oder städtischen (Schulze-Delitzsch-)Genossenschaften, die gleichfalls in beträchtlichem Umfang Kredithilfe in Anspruch nahmen. Weniger ins Gewicht fiel die vergleichsweise kleine Gruppe der Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Die große vierte Gruppe, die Konsumvereine, beanspruchte in den zwanziger Jahren nicht nur keinen Kredit von der Preußenkasse, sondern unterhielt bei ihr laufend bedeutende Guthaben und trug somit zur Finanzierung des Kreditbedarfes der übrigen Genossenschaften nicht unerheblich bei.“

⁶¹ Faust, Zentralbank, S. 41. Sering, S. 111 ff.

⁶² Faust, Geschichte, S. 562. Vgl. Wygodzinski/Müller, S. 178.

„in etwas langsamerem Tempo [...] der Zusammenbruch einer weit über der normalen Ausscheidungsquote liegenden Zahl von Betrieben bevor“⁶³. Diese wirtschaftlich besonderen Verhältnisse im Osten waren durch den verlorenen Ersten Weltkrieg extrem verschärft worden und hatten damit eine starke politische Dimension gewonnen, die um so folgenreicher wurde, als sich vornehmlich die Klasse der Großgrundbesitzer immer weniger angemessen durch die neue sozialdemokratisch geführte preußische Regierung vertreten fühlte und folglich nach Anlehnung beim Reich suchte. Somit trug auch die Verschuldungskrise im Osten, durch die die Preußenkasse immer stärker unter Druck und damit in immer größere Abhängigkeit von der finanziellen Unterstützung durch das Reich geriet, dazu bei, das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich zu verschlechtern.

Infolge der skizzierten Umstände war die Preußenkasse im Laufe des Jahres 1927 in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten, so daß es im Reichstag bereits im März 1927 zu einer ersten Anfrage nach einer eventuellen „Verreichlichung“ der Preußenkasse gekommen war. Dies hatte der damalige Reichswirtschaftsminister Julius Curtius zwar abgelehnt, allerdings mit dem Hinweis verknüpft, daß man mit Preußen verhandle, um „dem Reich eine Vertretung im großen Ausschuß der Preußenkasse zu verschaffen“⁶⁴. Auch im preußischen Landtag gab es Mitte Dezember 1927 Kritik an der Kreditpolitik der Preußenkasse. Sie gipfelte in dem Vorwurf des Sozialdemokraten Ernst Heilmann, „bei der Kreditgewährung sei der Großgrundbesitz bevorzugt worden“⁶⁵. Auch die Presse nahm sich des Themas an, was schließlich das preußische Finanzministerium veranlaßte, eine Treuhandgesellschaft mit der Prüfung der Geschäftslage der Preußenkasse zu beauftragen⁶⁶. Aus dieser Untersuchung ergab sich unter anderem, daß die Preußenkasse in erhebliche Liquiditätsschwierigkeiten geraten war. Der Präsident der Preußenkasse, Geheimrat Semper, wurde beschuldigt, „er habe die Situation leichtfertig herbeigeführt“, und der preußische Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff nahm im preußischen Landtag kein Blatt vor den Mund, als er über die „verschlossene Natur“ Sempers und die außerordentlich schwierige Zusammenarbeit mit ihm sprach und schließlich das Fazit zog, er zeige sich „seinen Aufgaben nicht gewachsen“⁶⁷.

Die preußische Staatsregierung handelte und entzog die Preußenkasse fürs erste dem Zugriff des Reiches, womit „das politische Preußen zum ersten und einzigen Male seine Kraft ausgenutzt und seine Initiative angespannt [*hatte*], um auf politischem und agrarpolitischem Gebiete dem ostelbischen Großgrundbesitz eine entscheidende Position zu entreißen: es hatte die Gutsbezirke aufgehoben, und es hatte die Preußenkasse, sein Agrarinstitut, reorganisiert und als agrarpolitisches Instrument aktiviert“⁶⁸.

⁶³ Klepper, Agrarkredit I, S. 376.

⁶⁴ Krebs, S. 572, zitiert: Verhandlungen des Reichstags vom 14. 3. 1927, 3. Wahlperiode, Bd. 392, Sp. 9447, 9465 und 9492.

⁶⁵ Krebs, S. 572, zitiert: Sitzungsbericht des PrLT, 2. Wahlperiode, Bd. 15, Sp. 22714.

⁶⁶ Der von Faust als nicht mehr vorhandenen bezeichnete Bericht der Treuhandgesellschaft liegt in den noch weitgehend unerschlossenen Akten der Preußenkasse (Faust, Geschichte, Anm. 23, S. 721). Die Treuhandberichte für die Jahre 1928–30 (3 Berichte: März und Dezember 1929 und Dez. 1930) sind zu finden unter GSTAM, Rep. 151 IC, Nr. 10366/67.

⁶⁷ PrLT, 366. Sitzung, 26. 3. 1928, Sp. 26094.

⁶⁸ Topf, S. 49.

Vor diesem Hintergrund fällt auf, wie unterschiedlich der notwendig gewordene Wechsel in der Führung der Preußenkasse in der wissenschaftlichen Literatur beurteilt wird. Faust schreibt: „Die preußische Staatsregierung nahm diese von politischen Gruppen geschürten, nicht aus der genossenschaftlichen Wirtschaft kommenden Vorhaltungen zum Anlaß, in der Führung der Anstalt einen Wechsel eintreten zu lassen. [...] Inwieweit für diesen Schritt der damals links gerichteten preußischen Regierung in der Tat letztlich politische Gründe eine Rolle gespielt haben, läßt sich heute schwer nachweisen. Semper selbst, der konservativ eingestellt war, hat dies jedenfalls glaubhaft zu machen versucht.“⁶⁹ Dagegen bestreitet Fiederlein, daß Semper die Vorwürfe „zu entkräften vermochte, [...] denn die Leitung der Preußenkasse hatte den veränderten Kreditverhältnissen der Nachkriegszeit zu wenig Beachtung geschenkt und deshalb zu lange einen falschen Kurs in der Kreditgewährung gesteuert“⁷⁰. Doch ging es ja nicht nur um Kreditgewährung; Engelmann bringt das Problem auf den Punkt: „Ein staatliches Institut, das gesetzlich wie wirtschaftlich über die erforderlichen Machtvollkommenheiten verfügte, um im Sinne der Regierungspolitik eingreifen zu können, hatte sich gerade durch diejenigen Kräfte immobilisieren lassen, die wirtschaftlich von ihm abhängig waren, es aber verstanden hatten, die Kräfte der Opposition für sich zu nutzen. Die relative Stärke der Schuldner, die mit dem drohenden Ausbruch politisch untragbarer Katastrophen in ihren Reihen gegen mögliche Kreditrestriktionen oder organisatorische Eingriffe in ihre genossenschaftlichen Selbstverwaltungsrechte zu protestieren pflegten, hatte dazu geführt, daß der Gläubiger – praktisch ein Organ der Regierung es nicht gewagt hatte, selbst gegen offensichtliche Mißstände in den Reihen der Schuldner, Desorganisation, Überschuldung, Unwirtschaftlichkeit, einzuschreiten. Er hatte so ein agrarpolitisches System unterstützt, das die Autorität des Staates untergrub.“⁷¹

Erwin Topf legte mit seiner sarkastischen Skizze über die Zustände in der Preußenkasse vor Kleppers Ernennung wieder den Finger auf die Hauptwunden: „Die Preußenkasse [...] war bis zur Jahreswende 1927/28 ein wahres Idyll altpreußischer Beamtenherrlichkeit, unberührt von den Stürmen der ‚großen‘ Agrarpolitik. Der Präsident Semper (auf Lebenszeit angestellt, unkündbarer Vertrag) war der Meinung, daß die Landwirtschaft in der Nachinflationszeit vor allem Kredite, große Kredite und nochmals Kredite haben mußte, und sei es selbst auf Kosten der eigenen Liquidität. Und er handelte dementsprechend. Sein Direktorium, in dem die Freunde des Altreichskanzlers Michaelis vom Christlichen Verein Junger Männer das Übergewicht hatten, schloß sich in allen Dingen der Meinung seines Herrn Präsidenten an. Die Aufsichtsbehörde, in Gestalt des preußischen Finanzministers, saß nebenan im Kastanienwäldchen, nur durch eine Straßenbreite von der Preußenkasse getrennt⁷². Und ringsumher tiefer, von keinerlei schweren Träumen beschatteter Friede“⁷³, was selbst Faust, der sich stark um eine Verteidigung Sempers bemüht, bestätigt: „Nach einer Entwicklung von über dreißig Jahren schien die Preußische Zentralgenossenschaftskasse schon ein Wirtschaftsorganis-

⁶⁹ Faust, Zentralbank, S. 41, Carl Semper, Entgegnung auf den Bericht der Treuhandgesellschaft, Berlin, vom 3. 2. 1928 (DGBkA).

⁷⁰ Fiederlein, S. 32. Zu ähnlichem Schluß kommt Boyens, Bd. 1, S. 225 und Bd. 2, S. 173.

⁷¹ Engelmann, S. 13 f.

⁷² Die Preußenkasse lag „hinter dem Zeughaus, unmittelbar an der Spree, aber noch südlich der Spreeinsel“ (Achterberg, S. 79).

⁷³ Topf, Napoleon, S. 466 ff.

mus geworden zu sein, der ein eigenes Leben führte, dessen Geschäfte sich vielfach auf eingelaufenen Geleisen bewegten, so daß die Führung durch den Präsidenten nicht mehr so ausdrucksvoll in Erscheinung trat.“⁷⁴

Es bestand kein Zweifel, mit der Ernennung Kleppers zum Präsidenten endete für die Preußenkasse das Schattendasein, es begann eine politisch unruhige Zeit. Klepper selbst hat diesen Umbruch erläutert: „Über die Behandlung der Krise des Großgrundbesitzes bestanden von vornherein lebhafteste Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung. Die Reichsregierung zielte darauf ab, durch generell ausgeworfene Subventionen eine allgemeine Entschuldungsaktion durchzuführen. Die preußische Staatsregierung zog den Gedanken einer bauerlichen Agrarreform im Osten vor. Wesentlicher Exponent der preußischen Konzeption war die Preußische Zentralgenossenschaftskasse. Die Angriffe auf sie setzten im Jahre 1928, unmittelbar nach meiner Ernennung zum Präsidenten der Preußenkasse, ein.“⁷⁵ Faust kommentiert: „Klepper ist nicht ganz vier Jahre Präsident der Preußenkasse gewesen. [...] Aber diese kurze Epoche hat genügt, die Preußenkasse in Kleppers Geist umzuprägen.“⁷⁶

Ein dienstbarer Geist.



Quelle: Privataarchiv d. Verf.

⁷⁴ Faust, Geschichte, S. 565.

⁷⁵ Klepper beantwortete Fragen des Entschädigungsamtes Berlin in der Wiedergutmachungssache Emil Pahlke (Verwaltungsrechtsrat in der P.Z.) am 4. 4. 1955 (K/Kor.).

⁷⁶ Faust, Zentralbank, S. 41.

4. Klepper, der Präsident der Preußenkasse, und sein agrarpolitisches Programm

Ministerpräsident Otto Braun hatte „besonders deshalb Wert auf Kleppers Berufung gelegt, weil er mit Recht der weitgehend auf undurchsichtiger Protektion und verwandtschaftlichen Beziehungen beruhenden Verschuldung der ostdeutschen Genossenschaften, in denen die Güter führend waren, ein Ende machen wollte und hoffte, daß Klepper hierfür der richtige Mann wäre“¹. Der für die Preußenkasse zuständige Finanzminister Höpker-Aschoff hatte sich, wie er vor dem Landtag betonte, „sehr sorgfältig auch in Bankkreisen und bei allen möglichen Stellen über die Qualifikation des Herrn Klepper erkundigt und über ihn nur Gutes gehört“, er habe „die Domänenbank aufgebaut und gut geleitet. Eine jüngst vorgenommene Revision bei der Domänenbank“ habe nicht nur „ein durchaus günstiges Ergebnis gehabt“, sondern bewiesen, „daß in der ganzen Geschäftsgebarung der Domänenbank eine ausgezeichnete Übersicht und Klarheit herrsche, – also gerade das, was wir bei der Preußenkasse so überaus schmerzlich vermissen müssen“². Klepper war, wie er seinem ehemaligen Corpsbruder nach dem Kriege gestand, an Sempers „Sturz nicht unbeteiligt“, wobei er fairerweise hinzufügte: „Ich kann ihm also nicht verübeln, daß er sich nicht zu meinen Freunden zählt.“³ Topf sagt, Klepper sei „dank einer von ihm mit außerordentlichem Geschick angelegten und geführten Kampagne, in das Haus ‚Hinterm Zeughaus‘, und damit in eine der wichtigsten Positionen der deutschen Agrarpolitik eingerückt“, und er kommentiert Kleppers Ernennung in seinem Artikel „Der Napoleon der P.Z.“ mit dem Satz: „Napoleon geht an die Front und übernimmt den Befehl.“⁴

Wie nicht anders zu erwarten, erhob sich auf der Rechten, sowohl im Landtag wie in der Presse, ein Sturm der Entrüstung. Man sprach vom „Kompromiß auf dem Rücken der Wirtschaft“, vom „besonderen Beschluß und intriguenhaft durchgesetzten Stück neupreußischer Wirtschaftspolitik“⁵ und vom „Entgegenkommen“ gegenüber den „Linksparteien“⁶. Man befürchtete, die „bäuerlichen Genossen [würden] der Zwangsbewirtschaftung öffentlicher Gelder nach parteipolitischer Schablone“ unterworfen, und die „Betriebskontrolle“ werde die „Selbstverantwortung“ ausschalten⁷, deshalb bringe man „Klepper in allen Kreisen des deutschen Genossenschaftswesens ein weitgehendes Mißtrauen entgegen“⁸. So wurden politische, aus Angst vor Veränderungen und aus mangelhaften Informationen über seine vorherige Tätigkeit für die Domänenpächter gespeiste Vorwürfe erhoben, und die Entscheidung für Klepper wurde parteipolitisch in-

¹ Boyens, Bd. II, S. 173.

² PrLT, 366. Sitzung, Sp. 26094.

³ Klepper an Georg Braun, 19. 6. 1951 (K/Kor.).

⁴ Topf, S. 90 und Topf, Napoleon, S. 467.

⁵ Tägliche Rundschau, 16. 1. 1928.

⁶ Deutsche Tageszeitung, 13. 1. 1928.

⁷ Hermann Hillger-Spiegelberg (DNVP) in PrLT, 366. Sitzung, 26. 3. 1928, Sp. 26093 und 26091.

⁸ Ebenda, Eugen Leidig (DVP), Sp. 26106.

terpretiert⁹, obwohl das *Berliner Tageblatt* gerade die „unpolitische Entscheidung“ für einen „politisch nicht irgendwie festgelegten Fachmann“ unterstrich¹⁰.

Wie unberechtigt die Vorwürfe der Rechtspresse gegen Kleppers Tätigkeit als Vorsitzender des Domänenpächterverbandes und der Domänenbank waren, zeigt der scharfe Protest von Bernhard v. Bernuth, der allen Grund gehabt hätte, Klepper wegen seines Weggangs zu grollen: „Ich bedaure die Stellungnahme der *Deutschen Tageszeitung* gegenüber Herrn Klepper lebhaft, zumal ich das gefällte Urteil über seine Tätigkeit bei der Domänenbank für durchaus verfehlt halte. Aus einem Nichts ist die Domänenbank zu einer sehr segensreichen Einrichtung zunächst für die preußischen Domänenpächter, später für alle Pachtbetriebe geworden und steht absolut gesichert da. [...] Ich kenne Herrn Klepper seit langen Jahren und weiß, daß er nach jeder Richtung landwirtschafts-freundlich eingestellt ist, die Notlage der Landwirtschaft genau kennt und seine ganze Kraft für deren Sanierung einsetzen wird.“ Auch der Aufsichtsrat der Domänenbank protestierte in einem offiziellen Schreiben, dankte Klepper „für die erfolgreiche Leitung der Domänenbank“ und „versichert ihn seines uneingeschränkten Vertrauens“¹¹.

Die liberalen Zeitungen reagierten positiv. Die *Vossische Zeitung* bezeichnet die Ernennung, die in einer für den Sturz parlamentarischer Regierungen eher als für den Wechsel innerhalb eines Verwaltungsapparates üblichen Form erfolgt sei¹², als „einen kühnen und guten Griff, indem [die *preußische Regierung*] dem schärfsten und scharfsinnigsten Kritiker der Preußenkasse Gelegenheit gibt, es an Ort und Stelle besser zu machen“¹³. Der *Berliner Börsen-Courier*, die *Frankfurter Zeitung* und der *Vorwärts* lobten Kleppers Leistungen und erhofften eine baldige Besserung der Zustände in der Preußenkasse¹⁴. Diese wurden allerdings auch von den Rechtsparteien kräftig kritisiert und für änderungsbedürftig gehalten, ja man bescheinigte Klepper sogar die dafür notwendige Kompetenz und lobte seine „ungewöhnliche Aktivität“¹⁵.

Das sehr kontroverse Bild, das sich hier, bereits am Anfang seiner Karriere, abzeichnete, zeigt, daß sich an Klepper schon früh die Geister zu scheiden begannen, daß seine Person zu Stellungnahmen herausforderte und daß er sich mit seinen Überzeugungen und den daraus resultierenden Taten ebenso unbedingte Anhänger wie scharfe Gegner

⁹ PrLT, 366. Sitzung, 26. 3. 1928, Sp. 26091 ff. Vgl. auch Wygodzinski/Müller, S. 178: „Eine Stimmung berechtigten Unmuts, gemischt mit übereifriger Kritik, hastendem Reformstreben, ernster Besorgnis über die Lage der Landwirtschaft und politischen Interessen und Bedürfnissen, die beim parlamentarisch-politischen System unvermeidlich sind, führte Ende 1927 zu einer Änderung in der Leitung der Preußenkasse. Unter anderem sollte sie dem Zwecke dienen, die Preußische Zentralgenossenschaftskasse als *Instrument einer systematischen, sehr hoch und sehr weit gesteckte Ziele verfolgenden Agrarpolitik zu benutzen*.“ (Hervorhebung im Original)

¹⁰ Berliner Tageblatt, 13. 1. 1928, „Reorganisation der Preußenkasse“.

¹¹ GSTAM, VNL-K, Nr. 142, v. Bernuth an v. Wangenheim, 10. 2. 1928, als Kommentar zu einem Artikel der Deutschen Tageszeitung, Nr. 57 von 3. 2. 1928, in dem Klepper u. a. auch für Maßnahmen angegriffen wurde, für deren Veranlassung er gar nicht verantwortlich war. Vgl. ebenda, Nr. 177.

¹² Noch drei Tage nach seiner Ernennung steht im ND-P.Z. zu lesen: „Die Flut der Presseäußerungen zum Wechsel in der Leitung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse ebbt nicht ab“ (Nr. 13, Bl. 3).

¹³ Vossische Zeitung, 16. 1. 1928.

¹⁴ Zitiert in: DGBkA, ND-P.Z., Nr. 11, 13. 1. 1928, Bl. 3 ff.

¹⁵ Vgl. PrLT, 264. Sitzung, Sp. 23172.

machte. Topf schien wieder recht zu haben mit seiner Kommentierung: „Der Hecht war in den Karpfenteich gesetzt worden!“¹⁶

Mitte Februar 1928 gab Klepper eine Pressekonferenz¹⁷, auf der er sein bereits angelauenes Reformprogramm erläuterte. Da es einen Zeitzeugen nicht dieser, aber einer der folgenden Pressekonferenzen gibt, lohnt es sich, einen Ausschnitt aus dessen Schilderung einzuflechten, denn sie vermittelt ein sehr lebendiges Bild von Kleppers Öffentlichkeitsarbeit. „Von den zahlreichen Berliner Pressekonferenzen dürften die, die der Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Otto Klepper, veranstaltet, wohl zu den interessantesten und wertvollsten gehören. Denn hier kommt die *ungewöhnliche Aktivität*, die der junge Rechtsanwalt seit Übernahme seines verantwortungsvollen Amtes unter starken Anfeindungen entwickelt hat, am wirksamsten zur Geltung. Meist kündigt er neue Maßnahmen an, mindestens weiß er über die Fortentwicklung seiner schon länger bekannten Pläne oder die Auswirkungen bereits getroffener Maßnahmen recht Bemerkenswertes zu berichten. Kurzum, es ist immer etwas los, und, was dann außerdem jeden Journalisten fesselt, ist der Eindruck von der ausgeprägten Persönlichkeit dieses Mannes, der wirklich Format hat und wohl überhaupt einer der stärksten politischen Köpfe des öffentlichen Lebens der Gegenwart darstellen dürfte. An Körperlänge nur unterdurchschnittlich erinnert seine untersetzte, gedrungene Gestalt mit dem bäuerlich-breiten Schädel und der kleinen Stubsnase an die Energiegeladenheit einer Bulldogge. Aber, so widerspruchsvoll es klingt, der Gesamteindruck des Mannes mit dem markanten Gesicht und dem mokanten Lächeln um die Lippen, mit der Haltung des typischen alten Frontoffiziers, der diskreten Eleganz der Kleidung und dem weltmännischen Auftreten, bleibt der eines *vollendeten Grandseigneurs*, der etwa gerade eine Botschafterkonferenz leitet [...]. Seine meist kurzen, aber inhaltsschweren, mit nur halblauter, aber deutlicher Stimme vorgetragenen Ausführungen sind in jeder Beziehung Musterleistungen rednerischer Dialektik. Aus seinem reichen Sprachschatz versteht er mit großem Geschick stets die Ausdrücke herauszugreifen, die in ihrer Nuance am besten die beabsichtigte Wirkung erzielen, wobei er rücksichtslos seine Rede mit einer Fülle ungewöhnlicher Fremdwörter spickt. Und, wenn er somit auf volkstümliche Gemeinverständlichkeit verzichtet, so läßt sich doch nicht leugnen, daß seine haarscharfen Bonmots und gutgezielten Seitenhiebe nur selten ihre Wirkung verfehlen, weil sie nicht plötzliche Explosionen, sondern mit Energie restlos gebändigte Entladungen eines recht impulsiven Temperaments sind.“¹⁸

Kleppers Reformprogramm konzentrierte sich auf drei Hauptpunkte: 1. die Reorganisation der Preußenkasse, das heißt ihre personelle Erneuerung und finanzielle Sanierung, 2. die Einführung des neuen Agrarkreditsystems und 3. die Rationalisierung des Genossenschaftswesens. Alle drei Programmpunkte standen in einem engen Zusammenhang und bildeten die Grundlage für eine Agrarreform, die Klepper in zahlreichen Artikeln, Vorträgen und Interviews dargelegt hat¹⁹.

¹⁶ Topf, S. 87.

¹⁷ GSTAM, VNL-K, Nr. 142: Die Vertreter von über 70 Zeitungen sind alle namentlich aufgeführt. Hinweis findet sich in Bl.f.Gen., 75. Jg., Nr. 7, 17. 2. 1928, S. 126 (DGBkA), wo das neue Programm detailliert vorgestellt wird.

¹⁸ Der Journalist, der sich Piggy nennt, schreibt im Deutschenspiegel, ein Blatt, das keineswegs zu den Sympathisanten Kleppers gehörte, 12. 4. 1929 in: BAK, NL-Zarnow, Mappe 48, Ordner Klepper, Bl. 69 (Hervorhebung im Original).

¹⁹ Kleppers Artikel siehe Anhang: Veröffentlichungen aus der Weimarer Zeit.

Seine Überlegungen stützten sich vor allem auf die Forschungen von Thünen, Aereboe und Max Sering, aber auch auf eigene Erfahrungen wie auf die Ergebnisse einer von ihm veranlaßten Untersuchung über „Die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen“²⁰. Klepper kritisierte die deutsche Agrarpolitik, die „der Erhaltung der vorhandenen Struktur der landwirtschaftlichen Produktion“ diene²¹, statt sich im Gegenteil auf den in stetem Wandel befindlichen internationalen Agrarmarkt einzustellen. Von den veränderten Eßgewohnheiten über die sich ständig verbessernden Transport-, Lager- und Verarbeitungsmöglichkeiten bis zu der großen Konkurrenz überseeischer Getreideeinfuhren verlange alles nach einer flexiblen, anpassungsfähigen Agrarproduktion, die auf die Bedürfnisse des Marktes abgestimmt sein müsse und nicht versuchen dürfe, die Volksernährung gewaltsam der gegebenen Art der Agrarproduktion anzugleichen. Klepper erläuterte im einzelnen, wie und warum große Teile der östlichen Böden ungeeignet für einen rentablen Anbau seien, und wies nach, daß bäuerliche Betriebe wegen der stärkeren Nachfrage nach Veredlungsprodukten krisenfester arbeiteten und weniger verschuldet seien als der Großgrundbesitz, den er allerdings in seinen lebensfähigen Teilen unbedingt erhalten wissen wollte. So sei „die Agrarreform [eine] Voraussetzung für die Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an den Markt, also [...] Ausgangspunkt zur Wiedergewinnung der Rentabilität der Landwirtschaft“²². Die Konsequenz dieser Überlegungen war, daß Agrarkredite künftig nicht mehr an zum Sterben verurteilte Betriebe gegeben werden sollten, sondern daß der Kreditvergabe eine betriebswirtschaftliche Prüfung vorausgehen müsse. So gehörte Klepper mit zu den Pionieren, die versuchten, moderne agrarwissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Politik umzusetzen. Daß eine so konsequente Agrarreform starken politischen Zündstoff enthielt, läßt sich denken und erklärt einmal mehr, warum die Preußenkasse mitten in die politischen Auseinandersetzungen hineingeriet²³.

²⁰ Denkschrift der P.Z. (GSTAB, Nr. 14076). Dazu ausführlich: Schulze, Braun, S. 195 ff. Ehni, S. 70 und Baier, S. 413 ff. Baier erwähnt auch den „Vorbericht des 2. Unterausschusses der Wirtschaftsenquete über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft vom 1. März 1928, [der] erstmalig eine Analyse der Verschuldungs- und Rentabilitätsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft“ bot. Vgl. den Kommentar der Pommerschen Tagespost, der die „unerhörte Einseitigkeit“ des Berichts kritisierte und vermerkte, daß die „Gründe für die Überschuldung [...] in voller Schwere auf die Regierung selbst zurückfallen“. Die Zeitung zitiert eine Entschließung des Reichs-Landbundes, die „jeden Aufkauf von Land größeren Stils“ ablehnt und statt dessen die „Schaffung eines Besitzerhaltungsfonds“ und „Absatzregulierung durch Zoll- und Handelspolitik“ fordert (DGBkA, ND-P.Z., Nr. 296, 4. Jg., 20. 12. 1928). Vgl. außerdem: Georg Schmidt, der die Denkschrift lobt, die die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Osten Deutschlands übersichtlich schildere, auf die eigentlichen Krisengebiete hinweise und dadurch einer Verallgemeinerung für ganz Deutschland entgegenwirke (S. 10).

²¹ Klepper, Rationelle Agrarpolitik (Ausführliche Darstellung und Kommentierung bei Fiederlein, S. 37 ff.).

²² Ebenda, S. 225. Viele zeitgenössische Autoren, deren Bücher allerdings teilweise erst kurz nach Kleppers Artikel erschienen, bestätigen Kleppers Überlegungen: z. B. Sering, S. 684 f., ebenso heutige Autoren wie z. B.: Muth, Agrarpolitik und Zum Sturz Brünings, Schulz, Baier, Boyens u. a.

²³ Fritz Lübkes, der in der Weimarer Zeit bei der Rentenbankkreditanstalt war, schrieb am 16. 6. 1966 an Herbert Lauffer, daß er „erst nach dem Kriege in vollem Umfang“ die „Richtigkeit“ von Kleppers agrarpolitischen Zielen erkannt habe (Priv.-Kopie).

Die Reorganisation der Preußenkasse

„Mit dem übernommenen Apparat der Preußenkasse allein waren die inneren und äußeren Reformen nicht durchzuführen. Klepper stand unter denkbar ungünstigen Umständen vor dem Problem, frische, seinen Intentionen entsprechende, seine Ziele und Ideen verstehende Kräfte heranzuziehen, ohne die vorhandene Beamtenschaft entbehren zu können.“²⁴ Bei aller gebotenen Eile bedurfte die personelle Umgestaltung eines großen Fingerspitzengefühls. Offensichtlich ist Klepper zweigleisig vorgegangen. Einerseits hat er junge Leute, teilweise aus der Domänenbank, als Unterdirektoren mit Privatdienstverträgen in die Preußenkasse geholt, andererseits hat er, wie es der *Deutschespiegel* bissig beschrieb, „die vom Regime Semper übernommenen Geheimräte im wesentlichen nur noch mit der Klärung formaler Schwierigkeiten durch korrekte Aktenvermerke betraut“²⁵ und sie pensioniert, wenn sie die Altersgrenze erreicht hatten. Laut Engelmann wurde es „jedem Einzelnen freigestellt, den Zeitpunkt seines Ausscheidens [...] zu wählen“²⁶, was durch die Geschäftsberichte von 1928 bis 1932 bestätigt wird²⁷. Sie wurden nicht durch neue Beamte ersetzt, wodurch, wie der bereits zitierte *Deutschespiegel* anmerkte, „eine ganze Anzahl schöner Anstellungsmöglichkeiten für stellungsuchende Parteilinge verloren[ging]“, wodurch aber auch dringend benötigtes Geld eingespart wurde.

Wie Kleppers Arbeitsteam im einzelnen aussah, läßt sich aus der Akte Personalbestand vom 17. Juli 1931 ersehen²⁸. Bis auf Heinrich Albersmann, der acht Jahre älter war als Klepper, waren alle anderen gleichaltrig oder jünger. Der größere Teil hatte eine akademische Ausbildung: August Hillringhaus, Herbert Lauffer und Johannes Loest mit Doktorgrad, Wilhelm Schaub und Rudolf Siedersleben ohne. Einige hatten allerdings auch eine abgebrochene Schul- beziehungsweise Universitätsbildung wie Konrad Engelmann und Ernst Possel oder waren Autodidakt wie Albersmann. Fast alle waren verheiratet und hatten teilweise mehrere Kinder, Albersmann sogar acht. Sie hatten vorher in den verschiedensten Berufen gearbeitet.

Die Tatsache, daß, bis auf wenige Ausnahmen, alle entweder schon nach dem 20. Juli 1932²⁹ oder spätestens 1933 entlassen wurden, läßt bei aller politischen Unterschiedlichkeit auf eine gemeinsame Grundeinstellung, jedenfalls auf eine klare Opposition gegen den Nationalsozialismus, schließen. Allerdings kann man die Entlassung von Kleppers Mitarbeitern 1933 auch politisch verharmlosend als eine Art nicht unberechtigter Revision Klepperscher Personalpolitik interpretieren, wie Faust das tut: „Viele von ih-

²⁴ Engelmann, S. 16.

²⁵ Der *Deutschespiegel*, 12. 4. 1929, S. 587. Wie ein Brief Kleppers vom 26. 7. 1930 zeigt, hat er auch für die Witwen verstorbener Mitarbeiter gesorgt, es wurde „Gnadengebühnisse“ genannt (GSTAM, Rep. 151 IC, Nr. 1067, Bl. 209 f.).

²⁶ Engelmann, S. 16.

²⁷ Geschäftsberichte der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in DGBkA. Außerdem sind die Geschäftsberichte von 1925–1930 in: GSTAM, Rep. 151 IC, Nr. 10366/67.

²⁸ GSTAB, Rep. 84a, IA², Nr. 4449a (betrifft Personalien der P.Z.), Bl. 127, Personalbogen, Bl. 129–132. Nr. 11150, Bl. 194 ff.

²⁹ Lauffer und Possel wurden im Rahmen der Beamtenentlassungen nach der Absetzung der preußischen Regierung durch v. Papen am 20. 7. 1932 schon am 12. 8. 1932 aus dem Direktorium der Preußenkasse entlassen („Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 12.8.32“, R 43 I/2288, Bl. 201–204).

nen [*den jungen Mitarbeiter Kleppers*] sind dem kaum vier Jahre später erneut einsetzenden Wandlungsprozeß der Anstalt wieder zum Opfer gefallen.“³⁰ Die meisten seiner Mitarbeiter haben sich in privaten Berufen über Wasser gehalten oder sind wie Klepper emigriert. Loest ist bei der Preußenkasse geblieben, hat sich aber stets loyal verhalten³¹. Es gibt nur eine Ausnahme, Rudolf Siedersleben, der sich von den Nationalsozialisten hat vereinnahmen und als Generalbevollmächtigten in die Firma Otto Wolff, die im nationalsozialistischen Sinne nicht als verlässlich galt, einsetzen lassen³². In dieser Funktion wird er in China noch einmal indirekt Kleppers Wege kreuzen. Faust beurteilt die von Klepper durchgeführte personelle Umstrukturierung der Preußenkasse als „eine Maßnahme ganz ungewöhnlicher Art, in der sich Rigorosität ebenso wie Machtanspruch ausdrückte“³³.

Engelmann, der Kleppers personalpolitische Maßnahmen aus nächster Nähe miterlebt hat, beschreibt sie dagegen ganz anders. So stark die Gegensätze innerhalb des Mitarbeiterstabes und die von außen kommenden Belastungen auch gewesen sein mögen, die Zusammenarbeit verlief nicht nur „reibunglos“, sondern war von außergewöhnlicher Qualität. Die Hauptursache dafür sehen sowohl Engelmann wie andere Mitglieder der Preußenkasse in Kleppers „Kunst der Menschenkenntnis und der Menschenbehandlung“. Er führte sein Team, „wenn auch äußerlich mit leichter Hand und unter Überlassung weitgehender Freiheiten im Rahmen der einzelnen Ressorts, so straff und vor allen Dingen so sachlich“, daß es ihm möglich war, „Forderungen an seine Mitarbeiter zu stellen, die eine weniger führungsbegabte Persönlichkeit kaum durchgesetzt hätte“. Auch die Tatsache, daß es ihm gelang, Mitglieder des alten Direktoriums für eine „loyale Mitarbeit für eine längere Periode des Übergangs zu gewinnen, war ein besonderer Beweis seiner Toleranz und Geschicklichkeit“. Diese zeigte sich auch darin, „wie er die neuen Mitarbeiter in ihrer schiefen Stellung, in der sie de facto als Ressortchefs verantwortlich, de jure aber ohne entsprechende Vollmacht waren“³⁴, zu leiten und, wenn nötig, zu stützen wußte“. Einerseits hörte er sich ihre Sorgen an und zeigte Verständnis, andererseits verlangte er von ihnen weiterzuarbeiten, und zwar „loyal und seriös“, ein Ausspruch, der aus der Zeit der Zusammenarbeit mit den Reichsstellen der Osthilfe stammte und zum Leitmotiv der Zusammenarbeit wurde³⁵. Klepper besaß aber offensichtlich auch die Fähigkeit, Widerspruch nicht nur zu ertragen, sondern ihn sogar zu wünschen und positiv auf ihn zu reagieren. So berichtet zum Beispiel ein DVP-Abgeordneter, der in den Ausschüssen der Preußenkasse mit Klepper zusammenarbeitete, daß Klepper die Aus-

³⁰ Faust, Geschichte, S. 568.

³¹ Loest an Klepper, 15.4.53: „Da Sie, Herr Minister, es gewesen sind, dem ich [...] die Erfahrung verdanke, was ein von gegenseitigem Vertrauen getragener Arbeitskreis unter entsprechender Führung zu leisten vermag, war Ihr Gruß für mich von besonderer Bedeutung. In stets dankbarer Erinnerung an die Preußenkasse verbleibe ich...“ (K/Kor.).

³² WA Köln, noch nicht geordneter Bestand Otto Wolff, K83–28, Bericht Siederslebens vom 30. 8. 1934 über das Bahngeschäft mit China. Dort erwähnt er, daß er noch bei der Preußenkasse angestellt sei, sein Name taucht aber schon 1933 in den Akten auf. Endgültig übergewechselt zu Wolff ist er 1936.

³³ Faust, Geschichte, S. 568.

³⁴ Alle waren zunächst nur kommissarisch und erst ab 1. 12. 1931, als Klepper schon Finanzminister war, fest angestellt (GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 194 ff.).

³⁵ Engelmann, S. 16. Vgl. auch den im Zusammenhang mit dem Aufbau seines Arbeitsteams bei der Domänenbank zitierten Topf und das Urteil Lauffers.

schußmitglieder anfangs „ein wenig als ungezogene und mit den Lebensverhältnissen doch noch recht wenig vertraute Kinder behandelt“ habe, aber, so fährt er fort, „da ich unabhängig bin, habe ich mir erlaubt, mich dagegen aufzubäumen“, und danach sei es „besser geworden“³⁶.

Im Nachlaß Kleppers fand sich ein sehr witziger Beweis für das positive Arbeitsklima in Gestalt einer sehr amüsant und frech aufgemachten Zeitung, die die Kollegen Klepper als Weihnachtsgabe überreicht haben. Alle ziehen sich gegenseitig und alles, von der Genossenschaftsvereinigung über die Osthilfe bis zur Reichspolitik, durch den Kakao; so habe sich zum Beispiel Ende 1929 „die Notwendigkeit herausgestellt, eine neue genossenschaftliche Ideologie erfinden“ zu müssen, da „sich der Geist der neuen Sachlichkeit als ungeeignete Grundlage erwiesen“ habe³⁷. Offenbar war das Zusammengehörigkeitsgefühl aber nicht nur auf die „obere Etage“ beschränkt, wie der folgende Brief eines früheren Mitarbeiters zeigt: „Jene Jahre, in denen Sie der Preußenkasse als Präsident vorstanden, kann ich zu den glücklichsten meines Lebens rechnen, viele [von uns] erinnern sich gern der schönen Jahre bei der P.Z. [...], weil Sie auch für die Kleinen das nötige soziale Verständnis zeigten. Wir gedenken noch immer des schönen Kasinos, das Sie uns herrichten ließen, sowie der großherzigen Unterstützungen, die Sie den in unverschuldete Notlage geratenen Betriebsangehörigen zuteil werden ließen.“³⁸

Auch Klepper selbst hat dieses Zusammengehörigkeitsgefühl empfunden, davon zeugen viele Briefe wie zum Beispiel dieser zwei Jahre vor seinem Tode geschriebene: „Es war ein glücklicheres Zeitalter, als wir uns damals alle in der Preußenkasse zusammenfanden. Sie begreifen sicher, daß ich mit einer gewissen Wehmut daran zurückdenke.“³⁹ Aus der Nachkriegskorrespondenz ergibt sich, daß Klepper mit den meisten Mitarbeitern, besonders mit Lauffer, Albersmann und Engelman, auch während der Emigrationszeit, aber vor allem nach dem Kriege eine enge Verbindung hielt.

Im Vergleich zur personellen Umstrukturierung erwies sich die finanzielle Sanierung der Preußenkasse als sehr viel schwieriger. Zunächst mußte „das Mißverhältnis zwischen Eigenkapital und Geschäftsumfang“ beseitigt werden, indem Preußen seine Stammeinlage von bisher 45 Millionen RM um 130 Millionen auf 175 Millionen RM erhöhte. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde im preußischen Landtag beraten und von der DNVP hart attackiert. Mehrere Entschließungsanträge versuchten, die „Allmacht des preußischen Staates“ und die „viel zu großen Machtbefugnisse des Präsidenten“ zu beschneiden, doch die Anträge wurden im preußischen Landtag abgelehnt⁴⁰. Der Finanzminister Höpker-Aschoff berief sich darauf, daß die Umgestaltung der Preußenkasse „ein alter Wunsch der Genossenschaften“ und auch im Staatsrat einstimmig gebilligt worden sei⁴¹. So konnte das Gesetz über die Neuordnung der Preußischen Zentralge-

³⁶ Eugen Leidig (DVP), PrLT, 366. Sitzung, 26. 3. 1928, Sp. 26105.

³⁷ GSTAM, VNL-K, Nr. 174.

³⁸ Fritz Werzat an Klepper, 8. 3. 1951. Werzat schreibt, daß ihre Gedanken oft zu Klepper gewandert seien und daß er heilfroh gewesen sei, endlich, 1949, in der FAZ zu lesen, daß er noch am Leben sei (K/Kor.).

³⁹ Klepper an Loest, 7. 5. 1955 (K/Kor.).

⁴⁰ Änderungsantrag zum Gesetzentwurf, Nr. 9186, der in der 369. Sitzung, 28. 3. 1928 beraten wurde. PrLT, Sp. 26282 ff.

⁴¹ Ebenda und DGBkA, ND-P.Z., 4. Jg., Nr. 75, 28. 3. 1928, Bl. 4 ff.

nossenschaftskasse relativ rasch, am 30. April 1928, im wesentlichen unverändert vom preußischen Landtag verabschiedet werden⁴².

Da sich durch das Gesetz das Verhältnis zu den Genossenschaftsanteilen erheblich zugunsten des Staates verschoben hatte, klangen die Reaktionen aus Genossenschaftskreisen verständlicherweise verbittert, zumal die positiven Folgen des Gesetzes noch nicht sichtbar geworden waren. So war zum Beispiel in den *Blättern für das Genossenschaftswesen* zu lesen: Mit dem Gesetz „trat an die Stelle der Beratung das Diktat, und statt einem Verhandeln von Gleich zu Gleich auf Grund gemeinsamer Kapitalbeteiligung und jahrzehntelanger Verbundenheit in Arbeit, Gesinnung und gemeinsamen Interessen, sollte der Machtwille des Gläubigers gegenüber dem Schuldner, das Stimmenübergewicht des größten Kapitalbeteiligten den Ausschlag geben“. Man sieht nun die Auseinandersetzungen über die Umgestaltung der Preußenkasse „in den Bannkreis des politischen Kampfes gezogen“⁴³. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* beklagte den zu starken staatlichen Einfluß, die mögliche politische Beeinflussung der bäuerlichen Bevölkerung im Sinne eines einseitigen Agrarprogramms und die Abhängigkeit vom jeweiligen Mehrheitswillen. Die konservative Zeitung *Der Tag* stellte eine Fülle aggressiver Fragen zur Umgestaltung der Preußenkasse und zur Person Kleppers, während die *Frankfurter Zeitung* die Haltung der preußischen Regierung verteidigte und aus einer Denkschrift der P.Z. von 1911 zitierte, in der zu lesen sei: „Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse ist nicht Selbstzweck. Der Staat hat mit ihr nur eine Lücke in der Organisation des Genossenschaftswesens ausgefüllt, eine Lücke, die das Genossenschaftswesen seinerzeit aus eigener Kraft zu schließen nicht vermochte.“ Sobald das geschehe, sei die P.Z. entbehrlich, genau das gleiche gelte heute. Deshalb forderte die Zeitung alle ländlichen Genossenschaften zur Zusammenarbeit auf, damit ein rascher Gesundungsprozess eingeleitet werden könne⁴⁴.

Die Genossenschaftler erhielten sogar Schützenhilfe von der Wissenschaft, die die „drei fundamentalen genossenschaftlichen Grundsätze, [...] der *Selbsthilfe*, [...] der *genossenschaftlichen Freiheit und Selbständigkeit* und [...] der *parteilpolitischen Neutralität*“, gefährdet sah, weil der Einfluß der Genossenschaften durch das Gesetz geschwächt, der des preußischen Staates und der Parteien aber verstärkt worden sei⁴⁵. Klepper, der ebenfalls von Wissenschaftlern unterstützt wurde⁴⁶, hatte die Reaktion der Genossenschaftler nicht nur vorausgesehen, sondern immer wieder versucht, die Hintergründe seiner Reformen deutlich zu machen: „[...] die Preußenkasse sei früher lediglich Geldausgleichsstelle gewesen, heute sei sie aber vorwiegend Verwalterin fremder Gelder. Sie habe daher nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, sich wie jeder andere private Geldgeber um die Verwendung der von ihr ausgegebenen Kredite zu küm-

⁴² GSTAB, Rep. 84a, Bl. 136 und 151. Gesetzentwurf Nr. 9017, Beratung des PrLT, 366. Sitzung ff., 26.–30. 3. 1928. Endgültige Verabschiedung durch den PrLT am 30. 4. 1928, Pr. Gesetzessammlung 1928, Nr. 19, Bl. 138 f.

⁴³ DGBkA, ND-P.Z., Bl.f.Gen., Nr. 14, 6. 4. 1928, Titelseite: „Die Umgestaltung der P.Z.“.

⁴⁴ Kommentare zitiert in: Ebenda, 4. Jg., Nr. 75, 28. 3. 1928: Vgl. auch Faust, Zentralbank, S. 42.

⁴⁵ Wygodzinski/Müller, S. 178 (Hervorhebungen im Original). Zu Wygodzinski vgl. Schumacher, Land, S. 202.

⁴⁶ Vgl. Kämpfer, S. 183. Vgl. auch Aereboe und Brandt.

mern. Die Preußenkasse müsse daher Einwirkungsmöglichkeiten auf die Genossenschaften besitzen.“⁴⁷

Klepper ließ eine kritische Bestandsaufnahme durch Revisoren erstellen, „um bei den genossenschaftlichen Hauptgeschäftsanstalten den ungefähren Umfang der Schäden festzustellen, die zu bereinigen waren“, und um zu prüfen, wie die Umgestaltung des banktechnischen Apparates der Preußenkasse „nach Gesichtspunkten moderner Banktechnik“ zu geschehen habe⁴⁸. Bei der Revision kam das ans Licht, was ohnehin in Bankkreisen längst bekannt war, nämlich die hohe Verschuldung der Deutschen Raiffeisenbank. Es war eine schwere Hypothek für den Neubeginn, aber sowohl die Raiffeisenbank wie die mit vergleichsweise geringeren Verlusten von rund 4 Millionen RM belastete Genossenschaftliche Zentralbank des Reichslandbundes GmbH⁴⁹ mußten liquidiert werden⁵⁰. Klepper übernahm die Verantwortung, obwohl er persönlich nichts damit zu tun hatte und es für ihn und sein Institut bedeutende Risiken barg. Tatsächlich war es die „Raiffeisenaffaire“, die der Preußenkasse Anfragen im Landtag sowie einen ersten parlamentarischen Untersuchungsausschuß bescherte und damit auch Kleppers Name in der Presse mit dem Vorwurf von Korruption und Mißbrauch in Zusammenhang brachte⁵¹.

Die Raiffeisenbank, die „52 Jahre lang als Geldausgleichsstelle der Raiffeisenorganisation gearbeitet und sich nach der Sanierung auch wieder befriedigend entwickelt hatte, aufzulösen“, „war ein schwerer Entschluß“, schreibt Faust in seiner Geschichte des Genossenschaftswesens, ohne auch nur ein Wort über die Hintergründe und die Fehlleistungen der Verantwortlichen zu verlieren. Weder die Mitverantwortung von Andreas Hermes, die er als Aufsichtsratsmitglied der Bank für die Verwendung des von der Preußenkasse gewährten Überbrückungskredits von 40 Millionen RM hatte, noch die Tatsache, daß diese 40 Millionen RM eben nicht zu einer „befriedigenden“ Entwicklung der Bank geführt hatten, werden von Faust erwähnt⁵². Dagegen kam der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags zu dem Ergebnis, daß die Raiffeisenbank das ihr von der Preußenkasse „entgegengebrachte große Vertrauen in sehr erheblicher Weise miß-

⁴⁷ Bl.f.Gen., 75. Jg., Nr. 7, 17. 2. 1928, S. 126.

⁴⁸ GSTAM, Rep. 151 IC, Nr. 10366/67. Engemann erwähnt, daß Klepper von der gleichen Revisorengruppe eine Revision der Domänenbank „nach gleichen scharfen Gesichtspunkten“ durchführen ließ. Es hätten sich „zwar auch Schäden [gezeigt], die aber keine Gefährdung des Institutes darstellten und vor allen Dingen weder der Kreditpolitik, noch der Organisation der Bank zuzuschreiben waren“ (S. 15).

⁴⁹ Zu den Gründen der Verschuldung vgl. Puhle, Interessenpolitik, S. 306.

⁵⁰ Liquidationsvertrag zwischen der Preußenkasse und der Raiffeisenbank in: GSTAM, Rep. 151 IC, Nr. 10366. 56 Mio. RM ohne Liquidationskosten. Sie trat ab 1. 4. 1929 in stille Liquidation. Die Filialen der Raiffeisenbank wurden entweder selbständige Bezirkszentalkassen oder vereinigten sich mit solchen des Reichsverbandes. Vgl. Faust, Geschichte, S. 419 f.

⁵¹ GSTAM, Rep. 169 D, Nr. 33, Bd. 2, Bl. 113 ff.: 8. 3. 1929 Urantrag der KP-Fraktion zur „Kreditpolitik der Preußenkasse seit 1924“. 16. 5. 1929, auch die SPD-Fraktion fordert einen Untersuchungsausschuß zur „Untersuchung der Kreditgewährung der Preußenkasse an die Raiffeisengenossenschaften“. Der Antrag wird beschlossen. Rep. 151 HB, Nr. 42, Bl. 2. Drucksache des PrLT Nr. 2207: 11. 4. 1929 Mißtrauensantrag der KPD gegen den PrFM wegen Verlustgeschäft der Raiffeisenbank. Vgl. auch Deutsches landwirtschaftliches Genossenschaftsblatt, 56. Jg., Nr. 2, 30. 1. 1929, S. 34 und Bl.f.Gen., 76. Jg., Nr. 21, 24. 5. 1929 (DGBkA).

⁵² Faust, Geschichte, S. 419.

braucht“ hatte⁵³. Laut Topf trage Semper „einen großen Teil der Schuld daran, daß bei der Raiffeisenbank, die doch nur von den Preußenkassenkrediten lebte, eine derartige Mißwirtschaft einreißen und durch Jahre hindurch fortbestehen konnte“⁵⁴.

Klepper, der den Untersuchungsausschuß leicht dazu hätte nutzen können, die Versäumnisse seiner Vorgänger aufzudecken, tat genau das Gegenteil, er sagte, „das Genossenschaftswesen brauche jetzt, nachdem die Voraussetzungen für seine neuen Aufgaben geschaffen sind, vor allen Dingen Ruhe“, um die anstehenden „Schwierigkeiten“ meistern zu können. Klepper hatte eine Vielzahl von Fragen zu beantworten. Hier ist vor allem interessant, daß er sowohl den damaligen Überbrückungskredit wie auch die seinerzeitige „Aufwendung großer öffentlicher Mittel zur Bereinigung der entstandenen Verluste“ bejahte, und zwar beide Male mit dem Hinweis, daß „sonst die gesamte Landwirtschaft schwer geschädigt und das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen schwer diskreditiert worden wäre“. Damit bewies Klepper nicht nur sein Bemühen um Sachlichkeit, sondern auch seine Loyalität gegenüber dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, was ihm häufig abgesprochen wurde⁵⁵.

Auch der Versuch, die eingefrorenen, also die von den Genossenschaften geschuldeten Kredite zu realisieren, „was angesichts der unglaublichen Geschäftslage der Preußenkasse berechtigt“ erschien⁵⁶, stieß auf große Schwierigkeiten. Von konservativer Seite wurde dieses Vorhaben „als ausgesprochen politisch unter sachlichem Mantel“ empfunden, denn damit hänge „die Zerschlagung des Großgrundbesitzes zwangsläufig“ zusammen⁵⁷. Klepper versuchte dagegen, deutlich zu machen, daß die landwirtschaftliche Produktion, „wenn sie rentieren solle, auf eine neue, den Bedürfnissen der Konsumenten angepaßte Form gebracht werden müsse“⁵⁸. Entsprechend sei auch das Haftsummenkreditsystem nicht mehr anwendbar, sondern es müsse der Personalkredit, kombiniert mit Rationalitätskontrolle und betriebswirtschaftlicher Beratung, ausgebaut werden.

Obwohl die Genossenschaften prinzipiell das Eingreifen des Staates ablehnten, schien ihnen nun die „Verreichlichung“ der Preußenkasse einen Ausweg aus der zu starken Abhängigkeit vom ‚sozialistisch bestimmten‘ preußischen Staat zu bieten. So setzten sich ihre Vertreter für eine Beteiligung des Reiches an der Finanzierung der Preußenkasse ein, damit die im Reich bereits zunehmend stärker werdenden Rechtsparteien ihren Einfluß für eine konservativere Agrarpolitik geltend machen und gezielter auf die Genossenschaften einwirken konnten. Aber auch Preußen war an einer finanziellen Beteiligung des Reiches gelegen, nur mit einer anderen Begründung: es brauchte Geld, da es selbst nicht in der Lage war, mehr als 75 Millionen RM in den Fonds der Preußenkasse einzuzahlen. So kam es zu Verhandlungen mit dem Reich, die sich allerdings als äußerst

⁵³ Untersuchungsbericht: „Fall Preußenkasse-Raiffeisen“ des Untersuchungsausschusses im PrLT, der dem Landtag am 9. 5. 1930 in seiner 162. Sitzung vorlag. GSTAM, Rep. 169 D, Nr. 33, Bd. 2 und 3, Bd. 2, Bl. 113 ff., 20. Ausschuß des PrLT, S. 6648 ff., Untersuchungsbericht Nr. 4778 A und B (insgesamt 1 966 Druckseiten). Beratung des Berichts: PrLT, Sp. 13830 ff. Vgl. Steffani, S. 210 ff.

⁵⁴ Topf, S. 655 f.

⁵⁵ Klepper vor dem Untersuchungsausschuß, DGBkA, ND-P.Z., 5. Jg., Nr. 217, 18. 9. 1929, Bl. 4 ff.

⁵⁶ Engelman, S. 15.

⁵⁷ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2501, Bl. 8, Bericht von Tietmann, Ministerialrat im RMfLuF, vom 23. 2. 1928.

⁵⁸ Bericht von einer Sondertagung der Volkshochschule Rendsburg in: Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftspresse, 56. Jg., Nr. 21, 15. 11. 1929, S. 480 (DGBkA).

schwierig erwiesen und sich folglich bis 1930 hinzogen, weil Preußen die Federführung nicht verlieren⁵⁹, das Reich aber stärkere Einwirkung auf die Agrarpolitik in seinem, zunehmend von Großagrariern bestimmten Sinne gewinnen wollte.

Am 23. Januar 1930 konnte das Abkommen zwischen dem preußischen Staat und dem Reich über die Beteiligung des Reiches an der Preußenkasse schließlich doch noch vom preußischen Landtag verabschiedet werden. Das Reich sollte 50 Millionen RM zahlen und dem preußischen Staat einen zinslosen Kredit von 50 Millionen RM gewähren. Damit änderte sich das Verhältnis der Stammeinlagen und entsprechend der Einfluß auf die Besetzung des Direktoriums und der Ausschüsse⁶⁰. Dennoch blieb, zum Leidwesen der Deutschnationalen, der Einfluß des Reiches auf die Geschäftspolitik der Preußenkasse gering, so wie es der deutschnationale Abgeordnete Georg Gottheiner im Reichstag sarkastisch formulierte: „Für das völlig ungenügende Maß des Einflusses, das dem Reich aus den getroffenen Vereinbarungen erwächst, gibt es wohl keinen besseren Beweis als die Äußerung, die der Präsident der P.Z. selber gestern im Haushaltsausschuß getan hat, in dem er erklärte, daß er die Politik, die er bisher betrieben habe, unbekümmert um andere Meinungen auch in Zukunft fortsetzen werde, das heißt auf deutsch, daß er sich den Teufel darum kümmern werde, was etwa die Reichsregierung einmal sagen werde; es bleibe bei dem, was er für gut befinde.“⁶¹

Zwei hauptsächliche Ziele verfolgte Klepper mit seinem Reformprogramm: die finanzielle Unabhängigkeit der Preußenkasse wiederherzustellen und die Selbsthilfekräfte der an die „Treibhausatmosphäre“ ständiger „Subventionen und Sonderbegünstigungen verschiedener Art gewöhnte“⁶² Landwirtschaft wieder freizulegen und zu mobilisieren.

Diesem Ziel diente auch Anfang Juli 1928 der Erwerb der Aktienmehrheit der „Getreideindustrie- und Commissions AG“, kurz Scheuer-Konzern, nach dem vermittelnden Kaufmann Karl Scheuer, genannt. Dreierlei sollte mit diesem Kauf eines Getreide- und Mühlenkonzerns bewirkt werden: Die bis dahin vielfach „eingefrorenen Agrarkredite der Preußenkasse wieder beweglich zu machen“ und „dem Genossenschaftswesen wieder einen größeren Einfluß auf die Entwicklung der Getreidewirtschaft“ einzuräumen. Drittens schließlich „war damals schon damit zu rechnen, daß der Staat sich Einfluß auf die Entwicklung des Getreidepreises verschaffen würde, und bei dieser Aktion wollte sich die Preußenkasse mit dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen nicht

⁵⁹ Preußens Argument war, daß es Hauptträger des Grundkapitals sei trotz der 24 der P.Z. angeschlossenen außerpreußischen Verbandskassen. Die Stammeinlagen in Millionen RM verteilten sich folgendermaßen: Preußische Verbandskassen, ländliche: 476,3 und gewerbliche: 32,0; außerpreußische Verbandskassen, ländliche: 64,8 und gewerbliche: 25,7. Die Stammeinlagen der Genossenschaften betrugen nur 35,1, von denen nur 19,1 Millionen RM eingezahlt worden waren (GSTAB, Rep. 84a, Nr. 11150, Bl. 136 und 151).

⁶⁰ Ebenda, Bl. 187 f. und 193, Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Ausschuß der P.Z. vom 7. 5. 1924, gez. Braun und Höpker-Aschoff, 6. 2. 1931, betr. Zusammensetzung der P.Z.: bisher: 1 Präsident und 9 Mitglieder (8 Genossenschaftler und 1 Vertreter des FM) und 9 Stellvertreter (1 Vertreter des PrLT und 8 Genossenschaftler), ab 6. 2. 1931: 17 vom großen Ausschuß zu wählende Mitglieder unter Wegfall der Stellvertreter, 3 von der Reichsregierung benannte Vertreter (je 1 für Finanzen, Ernährung und Landwirtschaft) 2 vom PrStM benannte Vertreter (je 1 für Finanzen und Landwirtschaft), 12 allgemeine, zur Hälfte Genossenschaftler sowie Inhaber von Stammeinlagen und zur Hälfte dem Genossenschaftswesen nahestehende Sachverständige (Pr. Gesetzessammlung).

⁶¹ Zitiert bei Krebs, S. 576.

⁶² Engelmann, S. 30.

ausschalten lassen“⁶³. Die vom Untersuchungsausschuß gestellte Frage, warum für die Aktien ein so hoher Preis gezahlt worden sei, beantwortete Klepper lakonisch, „weil die Aktien nicht billiger zu bekommen waren“, und Scheuer verwies zum einen darauf, daß der Erwerb einer Aktienmehrheit immer teuer sei; außerdem hätte das Bankenkonsortium keinen niedrigeren Preis akzeptiert, weil es das Paket nicht unbedingt hätte verkaufen müssen. Es sei ein Angebot für die Genossenschaften auf rein kommerzieller Basis gewesen und habe bereits zu „einem umfangreichen Geschäftsverkehr der Preußenkasse mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften“ geführt⁶⁴.

Schon im Geschäftsbericht der Preußenkasse für 1928 hieß es: „Die an den gemeinsam mit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt vorgenommenen Erwerb der Getreide-industrie- und Commissions AG geknüpften Erwartungen haben sich, soweit die Kürze der Zeit eine Beurteilung gestattet, erfüllt. Der in diesen Jahren unternommene Versuch, die Aufgabe der genossenschaftlichen Erntefinanzierung dem Scheuerkonzern zuzuweisen und die Bewegung der Ernte ohne die bürokratischen Formen der bisherigen Erntelombardaktionen in die Bahnen geschäftsmäßig kaufmännischer Umsatztätigkeit zu leiten, hat zu einem guten Anfangserfolg geführt.“ Ein Jahr später hatte sich die Geschäftstätigkeit weiter ausgedehnt, und „die genossenschaftliche Erntefinanzierung [konnte] in verstärktem Umfange durchgeführt“ werden⁶⁵. Der Scheuerkonzern hat auch „auf Ersuchen und mit Hilfe der Reichsregierung sehr beträchtliche Getreideeinkäufe teils in Europa, teils in Amerika vorgenommen“ und sollte nun auch auf Kleppers Initiative hin bei der Zusammenarbeit mit den Franzosen eingeschaltet werden⁶⁶.

Diesmal kam der Protest weniger von den Landwirten als von den „Handels- und Mühlenvereinigungen, Industrieverbänden und Handelskammern“, man befürchtete eine „Schädigung des freien Handels [...] und verstieg sich schließlich zu der spekulativen Vermutung, die Preußenkasse selbst strebe im Interesse der Genossenschaften ein Getreidemonopol an“⁶⁷. Klepper sah seine Aufgabe lediglich darin, seinen Einfluß darauf zu beschränken, „den Genossenschaften diejenigen Chancen anzubieten, die ihm geboten erschienen, deren Wahrnehmung aber ihrem freien Ermessen überlassen blieb“. Andererseits versuchte er, seinen „vollen Einfluß gegen politische und andere Vorurteile unsachlicher Art, die dagegen vorgebracht wurden“⁶⁸, einzusetzen. Er konterte: „Es ist nicht wahr, daß die Roggenstützung etwas mit Politik zu tun hat; denn wenn das Politik ist, Roggen teuer einzukaufen, ihn rot anzustreichen und billig zu verkaufen, dann verstehe ich nichts von Politik.“⁶⁹ In diesem Falle war es die traditionell privatwirtschaftsfeindliche Grundhaltung der Genossenschaften, die einen antisemitischen Hintergrund hatte, denn der Konzern hatte auch nach der Übernahme durch den Staat seine überwie-

⁶³ Klepper vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Nachprüfung der Roggenstützungsaktion der Reichsregierung, DGBkA, ND-P.Z., 7. Jg., Nr. 35, 11. 2. 1931, Bl. 5. Vgl. Faust, Geschichte, S. 571 und Zentralbank, S. 46.

⁶⁴ DGBkA, ND-P.Z., 7. Jg., Nr. 35, 11. 2. 1931, Bl. 5 ff.

⁶⁵ DGBkA, Geschäftsbericht der Preußenkasse für 1928, S. 4 und 1929, S. 4.

⁶⁶ GSTAM, VNL-K, Nr. 157, Bl. 105 f.: Protokoll der 5. Konferenz zwischen den Vertretern der Caisse Nationale de Crédit Agricole (CNCA) und der P.Z. am 19. 11. 1931 in Paris. Vgl. auch Protokoll der „Audienz des Herrn Klepper bei Herrn Präsidenten Tardieu, Landwirtschaftsminister, am 31. 10. 1931“, ebenda, Bl. 10 ff., 14 (im übrigen s.u.).

⁶⁷ Faust, Geschichte, S. 572.

⁶⁸ Engelmann, S. 30.

⁶⁹ Dieser Satz wurde als der seine in der erwähnten Festzeitung zitiert, VNL-K, Nr. 174.

gend jüdische Leitung beibehalten. „Die Art, in der sich Klepper über diese Anfeindungen hinwegsetzte, führte dazu, daß kaum jemand es mehr wagte, sie offen in die Debatte zu werfen. Sie wirkten sich zwar bis zu einem gewissen Grade längere Zeit verborgen aus, traten auch immer einmal wieder in der Presse in Erscheinung, bewiesen aber durch ihre Beschränkung auf Nebenwege des Widerstandes die Autorität und das Zutrauen in die Sachlichkeit seiner Genossenschaftspolitik, die Klepper sich durch die ersten Jahre seiner Amtsführung bei der Mehrzahl seiner maßgebenden Kontrahenten erworben hatte.“⁷⁰

Das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung

Auch bei der Preußenkasse wurde nun ein „System landwirtschaftlicher Prüfungs- und Beratungsstellen [errichtet], mit dem Klepper die Methoden einer individuellen, auf fachlichen Grundlagen beruhenden Bemessung des Kreditbedarfes und entsprechender Kontrolle der Kreditverwendung [...] auf die weitere Ebene des gesamten genossenschaftlich organisierten Agrarkredites übertrug“⁷¹. Diese Art der Kreditvergabe war neu, „bisher wurden landwirtschaftliche Kredite nur unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, nicht aber unter dem der rationellen Verwendung ausgegeben“⁷². Sowohl Landwirte wie Genossenschaften empfanden „diese Betriebskontrolle als Nichtachtung der genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Versteht man es aber, den Dingen auf den Grund zu gehen, so handelt es sich nur um den Gegensatz zwischen Traditionalismus und Rationalismus.“ Für fortschrittlich denkende Leute war die Hoffnung, „daß der Gedanke der Rationalisierung (im weitesten Sinne), der von der Preußenkasse bewußt bis zu den entlegensten Einzelgenossenschaften, ja bis zum einzelnen Landwirtschaftsbetrieb getragen wird, schon soviel Früchte gezeitigt hat, daß die traditionalistische Orientierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer mehr verstandesmäßigen Einstellung“ weichen wird⁷³, eine Hoffnung, die sich nur sehr langsam erfüllen sollte.

Da Klepper schon in der Zeit als Domänenbankpräsident eng mit der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin zusammengearbeitet hatte, lag es nahe, diese Zusammenarbeit zu institutionalisieren. So gründete Klepper 1929 zusammen mit Karl Brandt, der inzwischen Professor auf dem neu errichteten Lehrstuhl für landwirtschaftliche Marktforschung geworden war, das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, das zwei Beratungsblätter, *Bauer und Markt* und *Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung*, herausgab, die sich aus Abonentengebühren und Inseraten selbst finanzierten. Von der Preußenkasse wurden neun wissenschaftliche und 23 technische Hilfskräfte, die von ihr nach den allgemein geltenden Besoldungsrichtlinien bezahlt wurden, für die Durchführung der Beratertätigkeit zur Verfügung gestellt. Außerdem bezahlte die Preußenkasse

⁷⁰ Engelmann, S. 30 f.

⁷¹ Ebenda, S. 15.

⁷² Kämpfer, S. 330.

⁷³ Ebenda, S. 332.

die Kosten des erforderlichen Sachaufwandes von 25 000 RM jährlich, Beträge, welche die Hochschule nicht hätte aufbringen können⁷⁴.

Hier ist ein seltener Glücksfall eingetreten und eine enge, sich gegenseitig befruchtende Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik gelungen. Wie eng sie war, zeigt sich unter anderem daran, daß die Wissenschaftler neben ihrer wissenschaftlichen Forschungstätigkeit für die Preußenkasse arbeiteten⁷⁵ und umgekehrt die Mitarbeiter der Preußenkasse wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichten⁷⁶ oder, wie Klepper, publizistisch tätig waren. Doch gerade diese Verbindung von Wissenschaft und praktischer Umsetzung, die obendrein auch noch auf einem von so kontroversen Interessen beherrschten Gebiet wie dem Agrarsektor praktiziert wurde, führte zu unerträglichen Hetzkampagnen, so daß Professor Karl Brandt, der Direktor des Instituts, sich schließlich beim Senat über den Redakteur der *Landwirtschaftlichen Wochenschau*, Melzer, beschweren mußte, weil dieser „seit dem Tage der Errichtung des Instituts im Jahre 1929 ununterbrochen, meist in wöchentlichem Turnus, und fast stets in verleumderischer Weise gegen mein Institut agitiert“. Dabei wurden Bestechungsvorwürfe, die bis in die Millionen gingen, gemacht⁷⁷. „Bereits 1932 wurde gegen das Institut, seinen leitenden Direktor, Professor Dr. Karl Brandt, und die mit diesem arbeitenden Wissenschaftler von nationalsozialistischer Seite Sturm gelaufen. Sofort nach der Machtübernahme 1933 wurde Professor Brandt seines Amtes enthoben und das Institut durch den neu ernannten preußischen Kultusminister Bernhard Rust aufgelöst. Die Auflösung dieses mit viel Mühe aufgebauten und zur vollen Leistung gebrachten Institutes hatte einen ausgesprochen politischen Charakter.“⁷⁸

Was der Bericht des Untersuchungsausschusses über „die unter Präsident Klepper im Jahre 1928 ins Werk gesetzte Liquidation der Raiffeisenbank“ aussagte, galt für die gesamte finanzielle Sanierung und Umstrukturierung der Preußenkasse, sie war notwendige „Voraussetzung für die Rationalisierung des Genossenschaftswesens“⁷⁹. Auch für Klepper selbst war „mit dem Liquidationsbeschluß der Raiffeisenbank [...] die Bahn für den neuen Reichsverband der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften-Raiffeisen-E.V. frei geworden“⁸⁰.

⁷⁴ AdHU, Akte Brandt, Bl. 31 f., 56. Geschäftsbericht von 1929 der P.Z.; auch in den Geschäftsberichten für 1930 und 1931 wird das Institut positiv erwähnt. Hans Wilbrandt, stellvertretender Institutsleiter, bezeichnet in Briefen vom 4. und 14. 4. 1954 an Klepper diesen ausdrücklich als Gründer des Instituts und spricht von dem Klepper-Brandt-Kurs, den auch er vertrat. Wilbrandt wurde zum 30. 6. 1933 gekündigt. Klepper bestätigt die Ausführungen Wilbrandts vom 15. 4. 1954 offiziell für ein Wiedergutmachungsverfahren (KNL).

⁷⁵ Vgl. Beckmann u. a. (Hrsg.), Deutsche Agrarpolitik, Bd. II: Brandt, S. 32 ff. und Baade, S. 285 ff. Beide gehen auf die aktuellen Probleme der deutschen Landwirtschaft vor dem Hintergrund der Weltwirtschaft und die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Marktforschung ein.

⁷⁶ Ebenda Bd. I: Friedrich Ackermann, Direktor bei der P.Z., S. 379 ff.

⁷⁷ AdHU, Akte Brandt, S. 31 ff. Brandt bittet in seinem Bericht an den Senat, „diejenigen Schritte zu ergreifen, die geeignet erscheinen, um der gewissenlosen Hetze entgegenzutreten“. Vgl. Faust, Geschichte, S. 568.

⁷⁸ Bericht von Wilbrandt für das Wiedergutmachungsverfahren nach 1945, Briefe vom 4. und 14./15. 4. 1954, K/Kor.

⁷⁹ Drucksache des PrLT, Nr. 4778.

⁸⁰ Klepper in Exposé I zur Personalfrage des Einheitsverbandes, GSTAM, VNL-K, Nr. 182, Bl. 94 ff. Vgl. auch Exposé II „Die Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“ (Nr. 181, Bl. 37 ff.).

Die Rationalisierung des Genossenschaftswesens

Die Reform des Genossenschaftswesens durchzusetzen war ein schwieriger Prozeß, der viel Geduld auf beiden Seiten erforderte, wobei das Gegenüber von staatlicher Institution und Genossenschaften keineswegs den Hauptkonfliktstoff barg, viel konfliktreicher waren die Beziehungen innerhalb des Genossenschaftswesens. Dort trafen die unterschiedlichsten Interessen aufeinander: Es gab 36 339 landwirtschaftliche Genossenschaften mit rund 4 Millionen Mitgliedern, die vereinigt werden sollten. Faust zählt sie alle auf, von den 20 592 Spar- und Darlehenskassenvereinen über 4 338 Molkereigenossenschaften bis hin zu 42 Bienenzucht- und Honigverwertungsgenossenschaften. Oft waren in einem kleinen Dorf gleich mehrere Genossenschaften vertreten⁸¹. Zu der Vereinszersplitterung kamen die unterschiedlichsten traditionellen, politischen, konfessionellen und Standesbindungen, ganz zu schweigen von den regionalen Unterschieden: Konkurrenz zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, Konkurrenz zwischen Großgrundbesitzern, Kleinbauern und Siedlern und dazu die schon oft zitierte Konkurrenz zwischen dem Reich und Preußen, wie es sich an folgendem Vorgang besonders deutlich zeigt⁸².

Im Frühjahr 1928 beschloß die Reichsregierung ein landwirtschaftliches Notprogramm, zu dem auch 25 Millionen RM zur Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gehörten. Laut Topf „ein gescheit angelegter Gegenzug“ des Reichslandwirtschaftsministers Martin Schiele „gegen das ‚sozialistische‘ Regime Kleppers“. Damit „sollte der neuen Leitung der Preußenkasse ein geschlossenes und nach der Sanierung wieder voll leistungsfähiges Genossenschaftswesen entgegengestellt werden“⁸³. Sollte das tatsächlich Schieles Absicht gewesen sein, so wäre diese Vorgehensweise völlig unrealistisch gewesen, denn erstens mußten die Gelder von irgendeinem Geldinstitut verwaltet und zweitens mußte die Sanierung durchgeführt werden. Keiner der beiden führenden Verbände, weder der Raiffeisen- noch der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (RV), war ohne weiteres geneigt, seine jeweils führende Rolle aufzugeben, von den oben bereits angedeuteten Schwierigkeiten ganz zu schweigen. „Es war bekannt, daß der preußische Staat (überwiegend auf Kleppers Anregung) sich bemühte, diese Mittel durch die Preußenkasse vergeben zu lassen.“⁸⁴ Mit der Überweisung der Gelder an die Preußenkasse war Klepper die „Führungsrolle schon deshalb zugefallen, weil letztlich er es war, der über die von den Genossenschaften so dringend benötigten Sanierungsmittel verfügte“⁸⁵.

Es wurden „Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“ mit der Preußenkasse zusammen ausgearbeitet, die genau festlegten, welche Rationalisierungsmaßnahmen finanziell unterstützt und wie sie anteilmäßig verteilt werden sollten. Die Verfügung über die Mittel und deren Anlage bis zu ihrem Einsatz lag beim Direktorium der Preußenkasse; die Bewilligung der Mittel bedurfte der Zustimmung des Reichslandwirtschaftsministers⁸⁶. Klep-

⁸¹ Faust, Geschichte, S. 420.

⁸² Vgl. Klepper, Exposé I, Bl. 94.

⁸³ Topf, S. 100.

⁸⁴ Engelmann, S. 18.

⁸⁵ Faust, Geschichte, S. 418.

⁸⁶ GSTAM, VNL-K, Nr. 181, Bl. 150f.

per sah durch den Reichsfonds „nicht mehr als eine Chance gegeben. An den Genossenschaften liegt es, sie zu nutzen.“⁸⁷

Im Grunde fiel der Preußenkasse als der Vertreterin des Staates eher eine helfende und vermittelnde Funktion zu, nämlich die Rolle desjenigen, der das mit alten Privilegien und eingefahrenen Vorurteilen durchsetzte, tatsächlich in ein organisatorisches Chaos geratene Genossenschaftswesen zu sanieren hatte, um, ganz im Sinne Miquels, „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu ermöglichen und eine effizientere Agrarpolitik in die Wege zu leiten. Daß die Genossenschaften sich schwertaten und nur ungern von ihren jeweiligen Privilegien etwas abgaben, war für Klepper verständlich und veranlaßte ihn, sich im Juli 1929, als sich bereits eine positive Zusammenarbeit mit den Genossenschaften abzeichnete, in einem Artikel in der *Frankfurter Zeitung* prinzipiell zu dem Verhältnis zwischen Genossenschaften und Preußenkasse zu äußern: „Die Preußenkasse ist ein Zweckinstitut; sie darf daher ihre Aufgabe als genossenschaftliche Zentralkreditanstalt ohne Rücksicht darauf erfüllen, wer ihr Hauptanteilseigner ist. Es ist selbstverständlich, daß ein finanzieller Sanierungs- und Rationalisierungsprozeß von der Geldgeberseite stark mitbestimmt werden muß; es bestand für die Preußenkasse kein Anlaß, sich dieser Aufgabe deshalb zu entziehen, weil die Genossenschaften nicht im Besitz der Kapitalmehrheit sind. Andererseits ist die Natur des Genossenschaftswesens als eines zur Selbstverwaltung bestimmten Organismus so selbstverständlich, daß es nicht erforderlich erscheint, sie von seiten der Preußenkasse theoretisch zu fundieren. Praktisch aber werden alle Rationalisierungs- und Sanierungsmaßnahmen, die die Preußenkasse in den letzten 1½ Jahren durchgeführt hat, darauf hinauslaufen, für alle Beteiligten unerfreuliche Abhängigkeiten, die sich aus allseitigen geschäftlichen Fehldispositionen ergeben haben, zu lösen, also den Weg für die Selbstverwaltung, da wo sie verloren war, neu zu eröffnen.“⁸⁸

Um diese Einstellung schließlich auch unter den Genossenschaftlern zu verbreiten und das Mißtrauen abzubauen, mußte Klepper viele zähe Verhandlungen führen; es forderte einen diplomatischen Balanceakt zwischen „der notwendigen Anwendung von Druckmitteln und der ebenso notwendigen Aufrechterhaltung der Autonomierechte“. Dabei ging Klepper „nicht selten über die Vollmacht hinaus, die sich für ihn aus den Verwendungsrichtlinien für die Gewährung der Zuschüsse ergaben“, womit er seine Bereitschaft zum Risiko bewies. Er übernahm „nicht für die Anstalt allein, sondern in vielen Fällen persönlich durch Aufnahme seiner Entscheidung in die protokollarischen Unterlagen“ die Verantwortung, wozu „ihn sein schneller Blick für das Wesentliche befähigte“⁸⁹.

Die erste offizielle Begegnung mit den Genossenschaftlern fand gleich zu Beginn von Kleppers Amtstätigkeit statt, und zwar als das „Genossenschaftsparlament“ – das ist der Gesamtausschuß der Genossenschaftsverbände, der als beratendes, mit beschränkten Einspruchsrechten ausgestattetes Gremium dem Direktorium der Preußenkasse beigegeben war –, vom Finanzminister zur Vorstellung des neuen Präsidenten einberufen, am 10. Januar 1928 zusammentrat. Engelmann schildert die Zusammenkunft als Augenzeuge: „Klepper, der die Versammlung leitete, erteilte einem Redner nach dem anderen

⁸⁷ Klepper, Exposé II, Bl. 42.

⁸⁸ Klepper in: *Frankfurter Zeitung*, 28. 7. 1929. Vgl. auch Kämpfer und Klepper, Exposé III, Bl. 274 ff.

⁸⁹ Engelmann, S. 24 f. und 28.

das Wort, ohne auf ihre zum Teil sehr heftigen Angriffe, auch auf seine Person als für die Leitung der Preußenkasse unqualifiziert, einzugehen. Als schließlich auf seine höfliche Frage nach weiteren Wortmeldungen Schweigen herrschte, gab er zunächst einem Vertreter des Finanzministers, der selbst nicht anwesend war, das Wort und ließ ihn die sachlichen Gründe des Leitungswechsels im Namen des Ministers vortragen, worauf es einige erregte Zwischenrufe, aber sonst keine stärkere Reaktion gab. Erst danach nahm Klepper das Wort und erklärte sein Verständnis dafür, daß die Genossenschaften den Wechsel in der Leitung der Anstalt, der tatsächlich einen starken Wandel in ihrer Geschäftsgebarung bedeuten würde, „mit einem gewissen Unbehagen“ ansähen. Er glaube aber, daß es alsbald gelingen werde, die Genossenschaften davon zu überzeugen, daß ein Kurswechsel in ihrem eigenen Interesse läge.“⁹⁰ Klepper skizzierte dann kurz die Lage, ohne auf die vorher geäußerten Klagen und Angriffe einzugehen, wobei „er einen solchen Niveauabstand von den vorangegangenen Rednern erreichte, daß nach Beendigung seiner Ausführungen zuerst Schweigen herrschte, und schließlich nur wenige, gemäßigte Gegenäußerungen laut wurden“⁹¹. Offensichtlich war ihm die Wiederherstellung einer sachlichen Basis gelungen.

Engelmanns Darstellung mag idealisierend klingen, wenn man sie mit Topfs bissigen Bemerkungen über Kleppers raffinierten Verhandlungsstil vergleicht. Er nennt Klepper einen „außerordentliche[n] Debatter und Verhandlungstaktiker, der den starken Gegner mit Liebenswürdigkeit einwickelt, mit großen Gesten blufft, aber mit höhnischer Arroganz, mit oft unbeherrschtem Spott den schwachen Gegner niederboxt. Die Hugenotten-Ahnen, mit deren Erbschaft er gern kokettiert, glaubt man ihm aufs Wort. Nichts ist gradlinig und einfach, immer wird mit ‚Dessins‘, mit ‚eleganten Lösungen‘ gearbeitet. Auf eine unbequeme Fragestellung einzugehen – wie töricht! Nur nicht das beantworten, was der Gegner wissen will! (Diese Taktik ist ungewöhnlich erfolgreich gewesen.) Vor allem gilt es, den ‚sozialen Dreh‘ zu finden, die Geste des wahrhaft modernen Menschen mit sozialem Gewissen – das ist heute der Schlüssel zu vielen Pforten.“⁹² Engelmann begründet seine Einschätzung, die im übrigen durch die Verhandlungsprotokolle, den Schriftverkehr und die Gesprächsnotizen im Nachlaß Klepper bestätigt wird⁹³, indem er sagt, Klepper habe darunter gelitten, „wenn ihm Wesenszüge unterstellt wurden, die ihm von Grund aus fremd waren. Er war liberal und tolerant, wo er auf grundsätzliches Verständnis stieß. Dort aber, wo Unerheblichkeiten oder leere Vorwände gegen ihn und sein Programm vorgebracht wurden, versteifte sich sein Überlegenheitsbewußtsein.“⁹⁴

⁹⁰ Engelmann, S. 17.

⁹¹ Die ländlichen und gewerblichen Genossenschaftsverbände gaben am 20. 1. 1928 eine programmatische Erklärung zu den Umgestaltungsplänen der Preußenkasse ab, „in der sie neben der unbedingten Wahrung der politischen Neutralität die Vermeidung jeder nichtwirtschaftlichen und nichtgenossenschaftlichen Einwirkung auf die Kreditpolitik der Preußenkasse“ forderten, sowie die Verbreiterung der finanziellen Grundlage der P.Z. „durch Beteiligung von Reich, Ländern und anderen für das Genossenschaftswesen in Betracht kommenden Körperschaften“. Einen Monat später erließ der Deutsche Landwirtschaftsrat eine ähnliche Erklärung, Nottagung des deutschen Landwirtschaftsrats am 23. 2. 1928 (zitiert bei Krebs, S. 573).

⁹² Topf, S. 90.

⁹³ GSTAM, VNL-K, Nr. 181 f., 184.

⁹⁴ Engelmann, S. 5, weist in dem Zusammenhang auch auf die doch recht ungewöhnliche Karriere Kleppers „außerhalb des üblichen professionellen Weges“ und ohne den Anschluß an eine Partei hin.

Eines wird deutlich: Klepper setzte, wenn er von einer Sache überzeugt war, alle Mittel ein, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn sich seine Verhandlungspartner nicht von der Notwendigkeit der Sache überzeugen lassen wollten, versuchte er sie zu überreden oder auch unter Druck zu setzen, aber im Mittelpunkt stand für ihn das Ziel, nicht persönlicher Machtgewinn. Einer seiner Verhandlungspartner, Magnus Freiherr v. Braun, der als Landwirt und Raiffeisenvertreter an den Verhandlungen zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens beteiligt war, beschreibt die vorherrschende Verhandlungstaktik so: „Unsere häufigen Aussprachen wurden von der Weisheit des weisensten aller Philosophen geleitet, von Wilhelm Busch: Da lob ich mir die Höflichkeit, das zierliche Betrügen. Du weißt Bescheid, ich weiß Bescheid und allen macht's Vergnügen.“ Braun nennt Klepper in diesem Zusammenhang einen „gelehrige[n] Schüler Niccolò Machiavellis [...], der nicht über Zwirnsfäden stolperte“⁹⁵. Faust benutzt nur das Machiavelli-Zitat, um Klepper als den Machtmenschen zu charakterisieren, und trägt damit entscheidend zu dem überlieferten Bild Kleppers bei⁹⁶.

„Das eigentliche Problem der Genossenschaftsrationalisierung“ lag für Klepper in dem „Nebeneinander, Gegeneinander, Ineinander von Reichsverband und Raiffeisenverband“. Alle „Ansätze zur Abgrenzung der Arbeitsgebiete, zur Flurbereinigung, haben sich gegenüber fehlgeleitetem Expansionsdrang und persönlichen Rivalitäten der Genossenschaftsbürokratien nicht fortentwickeln“ können. Der RV sei dezentralisiert, der Raiffeisenverband dagegen zentralisiert aufgebaut, „ein Kompromiß zwischen beiden Formen [sei aber] nicht möglich“, es gehe nur das eine oder das andere, wobei „theoretische und praktische Gründe [...] für Dezentralisierung“ sprächen⁹⁷. Nach der Auflösung der Raiffeisenbank war der Raiffeisenverband grundsätzlich „zur Fusion mit dem Reichsverband bereit“⁹⁸.

Wie aus den verschiedenen Sitzungsprotokollen hervorgeht, hat Klepper mit allen Organisationen einzeln verhandelt und überall auszugleichen versucht. So ließ er sich von Otto Gennes, dem Vorstandsmitglied des RV, überreden, Teilverhandlungen mit dem äußerst schwierigen Reichslandbund (RLB)⁹⁹ zuzulassen, nach dem Motto: der „kleine Teilerfolg sei gut für's Ganze“. Der Reichslandbund war durch seine Vertreter Eberhard Graf v. Kalckreuth und Skriebe an den RV herantreten, weil er an den Geldern des Reichsfonds beteiligt werden wollte. Der Reichslandbund unterhielt ursprünglich einen eigenen Genossenschaftsverband, eine Zentralkasse und Immobilienbesitz, was inzwischen alles liquidationsreif geworden war. Nun glaubte er wohl, wie Klepper vermutete, „seine Mitglieder auch genossenschaftlich erfassen zu sollen“, um „durch die wirtschaftliche Kraft dieser Unternehmung den wirtschaftspolitischen Einfluß zu stärken und die Finanzierung der politischen Bestrebungen zu erleichtern“. Doch, so meinte Klepper, hätten sich diese Hoffnungen bekanntlich, „vorsichtig ausgedrückt, nicht erfüllt. Die Verquickung von Politik und Geschäft hat zusammen mit dem Mangel an ge-

⁹⁵ Freiherr v. Braun, S. 188. Er war Vertreter von Hohenegg und Hermes im Einheitsverbands-Präsidium für Raiffeisen. Vgl. Topf, S. 101.

⁹⁶ Faust, Geschichte, S. 573.

⁹⁷ Klepper, Exposé II, Bl. 38 f.

⁹⁸ VNL-K, Nr. 181, Bl. 144, Niederschrift über die 115. Sitzung des Verwaltungsrats des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften am 23. 11. 1928.

⁹⁹ Zur Vorgeschichte des Reichslandbundes, der sich am 1. 1. 1921 aus dem Bund der Landwirte und dem Deutschen Landbund konstituiert hatte, vgl. Puhle, Interessenpolitik, S. 37 ff., 305.

nossenschaftlicher Erfahrung“ keine Erfolge bringen können¹⁰⁰. Klepper zeigte sich zunächst „nicht bereit, für eine solche Teilaktion die Hilfe der P.Z. in Aussicht zu stellen“, und zwar, weil er der Ansicht war, „daß die Vereinheitlichung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen auf der ganzen Linie gleichmäßig erfolgen müsse“¹⁰¹, aber schließlich hat er sich unter „gewissen Voraussetzungen zu einer wesentlichen Hilfeleistung bereit“ erklärt. Im Mai 1928 einigte sich der RV mit ihm auf einen Maßnahmenkatalog für den Anschluß des RLB an die Organisation des RV: „1) Liquidation des Genossenschaftsverbandes des Reichslandbundes e.V. und seiner Teilverbände, 2) Liquidation der genossenschaftlichen Zentralkasse des RLB e.g.m.b.h., 3) Liquidation der RLB-Ein- und -Verkauf-Aktiengesellschaft.“¹⁰²

Indem Klepper die teilweise erschütterte Autorität der genossenschaftlichen Hauptverbände wiederherzustellen versuchte, schuf er zwar die Voraussetzungen, daß diese das Einigungswerk bis nach unten fortsetzen konnten, handelte sich aber gleichzeitig den Widerstand regionaler Bauernführer ein, die nicht nur Anspruch auf die Besetzung der Führungspositionen anmeldeten, sondern häufig gegen eine zu straffe Zentralisierung waren, weil sie fürchteten, daß diese zur „Verpreußung und zur Verblödung“ führen müsse“, wie es der Führer der bayrischen Bauernvereine, Georg Heim, ausdrückte¹⁰³.

Klepper drängte auf eine allgemeine Vereinigung und versuchte, die Frage nach der Präsidentschaft insofern etwas zu versachlichen, als er allgemeine Kriterien für einen solchen Präsidenten aufstellte: Dieser „sollte zunächst möglichst in der Auseinandersetzung zwischen dem alten RV und Raiffeisen keine Rolle gespielt haben, [...] sollte für beide Gruppen ein Außenseiter sein“ und müsse „mit den Problemen der modernen Agrarpolitik auf möglichst solider Grundlage vertraut sein“, sowie selbstverständlich „abseits jener hemmungslosen Agitation der Verantwortungslosen stehen, die in der deutschen Landwirtschaft soviel Unheil anrichten“, aber dennoch solle er „Führung mit der gesamten Öffentlichkeit und jene Repräsentationsfähigkeit haben, ohne die nun einmal die Leitung eines derartigen Genossenschaftsverbandes undenkbar“ sei. Zu der in der Öffentlichkeit erhobenen Forderung, der neue Präsident dürfe kein Parteipolitiker sein, meinte Klepper etwas hintergründig, daß wahrscheinlich nur ein kluger und erfahrener Parteipolitiker in der Lage sein werde, die „politische Abstinenz“ zu üben, die meist nur gefordert, aber kaum eingehalten werde¹⁰⁴.

Nach diesen längeren Ausführungen durfte man neugierig sein, wen er nun vorschlagen würde: Es war Andreas Hermes. Obwohl Klepper offensichtliche Einschränkungen machte und zugab, daß Hermes in seinen früheren Ämtern „nicht immer die Erwartungen erfüllt“ habe¹⁰⁵, setzte Klepper sich für Hermes ein, weil er ihn für einen „energi-

¹⁰⁰ Klepper, Exposé II, Bl. 37 f.

¹⁰¹ VNL-K, Nr. 181, Bl. 73 f., Vertrauliches Schreiben von Gennes an die Mitglieder des Verwaltungsrates des Reichsverbandes vom 18. 5. 1928.

¹⁰² Ebenda, Bl. 96 ff. und eine genaue Kostenaufstellung.

¹⁰³ Faust, Geschichte, S. 418.

¹⁰⁴ Klepper, Exposé I, S. 94 ff.

¹⁰⁵ Hermes war Finanzminister in der „Hochinflation“, als Unterhändler mit Polen ein „typischer Vertreter der agrarischen Hochschutzzollpolitik“. „Erst als Mitte 1929 auch die Zentrumsminister im Kabinett auf Stresemanns Vorhaltungen hin nicht länger leugnen konnten, daß die politischen Methoden ihres Parteikollegen Hermes indiskutabel seien, mußte er gehen, nachdem er die Verhandlungen mit Warschau (über ein Liquidationsabkommen) durch anderthalb Jahre

schen, zielbewußten und eminent fleißigen Mann“ hielt, der zu klug sei, „die Sterne vom Himmel herab fordern“ zu wollen, aber erfahren und gewandt genug, um den „Routiniers der Demagogie, die bisher im Reichslandbund das Wort geführt haben, ein Gegengewicht“ bieten zu können¹⁰⁶. Möglicherweise setzte Klepper sich auch aus taktischen Gründen für ihn ein, weil dieser die nicht im RV organisierte Bauernschaft hinter sich hatte und damit ein gewisses Gegengewicht zum RV bildete. Klepper scheint, nachdem sein erster Vorschlag: der Münchner Landesökonomierat Ludwig Hohenegg, auf wenig Gegenliebe gestoßen war¹⁰⁷, mit Hermes verhandelt zu haben. Jedenfalls haben beide brieflich Gedanken zur bestmöglichen Sanierung des Genossenschaftswesens und diese betreffende Informationen ausgetauscht¹⁰⁸.

Am 25. Oktober 1928 hatte das Thema „Rationalisierung der Genossenschaften“ zum ersten Mal auf der Tagesordnung des großen Ausschusses der Preußenkasse gestanden. Damals war das Ergebnis, kurz zusammengefaßt, folgendes: Die Lage der Landwirtschaft sei je nach Gebiet unterschiedlich, vor allem einzelne Gebiete im Osten seien krisenhaft, auch die Genossenschaften seien vor allem in bestimmten Gegenden besonders notleidend, sie zu sanieren, sei mit großem Risiko verbunden, die 25 Millionen RM des Reiches reichten nicht aus, daher müsse neben die Stützung durch die Preußenkasse die Rentenbank-Kreditanstalt treten, und schließlich sei die Einheit der Genossenschaften nur freiwillig sinnvoll¹⁰⁹.

Im Laufe des Herbstes und Winters hatten Raiffeisenverband und Preußenkasse eine Gesamtverständigung erzielt, so daß für Klepper nun der „Zeitpunkt“ für „Verhandlungen über den Zusammenschluß des gesamten ländlichen Genossenschaftswesens“ gekommen schien. In letzten Gesprächen stellte er dem Reichsverband Ende Januar 1929 zwei Möglichkeiten vor, um „die genossenschaftliche Gesamtvereinigung zu erreichen“: Die eine Möglichkeit sei die Auflösung der vorhandenen Spitzenverbände und die Gründung eines einzigen neuen Spitzenverbandes oder der Zusammenschluß der Spitzenorganisationen zu einem Dachverband, um dann allmählich „aus ihm einen Einheitsverband erwachsen zu lassen“. Der RV erklärte dazu, man habe mit einer so losen Vereinigung wie einem Dachverband schon „bei dem Zusammenschluß mit Raiffeisen in den Jahren 1905–1913 schlechte Erfahrungen gemacht und infolgedessen keine Neigung, dieses Experiment zu wiederholen“. Andererseits könne sich der RV noch zu keiner Stellungnahme entschließen, bevor er nicht selbst mit dem Generalverband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften verhandelt habe. Außerdem gäbe es noch das ungelö-

hindurch [...] planmäßig verschleppt hatte. Nicht weniger als dreimal hatte innerhalb dieses Zeitraums das Auswärtige Amt intervenieren müssen, um in Warschau zu retten, was durch Hermes' Schuld verdorben worden war“ (Topf, S. 112, S. 46 ff.). Vgl. dazu Fiederlein, S. 40 f. und Ehni, S. 201: Die „Grüne Front“, die im Februar 1929 von Hermes und Anton Fehr (für die Bauernschaft), v. Schiele (für den Landbund) und Ernst Brandes (für den Deutschen Landwirtschaftsrat) gegründet worden war, setzte sich im November 1930 für Unterstützungs- und Zollmaßnahmen für den Osten ein. Puhle bezeichnet die „Grüne Front“ bereits als „das Vorspiel zur freiwilligen Gleichschaltung“ (Interessenpolitik, S. 306). Faust, Geschichte, S. 418.

¹⁰⁶ Klepper, Exposé I, Bl. 94 ff.

¹⁰⁷ Faust, Geschichte, S. 418.

¹⁰⁸ KASt, NL-Hermes, I-090-003, AII(3c): Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

¹⁰⁹ Ebenda.

ste Problem des Präsidentenpostens, den Klepper keinesfalls dem RV allein überlassen wollte¹¹⁰.

Am 9. Februar 1929 erklärte sich der RV trotzdem mit beschleunigten Verhandlungen einverstanden, und obwohl die Situation beim RLB noch unklar war, denn bisher hatte nur von Kalckreuth für seine Person zugesagt, konnten die offiziellen Verhandlungen zwischen der Preußenkasse und den Genossenschaftsverbänden endlich am 22. Februar 1929 beginnen¹¹¹. Schon im Juli desselben Jahres „glaubte Klepper“, wie Topf berichtet, „den Reichsverband hinreichend mürbe gemacht zu haben, [denn] an einem der heißesten Julitage des heißesten Sommers 1929 kam in Frankfurt am Main, unter Assistenz der Adepten aus den genossenschaftlichen ‚Splitterverbänden‘, endlich der Kompromiß über den entscheidenden Punkt, die Postenverteilung im Einheitsverband, zustande“. Es kam zum sogenannten „Frankfurter Frieden“ oder „Frankfurter Genossenschaftspakt“, der die grundsätzliche Entscheidung zur Vereinigung besiegelte¹¹².

Zwischen Februar und Juli 1929 hatten allerdings noch einmal harte Kämpfe stattgefunden, wobei die Hauptschwierigkeiten offensichtlich vom RV ausgingen. Dieser hatte wohl nicht nur am meisten um sein Prestige zu fürchten, sondern konnte sich auch schmeicheln, beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein offenes Ohr zu finden, ging es doch auch hier um die Eindämmung des preußischen Einflusses, der in der Person Kleppers bei den Einheitsverhandlungen besonders spürbar wurde. Die im Lagebericht des RV versteckte Kritik richtete sich gegen einzelne Vorkommnisse in einzelnen Regionen, lief aber im Grunde auf die Klage hinaus, daß Klepper den Reichsverband nicht bevorzugt, sondern so wie alle anderen behandelt hatte. Klepper ging in einer Gegendarstellung vom 25. Mai 1929 auf alle einzelnen Punkte ein, woraus sich ein Bild der Schwierigkeiten bei den Verhandlungen ergibt. Er mahnte zur Eile, „jeder Aufschub abschlußreifer Verhandlungen würde vermeidbare Verluste für das Genossenschaftswesen bedingen“, und entlarve „die Stockung, die in den Verhandlungen über den Einheitsverband eingetreten“ sei, als Folge von „Prestigefragen, die der Reichsverband aufgeworfen“ habe¹¹³.

Wenn auch die erste Einigung vollzogen wurde, bedurfte es noch langwieriger Verhandlungen, bis es nur noch „einen Reichsverband an der Spitze, einen Landes- oder Provinzialverband auf der Landes- oder Provinzebene und nur eine Genossenschaft gleicher Art auf dem Dorf“ gab¹¹⁴ und bis ein Rationalisierungsfonds geschaffen worden

¹¹⁰ GSTAM, VNL-K, Nr. 182, Bl. 3 ff., Verhandlungen zwischen RV und P.Z. am 25. 1. 1929.

¹¹¹ Ebenda, Bl. 3 ff. und 23: „Verhandlungen über den Zusammenschluß des gesamten ländlichen Genossenschaftswesens“, beteiligt waren: Aus Berlin: Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (RV), Generalverband der Deutschen Raiffeisen Genossenschaften, Verband Deutscher Bauernorganisationen, Genossenschaftsverband der Deutschen Bauernschaft, sowie aus Koblenz: der Mittelrheinische Genossenschaftsverein und der Genossenschaftsverband des Reichslandbundes. Am 4. 4. 1929 schlug der RV vor, daß er den ersten Präsidenten stellen wolle, und zwar Freiherrn Klemens v. Loe vor und als 2. Stellvertreter Hohenegg. Er wolle 8 von den 12 Sitzen des Verwaltungsrates besetzen und legte eine Entschließung über die Art der Rationalisierung vor. Klepper äußerte sich nicht zu den Forderungen, versprach, sie nur weiterzugeben an die offizielle Verhandlungsrunde (Bl. 131 ff.). Vgl. Faust, Zentralbank, S. 45.

¹¹² Topf, S. 108. Faust, Zentralbank, S. 45 und Geschichte, S. 419 f. Meulenbergh, S. 179.

¹¹³ „Überblick über den Stand der Rationalisierung im deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen“, als Abschrift in: VNL-K, Nr. 182.

¹¹⁴ Meulenbergh, S. 179.

war, um die Folgen von zusammengebrochenen Genossenschaften für einzelne Genossenschaftler zu verhindern oder zu mildern¹¹⁵. Dafür gewährte die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt den gleichen Betrag wie die von der Reichsregierung für die Rationalisierung des Genossenschaftswesens zur Verfügung gestellten 25 Millionen RM, und schließlich erklärte sich die Preußenkasse bereit, „den Teil der Verluste zu tragen, der das Eigenkapital der zu sanierenden genossenschaftlichen Institute überschritt“¹¹⁶.

Der neue, am 13. Februar 1930 in Berlin aus der Taufe gehobene Verband hatte einen etwas umständlichen Namen, worin der Kompromißcharakter der Vereinigung deutlich zum Ausdruck kam, nämlich „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften-Raiffeisen e.V.“. Der Verband wurde von zwei gleichberechtigten Präsidenten: Landesökonomierat Ludwig Hohenegg und Reichsminister a.D. Andreas Hermes geführt, die sich in einer Besprechung am 27. Januar 1930 beide rückhaltlos für die Vereinigung, eine enge Zusammenarbeit und die Teilung der Kompetenzen unter sich ausgesprochen hatten¹¹⁷.

Faust, der offensichtlich mit zweierlei Maß mißt, ist des Lobes voll: „Hermes, der schon früh die Kunst des Taktierens zu großer Meisterschaft entwickelt hatte, wußte sich seiner äußerst schwierigen Aufgabe mit hohem Geschick zu entledigen und an der Spitze der beiden Organisationen eine fruchtbare agrarpolitische Tätigkeit zu entwickeln. Dennoch wäre es geradezu falsch, in ihm nur den gewandten, klugberechnenden Taktiker zu sehen. Er war eine durch wissenschaftliche Kenntnisse, hohe fachliche Fähigkeiten, Weltläufigkeit und edle Gesinnung so überragende Gestalt, daß niemand seine Autorität anzutasten wagte. [...] Er hat für die deutschen Bauern viel geleistet, und die Agrargeschichte hat ihn in die Reihe der großen Landwirte aufgenommen.“¹¹⁸ Dagegen kommentierte Topf als Zeitgenosse, der die Hintergründe sehr genau kannte, die Auswahl von Hermes folgendermaßen: „Diesen Mann also hat Klepper in die Leitung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes hineingeschoben. Andreas Hermes war nicht feinfühlig genug, nach der einmütigen Ablehnung seiner Kandidatur durch die Vertreter des alten Reichsverbandes, sich als desinteressiert zu erklären; er verließ sich auf Kleppers Hilfe und fand nichts dabei, daß er den widerstrebenden Genossenschaften in aller Form aufoktroziert wurde.“¹¹⁹ Hermes hat Klepper diesen und den anderen wichtigen

¹¹⁵ NL-Hermes, Prozeßakte. Auch nach der endgültigen Vereinigung der Genossenschaften, am 13. 2. 1930, wurden noch ständig Gelder für die Sanierung der Genossenschaften gebraucht, die Klepper sich in zähen Verhandlungen von allen Seiten zu beschaffen wußte. Vgl. Ministerbesprechung des Reichskabinetts am 2. 5. 1930, in: AdR-Brüning, 1964 ff.

¹¹⁶ Faust, Zentralbank, S. 45.

¹¹⁷ GSTAM, VNL-K, Nr. 184, Bl. 136 f., die Sitzung fand in der Wohnung von Hermes, im Beisein von Generalanwalt Gennes und Vorstandsdirektor Berg, zwei der zukünftigen Vorstandsmitglieder, statt. Außerdem sollten dem Vorstand des Einheitsverbandes noch Otto Rabe und Freiherr v. Braun angehören. Vgl. auch Faust, Geschichte, S. 420 f.

¹¹⁸ Faust, Geschichte, S. 421 ff., 424.

¹¹⁹ Topf, S. 113. Topfs Aussagen decken sich mit denen Kleppers: Klepper an Lauffer, 2. 5. 1955: „Lübke weiß ja nicht so viel von den Vorgängen in der Preußenkasse und bei der Genossenschaftsrationalisierung, während Hermes bei Ihnen gewiß unterstellt, daß Sie auch die Dessous kennen, zum Beispiel die entscheidenden Verhandlungen, bei denen die Kandidatur Hermes für den Einheitsverband durchgesetzt wurde, haben Sie ja wohl miterlebt.“ Klepper an Lübke, 26. 5. 1955: „Sie kennen Hermes ja mindestens ebenso gut wie ich. Ich glaube, man muß ihn immer

Dienst, den Klepper ihm in seinem Prozeß leistete, nie gedankt¹²⁰. Doch für Klepper zählte damals nur, daß, wie es in Wilhelm Webers „Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914–1932“ zu lesen war, die „jahrzehntelange Zersplitterung im deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und der Richtungsstreit beseitigt“ seien und der Einheitsverband nun „neue Wege zur Förderung des genossenschaftlichen Absatzes“ gehen könne.¹²¹

Die Preußenkasse und die Osthilfe

Durch die Reorganisation des Agrarkreditwesens und durch die Rationalisierung der Genossenschaften hatte Klepper Einfluß auf die Agrarpolitik Preußens und damit auch des Reiches gewonnen. Das vorrangige Gebiet der Agrarpolitik wurde immer mehr der Osten, gemäß dem Vers, den Kleppers Mitarbeiter, die sogenannten „Klepperjünglinge“, für ihn zum Weihnachtsfest 1929 in Anlehnung an den Song Marlene Dietrichs reimten:

„Wir sind von Kopf bis Fuß/auf Osthilfe eingestellt.
Sie kostet sehr viel Geld/und hilft gar nichts.
Anträge umschwirren mich/wie Motten das Licht.
Und wenn es kein Geld gibt,/dafür kann ich nicht.“¹²²

Die Osthilfe, die sich aus der Grenzhilfe über die Ostpreußenhilfe entwickelt hatte¹²³ und schließlich im Jahre 1931/32 zu einer „Schicksalsfrage der deutschen Republik“ geworden war¹²⁴, findet in der wissenschaftlichen Literatur große Beachtung, zumal das Thema immer wieder im Zusammenhang mit Brünnings Sturz und dem Scheitern der Weimarer Republik erörtert wurde¹²⁵. Kleppers Versuch, auf die Gestaltung der Osthilfe Einfluß zu nehmen, wird zwar teilweise in der Literatur erwähnt und bei Hertz-Eichen-

wieder anstoßen. Wenn Sie sich an die Verhandlungen über die Genossenschaftskasse erinnern, er hat auch damals viel versprochen und nichts gehalten.“ (K/Kor). Auch Faust bestätigt, daß Hermes vor allem vom Reichsverband nicht akzeptiert wurde, S. 418 f. Vgl. Topfs vernichtendes Urteil über Hermes, S. 109 ff.

¹²⁰ Klepper hat unter schwierigsten Umständen und selbst in Existenznot einen Entlastungsbrief für Hermes in dessen Prozeß wegen angeblicher Veruntreuung von Genossenschaftsgeldern geschrieben (NL-Hermes, I-090-004), und zwar, wie R. Hartmann in der Festschrift für Hermes bestätigt: „[...] ohne Verzögerung [und] vollständig. Seine gesamte Erklärung war eine glänzende Bestätigung der von Hermes vor Gericht gemachten Aussage und damit der unwiderlegliche Beweis der völligen Unhaltbarkeit des gegen ihn ergangenen Urteils. Diese Aussage Dr. Kleppers ist in der nach dem Urteil verfaßten und dem Reichsjustizministerium eingereichten Rechtfertigungsschrift wörtlich enthalten“ (S. 30 ff., DGBkA). Dagegen hat Hermes nach dem Kriege nichts für Klepper in dessen Pensionsangelegenheit getan.

¹²¹ Weber in: Deutsche Agrarpolitik, Bd. 2, S. 114; bei dem Richtungsstreit ging es um Dezentralisation oder Zentralisation.

¹²² GSTAM, VNL-K, Nr. 174.

¹²³ Hilfsmaßnahmen für den Osten seit dem Ende des Krieges, vgl. Fiederlein, S. 19 ff. und Heinrich/Otto (Hrsg.), Osthilfegesetzgebung.

¹²⁴ Hertz-Eichenrode, S. 337.

¹²⁵ Ders., Fiederlein, Boyens und Brüning-Festschrift, darin besonders: Schulz und Muth. Widder gibt einen Überblick über die Osthilfe, incl. Zahlenmaterial, S. 70–83. Er hat mit Klepper korrespondiert und sich seine Darstellung teilweise bestätigen lassen (25. 11. 1954 und 23. 3. 1955). Holtferich in: HZ, Bd. 235 (1982), S. 605–631, Walz und Graf Borcke-Stargordt.

rode sowie Fiederlein ausführlicher erörtert, aber außer in Ansätzen wertet keiner der Autoren Kleppers Politik als eine Alternative, die ein Ansatzpunkt für eine Festigung der Weimarer Demokratie hätte sein können. Einerseits ist es ein müßiges Geschäft zu fragen, was hätte sein können, andererseits weisen zahlreiche Autoren¹²⁶ gerade im Zusammenhang mit der Untersuchung der Endphase der Weimarer Republik darauf hin, daß der Weg in den Abgrund keineswegs zwangsläufig verlief und daß es viele Ansatzpunkte gegeben habe, die zusammengenommen ein Scheitern der Weimarer Republik hätten verhindern können. Klepper bot einen solchen Ansatzpunkt auf dem Sektor der Agrar- und Finanzpolitik, die er als Teil einer allgemeinen Gesellschaftspolitik verstand. Insofern lassen sich am „Fall“ Klepper exemplarisch die Gründe verdeutlichen, warum solche Ansatzpunkte schließlich ungenutzt blieben und warum die vielfältigen Initiativen zur Verteidigung der Demokratie scheiterten.

Kleppers Ernennung zum Präsidenten der Preußenkasse, hinter der man nicht zu Unrecht ein neues agrarpolitisches Programm vermutete, hatte vor allem im Osten eine Art Panik ausgelöst, die sich unter anderem in dem alsbald ausgestreuten Gerücht manifestierte, „Herr Klepper werde sämtliche jungen Leute des Professors Aereboe auf das Land loslassen, es seien schon 700 engagiert, und es sollten bis 8 000 werden“¹²⁷. In der Tat hatte Klepper schon gleich nach seiner Amtsübernahme versucht, die Genossenschaften zur Einrichtung betriebswirtschaftlicher Beratungsstellen zu bewegen, und vor allem hatte er in einer Sitzung im preußischen Landwirtschaftsministerium im Juni 1928 durchgesetzt, daß er einen Kommissar nach Ostpreußen entsenden durfte, um die Interessen der Preußenkasse und „der Genossenschaften bei der Umschuldung wahrzunehmen“. Bürgschaften über 5 000 RM durften von den Genossenschaften nur noch mit seiner ausdrücklichen Bewilligung übernommen werden, weil das Kreditrisiko für die Genossenschaften sonst zu groß geworden wäre¹²⁸. Hertz-Eichenrode kommentiert diese Initiative der Preußenkasse folgendermaßen: „Ohne Frage handelte es sich hierbei um einen Schachzug der preußischen Regierung, die sich für die bevorstehende Umschuldungsaktion in Ostpreußen rüsten wollte, denn die in Königsberg etablierte landwirtschaftlich-betriebswirtschaftliche Abteilung der Preußenkasse hat den Klepper zustehenden Sitz im Provinzialkreditausschuß wahrgenommen und ein recht kritisches Auge auf das Verfahren gehabt.“ Dadurch konnte die Preußenkasse Einblick in die Sanierungsmöglichkeiten der Landwirtschaft gewinnen, und die preußische Regierung erhielt ein neues, möglicherweise wirksames Instrument, um auf die Umschuldungspraxis stärkeren Einfluß zu gewinnen, „nachdem sie bei der Ausarbeitung der Ostpreußenhilfe den Initiativen des Reiches hatte nachgeben müssen“¹²⁹.

¹²⁶ Vgl. die mehrfach zitierte Literatur, vor allem Ehni, S. 11 ff.

¹²⁷ PrLT, 366. Sitzung, Sp. 26091: Hillger-Spiegelberg (DNVP) am 26. 3. 1928. Dies sind die viel zitierten „Klepperjünglinge“.

¹²⁸ GSTAB, Rep. 203, Nr. 176, 1, Sitzung im PrMfLuF vom 25. 6. 1928. Hillger-Spiegelberg (DNVP) behauptet in der Landtagsdebatte im März 1928, daß die Genossenschaften in Königsberg von der Preußenkasse dazu gezwungen worden seien, Betriebskontrollen mit der Preußenkasse durchzuführen, während Höpker-Aschoff das bestreitet: PrLT, II, 26. und 28. 3. 1928, Sp. 26099 und 26286.

¹²⁹ Hertz-Eichenrode, S. 273. Da Hertz-Eichenrode alles im Detail mit den entsprechenden Quellenangaben dargelegt hat (S. 272 ff.), wird hier nur kurz auf das für das Verständnis des Gesamtzusammenhangs Notwendige eingegangen.

Das erzeugte natürlich Unruhe, weil man die Kontrollen fürchtete. Der Oberpräsident von Ostpreußen, Ernst Siehr¹³⁰, sprach sogar davon, daß „seine Autorität untergraben werde“, und warnte Ministerpräsident Braun ausdrücklich vor der „großen Gefahr des alleinigen Einflusses der Preußenkasse, vor allem Kleppers“¹³¹. Die preußische Regierung geriet von allen Seiten unter Druck, und obwohl Braun Klepper in seiner Absicht, so schnell wie möglich zu handeln, unterstützte, trat er ebenfalls für eine Schonung Ostpreußens ein, wo sich die „Krisenerscheinungen [...] nicht zu stark auswirken dürften“. Außerdem forderte er Mittel vom Reich, da Preußen keine habe¹³². So bediente sich die preußische Regierung des Instrumentes Preußenkasse nur halbherzig¹³³, insofern als sie trotz der sehr harten Kritik Kleppers und seines Teams an der gängigen Umschuldungspraxis¹³⁴ dafür eintrat, „daß die Umschuldungsaktion in dem geplanten Umfang loyal durchgeführt werden müsse“¹³⁵, obwohl unklar sei, woher das Geld kommen solle, und obwohl eine streng vertrauliche Gegendarstellung der Königsberger Umschuldungsbehörde letztlich zu den gleichen Ergebnissen kam wie die Preußenkasse, die im Gutachten positiv erwähnt und der lediglich vorgeworfen wurde, Einzelfälle „unzulässig“ verallgemeinert zu haben¹³⁶.

Daß Ostpreußen geholfen werden mußte, darüber waren sich alle einig. „Ostpreußen steht am Abgrund!“¹³⁷ war damals der Tenor der Sachverständigenberichte. Doch die Frage, wie die Probleme zu lösen seien, geriet immer stärker in propagandistisches Fahrwasser, um so mehr, als die Frage nach der Beschaffung der finanziellen Mittel immer heikler wurde. In dieser Kampagne geriet die Preußenkasse zwischen die Fronten, einmal, weil sie den Finger auf die Wunden legte, und zum anderen, weil sie als staatliches Kreditinstitut eine gewisse Macht besaß. Symptomatisch für die Stimmung ist der fol-

¹³⁰ Zu Siehr vgl. v. d. Groeben in: Persönlichkeiten, S. 312 ff.

¹³¹ GSTAB, Rep. 90, Nr. 1073 und Rep. 203, Nr. 177, 3: Der Oberpräsident von Ostpreußen, Siehr, an Friedrich Wilhelm Frankenbach, 8. 12. 1928, und an Braun, 17. 12. 1928: Siehr lehnte einen Kommissar strikt ab.

¹³² Ebenda Braun in der Besprechung vom 28. 11. 1928.

¹³³ Hertz-Eichenrode, S. 272 ff.

¹³⁴ Rep. 90, Nr. 1073 und Rep. 203, Nr. 177, 3, Vermerk Frankenbachs vom 28. 11. 1928 und 7. 12. 1928, sowie Ergebnisprotokoll einer Chefbesprechung bei Braun am 12. 11. 1928. Die Umschuldungspraxis sei nicht an betriebswirtschaftlichen Maßstäben orientiert und bevorzuge die Großbetriebe. Ebenda: Bericht der landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen Abt. der P.Z. (Zweigstelle Königsberg) vom 20. 2. 1929: von 103 einschlägigen Umschuldungsfällen könnten nur 22 saniert, 11 müßten abgelehnt werden, 41 seien auch nach der Sanierung stark unrentabel und 29 mit größter Wahrscheinlichkeit. Vgl. die oben zitierte Untersuchung über „Die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen“. In einer Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ Henning Carl v. Winterfelds im PrLT vom 23. 2. 1929 wird eine vertrauliche Behandlung der Ergebnisse der Umfrage ausdrücklich zugesagt, Rep. 203, Nr. 177, 3. Genaue Wiedergabe und kritische Würdigung der Denkschrift bei Fiederlein (S. 12 ff.). Dort wird der außerordentlich hohe Verschuldungsgrad vor allem der ostpreußischen Großbetriebe belegt und bemängelt sowie die Tatsache hervorgehoben, daß weder auf die realen Sanierungsmöglichkeiten, noch auf die Beschränktheit der Mittel Rücksicht genommen werde.

¹³⁵ GSTAB, Rep. 203, Nr. 176, 2: Der PrFM in der Chefbesprechung vom 28. 11. 1928 „über die Umschuldungsaktion im Rahmen der Ostpreußenhilfe“ zur Vorlage der Preußenkasse vom 27. 11. 1928.

¹³⁶ Ebenda, Stellungnahme Paul Blunks, Landeshauptmann und Vorsitzender des Kreditausschusses, zum Bericht der Preußenkasse, ebenda, Nr. 177, 1: vorläufiges Gutachten des Enquêteausschusses über die Lage der ostpreußischen Landwirtschaft vom 22. 11. 1928.

¹³⁷ Ebenda, Nr. 177, 2, Blunk an Ob[er]präsident der Provinz Ostpreußen, 22. 1. 1929.

gende Zeitungskommentar: „Es ist eine verteuft ernste Sache, die sich in Ostelbien abspielt, und man möchte doch gern wissen, wer sie zu verantworten hat. In Tat und Wahrheit offenbar niemand anders als Herr Dr. Klepper, der Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse.“¹³⁸

Nun begannen auch die Reichsministerien schärfer auf die Umschuldungsverfahren zu achten. Da die Weimarer Koalition im Reich ebenfalls regierte, gab es trotz aller divergierender Interessen zwischen Preußen und Reich eine einheitliche agrarpolitische Zielsetzung, hinter der die Reichs- und die preußische Staatsregierung zusammen mit der Preußenkasse gleichermaßen standen und die sie gewillt waren, gegen die Partikularinteressen der meisten östlichen Großagrarier durchzusetzen. Dies wird deutlich in der Antwort des preußischen Landwirtschaftsministers Steiger, der auf die Frage Hindenburgs, wie es sich mit der „großen Mißstimmung gegen die Preußenkasse“, die in der Provinz herrsche, verhalte, antwortete: „Ich glaube nicht, daß eine solche Mißstimmung in großem Umfange besteht. Man hat der Preußenkasse übelgenommen, daß sie den Vorschlag einer Auffangorganisation und einer Zwischenbewirtschaftung¹³⁹ gemacht hat. Man kann über den Vorschlag verschiedener Meinung sein; aber der Sache nach machen wir in anderer Form durch die hier vorgesehene Regelung dasselbe. Meines Erachtens tut man der Preußenkasse mit den Angriffen in einem Teil der Presse unrecht.“¹⁴⁰

Nach außen stand man zusammen, in den internen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Reich scheint Klepper dagegen eine gewisse Sonderrolle gespielt zu haben, insofern als die preußische Regierung sich gerne seiner Initiative, seiner Energie und seines Durchsetzungsvermögens bediente, um den Einfluß Preußens auf die Agrarpolitik, die das Reich schließlich innerhalb seiner Landesgrenzen auszuüben versuchte, zu stärken¹⁴¹. Gleichzeitig aber mußten Klepper und die Preußenkasse auch als Blitzableiter für das immer wache Mißtrauen der Reichsregierung dienen, wie es aus dem Aktenvermerk des Ministerialrats Othmar Feßler über die Verhandlungen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über das Ostpreußengesetz¹⁴² am 25. April 1929 hervorgeht. Dort heißt es: „Das preußische Finanzministerium stellte Anträge, aus denen darauf zu schließen ist, daß die Preußenkasse sehr stark darauf hinarbeitet, ihren Einfluß auf die Durchführung des Ostprogramms zu erhöhen und ihre Stellung als Gläubiger zu verbessern. Auch geht sie anscheinend darauf aus, die Rechte des Reichs- und Staatskommissars zu erweitern. Sie wird dabei vom preußischen Finanzministerium unter-

¹³⁸ Rep. 90, Nr. 1073, 17. 11. 1928. August Müller, Staatssekretär a. D., schrieb über „Ostelbiens Agrarkrise“ im Acht-Uhr-Abendblatt, 10. 1. 1929, vgl. Archiv für innere Kolonisation, Bd. XXI, S. 28.

¹³⁹ Abschrift in GSTAB, Rep. 203, Nr. 177, H. 2, S. 1–15. Klepper hatte diesen Vorschlag bereits in den Bericht der Preußenkasse eingebracht und noch einmal offiziell mit präzisen Angaben an seinen Finanzminister Höpker-Aschoff gerichtet, s.u.: Rep. 87, Nr. 2501, Bl. 18–32. Vgl. dazu Hertz-Eichenrode, S. 316 ff.

¹⁴⁰ AdR-Müller II, Bd. I, Nr. 157, Ministerratsbesprechung beim Reichspräsidenten am 20. 3. 1929. Damals gab sich der Reichspräsident noch zufrieden, bedankte sich für „die gründliche und sachliche Arbeit“ und empfahl den Herren, „soweit sie es noch nicht getan haben, die Provinz selbst anzusehen“. Vgl. Hertz-Eichenrode, S. 281 ff.

¹⁴¹ Vgl. Karikatur zur „Aufnahmeorganisation“, KNL, hier siehe S. 49.

¹⁴² In der Chefbesprechung vom 16. 3. 1929, bei der auch Klepper anwesend war, hatten sich Preußen und Reich auf den Entwurf eines Gesetzes für die Ostpreußenhilfe geeinigt (AdR-Müller II, Bd. I, Nr. 153).

stützt; während das preußische Landwirtschaftsministerium zurückhaltender ist.“¹⁴³ Im einzelnen wird die Preußenkasse verdächtigt, selbst als Gläubiger von den Zinserleichterungen profitieren und möglichst hohe Reichsgarantien erhalten zu wollen. Außerdem bestehe sie auf der Überprüfung aller bisher vorgenommenen Umschuldungen nach den Gesichtspunkten des neuen Gesetzes, wogegen sich die Reichsressorts mit der Begründung wehrten, daß „Nachprüfungen größeren Umfanges das Vertrauen der ostpreußischen Kreise in die Hilfsmaßnahmen schwer erschüttern würden“. Auch die Tatsache, daß Preußen die Kosten für den Staatskommissar übernehmen wolle, deute auf den Einfluß der Preußenkasse. Tatsächlich hat Klepper, unterstützt vom preußischen Finanzministerium, von Anfang an versucht, sich einen möglichst großen Einfluß auf die Ostpreußenpolitik zu sichern und gleichzeitig die Finanzen der Preußenkasse so weit wie möglich zu schonen. Er wollte eben „kaufmännisch handeln“, in die Marktlage eingreifen, wo es nötig schien, und das ausgeliehene Geld möglichst zurückbekommen¹⁴⁴; ob er damit auch psychologisch geschickt verfuhr, ist allerdings fraglich.

Trotz der Schwierigkeiten zwischen Preußen und Reich kam es zur Einigung, und das „Gesetz zur wirtschaftlichen Hilfe für Ostpreußen“¹⁴⁵ konnte „im wesentlichen unverändert“ am 16. Mai 1930 vom Reichstag verabschiedet werden, sogar mit der Zustimmung der Rechtsparteien¹⁴⁶. Die Einführung eines auch von Klepper geforderten Staatskommissars mit Vetorecht im Kreditausschuß¹⁴⁷ war gewissermaßen ein Symbol für die gewollte Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen, zumal man sich auf einen liberalen Mann, den Landrat a. D. und Reichstagsabgeordneten (DDP) Heinrich Rönneburg¹⁴⁸, einigen und den von Hindenburg gewünschten konservativen ehemaligen Oberpräsidenten, Adolf v. Batocki, verhindern konnte. Klepper schickte seinen besten

¹⁴³ Vermerk Ministerialrat Feßlers über die Besprechungen im RMfEuL wegen des Ostpreußengesetzes am 25. 4. 1929 (AdR-Müller II, Bd. I, Nr. 180), auch die folgenden Zitate stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus dieser Akte.

¹⁴⁴ GSTAB, Rep. 203, Nr. 177, 2, Vermerk über Referentenbesprechung vom 25. 1. 1929 im Landwirtschaftsministerium.

¹⁴⁵ RGBl. 1929, I, S. 96: Entwurf vom 27. 4. 1929, Anlage zu den Verhandlungen des Reichstages, IV. Wahlperiode, Bd. 435, Nr. 988, 16. 5. 1929. Am 24. 5. 1929 vom PrStM verabschiedet, nachdem in der Sitzung vom 30. 4. 1929 zwei gegensätzliche Entwürfe einer Dienstanweisung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Ostpreußenhilfe vom Finanzministerium und von Klepper beraten worden waren (GSTAB, Rep. 90, Nr. 682, Die Lage der Provinz Ostpreußen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht und die Abschnürung vom Reich und Maßnahmen zu deren Besserung, Bd. I, 1929: 3. 5. 1929 Einigung über Entwürfe, 4. 5. 1929 weitere Beratungen). Das Gesetz wies ein Volumen von 174 Millionen RM aus, von denen 159 Millionen RM das Reich aus eigenem Aufkommen beziehungsweise aus Krediten von dritter Seite, die das Reich und Preußen garantierten, aufbrachte, während die Preußenkasse 15 Millionen zur Verfügung stellte, die aber das Reich durch Abschlagzahlung von preußischen Kriegsverlusten finanzieren mußte (Chefbesprechung vom 16. 3. 1929, Dok. Nr. 153). Vgl. auch Wessling, S. 232 f., Schulz, Stützungsmaßnahmen, Borcke-Stargordt, S. 110 ff. und bei Fiederlein, S. 22 f. Angaben zu Aufgaben und Kosten des Gesetzes.

¹⁴⁶ Hertz-Eichenrode, S. 284.

¹⁴⁷ GSTAB, Rep. 90, Nr. 1073: Aktenvermerk Frankenbachs zur Besprechung, 28. 11. 1928.

¹⁴⁸ Genaueres zur Person und Auswahl Rönneburgs bei Hertz-Eichenrode, S. 285 ff. Dienstanweisungen für den Staatskommissar finden sich in GSTAB, Rep. 87, Nr. 2105, Bl. 95 ff. (13.4.29); Bl. 106 ff. (1.5.29); Bl. 123 (4.5.29); Bl. 129 ff. (24.5.29): endgültig geregelt im Reichsgesetz vom 18.5.29 (RGBl. 1929, I, S. 97), Bl. 139 ff.

Mann, Herbert Lauffer, als Assistenten von Rönneburg nach Ostpreußen, und das Landwirtschaftsministerium entsandte Oberregierungsrat Tietmann¹⁴⁹.

Kleppers Stunde schien gekommen. Was waren seine wesentlichen Forderungen? Entsprechend seinen schon oben erläuterten agrarpolitischen Zielen¹⁵⁰ sah er in der Beseitigung „der Wirtschaftskrise“ im Osten ein „staatspolitisches Ziel“, das „nicht durch generelle Subvention“, sondern nur durch „individuelle Intervention“ verwirklicht werden könne. Im einzelnen stellte er sich darunter eine „betriebswirtschaftliche und produktionsmäßige Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe“ entsprechend „der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ vor. Dies sollte sowohl durch organisatorische Maßnahmen wie durch Einräumung von Vorzugskrediten gefördert werden. „Die finanziell gesunden Betriebe [sollten] grundsätzlich und im Hinblick auf die notwendige Beschränkung des Aufwandes der eigenen Verantwortung“ überlassen werden. Ferner trat Klepper für eine „innere Umschuldung“¹⁵¹ ein, und zwar nur der „sanierungsfähigen Betriebe“, die anderen müßten, zumindest teilweise, liquidiert und der bäuerlichen Siedlung zugeführt werden. Daß Klepper darin eine Möglichkeit der „Angleichung des sozialen Aufbaus des Ostens“ an das übrige Deutschland sah und sich davon eine zunehmende „organische Verbindung beider“¹⁵² erhoffte, wird durch Boyens Urteil bestätigt: es sei „nicht in erster Linie darum [...] [gegangen], den Zusammenbruch des gesamten ‚Hypothekar- und Personalkredits‘ zu verhindern, wie es in der Resolution der Siedlungsdirektoren stand, sondern letztlich um das Schicksal des deutschen Ostens und das ostdeutscher Bodenpolitik“. Klepper habe das „als erster richtig erkannt“¹⁵³. Dagegen kann dem Urteil von Gerhard Schulz, „für die Leitung der Zentralgenossenschaftskasse hing das Schicksal des Großgrundbesitzes ausschließlich von der Nachfrage des Anlage suchenden Kapitals ab“¹⁵⁴, nicht zugestimmt werden.

Klepper hatte genaue Vorstellungen davon, wie bankrotte Betriebe in Siedlungsland überführt werden sollten. Er hatte schon Ende 1925, in seiner Domänenbankzeit, eine „gemischt-wirtschaftliche Aufnahmeorganisation“ für zusammenbrechende Domänen vorgeschlagen, ohne allerdings bei dem damaligen preußischen Landwirtschaftsminister Steiger damit durchzukommen¹⁵⁵. Am 29. November 1928 schlug Klepper dem preußischen Finanzminister erneut eine Auffangorganisation vor, an der das Reich und Preu-

¹⁴⁹ Beide kamen regelmäßig zur Berichterstattung nach Berlin, z. B. fand am 16. 6. 1929 eine Ressortbesprechung im PrMfLuF über die Durchführung der Osthilfe statt (Rep. 90, Nr. 1075, Bl. 190 f.).

¹⁵⁰ Kleppers Artikel über das „Ostprogramm“ vom 25. 4. 1930 wurde seiner Bedeutung wegen im amtlichen Preußischen Pressedienst vom 25. 4. 1930 vollständig abgedruckt, Rep. 203, Nr. 171. Vgl. Kleppers Veröffentlichungen.

¹⁵¹ „Der Gläubiger wurde, sofern dies möglich war, veranlaßt, seine nun ganz oder teilweise vom Reich garantierten Schulden unter Erleichterung der Rückzahlungs- und Zinsbedingungen stehen zu lassen“ (Fiederlein, S. 107).

¹⁵² Klepper, Ostprogramm, S. 1007.

¹⁵³ Boyens, S. 26.

¹⁵⁴ Schulz, Stützungsmaßnahmen, S. 195.

¹⁵⁵ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2971: In der Denkschrift des Vorstandes der Domänenpächter vom Dezember 1925 „Die wirtschaftliche Lage der preußischen Domänenbetriebe“ (Bl. 240–299) wird eine „gesamtwirtschaftliche Aufnahmeorganisation“ vorgeschlagen, die Klepper später auch vor dem Landtag vertrat (PrLT, 24. Sitzung, 14. 12. 1928, Sp. 1554 ff.). In einem Mahnbrief vom 21. 6. 1926 wird beim PrMfLuF um Entscheidung nachgesucht, die negativ ausfällt (Briefentwurf des PrMfLuF, 16. 3. 1926, Bl. 302).

ßen zu je 42,5%, Mecklenburg mit 5% und die Preußenkasse mit 10% beteiligt sein sollten, wobei ein ungedeckter Fehlbetrag von 70 Millionen bleibe, der „auf Anleihewegen zu beschaffen“ wäre. Dadurch werde „dem Staat Land in dem Umfange zugeführt, der für planmäßige Siedlungstätigkeit auf Jahre hinaus erforderlich“ sei. Notfalls sollten die heruntergekommenen und von der Gesellschaft aufgekauften Güter auf ein bis drei Jahre zwischenbewirtschaftet werden¹⁵⁶. Fiederlein sagt, daß „die Preußenkasse keine Sanierung des Großgrundbesitzes, sondern eine Agrarreform mit Hilfe dieser Auffangorganisation durchführen“ wollte¹⁵⁷, was insofern korrigiert werden muß, als Klepper, wie oben dargelegt, durchaus bestrebt war, den wirtschaftlich gesunden Großgrundbesitz zu erhalten. Es ging ihm nicht um eine ideologisch motivierte Bodenreform, sondern um eine Agrarreform in gesamtwirtschaftlichem Zusammenhang. In seinem Grundsatzartikel „Rationelle Agrarpolitik“ vom 30. Januar 1930 beschreibt er die „Agrarreform als Voraussetzung der Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an den Markt, also [...] als Ausgangspunkt zur Wiedergewinnung der Rentabilität der Landwirtschaft, und zwar gerade auch des noch lebensfähigen Teils der Großbetriebe“¹⁵⁸. Im Gegensatz zum massenhaft unter Zwang vollzogenen Besitzwechsel in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts¹⁵⁹ sollte ein rationell gesteuerter Prozeß der Umgestaltung vollzogen werden. Klepper hielt die bestehende Agrarstruktur für unzweckmäßig und erhoffte sich von der „Besiedlung der aufgekauften Betriebe [...] eine gesunde Mischung der Besitzverhältnisse“, einen „Stillstand“ der „Landflucht“ und schließlich eine „aus nationalpolitischen Gründen notwendige Stärkung des Deutschtums in den Grenzprovinzen“. Er konkretisierte seine Pläne durch genaue Zahlenangaben¹⁶⁰. Wichtig für ihn war, daß der „Vollzug der Hilfsmaßnahmen“ nicht „ausschließlich den lokalen Selbstverwaltungskörpern“ übertragen werden dürfe, denn „sie sind begreiflicherweise vielfach nicht gewillt, gegenüber dem Interessenten die Härte anzuwenden, die nun einmal unvermeidbar ist“¹⁶¹.

So zutreffend Kleppers Vorschläge für eine Modernisierung der Landwirtschaft, den Abbau von Subventionen und die Stützung kleinerer bäuerlicher Betriebe im Prinzip waren, so müssen doch einige Einwände geltend gemacht werden: Erstens war zumindest Ostpreußen, was die ländlichen Besitzverhältnisse anbelangte, ein Sonderfall: Laut Klaus v. d. Groeben, der ab 1930 in der Verwaltung in Ostpreußen tätig und später selbst Landrat war, konnte Ostpreußen nicht als Land des Großgrundbesitzes gelten, vielmehr habe die landwirtschaftliche Nutzfläche bei Betrieben über 200 ha 28,7% und die unter 20 ha 23% betragen, so daß man sagen könne, daß die mittelbäuerlichen Betriebe überwogen¹⁶². Zweitens hat es aufgrund liquidierten Betriebe genug Siedlungsland gegeben, nur das Geld fehlte, um die Besiedlung und die damit notwendig verbundene Verbesserung der Infrastruktur durchzuführen. Drittens schließlich, und das scheint der wichtigste Einwand zu sein, ging es nicht nur um wirtschaftliche, sondern um psychologische,

¹⁵⁶ GSTAB, Rep. 203, Nr. 177, 2, S. 14, ebenso in: Rep. 87, Nr. 2501, Bl. 18–32.

¹⁵⁷ Fiederlein, S. 74 f.

¹⁵⁸ Klepper, Rationelle Agrarpolitik, S. 225.

¹⁵⁹ Vgl. Puhle, Interessenpolitik, S. 15 f.

¹⁶⁰ GSTAB, Rep. 203, Nr. 177: Klepper an den PrFM, 29. 11. 1928.

¹⁶¹ Klepper, Ostprogramm, S. 1009.

¹⁶² Klaus v. d. Groeben, Brief an die Verf. vom 8. 7. 1995. Vgl. auch v. d. Groeben, Das Land, S. 214 und Ders., Erinnerungen.

kulturelle und politische Faktoren. Um die berechtigten Wünsche nach Stärkung der im Osten abgelegenen und wie im Falle Ostpreußen gar vom Deutschen Reich getrennten Provinzen zu befriedigen, wäre es besonders wichtig gewesen, die Menschen dort für sich zu gewinnen und nicht die ohnehin bestehende Opposition der auch im bäuerlichen Milieu konservativ orientierten Menschen und damit deren Gefühl der Isolation zu verstärken. Albert Grzesinski hatte das als preußischer Innenminister klar erkannt und deshalb in einer Denkschrift an das preußische Staatsministerium 1927 eine „grundsätzliche Änderung der Ostmarkenpolitik Preußens“ gefordert, um die konservativen Stände für die Republik zu gewinnen¹⁶³. Dies lag auch in Kleppers Absicht, aber er hat die Bedeutung der Psychologie unterschätzt, was sich deutlich an den Reaktionen ablesen läßt, die seine konkreten Vorschläge hervorriefen.

„Einen derart konkreten Plan, der den Aspekt der Agrarreform in den Vordergrund rückte, hatte bisher niemand unterbreitet. Deshalb erregte er großes Aufsehen, als er durch eine Indiskretion öffentlich bekannt wurde. Die Landwirtschaft glaubte, den ihr ohnehin suspekten Klepper dabei ertappt zu haben, wie er die Siedlung in eine Guillotine für die Großbetriebe verwandelte, und protestierte lautstark.“ In Ostpreußen vermutete man gar ein abgekartetes Zusammenspiel zwischen preußischer Regierung und Klepper zwecks „kalter Sozialisierung der Landwirtschaft“, und die DNVP fand für diese Gelegenheit ihr „auf Jahre hinaus wirksames Verdammungsurteil über alle Versuche, einen konstruktiven Zusammenhang zwischen Agrarkrise und Agrarreform herzustellen“¹⁶⁴, sie fand ihren Schlachtruf: „Das ist doch weiter nichts als Agrarbolschewismus!“¹⁶⁵ Wenn die Land- und Siedlungsgesellschaften auch nicht ganz so agitatorisch reagierten, so hegten sie doch trotz aller Einsicht in die Notwendigkeit einer Agrarreform das gleiche Mißtrauen gegen die rote Regierung in Preußen und die Verbindung dieser Regierung zu Klepper, der auf diese ländlichen Institutionen viel zu rigoros wirkte und dem man eine Achtung vor den gewachsenen Strukturen nicht zutraute. Nur daß diese Strukturen ganz verschwinden würden, wenn man nichts tat, das wollte und konnte wohl auch keiner einsehen.

Doch waren es nicht nur diese konservativen Kräfte, die gegen Klepper standen, es waren auch seine eigenen politischen Mitstreiter, die, beeindruckt von der Stärke der konservativen Opposition, nicht zu viel von ihrer Popularität verlieren wollten, weil sie stets eine Wahlniederlage befürchten mußten. So verschanzte sich Steiger, der Kleppers Vorschlag zwar „eine kühne Idee“¹⁶⁶ nannte, hinter finanzielle Bedenken, die auch Höpker-Aschoff teilte¹⁶⁷. Fand Klepper schon bei seiner eigenen Regierung keine Unterstützung, wobei man nicht vergessen darf, daß er parteilos war und keine politische Hausmacht besaß, so konnte er sie erst recht nicht bei der Reichsregierung finden, die auch unter der großen Koalition ständig vor der Konkurrenz Preußens auf der Hut war und

¹⁶³ GSTAB, Rep. 90, Nr. 1108.

¹⁶⁴ Hertz-Eichenrode, S. 318.

¹⁶⁵ PrLT, 366. Sitzung, Sp. 1556, 14. 12. 1928.

¹⁶⁶ GSTAB, Rep. 87, Nr. 2501: Klepper an den PrMfLuF, 29. 11. 1928 (Bl. 16) und Stellungnahmen von Steiger am 18. 1. 1929 und 6. 2. 1929 (Bl. 64 ff.), der trotz seiner zunächst positiven Reaktion Bedenken äußerte, und zwar, weil er die Einrichtungen seines eigenen Ministeriums, nämlich die Siedlungsunternehmen, die Staatsdomänenverwaltung und die Staatsforstwirtschaft (Bl. 66), einzusetzen wünschte.

¹⁶⁷ Ebenda, vgl. auch Hertz-Eichenrode, S. 320 ff.

vor allem immer finanzielle Forderungen von Preußen befürchten mußte, um so mehr, als das Reich immer noch Kriegsentschädigungen an Preußen zu zahlen hatte.

Wie man sieht, saß Klepper mit seiner Politik zwischen sämtlichen Stühlen, obwohl viele diese Politik im nachhinein für vernünftig hielten; so bemerkte Brüning am 17. Mai 1932 zu Vertretern des Großgrundbesitzerverbandes: „Die Lage der Landwirtschaft hätte sich gebessert, wenn vor 3 Jahren etwa 10% der überschuldeten Betriebe versteigert worden wären.“¹⁶⁸ Braun hatte sich schon am 14. Dezember 1928 im Preussischen Landtag zu der Notwendigkeit, daß sich auch im Osten „volkswirtschaftliche Gesetze durchsetzen“ müßten, geäußert¹⁶⁹ und im März 1930 seinen Finanzminister bedrängt, „daß die Verhältnisse besonders im Osten sich zu einer dort unmittelbar drohenden Lebensgefahr für Reich und Staat ausgewachsen haben und auch über den Einwand ‚es ist kein Geld da‘ schon hinausgewachsen sind, und daher unter Umständen geradezu außergewöhnliche Mittel zur Beschaffung der erforderlichen Geldsummen erheischen“¹⁷⁰. Fiederlein bringt das Problem auf den Punkt, wenn er schreibt: „Kleppers Ausführungen mußten, auch wenn sie sachlich weitgehend richtig waren, auf die in ihrer Existenz gefährdeten Agrarier wie ein rotes Tuch wirken, und dies um so mehr, als auch im Jahre 1929 sich ihre Lage verschlechtert hatte.“¹⁷¹

Die „Härte“, die Klepper aus seiner Sicht als politischen Willen und Fähigkeit, das als notwendig Erkannte durchzusetzen, bezeichnet hätte, war für seine Kritiker Ehrgeiz, Machtstreben, Rigorosität. Dem von ihm mit ausgesuchten Staatskommissar Heinrich Rönneburg fehlte diese Härte, und so mußte dieser erst recht scheitern, da auch er von den gleichen Schwierigkeiten wie Klepper behindert wurde. Rönneburg hat diese selbst in der Chefbesprechung vom 5. Februar 1930 benannt¹⁷². Neben „organisatorischen Schwierigkeiten“, unter anderem durch nicht ausreichende Kompetenzen für den Staatskommissar¹⁷³, machte sich der „fortschreitende Verfall der Konjunktur“ und entsprechender Geldmangel bemerkbar, der alle Berechnungen immer wieder umstieß. Doch ausschlaggebend war auch für ihn die mangelnde Kooperationsbereitschaft des „agrarisch-konservativen Lagers, das in Rönneburg einen Landfremden und Nichtlandwirt befeindete“¹⁷⁴.

Die zunehmende Unzufriedenheit dieser Kreise machte sich in einem Brief des Landeshauptmanns Blunk an den Reichskanzler Hermann Müller vom 10. Februar 1930 Luft¹⁷⁵. Trotz dieser Unzufriedenheit, die einerseits angesichts der teilweise wirklich exi-

¹⁶⁸ BAK, R 43 I/2547, zitiert bei Hertz-Eichenrode, S. 327.

¹⁶⁹ PrLT, 24. Sitzung, Sp. 1561.

¹⁷⁰ Rep. 90, Nr. 1077, PrMinPr an PrFM, 1. 3. 1930.

¹⁷¹ Fiederlein, S. 38.

¹⁷² GSTAB, Rep. 90, Nr. 1076: Auszug aus dem Bericht Rönneburgs vom 27. 11. 1929 (Bl. 320 ff.). Vermerk über Besprechung im RMfLuF am 6. 2. 1930, betrifft Osthilfe (Bericht Rönneburgs), Bl. 504 ff. Ebenda Chefbesprechung im PrStM am 5. 2. 1930 über die Fortführung der Osthilfe, Klepper stellt 5 Millionen RM zur Verfügung, sofern die Rentenbankkreditanstalt auf anderem Gebiet den gleichen Betrag gibt (Bl. 432 ff.). Siehe auch Berichte Lauffers vom 30. 1. 1930 (Bl. 434 ff.), vom 10. 3. 1930 und 13. 6. 1930 (Nr. 1077). Hertz-Eichenrode erläutert die Schwierigkeiten im einzelnen, S. 289 ff. und 299 f.

¹⁷³ Rep. 90, Nr. 1076, PrMP an RK, 28. 2. 1930.

¹⁷⁴ Vgl. Abschlußbericht von Rönneburg vom 31. 10. 1930 (Rep. 90, Nr. 1078), Hertz-Eichenrode, S. 300. Zum Scheitern der Ostpreußenhilfe von 1929 vgl. Fiederlein, S. 38 ff.

¹⁷⁵ Brief des Landeshauptmanns Blunk an den RK Müller vom 10. 2. 1930 (AdR-Müller II, Nr. 441).

stenzgefährdenden Not verständlich war, andererseits aber völlig übersah, welche Opfer Preußen und das Reich brachten, um immer wieder Betriebe zu unterstützen, die eigentlich nicht sanierungsfähig waren¹⁷⁶, steigerte sich der Widerstand gegen die gesamte Institution „Ostpreußenhilfe“ bis zum Eingreifen des Reichspräsidenten¹⁷⁷. Eine wirklich durchgreifende Agrarreform durchzuführen, wie Klepper sie vorschwebte und wie auch das Reich sie zunächst versucht hatte, schien unter diesen Umständen fast unmöglich, doch wurde sie vollends unmöglich, als Hindenburg sich seit März 1930 für eine großangelegte Osthilfe einsetzte¹⁷⁸, die Reichsregierung Müller im gleichen Monat stürzte und das neue Kabinett Brüning „die von Hindenburg gewiesene agrarpolitische Linie zu realisieren begann“¹⁷⁹.

Mit dem Regierungsantritt Brünings¹⁸⁰ begann eine neue Phase der Osthilfe, das Einverständnis zwischen Reich und Preußen war beendet, und die Auseinandersetzung um die Osthilfe geriet zur Auseinandersetzung zwischen Preußen und Reich, zwischen Schieles Agrarkonservatismus¹⁸¹ und Preußens „rationeller Agrarpolitik“, die Klepper, von Ministerpräsident Braun „mit allen Vollmachten ausgerüstet“¹⁸², vertrat. Das Reich hatte zunächst versucht, Preußen aus den Beratungen über eine neue Osthilfe auszuschalten¹⁸³, mußte diese Strategie aber dann auf Drängen Brauns aufgeben¹⁸⁴. So wies

¹⁷⁶ Besonders die bereits im Ostpreußengesetz vorgesehene, im Januar 1930 errichtete und mit einem Gesellschaftskapital von 20 000 RM ausgestattete Treuhandstelle neigte „oft im Gegensatz zu der ihr vorgeschriebenen wirtschaftlichen Betrachtungsweise dazu, die Kredite mit subventionsähnlichem Charakter zu bewilligen“, Bericht Rönneburgs zur „Treuhandstelle für Umschuldungskredite“ vom 27. 11. 1929 (Rep. 87, Nr. 2105, Bl. 141 ff.). Näheres zur Arbeit der Treuhandstelle und ihrem Konflikt mit der Landschaft: Hertz-Eichenrode, S. 298 ff.

¹⁷⁷ Brief des RP an den RK vom 18. 3. 1930 (R 43/1801; abgedruckt bei Borcke-Stargardt, S. 40 ff.). Vgl. die sogenannte „Osterbotschaft“ des RP vom 13. 3. 1930 (Text bei Hubatsch, S. 109 f.), dazu ausführlich: Fiederlein, S. 42 ff.

¹⁷⁸ S.o. Brief des RP vom 18. 3. 1930.

¹⁷⁹ Hertz-Eichenrode, S. 299.

¹⁸⁰ Zur Vorgeschichte speziell unter agrarpolitischen Gesichtspunkten und zur Rolle Schieles vgl. Fiederlein, S. 49 ff. Vgl. auch Schulz, Brüning, besonders Kap. I.

¹⁸¹ Vgl. Fiederlein, der „die Ideologie des Agrarkonservatismus“ genau erörtert und Schieles Agrarprogramm zuordnet, S. 61 ff.

¹⁸² Pünder, 28. 5. 1930, S. 52. Die Betrauung Kleppers bot sich nicht nur wegen seiner fachlichen Kompetenz an, sondern auch, weil die Preußenkasse ihre 400 Millionen RM Außenstände durch das neue Osthilfeprogramm einzubringen hoffte (Protokoll der Kabinettsitzung vom 6. 5. 1930, AdR-Brüning, Nr. 32). Hans Schäffer, 1929–1932 Staatssekretär im RFM, führte, sicher im Auftrag Brünings, ein Sondierungsgespräch mit Klepper über dessen „Gedankengänge“ zum „Ostprogramm“. Klepper sagte bei der Gelegenheit, „wenn er mitarbeiten würde, würde er dies loyal tun und sich auf der Basis des gegenwärtigen Programms auf dessen Ziele einstellen“, wobei er volle „Handlungsfreiheit von der preußischen Regierung“ habe, ja sie habe sich „in Fragen des ländlichen Kredits so gut wie immer seinen Ratschlägen angeschlossen“ (IfZ, ED 93, Schäffer, Tagebuch, Bd. 29; Anlage, 9. 5. 1930, S. 70).

¹⁸³ PrMfLuF an PrMP, 13. 5. 1930, zitiert bei Schulze, Braun, S. 631, und Schiele in Ministerbesprechung vom 6. 5. 1930 (AdR-Brüning, Nr. 27). Dazu: Aufzeichnungen des Staatssekretärs Otto Meissner über eine Besprechung des RP v. Hindenburg mit Reichsminister Schiele und Vertretern des Deutschen Landvolkes vom 23. 10. 1930, abgedruckt in: Politik und Wirtschaft, 1. Teil, S. 445: Die „Kreditpolitik der Preußenkasse“ wird als „stark politisch beeinflusst“ und als „starkes Hemmnis für die Absichten“ Schieles bezeichnet.

¹⁸⁴ PrMP an RK, 9. 4. 1930, zitiert ebenda, S. 632.

Brüning „das Reichsernährungsministerium an, Preußen an den Vorbereitungen der neuen Osthilfe-Maßnahmen zu beteiligen“, zumal Brüning sich „die Gegnerschaft Brauns jetzt nicht leisten konnte, die finanziellen Lasten auf möglichst viele Schultern verteilen wollte und nicht zuletzt für den Fall eines erneuten Scheiterns auf die Mitverantwortung Preußens setzte“¹⁸⁵. Dies war keine gute Ausgangsbasis für eine ersprießliche Zusammenarbeit und ein deutliches Zeichen für Brünings taktische Politik des Lavierens zwischen dem ‚roten Preußen‘ und der von Hindenburg gestützten konservativen Rechten, vertreten durch Landwirtschaftsminister Martin Schiele. Gerhard Schulz bezweifelt, ob Brüning sich überhaupt je ein Konzept für „ein großes Ostprogramm im Zusammenhang mit einem Gesamtplan für den Ausbau der Wirtschaft“ zurechtgelegt habe. „Greifbare Anzeichen“ gebe es keine, es sehe eher nach „taktischem Geschick“ aus, mit dem er versucht habe, „die notorischen und bürokratisch aufbereiteten Probleme einer Lösung zuzuführen“¹⁸⁶.

Aus den Aufzeichnungen Pünders vom 28. Mai 1930 geht hervor, wie schwierig eine Einigung „hinsichtlich des sogenannten Ostprogramms, das durch die Regierungserklärung besonders angekündigt war und das den besonderen Wünschen des Herrn Reichspräsidenten entsprach“, zu erzielen war. Neben der Konkurrenz des Reichsfinanz- und des Reichsernährungsministeriums, das jeweils „die Federführung“ für sich beanspruchte, seien auch die Verhandlungen mit Preußen „besonders schwierig“ gewesen, seien aber schließlich doch zu einem guten Ende geführt worden, „und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Klepper von der Preußenkasse“¹⁸⁷.

Klepper hatte zunächst in zähen Verhandlungen, in denen er seine „Objektivität und Sachlichkeit“ immer wieder gegen Unterstellungen von rechts beweisen mußte¹⁸⁸, durchzusetzen versucht, daß die Preußenkasse neben der Rentenbankkreditanstalt mit 25% am Stammkapital der neu zu gründenden „Deutschen Ablösebank“ und der preußische Finanzminister an der Bürgschaftsübernahme für Umschuldungsdarlehen beteiligt wurden¹⁸⁹. Die von Brüning gewünschte finanzielle Beteiligung Preußens an den Osthilfeaufgaben hatte Klepper dagegen strikt und mit Erfolg abgelehnt, nicht nur weil Preußen kein Geld hatte, sondern sicher auch, weil sein Hauptinteresse der Umschuldungsaktion galt. Zum einen standen noch hohe Forderungen der Preußenkasse aus, und zum anderen wollte die Preußenkasse einen möglichst großen Einfluß auf die praktische Gestaltung der Osthilfe und die Agrarreform im Osten gewinnen. „Der Taktiker Klepper hatte wiederum eine Schlacht gewonnen“, während die Gegnerschaft des Großgrundbesitzes nun auch gegen die Reichsregierung wuchs¹⁹⁰.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 682. Vgl. Kabinettsitzung und Ministerbesprechung vom 15. 5. 1930 (AdR-Brüning, Nr. 34).

¹⁸⁶ Vgl. Schulz, Brüning, S. 68 f.

¹⁸⁷ Pünder, 28. 5. 1930, S. 52. In der Chefbesprechung vom 14. 5. 1930 hatte Reichsfinanzminister Hermann Dietrich sich bereits als Befürworter Kleppers erwiesen, indem er „grundsätzlich“ für die Beteiligung Preußens und die Mitarbeit der Preußenkasse war, da sie „praktisch“ sei, Fiederlein, S. 95.

¹⁸⁸ Ebenda.

¹⁸⁹ Ebenda, das Reich übernahm die restlichen 50%. Vgl. Fiederlein, S. 95 f.

¹⁹⁰ Fiederlein, S. 96. Vgl. zu den Verhandlungen den Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer vom 9. 5. 1930, in dem er einen genauen Bericht über Kleppers Einstellungen und Ziele gibt, abgedruckt in: Politik und Wirtschaft, 1. Teil, S. 155 ff., ebenda: Niederschrift über eine Besprechung Paul Silverbergs mit Wilhelm Bötzes vom 14. 5. 1930, S. 157 f.

Fiederlein beschreibt die Verhandlungen über den Osthilfegesetzentwurf im Detail¹⁹¹, so daß dies hier nicht wiederholt zu werden braucht. Es ging um die geographische Begrenzung des Osthilfegebietes, die Einsetzung eines oder zweier Kommissare zur Überwachung und schließlich um die Rahmenbestimmungen für die Durchführung der Osthilfe, die das Reich am liebsten selbst übernommen hätte. Das heikelste Problem aber war die Frage, nach welchen Kriterien die Mittel verteilt werden sollten. „Die Antwort blieb während der ganzen Dauer der Osthilfeaktion umstritten. Sie war ein Politikum ersten Ranges“, denn dahinter steckte die Frage nach der „Erhaltung des derzeitigen landwirtschaftlichen Besitzstandes“, den die östlichen Landwirte gemäß der „österlichen“ Botschaft des Reichspräsidenten erwarteten¹⁹². In dieser Frage gingen die Meinungen quer durch das Reichskabinett: Martin Schiele und Gottfried Treviranus, der vorgesehene Ostkommissar, vertraten den Standpunkt der Landwirtschaft¹⁹³, Paul Moldenhauer, Adam Stegerwald und Hermann Dietrich verfochten die Meinung der preußischen Regierung, und Brüning „hielt sich aus taktischen Gründen aus dieser Kontroverse heraus“; einerseits „mußte“ er sich „den Gründen des Reichspräsidenten fügen“, andererseits sah er es „aber nicht als Aufgabe der Reichsregierung an, eine Politik radikaler Besitzerhaltung zu betreiben“¹⁹⁴. Noch schärfer vertrat die Ministerialbürokratie des Reiches den preußischen Standpunkt, dem sich auch der Reichsverband der deutschen Industrie anschloß¹⁹⁵.

Der Osthilfegesetzentwurf, der schließlich Ende Mai 1930 dem Reichsrat und dann dem Reichstag zur Debatte zugeleitet wurde, war nach dem Urteil Fiederleins „ein gediegenes und ausgewogenes System der Umschuldung [...], das alle Teile befriedigen konnte“¹⁹⁶. Allerdings blieb ein großer Ermessensspielraum für die noch ausstehende praktische Umsetzung offen, zumal einige Bestimmungen einer späteren Durchführungsverordnung überlassen worden waren. Viel hing nun davon ab, wer seine personellen Forderungen durchzusetzen vermochte. Demnach hatte die preußische Regierung zunächst nur einen Teilsieg errungen. Das Gefecht ging weiter. Nachdem der Reichstag nach heftigen Debatten die Osthilfevorlage in zweiter Lesung am 17. Juli 1930 angenommen hatte, konnte die Inkraftsetzung des Gesetzes nicht mehr auf parlamentarischem Wege, sondern mußte auf dem Verordnungswege¹⁹⁷ durchgeführt werden, da der Reichstag inzwischen aufgelöst worden war¹⁹⁸.

¹⁹¹ Fiederlein, S. 97 ff. Vgl. Schulz, Brüning, S. 62 ff., besonders S. 72 f.

¹⁹² Fiederlein, S. 104.

¹⁹³ Ebenda, S. 106.

¹⁹⁴ Ebenda, S. 106.

¹⁹⁵ BAK, NL-Pünder, Nr. 110, Ludwig Kastl, Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, an RK Brüning, 15. 5. 1930.

¹⁹⁶ Fiederlein, S. 108.

¹⁹⁷ Verordnung des Reichspräsidenten „zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ vom 26. 7. 1930 (RGBl. 1930, I, S. 311 ff.; Auszug, 3. Abschnitt „Osthilfe“, abgedruckt bei Borcke-Stargordt, S. 112 ff.). Vgl. Fiederlein, S. 112.

¹⁹⁸ Vgl. Bracher, Auflösung, S. 335 ff. und Fiederlein, S. 112 f.

Bis es zu den Durchführungsbestimmungen auf dem Notverordnungswege kam¹⁹⁹, mußte Preußen zäh verhandeln, wobei Braun eher die Fäden im Hintergrund zog und mit dem Reichskanzler sprach, während Klepper die offiziellen Verhandlungen führte. Ziel beider war, die personelle Besetzung der Landstellen in ihrem Sinne durchzusetzen und diese damit zu Instrumenten der preußischen Agrarpolitik zu formen. In den entscheidenden Verhandlungen vom 7. und 8. August setzte Klepper durch, daß es zwei gleichberechtigte Kommissare als Leiter der Oststellen geben sollte und daß diese die Richtlinien für die Verfahren bei der Umschuldung, der betriebswirtschaftlichen Prüfung sowie bei der Verteilung der Mittel erlassen und die Dienstanweisungen für die Landstellen geben sollten. Die preußische Regierung ernannte den Volkswohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer, die Reichsregierung den Vertrauensmann Hindenburgs und Freund Brünings, Gottfried Treviranus²⁰⁰. Bei der Besetzung der Landstellen mußte Klepper zwei Einschränkungen hinnehmen, „die pommersche und die niederschlesische Landstelle wurden von Vertrauensmännern der Reichsregierung besetzt – beides Mitglieder des Reichslandbundes, einer von ihnen der pommersche Osthilfekommissar Johann Georg v. Dewitz, als alter und prominenter Gegner der preußischen Regierung ausgewiesen“²⁰¹. Doch glückte Klepper das insofern wieder aus, als v. Dewitz ein leitender Angestellter der Preußenkasse, Direktor Hans Walter Schmidt, als Stellvertreter beigegeben werden konnte²⁰². Auch die Leiter der landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen Abteilungen waren vorwiegend Diplomlandwirte, „die im Geiste Aereboes ausgebildet und oft auch durch die Schule Kleppers hindurch gegangen waren. Dies galt in noch verstärktem Umfange für das ‚Bodenpersonal‘ dieser Abteilungen, die Prüfer und Sachbearbeiter. Ihnen fiel die Prüfung der eingereichten Umschuldungsanträge, der Betriebe und ihrer Leiter zu. Das Schicksal des östlichen Großgrundbesitzes lag nun weitgehend in ihrer Hand.“

„Dank ihrer konsequenten [...] und systematischen Verhandlungstaktik“, die von „festumrissenen Prämissen“ ausging und „klare Ziele“ verfolgte, hatten sich „Braun und Klepper fast völlig“ gegen „die Wünsche des östlichen Großgrundbesitzes“ durchgesetzt, obwohl diese „im Verlaufe der ganzen Vorbereitungszeit ständig formuliert und an die Reichsregierung herangetragen worden waren“. Als Grund nennt Fiederlein die Tatsache, daß „Schiele sich innerhalb des Kabinetts nicht durchzusetzen vermocht hatte und zudem noch von Klepper laufend überspielt worden war. In organisatorischer wie in personeller Hinsicht hatte das Reich, wenn man es, wie von den Initiatoren des Kabinetts Brüning geplant, als Verteidiger der Belange der östlichen Landwirtschaft ansieht, den kürzeren gezogen.“²⁰³ In diesem Erfolg der preußischen Regierung, der unbestritten auch ein persönlicher Erfolg Kleppers war, war allerdings schon der Kern zum Konflikt

¹⁹⁹ Durchführungsverordnung vom 8. 8. 1930 zur Einrichtung von sogenannten Landstellen in Königsberg, Köslin, Schneidemühl, Breslau und Oppeln und Durchführungsverordnung vom 3. 9. 1930 zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Landstellen ab 10. 11. 1930, Umschreibung ihres Aufgabenbereiches und Bestimmung der Zusammensetzung der Beiräte (Fiederlein, S. 120).

²⁰⁰ Vgl. Ministerbesprechung vom 7. 8. 1930 und 8. 8. 1930 (AdR-Brüning, Nr. 96).

²⁰¹ Schulze, Braun, S. 682 f.: v. Dewitz hat sich dann auch als Quertreiber erwiesen und sich unter Umgehung der Reichskommissare direkt an Hindenburg gewandt und sich bitter beschwert. Zur Affäre v. Dewitz vgl. auch Fiederlein, S. 182–192, der der Affäre zehn Seiten widmet und meint, man müsse den Fall aufgrund des Aktenmaterials differenzierter betrachten.

²⁰² Brief Schmidt an Lauffer, 15. 5. 1931 (VNL-K, Nr. 191). Vgl. Fiederlein, S. 124.

²⁰³ Fiederlein, S. 124.

angelegt, denn weder würde die Reichsregierung, die ihre ursprünglich „starke Position“ praktisch für „ein Linsengericht“²⁰⁴ aufgegeben hatte, auf die Dauer dem Druck des Reichspräsidenten, stärker Einfluß zu nehmen, widerstehen können, noch würden die östlichen Agrarier und ihre Vertreter, allen voran der nun tonangebende Hugenbergflügel der DNVP²⁰⁵, ruhen, mit allen Mitteln das Osthilfegesetz zu unterlaufen und die Arbeit der Preußenkasse zu erschweren.

Nach der Septemberwahl 1930, die einen deutlichen Rechtsruck gebracht und bei der auch die Osthilfe eine starke Rolle gespielt hatte, tauchten neue Pläne für eine umfassendere Osthilfe auf: das Hugenbergprogramm²⁰⁶ sowie der Entschuldungsplan von Friedrich Karl v. Zitzewitz-Kottow, den Klepper in einem für die Reichsregierung angefertigten umfangreichen Gutachten einer strengen Kritik unterzogen und der genau wie der Hugenbergplan „eine einmütige Ablehnung“ gefunden hatte. Außerdem gab es den im Dezember 1929 erstmalig vorgestellten Silberbergplan, der „in der Zeit der Krise“ „die Solidarität von Industrie und Landwirtschaft“ demonstrieren sollte, aber trotz des positiven Echos, das er ausgelöst hatte, keinen Niederschlag in der Osthilfe-Gesetzgebung vom Sommer 1930 gefunden hatte²⁰⁷. Sämtliche Pläne waren eine Antwort auf die trotz aller Maßnahmen wachsende Agrarkrise im Osten und führten schließlich zu dem Entschluß Brünings, Anfang Januar 1931 eine Ostreise zu unternehmen, um sein nicht nachlassendes Interesse an der Lösung des Agrarproblems zu demonstrieren. Brüning wollte versuchen, „die Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und der Überlegung am grünen Tisch für die nächste Zeit auszuschalten“, wie er in einer Rede in Ostpreußen versicherte²⁰⁸. Fiederlein meint, diese Ostreise habe „den Arbeiten zum Osthilfegesetz eine entscheidende Wendung“ gegeben²⁰⁹, da Brüning stark beeindruckt von der Not wie auch von der Rückständigkeit des Ostens zurückkehrte, den er „auch heute, nach 120 Jahren, nicht reif für eine Demokratie, auch nicht in gemäßigter Form,“ hielt²¹⁰. All diese Impulse führten zu den Bemühungen um eine neue Osthilfegesetzgebung, zu der erneut die Industrie hinzugezogen wurde²¹¹.

²⁰⁴ Denn Preußen hatte sich nicht, wie ursprünglich vom Reich erwartet, an der Finanzierung der Umschuldungsaktion beteiligt, vgl. Fiederlein, S. 125 ff.

²⁰⁵ Am 19. Juli 1930 vollzog der von Kuno Graf v. Westarp geführte Flügel, dem auch Treviranus angehörte, die lang geplante Trennung von Hugenbergs DNVP und schloß sich am 23. 7. 1930 der Konservativen Volkspartei an, vgl. Fiederlein, S. 112 f. Vgl. die Rede des General-Landschaftsdirektors Walther v. Hippel am 28. 1. 1931 in der Vollsitzung der Landwirtschaftskammer und den Begleitbrief von Regierungsassessor Emil Pahlke an Laufer, 31. 1. 1931 (VNL-K, Nr. 191).

²⁰⁶ Der Wahlkampf wird von Fiederlein S. 127–147, vor allem aus der Perspektive Ostdeutschlands, genau dargelegt, die Ergebnisse werden analysiert, die Folgen erörtert, und ab S. 147 ff. die Reaktionen, die fast ausnahmslos negativ waren, erläutert.

²⁰⁷ Der Zitzewitzplan in: Umdruck, R 43/1805, Bl. 202–228, und Kleppers Gutachten vom 10. 12. 1930 ebenda, Bl. 178–201, genau erläutert von Fiederlein, S. 154–159 und Silberbergplan, S. 159 f. Die Besprechung des Pläne zur Osthilfe siehe: Aufzeichnungen des Ministerialrats Feßler über eine Chefbesprechung wegen der Osthilfe 11. 12. 1930 (AdR-Brüning, Nr. 195).

²⁰⁸ Die Reise dauerte vom 4. bis 11. Januar 1931. Text der Rede vom 6. 1. 1931 in: Treue, S. 263.

²⁰⁹ Fiederlein, S. 160 ff., S. 160.

²¹⁰ Brüning, Memoiren, S. 241 ff., S. 243.

²¹¹ Am 30. 1. 1931 war ein auf dem Silberbergplan aufbauender neuer Entwurf von der Oststelle unter Mitwirkung des RFMs fertiggestellt worden (NL-Pünder, Nr. 111). Vgl. zu den folgenden Beratungen: Fiederlein, S. 166 f., Pünder, S. 88 und AdR-Brüning, Nr. 230 ff.

Die Gesetzentwürfe, die Mitte Februar 1931 „nach undenklichen Schwierigkeiten“ vom Reichskabinett verabschiedet wurden, basierten weitgehend auf dem Gesetzentwurf vom Vorjahr²¹². Im Reichsrat hatte Preußen noch Änderungen durchsetzen können, die die Interessen der Preußenkasse gegenüber der Industriebank sicherstellten, was der Reichstag in seiner namentlichen Abstimmung am 26. März 1931 billigte²¹³. Die drei Osthilfegesetze traten am 31. März in Kraft²¹⁴, und gleichzeitig nahm der Reichstag auch das „Agrarermächtigungsgesetz“ an²¹⁵. Damit war „eine wichtige innenpolitische Aufgabe – die Verwirklichung der Osterbotschaft des Reichspräsidenten vom Vorjahr – [...] zumindest was die gesetzgeberische Seite anbelangte, erledigt, [...] und Brünings innenpolitische Position [...] gestärkt“²¹⁶.

Nach dem Erlaß der drei Durchführungsverordnungen im Sommer²¹⁷ hätte nun alles reibungslos ablaufen können; auch Preußen konnte zufrieden sein, denn das neu „festgelegte Entschuldungsverfahren entsprach fast vollständig den Vorstellungen Preußens“, aber gerade das war Anlaß genug für die Rechte, sich eben nicht zufriedenzugeben, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das ‚rote‘ Preußen anzukämpfen, um so mehr, als sich nun die Weltwirtschaftskrise massiv auf Deutschland auszuwirken begann und das knapper werdende Geld natürlich auch das Osthilfebudget schmälerte. Preußen und vor allem die Preußenkasse und damit ihr Präsident blieben ein ‚rotes Tuch‘ für den ostdeutschen Großgrundbesitz, und zwar nicht etwa wegen der Konstruktion des Osthilfegesetzes, sondern wegen der politischen Machtverhältnisse²¹⁸.

Das Problem Osthilfe spitzte sich auf den Dualismus von Reich und Preußen zu. Bereits im Sommer 1930 war in den „Deutschen Führerbriefen“ die These vertreten worden, „daß bei einem Weiterbestehen des Dualismus von Reich und Preußen die Osthilfe zum Scheitern verurteilt und ohne Ausschalten der preußischen Regierung eine ‚Rettung der Landwirtschaft‘ nicht möglich sei“, ja daß „für den Fall eines Aufschiebens dieses Problems [...] sich zwangsläufig die gesamte nationale Front einschließlich der Landwirtschaft mit dem Ziel der Durchsetzung des grundsätzlichen Kampfes‘ wieder zusammenschließen werde“²¹⁹. Die Prophezeiung sollte nur allzu wahr werden. Ab Sommer 1931 ging es tatsächlich um einen „grundsätzlichen Kampf“, den Preußen am 20. Juli 1932 und das Reich am 30. Januar 1933 verlor. Klepper war sich dieser Gefahr bewußt, und sein Kampf um das agrarpolitische Konzept und um die Erhaltung Preußens muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Doch auch die Diffamierungskam-

²¹² Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums vom 14. 2. 1931 in: NL-Pünder, Nr. 112 und Pünder, Tagebuchnotiz vom 16. 2. 1931.

²¹³ Verabschiedung durch Reichsrat und Reichstag, Gesetzestext, Fiederlein, S. 172 ff.

²¹⁴ „Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens“ (Osthilfegesetz; RGBl. 1931, I, S. 134 f.; abgedruckt bei Borcke-Stargordt, S. 117 ff., kommentiert S. 45 f.).

²¹⁵ RGBl. 1931, I, S. 101 f.

²¹⁶ Fiederlein, S. 177. Vgl. RT, Bd. 445, S. 1987.

²¹⁷ RGBl. 1931, I: 21. 5. 1931 (S. 277), 29. 6. 1931 (S. 355) und 22. 7. 1931 (S. 397). Das Entschuldungsgebiet wurde erweitert, neue Landstellen wurden in Berlin, Rostock und Dresden errichtet, die Bestimmungen der bisherigen Umschuldungsrichtlinien an die neue Osthilfegesetzgebung angepaßt und Grundsätze für die zu bildenden Haftungsverbände erlassen (Fiederlein, S. 178 f.).

²¹⁸ Fiederlein, S. 182 und 177, er zitiert den Grafen Westarp, RT, Bd. 445, S. 1987.

²¹⁹ Fiederlein, S. 205, er zitiert die Deutschen Führerbriefe 3 (1930), Nr. 35.

pagnen, die seinen Ruf nachhaltig geschädigt und Folgen bis in die Nachkriegszeit gehabt haben, gehören in diesen Kontext.

Das komplizierte Geflecht von Faktoren, die zum Ausbruch der Osthilfekrise geführt haben, und die Entwicklung bis zum Ausstieg Preußens aus der Osthilfe wird von Fiederlein so differenziert und durch reiches Quellenmaterial belegt dargestellt²²⁰, daß es hier genügt, noch einmal die Positionen der einzelnen Kontrahenten bei der Auseinandersetzung um die Durchführung der Osthilfe einander gegenüberzustellen, um deutlich zu machen, wie aus der Osthilfe der bereits anfangs skizzierte verschärfte Konflikt zwischen dem Reich und Preußen wurde, bei dem das schwächere Preußen den kürzeren zog. Braun schildert den Zusammenhang in seinen Memoiren: „Bei der Umschulung bildete sich bald eine Begünstigung der Großgrundbesitzer zum Nachteil der bauerlichen Besitzer heraus, was nicht zuletzt auf die Zusammensetzung der Taxkommissionen, die zumeist aus Interessenten bestanden, zurückzuführen war. Die preußische Regierung bemühte sich nicht ohne Erfolg, durch ihre örtlichen Behörden und die sachkundigen Kommissare der Preußenkasse diesem Unwesen entgegenzusteuern, wobei wieder der Dualismus Reich–Preußen in Erscheinung trat. Preußen sabotiert die Ostpreußenhilfe!, so schallte es durch die agrarkonservativen Blätter und fand auch seinen Widerhall im Reichspräsidentenpalais. Tatsächlich sabotierte Preußen nur den *Mißbrauch* dieser staatlichen Hilfsaktion zur Bereicherung der ostpreußischen Junkersippe. Diese versuchte, sich mit aller Gewalt durchzusetzen.“²²¹

Braun skizziert die Konfliktparteien: Auf der einen Seite stand die Preußenkasse mit ihrer bereits beschriebenen politischen Zielsetzung, ihrem selbst von politischen Gegnern immer wieder anerkannten Know-how und ihrem großen Einfluß auf die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Preußenkasse war ihrerseits eingebettet in die Politik der hinter ihr stehenden Regierung unter Ministerpräsident Braun, und sie wurde in ihren Zielen und Maßnahmen bestätigt durch den neuesten Stand der Forschung auf dem Sektor der Wirtschafts- und Agrarpolitik. Man sollte meinen, eine gute und gefestigte Position!

Ihr gegenüber standen eine Vielzahl sich teilweise bekämpfender, teilweise stützender Personen beziehungsweise Institutionen, das heißt eine in sich uneinige Front: Einmal waren da die Großagrarier, vertreten zum Beispiel durch Graf Kalckreuth, den Präsidenten des Reichslandbundes, der im Juli 1931 in einem Brief an den Reichspräsidenten den Gedanken der Autarkie beschworen und zu einer Politik der „nationalen Opposition“, der „wertvollen“ und „fähigen Kräfte“ aufgerufen hatte, die „bereit seien, das Werk der Rettung Deutschlands verantwortlich zu übernehmen“ und den dazu notwendigen „völligen Bruch mit den Kräften des internationalen Marxismus“ zu vollziehen²²². Dem entsprach die Parole des bereits erwähnten Kommissars für die Osthilfe in Pommern, Johann Georg v. Dewitz: Die Landwirtschaft lehne die Politik der Preußenkasse ab und folglich müsse „der Dualismus zwischen Reich und Preußen“

²²⁰ Fiederlein, S. 180–212.

²²¹ Braun, S. 386. Vgl. die übereinstimmende Schilderung bei Engelmann, S. 23.

²²² R 43 I/678, Bl. 132 ff., Abschrift des Schreibens von Meissner, 24. 7. 1931, mit der Bitte um Kenntnisnahme an den RK übersandt, und mit dem Vermerk, der RP habe sich mit einer Empfangsbestätigung begnügt (Bl. 131), zitiert bei Fiederlein, S. 214.

beseitigt werden²²³. Ein Teil dieser Gruppierung wollte, daß Preußen ganz im Reich aufgeht, ein anderer, und das war eher der größere Teil, wollte nur die ‚rote‘ Regierung in Preußen beseitigen²²⁴. Zum anderen gab es den Reichspräsidenten, der seine Standesgenossen stützte²²⁵ und die Regierung Brüning seinerseits zunehmend unter Druck setzte. Schließlich Brüning selbst, der sich hinter Treviranus und zeitweilig gegen Preußen stellte. Noch vor der Verabschiedung des Osthilfegesetzes hatte er sich vorgenommen, „die erste Gelegenheit [zu] benutzen, um Hirtsiefer – und Preußen überhaupt aus jedem Einfluß aus der Osthilfe herauszudrängen“, einmal um „der Sache“ willen, zum anderen „aus Rücksicht auf die politische Stellung von Treviranus“²²⁶. Allerdings konnte er dieses Vorhaben nicht gradlinig verfolgen, weil er seit den Septemberwahlen auf die Tolerierung der SPD angewiesen war und folglich Rücksicht auf die preußische Regierung nehmen mußte. Doch Klepper, den er für „eines der größten Hemmnisse für Treviranus bei einer schnelleren Durchführung der Ostpolitik“ hielt²²⁷, blieb Ziel zahlreicher Angriffe. Treviranus stützte diese Propaganda und verfolgte am eifrigsten die „Politik der Nadelstiche gegen Preußen, um dessen Austritt [aus der Osthilfe] zu provozieren“²²⁸.

Doch das Problem war, daß sich die Kritik der Landwirtschaft „nicht nur gegen Preußen und das Entschuldungssystem [*richtete*], sondern auch gegen Treviranus und Kurt Wachsmann, die Vertreter des Reiches in der Oststelle. Man sprach von der ‚Geschäftsunfähigkeit und Unzuverlässigkeit des, wenn auch menschlich sehr sympathischen‘ Reichskommissars“. Man warf ihm eine „nur ungenügende Beherrschung dieser schwierigen Materie“ vor und kreierte ihm an, daß er sich „im Tageskampf gegenüber den preußischen Vertretern, die auf dem Gebiet des Agrarkreditwesens qualifizierte Kräfte waren“, als unterlegen und unfähig erwies, eine „einheitliche Linie in der Oststelle durchzusetzen und die Belange des Reiches energisch zu vertreten“²²⁹.

Für diese Uneinigkeit im konservativen Lager war die Preußenkasse und besonders Klepper der ideale Prügelknabe, wenigstens in der Abwehr konnte man sich einig sein. Eine ebenfalls zweifelhafte Einigkeit fand dieses Lager in der sogenannten „Harzburger Front“²³⁰. Welche grotesken Formen der Versuch, einzelne Persönlichkeiten bloßzustellen, annehmen konnte, beleuchtet die folgende, Klepper betreffende Anfrage im preußischen Landtag und der zugehörige Zeitungskommentar. Das Staatsministerium wurde von Hans v. Rohr gefragt, ob es das Verhalten Kleppers billige: er sei beim Genossen-

²²³ Dewitz' Bericht vom 8. 5. 1931 an Hindenburg (R 43 I/1809, Bl. 282–304) wird im Brief des RP an den RK vom 13. 5. 1931 erwähnt (AdR-Brüning, Nr. 297, Zitate aus dem Bericht in Anm. 1, ebenda).

²²⁴ Fiederlein, S. 206 f.

²²⁵ In seinem Brief an Brüning vom 13. 5. 1931 stellte er sich hinter v. Dewitz und dessen Bericht, „der vieles bestätigt, was [*ihm*] auch von anderen Seiten wiederholt vorgetragen worden“ sei und dessen Vorschläge zur Veränderung der Osthilfe er „durchaus beachtlich“ finde (AdR-Brüning, Nr. 297). Vgl. andererseits das sich allmählich verschlechternde Verhältnis Hindenburgs zu Braun (Schulze, Braun, S. 617 f.).

²²⁶ Brüning, Memoiren, S. 215. Dabei gilt es mitzubedenken, daß Treviranus eine sehr enge Verbindung zu Brüning hatte, laut Luther der einzige enge Freund, vgl. Luther, S. 129, Treviranus, Brüning und Ders., Exil.

²²⁷ Brüning, Memoiren, S. 481 f.

²²⁸ Schulze, Braun, S. 686.

²²⁹ Fiederlein, S. 211 f., er zitiert zahlreiche Zeitzeugen.

²³⁰ Bildung der Harzburger Front am 11. 10. 1931. Vgl. Bracher, Auflösung, S. 407 ff.

schaftstag im November in Swinemünde, als die Versammlung sich zu Ehren des Generalfeldmarschalls August v. Mackensen erhoben habe, sitzen geblieben. Die Antwort des Staatsministeriums war: „Ja!“²³¹ Einige Tage später stand dazu folgender Kommentar in der Zeitung *Der Tag*: „Mit diesem kleinen Wörtchen ‚ja‘ wird die Berechtigung des nationalen Kampfes gegen das System in Preußen in geradezu klassischer Form bestätigt. Ein hoher preußischer Funktionär verweigert einem verdienten alten Soldaten die verdiente Ehrung. In jedem anderen Staat der Erde wäre ein solches Verhalten gerügt worden, in Neupreußen billigt es der Ministerpräsident. Dies ist eine politische Frage allerersten Ranges, wenn von Staats wegen Ehrfurcht nicht mehr die Rolle im öffentlichen Leben zugebilligt wird, die sie haben muß. Was soll die Reichswehr, der einfache Soldat denken, der auch in der Republik den Heerführern die nötige Achtung zu erweisen hat.“²³² Dies war die neue Art des Kampfes, dem die Verteidiger der Republik sich nun in zunehmenden Maße ausgesetzt sahen.

Zu diesem Zeitpunkt, am 23. November 1931, war es dann auch so weit, daß Preußen seine Vertreter aus der „Oststelle bei der Reichskanzlei“ zurückzog und folgende Mitteilung an die Presse gab: „Anlässlich des Erlasses der Notverordnung der Reichsregierung über die Umgestaltung der Osthilfe²³³ sind vielfach unzutreffende Mutmaßungen über die Behandlung der Landwirtschaftskredite seitens der preußischen Zentralgenossenschaftskasse aufgetaucht. In der allgemeinen Geschäftspolitik der Preußenkasse sind keine Änderungen eingetreten. Die Preußenkasse sieht nach wie vor ihre Aufgabe darin, Störungen im genossenschaftlichen Kreditapparat zu verhüten. Einerseits muß sie darauf dringen, daß fällige Rückzahlungen, soweit es irgend möglich ist, geleistet werden; deshalb lehnt sie generelle Stundungen ab. Andererseits wird sie da, wo die Rückzahlung unmöglich ist, jedes vertretbare Entgegenkommen zeigen.“²³⁴

²³¹ GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 21, Bl. 30 f., Antwort vom 21. 11. 1931. Vgl. BAP, 62 DAF3, 17632, Bl. 114; Frankfurter Zeitung, Nr. 875, 24. 11. 1931.

²³² BAP, 62 DAF3, 17632, Bl. 115; *Der Tag*, Nr. 281, 24. 11. 1931: Dieser Vorgang und die Tatsache, daß die preußische Regierung nur mit „Ja“ geantwortet hatte, war auch Gegenstand der preußischen Landtagsdebatte vom 16. 12. 1931, die sich mit dem Mißtrauensvotum gegen Klepper als preußischer Finanzminister befaßte (PrLT, 264. Sitzung, Sp. 23170 ff., 23202 f.).

²³³ Erlaß des Reichspräsidenten „über die Bestellung eines Reichskommissars für die Osthilfe“ vom 5. 11. 1931 (RGBl. 1931, I, S. 665), Notverordnung „zur Sicherung der Osthilfe“ vom 6. 11. 1931 (ebenda), Verordnung „zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Osthilfegesetz“ vom 14. 11. 1931 (RGBl. 1931, I, S. 681) und die Verordnung „zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet“ vom 17. 11. 1931 (RGBl. 1931, I, S. 675), sind bei Borcke-Stargardt, S. 126 ff., abgedruckt.

²³⁴ DGBKa, ND-P.Z., Nr. 273, 7. Jg., Bl. 2 vom 24. 11. 1931, ebenda Kommentare zum Osthilfegesetz von Korrespondenz Osthilfe und dem „Verband ostpreußischer Müller“. Vgl. dazu Brief Lauffers an Graf zu Castell-Rüdenhausen (Hamburg) vom 1. 10. 1936: „Im November 1931 entstanden zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Art, die Osthilfe fortzusetzen; insbesondere hatte die preußische Staatsregierung Bedenken, dem von der Reichsregierung geplanten generellen Vollstreckungsschutz zuzustimmen. Diese Meinungsverschiedenheiten führten dazu, daß Preußen im November 1931 seine Vertreter aus der Oststelle bei der Reichskanzlei - darunter auch mich - zurückzog“ (Abschrift in K/Kor).

Ab jetzt gab es nur noch einen Kommissar für Osthilfe, er hieß Hans Schlange-Schöningen²³⁵. Braun meint in seinen Memoiren, daß er „sich zum ernstesten Politiker entwickelt“ habe²³⁶ und „genau diejenige Politik“ betreibe, die er selbst „immer hatte durchsetzen wollen“, nämlich nicht mehr sanierungsfähige Betriebe „durch Siedlungsgesellschaften übernehmen und aufsiedeln“ zu lassen. Doch, so meint Hagen Schulze, war es gerade „diese Politik, die schließlich am übermächtigen Einfluß der agrarischen Interessenverbände auf den Reichspräsidenten zerschellen und zur Entlassung Brünings führen sollte“²³⁷. Übrigens hält Gerhard Schulz das agrarpolitische Programm Schlanges für „nicht sonderlich originell“²³⁸. Es sei vermutlich von Hirtsiefer übernommen worden, denn dessen Denkschrift über die „Durchführung der Osthilfe“ vom 21. Oktober 1931²³⁹ sei, noch bevor Brüning sie kannte, in die Hände Schlanges geraten und von diesem mit zustimmenden Kommentaren versehen worden²⁴⁰. Daß Hirtsiefers Denkschrift auf der Linie der Preußenkasse lag, ist naheliegend. Mochte Braun auch mit dem Kurs Schlanges zufrieden sein, so konnte ihn das „nicht dafür entschädigen, daß eine seit 1918 mühsam gegen das Reich errichtete Position Preußens mit einem Schlage zusammengebrochen war“²⁴¹. Auch Klepper empfand dies, wie Engelmann zu berichten weiß, als eine „Niederlage seiner Politik“²⁴².

Auf die Frage, warum Schlange, der im Endeffekt genauso scheitern mußte wie Klepper, zunächst erfolgreicher war, lassen sich mehrere Antworten finden. Vor allem konnte er von dem Jubel darüber, daß die ‚roten‘ Preußen endlich aus der Osthilfe heraus waren, profitieren. Außerdem war Schlange Landwirt, Standesgenosse und kam aus dem Osten, nichts davon traf auf Klepper zu. Schlange hatte nicht nur eine etwas geschicktere Art, seine Ideen zu vermitteln, sondern er setzte auch andere Akzente, die Erhaltung der Be-

²³⁵ Schlange-Schöningen wurde am 9. 11. 1931 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe (vgl. Schlange-Schöningen, *Am Tage*, S. 53 und zur Vorgeschichte S. 50 ff.). Schlange erhielt auf Anregung Aereboes den landwirtschaftlichen Ehrendoktor (Muth, *Zum Sturze*, S. 748). Wengst, in: *GWU* 30 (1979), S. 538–551.

²³⁶ Braun, S. 389. Vgl. auch das Urteil Grzesinskis: Er bezeichnet Schlange-Schöningen als „aufgeklärten und deshalb im Rechtslager so sehr verhassten Junker“ (*Lebensweg*, Bl. 275). Schlange schreibt in seiner Schrift „Bauer und Boden“ über Tiberius Gracchus, wohl sich selbst skizzierend: „Ganz selbständig geworden, machte er die große, in Rom noch nie dagewesene Kehrtwendung vom Optimatenkrieger zum sozialen Politiker, zum Anwalt der Armen“ (S. 7). Vgl. auch das Schlange-Kapitel bei Fiederlein, S. 216 ff., Muth, *Zum Sturze*, S. 741 ff., Muth, *Agrarpolitik*, S. 323 ff. Im November 1927 hatte Schlange-Schöningen schon eine Broschüre: „Die Rettung der Landwirtschaft, ein Gesetzesvorschlag zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Kredites“, veröffentlicht (GSTAB, Rep. 84a, 1911, Bl. 33–42).

²³⁷ Schulze, Braun, S. 688.

²³⁸ Schulz, Brüning, S. 593: „Schlange war nicht sonderlich originell, was Muthkennt. Er bedurfte der Anregungen und war offenkundig durch intellektuell beweglichere Köpfe beeinflussbar.“

²³⁹ Ebenda, S. 592. Die Denkschrift befindet sich in: GSTAB, Rep. 90, Nr. 1111, abgedruckt in: *Politik und Wirtschaft*, S. 1067–1071. Hirtsiefer hat sie zum Abschluß seiner Tätigkeit als Kommissar für die Osthilfe verfaßt, und man kann mit Sicherheit annehmen, daß er die Abfassung mit Klepper zumindest beraten hat, zumal sich starke Parallelen zu Kleppers Aufsätzen und seiner Schrift über die Auffangorganisationen (s.o.) nachweisen lassen. Vgl. ebenda, S. 1072 ff.: „Aufzeichnungen Schlange-Schöningens zur Agrarpolitik“ vom 24. 10. 1931.

²⁴⁰ Schulz, Brüning, S. 592. Am 29. 10. 1931 hat Braun die Schrift an Brüning gesandt.

²⁴¹ Schulze, Braun, S. 688.

²⁴² Engelmann, S. 24 f.

triebe war oberstes Gebot, und durch sein neues Sanierungsverfahren²⁴³ gewährte er fast allen verschuldeten Betrieben zunächst einmal eine Atempause und vorübergehenden Schutz vor der Zwangsvollstreckung. Trotz scharfer Gegenreaktionen, die auch er erfuhr²⁴⁴, besaß Schlange die Vollmachten des Reichspräsidenten, konnte die Ostbehörde in einer Hand konzentrieren und sich auf einen eingespielten und gut geschulten Beraterstab stützen, der, von Klepper angespornt, loyal unter der neuen Führung weiterarbeitete.

Was das für die Berater im einzelnen bedeutete, geht aus einer von Engelmann geschilderten Besprechung Kleppers mit seinen erfahrensten Betriebsstellenleitern wenige Monate nach der Neuregelung hervor. Diese übten teilweise in scharfer Form Kritik an der neuen Durchführung der Osthilfe, Klepper habe sich alles ruhig, „zunächst ohne Kommentar, aber sichtlich zustimmend und über manche Bemerkung seiner früheren, jetzt einer Reichsbehörde unterstellten Mitarbeiter belustigt“, angehört. Doch dann habe er sich zu einer Schlußbemerkung erhoben, allen Referenten gedankt, „sein Verständnis für ihre Schwierigkeiten, einer den früheren Intentionen, in denen sie geschult waren, entgegengesetzten agrarpolitischen Aktion dienen zu müssen“, zum Ausdruck gebracht und „mit erhobener Stimme – ein von ihm höchst selten angewandtes rhetorisches Mittel – hinzu[gefügt], „aber es wird weitergearbeitet, und zwar loyal und seriös““²⁴⁵. Die Tatsache, daß das von Klepper geschulte Personal weiter für die Arbeit der Osthilfe zur Verfügung stand, hat entscheidend zu den Anfangserfolgen von Schlanges Ostpolitik beigetragen. Auch gab es gewisse Parallelen zwischen Klepper und Schlange in ihrer Arbeitsweise. Beide organisierten ihre Ämter unkonventionell, rationell und auf Teamarbeit und Eigenverantwortlichkeit ausgerichtet²⁴⁶. Sie scheinen sich im Kreis von Professor Ernst Jaeckh, dem Gründer und Präsidenten der Deutschen Hochschule für Politik, begegnet zu sein²⁴⁷. Auch Schlange wurde als „Agrarbolschewist“²⁴⁸ und von seinen eigenen Leuten (DNVP) als „Hecht im Karpfenteich“ bezeichnet²⁴⁹. Sogar Brüning sah beide im Zusammenhang; in einem Briefentwurf an Rudolf Olden schrieb er 1935: „Ich freue mich, daß Sie wenigstens an Schlange etwas Gutes finden. Er ist der einzige, der später die Agrarfragen lösen kann. Wenn Klepper gelernt hat, seine Regungen zum Quertreiben zu unterdrücken, wird seine außergewöhnliche Intelligenz neben Schlange das Wertvollste sein.“²⁵⁰

Für Klepper endete das Kapitel Osthilfe im November 1931, etwa gleichzeitig mit seiner Tätigkeit als Präsident der Preußenkasse. Daß er sich als solcher trotz aller Polemik unbestrittene Verdienste um die Stabilisierung der Bank, die als eine der wenigen in der

²⁴³ Vgl. Schulz, Brüning, S. 595. Schulz nennt das Sanierungsverfahren „eine neue Rechtsfigur. Die Betriebe beantragten beim Leiter des zuständigen Finanzamtes die Zulassung zum Sanierungsverfahren; dieser entschied nach Anhörung landwirtschaftlicher Sachverständiger“, wobei Schlange betont, daß „„äußerstes Wohlwollen““ zu herrschen habe.

²⁴⁴ Braun, S. 390.

²⁴⁵ Engelmann, S. 24 f.

²⁴⁶ Schlange, Am Tage, S. 54 ff.

²⁴⁷ BAK, NL-Schlange-Schönungen, Politische Papiere Nr. 2. Vgl. Fiederlein, S. 217.

²⁴⁸ Vgl. Muth, Agrarpolitik, S. 327–331, S. 338 ff., 350 ff., vgl. vor allem S. 360: der Anteil von Schlanges Agrarpolitik am Sturz Brünings.

²⁴⁹ BAP; Akte DNVP 60V² (9), Bl. 103: Oscar Hergt an Erich Rogge, 27. 10. 1923, ebenda, Bl. 85: Schlange an Hergt, 3. 12. 1923.

²⁵⁰ Brüning, Briefe, S. 85, Brief vom 28. 8. 1935.

Bankenkrise vom Sommer 1931 liquide blieb²⁵¹, sowie um die Reorganisation des Genossenschaftswesens, das „ohne ihre vorangegangene Erstarkung und Konsolidierung [...] als geschlossene Organisation“ die Zeit des Nationalsozialismus „schwerlich überstanden“ hätte²⁵², erworben hat, ist selbst bei seinen Gegnern unbestritten. Um so erstaunlicher ist es, daß er seinen durch Ansehen gefestigten und gut bezahlten Posten mit dem vergleichsweise schlecht dotierten Schleudersitz²⁵³ des preußischen Finanzministers zu vertauschen bereit war.

²⁵¹ „Preußen 1932“, S. 106: „Die katastrophale Krise im Jahre 1931, der sogar bedeutende Großbanken zum Opfer fielen, wurde von der Preußenkasse ohne fremde Hilfe (Staatsstützung) überwunden.“

²⁵² Engelmann, S. 33.

²⁵³ Kleine Anfrage, Nr. 2938, des DNVP-Abgeordneten v. Rohr im PrLT, 17. 11. 1931: „Herr Klepper erhielt in seiner alten Stellung ein Jahresgehalt von 100 000 RM, während die Gesamtbezüge in seiner neuen Stellung sich auf nur etwa 30 000 RM belaufen. Auf den Erwerb einer Pensionsberechtigung in der neuen Stellung ist nicht zu rechnen, da der neu zu wählende Landtag zweifellos einen Mann wie Herrn Klepper nicht im Amt lassen wird. Auch die Rückkehr in seine alte Stellung wird ihm verschlossen sein. Infolgedessen bedeutet der Wechsel aus dem alten in das neue Amt für Herrn Klepper äußerlich eine erhebliche finanzielle Schlechterstellung. Es wird daher in weiten Kreisen befürchtet, daß Herr Klepper unter der Hand ein Ersatz für die äußerlich eingetretene Gehaltsminderung verschafft oder zugesichert worden ist. Ich frage das Staatsministerium: 1. Erhält Herr Klepper als Finanzminister außer dem im Haushalt verzeichneten Beträge noch irgendwelche Zuwendungen aus Mitteln des preußischen Staates, der Preußenkasse oder irgendwelcher anderen in unmittelbarer oder mittelbarer Beziehung zum preußischen Staat stehenden Stelle? 2. Sind Herrn Klepper im Zusammenhang mit seiner Berufung irgendwelche anderen Zuwendungen oder Zusicherungen seitens des Herrn preußischen Ministerpräsidenten gemacht oder vermittelt worden?“ (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 21, Bl. 27 ff.) Die Antwort erfolgte am 21. 30. 1931 mit „Nein“, gez. Braun. Dazu gehört ein Brief Brauns an den Chefredakteur Fischer von Der Vorstoß vom 21. 11. 1931, in dem genaue Angaben über den Verdienst Kleppers gemacht werden (75 000 RM bei der P.Z. und ca. 28 000 RM als FM ohne besondere Zusicherungen). Dazu: DGBkA, ND-P.Z., Nr. 270, 7. Jg., Bl. 2 f., 20. 11. 1931. Am 19. 11. 1931 erfolgte eine zweite Anfrage (Nr. 2943) in der gleichen Angelegenheit durch den NSDAP-Abgeordneten Wilhelm Kube (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 21, Bl. 32). Gemäß seiner Gehaltsaufstellung in VNL-K, Nr. 154, Bl. 55 (1931) erhielt Klepper monatlich: Dienstbezüge als Minister 3 000 RM Grundgehalt, 210 RM Wohnungszuschuß, 55 RM Kinderbeihilfe, 90 RM Ortszuschlag, 400 RM Aufwandsentschädigung minus 136 RM Steuer, dazu kamen Nebeneinkünfte jährlich berechnet: Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt 2 600 RM, Deutsche Genossenschaftshypothekenbank 513,64 RM, Deutsche Landesbankzentrale 1 000 RM, Getreide-Handelsgesellschaft 1 890 RM, Hannoversche Bodenkreditbank 1 408,70 RM, Getreideindustrie- und Commissions AG 2 000 RM, zusammen: 9 412,34 RM jährlich (monatlich etwa 785 RM).

5. Das preußische Finanzministerium unter Klepper

Über die Motive, die Klepper zur Übernahme des neuen Amtes bewogen haben, ist viel gerätselt worden. Engelmann, der diese Entscheidung mit Klepper seinerzeit ausführlich diskutiert hatte, legt Zeugnis über die verschiedenen Erwägungen ab: „Klepper trat Ende 1931 sein Ministeramt nicht mit der gleichen zielbewußten Energie an, mit der er Anfang 1928 die Leitung der Preußenkasse übernommen hatte. Er war sich dessen bewußt, daß er seine Berufung in die Regierung nicht einer besonderen Aufgabe zu verdanken hatte, deren Lösung wie die seinerzeitige Krise der Preußenkasse und des Genossenschaftswesens gerade von ihm erwartet werden konnte, sondern dem plötzlich eingetretenen Bruch zwischen Ministerpräsident Braun und Finanzminister Höpker-Aschoff, der um so gefährlicher war, als die kritisch gewordene Finanzlage Preußens die Gefahr heraufbeschworen hatte, seitens der Reichsregierung als Vorwand zu einem Eingriff benutzt zu werden. [...] Klepper war sich der Defensivposition, in der sich die Staatsregierung schon seit längerer Zeit gegenüber den erstarkten reaktionären Tendenzen in der Reichspolitik befand, bewußt. Er hatte sie in der letzten Zeit seiner Präsidentschaft zur Genüge kennengelernt. [...] Klepper übernahm sein Amt, ohne sich die geringsten Illusionen über die Möglichkeit sachlicher oder persönlicher Erfolge zu machen.“¹ Adenauer hatte das klar erkannt und telegraphierte: „Aufrichtig erfreut über Zurückstellung Ihrer Bedenken, spreche ich Ihnen herzliche Glückwünsche aus.“²

Angesichts dieser politischen Risiken und der Ende 1931 äußerst kritischen politischen und wirtschaftlichen Situation im Reich und in Preußen läßt sich der verschiedentlich geäußerte Verdacht, Klepper habe das Amt aus Eitelkeit übernommen, nicht halten, zumal die Undankbarkeit des Amtes offensichtlich allgemein bekannt war. Graf Schwerin von Krosigk berichtet, daß Brüning ihn Anfang November 1931 „im Auftrag des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun“ gefragt habe, ob er „preußischer Finanzminister werden wolle. Ich lehnte aus den gleichen Gründen ab, aus denen Höpker-Aschoff gegangen war; er hatte seine etatpolitischen Maßnahmen nicht durchsetzen können. Der Kanzler hatte diese Stellungnahme erwartet [...]. Schäffer billigte die Ablehnung. *Ich sei zu schade, um an dieser Stelle in kurzer Zeit verbraucht zu werden.*“³ Höpker-Aschoff schrieb am 9. Januar 1948 an Klepper: „Ich habe es nie bedauert, daß ich im Herbst 1931 von meinem Amt zurückgetreten bin und daß Brauns damalige Be-

¹ Engelmann, S. 33 f. Der Verdacht, er sei ein reiner „Karrierist“ (Stephan, S. 487), kann nicht aufrechterhalten werden.

² HASTK, 902, 51,3, Bl. 136: Adenauer an Klepper, 8. 11. 1931, und Dank Kleppers, 15. 11. 1931 (Bl. 51).

³ Schwerin v. Krosigk, S. 90 (Hervorhebung im Original). Brüning bestätigte: „So gern ich Krosigk an dieser Stelle gesehen hätte, so glaubte ich doch, in seinem Interesse diesen Vorschlag nicht befürworten zu können. Eine Teilnahme an einem Kabinett mit den Sozialdemokraten hätte ihn bei seinen politischen Freunden unmöglich gemacht“ (Brüning, Memoiren, S. 482).

mühungen, mich als Finanzminister doch noch wieder einzustellen, erfolglos waren. [...] Ich habe daher auch nie einen Groll gegen Sie gehegt.“⁴

Geld und Ehre waren also kaum zu holen, und die Preußenkasse verließ Klepper nur „schweren Herzens“, wie er sich Engelmänn gegenüber „bald nach seiner Übersiedlung in das Ministerbüro einmal privatim äußerte. [...] Er habe sich zwar vier Jahre lang mit Arbeiten aufhalten müssen, die ihn nur schrittweise seinen Zielen nähergebracht hätten und die ihm weder leicht gemacht worden seien, noch je gedankt werden würden, aber es sei doch im ganzen vorangegangen“. Klepper habe, so meint Engelmänn, „die Zukunft [...] noch nie so pessimistisch angesehen [...], nachdem er an den ersten Kabinettssitzungen teilgenommen habe. Es sei um die preußische Regierung noch viel schlimmer bestellt, als er es sich vorher schon gedacht habe“, und Engelmänn fügt hinzu, daß er „derartige Zeichen von Resignation“ an Klepper kaum erlebt habe, dennoch habe er seine Arbeit „in alter Form“ begonnen⁵, gemäß dem Motto: „loyal und seriös!“ und getragen von der Hoffnung, die ihn trotz eines widrigen Schicksals sein ganzes Leben vorantrieb, doch noch seine politischen Ziele durchsetzen zu können.

Aufgrund einer schon im Frühsommer 1933 geschriebenen Artikelserie über das Scheitern der Weimarer Republik lassen sich Kleppers Beurteilung der politischen Situation von 1931 sowie seine Erwartungen an sein neues Amt genauer rekonstruieren⁶. Grundlegend sind zunächst seine Überlegungen zu den Parteien der Weimarer Koalition und der Art ihrer Machtübernahme im November 1918, die er als „Umwälzung“ bezeichnete, insofern als der Staat „aus den Händen der alten herrschenden Schicht auf Klassen über[ging], die bisher von der Macht ausgeschlossen waren [...], die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die liberalen Mittelschichten und den katholischen Volksteil“, die beiden letzteren hätten sich zunächst „abwartend“ verhalten⁷. Diese sogenannte Weimarer Koalition, welche die Macht nicht usurpierte, sondern notgedrungen übernehmen „mußte“, war „von vornherein kein in sich geschlossenes Gebilde“. Alle drei waren vorbelastet und insofern in ihrer Handlungsfreiheit und ihrem Machtwillen eingeschränkt: die Sozialdemokraten „durch den Vorwurf ideologischer Unzuverlässigkeit“ von links und die Demokraten durch die „Scheu des mittelständischen Bürgertums vor dem sozialistischen Zukunftsstaat“, während das Zentrum sich „kulturpolitisch leicht kompromittiert“ fühlte. „Jeder der drei Partner hatte also gewisse Hemmungen, sich mit den anderen zu zeigen.“⁸ Die darin begründete Schwierigkeit, eine klare Linie, sowohl in der Wirtschafts- wie in der Innenpolitik, zu verfolgen, wurde ebenso durch

⁴ Höpker-Aschoff an Klepper, 23. 11. 1947. Er fügt hinzu: „Allerdings habe ich – ganz offen gesagt – bisher angenommen, daß nicht nur Hirtsiefer und Heilmann sondern auch Sie dem Ministerpräsidenten geraten hätten, mich nicht wieder einzustellen. Ich nehme gern davon Kenntnis, daß das nicht der Fall gewesen ist.“

⁵ Engelmänn, S. 34.

⁶ Klepper, Umschwung. Die Artikel erschienen bis auf den letzten, der unveröffentlicht blieb, am 14., 24. Juli und 5. August 1933 im Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning. Außerdem erschienen: Klepper, Erinnerung an den 20. Juli 1932, in: Neues Tagebuch, 1. Jg., H. 4, 22. 7. 1933.

⁷ Klepper, Umschwung, S. 164. Alle folgenden Zitate stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus dieser Artikelserie. Vgl. dazu Schumachers Kommentar und vor allem seine Anmerkungen, in denen er auf wissenschaftliche Literatur verweist, die meist Kleppers zeitnahe Geschichtsdeutung bestätigen.

⁸ Vgl. dazu Brünings weiter oben zitierte Erwägungen, ob Schwerin v. Krosigk PrFM werden solle, S. 482.

die starke Ideologisierung der Parteien⁹, ihren entsprechend mangelhaften praktischen Gestaltungstrieb und den fehlenden Willen zur Macht erschwert¹⁰, wie durch das Fehlen „einer Persönlichkeit von überragender Kraft“¹¹, wie es Gustav Stresemann auf dem Gebiet der Außenpolitik gewesen war¹².

Die Republik zerbrach nach Klepper an den Folgen „zweier grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Fehler“: Statt einer Bodenreform wurde eine „Agrarpolitik zugunsten des Großgrundbesitzes und zu Lasten der Bauern“ durchgeführt, und statt die Chance zur Produktion von hochwertigen Fertigwaren zu nutzen, wurde „Industriepolitik zum Schutze der Schwerindustrie und zu Lasten der verarbeitenden Industrie“ betrieben¹³. Und die Republik zerbrach auch an ihren eigenen Fehlern, voran die Volkswahl des Reichspräsidenten, die zur Wahl Hindenburgs, zur „ersten großen Niederlage der Republik“, geführt hatte. Sie zerbrach ferner an dem Versäumnis, die neue deutsche Armee für den Staat zu gewinnen, dessen Offizierskorps Klepper „namentlich in den jüngeren Jahrgängen [für] keineswegs unbelehrbar reaktionär, sondern [für] vielfach politisch interessiert und bildungsfähig“ hielt, und sie zerbrach schließlich an der Unfähigkeit, die republikfeindlichen Wehrverbände zu unterdrücken¹⁴.

Obwohl Klepper die Verdienste des Weimarer Systems durchaus anerkannte¹⁵, meinte er, es sei immer „sichtbarer“ geworden, „daß die Republik ohne Entscheidungskampf nicht zu halten war, je näher das Jahr 1930“ herangekommen sei. Dazu aber habe es am „Willen zur Macht, dem Bewußtsein der Macht und der Gestaltungsfähigkeit“ gefehlt. Klepper skizziert dann die Situation, die er bei seinem Eintritt in das preußische Kabinett vorgefunden hatte, folgendermaßen: Nachdem das Kabinett Hermann Müller, das er „die willenloseste aller Regierungen“ nennt, „wegen einer Lappalie“¹⁶ zurückgetreten sei, „beschloß Hindenburg nunmehr, die Sozialdemokratie endgültig auszuschiffen. Mit dieser Richtlinie bildete Brüning sein Kabinett.“ Die Sozialdemokraten, obwohl immer noch größte Partei, konnten sich, so kritisierte Klepper, nicht entscheiden, ob sie wieder in die Regierung eintreten oder eine Beteiligung der damals noch verhältnismäßig

⁹ Graf Krockow, Parteien, S. 15. „[...] in der Weimarer Republik [waren] beinahe alle Parteien mehr oder minder ausgeprägt Weltanschauungsparteien. Beinahe alle standen daher dem Parlamentarismus und dem Vielparteiensystem, wenn nicht feindlich, dann doch mit Vorbehalten gegenüber.“

¹⁰ Vgl. Kirchheimer, Weimar, S. 24 ff.

¹¹ 2. Artikel, „Die innenpolitische Entwicklung“, S. 165 f.

¹² 3. Artikel, „Die äußere Politik“, S. 170.

¹³ 1. Artikel, „Wirtschaftspolitik“, S. 161 ff. Vgl. Winkler, Staatskrise, V. Kap., S. 205 ff.

¹⁴ 2. Artikel, S. 166.

¹⁵ Ebenda, S. 165: Wahrung der Einheit des Reiches, der Weg der SPD und damit der Arbeiterschaft unter parteipolitischen Opfern zu staatspolitischer Verantwortung, die Sicherstellung der geistigen, kulturellen und politischen Freiheit und die außenpolitische Leistung Stresemanns.

¹⁶ Genauer zum Sturz der Regierung Müller vgl. Schulz, Brüning, Morsey, in: Brüning-Festschrift, S. 207–231 und Timm. Theodor Wolff schreibt unter der Überschrift „Um ein Wort“ im Berliner Tageblatt vom 30. 3. 1930 dazu: „eine so unfäßbare Torheit“, die die Welt nicht mehr gesehen habe, „seit Esau seine Erstgeburt um ein Linsengericht verkaufte“. Zitiert bei: G. Schwarz, S. 234. Schwarz fügt hinzu, „sie wäre vermieden worden, hätte die Sozialdemokratie über einen wirklichen Führer verfügt. Hermann Müller, ‚eine ungemein sympathische Persönlichkeit‘ von gewinnender Ehrlichkeit und wertvollen politischen Gaben war dieser Führer nicht.“

schwachen Nationalsozialisten erzwingen sollten, statt dessen versuchten sie „die Quadratur des Zirkels“ und „ermöglichten das doppelte Spiel Brünings“¹⁷.

Zwei Merkmale fallen bei der Betrachtung von Kleppers Analyse auf: die Kritik an der mangelnden Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Sozialdemokratie und die Kritik an Brünings Abhängigkeit von Hindenburg¹⁸. Aus beidem resultierte für Klepper die Erkenntnis, daß nur Preußen, in dem die SPD noch handlungsfähig war und von den demokratischen Parteien unterstützt wurde, in der Lage sein könnte, „den Entscheidungskampf um die Republik“ zu gewinnen, und daß Preußen folglich unbedingt seine Unabhängigkeit vom Reich, das immer stärker unter den Einfluß antidemokratischer Kräfte geriet, wahren mußte. Das bedeutete, daß Klepper sich, obwohl er „selbst eine Reichsreform für notwendig hielt“, in der Endphase der Weimarer Republik eindeutig gegen eine Stärkung des Reiches auf Kosten Preußens entschied, „weil die Ausschaltung Preußens der Weimarer Republik den letzten festen Stützpunkt genommen hätte“¹⁹. Das heißt, Klepper hat sich, obwohl er klar erkannt hatte, wie es um die Republik stand, dennoch oder gerade deshalb zur Verfügung gestellt, als Pfeiler dieses „letzten festen Stützpunkts“ Preußen.

Nicht nur Klepper selbst sah seine Ernennung in diesem größeren Zusammenhang. Braun und andere waren sich des Ernstes der Situation wohl bewußt. „Braun, der Höpker-Aschoff und dessen Fähigkeiten hoch einschätzte, [...] fühlte sich von dessen Rücktritt sehr betroffen.“²⁰ Sein Eindruck war, daß „die prekär gewordene Finanzlage Preußens, die ihn als preußischen Finanzminister in steigende Abhängigkeit von der Reichsregierung brachte, und das mangelnde Entgegenkommen, das er dort fand, der Hauptgrund für seinen Rücktritt“ gewesen sei²¹. Gerade deshalb wollte Braun Höpker lieber behalten, statt den „politisch noch zu wenig gefestigt und parlamentarisch nicht hinreichend erfahrenen“ Klepper, dessen „starke persönliche Bindung an einzelne Zentrumspolitiker“ ihm ohnehin nicht gefiel, zu ernennen. Doch nicht nur das ließ ihn zögern, sondern auch sein schlechter Gesundheitszustand und vor allem seine Pläne, vielleicht doch angesichts der Aussichtslosigkeit, die nächste Landtagswahl zu gewinnen, ein Stückchen Reichsreform verwirklichen zu können, indem er Brüning das Amt des preußischen Ministerpräsidenten anbot, womit sich dann eine Vereinigung der beiden Finanzressorts fast von selbst ergeben hätte²². Hagen Schulze legt die Gespräche zwischen Braun und Brüning im Detail dar; sie scheiterten an Hindenburg, was Schulze mit dem

¹⁷ 2. Artikel, S. 167 und die von Schumacher zitierte Literatur.

¹⁸ Vgl. u. a.: Muth, Zum Sturze und Ders., Quellen zu Brüning, in: GWU, 14 (1963), S. 221–236; Bracher, Brüning, in: VfZ 19 (1971), S. 113–123; Köhler in: VfZ 17 (1969), S. 276–307; Holtferich in: HZ (1982), Bd. 235, S. 605–629 und Hertz-Eichenrode, S. 336: „Das Minderheitenkabinett Brüning, das seine Unabhängigkeit von Parteienkonstellationen und seine engen Beziehungen zu Hindenburg bewußt herauskehrte“.

¹⁹ Klepper an Erwin Widder, 23. 3. 1955.

²⁰ Schulze, Braun, S. 702 und S. 699 ff. sowie Braun, 352 ff. Höpker-Aschoff war am 12. 10. 1931 zurückgetreten (Rücktrittsschreiben, 13. 10. 1931).

²¹ Braun, S. 352. Ehni, S. 225 zitiert vier Gründe, die Weichmann Braun gegenüber genannt haben soll.

²² Braun, S. 354 f. Vgl. Schulze, Braun, S. 702 f. Auf die vielfältigen Pläne zur Reichsreform kann hier nicht näher eingegangen werden, vgl. Schulz, Brüning, S. 451 ff. und Ehni, „Reichsreform und Finanzkrise“, S. 219 ff.

Satz kommentiert: „Damit war eine Sternstunde, eine der letzten der Republik, verstrichen.“²³ Dieses Urteil ist nur schwer verständlich. „Dies war sie gewiß nicht“, lautet denn auch der lakonische Kommentar von Gerhard Schulz. Außerdem versucht Schulz durch eine detaillierte Analyse der Ausführungen Hagen Schulzes, der Memoiren Brauns und Brünings sowie anderer Quellen nachzuweisen, daß es „keine beweiskräftigen Gründe für die Annahme [gebe], daß Braun [...] dem Versuch Brünings, Preußen schrittweise in die Reichsverwaltung einzubeziehen, entgegenzukommen versuchte“, und auch die von Brüning betriebene Kandidatur Dietrichs habe Braun im Grunde abgelehnt²⁴. Diese Interpretation ist durchaus zutreffend, auch wenn man einräumt, daß Braun von dem ganzen ihm „aufgezwungenen Revirement [...] keineswegs befriedigt“ war. Schließlich hat Braun sich aber doch entschlossen, Klepper zum Finanzminister zu machen, und wie er später in seinen Memoiren schrieb, habe dieser „nicht versagt“²⁵. Für die letztlich positive Einstellung Brauns ihm gegenüber spricht auch die Tatsache, daß Herbert Weichmann, sein persönlicher Referent, Klepper vorgeschlagen hatte²⁶, wobei auch andere Sozialdemokraten, wie Ernst Heilmann, diese Berufung unterstützt haben sollen²⁷.

Das Tauziehen um den neuen preußischen Finanzminister und der schließliche Kompromißcharakter seiner Ernennung, die am 7. November 1931 erfolgte, waren jedenfalls zusammengenommen mit der hoffnungslosen finanziellen Lage Preußens nicht gerade ideale Startbedingungen für einen noch so jungen Mann in einem so schwierigen Amt, in dem er sich auch noch an seinem Vorgänger, dem man „nahezu Miquelsches Format“²⁸ nachsagte, messen lassen mußte. Im ganzen überwogen die skeptischen Reaktionen auf Kleppers Ernennung zum preußischen Finanzminister. Seine Kabinettskollegen²⁹ waren geteilt in ihrem Urteil. Zunächst herrschte offenbar „allgemeine Erleichterung, Höpker-Aschoff losgeworden zu sein“³⁰. Heinrich Hirtsiefer, Brauns Stellvertreter, war ausgesprochen zufrieden mit der Wahl³¹ und hat auch mit Klepper ausgezeichnet zusammengearbeitet, während Carl Severing in seinen Memoiren behauptet, er „habe oft nach der Jungfrau von Orleans zitiert, wenn [er] um [seine] Meinung in dieser Ernennung gefragt

²³ Schulze, Braun, S. 703 ff. Sie scheiterten auch an der Ablehnung „der preußischen Parteifreunde Dietrichs [...], ihren eigenen Parteivorsitzenden in die preußische Regierung zu wählen“ (Biewer, Preußen, S. 25).

²⁴ Schulz, Brüning, S. 582 ff. und 587.

²⁵ Braun, S. 354.

²⁶ Schulze, Braun, S. 703. Schulze zitiert einen Brief Weichmanns an Braun, 14. 10. 1931.

²⁷ PrLT, 264. Sitzung, 16. 12. 1931, Sp. 23187: Paul Schwenk (KPD), „Kein Wunder, denn die Heilmänner hatten ihre Hand im Spiel“.

²⁸ Grimme an Braun, 17. 10. 1931 (GSTAB, NL-Braun D/2), zitiert von Schulze, Braun, S. 707. Arnold Brecht schreibt in seinen Erinnerungen, S. 119: „Aber im Vergleich mit der Statur seines Vorgängers wirkte er etwas wie ein junger Jagdhund neben dem Bernhardiner.“

²⁹ Siehe Bild des Kabinetts: Heinrich Hirtsiefer (Ztr.) – MfV, Carl Severing (SPD) – IM, Heinrich Steiger (Ztr.) – MfLuF, Adolf Grimme (SPD) – KM, Hermann Schmidt (Ztr.) – JM, Walter Schreiber (DDP) – Handel (KNL).

³⁰ Schulze, Braun, S. 703. Im Tagebuch von Hans Schäffer heißt es am 7. 11. 1931 (Bd. 15): „Eine Rückfrage bei Staudinger ergibt, daß die Zentrumsminister in Preußen angekündigt haben, die Kabinettsfrage zu stellen, wenn Höpker-Aschoff wieder ernannt würde.“ Vgl. auch Schulz, Brüning, S. 580.

³¹ Braun habe dem Druck nachgegeben, die Linke und das Zentrum jubele (Der Angriff, Nr. 19, 12. 11. 1931, in: BAP, 62 DFA 3, 17632, Bl. 116). Vgl. auch Schulz, Brüning, S. 588.

wurde: „Ach, es war nicht meine Wahl“³². Es ist nicht festzustellen, ob er diese Meinung auch damals schon hatte, denn seine Memoiren sind nach der Kontroverse zwischen ihm und Klepper am 20. Juli 1932 geschrieben worden, und da war inzwischen viel Porzellan zwischen beiden zerschlagen worden. Höpker-Aschoff sprach sich für Klepper aus, von dem er sagte, er „sei ihm gegenüber stets loyal gewesen“, er sei zwar ehrgeizig, aber „klug und gewandt, christlich-sozial – nicht organisiert – [und habe] mit [der] preußischen Regierung stets gut zusammengearbeitet“, die Reichspolitik halte er für „falsch“³³. Die kritische Einstellung Kleppers gegenüber der Reichspolitik scheint schließlich auch ausschlaggebend für eine Befürwortung seiner Kandidatur besonders durch die Staatspartei gewesen zu sein, die zunehmend auf Distanz zum Reich ging. Schulz spricht von einem greifbaren „Umschlagen der Klepper-Kritik in eine Brüning-Kritik“³⁴. Im ganzen scheint für Klepper gegolten zu haben, was Arnold Brecht so zusammenfaßte: „Demokratisch zuverlässig, sehr fähig und, wenn auch ehrgeizig und etwas forsch, doch in Finanzfragen völlig sachlich und in Verhandlungen – auch gegenüber der Reichsregierung – durchaus fair.“³⁵

Brecht war zu Kleppers Zeit Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium, nachdem er vorher für kurze Zeit im Finanzministerium gewesen war. Sein sachliches und positives Urteil kontrastiert mit dem Dietrich Mendes, des persönlichen Referenten Höpker-Aschoffs³⁶. Das negative Bild, das Mende in seinen unveröffentlichten Aufzeichnungen entwirft, ist von seinen persönlichen Einstellungen sowie von seiner starken Bindung an Höpker-Aschoff geprägt. Der erste strittige Punkt war die Personalpolitik. Da Mende keinesfalls Kleppers persönlicher Referent werden wollte, weil das in seinen Augen „Verrat an Höpker-Aschoff“ gewesen wäre, habe er volles Verständnis gezeigt, wenn Klepper Lauffer mitbrachte, was gar nicht zutraf, denn Lauffer blieb bis Juli 1932 bei der Preußenkasse. Dagegen hatte Mende, nach eigener Aussage, kein Verständnis für Kleppers Absicht, sich langfristig von den Ministerialdirektoren Weyhe und Friedrich Grosser zu trennen, obwohl Mende selbst zugibt, daß sie „verbraucht“ waren. Auch die Tatsache, daß Klepper sich zwar gern von ihm über die Personalsituation informieren ließ, nicht aber bereit war, Belehrungen darüber zu empfangen, wie er mit der Bürokratie umzugehen habe, braucht nicht gegen Klepper zu sprechen. Die Zweifel, die Mende an Kleppers Fleiß sät, sind als unterschwellige Verdächtigung zu werten, da sie angesichts des in so kurzer Zeit zu bewältigenden Programms kaum eine reale Grundlage haben konnten. Daß Klepper sich mehr für die große Linie der Wirtschafts- und Finanzpolitik als für Einzelentscheidungen, wie die Mende beschäftigende Sanierung der Oberschlesischen Hüttenwerke, interessierte, trifft sicher zu. Interessant ist, daß Mendes Ausführungen die häufigen Kontakte Kleppers mit Karl Höltermann, dem stellvertretenden Führer des „Reichsbanners“, und Walter Stennes von der „Schwarzen Front“ und deren Unterstützung durch einen Dispositionsfonds des Finanzministeriums bestätigen, wenn Mende dies auch als charakterliches Defizit ausgelegt wissen will: „In Zuständen wie den damaligen ließen sich Opportunisten oft in merkwürdige Verhältnisse

³² Severing, Lebensweg, Bd. II, S. 309.

³³ BAK, R 45 III/65, zitiert bei Schulz, Brüning, S. 588.

³⁴ Schulz, Brüning, S. 588 und 589 ff.

³⁵ Brecht, Bd. II, S. 119 f.

³⁶ Dietrich Mende, „Erinnerungen“, unveröffentlicht, eine Kopie des Klepper betreffenden Teils der Erinnerungen in: KNL.

ein.“ Nicht wissend, daß Klepper sich ganz bewußt „einließ“, um den Widerstand gegen die Bedrohung durch die Nationalsozialisten zu organisieren³⁷. Auf der gleichen Unkenntnis beruhte Mendes Unterstellung, es sei „gewiß [...] Opportunismus [gewesen], der Klepper verleitete, sich mit dem Amtsgehilfen Blume [einem NSDAP-Mitglied] zwei Stunden lang zu unterhalten“, nachdem Klepper zufällig Zeuge von dessen Auseinandersetzung mit einem dem Kommunismus zugeneigten Pfortner geworden war. Das war nicht Opportunismus, sondern klare Überlegung, hinter der vermutlich drei Absichten gestanden haben: politischen Streit in seinem Hause zu schlichten, der Versuch, den NSDAP-Mann im Sinne der Republik zu beeinflussen und ihm Informationen über die NSDAP zu entlocken.

Diese Beispiele zeigen erneut, wie Klepper sich Verdächtigungen aussetzte, weil er keine Scheu hatte, mit Leuten der verschiedensten politischen Couleur zu sprechen. Zweifel an der Unbefangenheit von Mendes Urteil kommen schließlich auch auf, wenn man sich seine Kronzeugen betrachtet, die sein negatives Urteil über Klepper bestätigen. Zu Kleppers „schärfsten Kritikern“ gehörten nicht etwa der Staatssekretär Frank Schleusener oder der einflußreiche Ministerialdirektor Arnold Brecht, die ständig mit Klepper zusammenarbeiteten, von Mende aber nicht als Kritiker erwähnt werden, sondern Leute wie der Ministerialrat Friedrich Landfried, der laut Weichmann „zusammen mit Herrn Neumann derjenige [war], der im Komplott des Papenschen Staatsstreichs die führende Rolle hatte“. Als Landfried bei seinem Tode als „Vorbild der Pflichterfüllung und Treue“ gerühmt wurde, fand Weichmann, daß das „doch etwas zu weit“ gehe, und fragte Klepper, als Landfrieds „letzten Chef, ob man in dieser Angelegenheit etwas tun solle“. Klepper hatte zwar abgewinkt, „man sollte ihn jetzt ruhen lassen“, aber hinzugefügt: „Wahrscheinlich war es ein Fehler von mir, daß ich ihn nicht rechtzeitig aus dem Amt entfernt habe.“³⁸ Eines macht Mendes Niederschrift allerdings klar, Klepper fand im Finanzministerium bei der alten Beamtenschaft, die ihrem Chef Höpker-Aschoff nachtrauerte und Klepper als „Usurpator“³⁹ betrachtete, kein so großes Wohlwollen und keinen solchen Respekt wie bei ‚seiner‘ Preußenkasse⁴⁰.

Das Urteil in der Presse war deutlich politisch motiviert; während die Kommentare der liberalen und Linkspresse in etwa dem Urteil Brechts entsprachen, stützte die Rechtspresse sich eher auf Verdächtigungen und nahm Klepper zum Anlaß, gegen ‚das System‘ zu wettern, eine Overture zu der sich bis 1933 stetig steigenden Diffamierungskampagne. Zur Illustration einige Ausschnitte: In der Landtagsdebatte vom 16. Dezember 1931, in der der Mißtrauensantrag gegen Klepper auf der Tagesordnung stand, wurde Klepper „als Vertrauensmann dieses Systems, das wir für das größte Un-

³⁷ Vgl. weiter unten Kleppers Versuch, den Widerstand gegen Papens Staatsstreich zu organisieren.

³⁸ Weichmann an Klepper, 5. 1. 1953 und Klepper an Weichmann, 6. 1. 1953, K/Kor.

³⁹ Mende beruft sich auf „die beiden Amtsgehilfen, die ausschließlich beim Minister Dienst taten und ihn als Usurpator betrachteten“; sie, so berichtet Mende weiter und gibt damit Einblick in die Atmosphäre des Ministeriums, „unterrichteten mich, aber auch andere, die weniger diskret waren als ich, über Kleppers Besucher“.

⁴⁰ Otto Lauplicher, später Generalbevollmächtigter der Firma Otto Wolff, schrieb: „Herr Klepper war als Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse viele Jahre hindurch mein Chef. Ich habe deshalb im Rahmen dieses Instituts Gelegenheit gehabt zu sehen, mit welcher Energie und Sachkunde Herr Klepper die schwierigsten Probleme anpackte und zu einer sinnvollen Lösung führte“ (Akte Beileidsschreiben, KNL, 17. 5. 1957).

glück des preußisch-deutschen Volkes halten“⁴¹, titulierte. Der DNVP-Abgeordnete Hans v. Rohr, der den Antrag begründete, bezog sich in seiner Rede, die eine einzige Kette von Beleidigungen und Unterstellungen enthielt, auf ein Zitat von Heinrich v. Treitschke, nämlich „daß ein gerechtes Schicksal eine *morsche Staatsgewalt immer zu zwingen pflegt, am Rande ihres Grabes alle Gebrechen vor aller Welt sinnfällig noch einmal zu offenbaren*“, und er wandte dieses Zitat auf Klepper an, indem er seine Rede dramatisch mit den Sätzen beschloß: „Wenn Sie übermorgen Herrn Klepper bestätigen, so zeigt uns das mit aller Klarheit, daß Ihr System unter dem Wort Treitschkes steht. Machen Sie nur so weiter! Behalten Sie Ihren Klepper. Wir lassen Ihnen Ihr System und werden es noch stoßen, damit es in dem schon offenen Grabe versinkt.“⁴² *Der Tag* fragte polemisch, ob der neue „Vertrauensmann Brauns“ wohl „der richtige Sparfinanzminister für Preußen sein“ werde, während die *Deutsche Zeitung* die Ernennung Kleppers als „Gegenstoß gegen die Berufung Schlanges“ wertete, er sei „der Finanzminister derselben Sozialdemokratie, deren Ziel die Zerschlagung des östlichen ‚reaktionären‘ Grundbesitzes“ sei. Die *Berliner Börsenzeitung*, die ihn ebenfalls als „erklärten Feind des Großgrundbesitzes“ bezeichnete, unterstellte ihm, daß er sein vorheriges Amt nicht unter sachlichem, sondern unter dem Gesichtspunkt verwaltet habe, „die Gunst der sozialdemokratischen Freunde und die Anwartschaft auf einen hohen Posten in der marxistischen Verwaltungshierarchie“ zu erwerben⁴³.

Die liberale Presse reagierte dagegen positiv: Das *Berliner Tageblatt* vom 8. November 1931 betrachtete Kleppers Ernennung unter dem Gesichtspunkt der kritischen Situation „der nächsten Monate“ und der dafür notwendigen „besonderen Härte des Willens“, die ihm zuerkannt wurde. „Sein Eintritt in das preußische Kabinett ist in jedem Falle ein Vorteil, weil in ihm eine lebendige Kraft hinzukommt, die gerade in diesen Monaten wertvoll sein kann.“⁴⁴ Auch die *Vossische Zeitung*, die seine Ernennung „einen guten Griff“ nannte, bescheinigte ihm „ungewöhnliches wirtschaftliches Verständnis, eine lebendige Initiative, starke Energie und Geschicklichkeit“ und eine schon bei der Lösung der bisherigen Aufgaben notwendige „Rigorosität und Unbeugsamkeit“ gegenüber jeglichen Interessenten, die ihn von seiner Linie abzudrängen versuchten⁴⁵. Ähnlich äußerte sich der *Vorwärts*: „Der preußische Ministerpräsident hat sich durch die Berufung Kleppers die Mitarbeit eines sehr energischen finanz- und bankpolitisch erfahrenen und vor allem von Interessen unabhängigen Ministers gesichert.“⁴⁶ Auch von der falschen Seite bekam Klepper Beifall. In Goebbels' *Der Angriff* wurde Klepper als „Mann mit den rücksichtslosen Ellenbogen und dem sozialdemokratischen Herzen“ bezeichnet. Aus seiner unmittelbaren Umgebung heiße es, daß jetzt „an Stelle eines Finanztheoretikers ein Finanzpraktiker trete, an die Stelle des Finanzverwalters der Finanzpolitiker“, einer, „der die Einnahmen unter dem Gesichtspunkt ‚des politisch Notwendigen‘ verwenden werde, ein Bankmann, der von der Überzeugung ausgehe, daß Geld wirt-

⁴¹ Oscar Maretzky (DNVP), PrLT, 264. Sitzung, 16. 12. 1931, Sp. 23185.

⁴² Ebenda, Sp. 23155–23171, 23171 (Hervorhebung im Original).

⁴³ BAP, 25.01, Deutsche Reichsbank, Nr. 3559, Bl. 194 ff. und DGBkA, ND-P.Z., 7. Jg., Nr. 261, 9. 11. 1931, Bl. 5 ff.

⁴⁴ DGBkA, ND-P.Z., 7. Jg., Nr. 261, 9. 11. 1931, Bl. 6.

⁴⁵ Ebenda, Bl. 7. Es werden noch zahlreiche andere Zeitungen zitiert, außerdem befinden sich Kommentare zur Ernennung im BAK, NL-Zarnow, Bl. 65 ff. und in BAP, 25.01, 3559, Bl. 194 ff.

⁴⁶ BAP, 62 DFA 3, 17632, Bl. 118.

schaften, arbeiten und sich vermehren müsse“⁴⁷. Jedenfalls schienen sich alle mit dem *Vorwärts* einig darin zu sein, daß „die *Unabhängigkeit und Selbständigkeit* Kleppers, besonders den *großagrarischen Sonderinteressen* gegenüber, dem neuen Finanzminister frühzeitig deutschnationalen Haß eingetragen“ habe⁴⁸.

Die meisten Kommentatoren sahen Kleppers Ernennung zum preußischen Finanzminister im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen Preußen und Reich⁴⁹. Da Brüning in dieser Auseinandersetzung die Hauptrolle auf der Seite des Reiches spielte, wurde Klepper notgedrungen zu seinem Gegenspieler. Für Brüning war die Ernennung Kleppers eine „Katastrophe“, zumal er sich gerade noch der Verwirklichung seiner Reichsreformpläne so nahe geglaubt hatte. Schrittweise wollte er die Reichsreform über die Zusammenlegung erst des preußischen und des Reichsfinanzministeriums, dann der beiden Landwirtschaftsministerien und schließlich der beiden Justizministerien erreichen, um damit vordergründig Geld einzusparen, hintergründig aber den Einfluß des Reiches zu stärken und den mißliebigen Minister Klepper und den „unmöglichen“ Heinrich Steiger zu beseitigen⁵⁰.

Diese Pläne durchkreuzte Klepper, der genau durchschaut hatte, daß Brüning „durch finanziellen Druck auf die Länder eine Reichsreform erzwingen“⁵¹ wollte, indem er versuchte, Preußen finanziell so weit zu sanieren und stark genug zu machen, „um sich dauernd von jeder wie auch immer gearteten Reichsregierung fernzuhalten“⁵². Klepper tat dies, obwohl er eine Reichsreform befürwortete, und lehnte damit zugleich die Kompromißbereitschaft Brünings, mit den rechten antirepublikanischen Kräften zusammenzuarbeiten, strikt ab⁵³. Brüning, der von Hindenburg abhängig war⁵⁴ und „mit Hilfe einer Reichsverweserschaft Hindenburgs nach einer Volksabstimmung die konstitutionelle Monarchie als Schutzschirm demokratischen Verfassungslebens“ eingeführt wis-

⁴⁷ Ebenda, Bl. 116, Der Angriff Nr. 19, 12. 11. 1931 (Hervorhebung im Original).

⁴⁸ Ebenda, Bl. 118 (Hervorhebung im Original). Vgl. auch Frankfurter Zeitung, 8. 11. 1931.

⁴⁹ Vgl. u. a.: NL-Zarnow, Bl. 68, eine nicht gekennzeichnete Stellungnahme vom 11. 11. 1931 aus dem PrLT: „Die Ernennung Kleppers zum preußischen Finanzminister ist vielleicht sogar eine Verstärkung des Gegensatzes von Preußen gegen das Reich und seinen neuen Osthilfeminister Schlange-Schöningen“, ein Gegensatz, der wie oben nachgewiesen wurde, gar nicht so groß war wie vermutet.

⁵⁰ Brüning, Memoiren, S. 483 und 515. Luther erwähnt Pläne für ein mögliches „Preußisch-deutsches Konzentrationskabinett“ im Sommer 1931 (S. 167). Schäffer berichtet unter dem 9. 11. 1931, daß Brüning die Preußenkasse gerne früher schon stärker beeinflusst und Klepper entzogen hätte (Bd. 15, S. 1003).

⁵¹ Brüning, Memoiren, S. 515.

⁵² Brüning schreibt dazu in seinen Memoiren, S. 582: „Ich hatte Äußerungen von Klepper gehört in dem Sinne, die preußische Regierung sei finanziell stark genug, um sich dauernd von jeder wie auch immer gearteten Reichsregierung fernzuhalten. Sie würden mit der Schupo dann schon etwaige Absichten der Reichswehr zurückweisen.“ Vgl. Schulze, Braun, S. 704 f. Mommsen, Beamtenschaft, in: VfZ 21 (1973), S. 162: „Indessen entzog sich Preußen der insgeheim vorbereiteten ‚kalten‘ Reichsreform, indem es die von Reichs wegen verfügten Einsparungsmaßnahmen mit größter Energie vorantrieb. Dies erklärt die scharfe Kritik, die Brüning später an dem preußischen Finanzminister Klepper [...] geübt hat, zumal seine Absicht gescheitert war, das preußische Finanzministerium in Personalunion mit dem Reich durch Dietrich verwalten zu lassen.“

⁵³ Vgl. G. Schwarz, Th. Wolff, S. 239.

⁵⁴ Vgl. u. a. Muth, Zum Sturz und Becker, Brüning, in: GWU 17 (1966), S. 215.

sen wollte⁵⁵, konnte unmöglich für Klepper sein, den er bei den Verhandlungen über die Osthilfe bereits als Hemmnis empfunden hatte, und, schlimmer noch, dem „schwer beizukommen war“. Die Ablehnung Kleppers durch Brüning gipfelte in dem sogar noch in seinen Memoiren fixierten Urteil, daß „die nunmehr unvermeidliche Ernennung Kleppers zum preußischen Finanzminister einer der schwersten Fehler war, der in der ganzen Politik in den letzten zehn Jahren begangen worden war“. Abgesehen von den bereits skizzierten Überlegungen und Plänen Brünings findet sich keine Begründung für ein derart scharfes Urteil, im Gegenteil: Im nächsten Satz berichtet Brüning: „Klepper ging mit außerordentlicher Energie an seine Aufgabe.“

Angesichts einer derartigen Übertreibung muß man sich also fragen, was Brüning zu diesem Urteil bewogen haben mag, zumal er andererseits sehr viel von Kleppers Fähigkeiten hielt⁵⁶ und beide zumindest grundsätzlich für die Erhaltung der Demokratie eintraten? Es ist wichtig, diese Frage zu erwägen, weil Brüning mit seinem negativen Urteil einen ganz entscheidenden Einfluß auf die allgemeine historische Urteilsbildung über Klepper gehabt hat⁵⁷.

Gewiß waren beide höchst unterschiedliche Naturen. Wenn sie auch das Fronterlebnis als Soldaten im Ersten Weltkrieg verband, so verfügten sie im übrigen über durchaus gegensätzliche Erfahrungen. Klepper kam aus einer protestantischen Kaufmanns- und Juristenfamilie und war stolz auf seine hugenottische Herkunft, Brüning war westfälischer Katholik; Klepper war Vater von vier Kindern, während Brüning als Junggeselle lebte. Klepper galt als entschlossener Kämpfer, Brüning als „Zögerer“⁵⁸. Kleppers sehr unorthodoxe, ja zuweilen unberechenbare Art erweckte ständig Brünings chronisches Mißtrauen, das er ohnehin „gegen jedermann, den er nicht seit langer Zeit bestens kannte“, hegte und das „nur sehr schwer zu überwinden“ war⁵⁹. Klepper gegenüber ging er sogar soweit, daß er Braun im Frühjahr 1932 davon in Kenntnis setzte, er wolle „Klepper demnächst wegen Landesverrates verhaften lassen“, weil er „die Kreise der Reichspolitik“ durch seine eigenständigen Verhandlungen mit den Franzosen über An-

⁵⁵ Brüning, Memoiren, S. 373 und 378: „Stets betrachtete ich mich als Treuhänder des Reichspräsidenten; *ihn wollte ich als Staatsoberhaupt erhalten mit dem Ziel, die friedliche Wiedereinführung der Monarchie vor seinem Ableben zu ermöglichen*. Das war der Angelpunkt meiner ganzen Politik.“ Diese Pläne werden vielfach bezeugt, u. a. auch von Luther (S. 127) und Görlitz, Hindenburg (S. 346). Görlitz zitiert Brünings Vorlesungen vor der Harvard-Universität. Vgl. auch Schulze, Braun (S. 627 f.): „Sein politisches Weltbild, vom Fronterlebnis und der scharf antimarxistischen Frontstellung des Christlichen Gewerkschaftsbundes geprägt, war konservativ, ja monarchistisch, jedenfalls antiliberal und antisozialistisch.“

⁵⁶ Brüning, Memoiren, S. 481 ff.: „Niemand konnte seine außerordentlichen Fähigkeiten bestreiten.“

⁵⁷ Vgl. u. a. Faust, Geschichte, S. 573, der sich befleißigt, die negativen Urteile zu bündeln, und besonders Brünings Urteil, ohne dieses zu hinterfragen, so zitiert, daß der Leser den Eindruck gewinnt, Kleppers Ernennung zum preußischen Finanzminister sei tatsächlich als eine Katastrophe angesehen worden, was, wie oben gezeigt werden konnte, nicht den Tatsachen entspricht.

⁵⁸ Schlange-Schöningen, Am Tage, S. 50. Schlange schreibt über Brüning: „[...] seine ungewöhnliche Klugheit, die ihn auch die Gefahren jeder Aktion sofort begreifen ließ. In dem ihm eigenen, fast übergewissenhaften Abwägen des Für und Wider gingen nicht nur Minuten, sondern manchmal Tage und Wochen verloren, die leider keine Ewigkeit zurückbrachte.“

⁵⁹ Luther, S. 129: „Was unsere rein menschliche Beziehung angeht, so stand unserem Näherkommen zunächst ein Charakterzug Brünings entgegen, der viele seiner engsten Mitarbeiter verstimmt oder mit Bedauern erfüllte [...] sein eigenes Mißtrauen gegen jedermann.“ Vgl. auch Dokumentation von Broszat, zu Briefen Brünings an Sollmann, VfZ 22 (1974), S. 458 ff.

leihen störe⁶⁰. Klepper hatte in der Tat gute Kontakte zu Frankreich, wie noch zu zeigen sein wird. André François-Poncet, der französische Botschafter in Berlin, kannte Klepper persönlich und berichtete zum Beispiel über Kleppers Ernennung zum Finanzminister nach Paris⁶¹.

Wenn sich auch beide über die kritische Lage im klaren waren, so hatten sie unterschiedliche Vorstellungen, sowohl von der Zeit, die ihnen blieb, die Krise zu bewältigen, wie von dem Weg dorthin. Klepper war offensichtlich davon überzeugt, daß nur noch sehr wenig Zeit blieb und rasch gehandelt werden müsse. Brünings Taktik ging dahin, die Konferenz für die endgültige Lösung der Reparationsfrage unbeschadet zu erreichen und möglichst nichts zu tun, was irgendwie Mißtrauen im Ausland erregen könnte. Für Brüning hatte die Außenpolitik, speziell die Lösung der Reparationsfrage, entschieden Vorrang⁶², während Klepper die Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und vor allem agrarpolitischen Probleme für vordringlich hielt, um ein Anwachsen des Extremismus zu verhindern und die Gesellschaft im Innern zu befrieden. Die Frage: Sollte man in einer wirtschaftlich und politisch kritischen Situation aktiv und rasch auch unbequeme Reformen durchführen und damit allen der Demokratie gegenüber positiv eingestellten Kräften zeigen, daß es vorangeht und die Krise bewältigt werden kann, oder sollte man abwarten, nichts Unpopuläres tun und hoffen, daß die extremen Parteien dadurch weniger Zulauf bekämen, wurde von beiden gegensätzlich beantwortet. Brüning, der eher der zweiten Alternative zuneigte, hatte für Kleppers Haltung keinerlei Verständnis und charakterisierte sie folglich mit Worten wie „Ressentiment“, „Quertreiberei“, „mangelnder Weitblick“, das Fehlen von „politischem Instinkt, Geduld und verständnisvollem Eingehen“ auf konservative Schichten wie die Landwirte und schließlich mit mangelnder „Einsicht, daß eine Regierung sich nicht unnötig unpopulär machen darf“⁶³. Ja, er ging sogar soweit, Klepper niedere Motive zu unterstellen und ihm eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zuzutrauen⁶⁴. Es ist erstaunlich, daß dieses negative Urteil Brünings so stark ins Gewicht fiel, obwohl Kleppers Einschätzung der Lage und sein ent-

⁶⁰ Schäffer, Bd. 19, 4. 3. 1932, S. 318. Brüning beklagte sich gegenüber Schäffer, daß François-Poncet „ganz ähnliche Argumente *[benutze]*, wie sie Klepper immer gebraucht. Ich habe den Verdacht, daß da ein Zusammenhang mit der Französischen Botschaft besteht.“ Ferner Schulze, Braun, S. 706 f.: „Brüning, der auch dort noch Kabalen und Intrigen gegen sich witterte, wo schlichte politische Ungeschicklichkeit vorlag, konnte es nicht verwinden, daß Klepper auf eigene Faust versuchte, das preußische Haushaltsdefizit durch französische Anleihen zu finanzieren; dahinter sah Brüning eine Verschwörung gegen seine Reparationspolitik.“

⁶¹ AD, Relations Commerciales 1500, Ambassade De France à Berlin, 12./19. 11. 1931.

⁶² Winkler, Weimar, S. 443. Luther begründete die Pläne für eine Reichsreform im Sinne Brünings damit, daß „dies auf die Kreditfrage im Ausland starke beruhigende Wirkung haben werde“ (S. 167). Vgl. auch Becker, Brüning, S. 207: „Es verstand sich für Brüning wie für die Mehrzahl der deutschen Parteien von selbst, nach der Niederlage des Reiches im Ersten Weltkrieg die deutsche Politik unter dem beherrschenden Primat der Außenpolitik, das hieß unter dem Primat der Revisionspolitik, zu sehen“, sowie Köhler, VfZ 17 (1969), S. 276, Holtferich, S. 628 f. und Schulz, Brüning, besonders S. 674 ff.

⁶³ Brüning, Memoiren, S. 481 ff. Wie die Verhandlungen mit den Genossenschaften gezeigt haben, war Klepper durchaus in der Lage, sich sogar mit dem ultrarechten Reichslandbund zu einigen.

⁶⁴ Brüning gegenüber Schäffer, als dieser ihn am 7. 6. 1932 nach seiner Meinung über die „preußische Sache“ befragte: „Ich traue Hirtsiefer nicht. Wenn sich ein Mensch dieser Art erst mal an einen solchen Lebensstil gewöhnt hat, dann tut er alles, um ihn aufrecht zu erhalten. Ich bin überzeugt, daß er schon eine Rückversicherung bei den Nazis genommen hat. Das Gleiche habe ich auch von Klepper gehört und halte es für wahr“ (Bd. 21, S. 570).

sprechendes Handeln von der Geschichte eher bestätigt worden ist als das Brünings⁶⁵. Dies läßt sich einmal durch die Tatsache erklären, daß Brüning viel bekannter war als Klepper und nach dem Zweiten Weltkrieg Memoiren veröffentlicht hat, und zum anderen dadurch, daß sein negatives Urteil scheinbar bestätigt wurde durch die Angriffe der DNVP in der Presse und im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags, Angriffe, bei denen sich kaum jemand mehr die Mühe machte, sie auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu untersuchen. Die Begründung für das harte Urteil Brünings liegt jedenfalls einmal in Brünings eigenem Charakter, der ihn durch sein Mißtrauen zu krassen Fehlbeurteilungen verführte, und zum anderen in der Tatsache, daß Brüning sich durch Klepper bei der Verwirklichung seiner Reichsreformpläne und der Realisierung seiner außenpolitischen Ziele gestört fühlte.

Verteidigung der Unabhängigkeit Preußens gegenüber dem Reich

Kleppers Ernennung zum preußischen Finanzminister wurde offensichtlich sowohl von Kommentatoren wie von beteiligten Politikern im Zusammenhang mit der Frage nach der Erhaltung oder der Zerschlagung des „Systems“ gesehen. Da Preußen nunmehr mit seiner noch regierenden Weimarer Koalition das „System“ verkörperte, ging es um die Erhaltung oder die Beseitigung Preußens. Auch Klepper selbst sah seine Ernennung in diesem Zusammenhang. „Weil wir wissen, daß es um das Ganze geht, gehen wir auf das Ganze.“ Es gehe um die „Zusammenfassung aller Kräfte des Willens in der Richtung auf ein Ziel, nämlich die Macht“⁶⁶. Da die Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Reich genau zu dieser Zeit kulminierten und bevorzugt in Kleppers Kompetenzbereich, der Finanz- und der Agrarpolitik, ausgetragen wurden, fiel ihm notgedrungen eine gewisse Schlüsselrolle in dieser Endphase der Republik zu.

In diesem Zusammenhang müssen auch Kleppers finanzpolitische Maßnahmen gesehen und beurteilt werden und erst in zweiter Linie unter allgemeinen finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Klepper stellte seine Finanzpolitik vom November 1931 bis zum Juli 1932 primär unter das politische Ziel, Preußen zu erhalten und das „internationale Vertrauen zu einer friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung herzustellen

⁶⁵ Selbst Zeitgenossen aus dem konservativen Lager bestätigen Kleppers Diagnose. Schlange-Schönningen klagt in einem Brief an Hindenburg vom 27. 5. 1932, daß seine eigenen Standesgenossen „wiederum die Zeichen der Zeit nicht begreifen wollen, so fürchte ich, sie graben sich selbst ihr Grab, und eine stürmische Entwicklung wird über sie hinweggehen“, zitiert bei Muth, Zum Sturz, S. 557 f.

⁶⁶ GSTAM, VNL-K, Nr. 176, S. 1–30, S. 2, Klepper: Wahlrede gehalten in Kiel am 19. 4. 1932, ein paar Tage vor den preußischen Landtagswahlen am 24. 4. 1932, deren Wahlergebnis (s.u.) seine Sorge bestätigte. Erwähnt wird die Rede auch in: GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 39, weil sie durch eine Klage des Finanzministers gegen die beiden Hugenberg-Blätter Berliner Lokalanzeiger und Der Tag, die die Rede falsch wiedergegeben hatten, ein gerichtliches Nachspiel hatte. Dieser gerichtliche Streit, der von einer widerlichen Pressekampagne begleitet wurde, führte zu einem endlosen Austausch von gegnerischen Schriftsätzen und zu Verhandlungen, die groteskerweise erst am 3. Mai 1933, als Klepper und Braun längst im Exil waren, eingestellt wurde, wofür der Anwalt vom preußischen Staatsministerium 532,04 RM forderte.

len“⁶⁷. Erstes Gebot dieser Politik war zwar Sparen, denn die preußischen Kassen waren leer, aber Klepper verband seine Sparpolitik von Beginn mit einem Reformprogramm, das einerseits das Sparen unterstützen und andererseits den demokratischen Staat stabilisieren sollte.

Anhand seiner Reden vor dem preußischen Landtag und dem Staatsrat, anhand seiner beiden Rundfunkansprachen im Dezember 1931 und Frühsommer 1932 und seiner Wahlreden⁶⁸ lassen sich folgende Grundlagen für seine Politik ermitteln: Erstens die aus dem Studium der Wirtschaftsgeschichte gewonnene Einsicht, daß „eine grundsätzliche Grenzziehung zwischen der öffentlichen Finanzpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik notwendig“ sei⁶⁹, denn weder die wirtschaftliche Krise noch die Konjunktur werden von der staatlichen Finanz- beziehungsweise der Steuerpolitik gemacht, diese kann höchstens stützend oder störend eingreifen. Zweitens die Erkenntnis, daß die Nationalwirtschaften sich nicht mehr als isolierte Gebilde betrachten können und schon gar nicht versuchen sollten, nach Autarkie zu streben, weil die nationale von der internationalen Konjunktur abhängig ist „und der Sinn der modernen wirtschaftlichen Entwicklung in einer Erleichterung des zwischenstaatlichen Güteraustausches, nicht aber in seiner Hemmung besteht“⁷⁰. Ergänzend dazu sagte er im Frühjahr 1932 in seiner Kieler Wahlrede: „Die Dinge liegen hart und eindeutig so, daß es entweder gelingt, die große politische Verständigung der Völker, in deren Mittelpunkt Deutschland und Frankreich stehen, herbeizuführen, oder alles das, was wir unter der modernen Wirtschaft verstehen, wird zusammenbrechen.“⁷¹

Drittens erforderten, so meinte Klepper, die sich verändernden wirtschaftlichen, technischen und sozialen Bedingungen Reformen, die der Staat durch Abbau von Subventionen, zum Beispiel in der Landwirtschaft, durch „die Anpassung des allgemeinen Verwaltungsapparates an die verminderte Leistungsfähigkeit des Staates“, also durch eine Verwaltungsreform⁷², und durch die Anpassung der Arbeitszeit an die veränderten technischen Bedingungen erreichen kann. Klepper setzte sich für Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 40-Stunden-Woche ein, weil er dadurch „1 Million Arbeitslose in den Produktionsprozeß zurückzuführen“ und damit die Gemeinden zu entlasten hoffte⁷³. Parallel dazu müsse „der Weg der Beschaffung neuer Arbeit beschritten werden“. „Volkswirtschaftlich rentable Arbeitsmöglichkeiten“ aber ergaben sich für Klepper aus „der

⁶⁷ Klepper, Kieler Rede, S. 16.

⁶⁸ Seine beiden Reden im PrLT wurden am 15/17. 3. 1932 anlässlich der Einbringung des Haushaltes für 1932 (281./283. Sitzung, Sp. 24571–24582; Sp. 24725–24748) und am 16. 6. 1932 anlässlich der 2. preußischen Sparnotverordnung (9. Sitzung, Sp. 545–553) gehalten. Vgl. außerdem: Rede vor dem PrStR (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 531, Bl. 107 ff.) in der Sitzung des Haupt- und Gemeindevausschusses des Staatsrates vom 21. 1. 1932 (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 563/1, Reden des Finanzministers im PrLT, Handakte 1932) und die Rundfunkansprachen vom 23. 12. 1931 und vom 10. 6. 1932 (die letztere in VNL-K, beide im Rundfunkarchiv in Frankfurt/M.).

⁶⁹ PrLT, 281. Sitzung, 15. 3. 1932, Sp. 24580.

⁷⁰ Ebenda, Sp. 24582 und 9. Sitzung, 16. 6. 1932, Sp. 551: „Von der Erkenntnis, daß nur durch eine internationale Wirtschaftsverständigung die Krisenwirkung behoben und die Konjunktur hervorgerufen werden kann, ist bisher in den Kundbarmachungen der Reichsregierung nichts zu erfahren.“

⁷¹ Kieler Rede, S. 16 f.

⁷² PrLT, 281. Sitzung, 15. 3. 1932, Sp. 24580.

⁷³ Kieler Rede, S. 21. Am 16. 6. 1932 spricht er im PrLT (9. Sitzung) über die Verminderung der Arbeitslosen und damit der staatlichen Sozialausgaben (Sp. 552).

Durchführung der Agrarreform im deutschen Osten“, durch vermehrte Ansiedlung „bäuerlicher Familienbetriebe“, die sich als „der krisenfesteste Teil der Landwirtschaft“ erwiesen hätten. Im Gefolge der Bauern würden dort auch Handwerker, Kaufleute und Arbeiter neue Arbeitsmöglichkeiten finden⁷⁴. Viertens sah Klepper in einer Stärkung der „Selbstverwaltungskörper“ auf allen möglichen Gebieten, zum Beispiel auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik, das heißt im Abbau von Staat zugunsten gesellschaftlicher Initiativen, nicht nur eine Möglichkeit, staatliche Gelder einzusparen, sondern auch die Demokratie von unten zu stärken⁷⁵.

Die praktischen Konsequenzen, die Klepper aus seinem Reformprogramm zog, waren einmal eine eiserne Sparpolitik, die in erster Linie darauf achtete, den Haushalt „echt“ auszugleichen, das heißt nicht mehr auszugeben, als man einnahm, und zum anderen Reformen, die die Kürzung von Ausgaben ermöglichten⁷⁶. Seine strikte Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt, gegen die man hätte einwenden können, daß unter bestimmten Bedingungen Mehrausgaben von seiten des Staates zu rechtfertigen gewesen wären, begründete Klepper zwar in der Öffentlichkeit mit volkswirtschaftlichen Argumenten, aber dahinter standen politische Überlegungen. Vor dem Landtag sagte er, wenn das Finanzsystem durch eine wirtschaftliche Krisenlage ins Schwanken gerate, die Einnahmen den Ausgaben nicht mehr entsprächen, dann gerate die Regierung unter den Druck einer starken politischen und sozialen Dynamik und komme aus dem „Bedürfnis nach Popularität“ heraus in Versuchung, „durch eine illegitime Geldschöpfung die Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten“, wodurch „erhebliche Erschütterungen für Wirtschaft und Währung heraufbeschworen werden können“⁷⁷. So gehe es allein darum, „eine Gefährdung von Währung und Wirtschaft zu vermeiden“, um „die Zeit bis zur wirtschaftlichen Wende lebensfähig zu überstehen“, und er fügte hinzu, „diese Überzeugung gibt auch einer bewußt sozial-fortschrittlich eingestellten Regierung wie der preußischen Staatsregierung die innere Berechtigung zu der Härte, die die augenblickliche Finanzpolitik leider kennzeichnen muß“⁷⁸.

Nachdem Klepper in der Staatsratssitzung drei Tage nach seiner Ernennung zum Finanzminister, am 10. November 1931, feierlich begrüßt und zum Mitglied des Reichsrates ernannt worden war⁷⁹, legte er bereits eine Woche später einen Gesetzentwurf für das Haushaltsjahr 1932 vor⁸⁰. Preußens Kassen waren leer, das Defizit für Ende November lag bei 54 Millionen RM, zu dem ein Fehlbetrag von rund 450 Millionen aus den beiden vorherigen Haushaltsjahren gerechnet werden mußte. Was lag näher, als beim Reich betteln zu gehen? Wie aus einem Aktenvermerk Kleppers hervorgeht⁸¹, fand bereits am 17. November eine Sitzung bei Reichskanzler Brüning statt. Klepper berichtet: Nach-

⁷⁴ Kieler Rede, S. 21 ff.

⁷⁵ PrLT, 281. Sitzung, 15. 3. 1932, Sp. 24577/80. Vgl. auch Kleppers Behandlung der Theater (s.u.) und die Stärkung der Genossenschaften durch ihre Rationalisierung.

⁷⁶ PrLT, 281. Sitzung, 15. 3. 1932, Sp. 24576.

⁷⁷ Ebenda, Sp. 24579. PrLT und 9. Sitzung, 16. 6. 1932, Sp. 546.

⁷⁸ PrLT, 281. Sitzung, Sp. 24582.

⁷⁹ GSTAM, Rep. 90a, Bd. 177, Bl. 158 und GSTAB, I. HA, Rep. 90, Annex A, Nr. 39, Bl. 68. VNL-K, Nr. 187/88, Akte Briefe des Vaters: Telegramm an den frischgebackenen Finanzminister: „Gott mit Dir, tausend Grüße Eltern“.

⁸⁰ GSTAB, Rep. 90, Nr. 39, Bl. 160, Vorlage vom 17. 11. 1931.

⁸¹ GSTAM, VNL-K, Nr. 171.

dem er Brüning die Kassenlage dargelegt und der Hoffnung Ausdruck verliehen habe, am 20. November die fälligen Gehaltszahlungen leisten zu können, ohne allerdings eine Deckungsmöglichkeit – weder durch Einnahmen noch durch Überbrückungskredite – zu sehen, habe Brüning gemeint, die Sparmöglichkeiten seien noch nicht ausgeschöpft, zum Beispiel seien weitere Gehaltskürzungen möglich. Das habe er ohne „vorherige Durchführung einer allgemeinen Senkung der Lebenshaltungskosten“ abgelehnt, worauf Brüning geantwortet habe, „wirtschaftspolitische Maßnahmen der angedeuteten Art würden keine momentane Wirkung haben“. Außerdem müsse er fordern, daß der preußische Etat zur Zeit nicht veröffentlicht werden solle. Klepper „erschien im Gegenteil eine volle Publizität der Staatsfinanzen eine politische Notwendigkeit“. Brüning habe dann eine nochmalige Besprechung in acht Tagen vorgeschlagen, zu der Klepper einen genauen Etatentwurf mitzubringen versprach. Zwei Tage nach dieser Besprechung, in der Brüning ausdrücklich um Stillschweigen gebeten hatte, erschien im *Demokratischen Pressedienst* eine aus Quellen der Reichsregierung stammende Presseveröffentlichung über die Gestaltung des preußischen Etats!⁸²

Wie die nächste Besprechung von Braun und Klepper mit Brüning am 23. November 1931⁸³ verlief, hat der ebenfalls anwesende Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, überliefert. Seine Aufzeichnungen sollen hier ausführlich wiedergegeben werden, weil sie nicht nur die Trostlosigkeit der Situation widerspiegeln, sondern auch Einblick in die Verhandlungsweise Kleppers und seine zu Brüning konträre Politik gewähren⁸⁴. Dies festzuhalten, ist auch deshalb wichtig, weil Gerhard Schulz kürzlich die alten Vorurteile gegen Klepper aus der einseitigen Sicht von Brüning und Severing wiederholt hat. Klepper sei „nicht nur ein Vertreter preußischer Interessen“⁸⁵, wie auch immer „preußische Interessen“ zu definieren sein mögen, er sei einer, der auf zwei Schultern zu tragen scheine. Als Beleg zitiert Schulz Brünings oben bereits erwähnten Ausspruch, daß Klepper „schwer beizukommen“ sei, und zieht daraus den Schluß: „Er [*Brüning*] verdächtigte ihn also einer Art doppelten Spiels.“ Das aber macht auch für Schulz „nur dann einen Sinn [...], wenn Klepper konkurrierenden Intentionen ausgesetzt war, etwa des preußischen Staatsministeriums und des Reichskanzlers“⁸⁶. Eine al-

⁸² Ebenda, Brief Klepper an Braun, vom 19. 11. 1931.

⁸³ AdR-Brüning, Nr. 566: Vermerk des Staatssekretärs Pünder über eine Besprechung des RK mit dem PrMP und dem PrFM am 23. 11. 1931. Klepper beziffert das Kassendefizit für November auf 54, für Dezember auf 76, für Januar auf 48, für Februar auf 47 und für März auf 51 Millionen RM. Vgl. außerdem PrLT, 281. Sitzung, 15. 3. 1932, Sp. 24572.

⁸⁴ Schäffer, Bd. 15, S. 1072 ff., 23. 11. 1931. Zu bedenken ist natürlich, daß Schäffer die Ansicht des Reiches vertritt. Er berichtet über sich selbst in der dritten Person folgendes: „Der Kanzler leitet die Ausschußsitzung des Wirtschaftsbeirates am 10. 11. 1931 ein. [...] Schäffer ist überhaupt nicht der Auffassung, daß jetzt der Zeitpunkt ist, an dem die Länder an das Reich Anforderungen zu stellen haben, sondern daß an jeder Stelle so gespart werden muß, daß man mit den vorhandenen Mitteln auskommt. Die Pläne von Klepper, einen Defizit-Haushalt auszuweisen, um das Reich zur Unterstützung einer bestimmten Politik zu bringen, lehnt Schäffer ab. Es soll vielmehr gemeinsam vom Reich und den Ländern nach Ersparnismöglichkeiten gesucht werden.“

⁸⁵ Schulz, Brüning, S. 745.

⁸⁶ Ebenda, in diesen Zusammenhang gehört auch der von Hagen Schulze (S. 796) geäußerte Verdacht, Klepper habe Beziehungen zum Deuxième Bureau gehabt. Diese irrige Auffassung läßt sich durch Kleppers Freundschaft zu Degon (s.u.) erklären. Degon arbeitete als Kenner Deutschlands als Übersetzer für das Deuxième Bureau, allerdings erst ab 1939.

ternative Deutung, die Brünings Aussage⁸⁷ auch nahelegt hätte, nämlich daß Klepper alles getan hat, um Preußen als demokratisches Bollwerk gegen das Reich zu erhalten, bis die Demokratie-Krise im Reich überwunden war, und daß dazu an erster Stelle die finanzielle Unabhängigkeit Preußens vom Reich gehörte, wird nicht angeboten, obwohl Schulz' Darstellung der Finanzverhandlungen zwischen Preußen und Reich Kleppers Rolle bereits sehr viel stärker berücksichtigt, als andere Autoren es getan haben.

Nun also zu Schäffers Bericht von der Sitzung am 23. November 1931: „*Klepper*: Preußen braucht in den nächsten Tagen einen Betrag von 56 Millionen, außerdem bis zum Ultimo Dezember weitere 76 Millionen, bis zum Ultimo März 32 Millionen, im ganzen 300 Millionen als Kassenmittel. Ob wir sie geben können? Es ist eine Situation vorhanden, daß Preußen sich nicht mehr retten kann. Im Abstreichen von Ausgaben hat es alles getan. Einnahmeerhöhungen hat ihm das Reich unmöglich gemacht. Damit hat es die Verpflichtung übernommen, ihm jetzt auch beizuspringen. *Ich* [*Schäffer*]: Es ist aber völlig unmöglich. Woher sollen wir die Beträge nehmen? Wir haben Mühe, selber durchzukommen. *Klepper*: Einen solchen Fall konnte man voraussagen. Auf diesen mußte das Reich gerüstet sein. *Ich*: Seit wann? *Klepper*: Aus den Zeiten der reichlichen Einnahmen. *Ich*: Die flossen den Ländern und Gemeinden genauso zu. Im Gegenteil, deren Steuern nahmen noch mehr zu. Hier hätte man die Reserven bilden sollen. *Klepper*: Ich halte aber die ganze Wirtschaftspolitik für falsch. Man sollte nicht die Einkommen senken und damit wieder das Wirtschafts- und Steuervolumen vermindern. *Brüning*: Glauben Sie, daß wir allein in der Welt eine der allgemeinen Einstellung entgegentretende Politik machen können und noch dazu in einem Augenblick, in dem wir vor Verhandlungen stehen, bei denen die Gefahr besteht, daß die anderen, für die Sparsamkeit als absolutes Ziel gilt, uns Verschwendung vorwerfen?“ Nun schaltete Braun sich ein und unterstützte Klepper, so könne man die Wirtschaftspolitik nicht machen und Preußen, das 3/5 des Reichsgebietes umfasse, nicht allein lassen und schließlich habe Bayern 120 Millionen für seine Post, Preußen aber nichts für seine Eisenbahnen bekommen⁸⁸. Dieser exemplarische Ausschnitt aus Schäffers Tagebuch illustriert bei aller Verkürzung die Notlage Preußens, die Kompromißlosigkeit der Reichspolitik, die klar ihre Prioritäten in der Außenpolitik hatte, sowie Brauns und Kleppers Versuche, der Reichspolitik die Ziele Preußens entgegenzusetzen.

Die Verhandlungen waren zunächst ergebnislos, und auch bei dem Gespräch zwischen Schäffer und Klepper unter vier Augen kam nichts heraus. Klepper gab immerhin zu, „wenn ich nicht von vornherein überzeugt gewesen wäre, daß Sie auch nichts haben, hätte ich ganz anders auf Sie gedrückt“. Er wiederholte, daß „die ganze Außenpolitik und die ganze Wirtschaftspolitik geändert werden“ müsse und daß „auch die Agrarpolitik schuld“ sei. Obwohl Schäffer es für aussichtslos hielt, Auslandsanleihen zu bekom-

⁸⁷ Brüning, Memoiren, S. 482: „Klepper war [...] schwer beizukommen [...], weil er in Besprechungen mit der Reichsregierung klug und sachlich war, aber nachher insgeheim die preußischen Ressorts anders beeinflusste, wobei er durch seinen Appell an die Partikularinstinkte auch die Unterstützung hoher preußischer Beamter fand, die an sich der deutschnationalen Partei angehörten.“

⁸⁸ Ebenda, S. 1073. RFM Schwerin v. Krosigk bestätigte Schäffer gegenüber am 8. 2. 1932, daß das Reich Preußen „tatsächlich schlecht behandelt“ habe, im Gegensatz zu Württemberg und Bayern (Bd. 17, S. 183).

men, meinte Klepper, französische Anleihen besorgen zu können⁸⁹. Schulz kommentiert dieses Gespräch mit den Worten, Klepper habe sich „als ein Mann von begrenzter Kompetenz auf seinem schwierigen neuen Fachgebiet“ erwiesen, ein hartes Urteil, das er durch eine begrenzte Vermutung zu begründen weiß, nämlich durch Kleppers, wie er meint, „unangemessenen Hoffnungen auf Auslandskredite“⁹⁰.

Tatsächlich aber hatte Klepper berechtigten Grund, auf französische Anleihen zu hoffen, schon seit 1930 pflegte er Kontakt mit der Caisse Nationale Du Crédit Agricole (CNCA) in Paris. Im Sommer 1931 hatte er mit Mitarbeitern der Preußenkasse eine sechswöchige Reise durch Holland, Belgien, Frankreich und die Türkei gemacht und überall die landwirtschaftlichen Kreditbanken besucht. Auf dieser Reise begleitete ihn auch Jean Degon, der ihm später das Leben rettete, als französischer Dolmetscher. Degon war Anfang 1931 als deutschsprechender und an Deutschland interessierter Franzose nach Berlin gekommen und hatte Kontakt zu Klepper aufgenommen, da dieser einen Französischlehrer suchte. Um Degon stets in seiner Nähe zu haben, stellte Klepper Degon kurzerhand als Volontär bei der Preußenkasse ein, was Degon immerhin so sehr beeinflusst hat, daß er nach seiner Rückkehr nach Paris zur Caisse Nationale Du Crédit Agricole (CNCA) ging. Seine spätere Frau Madeleine Landy-Degon hat ein Buch über den Crédit Agricole geschrieben, das sich, wie sie sagt und wie es im Vorwort des Buches vermerkt ist, stark auf die Ideen Kleppers stützte⁹¹.

Noch als Präsident der Preußenkasse hatte Klepper Ende Oktober 1931 eine Serie von Besprechungen mit dem französischen Landwirtschaftsminister André Tardieu, dem Sous-Secrétaire d'Etat de l'Economie Nationale, Gignoux, und dem Direktor des Crédit Agricole, Louis Tardy, den Klepper schon von früher her kannte. Mit allen sprach er über eine notwendige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich⁹². Wie sich aus den Papieren Tardieus in den Archives de France ergibt, hatte Tardieu eine ähnliche Auffassung von landwirtschaftlichen Reformen wie Klepper und beklagte die Getreideüberproduktion sowie den weltweiten Preisverfall⁹³.

⁸⁹ Ebenda, Bd. 15, S. 1073 f., 23. 11. 1931.

⁹⁰ Schulz, Brüning, S. 598 f.

⁹¹ Die Verfasserin hatte im Sommer 1992 die Möglichkeit, sowohl mit Jean Degon, der heute in Cannes lebt, und mit Madeleine Landy-Degon, die immer noch auf der kleinen Farm bei Quillan im Dep. Aude, auf der Klepper 1941/42 Zuflucht fand, lebt, ausführlich zu sprechen. Degon berichtete, daß Klepper auf jener Reise 1931 jeden Tag mit Berlin telefoniert habe und am Tage seiner Rückkehr die große Bankenkrise ausgebrochen sei, d. h. die Reise fand Juni/Juli statt. Die Kontakte mit dem Crédit Agricole werden bestätigt durch VNL-K, Nr. 157 und Nr. 160. Vgl. auch Bosséno, Madeleine, in: Le Magazine Du Groupe CNCA, 30 (Mars 1993), S. 17 (der erneuerte Kontakt zwischen dem Crédit Agricole und Madame Landy-Degon ergab sich aus meinen Recherchen).

⁹² VNL-K, Nr. 160, Konferenz vom 31. 10. 1931, vgl. dazu Briefwechsel zwischen Etienne Metzger und Klepper, 7. 10. 1931 bis 4. 1. 1932. Der Besuch Kleppers bei Landwirtschaftsminister Tardieu und der CNCA sowie der diesbezügliche Kontakt mit François-Poncet werden durch ein Protokoll vom 20. 11. 1931 aus dem Archiv der CNCA, das jetzt erst wieder aufgebaut wird, bestätigt. Leider müssen die meisten Unterlagen aus der Zeit vor dem Kriege als verschollen gelten.

⁹³ C.A.R.A.N., Papiers Tardieu, 324 AP, 65. In dem gleichen Karton befindet sich eine Mappe mit der Aufschrift: „Prêts à l'Allemagne“ (Anleihen an Deutschland), in der sich aber nur ein Zettel mit Daten (Juli/August 1931) und Ausschnitte aus der Parlamentsdebatte vom 26. 6. 1931 befinden.

Das Programm der Zusammenarbeit, das Klepper vorschlug⁹⁴ und das auf großes Interesse stieß, konzentrierte sich vor allem auf zwei Ziele: „1) eine finanzielle Verbindung zwischen den beiden Instituten“, CNCA und P.Z., und „2) eine gemeinsame Tätigkeit beider Institute zur Verwirklichung von Getreideeinkäufen auf den europäischen Märkten, zwecks Gesundung des Getreidemarktes durch richtige Verwendung und Verteilung der Getreideüberschüsse, in Verbindung mit Vorteilen für die Industrien beider Länder“. Voraussetzung für die Zusammenarbeit war ein gegenseitiges Sich-Bekanntmachen der Institute. Entsprechend bereitete Klepper eine Serie von sechs Konferenzen zwischen den Vertretern der Preußenkasse und der CNCA vor, in denen über deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Agrar- und Kreditwesens verhandelt wurde⁹⁵. Da es sehr schwer sein würde, gemeinsame Getreideeinkäufe bei den ostdeutschen Landwirten durchzusetzen, drang Klepper auf eine Geste der Franzosen in Form eines französischen Darlehens an die Preußenkasse, wobei er ausdrücklich betonte, daß die Preußenkasse „finanziell auf völlig gesunden Füßen“ stehe. Es gehe, so sagte er zu Tardieu, tatsächlich nur um die Geste, die Höhe des Darlehens sei ohne Belang und im übrigen bringe es den Franzosen wegen der höher liegenden deutschen Zinsen sogar Vorteile. Klepper sah die Zusammenarbeit zwischen der CNCA und der P.Z. in dem größeren Zusammenhang deutsch-französischer Zusammenarbeit, die „auf landwirtschaftlichem Gebiet noch nie versucht und auf industriellem Gebiet so schwierig“ in die Wege zu leiten sei⁹⁶. Es ist anzunehmen, daß Klepper, der immer wieder die Notwendigkeit einer Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft betonte und dafür die deutsch-französische Zusammenarbeit als unbedingte Voraussetzung ansah, mit der offiziellen Geste der französischen Darlehen einen symbolischen Anfang schaffen und Preußen durch diese Zusammenarbeit mit Frankreich vom Reich zusätzlich unabhängig machen wollte.

Sowohl Tardieu wie Tardy gaben ihre positiven Eindrücke von den Gesprächen an den französischen Botschafter, André François-Poncet, nach Berlin weiter, verbunden mit der Bitte, den Gedankenaustausch fortzusetzen. François-Poncet hat regelmäßig über Kleppers Finanzpolitik und die Osthilfe nach Paris berichtet⁹⁷; insofern lag Brüning mit seiner Meinung über eine Verbindung Kleppers zum französischen Botschafter nicht falsch, zumal François-Poncet mit Harry Graf Kessler, in dessen Haus auch Klepper verkehrte, befreundet war. Daß Brüning sich über ein derart eigenständiges Vorgehen Kleppers ärgerte, zumal er davon überzeugt war, daß die Franzosen nur gegen politische Zugeständnisse seitens der Deutschen Anleihen vergeben würden⁹⁸, kann man aus Brünings Sicht verstehen. Allerdings könnte man auch genausogut andersherum argumentieren: Brüning hätte diese mehr inoffiziellen, auf persönlicher und auf Landesebene

⁹⁴ GSTAM, VNL-K, Nr. 157, Protokoll der 5. Konferenz, 9. 11. 1931, Bl. 107.

⁹⁵ VNL-K, Nr. 160.

⁹⁶ VNL-K, Nr. 157, Bl. 13 und 108. Zu welchem Ergebnis die Verhandlungen geführt haben, ist leider aus den unvollständigen Akten nicht zu ersehen.

⁹⁷ AE/F, B 31 467 ff., F³⁰ 536 ff. und 470, F³⁰ 539, Berichte François-Poncets vom 24. 12. 1931, 5. 1. 1932, 16. 3. 1932. Die in den Archives du Ministère Des Affaires Étrangères (AD) eingesehenen Berichte der französischen Botschaft aus Berlin über die wirtschaftliche Situation Deutschlands aus den Jahren 1930–1933 (Z Europe 1930–40, situation économique de l'Allemagne 1930–1931/761 und 1932–1933/762) bestätigen die Urteile der liberalen deutschen Presse und spiegeln insofern eine bestimmte liberale wirtschaftspolitische Einstellung wider.

⁹⁸ Vgl. Brünings Gespräch mit Schäffer vom 4. 3. 1932, Bd. 19, S. 317 ff.

laufenden Kontakte auch begrüßen und nutzen können, weil die Zusammenarbeit besonders mit Frankreich auf Reichsebene zu dem Zeitpunkt noch ausgesprochen schwierig war⁹⁹, aber dazu war Brüning wohl nicht der geeignete Mann und sein Mißtrauen gegenüber Klepper zu groß.

Klepper verhandelte weiter mit dem Reich und versuchte Schritt für Schritt, Möglichkeiten zu finden, seinen Haushalt über die Runden zu bringen. Es war, wie Schulze anmerkt, „ein Kreislauf von Bittgängen, Drohungen und Erpressungen [...] in Gang gekommen“¹⁰⁰. Schon einen Tag nach der Besprechung Brauns und Kleppers mit Brüning am 23. November erreichte Preußen in Verhandlungen mit Reichsbankpräsident Hans Luther die Zusage, daß „5 Millionen für diesen Ultimo von der Reichsbank weiter gestundet“ werden würden. Dafür wollte Klepper am 10. Dezember seinen Etat vorlegen, wobei er allerdings Gehaltskürzungen unter das Niveau des Reiches strikt ablehnte¹⁰¹. Ende des Monats berichtete Braun dem Reichskanzler nochmals über die im Kabinett beratene Lage der preußischen Staatsfinanzen und darüber, daß „die noch vorhandenen Steuerquellen restlos ausgeschöpft“ sowie die halben Dezembergehälter sichergestellt worden seien. Braun endete seinen Brief mit der versteckten Drohung: Falls „die erforderliche Hilfestellung“ nicht gegeben werde, „würde die preußische Staatsregierung sich gezwungen sehen, alsbald der Öffentlichkeit über die Zuspitzung der Kassenlage und über die Gründe ihrer Entwicklung vollen Aufschluß zu geben“¹⁰².

Daraufhin fand am 2. Dezember eine Besprechung mit dem Reichskanzler statt, bei der Klepper die preußischen Absichten zur Abdeckung des Etats darlegte¹⁰³. Und zwar sollten „die Personalausgaben um 100 Millionen und die Sachausgaben um 113 Millionen“ gesenkt werden, dafür müßten „70 Amtsgerichte und 56 Kreise eingespart“, die „Staatstheater mit Ausnahme der großen Oper“¹⁰⁴ und auch „Akademien“ geschlossen werden. Zu den so eingesparten 213 Millionen sollten noch „90 Millionen“ „aus der erhöhten Umsatzsteuer“ und 100 Millionen aus der noch einzuführenden Schlachtsteuer gewonnen werden, so daß Preußen über einen Betrag von 400 Millionen verfügen könne, der noch durch einen „Bewegungskredit von 200 Millionen“ aufzustocken sei. „Im gegenwärtigen Augenblick brauche Preußen sofort 35 Millionen.“

Die preußische Regierung hatte erreicht, was sie wollte, die Dinge kamen in Gang, und die Reichsregierung begriff, daß sie etwas tun mußte, zumal sie aus wahltaktischen Gründen vor einer Schlachtsteuer und der auch von Klepper erwähnten möglichen Margarinesteuer zurückschreckte. Zunächst wurde die Hilfe der Reichsbank bei der Beschaffung der 35 Millionen zugesagt. Dazu bemerkt Schäffer in seinem Tagebuch: „Der Kanzler drückt über die Braunsche Regierung auf die Sozialdemokratie, den Reichstag

⁹⁹ Vgl. die seit Anfang des Jahres verstärkt anlaufenden taktischen Manöver zur Lösung der Reparationsfrage, zur Vertagung der Lausanner Konferenz und zur Abrüstungskonferenz, dargelegt bei: Schulz, Brüning, S. 683 ff. und 696 ff.

¹⁰⁰ Schulze, Braun, S. 712.

¹⁰¹ Schäffer, Bd. 15, 24. 11. 1931, Bl. 1082 f.

¹⁰² AdR-Brüning, Nr. 575: Der PrMP an den RK, 28. 11. 1931. Der Entwurf des Briefes stammt von Klepper und wurde in der Kabinettsitzung beraten (VNL-K, Nr. 171, Bl. 15 ff.). Vgl. ebenda: Entwurf eines Schreibens Brauns an Brüning, 27. 11. 1931.

¹⁰³ AdR-Brüning, Nr. 581.

¹⁰⁴ Engelmann, S. 35, berichtet von einem Vorschlag Kleppers, „das hohe Subventionen kostende staatliche Schauspielhaus zu schließen und auf die Reinhardt-Bühnen, die dann keine Hilfe mehr brauchen würden, die Rechte und Pflichten eines Staatstheaters zu übertragen“ (S. 38).

nicht einzuberufen.“¹⁰⁵ Wie es in Wirklichkeit in der angeblich leeren Reichskasse aussah und wie recht Klepper mit seinen Forderungen hatte, verdeutlicht die folgende Notiz über ein Gespräch Schäffers mit Reichsbankvizepräsident Fritz Dreyse: „Ich sage ihm, daß unsere Kasse um 70 Millionen besser stehe, als wir gerechnet hatten. Es müsse aber geheim bleiben. Ich glaubte, daß wir jetzt mit einem Betrag von 80 Millionen wohl über den Dezember-Ultimo hinwegkommen. Ich rechne Dreyse die Sache vor. Dreyse zeigt sich durchaus geneigt, in diesem Umfang durch Finanzierung der Betriebskredite entgegenzukommen.“¹⁰⁶

Am folgenden Tag konferierten die Finanzminister der Länder, und Klepper bemühte sich um ein gemeinsames Vorgehen der Länder, um die Wahrung ihrer Eigenverantwortlichkeit gegenüber dem Reich und um eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Staatsbanken, damit sie mit den Privatbanken konkurrieren könnten, wozu man sich „die besten Leute“ mit entsprechend hoher Bezahlung holen müsse¹⁰⁷. Klepper versuchte den Bürokratien marktwirtschaftliches Denken beizubringen. Die finanzielle Lage der Länder war unterschiedlich, Schäffer meinte, „daß die süddeutschen Länder durchkommen werden. Preußen will seine Sache mit brutalem Ruck in Ordnung bringen.“ Entsprechend wurde Klepper von allen Seiten unter Druck gesetzt. Selbst der Preußenkasse, die er laut Treviranus immer noch genauso wie früher regierte, wollte man an den Kragen. Die Zinsen sollten gesenkt und eine neue, der Reichsregierung angenehme Leitung bestellt werden¹⁰⁸.

Am 16. Dezember mußte Klepper einen Runderlaß zur „vorläufigen Durchsetzung der dritten Gehaltskürzungsverordnung bei Beamten und Lehrpersonen“ veröffentlichen¹⁰⁹, was er zunächst abgelehnt hatte und nun gewiß nicht gerne tat. Schließlich fand am gleichen Tag im preußischen Landtag eine Debatte über einen Mißtrauensantrag gegen Klepper statt. Die Begründung für den Antrag stammte aus der Zeit seiner Tätigkeit bei der Domänenbank und der Preußenkasse und war in etwa identisch mit der für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur „Geschäftsgebarung Kleppers als Preußenkassenpräsident“. Die Deutschnationalen warnten in bewegten Worten vor dem „System Klepper“, mit dem die „alten, in Ehren ergrauten Minister noch ihr blaues Wunder“ erleben würden, und griffen Klepper auf unsachliche Weise an. Die Debatte schloß mit einem auf Klepper gemünzten Vers, der recht bezeichnend ist:

¹⁰⁵ Schäffer, Bd. 16, 2. 12. 1931, S. 1106.

¹⁰⁶ Ebenda, vgl. auch Schulz, Brüning, S. 696: „Das Jahr 1931 hatte Deutschland den größten Außenhandelsaktivsaldo der Nachkriegszeit gebracht (2 778 Millionen RM); trotz der umfanglichen Gold- und Devisenabflüsse ergab sich am Ende auch hier ein Aktivsaldo von 1 706 Millionen RM.“

¹⁰⁷ Ebenda, Bd. 16, 3. 12. 1931, S. 1110f.: „Alle Etats müssen aufgestellt werden, und sie müssen ausgeglichen sein.“

¹⁰⁸ Ebenda, 4. 12. 1931, S. 1118 und 1133, Brüning sagt: „Die Zustände in der Preußenkasse haben uns sehr geschädigt.“ Luther erwidert: „Die Preußenkasse ist nur von innen her zu behandeln.“ Robert Weismann meint: „Die Preußenkasse ist pleite und muß daher die Bedingungen schlucken.“

¹⁰⁹ HASTK, 902, 46,2, 2. Bd., Bl. 659 (ebenda, Bl. 661–666: Abdruck des preußischen Besoldungsblattes).

„Die über Nacht sich umgestellt
Die sich zu jedem Staat bekennen,
Das sind die Praktiker der Welt
Man könnte sie auch anders nennen.“¹¹⁰

„Der Praktiker der Welt“ wird vielleicht sogar geschmunzelt haben, als er diese Verse hörte, man hatte ihn während der Debatte dazugeholt, und er hatte ein paar Mal dazwischengerufen: „Das ist unwahr!“ Der Mißtrauensantrag wurde mit 217 gegen 177 abgelehnt¹¹¹, eine solide parlamentarische Basis für sein schwieriges Vorhaben, die Staatsfinanzen zu sanieren!

Parallel zu den Verhandlungen mit dem Reich liefen Kleppers Verhandlungen mit Reichsbankpräsident Luther. Im Januar 1932 konnte Klepper ihm mitteilen, daß der voraussichtliche Fehlbetrag für 1932 etwa 150 Millionen betragen werde und durch eine Fortsetzung der Verwaltungsreform weiter zurückgeschraubt werden könne. Die letzten 100 Millionen könnten durch eine Schlachtsteuer oder einen Überbrückungskredit der Reichsbank beschafft werden, was Luther ablehnte und statt dessen nach der Schuldentilgung Preußens fragte. Klepper antwortet kategorisch: „Erst ausgeglichener Etat, dann Schuldentilgung.“¹¹² Schon zwei Tage vor Weihnachten hatte erneut eine Besprechung mit Brüning über die preußische Finanzlage stattgefunden, und Klepper pokerte mit Hilfe der gefürchteten und auch von ihm keineswegs geliebten Schlachtsteuer¹¹³ um die Eisenbahnabfindung¹¹⁴ durch das Reich, doch ohne Erfolg. Das Jahr näherte sich dem Ende, Preußen hatte sich gegenüber einem Bankenconsortium, dem auch die Reichsbank angehörte, verpflichtet, seinen Staatshaushalt bis zum Jahresende klar auszugleichen, wenn ihm dafür ein Überbrückungskredit von 50–60 Millionen RM gewährt werden sollte¹¹⁵.

So wurde schließlich ohne die Hilfe des Reiches am Tag darauf die sogenannte Sparnotverordnung¹¹⁶ erlassen, mit der Klepper notgedrungen das schaffte, „was sämtliche preußischen Innenminister seit 13 Jahren nicht fertiggebracht hatten“¹¹⁷, nämlich eine Verwaltungsreform einzuleiten, die Brüning sogar als „die größte der letzten

¹¹⁰ PrLT, 264. Sitzung, 16. 12. 1931, v. Rohr (DNVP), Sp. 23156 und Werner Kaufhold (DNVP), Sp. 23207. Der Vers stammt von Bogislav v. Selchow. Vgl. außerdem Kap. über Untersuchungsausschuß (s.u.).

¹¹¹ GSTAM, Rep. 169 D, Nr. 33, Bd. II, Bl. 434 f. PrLT, 266. Sitzung, 18. 12. 1931, Sp. 23387.

¹¹² Ebenda, VNL-K, Nr. 171, Briefwechsel zwischen Klepper und Luther vom 16. 1. 1932 (K. an L.), 19.1. (L. an K.) und 29.1. (K. an L.), Bl. 6 ff. Außerdem schrieb Klepper am 19. 11. 1931 (Bl. 9 f.) wegen der schwierigen Kassenlage an Dietrich und sandte die Kopien jeweils an Braun und Hirtsiefer (Bl. 12 f.).

¹¹³ AdR-Brüning, Nr. 613. Engelmann, S. 35. Die Vorlage für eine Schlachtsteuer lag seit Anfang Dezember 1931 im Entwurf vor und war Anfang Januar 1932 voll ausgearbeitet (VNL-K, Nr. 153).

¹¹⁴ Nach dem Staatsvertrag vom 30. 4. 1920 (RGBl. 1920, S. 773) hatte Preußen durch die Abgabe seiner Staatsbahnen an das Reich Anspruch auf eine Eisenbahnabfindung.

¹¹⁵ AdR-Brüning, Nr. 613. Vermerk von Ministerialrat Vogels vom 21. 12. 1931 (Anm. 3, S. 2129).

¹¹⁶ PrGslg. Nr. 54 vom 23. 12. 1931, S. 293 ff. Die „Dietramszeller Notverordnung“ des RP vom 24. 8. 1931 ermöglichte den Erlaß von Notverordnungen durch die Länder. Zu Verfahren und Legitimation der preußischen Notverordnungs politik vgl. Ehni, S. 217 ff.

¹¹⁷ Schulze, Braun, S. 713. Horkenbach (Hrsg.), II, S. 398 ff., Weichmann in Vossische Zeitung Nr. 603, 23. 12. 1931.

100 Jahre“¹¹⁸ bezeichnete, wobei der Grund für das Lob gewiß weniger die Bewunderung für Klepper war, als die geheime Freude, seine Pläne ein Stückchen mehr verwirklicht zu sehen. Doch auch diese Freude kann nicht ganz rein gewesen sein, denn er hielt sie „bei größter Hochachtung [...] für die sachliche Arbeit Kleppers [...] zu diesem Zeitpunkt [...] für politisch falsch“, und zwar keineswegs nur, wie es zunächst scheinen mochte, wegen der bevorstehenden Wahlen, sondern weil er sehr wohl verstanden hatte, daß Klepper daran arbeitete, „die erdrückende Abhängigkeit Preußens vom finanziellen Wohlwollen des Reichskanzlers zu mildern“¹¹⁹ und damit Brüning das finanzielle Druckmittel aus der Hand zu nehmen, mit dem er die Preußen „im Laufe des Sommers zu zwingen [*versucht hatte*], aus ihrer Notlage heraus freiwillig Polizei und Justiz dem Reiche anzubieten“¹²⁰.

So ergab sich für Braun wie für Klepper die widersprüchliche Zielsetzung, für die finanzielle Unabhängigkeit Preußens kämpfen und Maßnahmen ergreifen zu müssen, die ihnen selbst bei den Wahlen schaden würden. Obwohl sie beide im Prinzip nicht gegen eine Neuorganisation der Verwaltung von Preußen und Reich waren¹²¹, stemmten sie sich schließlich gegen diese Absichten des Kanzlers, weil sie weder „dieses an Erpressung grenzende Vorgehen“¹²² dulden noch den demokratischen Absichten der Reichspolitik trauen konnten. Bei Klepper war offenbar das Mißtrauen gegen Brüning und die Energie, mit der er für die Unabhängigkeit Preußens zu kämpfen bereit war, noch größer als bei Braun. Während Braun in Ascona Urlaub machte¹²³, nutzte Klepper die Weihnachtstage, um erneut einen Haushaltsplan aufzustellen und an dem Entwurf einer großen Verwaltungsreform weiterzuarbeiten.

Sein Haushaltsdeckungsplan passierte in Abwesenheit von Braun, der ihn „nie hätte passieren lassen“¹²⁴, das preußische Kabinett und wurde am Dreikönigstage dem Reichskanzler im Beisein von Schäffer vorgelegt¹²⁵. In dieser Sitzung zeigten sich sowohl Brüning wie Klepper durchaus kooperativ, und die Art, wie Klepper argumentierte und den „Druck“ der miserablen Kassenlage fast begrüßte, „um solche an sich unbeliebten Maßnahmen annehmbar zu machen“, beweist die von Engelmann erwähnte „sportliche Freude“, kritische Situationen mit Kampfgeist und Phantasie zu bewältigen¹²⁶. Die Verwaltungsreform sollte mit der Zusammenlegung der drei Ministerien für Handel, Wohlfahrt und Landwirtschaft, die sich alle einen eigenen Apparat geschaffen hätten, fortgesetzt werden; ferner mußten die Oberpräsidenten mit den Regierungspräsidenten zusammengelegt und die Kreise vielfach vereinheitlicht werden. „Der Kanzler“, so berichtet Schäffer, „mißt dieser Verwaltungsreform die größte Bedeutung bei, er könne sich vorstellen, daß sie eine solche Erleichterung für die bedrückten Gemüter der Menschen bedeute, daß sie auf den Ausgang der preußischen Wahlen einen sehr günstigen Einfluß haben würde.“ Klepper, voller Optimismus, „hofft, sie sogar parlamentarisch durchzu-

¹¹⁸ Brüning, S. 485.

¹¹⁹ Schulze, Braun, S. 713.

¹²⁰ Brüning, S. 515. Vgl. auch Schäffer, 7. 6. 1932, Bd. 21, S. 563 f.

¹²¹ U.a. Schulze, Braun, S. 714.

¹²² Braun an Severing, 21. 1. 1932, in AdsD, Bonn, NL-Severing/53.

¹²³ Schulze, S. 712.

¹²⁴ Severing an Braun 21. 1. 1932 (NL-Severing/53).

¹²⁵ Schäffer, Bd. 17, 6. 1. 1932, S. 24 ff.

¹²⁶ Engelmann, S. 35.

bringen. Die Sozialdemokraten würde er herumbekommen, ebenso die Staatspartei. Die Schwierigkeit läge beim Zentrum¹²⁷, woraufhin *Brünig* lakonisch meinte: „Das preußische Zentrum kann man doch zwingen.“ Der *Kanzler* drängte: „Bis wann könnten dann die Dinge beschlossen sein?“ *Klepper* schätzte, daß noch 14 Tage zur Ausarbeitung benötigt würden und „die Dinge in den Ressorts besprochen“ werden müßten, bevor „der Versuch einer parlamentarischen Erledigung gemacht“ werde. „Ende Februar, Anfang März könnten sie in der preußischen Gesetzessammlung stehen.“ *Brünig* fragte nach Ersparnissen in der Justiz; *Klepper* erwiderte, daß die Justiz bereits mit Minus arbeite wegen der zahlreichen „Armensachen“ und der entsprechend hohen Gebühren für Anwälte, aber er zeigte sich sogar geneigt, „die Justiz an das Reich abzutreten, wenn auch die anderen Staaten es tun“, wobei *Klepper* diese Übertragung im Sinne einer vom Reich und Preußen gemeinsam durchgeführten „Vereinfachung“ der Justizverwaltung und der Gerichtsverfassung meinte¹²⁸ und nicht im Sinne einer einfachen Unterstellung des preußischen Justizministeriums unter das des Reiches, was aber *Brünings* heimlichen Absichten entsprochen hätte. Dabei war er sich allerdings darüber im klaren, daß ein solches Vorhaben allenfalls von den norddeutschen, niemals aber von den süddeutschen Ländern gebilligt worden wäre. Ohnehin hätte keines der Länder ohne ein verfassungsänderndes Gesetz zugestimmt. *Brünig*, der *Klepper* an diesem Dreikönigstag, laut *Schäffer*, als erstaunlich kooperativ empfand, bohrte noch einmal wegen der Schlachtsteuer, sie doch „vor der Wahl nicht zu erwähnen“, worauf *Klepper* „nur sehr ungern“ einging¹²⁹.

Wenn man *Brünings* und *Kleppers* Argumentation vergleicht, so fällt auf, daß *Brünig* vor allem die Wirkung der geplanten Maßnahmen auf die Wähler im Auge hatte, die er notfalls auch zu täuschen bereit war, während er auf seine eigenen Parteigenossen glaubte Zwang ausüben zu können. *Klepper* dagegen hoffte, die Wähler von der Richtigkeit der Maßnahmen überzeugen zu können, und vertraute darauf, daß ehrliche Darlegung der Notlage bei der Bevölkerung auf Einsicht stoßen würde¹³⁰. So betonte er in seiner Kieler Rede, daß die Lage „ernster ist, als vielfach angenommen“ und daß dies auch noch nach den Wahlen anhalten werde, dennoch nutze es nichts, sich „einer mutlosen Stimmung hinzugeben. Die politischen Chancen dieser Zeit hat auch nicht der, der am unanständigsten auftritt, sondern der, der die sachliche Lösung aufzeigt und durchführt.“ Vielleicht entsprach diese Haltung in einer von politischer Demagogie beherrschten Zeit nicht mehr der Realität, vielleicht wurden die leiseren Töne nicht mehr gehört. Wenn man seine Rundfunkansprachen heute hört, so klingen sie zwar von der Sache her überzeugend, aber sie setzen voraus, daß man in etwa wußte, worum es ging, daß man bereit war, Opfer auf sich zu nehmen, und vor allem daß man die Republik bejahte. Wer tat das?

¹²⁷ *Schäffer*, Bd. 17, 6. 1. 1932, S. 25. Zwei der betroffenen Minister gehörten dem Zentrum an, Heinrich Hirtsiefer und Heinrich Steiger.

¹²⁸ *Klepper* dazu in der Besprechung mit *Brünig* vom 5. 2. 1932 (AdR-*Brünig*, Nr. 660). Vgl. die ungenaue Angabe bei *Schulz*, *Brünig*, S. 599 und die zu diesem Zeitpunkt unzutreffende Bemerkung: „Das Ende der starken Stellung Preußens und seines Ministerpräsidenten war besiegt.“

¹²⁹ *Schäffer*, Bd. 17, 6. 1. 1932, S. 26.

¹³⁰ Kieler Rede, S. 4. Vgl. auch die Rundfunkansprachen.

Nachdem Klepper im Januar bei Braun in Bad Gastein gewesen war, um ihn über den Gang der Verhandlungen und Brünings Vorgehen in Sachen Reichspräsidentenwahl zu informieren¹³¹, ging das Tauziehen zwischen Preußen und Reich weiter¹³². Am 19. Februar 1932 kam es dann endlich zu einer Kompromißlösung im Finanzkonflikt Preußen – Reich¹³³. Brüning hatte scheinbar aus lauter Sorge vor den Auswirkungen der Schlachtsteuer eingelenkt¹³⁴ und zugesagt, im Laufe des Jahres 1932 100 Millionen RM an Preußen zu zahlen, davon 50 Millionen bis Mitte des Jahres. Dafür sollten die preußische Landesrentenbank, die Siedlungsgesellschaften und die preußischen Anteile an der deutschen Siedlungsbank auf das Reich übertragen werden, ein logischer Schritt „nach dem Rückzug Preußens aus der Siedlungs- und Osthilfe“¹³⁵. Doch steckte dahinter mehr, nämlich der alte Plan Brünings¹³⁶, der sich laut Schulze in einer vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen Verpflichtung der preußischen Regierung niedergeschlagen haben soll: „Bis spätestens 30. September 1932 eine Verwaltungsreform in Preußen durchzuführen und darüber hinaus sofort mit dem Reich Verhandlungen über eine gemeinsame Reform der Reichs- und preußischen Verwaltung einzuleiten“. Damit hätte, so fährt Schulze fort, Brüning sich „die Zustimmung des preußischen Kabinetts für eine zukünftige verstärkte Einflußnahme des Reiches auf die preußischen Verhältnisse erkaufte, das Ziel, das er mit seiner restriktiven Finanzpolitik gegenüber Preußen verfolgt hatte, schien greifbar nahe und war von Braun und seinen Kabinettskollegen akzeptiert“¹³⁷ worden. Brüning soll „im vertrauten Kreise“ geäußert haben: „Wenn die Wah-

¹³¹ Schulz zitiert einen Brief Brauns an Weismann vom 19. 1. 1931: „Als Klepper mir in Gastein mitteilte, was Brüning beabsichtigte (die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ohne Wahl), sagte ich ihm gleich, bei der ganzen Sache wird doch nichts weiter herauskommen als ein erheblicher Prestigegewinn für Hitler“, in: Politik und Wirtschaft, S. 1223. Zum Hindenburgmanöver vgl. Schulz, Brüning, S. 704 ff.

¹³² Siehe Verhandlungen am 1. 2. 1932: Das Reich bot an, Anteile an der Preußenkasse zu übernehmen, was Klepper natürlich mit dem Hinweis ablehnte, daß „entgegen anderslautenden Meinungen [...] die Preußenkasse auf absolut gesunden Füßen stehe“ (AdR-Brüning, Nr. 660). Vgl. auch Schäffer, Bd. 16, S. 1133 f.

¹³³ Vgl. Besprechung vom 5. 2. 1932 und die abschließende Besprechung vom 1. 3. 1932 (AdR-Brüning, Nr. 689/90), zu der es zwei von einander abweichende Niederschriften gibt (s.u.).

¹³⁴ Schulze, Braun, S. 714. Sicher spielten auch seine Niederlage in der Reichspräsidentenaffäre und sein Angewiesensein auf die Sozialdemokraten sowie sein „Positionsverlust in der Außenpolitik“ eine Rolle, vgl. S. 710 ff.

¹³⁵ Ebenda und Vorwärts Nr. 69, 11. 2. 1932.

¹³⁶ Brüning, S. 582.

¹³⁷ Schulze, Braun, S. 714 f., Schulze sagt, „dieser Beschluß wurde, damit er nicht ruchbar werde, nicht in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums, an der zahlreiche Beamte teilgenommen hätten, sondern in einer Ministersitzung gefaßt, in der neben den preußischen Ministern nur einige Staatssekretäre anwesend waren; das Protokoll der Sitzung schrieb Staatssekretär Weismann, es wurde mit dem – unüblichen – Vermerk, ‚Streng vertraulich zu behandeln‘, versehen und im Panzerschrank verschlossen“. Schulze zitiert GSTAB, I.HA, Rep. 90, Annex A/39, das Protokoll befindet sich auch unter dem Datum des 13. 2. 1932 (Weismann) neben einem anderen Protokoll über die Ministersitzung zur Verabschiedung des Etats am 12. 2. 1932 bei den Staatsministerialsitzungsprotokollen 1928–32, GSTAM, Rep. 90a, Bd. 181, Bl. 20 ff., und auch Schäffer erwähnt am 8. 2. 1932 (Bd. 18, S. 184), daß „die Reichsbank der Einsetzung dieses Münzgewinnes nur zustimmen wird, wenn gleichzeitig klargestellt ist, [...] daß die Verwaltungsreform vorwärts kommt [und] ein Programm der Verwaltungsreform alsbald vom Reich und Preußen aufgestellt“ wird. So geheim kann die Verabredung nicht gewesen sein.

len in Preußen schiefgehen, dann übernehme ich die preußischen Dinge auf das Reich.“¹³⁸

Wenn es auch richtig ist, hinter den Verhandlungen des Reiches einen Erpressungsversuch gegenüber Preußen zu vermuten, so scheint Schulzes Darstellung, daß das Reich sich die von „Braun und seinen Kabinettskollegen akzeptiert[e]“ Zusage zu einer Verwaltungsreform bis zum 30. September 1932 erkaufte, so nicht zuzutreffen. Vielmehr fand am 1. März 1932 eine „abschließende Besprechung über die 100-Millionen-Hilfe statt, die seitens Preußens zur Ausbilanzierung seines Haushaltsplanes 1932 vom Reich erbeten“ worden war. Zu dieser Sitzung, die offensichtlich nach dem Kompromiß vom 19. Februar noch einmal nötig geworden war, gibt es zwei voneinander abweichende Niederschriften, eine von Staatssekretär Pünder, eine von Klepper¹³⁹.

Pünders Niederschrift enthält vage Feststellungen darüber, wann das Reich – auf jeden Fall erst nach der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 – seinen Haushaltsplan abschließend beraten könne, und „nur bei Aufstellung eines solchen Gesamtplanes werde es möglich sein, die für Preußen vorgesehenen 100 Millionen in den Reichsetat einzustellen. Er [*der Reichskanzler*] erklärte hiermit aber in Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister, daß in diesem Gesamtrahmen die für Preußen bestimmten 100 Millionen als Gegengabe für die preußischen Siedlungsanteile vorgesehen seien.“ Bezüglich des Zahlungstermins heißt es lediglich, „die preußischen Herren erklärten sich mit dieser Erklärung des Reichskanzlers einverstanden und hatten Verständnis dafür, daß angesichts der völlig ungeklärten politischen Lage über die Zahlungstermine noch nicht abschließend gesprochen werden könne“.

In Kleppers Niederschrift, die in: 1. Vereinbarungen, 2. Zahlungstermine unterteilt ist, heißt es: „Die preußische Staatsregierung liquidiert die preußische Landesrentenbank in der Weise, daß die Aktiven und Passiven auf die Deutsche Siedlungsbank (bis zum 1. April 1932) übertragen werden. Gleichzeitig erwirbt die Reichsregierung die preußische Beteiligung an der Deutschen Siedlungsbank und an den Siedlungsgesellschaften. Als Gegenleistung zahlt die Reichsregierung 100 Millionen, [*die*] im Laufe des preußischen Etatjahres 1932/33 nach noch zu treffender näherer Vereinbarung fällig“ werden. „Die Reichsregierung wird sich bemühen, 50 Millionen Reichsmark vor dem 30. April 1932 zu zahlen.“

Neben der wichtigen Frage der Zahlungstermine gab es einen weiteren strittigen und in beiden Niederschriften gänzlich unterschiedlich festgehaltenen Punkt, nämlich den der sogenannten „Landeskulturbehörden“. Dabei ging es um die Übernahme der bisher preußischen, mit der Siedlung betrauten Behörden auf das Reich. Dazu gab Pünder folgendes zu Protokoll: „Vorstehende Erklärung der Reichsregierung wurde in der heutigen Aussprache noch an eine zweite Voraussetzung geknüpft, deren Erfüllung auf preußischer Seite liege. Das Verlangen der Überführung der preußischen Kulturverwaltung in die Reichsverwaltung wolle er heute nicht ausdrücklich stellen, sondern sei damit ein-

¹³⁸ AdR-Brüning, Nr. 689/690. Schulze, Braun, S. 714, Anm. 441. Vgl. dazu Schulz, Brüning, S. 748, der die Interpretation der Ereignisse von H. Schulze weitgehend übernimmt.

¹³⁹ AdR-Brüning, Nr. 689/690, „Einleitend erbat der preußische Ministerpräsident Klarheit über die Frage, da die preußische Staatsregierung ihre Etatberatungen abschließen und den Haushaltsplan alsbald dem Landtag vorlegen müsse.“ Pünders Niederschrift (S. 2343) und Kleppers Niederschrift (S. 4345). Beide Niederschriften befinden sich auch in: GSTAM, VNL-K, Nr. 171, Bl. 25 ff.

verstanden, daß während des ersten Jahres zunächst praktische Erfahrungen gesammelt werden müßten. Durch Verhandlungen zwischen Reich und Preußen aufgrund der so gewonnenen Erfahrungen müsse aber sichergestellt werden, daß zum 1. April 1933, spätestens aber zum 1. Oktober 1933 die etwa erforderlich werdende Behörden-Umorganisation durchgeführt sei.“¹⁴⁰ Klepper notierte dagegen unter Punkt 3) zu dem Problem: „Der in früheren Verhandlungen erörterte Wunsch der Reichsregierung, die preußischen Siedlungsbehörden (Landeskulturbehörden) ganz oder teilweise zu übernehmen, oder ihnen den Charakter einer Auftragsverwaltung zu geben, wird zurückgestellt. Die preußische Staatsregierung sagt die nachdrückliche Unterstützung der von der Reichsregierung geplanten Förderung der Siedlungstätigkeit zu.“¹⁴¹

Braun sandte die von ihm unterschriebene Niederschrift Kleppers an den Reichskanzler mit einem von Klepper entworfenen Begleitschreiben, in dem er seinerseits bedauerte, dem Pünderschen „Vermerk nicht zustimmen zu können“, weil er „nicht die richtigen Verhandlungsergebnisse“ wiedergebe. Im einzelnen heißt es: „In der Besprechung kam eindeutig zum Ausdruck, daß der Übergang der preußischen Beteiligung an der Deutschen Siedlungsbank und den Siedlungsgesellschaften sowie der preußischen Landesrentenbank gegen Zahlung von 100 Millionen RM im Haushaltsjahr 1932/33 vereinbart war.“ Auch hinsichtlich der Behandlung der Siedlungsbehörden gebe der Vermerk das Verhandlungsergebnis nicht zutreffend wieder. „Der Herr Reichsarbeitsminister stellte seine Forderungen auf Übernahme der Siedlungsbehörden oder einzelner Beamter ausdrücklich zurück, wogegen Sie meine persönliche Zusage erbaten, gegenüber bürokratischen Hemmungen oder in aller sonst notwendigen Weise die von der Reichsregierung beabsichtigte Intensivierung der Siedlungstätigkeit zu fördern.“¹⁴²

Die Tatsache, daß es zu keiner Einigung kam und Brüning es ausdrücklich ablehnte, Kleppers Niederschrift, die für das Reich bindende Festlegungen enthielt – anders hätten die Preußen auch niemals ihre Siedlungsanteile abgetreten –, zu unterzeichnen, und sich auch zu keiner weiteren Festlegung bereitfand¹⁴³, entlarvte aus Sicht der preußischen Regierung zum einen die hinhaltende und Preußen zunehmend unter Druck set-

¹⁴⁰ Die vorstehende Erklärung wurde ausdrücklich auf Wunsch des Reichsarbeitsministers eingefügt, der diesen Text der Reichskanzlei mit Schreiben vom 3. 3. 1932 übersandte (ebenda, S. 2344, Anm. 4). Das Datum 1. 10. 1933 stimmt ja mit dem von Schulze angegebenen 30.9. überein, nur nicht das Jahr, wobei man sagen muß, daß es kaum das Jahr 1932 gewesen sein kann, denn das hätte geheißen, daß a) nur ein halbes Jahr für eine doch sehr komplizierte Umorganisation zur Verfügung gestanden hätte, und b) daß das Reich unbedingt die 100 Millionen bis dahin hätte gezahlt haben müssen.

¹⁴¹ Klepper, ebenda, S. 2345.

¹⁴² GSTAM, VNL-K, Nr. 171, Briefentwurf Kleppers an den RK vom 3. 3. 1932 und seine Niederschrift über die Sitzung vom 1. 1. 1932 (Bl. 35 ff.).

¹⁴³ AdR-Brüning, Nr. 689/690, Pünder an Weismann, 5. 3. 1932, S. 2344, Anm. 3: „Der Herr Reichskanzler sieht sich zu seinem Bedauern nicht in der Lage, dieses Protokoll des Herrn Min. Klepper zu unterzeichnen und zu billigen, zumal es ja verschiedene Formulierungen enthält, die, wie ich selber als Zeuge bestätigen muß, in unserer gemeinsamen Besprechung nicht einmal erwähnt, geschweige denn vereinbart worden sind. Über die in der Niederschrift [...] vom 1. d. Mts. enthaltenen Erklärungen hinaus sieht der Reichskanzler sich zu weiteren Festlegungen nicht in der Lage.“ Pünder selbst hatte Kleppers Protokoll in einem Schreiben an Schäffer vom 5. 3. 1932 als preußischen „Erpressungsversuch“ bezeichnet (AdR-Papen, Nr. 11, S. 25, Anm. 3).

zende Politik des Reiches¹⁴⁴ und erklärt zum anderen, warum Klepper begann, seine eigenen Wege bei der Haushaltsdeckung zu gehen. Im Etat vom 15. März, den er ausführlich im Landtag begründete, setzte er zwar noch die 100 Millionen des Reiches zur Deckung des Defizits ein¹⁴⁵ und vermied so die unbeliebte Schlachtsteuer, aber nach diesem Manöver war ihm klar, daß Preußen sich selber helfen mußte.

Im Hinblick auf die kommende Landtagswahl am 24. April gab Klepper Anfang des Monats eine Erklärung zur „Finanzpolitik im Dienst der Krisen-Bekämpfung“ an den amtlichen preußischen Pressedienst, um noch einmal zusammenzufassen, worum es der preußischen Regierung ging. Es wird, so erläuterte Klepper, bei den kommenden Landtagswahlen „eine maßgebliche Entscheidung in dem Kampf fallen, der um die Macht in Deutschland geführt wird und geführt werden muß“, denn trotz „der dringend notwendigen inneren Beruhigung“ müsse, vor allem auch dem Ausland gegenüber, klargestellt werden, „wer in Deutschland regiert“. Die Gruppen, die sich als ‚nationale Opposition‘ bezeichneten, bewürben sich um die Regierungsgewalt, und zwar, indem sie allen alles versprächen, ohne aufzuzeigen, wie sie diese Versprechen einzulösen gedächten. Dagegen erfordere die Finanzpolitik der preußischen Regierung „große Opfer und weitgehende Entbehrungen. Sie bewahrt aber vor einem größeren Übel, nämlich dem Zusammenbruch der Staatsfinanzen und einer Gefährdung der Währung.“ Sie sei „trotz aller Härte“ „eine Politik von Ordnung und sozialer Gerechtigkeit“, aber „die Überwindung der Krise ist nicht etwas, was sich schicksalhaft nähert, sie muß vielmehr geschaffen werden“. Es sei ganz wichtig zu verstehen, daß die Völker inzwischen alle wirtschaftlich voneinander abhängig seien und daß deshalb eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Völkern „mit dem Ziel des freien Güteraustausches“ das Ziel der deutschen Politik sein müsse; die Voraussetzung dafür aber sei die Ordnung im eigenen Hause, dafür lohne es sich, mit Mut, Entschlossenheit und Verantwortungsbewußtsein zu kämpfen und bereit zu sein, „einen schweren und ernsten Weg“ zu gehen¹⁴⁶.

Das Volk war nicht mehr bereit, diesen „schweren“ Weg zu gehen. Das Wahlergebnis, das der NSDAP die gleiche Stimmenzahl wie der bisherigen Weimarer Regierungskoalition beschert hatte¹⁴⁷, zeigte, daß das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems erneut geschrumpft war und sich die Hoffnungen, die große wirtschaftliche und politische Krise bewältigen zu können, nun auch in Preußen auf die extremen Parteien verlagerten. Aufgrund der Änderung der Geschäftsordnung

¹⁴⁴ Die hinhaltende Taktik des Reiches wird zusätzlich bestätigt durch die Notiz Schäffers über ein Telefongespräch mit Pünder am 7. 3. 1932 (Bd. 19, S. 330), in dem Schäffer sich über die „Preußensache“ bei Pünder beschwerte und sagte, er wisse nicht, „woher wir die Mittel zur Deckung unseres Haushalts nehmen sollen“, worauf Pünder darauf hingewiesen habe, „daß keine Zusage zur Deckung von Kassenmitteln gemacht worden“ sei. Noch am 3. 5. 1932 hieß es bei der Reichsministerbesprechung: „Ferner sei noch die Frage der Zahlungen an Preußen zu regeln. Hierüber werde er [der Reichsfinanzminister] mit dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Finanzminister nochmals sprechen“ (AdR-Brüning, Nr. 733).

¹⁴⁵ PrLT, 281/283. Sitzung, Sp. 24571 ff. und 24575: „Im übrigen wurde das der Öffentlichkeit bekannte Abkommen zwischen Reichs- und Staatsregierung getroffen, auf Grund dessen die preußischen Beteiligungen bei den Siedlungsfinanzierungsstellen gegen eine Ausgleichszahlung von 100 Millionen Reichsmark auf das Reich übergehen sollen.“

¹⁴⁶ VNL-K, Nr. 176, Amtlicher Preußischer Pressedienst, 13. 4. 1932.

¹⁴⁷ Ergebnis der Landtagswahl vom 24. 4. 1932: 162 NSDAP, 31 DNVP, 94 SPD, 67 Zentrum, 7 DVP, 2 DStP, 57 KPD und 4 für Splitterparteien.

vom 12. April 1932¹⁴⁸, durch die die Wahl des Ministerpräsidenten nur noch mit absoluter Mehrheit möglich war, blieb die Regierung als geschäftsführende Regierung weiter im Amt¹⁴⁹. Daß Brüning „das gewaltige Anschwellen der Nationalsozialisten zum Teil auch [auf] die Klepperschen Finanzmaßnahmen“ zurückführte¹⁵⁰, läßt eher auf seine Abneigung gegen Klepper als auf eine fundierte politische Analyse schließen, um so mehr als er selbst schon einen Monat später Opfer der vorwärtsdrängenden Rechten wurde.

Es scheint, daß Klepper mehr und mehr dazu überging, sich auf sich selbst zu verlassen, denn auch mit Brauns Kurs konnte er sich nicht mehr uneingeschränkt identifizieren¹⁵¹. Braun, der nach Schulze „seine Position und damit die seiner Regierung bereits vor den Preußenwahlen zu liquidieren begann“, war amts müde. Da er den Ausgang der Wahlen voraussah, steuerte er nun eindeutig den Kurs, „Brüning und Hindenburg, von denen er zu wissen glaubte, daß auf sie beide in seinem Sinne Verlaß sei, nicht nur zu tolerieren, sondern im Rahmen des möglichen aktiv zu unterstützen und ihre Stellung zu stärken“¹⁵². Auf diesen Kurs wollte Klepper sich nicht so ohne weiteres festlegen lassen, wenn er auch nach außen loyal zur Regierung Braun stand. Laut Schäffer soll es nun mehrfach zu Differenzen zwischen Braun und Klepper gekommen sein¹⁵³, die Braun allerdings in seinen Memoiren selbst nicht erwähnt. Klepper wollte offensichtlich nicht aufgeben und versuchte mit allen Mitteln die preußische Position in den Verhandlungen mit dem Reich zu halten, was, wie der damalige Staatssekretär im Reichsministerium für Finanzen, Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, berichtet, auf wenig Gegenliebe stieß: „Immer wieder mußte ich mit den Preußen verhandeln, vor allem mit dem unzuverlässigen Minister Klepper. [...] Wir konnten Preußen nicht mehr durch Zuschüsse sanieren. Es mußte uns Vermögenswerte übereignen und ganze Verwaltungszweige abtreten. Jedesmal, wenn wir kurz vor dem Abschluß standen, kam irgend etwas dazwischen. Selbst der sonst in der Form so maßvolle Schäffer fiel Klepper gegenüber aus der Rolle, [...] [Klepper] betrieb stets eine ressentimentgeladene Politik.“¹⁵⁴ Doch auch Braun war „nicht bereit, die Justiz abzugeben“.

Nachdem „die Sache zwischen dem Kanzler und Braun geplatzt“ war¹⁵⁵, scheint Brüning versucht zu haben, einen Keil in das ohnehin nicht mehr ganz intakte preußische Kabinett zu treiben. Er ließ „Severing kommen und warnte ihn vor den Gedankengängen Kleppers und einer gewissen Clique in seinem Ministerium und im preußischen

¹⁴⁸ PrLT, 285. Sitzung, Sp. 84891 ff.

¹⁴⁹ Nach den verlorenen Wahlen erfolgte am 15.5. die Auflösung des PrLT und am 19. 5. 1932 der Rücktritt des gesamten Staatsministeriums (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 629, Bl. 15); ebenda unter gleichem Datum: Brief des Staatssekretärs des PrStM, Weismann, daß keiner auf der Ministerbank sitzen solle (PrLT, 4. WP, 1. Sitzung, Sp. 11932).

¹⁵⁰ Brüning, S. 552.

¹⁵¹ Vgl. Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther vom 4. 5. 1932, abgedruckt in: Politik und Wirtschaft, 2. Teil, S. 1433.

¹⁵² Schulze, Braun, S. 715 f.

¹⁵³ Schäffer berichtet unter dem 3. 2. 1932 (Bd. 18, S. 165) von derartigen Differenzen einmal wegen der leidigen Schlachtsteuer und zum anderen wegen der Abneigung Kleppers, den Kassenfehlbetrag mit Hilfe der Reichsbank auszugleichen, weil man das „als inflatorische Maßnahme bezeichnen müsse“, was einen „absoluten Wendepunkt“, d. h. ein Abweichen von der bisherigen Politik bedeute.

¹⁵⁴ Schwerin v. Krosigk, S. 101.

¹⁵⁵ Schäffer notiert einen Bericht von Schwerin v. Krosigk, Bd. 18, 5. 2. 1932, S. 175.

Staatsministerium“. Mit einem Hinweis auf die „Ideen des Reichspräsidenten“ entließ er Severing, „mehr konnte und wollte [er] ihm nicht sagen, um diesen ausgezeichneten Mann nicht völlig unsicher zu machen“¹⁵⁶. Severing zeigte sich gegenüber derartigen Einflüsterungen offensichtlich nicht unempfindlich, verspürte er doch nach eigenen Aussagen von Beginn an eine Abneigung gegen Klepper¹⁵⁷. Auch in seinem eigenen Ministerium gab es Spannungen; sein Staatssekretär Wilhelm Abegg war von Severings Qualitäten offensichtlich weniger überzeugt¹⁵⁸ als von denen Kleppers, den er zu den „wenigen Männern und Energien dieser Zeit, wo die Geringwertigkeit und Halbheit Triumphe feiert“, zählte¹⁵⁹.

Diese innere Uneinigkeit einer ohnehin nur noch geschäftsführenden Regierung war keine ideale Voraussetzung, um den Kampf ums Überleben gemeinsam zu führen. Klepper, dessen parteiliche Ungebundenheit ihm in gewisser Weise auch einen größeren Spielraum ließ und ihn von wahltaktischen Rücksichten stärker befreite, scheint auf preußischer Seite der zäheste Verhandlungspartner gewesen zu sein. Seine Erfahrungen in den agrarpolitischen Auseinandersetzungen mit den Genossenschaftlern, den Großagrariern und der Reichsregierung kamen ihm dabei zustatten. Im übrigen war seine Skepsis gegenüber dem Demokratieverständnis der Reichsregierung groß. Wie recht er damit hatte, sollte sich bald erweisen. Am 30. Mai 1932 wurde Brüning entlassen.

Wie sich aus einem Brief Kleppers an Braun vom Anfang Juni 1932 ergibt, wurden die nun folgenden Auseinandersetzungen mit der Regierung Papen entscheidend von Klepper beeinflusst. In diesem Brief versucht Klepper Braun davon zu überzeugen, daß es nicht nur unklug, sondern sinnlos sei, den von Braun entworfenen ausführlichen Brief über die Kassenlage Preußens an den Reichskanzler abzusenden. Der Briefentwurf Brauns vom 2. Juni hatte mit dem Satz begonnen: „Schon seit etwa einem Jahr habe ich unausgesetzt die Reichsregierung auf die immer bedrohlicher werdende Finanz- und Kassenlage des preußischen Staates schriftlich und mündlich hinweisen müssen.“ Braun hatte dann die finanzielle Lage im Detail dargelegt und darauf hingewiesen, daß, wenn das Reich seine Zusage zur Zahlung der 100 Millionen RM nicht einhalte, Preußen „die

¹⁵⁶ Brüning, Memoiren, S. 582. Vgl. dazu Schulze, Braun, S. 712 ff. und Schäffer, Bd. 21, 7. 6. 1932, S. 562 f.

¹⁵⁷ Zur Spannung zwischen Severing und Klepper vgl. u. a.: Bay, S. 121.

¹⁵⁸ Teilweise enthüllte sich dies erst im nachhinein; vgl. Abeggs Briefe an Klepper im Frühjahr 1951, in denen er sich wenig positiv über Severing äußert. So schreibt Abegg am 19. 2. 1951 an Klepper über den Regierungspräsidenten im PrM, Rudolf Diels, in dessen Entnazifizierungsverfahren Abegg als Zeuge geladen worden war und den er „einen erbärmlichen Zuträger von Papen“ nennt: „Ich habe den Eindruck, daß Diels und Sev.[ering] eine stille Gesellschaft auf Gegenseitigkeit bilden. Diels preist den einzigartigen Staatsmann, dem er eigentlich längst den Dolch in den Rücken gebohrt hatte, damit Severing den eidbrecherischen verlogenen Gesellen auch seinerseits schonen möge.“ Dazu: v. Lindheim in: GWU 11 (1960), S. 157: Diels hatte das Gespräch zwischen Abegg und Ernst Torgler/Wilhelm Kasper (KPD) entstellt, im Sinne einer Verschwörung an Papen weitergegeben und damit einen Grund zum Eingreifen des Reiches in Preußen konstruiert. Neben Diels nennt v. Lindheim Ministerialrat Eduard Nobis als „Verräter“ (S. 162). Abegg beruft sich in seinem Urteil auf Albert Grzesinski, der in seinen Lebenserinnerungen „in schärfster Weise mit Severing“ abrechne. Dies wird durch Grzesinski, Lebensweg, Bl. 233 f. bestätigt: Laut Grzesinskis Aufzeichnungen (31. 8. 1932) von einem Mittagessen mit einem früheren Mitarbeiter Severings hat Severing sich wenig positiv über Grzesinski geäußert und sehr uninteressiert an Grzesinski gezeigt, das heißt die Antipathie war wohl gegenseitig.

¹⁵⁹ Abegg an Klepper 19. 2. 1951 (K/Kor.).

einschneidendsten Maßnahmen“ ergreifen müsse, „um nicht den Kredit Preußens und damit auch des Reiches zu zerstören“¹⁶⁰.

Kleppers Hauptargument gegen die Absendung dieses ausführlichen Briefes war, daß in „der augenblicklichen Situation alles vermieden werden müsse, was den Anschein inflatorischer Maßnahmen auch nur andeuten könnte“, denn, so fuhr er fort, „wie ich aus einer zuverlässigen Quelle erfahren habe, sind die Absichten der Reichsregierung, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, ernstlicher Natur. Da es meines Erachtens nicht angängig ist, die staatlichen Machtmittel vor oder während des kommenden Reichstagswahlkampfes aus der Hand zu geben, wird alles vermieden werden müssen, was die Handhabe zur Einsetzung eines Reichskommissars bieten würde. Eine solche Handhabe würde aber meines Erachtens der von Ihnen beabsichtigte Brief an die Reichsregierung darstellen, während andererseits die Aussicht, daß die Reichsregierung Preußen eine finanzielle Hilfestellung gibt, nach meiner Kenntnis der Dinge – es ist im Reich noch ein Defizit von über eine Milliarde zu decken – nicht vorhanden ist.“ Außerdem hatte Klepper bei der Reichsbank eine erneute Rediskontzusage für ein weiteres Jahr und einen Überbrückungskredit von 35 Millionen RM erreicht, unter der Voraussetzung, daß er einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorlege. Deshalb schlug Klepper vor, den Brief nicht abzusenden und nur durch eine mündliche Rücksprache mit dem Reichfinanzminister festzustellen, ob das Reich zur Zahlung der 100 Millionen RM ganz oder teilweise bereit sei. Einen entsprechenden eigenen Briefentwurf, in dem nur ganz kurz die Bitte um eine Besprechung über die bereits zugesagten 100 Millionen geäußert wird, legte Klepper bei¹⁶¹. Er bat darum, alles in der Ministerbesprechung zu beraten.

Dies ist offensichtlich geschehen, und der kurze Brief wurde abgesandt, woraufhin es dann eine Woche später, am 7. Juni, zu der entscheidenden Besprechung der preußischen Regierung, vertreten durch Heinrich Hirtsiefer, der seit dem 4. Juni 1932 Braun vertrat¹⁶², Klepper und Staatssekretär Frank Schleusener, mit dem neuen Kabinett Franz v. Papen kam¹⁶³. Die Sitzung verlief, wie vorauszusehen, „völlig ergebnislos“¹⁶⁴. „Die Bemühungen der neuen Reichsregierung [...], Preußen aufs Trockne zu setzen und damit Platz für einen Reichskommissar zu schaffen“, gingen weiter, aber, so fügt Pünder hinzu: „Die Herren der Reichsregierung waren überaus betroffen, als sie hörten, daß nun Preußen sich selber helfen werde. Morgen soll die neue preußische Notverordnung herauskommen. [...] Dann ist alles gedeckt für 1932, und das Reich hat keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten.“¹⁶⁵

¹⁶⁰ GSTAM, VNL-K, Nr. 171.

¹⁶¹ Ebenda, Klepper an den preußischen Ministerpräsidenten Braun, 2. 6. 1932.

¹⁶² Vgl. die ausführliche Beschreibung der Endphase Preußens nach den verlorenen Wahlen im April von Schulze, Braun, S. 725 ff. und die „Flucht Brauns vor sich selbst“, S. 732 ff.; er hatte Hirtsiefer am 4. 6. 1932 zu seinem Stellvertreter ernannt und sich selbst beurlaubt.

¹⁶³ Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk und Innenminister Wilhelm Freiherr v. Gayl. Das Protokoll führte Ministerialdirektor Arthur Zarden (AdR-Papen, Nr. 11). Das Besprechungsprotokoll vom 7. 6. 1932 befindet sich auch im VNL-K, Nr. 171, Bl. 56.

¹⁶⁴ Ebenda: Es wurde beschlossen, daß Preußen per Notverordnung einen eigenen Etatentwurf macht, außerdem wurde die Verabredung vom Anfang des Jahres zwischen RFM Dietrich und Klepper bestätigt, daß das Reich, das z.Zt. die 100 Millionen RM nicht zahlen könne, diese in 5 gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. 4. 1933, zahlen solle. Schwerin v. Krosigk bestätigte diese Abmachung.

¹⁶⁵ Pünder, S. 136 f.

Tatsächlich legte Klepper noch am selben Abend dem Staatsministerium seinen Notverordnungsentwurf vor, der als „Pferdekur“ vor allem wegen der umstrittenen Schlachtsteuer bei seinen Kabinettskollegen „auf Widerspruch stieß“¹⁶⁶. Um zu verstehen, welche massiven Widerstände Klepper zu überwinden hatte, sei hier ein Spiegel der Meinungen im Kabinett wiedergegeben: Handelsminister Walther Schreiber lehnte jede „Verantwortung für die Notverordnung“ ab und war auch nicht bereit, sich an der Abstimmung zu beteiligen, kein Wunder, ging es doch unter anderem darum, seinen Ministersessel einzusparen¹⁶⁷. Severing wollte zwar „für die Schlachtsteuer stimmen“, sah sich aber „aus sozialen und grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage, der Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge, sowie der Änderung der Hauszinssteuer zuzustimmen. Er werde jedoch im Hinblick auf die politische Gesamtlage zustimmende Beschlüsse des Staatsministeriums nicht zur Kabinettsfrage machen.“ Landwirtschaftsminister Heinrich Steiger lehnte zwar die Einführung der Schlachtsteuer ab, „weil erfahrungsgemäß die Landwirtschaft diese Steuer im wesentlichen trage, andererseits aber infolge der ungünstigen Viehpreise die bäuerliche Veredlungswirtschaft sich in größter Notlage befinde“, war aber für eine Kürzung der Dienstbezüge. Hirtsiefer setzte sich trotz schwerer Bedenken für die Schlachtsteuer, aber gegen eine Kürzung der Dienstbezüge ein. Schließlich gab Justizminister Hermann Schmidt zu bedenken, „daß er sich von der zwingenden finanziellen Notwendigkeit und der politischen Zweckmäßigkeit der Notverordnung nicht vollständig überzeugen könne und daß er auch verfassungsmäßige Zweifel habe. Er könne infolgedessen nicht positiv für den Erlaß der Verordnung stimmen.“¹⁶⁸ Daraufhin sei Klepper, wie er Engelmann später erzählt habe, „am Vorabend der dafür entscheidenden Kabinettsitzung bis spät in die Nacht hinein von Wohnung zu Wohnung seiner Kabinettskollegen gefahren [...] und [habe] sie einzeln von der Notwendigkeit, für die Steuer zu stimmen, überzeugt [...], was dann am nächsten Tag auch zu ihrer Annahme geführt habe“¹⁶⁹.

Die Sparnotverordnung bedeutete tatsächlich auch eine Verwaltungsreform¹⁷⁰. Liberale Zeitungen wie das *Berliner Tageblatt* lobten die „Zivilcourage“ der preußischen Regierung, sich unbeliebt zu machen, und erläuterten die „Zwickmühle“, in der die Regierung steckte: Hätte sie bis zur Zahlungsunfähigkeit gewartet, hätte das Reich mit dem Artikel 48 reagieren können, das heißt, im Grunde sei „das Reich schuld“, weil es die

¹⁶⁶ GSTAM, Rep. 151 HB, 632, Bl. 50, Staatsministerialsitzung am 7. 6. 1932, 17.30 Uhr, ebenso in: Rep. 90a, Bd. 181, Bl. 56 ff. (Staatsministerialsitzungsprotokoll vom 7. 6. 1932), abgedruckt bei Trumpp, S. 231 ff. Vgl. auch Schulze, Braun, S. 737.

¹⁶⁷ Sparnotverordnung von 1932 ist im VNL-K, Nr. 164 mit genauester Begründung jedes einzelnen Postens. Sie beinhaltet eine Verwaltungsreform, die Zusammenlegung von Behörden, Aufhebung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und Volkswohlfahrt, Aufteilung auf andere Ministerien, Zusammenlegung von Provinzial-, Bezirks- und Kreisbehörden, Abbau des Personalbestandes, Kürzung der Gehälter, auch der Ministergehälter, Einsparungen bei der Rechtspflege.

¹⁶⁸ Rep. 151 HB, 632, Bl. 50 ff.

¹⁶⁹ Ebenda, Bl. 53 f. Die „Verordnung zur Sicherung des Haushalts“ vom 8. 6. 1932 (PrGslg. 1932, S. 199 ff.) verfügte u. a. eine Kürzung der Beamtenbezüge um 2 1/2 beziehungsweise 5% (für Ledige und kinderlos Verheiratete in Form einer Zwangsparsnis), die Einführung einer Schlachtsteuer und die Umgestaltung der Hauszinssteuer. Vgl. Kleppers Ausführungen im PrLT, 16. 6. 1932, 9. Sitzung, Sp. 545–553 und Engelmann, S. 35.

¹⁷⁰ GSTAM, VNL-K, Nr. 164.

100 Millionen nicht gezahlt habe, dennoch sei die Lösung „nicht sehr elegant“, weil zu wenig dabei herauskomme und die ohnehin schon gerupften Beamten leiden müßten¹⁷¹.

Klepper begründete die Verordnung in einer Radioansprache mit der Notwendigkeit, die „völlige Unabhängigkeit Preußens sicherzustellen“, und machte kein Hehl aus seiner Sorge um die aktuelle politische Lage. Er sprach zu seinen Hörern von dem „Eindruck“, den er „empfinde“, „daß das deutsche Volk weiß, daß die nächste Zeit schwere Opfer von ihm fordern wird, daß es auf der anderen Seite aber den Wunsch hat, daß es über das, was geschehen soll, und wie die Dinge liegen, die Wahrheit hört und daß die Opfer, die ihm auferlegt werden, nicht umsonst gebracht werden“. Sodann erläuterte er die beschlossenen Maßnahmen im einzelnen und verwies im Zusammenhang mit der Schlachtsteuer auf Bayern, wo sie bereits seit längerer Zeit Geltung habe¹⁷². Eine Woche später begründete Klepper die harte Notverordnung vor dem preußischen Landtag ebenfalls mit der Notwendigkeit, „nunmehr den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten und den Etat aus eigener Kraft auszugleichen, [...] weil es, wenn wir wirklich den Weg zu einer echten nationalen Konzentration finden wollen, (Zuruf der NSDAP: Den findet ihr nie!) unter allen Umständen notwendig ist, politisch, finanziell und wirtschaftlich die völlige Unabhängigkeit Preußens sicherzustellen“. Daß man diese Unabhängigkeit auch als „hündische Unterwürfigkeit“ unter die „Diktaturregierung im Reich“ deuten konnte, beweist der direkt anschließende Kommentar des kommunistischen Abgeordneten Wilhelm Kasper. Klepper hatte seine Rede mit den Worten beendet: „So haben wir gehandelt, und so werden wir handeln, solange wir die Verantwortung tragen. Und ich nehme an, daß wir sie noch eine ganze Zeitlang tragen werden.“¹⁷³ Diese Prophezeiung sollte sich allerdings nicht erfüllen, wenn auch der Regierung Papen mit dieser Notverordnung zunächst einmal ein wichtiger Vorwand genommen worden war, in Preußen einen Reichskommissar einzusetzen¹⁷⁴.

Papens Staatsstreich und die Auflösung Preußens

Ein knapper Monat blieb noch, bis Papen im Reichskabinett verkündete: „Bisher seien alle Maßnahmen der Reichsregierung, [einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen], durch die preußische Staatsregierung sabotiert worden“¹⁷⁵, doch nun müsse endlich „die Polizeigewalt [...] eine feste Staatsführung spüren“. Schleicher sekundierte, indem er „eine Endlösung mit Bezug auf die Beseitigung des Dualismus Reich – Preußen“ for-

¹⁷¹ BAK, NL-Zarnow, Bl. 70.

¹⁷² Rundfunkansprache vom 10. 6. 1932 (DRA und VNL-K, Nr. 176).

¹⁷³ PrLT, 16. 6. 1932, 9. Sitzung, Sp. 545–553, Sp. 553. Am 18. 6. legte Klepper den „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932“ dem Landtag vor (PrLT-Drucksache Nr. 289, Bd. 764). Am 14. 7. 1932 wurde es durch Notverordnung in Kraft gesetzt (PrGslg. 1932, S. 237).

¹⁷⁴ Bericht vom 10. 6. 1932 über eine Besprechung der süddeutschen Ministerpräsidenten, Sitzung des Württembergischen Staatsministeriums (AdR-Papen, Nr. 10). Vgl. Besson, S. 398.

¹⁷⁵ Ministerbesprechung vom 11. 7. 1932 (AdR-Papen, Nr. 57). Bay kommentiert Papens Aussage so: Sie „entbehrt jeder Berechtigung, es sei denn, sie bezog sich auf die preußische Notverordnung von Anfang Juni, die seinen Plan vereitelt hatte, durch Auslösung einer Finanzkrise einen Vorwand für die Einsetzung des Kommissars zu schaffen“ (S. 187).

derte¹⁷⁶. Bei der Untersuchung der Ereignisse dieser wenigen Wochen zwischen der preußischen Sparnotverordnung vom 8. Juni und dem Papenschen Staatsstreich am 20. Juli 1932 soll hier nur auf die Rolle Kleppers eingegangen werden, von der Vogelsang meint, daß sie „wohl nie richtig geklärt werden könne“¹⁷⁷. Es handelt sich gewiß nur um ein Detailproblem der Geschichte des Staatsstreiches, dessen Vorgeschichte, Ablauf und Nachwirkung in reicher wie kontroverser Vielfalt behandelt worden ist. Dennoch scheint die Frage nach Kleppers Verhalten nicht uninteressant zu sein, weil sich hinter ihr die weitergehende Frage verbirgt, ob es im Sommer 1932 noch zur Verteidigung der Republik fähige und entschlossene Demokraten gab oder ob, wie Hans Mommsen meint, „die Republik [...] spätestens seit dem Frühjahr 1932 keine Selbstverteidigungskräfte mehr [...] besaß“¹⁷⁸.

Damit in engem Zusammenhang steht die Fragestellung, welche Chancen auf Erfolg eine kleine Minderheit hat, wenn sie Widerstand zu leisten versucht, und welcher Symbolwert einem solchen, in den Augen vieler von vornherein chancenlosen, Widerstand zukommt. Die letztere Frage wurde erst im Zusammenhang mit der Diskussion um den ‚zweiten‘ 20. Juli, zwölf Jahre später, aktuell, einmal aus emotionalen Gründen, weil man jedes Symbol des Widerstandes gegen Hitler meinte brauchen zu müssen, und zum anderen, weil erst dann „endlich [...] mit jenem Legalitätsbedürfnis auch gegenüber offensichtlichem Rechtsmißbrauch gebrochen [*wurde*], das den Widerstand gegen den Papenputsch so entscheidend gelähmt hatte“. Bracher, der mehrfach auf diese „deutsche Fehltradition“¹⁷⁹ hingewiesen hat, ist einer der wenigen Historiker, der erkannt hat, was Klepper schon 1933 in bezug auf den 20. Juli 1932 schrieb: „Beseitigte man nämlich die preußische Regierung, ohne materiellen Widerstand zu finden, so werde das zu einer Depression innerhalb der republikanischen Kreise führen, also [...] der Rechten Auftrieb verleihen. Bei den zu erwartenden späteren Komplikationen stehe dann die Linke der kombinierten Macht von Reichswehr und Polizei gegenüber“, deshalb sei jeder „Versuch eines Eingriffs in Preußen als Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung, also *als Staatsstreich zu behandeln*, und also aufgrund der preußischen Verfassung der Ausnahmezustand zu verhängen“¹⁸⁰. Mit dieser klaren Einschätzung des Vorgangs stimmte Klepper mit dem Urteil eines prominenten Zeitzeugen, des Staats- und Verfassungsrechtlers Otto Kirchheimer, überein, der die Vorgänge analysierte und schon vor der Urteilsverkündung des Staatsgerichtshofes zu dem Schluß kam: „Der Staatsstreich vom 20. Juli hat insoweit der gesamten Notverordnungspraxis einen ebenso gewaltsamen wie eindeutigen vorläufigen Abschluß gegeben, der mindestens den Vorzug unmißverständlicher Klarheit besitzt.“¹⁸¹ Für Bracher steht hinter diesem Problem die allgemeinere Frage nach der „Offenheit der Geschichte“. Das bedeute, daß zugleich mit der

¹⁷⁶ Ebenda, Hauptinitiator dieser Politik war Innenminister Wilhelm v. Gayl.

¹⁷⁷ Vogelsang, Reichswehr, S. 246.

¹⁷⁸ Mommsen, Schatten, in: Bracher u. a. (Hrsg.), Weimar, S. 555, und Schulz, Brüning, S. 920 ff.

¹⁷⁹ Bracher, Dualismus, in: Bracher u. a., Weimar, S. 547 und 544.

¹⁸⁰ Klepper, Erinnerung, S. 91 (Hervorhebung im Original). Vgl. Bracher, Dualismus, S. 546: „Der 20. Juli hat der Republik und dem Glauben nicht nur an ihre äußere, sondern vor allem an ihre innere Kraft an entscheidender Stelle das Rückgrat gebrochen.“ Vgl. Grzesinski an Otto Wels, 2. 8. 1932, abgedruckt in: Matthias/Morsey, Ende der Parteien, Dok. Nr. 14, S. 226: „Der Ausgang des 20. Juli 1932 hat Nazis und Papenregierung zuversichtlich gemacht.“

¹⁸¹ Kirchheimer, Verfassungslehre, S. 61. Zu Kirchheimer vgl. Luthardt/Söllner (Hrsg.), Verfassungsstaat.

Frage nach den Chancen eines Widerstandes „die möglichen Konsequenzen“ des Nicht-Eingreifens bedacht werden müßten. Das heißt konkret auf diesen Fall bezogen: Indem „jeder Versuch einer demonstrativen Bekundung des ungebrochenen Selbstbehauptungswillens der Demokratie auch gegen zeitweilig überlegene Gewaltaktionen“ unterblieb, wurde damit auch das „demokratische Selbstbewußtsein“ zerstört und den neuen Machthabern der Weg erleichtert¹⁸².

In diesem Sinne wußte Klepper, worum es in den nächsten Monaten gehen würde und was zu tun sei. Auch in der Öffentlichkeit hat er, wie die oben zitierte Rundfunkansprache vom 10. Juni und seine Kieler Rede zeigen, kein Hehl aus seiner Sorge um die aktuelle politische Lage gemacht. Es gilt also zu untersuchen, ob Klepper die politische und wirtschaftliche Situation im Sommer 1932 tatsächlich richtig eingeschätzt und versucht hat, den Staatsstreich zu verhindern, so wie er es später selbst dargelegt hat¹⁸³. Neben der damit erneut aufgeworfenen Frage nach den Möglichkeiten eines Widerstandes im Juli 1932 geht es auch um die Glaubwürdigkeit Kleppers, die in der Literatur verschiedentlich angezweifelt wird.

Kleppers eigener Darstellung von 1933 und von 1947 folgend, soll schrittweise untersucht werden, ob sein tatsächliches Verhalten dem Dargestellten entsprach, beziehungsweise ob es durch andere Quellen bezeugt werden kann. Die erste Frage ist: Definierte Klepper seine eigene politische Position richtig, das heißt, stimmt die angeblich „nachträgliche“¹⁸⁴ Definition mit seinem tatsächlichen Verhalten überein? Klepper zählte sich, im Gegensatz zu Severing und vielen anderen Politikern, zu denjenigen, die „erwarteten“, daß Hitler, wenn er erst einmal an die Macht käme, „durch massive Aufrüstung eine binnenwirtschaftliche Hochkonjunktur entfesseln und damit seine Macht so festigen [werde], daß es unmöglich sein werde, ihm in den Arm zu fallen, bevor das Unglück geschehen sei“, das heißt, er glaubte nicht, daß „die nationalsozialistische Bewegung, mit praktischer Verantwortung belastet, versagen werde“. Die Konsequenz dieser Erkenntnis war für Klepper, „daß also der Gewalt mit Gewalt zu begegnen sei“, was bedeutete, daß die Demokratie verteidigt werden mußte, notfalls auch mit Waffen¹⁸⁵. Daß Klepper diese Einstellung nicht erst im nachhinein, also 1947, entwickelt hat, läßt sich unschwer aus der Art seines bisher dargestellten politischen Handelns, das in seiner Emigrationszeit eine Fortsetzung unter anderen Bedingungen fand, entnehmen und wird durch seine

¹⁸² Bracher, Dualismus, S. 546.

¹⁸³ Kleppers Artikel, „Das Ende der Republik“, in: Die Gegenwart, 17/18, 30. 9. 1947, S. 19 ff. ist eine Antwort auf den zuerst erschienenen Artikel von Severing, „20. Juli 1932“, in: Die Gegenwart, 13/14 (1947), S. 14 ff. Vgl. auch die oben zitierten in Schweden erschienenen Artikel. Abegg nimmt in einem Brief an Klepper vom 4. 2. 1951 Stellung zu Kleppers Gegenwarts-Artikel: „Ihren Artikel über das Ende der Weimarer Republik habe ich natürlich mit größtem Interesse in der Gegenwart vom 30. 9. 1947 gelesen. Da fehlt aber noch ein Mittelstück, von dem Sie offenbar selber keine Kenntnis erhalten haben; ich würde Ihr Wissen gern gelegentlich ergänzen. [...] Natürlich ist Severings Standpunkt in der Verteidigung seiner völligen Passivität völlig unhaltbar“ (K/Kor). Severing hat dann seinerseits noch einmal geantwortet mit dem Artikel: „Kräfte und Gegenkräfte“, in: Die Gegenwart, 7/8, 1. 4. 1948, S. 17–19 und sein Schwiegersohn Walter Menzel, „Carl Severing und der 20. Juli 1932“, in: Die Gegenwart, 168, 8. 11. 1952, S. 734.

¹⁸⁴ Bracher, Auflösung, S. 585: Klepper habe „nachträglich behauptet“.

¹⁸⁵ Klepper, Ende, S. 21. Vgl. Biewer (Hrsg.), Preußen: „Fehlurteile über die wirkliche Gefährlichkeit der NSDAP“, S. 106 f. Auch da stimmt Klepper mit Kirchheimer überein, vgl. Kirchheimer, Marxismus, S. 106.

während der Endphase der Republik getroffenen Maßnahmen und gehaltenen Reden sowie seine unmittelbar nach der Machtergreifung geschriebenen Artikel bestätigt¹⁸⁶. Außerdem gibt es eine Vielzahl von Zeitzeugen, die Kleppers Versuche, sich gegen die Gewalt zu wehren, bezeugen.

Schon als Präsident der Preußenkasse hatte er seit Dezember 1930 einen geheimen Sonderfonds zur „geistigen Bekämpfung des Nationalsozialismus“ unterstützt, aus dem heraus der „Deutschlandbund“ gespeist wurde¹⁸⁷. Arnold Brecht, der für diesen Bund verantwortlich war und unter dessen Namen auch das geheime Sonderkonto bei der preußischen Staatsbank (Seehandlung) lief, nannte diesen Bund eine „Gesinnungsgemeinschaft“. Klepper gehörte dazu, wofür er im späteren Untersuchungsausschuß von den Nationalsozialisten angeklagt worden ist¹⁸⁸. Der Bund gab Informationsblätter heraus und veranstaltete Kundgebungen, er bestand bis August 1932¹⁸⁹. Im Zusammenhang mit der späteren Überprüfung des Fonds durch die Oberrechnungskammer stellte Höpker-Aschoff die Frage nach der Legitimität der Verteidigung des Staatswesens als Parallele zur öffentlichen Propaganda des Nationalsozialismus. Er meinte, es sei wahrscheinlich falsch gewesen, die Propaganda für die Demokratie nicht öffentlich zu machen, was indirekt durch das Votum der Oberrechnungskammer vom 21. Juli 1933 [!] bestätigt wurde, dort heißt es nämlich: „Wir sind bei der Beurteilung der Zuverlässigkeit der ministeriellen Anordnung von dem Grundsatz ausgegangen, daß es der jeweiligen Regierung nicht verwehrt werden darf, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die ihr zur Stützung ihrer Politik geeignet erscheinen, und daß die Verausgabung von Staatsmitteln für diese Zwecke an sich vertretbar ist.“¹⁹⁰

¹⁸⁶ Vgl. auch sein 1933 im Exil, in Finnland gegebenes Interview sowie die Artikelserie, aber auch die späteren Artikel in: Die Zukunft, aus denen klar hervorgeht, daß man mit einem Hitler nicht verhandeln, sondern ihn nur bekämpfen kann.

¹⁸⁷ GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 46: „Konto von Ministerialdirigent Brecht bei der preußischen Staatsbank zur Durchführung von Maßnahmen verwaltungspolitischer Reformen 1930–1933.“ Der Kontostand war 1930: 75 000, im Mai 1932: 170 000 RM; Brecht gibt an, daß er ab 20. 7. 1932 nicht mehr über das Konto verfügt habe (Bl. 11), es wurde dann von Gottfried Bermann-Fischer verwaltet (Bl. 121 f.). Am 30. 3. 1933 verlangt die Oberrechnungskammer Rechenschaft über die nie spezifizierten, stets von Klepper bestätigten Ausgaben, die u. a. die Unterstützung des Deutschlandbundes belegen (Bl. 17). Ebenda, Bl. 60 ff.: Bericht über Entstehung und Zielsetzung des Sonderkontos. Dem Bericht sind Berichte von Brecht und Höpker-Aschoff angefügt. Vgl. auch S. 144 ff. Vgl. Brief Kleppers an Heinrich Lübke vom 20. 12. 1952: „Vermutlich wußten sie [die Nationalsozialisten] auch, daß wir, als ich noch Präsident der Preußenkasse war, über die von Ihnen geleitete Heimbank von der Preußenkasse aus Mittel an antifaschistische Organisationen geleitet hatten. [...] Ich erinnere mich genau, daß Sie der Preußenkasse ständig genauen Einblick in die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel gewährt haben. Insbesondere haben Sie noch im Jahre 1932 einen eingehenden Bericht erstattet, und in einer anschließenden Besprechung, an der Sie, der inzwischen verstorbene Direktor Siedersleben und ich teilnahmen, erklärten Siedersleben und ich unser Einverständnis mit allen von Ihnen getroffenen Maßnahmen“ (K/Kor).

¹⁸⁸ Bermann-Fischer, S. 89f.: Einige Gelder liefen auch über ein Konto des Verlegers, deshalb mußte er im April 1934 in der Verhandlung gegen Klepper als Zeuge in Moabit erscheinen, was für ihn äußerst gefährlich war.

¹⁸⁹ Brecht, S. 145 ff. (Abdruck des Blattes S. 148).

¹⁹⁰ Rep. 151 HB, Nr. 46, Bl. 155 ff., die Prüfung erfolgte durch den Notar Georg Pfuhl, nur die falsche Kontobezeichnung wurde gerügt.

Ein weiterer Sonderfonds zum Schutze der Demokratie wurde im April 1932 von der preußischen Staatsregierung beschlossen, für den Klepper die Mittel bereitzustellen hatte und Carl Spiecker verantwortlich war¹⁹¹. Aus diesem Fonds wurde auf Betreiben Kleppers auch die „Schwarze Front“¹⁹² unterstützt, weil sie als Gegner des Nationalsozialismus auftraten¹⁹³. Auch Walter Stennes, der ursprünglich Nationalsozialist, von Hitler aber am 1. April 1931 wegen seiner Kritik an der Partei ausgeschlossen worden war, wurde durch den Fonds unterstützt¹⁹⁴, weil er, wie Klepper für Stennes' Spruchkammerverfahren bekundete, „bei den Abwehrbestrebungen der damaligen preußischen Regierung [...] ebenso wertvolle wie für ihn persönlich riskante Dienste geleistet“ hat, was auch von Spiecker bestätigt wurde¹⁹⁵.

Die dritte Abwehrgruppe, zu der Klepper offensichtlich enge Kontakte hatte, war die „Eiserne Front“, zu der sich am 16. Dezember 1931 das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold¹⁹⁶, die Gewerkschaften, die SPD und die Arbeitersportverbände zusammengeschlossen hatten. Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtet von Gesprächen mit der preußischen Regierung über Abwehrpläne gegen eventuelle Maßnahmen der Reichsregierung, die von allen Ministern außer Severing und Braun – und „ohne sie konnte man nicht handeln“ – unterstützt worden seien; besonders Klepper habe dazu geraten, „eine Mobilmachung der ‚Eisernen Front‘ durchzusetzen“¹⁹⁷. Dies bestätigt auch der damals stellvertretende Gauvorsitzende des Reichsbanners für Berlin und Brandenburg, Wilhelm Nowack, der nach dem Kriege an Klepper schrieb: „Die Besprechungen sind mir so deutlich in Erinnerung geblieben, weil Sie – das konnte ich Ihnen schon damals sagen – der einzige aktive Minister der guten Weimarer Republik waren, der bereit war, die kämpferischen Abwehrmöglichkeiten des Reichsbanners in jeder Weise zu unterstützen.“¹⁹⁸ Im Juni 1932 hielt Klepper eine Rede vor der Eisernen Front in Göttingen¹⁹⁹.

¹⁹¹ Brecht, S. 143 f. Klepper an Innenminister des Landes NRW, Franz Meyers (IfZ, Walter Hammer-Archiv, Ed 106, Bd. 33 und K/Kor).

¹⁹² Otto Strasser erklärt den Namen in seinem Buch „Exil“, München 1958, so: „Wir waren die überall vorhandene, die schattenhafte, die geheime Front. Deshalb nannten wir uns ‚Schwarze Front‘.“ Vgl. Grabe, Otto Strasser, Moreau, Nationalsozialismus von links, und Bartsch, Strasser.

¹⁹³ Klepper an Meyers: „Ich habe die erforderlichen Verhandlungen mit dem damaligen Beauftragten der Reichsregierung, Dr. Spiecker, geführt.“ Major a. D. Bruno Ernst Buchrucker sei namhaftes Mitglied der Schwarzen Front gewesen (K/Kor).

¹⁹⁴ Vgl. Mende, Erinnerungen.

¹⁹⁵ Kleppers Aussage für das Anerkennungsverfahren von Stennes als Verfolgter des Naziregimes, 18. 7. 1949. Der Regierungspräsident bestätigte im Bescheid vom 6. 3. 1954 zwar die Verfolgung durch die Nationalsozialisten bis zu seiner erzwungenen Auswanderung nach China, nachdem er von Mai bis September 1933 in Schutzhaft war, erkannte aber keine grundsätzliche Abkehr von der Ideologie des Nationalsozialismus an, was Klepper dagegen in einem Brief vom 9. 4. 1954 tat und sich auch zu einer diesbezüglichen Aussage vor dem Landgericht bereit erklärte (KNL).

¹⁹⁶ Vgl. Mende, Erinnerungen, die dort erwähnten Kontakte zu Höltermann, seit Dezember 1932 hauptamtlicher Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

¹⁹⁷ Prinz zu Löwenstein, S. 90 ff., dort zitiert er aus seinem unmittelbar nach der Machtergreifung geschriebenen Buch „The Tragedy of a Nation“, 1934. Liang (S. 171) bestätigt ein Treffen der Eisernen Front mit Severing und der SPD-Führung am 16. 7. 1932. Auch Brecht (S. 100) berichtet, daß Klepper die Arbeiter aufrufen wollte.

¹⁹⁸ Nowack, nach dem Kriege Minister in Rheinland Pfalz, an Klepper, 3. 6. 1949 (K/Kor.).

¹⁹⁹ Der Hinweis findet sich in der Zivilklage gegen Braun in der Akte zur Kieler Rede (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 39).

Fazit ist, es gab durchaus Abwehrkräfte, und wenn man sie entschlossen zusammengefaßt und mit der preußischen Polizei²⁰⁰ koordiniert sowie durch einen Generalstreik unterstützt hätte, wäre die Abwehrfront zumindest so stark gewesen²⁰¹, daß die Reichsregierung die Verantwortung für einen Bürgerkrieg hätte auf sich nehmen müssen. Hindenburg, der zwar für Papen, aber gegen Hitler war, hätte vor einem solchen sicher zurückgeschreckt. Grzesinski, der damals Polizeipräsident von Berlin war, sieht es in seinen Lebenserinnerungen als größtes Versäumnis an, daß es nicht gelungen sei, „die zur Abwehr in Frage kommenden Kräfte *frühzeitig* zu mobilisieren und Vorbereitungen zu treffen, die uns auch die Polizei in der Hand gelassen hätte“. Die Ausführungen Grzesinskis werden oft, da nicht im Zusammenhang zitiert, schief wiedergegeben, deshalb soll hier die ganze der oben zitierten Stelle vorangehende Argumentation notiert werden: „Ich war wahrhaftig der letzte, der es auf ein Blutvergießen anlegte. Aber andererseits widerstrebte es mir, vor der Kumpanei Papen–Bracht–Schleicher einschließlich Oskar v. Hindenburg so ohne weiters zurückzuweichen. Ich fühlte mich in dieser Stunde ganz besonders als Vertrauensmann nicht nur der Arbeiterschaft, sondern der ganzen republikanischen Bevölkerung. Aber nach der Einstellung, die Severing offenbar zu diesen Dingen hatte, gab ich es zunächst auf, das Gespräch fortzuführen. Ich rief daher: Wir können es doch aber auch nicht zu einem Blutvergießen kommen lassen.“²⁰² Es ist unverständlich, daß auch heute noch behauptet wird, Grzesinski habe seine Abwehr erst im Nachhinein bekundet, obwohl seine Lebenserinnerungen von 1933 unter anderem von Winkler ausführlich zitiert werden²⁰³.

Gegen das Druckmittel eines Generalstreiks wird immer wieder das Argument der großen Arbeitslosenzahlen ins Feld geführt²⁰⁴, ein Problem, mit dem sich unter anderen Winkler überzeugend auseinandersetzt, ohne allerdings zu bedenken, daß der Generalstreik eine Sache von Stunden, allenfalls Tagen und nicht von Wochen gewesen wäre. Die sofortige „Lähmung des Verkehrs und des Nachrichtenwesens“²⁰⁵ hätte den raschen Einsatz der Truppen, von dessen Gefährlichkeit auch Grzesinski spricht²⁰⁶, erschwert oder zumindest hinausgezögert. Außerdem hätte ein solcher Aufruf für die Arbeiterschaft, die in ihrer Mehrzahl immer noch sozialdemokratisch gesonnen war, eine Fanalwirkung gehabt, „denn noch“, schreibt Bracher, „war es ja nicht eine brutale Diktatur,

²⁰⁰ Die Frage, welchen Erfolg ein Eingreifen der Polizei gehabt hätte, ist ebenfalls bis ins einzelne diskutiert worden. Eine der neueren Abwägungen: Schulz, Preußenschlag. Vgl. auch v. Lindheim, S. 160 ff., Morsey, „Preußenschlag“, in: VfZ 9 (1961), und Ehni, S. 268 ff., der speziell auf Brauns und Severings Argumentation eingeht. Bracher, Bay u. a.

²⁰¹ Friedensburg, S. 211: „In der Polizei stand Severing ein wesentlich stärkeres und für innenpolitische Auseinandersetzungen geeigneteres Machtinstrument zur Verfügung, als es die Reichswehr in Berlin war und Reichsbanner und Gewerkschaften konnten das Mehrfache der Mannschaft aufbieten als die etwa zu mobilisierenden Reichsverbände.“ Damit wäre Hömigs Aussage, konkrete Planungen mit dem Reichsbanner etc. habe es nicht gegeben, widerlegt (S. 266). Im übrigen bestätigt Hömig den Widerstandswillen von Hirtsiefer und Klepper.

²⁰² Grzesinski, Lebensweg, Bl. 291 ff., Bl. 296 (Hervorhebung im Original) und Bl. 293. „Ich beschloß aber, Widerstand zu leisten. Eine gewaltsame Abwehr kommt allerdings nicht mehr in Frage“ (Bl. 302). Zur Rolle Grzesinskis vgl. Bay, S. 122 f.

²⁰³ So Alexander in seiner kürzlich erschienenen Biographie über Severing, S. 204. Vgl. Winkler, Der Weg, S. 657 f.

²⁰⁴ Winkler, Weimar, S. 501 f. Vgl. u. a. Bracher, Dualismus, S. 545.

²⁰⁵ Friedensburg, S. 211.

²⁰⁶ Grzesinski, Lebensweg, Bl. 302 ff.

gegen die man stand“. Und er folgert daraus, daß „das Verhalten der Führung der inneren Festigkeit und dem politischen Glauben der SPD-Anhänger einen Schlag versetzt [hat], der die Partei entscheidend lähmte und dann auch ihre weitere Passivität gegenüber der Hitlerschen Machtergreifung bis hin zu Auflösung bestimmte“²⁰⁷.

Unter diesem Blickwinkel betrachtet, gewinnt die Figur Kleppers eine gewisse Bedeutung. Sein Handicap, daß er keiner Partei angehörte, war allerdings groß, denn ihm fehlte die Hausmacht; dieser Nachteil konnte auch durch seine Kontakte zu den unterschiedlichsten Gruppen und Parteien nicht aufgewogen werden. Jedenfalls war er durch seine vielfältigen Beziehungen bestens informiert²⁰⁸, und man traute ihm Durchsetzungsvermögen zu, auch diejenigen, die ihn ablehnten²⁰⁹. Kleppers Vorschlag, kurzfristig das Ressort mit Severing zu tauschen, er nennt es „einen Gedanken“, der im Laufe des Gespräches „aufgetaucht“ sei²¹⁰, muß wohl in diesem Zusammenhang gesehen werden. Es ging nicht um die Usurpation eines Amtes, sondern darum, in dieser verfahrenen Situation die Autorisation, die allein der Innenminister besaß, für den Eventualfall in die Hände zu legen, die auch die Kraft hatten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Hirtsiefer mußte Braun vertreten, sonst war kein anderer geeigneter Mann im preußischen Kabinett, der die Rolle des Innenministers vorübergehend hätte übernehmen können. Was von diesen Überlegungen ernsthaft erwogen wurde, läßt sich nachträglich nicht mehr beweisen, doch legte Severings Haltung, „keinen aktiven Widerstand zu leisten, sondern lediglich den Rechtsweg zu beschreiten“, eine Haltung, die Klepper be-

²⁰⁷ Bracher, *Dualismus*, S. 546. Vgl. auch Friedensburg, S. 210 f.

²⁰⁸ Seine Behauptung, er sei schon Anfang Juli über die Absichten der Reichsregierung informiert gewesen und habe diese Information an Severing weitergegeben, trifft zu. Klepper an v. Lindheim, 14. 8. 1952: Zu der Besprechung mit Hirtsiefer und Severing habe er Stennes mitgebracht, damit dieser seine Information, „die er aus dem Reichswehrministerium“ hatte, selbst weitergibt, nämlich, daß „Papen nach Neudeck gefahren [sei], um sich von Hindenburg Vollmachten für einen Staatsstreich geben zu lassen“, er tat es „aus einer gewissen Affektion, die er mir gegenüber empfand“ (K/Kor). Vgl. v. Lindheim, S. 160 (Stennes hat diese Aussage schriftlich bestätigt). Im übrigen sprach die Presse seit Wochen über die Möglichkeit eines Reichskommissars für Preußen. Vgl. Anlage preußischer Landtag, Nr. 1203, Sp. 98, in: NL-Höpker-Aschoff, BAK, 129, 15. Zeitzeugen: u. a. Grzesinski, *Inside Germany*, S. 154; Georg Bernhard, S. 295. Vgl. auch die von Bay, S. 118 zitierten Zeitungen. Morsey, Adenauer, in: Stehkämper (Hrsg.), S. 455, ebenda Ders., Adenauer als Präsident, S. 389. Der mögliche Reichskommissar war schon im Juni Thema der „Besprechung der Ministerpräsidenten und sonstigen Vertreter der Länder“ vom 11. 6. 1932 (AdR-Papen, Nr. 18/19) und der „Besprechung mit den süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten“ vom 12. 6. 1932 (Aufzeichnungen von Staatssekretär Otto Meissner, ebenda, Nr. 21), in der Hindenburg erklärte, „daß an die Einsetzung eines Reichskommissars zur Zeit gar nicht gedacht“ sei. Schon einen Monat später, am 12. 7. 1932, unterschrieb er eine „Blanko“-Notverordnung, die die vom Reichskabinett tags zuvor beschlossene „Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen“ ermöglichte (Ministerbesprechung vom 11. 7. 1932, ebenda, Nr. 57, S. 204 ff. mit vielen Anm.). Vgl. auch Ministerbesprechung vom 12. 7. 1932 (ebenda), es wurde vereinbart, Hirtsiefer, Severing und Klepper für den 20. 7. 1932 in die Reichskanzlei zu bitten, und Ministerbesprechung vom 16. 7. 1932 (ebenda, Nr. 63).

²⁰⁹ Schäffer zitiert unter dem 7. 6. 1932 den Chefredakteur Julius Elbau von der Vossischen Zeitung, „Klepper und die Zentrumsleute“ wollten „Preußen auf alle Fälle halten“, und Klepper habe „geäußert, daß die Preußen den Reichskommissar, wenn er seine Tätigkeit aufnehmen wolle, einfach verhaften lassen“ wollen (Bd. 21, S. 564).

²¹⁰ Klepper, Ende, S. 20.

kannt war²¹¹, solche Erwägungen ebenso nahe wie Grzesinskis kritische Äußerungen über die Fähigkeiten Severings²¹².

Um so erstaunlicher ist es allerdings, daß Klepper Severing gegenüber so loyal war. Hätte er gewußt, daß Severing bereits mit dem Gedanken eines Reichskommissars gespielt, ja diesen Papen sogar nahegelegt hatte, wie aus einer Aussage Max Reiners Schäffer gegenüber hervorgeht, wäre er gewiß weniger rücksichtsvoll gewesen. Severing hatte „durch Reiner [...] Papen darauf hinweisen lassen, daß der richtige Moment für die Einsetzung eines Reichskommissars der Augenblick wäre, in dem der preußische Landtag den Haushalt nicht annehme und infolgedessen ein finanzieller Notstand geschaffen sei. Severing hat auch angedeutet, daß im Falle der Bestallung eines Reichskommissars aus solchem Anlaß mit einem Generalstreik nicht zu rechnen sei.“²¹³ Auch Wilhelm Freiherr v. Gayl gegenüber habe Severing „die Übernahme der Polizei auf das Reich zu gegebener Zeit für eine verständliche und natürliche Maßnahme gehalten“²¹⁴. Kurz nach dem 20. Juli hat Klepper dann Harry Graf Kessler gegenüber zugegeben, daß er und Hirtsiefer Severings Charakter wohl „überschätzt“ hätten²¹⁵. Da der Grundsatz „loyal und seriös in hervorragendem Grade Kleppers Haltung in der Opposition kennzeichnete“²¹⁶, erwartete er dies auch von anderen.

Probleme warf auch die Frage auf, wie weit die süddeutschen Länder bereit sein würden, Preußen beizustehen. Nach Kleppers Aussage hat „auf Hirtsiefers Einladung eine Zusammenkunft der süddeutschen Ministerpräsidenten“ stattgefunden²¹⁷, die auf den preußischen „Entschluß, dem etwaigen Versuch eines Staatsstreiches mit Gewalt entgegenzutreten, [...] eindeutig positiv“ reagiert und bestimmte Vereinbarungen getroffen hätten²¹⁸. Unter Zugrundelegung des Petersen-Berichts scheint es sich eher um einen „Eventualbeschluß“ gehandelt zu haben, das heißt, es ist kein formeller Beschluß gefaßt worden, wie Kleppers Formulierung das nahelegen könnte; das würde auch erklären, daß der anwesende Severing nicht protestierte, ein von Lindheim zu Recht diskutiertes

²¹¹ Klepper, Erinnerung, S. 91, Severing, Lebensweg, S. 347 (auch im SPD-Fraktionsvorstand wurde der bewaffnete Widerstand wegen der ungleich verteilten Machtverhältnisse abgelehnt).

²¹² Grzesinski, Lebensweg, Bl. 233 ff., S. 133: Bestätigt durch Brief Adenauers an Heinrich Kurth, 21. 7. 1948, in: Adenauer, Briefe, Bd. II, S. 281.

²¹³ Schäffer, Bd. 21, S. 676, 22. 7. 1932.

²¹⁴ Lindheim, S. 162 f. Vgl. auch Winkler, Der Weg, S. 630 f.

²¹⁵ Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, S. 690 f.

²¹⁶ Engelmann, S. 24 und 35.

²¹⁷ Die Besprechung hat am 27. 6. 1932 stattgefunden. Undatierte Aufzeichnung des Hamburger Bürgermeisters Carl Petersen (StAH, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1932, A69). Vgl. AdR-Papen, Nr. 57, S. 204 f., Anm. 4. Vgl. die unkritische Übernahme dieser Information durch Görnitz, Hindenburg, S. 379 f.: „Dieser Plan eines ‚heißen Staatsstreiches‘, von dem Hindenburg und Papen 1932 keine Kenntnis hatten, rechtfertigt jedoch bis zu einem gewissen Grade nachträglich den ‚kalten Staatsstreich‘, den Papen durchführte“.

²¹⁸ Klepper, Das Ende, S. 20: „Es wurde vereinbart“, im Notfall den „Ausnahmestand“ in Preußen zu verhängen, „das Reichsbanner zur Hilfspolizei [zu] erklären und [zu] bewaffnen, Hindenburg diskret [zu] neutralisieren, die Reichsregierung“ sowie die „Führerclique der NSDAP [zu] verhaften. Die Regierungsgewalt im Reich sollte vorläufig ein aus den Ministerpräsidenten der fünf größten Länder zusammengesetztes Direktorium übernehmen.“ Vgl. auch Klepper an v. Lindheim, 9. 5. 1953, K/Kor.

Problem²¹⁹. Möglich, daß Klepper „die bekannte starke Abneigung der Süddeutschen gegen Preußen und aus politischen Gründen gegen die preußische Regierung Braun“ unterschätzt hat. Grzesinski äußert sich über die besagte Sitzung sarkastisch, sie sei nach dem Motto verlaufen: „Ich bitt Dich lieber Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an“, und sei ausgegangen „wie das Hornberger Schießen“²²⁰. In Übereinstimmung mit Adenauer sollte Köln vorübergehend zum Amtssitz der preußischen Regierung gemacht sowie die Staatskasse dorthin überführt werden, ein Plan, der von glaubwürdigen Zeitgenossen bestätigt wird²²¹. Immerhin diente diese Konferenz vom 27. Juni wenig später dem Reichsinnenminister v. Gayl als Vorwand, um für einen Eingriff in Preußen zu werben, wobei er allerdings das Ergebnis der Ministerpräsidentenbesprechung herunterspielte und behauptete, daß sie „dank der besonnenen Haltung des [württembergischen] Staatspräsidenten Bolz [...] zu keinen positiven Ergebnissen geführt“ habe²²².

Die Frage nach der Ernsthaftigkeit des Widerstandswillens der Länder ist vielfach untersucht worden²²³ und kann hier nicht in allen Einzelheiten aufgerollt werden. Folgende gegensätzlichen Aspekte sollten bei ihrer Erörterung aber eine Rolle spielen: einerseits die Angst der Länder vor einem Übergriff des Reiches auf den eigenen Staat, andererseits die traditionelle Abneigung der süddeutschen Länder gegen das übermächtige Preußen; einerseits der auch von Preußen selbst propagierte Wille, den Dualismus Preußen – Reich zu überwinden, andererseits der Wunsch nach einer Reichsreform, die keinesfalls die bestehenden föderalistischen Strukturen verletzen durfte; schließlich die teilweise Abneigung einerseits gegen die ‚rote‘ preußische, andererseits gegen die reaktionäre Reichs-Regierung. Wenn man die besonders bei Bay²²⁴ im Detail wiedergegebenen

²¹⁹ Petersen: „Alle Vertreter der Länder erkannten nicht allein das Recht, sondern auch die Verpflichtung an, dem Reichspräsidenten rechtzeitig auch von Seiten der Länder die Gefahren zu schildern, die man voraussehe.“ Außerdem ist von Absprachen der nicht-nationalsozialistischen Länder gegenüber den Notverordnungen der Papen-Regierung die Rede. „Schließlich habe Hirtsiefer festgestellt, daß in den wesentlichen Punkten eine völlige Übereinstimmung‘ bestehe, und ‚unter Zustimmung sämtlicher erschienenen Länderregierungen‘ vorgeschlagen, ‚die Länderregierungen wieder zusammenzuberufen, wenn dafür ein aktueller Anlaß gegeben sei‘“ (v. Lindheim, S. 161). Vgl. besonders Besson, S. 291 ff. sowie die dort im Anhang abgedruckten Dokumente, ferner Bay.

²²⁰ Grzesinski, Lebensweg, Bl. 285.

²²¹ Stehkämper, S. 455. Diese und die obigen Pläne wurden bestätigt von Herbert Weichmann gegenüber Jürgen Bay, S. 121, Anm. 637, von Carl Spiecker gegenüber v. Lindheim, S. 160, Anm. 24. Vgl. auch Schwarz, Adenauer, S. 334 und Biewer, Adenauer, S. 120.

²²² Ministerbesprechung vom 11. 7. 1932 (AdR-Papen, Nr. 57). Besson, S. 291 ff. Zur Rolle v. Gayls vgl. u. a. Winkler, Der Weg, S. 647 ff.

²²³ Vgl. Benz, Papens ‚Preußenschlag‘, Dokumentation, in: VfZ 18 (1970), S. 320–338, und „Besprechung der Ministerpräsidenten und sonstigen Vertreter der Länder“ vom 11. 6. 1932 (AdR-Papen, Nr. 18). Dazu der „Bericht des Badischen Gesandten (Hermann Fecht) in Berlin über die Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates“, im Auszug abgedruckt in: Staat und NSDAP, S. 326 ff. „Besprechung mit den süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten“ vom 12. 6. 1932. Auszug von Staatssekretär Meissner (AdR-Papen, Nr. 21). Zur Haltung Bayerns vgl.: Vogelsang, Das Verhältnis Bayerns zum Reich, S. 460–488. „Denkschrift des Bayerischen Ministerpräsidenten Held zur Verfassungs- und Reichsreform“, München 20. 8. 1932 (AdR-Papen, Nr. 108). Zur Haltung Württembergs vgl. Besson und „Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in Stuttgart am 23. 7. 1932“ (AdR-Papen, Nr. 83), sowie einen Bericht des RK über die Sitzung vom 23. 7. 1932, in: „Ministerbesprechung vom 25. 7.“ (AdR-Papen, Nr. 85). Vgl. Bracher, Bay u. a.

²²⁴ Bay, S. 79 ff., 135 ff., 170 ff.

Vorgänge von der Berliner Konferenz am 27. Juni bis zur Aufnahme des Leipziger Urteils durch die Länder Ende Oktober 1932 aufmerksam verfolgt, so läßt sich eine ‚abfallende‘ Linie feststellen, im Sinne einer zunehmenden Distanzierung von Preußen zugunsten einer Hinwendung zu den eigenen Partikularinteressen. Die Bereitschaft, Preußen zu unterstützen²²⁵, die „Mainlinie“ nicht zur Trennlinie werden zu lassen²²⁶, und die im ganzen negative Beurteilung des Staatsstreichs durch die Länder waren als Basis einer möglichen gemeinsamen Opposition gegen die reaktionäre Reichspolitik sicher vorhanden, aber es fehlten eine klare Linie in der preußischen Politik, Informationen über „die Zuspitzung der Lage“²²⁷ und in der akuten Krise eine klare Politik des Widerstandes unter preußischer Führung. So geschah nichts. Prinz Löwenstein, der in Abstimmung mit Klepper nach dem 20. Juli bei den Bayern, den Württembergern und den Hessen sondierte, traf am 25. Juli mit Abegg und Klepper zusammen, um zu beraten, „aber es war zu spät. Kurz danach traf ein Kurier der Bayrischen Staatsregierung ein: Man habe vergeblich gewartet, nun müsse man sich mit Papen verständigen.“²²⁸

Zu diskutieren bleibt die Frage, ob Klepper tatsächlich auch noch unmittelbar vor und während der Sitzung am 20. Juli beim Reichskanzler zum Widerstand entschlossen und bereit war. Bay kommt nach Abwägung aller bisher bekannten Quellen und vor allem einer genauen Untersuchung von Severings Argumenten zu dem Schluß: Die „Haltung Kleppers *nach* der Besprechung in der Reichskanzlei, als jeder Widerstand wegen des sofort von der Reichsregierung verhängten Ausnahmezustandes aussichtslos erschien, schließt nicht aus, daß Klepper *vor* und *während* der Besprechung versuchte, den Absichten Papens zuvorzukommen oder sie zu durchkreuzen“²²⁹. „Wenn jemand zum Widerstand entschlossen war, sofern die Umstände eine Chance geboten hätten, so waren es Klepper und Grzesinski“, schrieb Weichmann an Bay²³⁰. Zur Unterstützung dieser These, daß Kleppers Aussagen über den Verlauf des 20. Juli der Wahrheit entsprechen und er *tatsächlich* versucht hat, Widerstand zu leisten, sei hier noch einmal der Ablauf der Ereignisse um den 20. Juli durch drei Zeitzeugen dokumentiert²³¹.

²²⁵ Vgl. auch v. Lindheim, S. 160 f.

²²⁶ Hoegner, Erinnerungen, S. 32: „Eine Spaltung des deutschen Volkes in zwei feindliche Lager, die Wiederaufreißung der Mainlinie, den blutigen Kampf zwischen Reichswehr und Landespolizei hätten die politischen Falschspieler im Reichskanzlerpalais dem alten Hindenburg kaum zuzumuten gewagt.“

²²⁷ Prinz Löwenstein, S. 95.

²²⁸ Ebenda, S. 92 ff. „Voraussetzung für jede Aktion sei“, so die bayerische Regierung, „daß die preußischen Minister ihren Anspruch, ‚Regierung zu sein‘, aufrechterhielten.“

²²⁹ Bay, S. 122, Anm. 641, S. 120 ff. (Hervorhebung im Original). Wie Prinz Löwenstein bezeugt (s.o.), hat Klepper auch noch nach dem 20. 7. 1932 versucht, Widerstand zu leisten.

²³⁰ Weichmann in einem Brief v. 25. 12. 1972 an Bay: „Aber“, so fährt er fort, „schon bei Hirtsiefer bin ich mir aus der Kenntnis seiner Person, die ich im übrigen hoch schätze, nicht sicher, daß er inen aktiven, d. h. mit Gewalt verbundenen Widerstand inauguriert hätte“ (StAH, 622-1-Weichmann, 102, Schriftwechsel zum Sturz der Regierung Braun). Die Aussage über Grzesinski wird durch seine eigenen Aufzeichnungen (s.o.) bestätigt.

²³¹ Vgl. zum Ablauf des Tages: „Aufzeichnungen der Reichskanzlei über den Ablauf der Aktion gegen die preußische Staatsregierung am 20. 7. 1932“ (AdR-Papen, Nr. 73) und die übrigen Dokumente zum 20. Juli 1932 in AdR-Papen, Nr. 68–71. Morsey, „Preußenschlag“, S. 430 f. und Dierske in: Zeitschrift für Politik 3 (1970), S. 198 ff.

„Es war wochenlang vorher schon durchgesickert, daß etwas von der Reichsregierung gegen Preußen geplant sei. Die preußische Polizei war mobilisiert worden. Die Leitung des Reichsbanners ‚Schwarz Rot-Gold‘ hielt ihre Mitglieder in Alarmbereitschaft. Die in der ‚Eisernen Front‘ zusammengeschlossenen jungen Gewerkschaftler und Arbeitersportler waren darauf gefaßt, zur Verteidigung der Republik aufgerufen zu werden.“²³² Am 15. Juli schickte die Eiserne Front ein Telegramm an Reichskanzler Papen, in dem er gewarnt wird, „das Spiel mit dem Feuer fortzusetzen“. Das Telegramm erhielt erst einen Tag nach dem Staatsstreich, am 21. Juli, seinen Eingangsstempel im Innenministerium und wurde am 28. Juli abgelegt, von einem gewissenhaften Beamten mit dem Kommentar versehen: „durch Zeitereignisse überholt“²³³. „Drei Tage vor der faktischen Vertreibung war schon die Entscheidung gefallen, das Ministerium wußte, was geplant war. [...] Sie berieten. Aber nur Dr. Klepper, ein bürgerlicher Fachminister, kein Politiker, rief zum Widerstand. Er hatte einen Desperado, früheren Polizeihauptmann, SA-Führer, dann Rebell gegen Hitler²³⁴, mitgebracht. Der sollte eine Hundertschaft zur besonderen Verwendung [...] anführen, sollte verhaften, wer unbefugt das Ministerium betrat, wenn's nötig war, zum Gegenangriff übergehen, auch vor dem Reichsoberhaupt, in dessen Namen die Verfassung gebrochen wurde, nicht haltmachen. Das Ministerium folgte ihm nicht. Der Katholik Hirtsiefer unterstützte ihn. Die Sozialdemokraten resignierten.“²³⁵

„Klepper war am Vortage des Ereignisses auf einer Dienstreise, auf der ihm vertraulich mitgeteilt wurde, daß Papens Schritt gegenüber der preußischen Staatsregierung für den nächsten Tag zu erwarten sei. Er fuhr sofort nach Berlin zurück und benachrichtigte [...] Severing von der erhaltenen Information.“²³⁶ Dieser „wollte seinem Kollegen auch jetzt nicht glauben, daß die Reichsregierung in irgendeiner Weise gewaltsam gegen die preußische Regierung vorgehen würde“²³⁷. „Ein Blick in die Morgenpresse hätte Severing und Hirtsiefer, wenn sie Klepper nicht glaubten, über die kommenden Dinge aufklären müssen. Noch detaillierter als das *Berliner Tageblatt* berichtete nämlich die *Vossische Zeitung* auf Seite 1 unter der Überschrift: ‚Neuer Ansturm gegen Preußen‘.“²³⁸

„Als dann am nächsten Tag Papens Aufforderung an die preußischen Minister erging, zu ihm in die Reichskanzlei zu kommen, konnte Klepper gerade noch Severings Zustimmung dazu erlangen, daß die preußischen Minister sich jeder Stellungnahme gegenüber Papen zunächst enthalten und zu interner Beratung zurückziehen würden, wenn Papens Eröffnungen den angesagten Eingriff bedeuten sollten.“²³⁹ Bei der von Klepper vorgeschlagenen Unterbrechung der Sitzung wäre es darum gegangen, sofort die Polizei zu alarmieren, die Ministerien zu schützen, das gesamte preußische Kabinett zusammenzu-

²³² Bernhard, S. 295. Vgl. Benz/Geiss, 20. Juli 1932, S. 29 f. Zur Stärke dieser Abwehrkräfte vgl. v. Lindheim, S. 163.

²³³ GSTAM, Rep. 77, Preußisches Ministerium des Inneren, Abt. II, Tit. 4043, Akte „Eiserne Front“, Nr. 352, Bl. 106.

²³⁴ Gemeint ist Stennes.

²³⁵ Olden, Warum versagten die Marxisten? in: Loewy (Hrsg.), Exil, Bd. I, S. 80. Vgl. zur Einstellung der SPD: Ilsar, Hermann Badt. Ilsar zitiert viele Aussagen von Sozialdemokraten.

²³⁶ Engelmann, S. 35 f. Bestätigt u. a. durch Grzesinski: Severing war am 19. 7. 1932 „von durchaus zuverlässiger Seite“ unterrichtet worden (Lebensweg, Bl. 289). Vgl. auch Feder, Tagebücher, S. 321 f.

²³⁷ Bernhard, S. 296.

²³⁸ Ebenda, Vossische Zeitung, Nr. 345, 20. 7. 1932.

²³⁹ Engelmann, S. 36.

rufen und andere bereits diskutierte Maßnahmen zu ergreifen. All das wäre *vor* der Alarmierung der Reichswehr geschehen und hätte durchaus Erfolg haben können. Das Erstaunen Papens und Schleichers über die erschreckend leichte Absetzung der preußischen Regierung ist bekannt. „Nachdem Papen – übrigens sichtlich erregt und mit schwankender Stimme, wie Klepper berichtete, – seine Erklärung abgegeben hatte, die praktisch auf die Amtsenthebung des preußischen Kabinetts durch Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen hinauslief und somit einen verfassungswidrigen Staatsstreich darstellte, wartete Klepper einen Augenblick auf die vereinbarte Antwort Severings und ging, als sie auf sich warten ließ, zur Tür, um die entsprechende Haltung der preußischen Minister zu demonstrieren²⁴⁰. Als er sich vor Verlassen des Raums nach Severing umsah, hörte er ihn auf einen fragenden Blick von Papen gerade noch sagen, er habe, mit Klepper nichts zu bereden‘.“²⁴¹ „Er [Severing] hat leider nicht die Zivilcourage aufgebracht, so, wie es seine Ministerkollegen wollten, sich aus der Sitzung zurückzuziehen und der preußischen Polizei den Befehl zu geben, die Minister und die Staatsgebäude zu schützen.“²⁴² „Die Sozialdemokraten resignierten“ und reichten noch am selben Tag eine Klage beim Staatsgerichtshof ein²⁴³, während Papen am Abend in „seiner gut vorbereiteten Rundfunkrede“, an der er „kaum etwas zu ändern“ brauchte, „die Situation in Preußen und die Gründe für die getroffenen Maßnahmen“ dem Volke erläuterte²⁴⁴.

Die Frage, ob es Möglichkeiten zum Widerstand gegeben habe, muß trotz der immer wieder gemachten Einwände²⁴⁵ nach dem soeben Dargelegten bejaht werden. Das heißt, die von Bracher anfangs formulierte Frage nach der „Offenheit der Geschichte“ ist in Bezug auf den 20. Juli 1932 im Sinne Brachers, also im Sinne der „Alternativen“, zu beantworten²⁴⁶. „Für den demokratischen Gedanken in Deutschland wäre es von unabsehbarer Bedeutung gewesen, wenn die Weimarer Entwicklung nicht einen so schwächli-

²⁴⁰ In der „Aufzeichnung des Staatsministers Severing“ (BAK, Kl. Erw. 337/1, Bl. 135–138) heißt es: „Finanzminister Klepper regte an, die preußischen Vertreter möchten zu einer kurzen Sonderbesprechung zusammentreten, um über eine gemeinschaftliche Erklärung zu beschließen. Der preußische Innenminister widersprach dem Vorschlag mit dem Bemerkung, daß eine Besprechung seine Haltung nicht ändern werde.“ In der Aufzeichnung Hirtsiefers (ebenda) heißt es dagegen nur: „Nach einigen weiteren Ausführungen des Herrn Staatsministers Klepper betonte der RK [...]“

²⁴¹ Engelmann, S. 36. Vgl. Winkler, *Der Weg*, S. 658.

²⁴² Bernhard, S. 296. Grzesinski, S. 155. Severings eigene Beschreibung von seiner „bestellten“ Verhaftung in seinen Memoiren (S. 353) spricht für sich selbst. Weichmann schreibt an Bay, daß Severing im allgemeinen überschätzt worden sei. „Er war alles andere als ein starker Minister, und Braun gab sich darüber keinen Illusionen hin“, er habe Grzesinski nur ungern entlassen. Vgl. Grzesinskis „Aufzeichnungen zum Ausscheiden aus dem Innenministerium“, in: *Lebensweg*, Bl. 233 ff.

²⁴³ Olden, S. 80. „Die preuß. Staatsregierung an den RK“, 20. 7. 1932 (AdR-Papen, Nr. 71).

²⁴⁴ Ilsar, S. 291 f.

²⁴⁵ Vgl. u. a. Winkler, *Staatskrise*, besonders I. Kap.: „Entscheidung für den Präsidialstaat: Komplott der Machteliten oder Selbstpreisgabe einer Demokratie?“

²⁴⁶ Bracher, *Dualismus*, S. 546 f. Bracher setzt seine Ansicht, daß es Alternativen gab, in Gegensatz zu Schulze und Möller. Er zitiert zur Stützung seiner These: „Auch ein so behutsam konservativer Beurteiler wie Ulrich Scheuner stellt fest, ‚die Unterstellung Preußens unter ein Regime der Kommissare am 20. Juli 1932 war nicht nur verfassungsrechtlich nicht zureichend begründet‘, sondern hat die ‚Ausschaltung der demokratischen Kräfte in Preußen herbeigeführt und am Ausgang der Weimarer Republik die Kräfte des stärksten deutschen Staates paralyisiert.“

chen, ja kläglichen Abschluß gefunden hätte.“²⁴⁷ Wo hätten Alternativen und Handlungsspielräume auf dem Gebiet der preußischen Politik gelegen? Der 20. Juli 1932 ist unter diesem Aspekt vielfach und kontrovers diskutiert worden, hier sollen nur die Alternativen zur Diskussion gestellt werden, die Klepper *damals* gesehen und – allerdings erfolglos – durchzusetzen versucht hat. Daß darüber hinaus viele weitere Faktoren eine Rolle gespielt haben, versteht sich von selbst; so die Reichspolitik, deren Anteil am Scheitern der preußischen Politik aufgrund der dargelegten agrar- und finanzpolitischen Verhandlungen nicht geleugnet werden kann, oder das enorme Anwachsen der NSDAP besonders im preußischen Landtag und im Reichstag.

Handlungsspielräume hätten erstens in einer klareren und entschlosseneren Führung durch die preußische Staatsregierung gelegen. Die betroffenen Mitglieder des preußischen Kabinetts waren alle überzeugte Demokraten, und doch reagierten sie unterschiedlich auf den Gewaltstreich. Severing, der als Innenminister eine Schlüsselposition innehatte, beugte sich der vermeintlichen Übermacht der Reichsorgane. Die tiefere Ursache dafür lag in seinem letztlich obrigkeitsstaatlichen, legalistischen Denken, das eher dem eines Verwaltungsbeamten als dem eines mit dem Umgang mit der Macht vertrauten Politikers entsprach. Klepper, ein bürgerlicher Politiker, ohne Verbindung zu einer Parteibasis, aber auch unbelastet von dem Handicap falsch verstandener Autoritätsgläubigkeit und eines damit verbundenen „latenten Unterlegenheitsgefühls“²⁴⁸, durchschaute das illegale Ränkespiel und erkannte klar, daß Demokratie in der Bedrohung nur durch Macht zu schützen war, Gewalt nur mit Gewalt beantwortet werden konnte; setzte man ihr keinen Widerstand entgegen, würde sie weiterwuchern und ungleich größeres Unheil anrichten²⁴⁹. Zweitens wäre eine längerfristige Vorbereitung aller Abwehrkräfte, die auf dem Boden der Republik standen, inklusive der Polizei und ihrer entsprechenden personellen Umstrukturierung machbar gewesen, wie unter anderem Grzesinski betont hat. Drittens hätten mehr Verbote gegen extremistische Organisationen aller Art und deren öffentliche Auftritte ausgesprochen werden können. Viertens wäre auch eine gezieltere Zusammenarbeit mit den Ländern gelungen, wenn Preußen klarer und geschickter geführt hätte.

Interessant ist, daß Kleppers Wille zum Widerstand gegen Papens Staatsstreich vielfach angezweifelt und als seine nachträgliche Interpretation der Fakten gedeutet wird²⁵⁰. So schreibt Alexander noch 1992: „Severings schärfste Kritiker wurden später Grzesinski, Klepper und Abegg. Sie erklärten jedoch erst später, sie hätten anders als Severing aktiv Widerstand leisten wollen. Ihre Taten und auch Worte in der damaligen Situation sprechen jedoch eine andere Sprache.“ Da diese Behauptungen von keinen Originalquel-

²⁴⁷ Friedensburg, S. 211.

²⁴⁸ Aufschlußreich, wie Alexander mit diesem Problem, daß Severing sich von ganz unten hochgearbeitet hat, umgeht (S. 262): „Severing fühlte sich den Bürgerlichen überlegen, hatte er doch den Aufstieg aus eigener Kraft geschafft und nicht etwa aufgrund einer schon bei der Geburt eingenommenen gesellschaftlichen Position. [...] Mit dem Selbstbewußtsein verbunden ist jedoch [...] ein nie zu überwindender Minderwertigkeitskomplex, ein latentes Unterlegenheitsgefühl“, das ihn nicht nur dazu brachte, sich ständig rechtfertigen zu müssen, sondern ihn auch glauben ließ, „politisch motivierte Kritik entspreche persönlichen Motiven, greife ihn also als Menschen, nicht als Politiker an“.

²⁴⁹ Vgl. Kleppers Kieler Rede vom 19. 4. 1932.

²⁵⁰ Vgl. auch Möller, S. 572.

len belegt werden, zeigt sich hier einmal wieder, daß auch die Geschichtsschreibung alte Vorurteile tradiert.

Die Ursachen für eine derartige Geschichtsüberlieferung sind vielfältig und liegen nicht nur darin begründet, daß Kleppers gleichlautende Darstellungen aus dem Jahre 1933 unbekannt geblieben sind. Sie hängen auch mit der Wechselwirkung von historischer Persönlichkeit und Zeitgeist und deren Niederschlag in der Geschichtsschreibung zusammen²⁵¹. Eine Ursache liegt darin, daß Klepper als parteiloser Neuling in der preußischen Regierung in der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt war als der populäre Severing²⁵². Folglich hatte auch Severings einseitige Darstellung der Ereignisse vom 20. Juli 1932, die er nach dem Kriege mit seinem Artikel in der *Gegenwart* eröffnete und dann in seinen Memoiren fortsetzte²⁵³, eine sehr viel stärkere Wirkung als Kleppers Gegendarstellung in dem gleichen Blatt, der keine Memoiren folgten, und auch als Grzesinskis vom August 1932 stammende, eher nüchterne Bilanz, die Alternativen durchaus offenläßt²⁵⁴. Wenn man die Briefe Severings an Braun und auch dessen Antwortbriefe aus den Jahren 1947/48 über die Artikelserie zum 20. Juli 1932 liest, muß man sich etwas wundern, wie erwachsene Männer jegliche Urteilskraft verlieren, wenn es um ihre eigene historische Rolle geht. Severing polemisiert gegen Klepper auf die unsachlichste Weise und zeigt sich erbost, daß die Zeitschrift *Die Gegenwart* einen neutralen und nicht seinen Standpunkt einzunehmen versucht. Obwohl er selbst den ersten Artikel geschrieben hat, unterstellt er Klepper, daß er „den Streit vom Zaun gebrochen“ habe, und er fordert Braun auf, Stellung zu nehmen²⁵⁵, was dieser ablehnt. Doch auch Braun, der sich früher positiv über Klepper geäußert und mit dem er im Exil sympathisierende Briefe gewechselt hat²⁵⁶, äußert sich nun abfällig über Klepper, sei es um seinem Freund Severing nach dem Munde zu reden, sei es aus seiner resignativen, pessimistischen Altersstimmung heraus.

Ähnlich wie Klepper selbst galten auch die Zeitzeugen, die Kleppers Absicht und seine Vorbereitung zum Widerstand bestätigten, allgemein als weniger glaubwürdig. Ihre Namen haben eben nur für einen kleineren Teil der deutschen Öffentlichkeit einen guten Klang, sind sie doch allesamt Querdenker und in ein Parteienschema nicht fest einordenbare Demokraten. Daß dieses Defizit sich auch in der Geschichtsschreibung widerspiegelt, ist wenig verwunderlich, denn dahinter steht ein grundsätzlicher Streit

²⁵¹ Friedensburg (S. 96): u. a. habe auch „das schwächliche Ende der Weimarer Republik, als Severing am 30. Juni [gemeint: 20. Juli] vor Papen und Hindenburg kapitulierte, viel zur Verwirrung des Geschichtsbewußtseins in unserem Volke beigetragen“.

²⁵² Dem Urteil Winklers in einer Rezension zu Alexanders Biographie (*Die Zeit*, 12. 5. 1993), daß Severing keineswegs so negativ dargestellt werde, wie Alexander es behaupte, ist zuzustimmen.

²⁵³ Severing begann die Debatte um den 20. Juli 1932 nach dem Kriege mit einer unter Pseudonym (Wilhelm Gervens) veröffentlichten Schrift mit dem bezeichnenden Titel: „Der 20. Juli 32 in Wahrheit und Dichtung“ (Bielefeld o.J. [1946]). Es folgten der oben erwähnte Artikel zum 20. Juli 1932 und die Antwort Kleppers.

²⁵⁴ Grzesinski, Lebensweg, Bl. 291 ff.: Es sei schließlich wegen der preußischen Wahlen, der politischen Differenzen zwischen der Preußischen und der Reichs-Regierung, der Tatsache, daß der demokratische Teil Preußens auf sich selbst gestellt war, und wegen des extremen Bedachtseins der süddeutschen Staaten auf ihre eigene Sicherheit zu spät gewesen. Vgl. auch Grzesinski an Kurt Glaser, 3. 1. 1944 (IfZ, ED 202, Slg Glaser, Bd. 3) und Stampfer, S. 631 f.

²⁵⁵ GSTAB, I.HA, Rep. 92, NL-Braun C/I, Nr. 276, Bl. 7 ff., 17. 2. 1948, Bl. 19.

²⁵⁶ Braun an Klepper, Mai/Juni 1933, KNL, hrsg. von Schumacher, in: *Das Parlament*, Nr. 20–21, 21./28. 5. 1983.

um die Frage des politischen Widerstandes, der in unserer Geschichte keine starke Tradition hat. Es scheint fast, als wirke im Falle des 20. Juli 1932 eine Art ‚schlechtes Gewissen‘ nach, das diese wichtige verpaßte Chance als eine für den ‚Realpolitiker‘ nie existente Möglichkeit, also ein für die Geschichtsschreibung zu vernachlässigender Aspekt, herunterzuspielen versucht. Deutlich wird diese Tendenz im Vergleich zu der historischen Aufarbeitung des parallelen Ereignisses, zwölf Jahre später. Im Unterschied zum 20. Juli 1932 ist Widerstand zwar trotz geringster Erfolgchancen tatsächlich ausgeübt worden, aber die Erfolgchancen spielen bei der historischen Bewertung meist eine untergeordnete Rolle. Als wichtig gilt der symbolische Charakter des Aufstandes; ein Bewertungsmaßstab, der für den 20. Juli 1932 nur von wenigen Historikern, meist in der Nachfolge von Bracher, angelegt wird.

Es ist ein aufschlußreiches Gespräch überliefert, das kurz nach diesem Tag zwischen Harry Graf Kessler, Klepper und Heinrich Mann über die Frage geführt worden ist, warum der Widerstand nicht gewagt worden sei. Die von Graf Kessler wiedergegebene Antwort Kleppers klingt recht arrogant, trifft aber wohl einen wesentlichen Punkt: „Severings Verhalten sei nur daraus zu erklären, daß er ein ‚kleiner Mann‘, ein ‚Proletarier‘ sei, der doch noch immer einen Heidenrespekt vor den ‚Herren‘ habe und um Gottes willen nichts tun wolle, was Konventionen der Herrenkaste verletze.“ Heinrich Mann habe Kleppers Ausführungen in gleicher Richtung ergänzt: „Die Sozis seien an der Verachtung des Geistes gescheitert; die Zurückdrängung der Intellektuellen und die Vorherrschaft der Gewerkschaften habe sich gerächt; um Widerstand zu leisten, hätte Severing der Intellekt gefehlt.“²⁵⁷

Acht Jahre später fand die Kritik der drei Gesprächspartner eine interessante Bestätigung durch den französischen Journalisten Robert d’Harcourt, der in einer der letzten Nummern der von Georg Bernhard herausgegebenen Exilzeitung *Pariser Tageszeitung*²⁵⁸ im Januar 1940, als der Krieg schon in vollem Gange war, zum Untergang der Weimarer Republik Stellung nahm, indem er sich auf ein Jagderlebnis Brauns bezog, das kurz vorher in derselben Zeitung abgedruckt worden war. Auf einer „einsamen Pirsch“ in der Schorfheide, die auch Hindenburgs Jagdrevier war, habe er „einen starken Hirsch in einem Nachbarrevier“ ausgemacht, so erzählte Braun, „obwohl ich mich auf dem Bauche kriechend mühsam an das Rudel herangepircht hatte und der Hirsch gut war, schoß ich ihn nicht, da die Vermutung in mir aufkam, den für Hindenburg bestimmten Hirsch vor mir zu haben, den ich nur aus der Beschreibung kannte, da ich mich in dem Revier des Reichspräsidenten möglichst wenig bewegte. Ohne das Wild zu stören, schlich ich mich davon.“²⁵⁹ D’Harcourt nutzte dieses Bild und schrieb: „Die Weimarer Republik ist nicht besiegt worden, sie hat abgedankt, bevor sie noch angegriffen wurde, besiegt durch das tiefe Gefühl ihrer eigenen Unwürdigkeit, das sie selbst empfand gegenüber Helm, Stiefel und Uniform und allem, was das preußische Herz höher schlagen läßt. [...] Wie Braun im Wald hat sie schweigend den Platz geräumt, auf dem Bauche kriechend.“²⁶⁰

²⁵⁷ Graf Kessler, S. 691.

²⁵⁸ BN, Paris, D141, *Pariser Tageszeitung* (PTZ). Die Zeitung, vormals *Pariser Tageblatt*, nannte sich so ab 12. 6. 1936, als es zu einem großen Krach zwischen dem Herausgeber Wladimir Poliakow und den Redakteuren (Chefredakteur: Georg Bernhard) gekommen war.

²⁵⁹ Ebenda, PTZ, 11. 1. 1940.

²⁶⁰ Ebenda, 7. 2. 1940.

Hinter diesen Antworten steht das von Klepper in seiner Artikelserie „Der Umschwung“ erläuterte Problem, daß die potentiell staatstragende Schicht, die Arbeiter- und die Mittelschicht, keinen „revolutionären Trieb zur Macht“ entwickelt hätten²⁶¹ und damit der eigentlich mit dem 9. November 1918 aus der Macht verdrängten Schicht des Adels die Möglichkeit geschaffen habe, sich im Bündnis mit dem Großbürgertum, das die gleiche Verachtung für die Arbeiterklasse hegte wie der Adel, die tatsächliche Macht im Staat zu übernehmen.

Dieser Zusammenhang wird noch genauer erläutert durch eine Antwort, die Klepper Rudolf Olden gab, als dieser ihn nach den Gründen für das Versagen Severings befragte. Klepper habe gesagt: „Weil sie [*die Sozialdemokraten*] ein schlechtes Gewissen hatten.“ Olden erläutert diese zunächst etwas rätselhaft klingende Antwort so: „Man muß diesen Ausdruck richtig verstehen. Er ist ungemein charakteristisch für die seelische Verfassung der Sozialdemokraten. Er bedeutet nicht [...] das Bewußtsein eines Fehlers oder einer Schuld; eher das Gegenteil.“ Es ist das Fehlen des „guten Gewissens“, das Olden in seltenen Fällen als „die Gabe des Genies“, meist aber als „Folge entweder einer aristokratischen Tradition oder des religiösen Gefühls der höheren Berufung“ definiert. Da aber, so argumentiert er weiter, „die Sozialdemokraten auf jede religiöse Aufgabe verzichtet hatten, als sie ihr Programm aufgaben und sich entschlossen, schlecht und recht weiter zu regieren, wie es die kaiserliche Bürokratie vor ihnen getan hatte, [...] war ihr innerer Machtanspruch auf ein Minimum gesunken“. Dazu komme noch die bei den Deutschen „sehr geringe Begabung zur Regierung“, die selbst Bismarck an seiner eigenen „Junkerkaste“ kritisiert hatte, diese mangelnde „Sicherheit des Handelns, wo nicht ein unmittelbarer Befehl vorliege. [...] Da jede Klasse sich nach dem Vorbild der früher herrschenden bildet, woher sollten“ da, so fragt Olden, „die Provinzredakteure und Gewerkschaftssekretäre das Bewußtsein der Legitimität haben, das sie befähigte, den Staat in der Krise zu leiten?“ Da sich „unter der Fuchtel-Despotie der preußischen Könige“ keine „wirkliche Aristokratie mit ihren historischen Fähigkeiten“ hatte herausbilden können und „da die Bourgeoisie ihre Herrschaft nie revolutionär begründet hatte, sondern beide Klassen sich nur zur gemeinsamen Ausbeutung des Landes unter dem Schutz der kaiserlichen Bürokratie zusammengefunden hatten, da die Geschichte des unglücklichen Volkes – mit der einzigen Ausnahme des Freiherrn vom Stein und seiner Freunde – kein Vorbild des Bürgerstolzes und des patriotischen Selbstbewußtseins bietet, wo hätten die Sozialdemokraten, nachdem sie die eigene Klasse preisgegeben hatten, auch nur ein anerkennendes Beispiel in so gefährdeter Lage finden können?“²⁶²

Hier ist von der anfangs skizzierten demokratischen Tradition die Rede, der Klepper sich auch zugehörig fühlte. Klepper hatte offensichtlich das von Olden angesprochene „Bewußtsein der Legitimität“, das ihm die Stärke zum Handeln gab, das ihn aber auch

²⁶¹ Klepper, *Der Umschwung*, S. 164.

²⁶² Olden, S. 81 f. Olden fügt hinzu: „Das, was im heutigen Deutschland ‚Führerprinzip‘ genannt wird, ist nur ein Ausdruck desselben Mangels, es setzt aufgeblasene, polternde Knechte an die Stellen, die verantwortungsvollen Vollbürgern gebührten.“ Vgl. dazu: Anm. des Hrsg. von „Exil“: „Die Schrift [*Oldens*] ist eine der scharfsinnigsten Untersuchungen über das Versagen der Linksparteien, Sozialdemokraten und Kommunisten, in der Weimarer Republik. Klaus Mann betonte in seiner Rezension (*Die Sammlung*, Jg. 1, 1933/34, H. 8, S. 447), Rudolf Olden, der in keiner Partei organisiert war, vertrete die Ansicht, nicht der Marxismus habe versagt, sondern die Arbeiterparteien, die sich auf ihn zu berufen pflegten.“

für die einen verdächtig und für die anderen gefährlich machte. Weil es zu wenige seiner Art gab, konnten sie sich zum Schaden Deutschlands weder gegen die Verdächtigungen noch gegen die die Demokratie bedrohenden Gefahren durchsetzen. Dennoch ist es im Zusammenhang mit der Frage nach dem möglichen Widerstand am 20. Juli 1932 wichtig, sich klarzumachen, daß es Demokraten mit dem nötigen Selbstbewußtsein gegeben hat, die gegen das dort begonnene und erst 1945 beendete Unrecht zu kämpfen versucht haben, wenn sie auch erfolglos waren. Nicht die von Rohr gegen Klepper, als Vertreter des verhaßten Systems, vor dem preußischen Landtag beschworene Tradition Treitschkes²⁶³ sollte für die Geschichtsschreibung prägend sein, sondern die Brachers, der sagt: „Leugnet man [...] die Chancen einer Verhinderung des endgültigen Machtverlusts der Weimarer Demokratie und verfällt einer bloßen De-facto-Darstellung und Begründung des Geschehens“, so folgt man „einer fatalistischen, deterministischen Interpretation“ historischer Vorgänge und stützt damit indirekt „eine deutsche Fehltradition [...], die 1932/33 die fast kampflose Überwältigung der gesamten Republik nach dem Vorgang Preußens ermöglicht hat“²⁶⁴.

Diffamierung als Mittel der Politik: Das Ende Preußens und das Ende von Weimar

„Klepper sagte die nationalsozialistische Katastrophe voraus, freilich ohne Umfang und Dauer des Einbruchs, der bevorstand, zu ahnen.“ Die preußischen Minister waren de facto abgesetzt, sollten sich aber gemäß der Anordnung von Ministerpräsident Braun nur als „von der Amtsführung suspendiert“ betrachten und sich „bis zur Ausschreibung der nächsten Wahlen ‚zur Verfügung halten‘“²⁶⁵. Es ging ja keineswegs nur um die ‚suspendierten preußischen Minister‘; in deren Gefolge verloren teilweise noch am gleichen Tag, teilweise im Laufe des Jahres viele renommierte demokratische Staatssekretäre, Landräte, Polizeipräsidenten und Regierungsbeamte ihre Posten²⁶⁶. Symptomatisch für diese Maßnahmen war die Tatsache, daß die in „der Ära Klepper in das Präsidium der Preußenkasse einbezogenen, der Sozialdemokratie nahestehenden Mitglieder ihren Abschied“ erhielten. Zu ihnen gehörte Lauffer, „der immer als besonderer Vertrauensmann Kleppers gegolten hat, ferner Direktor Possel, der zur sozialdemokratischen Partei gehört und der Direktor Schaub, ein Vetter des früheren Präsidenten und preußischen Finanzministers“²⁶⁷.

Wie rechtlos die Situation Preußens bereits geworden war, zeigt die Tatsache, daß die alte ehrwürdige preußische Institution, die Preußenkasse, durch Notverordnung des Reichspräsidenten noch vor dem Urteil des Staatsgerichtshofes auf das Reich überführt wurde, ein von gewissen Kreisen zwar lang ersehnter, aber illegaler Vorgang, der eines

²⁶³ Vgl. die oben zitierte Rede des DNVP-Abgeordneten von Rohr im PrLT, 264. Sitzung, 16. 12. 1931, Sp. 23155–23171, 23171.

²⁶⁴ Bracher, Dualismus, S. 543 f.

²⁶⁵ Engelmann, S. 37.

²⁶⁶ In der Anlage zu einem Brief Brauns an den Reichspräsidenten vom 7. 11. 1932 werden die entlassenen und versetzten Beamten aufgezählt, allein 53 Landräte wurden in den einstweiligen Ruhestand versetzt (AdR-Papen, Nr. 196).

²⁶⁷ VNL-K, Nr. 191, Abschrift unter dem Datum des 30. 7. 1932.

Staatsvertrages zwischen Preußen und dem Reich bedurft hätte, aber Preußen gab es faktisch eben nicht mehr!²⁶⁸ Dieser Tatbestand wird von Faust nicht kritisiert, dagegen fällt sein Urteil über Hans Helferich, den neuen Präsidenten der neuen ‚Reichskasse‘, der er bis 1945 blieb, ausgesprochen positiv aus: „War unter der Ägide Kleppers eine eigene, aber umstrittene Agrarpolitik der Preußenkasse sichtbar geworden, so betrachtete Präsident Helferich es als seine Aufgabe, die wirtschaftlichen Bestrebungen des genossenschaftlichen Spitzeninstituts [...] mit den politischen Zielvorstellungen des Reiches und der Länder in Übereinstimmung zu bringen. Aus der Rückschau darf es als eine glückliche Fügung bezeichnet werden, daß in Präsident Helferich eine Persönlichkeit an die Spitze der Anstalt gestellt wurde, die politisch ungebunden, kühl, distanziert gegenüber den bewegten Ereignissen der Zeit, einzig ihre Aufgabe darin erblickte, Sachwalter für die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Genossenschaften zu sein.“²⁶⁹

Für alle, aber besonders für so einen aktiven und nun doppelt enttäuschten Mann wie Klepper muß diese Zeit zwischen Juli 1932 und Januar 1933 schrecklich gewesen sein, eine Zeit „völliger Untätigkeit, zu der er in seiner Privatwohnung in Zehlendorf verurteilt war [und die ihn] von Woche zu Woche mehr bedrückte“²⁷⁰. Doch war es ja keineswegs ein echtes Nichtstun, wie die ständigen Sitzungen des Staatsministeriums, die meist in Hirtsiefers Privatwohnung oder im Ministersaal des Landtags stattfanden²⁷¹, zeigten. Diese uneingestandene Sinnlosigkeit des eigenen Tuns, vom Taktgefühl und der Disziplin der Beamten abhängig zu sein, und diese beklemmende Mischung aus Protest und „Ruhe bewahren“, die sich in gelegentlichen Briefen an den Reichskanzler, den Reichspräsidenten oder den Staatsgerichtshof entlud²⁷², ohne daß sie irgend etwas bewirkten, mußte auf die Dauer müde machen. Der folgende Schlußsatz aus einem Bericht Papens für den Reichspräsidenten charakterisiert diese peinliche Situation aufs trefflichste: „Im übrigen versage ich mir, auf die hie und da wenig verbindliche Wortfassung des Schreibens des Herrn Ministerpräsidenten [Braun] näher einzugehen. Ich führe sie auf eine gewiß verständliche Empfindlichkeit zurück. Das gemeinsame Bestreben muß aber die Er-

²⁶⁸ Die für Klepper gewiß schmerzliche Umwandlung der alten Preußenkasse in die neue „Deutsche Zentralgenossenschaftskasse“ geschah am 21. 10. 1932 durch Notverordnung des Reichspräsidenten: Das Stammkapital wurde herabgesetzt, Preußen und Reich erhielten je gleiche Anteile von 42,5 Millionen RM, die restlichen 15,11 Millionen RM wurden auf die anderen Verbandskassen verteilt. Im Ausschuß saßen nur noch 3 Vertreter des PrStM und dagegen 12 vom Reich bestellte Vertreter (inkl. Reichsbankdirektor und Direktor der Rentenbankkreditanstalt), Bestellung der Präsidenten geschah durch das Reich. Begründung für die Verreichlichung der P.Z. war die angeblich notwendige Deckung der Genossenschaftsverluste, die in Wirklichkeit durch Großagrariarkredite entstanden waren (RGBl. 1932, I, Nr. 70, 25. 10. 1932 und RGBl. 1933, I, Nr. 148, 29. 9. 1933, GSTAB, Rep. 84a, 11150, Bl. 239). Vgl. Beiträge zur Bankgeschichte über Helferich (DG Bank), DGBkA, ND-P.Z., Nr. 242, 8. Jg., 16. und 17. 10. 1932; Krebs, S. 577.

²⁶⁹ Faust, Zentralkasse, S. 46.

²⁷⁰ Engelman, S. 37.

²⁷¹ GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 631/2, Staatsministerialsitzungsprotokolle 1932–33: 1. Sitzung am 30. 8. 1932, letzte am 15. 2. 1933, am 6. 2. 1933 ist Klepper noch ausdrücklich als anwesend vermerkt. Im August waren Ferien, Klepper hat, nach Aussage von Brecht, Braun in Ascona besucht (Brecht, S. 222 und Schulze, Braun, S. 758).

²⁷² Vgl.: Brief Brauns an Hindenburg vom 7. 11. 1932, in dem er sich bitter über „die seit dem 20. Juli vorgenommenen umfangreichen personellen Veränderungen“ beschwert (AdR-Papen, Nr. 196).

reichung geordneter, von politischen Prestigefragen unberührter Zusammenarbeit sein.“²⁷³

So wundert es auch nicht, daß das Urteil des Staatsgerichtshofs, das formal den Preußen recht gab²⁷⁴, nicht viel an dem bisherigen Schwebezustand änderte²⁷⁵: Die Amtsräume blieben Klepper und anderen verschlossen²⁷⁶, und ein Schreiben Kleppers und Brauns an den Reichskanzler vom 17. Dezember 1932 mit der Bitte um Unterlagen für die Erstellung eines Haushaltsentwurfs, „der nach wie vor zur Kompetenz des preußischen Finanzministers“ gehöre²⁷⁷, wurde von Schleicher am 23. Dezember 1932 mit dem Bescheid beantwortet, daß „allein derjenige, der die Geschäfte führe, nämlich Popitz, den Haushaltsplan erstellen könne“²⁷⁸. Ein reiner „Federkrieg“, wie Schleicher zu bemerken beliebte²⁷⁹.

In dieser Zeit der gedrückten Stimmung war für Klepper die Familie Rückhalt und Trost. In den Akten fand sich auf der Rückseite einer der Einladungen zur Staatsratssitzung²⁸⁰ in ungelinker Kinderschrift ein Wunschzettel für Weihnachten: „Marzipanbrot, Schlittschuhstiefel, Stempelreiniger, Füllfederhalter, Sparschwein, weiß mit einem kleinen Mond, Ingrid“, Kleppers älteste Tochter, damals 11 Jahre alt. Das Weihnachtsfest hat sich als das letzte im eigenen Heim im nachhinein in Kleppers Erinnerung verklärt, in vielen Briefen erwähnt er es immer wieder wie ein verlorenes Paradies. Zum Neujahr kamen viele Glückwünsche für „ein hervorragendes Jahr 1933“ ins Haus, und ein früherer Mitarbeiter schrieb: „Möge das Jahr 1933 die Überwindung der Reaktion und damit Ellenbogenfreiheit für Ihre Betätigungsmöglichkeiten bringen!“²⁸¹ „Es war in dieser Zeit, daß von nationalsozialistischer Seite Fühler ausgestreckt wurden, die auf Kleppers Eintritt in eine kommende Naziregierung abzielten“, berichtet Engelmann, er habe sich aber „auch durch die offizielle Ankündigung, daß er [sonst] als ‚Staatsfeind‘ registriert werden würde“, nicht beeinflussen lassen. Andererseits seien Versuche nicht ausgeblieben, „ihn für die Unterstützung linksoppositioneller Maßnahmen gegen Papen, Hugenberg und andere zu gewinnen“. Man habe ihm Unterlagen vorgelegt, „die Bilanzfälschungen im Hugenberg-Konzern bewiesen und von ihm publiziert werden sollten. Er ließ sie sorgfältig prüfen, lehnte aber eine Beteiligung an ihrer Publikation ab“, da dies in

²⁷³ Entwurf, als Anlage 2 zur Besprechung vom 10. 11. 1932 (AdR-Papen, Nr. 201).

²⁷⁴ Vgl. die bereits mehrfach angeführte Literatur, vor allem Bay, S. 185 ff. und Ehni, S. 271 ff.

²⁷⁵ 24. 11. 1932 Erlass des PrStM's, Richtlinien über die Weiterführung der Geschäfte. Die Veröffentlichung des Erlasses wurde durch den RK verhindert und durch eine gegenteilige Erklärung ersetzt (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 631/2, Staatsministerialsitzungsprotokolle 1932–33).

²⁷⁶ Brecht, S. 236 und Entwurf, als Anlage 2 zur Besprechung vom 10. 11. 1932, Anweisung Papens. Vgl. Ilzar, S. 337.

²⁷⁷ AdR-Schleicher, Nr. 28. Vgl. GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 631/2, Staatsministerialsitzungsprotokolle 1932–33.

²⁷⁸ AdR-Schleicher, Nr. 37. 23. 12. 1932, Schleicher an Braun. Es ist nicht uninteressant, im Zusammenhang von Geschichtsüberlieferung festzustellen, daß am ehemaligen preußischen Finanzministerium in Berlin eine Gedenktafel für Johannes Popitz, den Reichskommissar, angebracht worden ist, nicht für seine legalen Vorgänger.

²⁷⁹ Ebenda, Braun nahm die Formulierung in seinem Brief vom 4. 1. 1933 an den RK auf. Es ging noch einmal um den Haushaltsplan (AdR-Schleicher, Nr. 42).

²⁸⁰ GSTAM, VNL-K, Nr. 170.

²⁸¹ Ebenda, Possel an Klepper. Der erste Wunsch in der Glückwunschkarte war von Erich Welter aus Frankfurt/M. Klepper hat alle Karten und Briefe beantwortet und ebenfalls versucht, Optimismus zu verbreiten.

seinen Augen „ein völlig untaugliches Mittel sei, gegen die massive und skrupellose Macht Hugenberg's vorgehen zu wollen“²⁸². Diese Einsicht zu gewinnen, dürfte ihm nicht schwer gefallen sein, denn er steckte selbst mitten in einem von der Hugenberg-*Presse* angeheizten Untersuchungsverfahren.

Ein kurzer Blick auf das Untersuchungsrecht des preußischen Landtags, das auf dem Artikel 25 der preußischen Verfassung beruhte und im wesentlichen mit dem des Reiches übereinstimmte, zeigt, welche symptomatische Bedeutung neben anderen auch dem Klepperschen Untersuchungsverfahren zukam²⁸³. Die Institution des Untersuchungsausschusses war ausgesprochen demokratisch. Mit ihm erhielt auch die parlamentarische Minderheit die Möglichkeit, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren und auf sie sowie den gesamten Verwaltungsapparat Einfluß zu nehmen, denn es genügte 1/5 der gesetzlich festgelegten Zahl der Landtagsabgeordneten, um einen Untersuchungsausschuß einzurichten. Er hatte öffentlich zu tagen und verfügte insofern über eine relativ große Unabhängigkeit, als er dazu befugt war, Zeugen und Sachverständige notfalls auch zur Aussage unter Eid zu zwingen sowie Amtshilfe von Gerichten und Behörden anzufordern. Mit der Berichterstattung an das Plenum war die Arbeit des Ausschusses beendet. Also in der Theorie eine demokratische, potentiell das Ansehen des Parlaments stärkende Institution, in der Praxis allerdings eine gefährliche Waffe, die zu zerstörerischer Agitation genutzt werden konnte, und das um so mehr, als die Parteien noch ungeübt in parlamentarischer Praxis waren und die Bevölkerung in der Mehrheit indifferent oder gar feindlich der Republik gegenüberstand, einer Republik, die ohnehin von Anfang an mit starken politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Belastungen zu

²⁸² Engelmann S. 38. Bestätigt durch Kleppers autorisierten Lebenslauf für seine USA-Reise 1954, ein Dr. Theo Habicht, ein Österreicher, der in der Frühzeit der NSDAP eine gewisse Rolle spielte, soll ihn gefragt haben. Vgl. auch Kersten, Klepper, und Schumacher, Kommentare zum „Umschwung“, S. 150.

²⁸³ Art. 34 der Reichsverfassung. Vgl. Steffani, S. 287 f.: Insgesamt sind im PrLT 55 Untersuchungsanträge (3 in der verfassungsgebenden Landesversammlung) eingegangen (allein 7 bezogen sich auf Klepper), 24 erzielten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (2 bezogen sich auf Klepper), 13 weitere wurden bereits bestehenden Ausschüssen überwiesen, 18 teils abgelehnt, teils zurückgezogen (zum größten Teil KP-Anträge); von den 24 Ausschüssen wurden 14 von den rechtsoppositionellen Parteien erzwungen, 7 von den Regierungsparteien, die restlichen 3 von besonderen Kombinationen, ähnliche Verhältnisse wiesen die 13 überwiesenen Urträge auf; 11 Untersuchungsanträgen der Regierungsparteien stehen 43 der Opposition gegenüber; bei der Untersuchung erfolgreich waren die Regierungsparteien in 10, die Rechtsopposition in 22 und die KPD – stets unter Mithilfe der SPD – in 4 Fällen. Zeitlich verteilen sich die Anträge folgendermaßen: In den 10 Jahren vom Januar 1921 – Januar 1931 sind 37 Anträge gestellt und 13 Ausschüsse eingesetzt worden, in den letzten beiden Jahren waren es 21 bzw. 11. Zur Begründung dieser „wachsenden Antragshäufung“ schreibt Steffani: „a) Eine zunehmend leichtfertige Handhabung des Untersuchungsinstituts [...]. b) Das skandalhungrige Sensationsverlangen der Parteiagitatoren während des entscheidenden Ringens um die Macht in den Krisenjahren 1931/32. c) Die tatsächlich zu konstatierende Häufung von Ereignissen, die eine *parlamentarische* Untersuchung angebracht sein ließen (besonders hinsichtlich der Vorgänge um und nach dem preußischen Staatsstreich Papens). Die meisten sowohl sachlich wie auch propagandistisch bedeutsamen Ausschüsse fallen in die ersten Jahre, während zwischen 1931 und 1933 lediglich der Untersuchungsausschuß ‚Dr. Klepper‘ eine breitere öffentlich-wirksame und der Untersuchungsausschuß ‚Preußische Polizei‘ [...] (‚Reichstagsdurchsuchung‘) eine sachlich bedeutsamere Rolle gespielt“ haben (S. 288 f.).

ringen hatte. Welche Folgen die Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit für die Weimarer Republik und besonders für Preußen hatte, geht aus der ausgezeichneten Analyse Winfried Steffanis hervor. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß, obwohl von Anfang an der politisch-propagandistische Effekt des Untersuchungsverfahrens gegenüber dem sachlichen im Vordergrund stand, erst mit dem Wahljahr 1928 die „lediglich zersetzende, zutiefst republikfeindliche Agitation“ der DNVP, der NSDAP und der KPD „mit konzentrierter, kompromißloser Kraft in die Periode einer rücksichtslosen Kampfansage an die Weimarer Republik und ihre Verteidiger“ eintrat²⁸⁴. Damit erlangten die Untersuchungsausschüsse eine zunehmende politische Bedeutung, trugen zur Aufheizung des politischen Klimas bei und schädeten dem Ansehen des Parlaments und damit der Demokratie sowie auch denjenigen ganz erheblich, die diese Demokratie zu verteidigen suchten.

Seit dem Sommer 1928 waren nicht weniger als 18 sogenannte „Kleine Anfragen“, „Interpellationen“ oder „Uranträge“ im preußischen Landtag gegen Klepper eingegangen²⁸⁵, und es drehte sich immer um Geld, das er als Präsident der Preußenkasse beziehungsweise als Finanzminister für preußische Belange ausgegeben hatte und dessen Verwendung er jeweils begründen konnte. Alle Fragen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses konnten von Klepper und der preußischen Regierung, die ebenfalls vernommen wurde, aufgeklärt werden, ohne Klepper zu belasten.

Der Untersuchungsausschuß war auf Initiative der DNVP, mit Hilfe der nach den Wahlen erstarkten NSDAP, zustande gekommen, war mit 29 Abgeordneten besetzt und trat zum ersten Mal am 21. September 1932 zusammen. Nachgeprüft werden sollte zunächst „die Geschäftsgebarung des jetzigen Finanzministers Dr. Klepper bei der Pächterkreditbank und der Domänenbetriebsgesellschaft und die daraus entstandenen Folgen“. Dieser Untersuchungsauftrag wurde am Tag nach dem ersten Zusammentreten des Ausschusses erweitert durch die Frage nach dem „Geschäftsgebaren der Preußenkasse, insbesondere unter der Leitung des früheren Dr. Klepper“ und deren „Geschäftsbeziehungen“ zur Pächterkreditbank²⁸⁶. Da die DNVP die Mehrheit im Ausschuß hatte, stellte sie den Vorsitzenden, einen Dr. Walther Zubke, der nur deshalb nicht abgesetzt wurde, weil er den entsprechenden, von der KPD gestellten Antrag auf seine Absetzung

²⁸⁴ Steffani, S. 209.

²⁸⁵ Alle Klepper betreffenden parlamentarischen Anfragen und Untersuchungsausschüsse in: GSTAM, Rep. 169 D, Nr. 33, Bd. 2 und 3, sowie Drucksachen des PrLT: Nr. 2632, 2706, 3250, 62, 90, 7499, 7996. Zur Einordnung von Kleppers Ausschüssen in den Gesamtzusammenhang vgl. Steffani, S. 287 f. Am 10. 6. 1929 war bereits der 20. Untersuchungsausschuß „Preußenkasse“ (s.o.: Liquidation der Raiffeisenbank) eingesetzt worden und hätte mit der Vorlage des Berichts (162. Sitzung) am 9. 5. 1930 sein Ende gefunden, wenn nicht 3 weitere Untersuchungsanträge der DNVP und der NSDAP an ihn überwiesen worden wären, obwohl sich viele Vorgänge auf die Zeit lange vor Kleppers Präsidentschaft bezogen (1914!). Die Berichte wurden im Laufe des Jahres 1931 vorgelegt, der Ausschuß, in dessen Tätigkeitsphase auch der Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister (s.o.) fiel, endete mit der Legislaturperiode am 23. 4. 1932. Zur Vorgeschichte und zum 20. Untersuchungsausschuß vgl. Steffani, S. 210 ff.

²⁸⁶ Steffani, S. 270 f. Die Uranträge (Nr. 281) der DNVP (v. Winterfeld) und der NSDAP (Kube) vom 17. 6. 1932 sorgten dafür, daß die Kampagne gegen Klepper nicht abriß und ein neuer Untersuchungsausschuß eingerichtet wurde. Er trat am 7. 7. 1932 erstmalig als 21. sogenannter „Klepperausschuß“ zusammen, wurde durch 2 Uranträge (Nr. 668, NSDAP) vom 26. 7. und (Nr. 874, v. Winterfeld, DNVP) vom 3. 9. erweitert und mündete schließlich am 13. 10. in das Untersuchungsverfahren gegen Klepper.

gar nicht zur Abstimmung kommen ließ. Der Berichterstatter Lothar Steuer (Parteisekretär der DNVP) wurde dagegen wegen Parteilichkeit und Unwahrhaftigkeit der Berichterstattung von allen Seiten so sehr angegriffen, daß ihm das Fragerecht entzogen werden mußte²⁸⁷. Nachdem Steuer Klepper als den „Ivar Kreuger der preußischen Finanzen“ verunglimpft hatte, weigerte Klepper sich, „mit einem solchen Herrn“ eine „Unterhaltung“ zu führen, im übrigen aber bekannte er sich „voll und ganz zu dem, was er getan habe“, und übernahm „alle Verantwortung“²⁸⁸.

Welches waren die Fragen des Ausschusses, und welche Antworten gab Klepper und die hinter ihm stehende preußische Regierung? Die erste Untersuchungsfrage bezog sich auf den von Klepper über die Domänenbank gegebenen und nun verlorenen Kredit der Preußenkasse von ca. 175 000 RM an den neuen Chefredakteur und Besitzer der Zeitschrift *Magazin der Wirtschaft*, Raffael Bernfeld, der inzwischen Konkurs gemacht habe²⁸⁹. Bis Ende 1929 hatte die Zeitschrift Leopold Schwarzschild gehört, und zu den Mitarbeitern zählten bedeutende Professoren wie Julius Hirsch, Werner Sombart, Carl Oppenheimer, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und mehrere Staatsminister wie zum Beispiel Höpker-Aschoff²⁹⁰. Auch Klepper hatte dort einen grundlegenden agrarpolitischen Artikel veröffentlicht. Klepper leugnete den durch den Konkurs der Zeitschrift entstandenen Verlust nicht, nannte ihn äußerst ärgerlich, verwies aber zurecht darauf, daß andere renommierte Bankinstitute von gleichem Verlust betroffen seien²⁹¹. Im übrigen wies Klepper darauf hin, daß die Angaben des Untersuchungsausschusses zur Kreditvergabe durch die Preußenkasse nicht korrekt seien. Als Bernfeld im Oktober 1929 das *Magazin der Wirtschaft* von Leopold Schwarzschild übernommen habe, wurde ihm aufgrund der Bonität des Magazins und seines bisherigen Herausgebers ein auf drei Monate befristeter Kredit von etwa 130 000 RM zu 9 1/2% Zinsen von der Domänenbetriebsgesellschaft, nicht von der Preußenkasse, eingeräumt. Die Laufzeit des Kredits begann am 10. Oktober 1929; eine eventuelle Prolongation wurde zwar in Aussicht gestellt, aber nicht fest vereinbart²⁹². Am 10. Februar 1930 wurde die Rückzahlung des im Januar abgelaufenen Kredits angemahnt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde der Kredit am 6. Oktober 1930 kurzfristig verlängert und durch einen zusätzlichen Kredit um 20 000 RM aufgestockt²⁹³. Als sich im Frühjahr 1931 herausstellte, daß Bernfeld unseriös war, wurde mit allen Mitteln versucht, die Gesamtschuld zurückzufordern, was

²⁸⁷ Ebenda, S. 272 f., und die im ND-P.Z. und im NL-Zarnow zitierten Presseberichte vom Sept./Okt. 1932.

²⁸⁸ Klepper in der Pressekonferenz vom 15. 10. 1932, vgl. u. a. Vossische Zeitung von 15. 10. 1932.

²⁸⁹ GSTAM, Rep. 169, Nr. 33, Bd. 2 und 3. Vgl. außerdem die Berichte und Zeitungsausschnitte im ND-P.Z. und im NL-Zarnow.

²⁹⁰ Sösemann, S. 51 f.

²⁹¹ Aufstellung der ebenfalls betroffenen Gläubiger in VNL-K, Nr. 151: Deutsche Bank- und Diskontogesellschaft: 50 000 RM; Dresdner Bank: 20 000 RM; Darmstädter- und National-Bank: 150 000 RM; Deutsche Effekten- und Wechsel-Bank: 99 000 RM; Deutsche Pächterkredit Bank: 164 500 RM; Commerz- und Privat-Bank: 15 000 RM. Zusammen ergab das einen Verlust von 498 500 RM, dazu kamen sonstige Gläubiger per 28. 2. 31, Steuer und Sozialversicherung in Höhe von 13 400 RM, Akzente: 52 600 RM, Gehälter: 9 200 RM, Honorare: 23 300 RM und schließlich noch Privatschulden in beträchtlicher Höhe an Dr. Bock: 162 000 RM, Dr. Bloch: 5 000 RM, Georg Bernhard: 5 000 RM und an Ob[er]regierungsrat Nathan: 4 000 RM, zusammen: 128 700 RM.

²⁹² GSTAM, VNL-K, Nr. 151, Bl. 3 f.

²⁹³ Ebenda, Bl. 7 und 10.

mißlang²⁹⁴. Die Zeitschrift ging in Konkurs, und der Kredit wurde von der Domänenbetriebsgesellschaft abgeschrieben. Es handelte sich hier also um ein normales Kreditgeschäft, dessen Ausgang Klepper nicht zu verantworten hatte.

Bei der zweiten Untersuchungsfrage ging es ebenfalls um einen Kredit; in diesem Fall wurde Klepper vorgeworfen, daß er der Stadt Köln über die Deutsche Bank einen kurzfristigen Kredit von 12 Millionen RM verschafft habe und daß diese Gelder, die eigentlich den Genossenschaften zur Verfügung stehen mußten, nun schon seit 2 1/2 Jahren ausstünden. Klepper wies darauf hin, daß Köln die zweitgrößte preußische Kommune und es üblich sei, eine solche zu unterstützen, wenn sie in Not gerate, im übrigen seien 10 Millionen RM ohnehin durch Forderungen der Deutschen Bank abgedeckt²⁹⁵. Der Briefwechsel zwischen Adenauer und Klepper sowie zwischen Preußenkasse und Deutscher Bank beweist, daß Klepper sich Adenauer und der Stadt Köln gegenüber sehr fair verhalten und seinen Kopf für eine Sache hingehalten hat, die eindeutig nicht die seine war²⁹⁶. Adenauer hatte sich über seinen Parteifreund Hirtsiefer am 25. Februar 1931 an Klepper gewandt und ihn um einen Kredit über 12 Millionen RM gebeten. Klepper hatte ganz klar geantwortet, daß „die Preußische Zentralgenossenschaftskasse keine Kommunalkredite geben“ könne, daß er Adenauer aber helfen wolle, „die Überbrückung des Jahresultimo zu erleichtern“, indem er der Deutschen Bank und Diskontgesellschaft Wechsel in dem gewünschten Umfang verkaufen und den Erlös stehenlassen wolle²⁹⁷. Im Juni war dann die Frist abgelaufen und die Lage auf dem Geldmarkt so schlecht geworden, daß Klepper die baldige Rückzahlung des Kredites verlangen mußte²⁹⁸, was Adenauer als unmöglich ablehnte.

Wie groß Adenauers Notlage offensichtlich war, zeigt der Ton seines persönlich an Klepper gerichteten Briefes: „Ihr gefl. Schreiben vom 8. ds. Mts. hat mich in sehr große Bestürzung versetzt. Ich bitte Sie auf das dringendste, doch den Kredit zu verlängern. [...] Sie erweisen der Stadt Köln und mir persönlich einen außerordentlich großen Dienst, wenn Sie für die Verlängerung besorgt sein würden.“²⁹⁹ Klepper, obwohl er ausdrücklich betonte, daß er seine Forderung aufrechterhalten müsse, damit „die Preußenkasse in erster Linie ihrer eigentlichen Aufgabe gewachsen“ bleibe, ließ sich dennoch auf eine Verlängerung des Wechsels bei der Deutschen Bank mit Vorbehalt ein³⁰⁰. Adenauer verstand „durchaus“ Kleppers „Erwägungen“, bekniete ihn aber dennoch: „Ich bin überzeugt, daß Sie der Stadt Köln helfen werden, soweit es irgend in Ihren Kräften steht.“³⁰¹ Da die Deutsche Bank sich stur stellte und den Wechsel nicht zurückzahlen wollte, obwohl sie ihn, wie Klepper vorschlug, auf ihr Guthaben von 10 Millionen RM bei der Preußenkasse anrechnen lassen konnte, bevor die Stadt ihre Schulden getilgt

²⁹⁴ Am 10. Juli 1931 belief sich die Schuld auf 169 323 RM, ebenda, Bl. 30 ff.

²⁹⁵ Neben den oben zitierten Quellen vgl. HASTK, 902, 42, Bd. 1, Bl. 248 ff. (Staatsrat/Akten der OB als Präsident des Staatsrates 1929–33).

²⁹⁶ GSTAM, VNL-K, Nr. 158.

²⁹⁷ Ebenda, Bl. 1 ff.

²⁹⁸ Ebenda, Bl. 6 f., Klepper an Adenauer, 8. 6. 1931.

²⁹⁹ Ebenda, Bl. 8, Adenauer an Klepper, 9. 6. 1931.

³⁰⁰ Ebenda, Bl. 12, Klepper an Adenauer, 12. 6. 1931.

³⁰¹ Ebenda, Bl. 15, Adenauer an Klepper, 19. 6. 1931. Vgl. dazu Adenauers Stellungnahme zu dem gegen ihn von den Nationalsozialisten angestregten Dienstverfahren vom April 1933, Brief vom 17. 4. 1933 an Ministerialdirigent Adolf Müller, in: Adenauer im Dritten Reich, Nr. 66, S. 112 ff. Adenauer versucht seine eigene Rolle hier verständlicherweise herunterzuspielen.

hätte³⁰², wurden die Verhandlungen immer mühseliger und gelangten schließlich an die Öffentlichkeit. Klepper versuchte, Adenauer und die Stadt Köln zu verteidigen, indem er darauf hinwies, daß das Land Preußen sich schließlich verpflichtet fühle, seinen notleidenden Gemeinden unter die Arme zu greifen. Daß Köln aber gewaltig über seine Verhältnisse gelebt hatte, verschwie er³⁰³, obwohl „die finanzpolitischen Maßnahmen“ des Oberbürgermeisters der Stadt schon von Stresemann und später vor allem von Brüning „aus nationaler Sicht zu Recht und scharf kritisiert“ worden waren³⁰⁴.

Auch die dritte Untersuchungsfrage hing mit Köln und der Zentrumsparterie zusammen, es wurde Klepper vorgeworfen, er habe für mindestens 2 Millionen RM Aktien des Kölner Verlagshauses Görres gekauft, um damit die *Kölnische Volkszeitung* zu stützen. Auf die Frage, warum das Geschäft über die „Heimbank“ gelaufen und vertraulich behandelt worden sei, erwiderte Klepper „unter allgemeiner stürmischer Heiterkeit [...] : ‚Damit es nicht bekannt wird‘.“³⁰⁵ Hinter dieser Bemerkung steckte eine Anspielung auf die ebenfalls gerade bekannt gewordene Stützung der Zeitschrift *Germania* durch den Dispositionsfonds des Reichskanzlers v. Papen, der „persönlich“ ein Aktienpaket dieser Zeitung besaß und daran interessiert war, der „Zeitung einen konservativen Einschlag“ zu geben³⁰⁶. Klepper wie auch Braun hielten die Stützung der *Kölnischen Volkszeitung* aus „staats- und grenzpolitischen Gründen“³⁰⁷ für notwendig, und im übrigen sei schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Zeitungsverlag, in dem Fall ein deutschnational eingestellter, von der preußischen Regierung unterstützt worden.

Um den gleichen Sachverhalt ging es bei Punkt vier der Untersuchung, der Unterstützung des sogenannten „Sonderkontos A“, durch das Parteien und andere Gruppierungen im Wahlkampf unterstützt worden seien. Auch das wurde von Klepper nicht geleugnet, sondern im Gegenteil mit einem Hinweis auf Bismarcks „Reptilienfonds“ und den „Dispositionsfonds“ des Reichskanzlers als „staatspolitische Notwendigkeit“ bezeichnet.

³⁰² Ebenda, Bl. 71 ff., Briefe vom 6. und 8. 2. 1932, Verhandlungspartner der Preußenkasse waren Werner Kehl und Anton Paul Brüning von der Deutschen Bank.

³⁰³ Ebenda, Bl. 29–32: Unterlagen und genaue Angaben zur Finanzlage der Stadt Köln.

³⁰⁴ Biewer, Adenauer, S. 112. Kritisiert wurde auch die Tatsache, daß für Adenauer als Vorsitzenden des Staatsrates eine 7-Zimmer-Wohnung in der Wilhelmstraße 64 mit Möbeln und Kunstgegenständen aus Schlössern ganz Deutschlands und auch mit modernen Geräten eingerichtet worden war und er diese kaum nutzte. Braun drängte Adenauer, der gar nicht so gerne in Berlin weilte, möglichst bald einzuziehen, damit die Tatsache seines mietfreien Wohnens in diesem erheblichen Luxus nicht allzusehr durch die Presse breitgetreten werde in diesen Zeiten des allgemeinen Sparens (HStK, 902, 42,1, Bl. 671 ff., 817 ff.).

³⁰⁵ Vossische Zeitung, 18. 10. 1932 (NL-Zarnow).

³⁰⁶ Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ), 20. 10. 1932 (DGBkA).

³⁰⁷ Braun vor dem Untersuchungsausschuß am 20. 10. 1932, Münchner Post vom 20. 10. 1932 (NL-Zarnow). Steffani (S. 272) zitiert einen sehr aufschlußreichen Kommentar der DAZ vom 19. 10. 1932 (Morgenausgabe) zu Brauns Auftreten vor dem Untersuchungsausschuß: „Das Erscheinen des Ministerpräsidenten vor dem Ausschuß war Dr. Brauns erstes Auftreten in der Öffentlichkeit seit der Ausscheidung seines Kabinetts durch die Juli-Aktion des Reiches. Wirkte der Ministerpräsident zu Beginn seiner Aussage leidend und verstimmt, so zeigt er bei der polemischen Auseinandersetzung mit den Fragestellern überraschende Schlagfertigkeit, die sogar eine Anspielung auf den noch immer ausstehenden Ausgang des Leipziger Rechtsstreits nicht verschmähte.“

Die fünfte Frage richtete sich an Klepper persönlich und sollte auch den bereits im Zusammenhang mit dem 20. Juli ins Gerede geratenen Staatssekretär Wilhelm Abegg treffen. Es ging darum, daß die Preußenkasse auf Kleppers Veranlassung Abegg einen persönlichen Kredit von 17 930 RM gewährt hatte, als im Sommer 1931 die Bank, bei der Abegg seine Gelder hatte, zusammengebrochen war. Abegg, der ursprünglich sehr vermögend gewesen war, hatte den Banken wegen Arbeitsüberlastung viel zu weitgehende Vollmachten gegeben, um sein Vermögen zu verwalten, und war nun Opfer des Bankenkrauchs geworden³⁰⁸. Der Kredit war bereits am 6. September 1932 mit Zinsen zurückgezahlt worden, was sich klar aus den Akten ergab³⁰⁹. Klepper wies die Anklage energisch zurück und bezeichnete sie als das, was sie war, eine üble Propaganda und den Versuch, einen politischen Gegner zu diffamieren, selbst wenn er über jeden Verdacht erhaben sei. Klepper bewies hier, wie in dem gesamten Untersuchungsverfahren, die ihm von Engelmann und anderen Mitarbeitern immer wieder bescheinigte Bereitschaft, persönliche Verantwortung zu übernehmen, auch wenn das für ihn unangenehme Folgen hatte³¹⁰.

Das Ausbleiben eines Untersuchungsberichtes diente den Nationalsozialisten nach dem 30. Januar 1933 als Vorwand, ein angeblich neues Strafverfahren zu eröffnen und einen Haftbefehl gegen Klepper zu erlassen, auf dessen Grundlage sie ihn um die halbe Welt jagten, indem sie ihn mit Auslieferungsbegehren verfolgten und ihm die Bürgerrechte aberkannten. Wenn auch viele sein Schicksal teilten, Strafverfahren von den Nationalsozialisten angehängt bekommen zu haben, so gibt es wohl kaum einen Politiker der demokratischen Mitte, der so durchgängig sowohl in der Weimarer wie in der Zeit des Nationalsozialismus bekämpft worden ist. Die *Vossische Zeitung* faßte die „wahren Gründe der Hetze“ gegen Klepper zusammen und legte damit zugleich Zeugnis darüber ab, was Klepper all die Jahre zu ertragen hatte: „Der Lärm, den die Rechte [...] erhebt, steht zum Anlaß in gar keinem Verhältnis, und der Haß, mit dem Klepper seit Jahren verfolgt wird, hat wahrhaftig andere Gründe. Klepper hat von jeher die Ansicht verfochten, daß die landwirtschaftliche Besitzverteilung in Deutschland ungesund sei, und er hat schon als Leiter der Domänenbank seine bauernfreundlichen Überzeugungen, soweit er es konnte, in die Praxis umgesetzt. Das war leichtsinnig; denn damit hat er sich die Kreise zum Feinde gemacht, die noch nie etwas vergessen haben. Der Ton, den sie angeben, wird nachgesprochen von allen Parteien und Organisationen, die zur Rechten gehören. So ist er einer der bestgehaßten Menschen in Preußen geworden. Er mußte nicht nur zu Fall, sondern auch zur Strecke gebracht werden“³¹¹, und zwar in enger Zusammenarbeit mit der NSDAP³¹².

Diese Kontinuität in der Diffamierung, erst durch die Deutschnationalen, dann durch die Nationalsozialisten, und die Identität in Inhalt und Art der Anklage hatten Folgen. Zum einen konnten sich die Deutschnationalen wie die Nationalsozialisten jeweils aufeinander berufen und sich so gegenseitig entlasten, und zum anderen, und das wiegt sehr

³⁰⁸ Vgl. VNL-K, Nr. 199, Brief vom 6. 9. 1932 an Schmidt (P.Z.).

³⁰⁹ Ebenda, Sicherungsvertrag der Preußenkasse mit Willy Abegg vom 5. 8. 1931 führt Gemälde und andere Wertgegenstände als Sicherheit für den Kredit auf.

³¹⁰ Abegg schrieb Klepper am 19. 2. 1951, daß er ihm für sein „großzügiges und rückhaltloses Eintreten für [ihn] 1931 zu dauerndem Dank verpflichtet“ sei (K/Kor).

³¹¹ Überschrift: „Das Kesseltreiben gegen Klepper“, *Vossische Zeitung*, 15. 10. 1932.

³¹² Vgl.: Mommsen, Die verspielte Freiheit, S. 458.

viel schwerer, litt Kleppers guter Leumund, was von manchem, sogar noch nach dem Kriege, gerne auf üble Weise ausgenutzt wurde, wie der folgende Briefauszug des früheren DNVP- und späteren CDU-Mitgliedes Eduard Funcke an Adenauer bezeugt³¹³. Funcke, der in der Weimarer Zeit nach eigener Aussage „Hauptschriftleiter der *Magdeburger Tageszeitung*, eines deutschnationalen Blattes, sowie Reichsredner der DNVP und des Stahlhelm und Mitglied der zentralen Berliner Pressestelle der DNVP“ war, also mit den Vorgängen aufs engste vertraut sein mußte, fragte am 20. Juli 1947 bei Adenauer an, ob es stimme, daß Klepper für die Besetzung einer Direktorenstelle im Zweizonenrat im Gespräch sei, und erbat „in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Falls“ von Adenauer persönlich eine Antwort.

Seine in dem Brief geäußerten Bedenken gegen Klepper sollen wiedergegeben werden, weil diese Mischung aus Erinnerung und Vergessen, aus unterschwelliger Verdächtigung und vermeintlicher Ehrenhaftigkeit ehemaliger Antidemokraten auf das politische Klima der frühen Bundesrepublik weitergewirkt und gerade den Emigranten die Rückkehr oft so schwer gemacht hat. Funcke schrieb: „Soviel mir in Erinnerung geblieben ist, gab es mal vor 15 Jahren im preußischen Landtag einen Klepper-Skandal, und es wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gegen Klepper eingesetzt. Es sollte sich damals wohl um erhebliche Geldsummen handeln, über deren Ausgabe oder Verbleib näheres festgestellt werden sollte. Leider weiß ich mich des Ergebnisses dieser Untersuchung nicht mehr zu entsinnen. [...] Es wäre mir lieb, über den Ausgang dieser Untersuchung unterrichtet zu werden. Sollte die Untersuchung gegen Klepper damals wirklich nicht zu Ende geführt worden sein, so müßte das m. E. nachgeholt werden, denn es geht doch nicht an, daß irgend jemand, der, unter welchem Regime es auch sei, unter dem kaiserlichen, dem Weimarer oder dem Naziregime, Dreck am Stecken haben sollte, für die heutigen Verhältnisse gut genug sei, um einen derart exponierten Posten, wie ihn eine Direktorenstelle im Zweizonenamt darstellt, zu bekleiden, lediglich auf Grund der Tatsache, daß der betreffende Nichtmitglied oder Gegner der NSDAP gewesen ist. Die CDU müßte hier m. E. ganz besonders vorsichtig sein, wen Sie im politischen und öffentlichen Leben herausstellt. Deshalb ist es - auch für die Öffentlichkeit - notwendig, zu erfahren, ob man sich der angefochtenen und früher umstrittenen Persönlichkeit Kleppers soweit versichert hat, daß man sagen kann: ‚Er hat eine fleckenlose, weiße Weste!‘“³¹⁴

Daß diese Art von versteckter Diffamierung kein Einzelfall ist, sondern sogar in der Wissenschaft Spuren hinterlassen hat, zeigt die Darstellung der Vorgänge bei Faust: Im letzten Absatz des der Tätigkeit Kleppers gewidmeten Kapitels heißt es: „Die Mehrheit des erwähnten Untersuchungsausschusses des preußischen Landtags forderte auf Antrag der Nationalsozialisten schon damals die Verhaftung Kleppers. Ende März 1933 wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin gegen Klepper die Voruntersuchung eröffnet. Dieser konnte sich seiner ihm nun ernsthaft drohenden Inhaftierung nur durch Flucht ins Ausland entziehen. Nach 14 Jahren dauernder Emigration, die ihn um die halbe Welt geführt hatte, 1947 nach Deutschland zurückgekehrt, hat er den Anschluß

³¹³ STBKAH, NL-Ad, Bl. 99: Dr. Eduard Funcke (Reinbek/Hbg.) an Oberbürgermeister a. D. Dr. Konrad Adenauer, 20. 7. 1947 (Rechtschreibung und Zeichensetzung im Original).

³¹⁴ Adenauer antwortete am 8. 8. 1947: „Die Kandidatur Kleppers ist niemals in ernsthaften Kreisen erörtert worden“ (ebenda, Bl. 96).

an das neue politische Leben nicht mehr gefunden.“³¹⁵ Hier wird erstens eine Kontinuität vorgespiegelt, als habe es einen 30. Januar 1933 überhaupt nicht gegeben. Zweitens wird Kleppers Flucht, die im übrigen falsch, nämlich viel zu spät, datiert wird, in einer Weise mit dem Strafverfahren in Verbindung gebracht, als habe er fliehen müssen, um sich einem gerechten Prozeß zu entziehen, wobei die fatale Parallele zu Berichten in NS-Akten, in denen es heißt: „Als er wegen Betrügereien zur Rechenschaft gezogen werden sollte, floh er ins Ausland“, kaum zu übersehen ist³¹⁶. Drittens wird schließlich mit dem verpaßten Anschluß an „das neue politische Leben“ suggeriert, als sei diese für etliche Emigranten schwierige und oft mißglückte Rückkehr allein ein Versagen der Emigranten; diesem Irrtum zu begegnen, wird Aufgabe des letzten Kapitels dieser Arbeit sein.

In Wirklichkeit ging es bei dem Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags nicht nur um Klepper, sondern um die Republik³¹⁷, es ging darum, der bereits abgesetzten preußischen Regierung, deren Klage gegen das Reich seit dem 10. Oktober vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig verhandelt wurde, einen weiteren Stoß zu versetzen und damit indirekt das Verfahren zu beeinflussen, es ging um die bevorstehenden Wahlen im Reich und in Preußen am 6. November und den Versuch, die preußische Regierung als bereits abgesetzt und völlig korrumpiert darzustellen³¹⁸, und es ging schließlich auch um die Preußenkasse, die seit dem 29. Juli einen neuen Leiter hatte und kurz vor ihrer endgültigen Verreichlichung stand³¹⁹. Keiner war so geeignet wie Klepper, um als Zielscheibe für diese Angriffe zu dienen, was er selbst auch klar erkannt und in einer Pressekonferenz vom 15. Oktober zum Ausdruck gebracht hat: „Es entsprach schon nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 der Übung, mißliebige, das heißt verlässlich republikanische Beamte durch die Erhebung ehrenrühriger Vorwürfe zu diskreditieren.“³²⁰

³¹⁵ Faust, Geschichte, S. 574. Als einzigen Beleg nennt Faust das rechte Blatt „Der Westen“, vom 14. 10. 1932 (DGBkA), ohne dessen politisch einseitigen Charakter zu erwähnen und ohne die Zusammensetzung des Ausschusses zu erklären, in dem die republikfeindlichen Parteien, DNVP, NSDAP und KPD, die Mehrheit hatten, abgesehen davon, daß Klepper, der die Beschuldigungen als juristisch haltlos zurückwies, durch sein Erscheinen den Haftbefehl nichtig machte; am 21. 10. 1932 beschloß der Untersuchungsausschuß, sich für längere Zeit zu vertagen, um auch die Zeitungsstützungen der Reichsregierung zu untersuchen (Steffani, S. 272).

³¹⁶ BAK, R 58/236, Nr. 90 und 245.

³¹⁷ Entsprechend wurden fast alle preußischen Regierungsmitglieder und hohe Beamte vernommen, s. DGBkA, ND-P.Z., 8. Jg., Nr. 241, 5. 10. 1932, Bl. 4 und ebenda Zeitungskommentare zu den jeweiligen Vernehmungen.

³¹⁸ Dieser Zusammenhang wird sowohl von rechten wie von liberalen Zeitungen hervorgehoben, nur jeweils mit umgekehrten Vorzeichen; so schreibt der Lokalanzeiger am 14. 10. 1932: „Offensichtlich hatten Zentrum und Sozialdemokraten die berechtigte Sorge, daß [...] die Enthüllungen vor dem Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Staatsgerichtshofes eine für die frühere preußische Regierung recht *unangenehme Wendung* herbeiführen könne/n/“ (BAK, NL-Zarnow, Bl. 72). Vgl. ebenda, Bl. 75: Vossische Zeitung, 15. 10. 1932. Vgl. auch: BAP, 62 DAF3 und DGBkA, ND-P.Z.

³¹⁹ Am 29. 7. 1932 war Hans Helferich, bisher Oberregierungsrat im Reichsernährungsministerium, vom Reichskommissar zum Nachfolger Kleppers ernannt worden. Vgl. dazu den Kommentar in: 2. Beilage des Vorwärts, Nr. 379, 13. 8. 1932 (DGBkA). Zur Verreichlichung am 21. 10. 1932 s.o. und vgl. Faust, Zentralkasse, S. 46 ff.

³²⁰ DGBkA, ND-P.Z., Nr. 241, Bl. 4 und Klepper an das Entschädigungsamt in Sachen Pahlke, 19. 3. 1955, KNL.

Wenn man sich diese Verunglimpfungen anschaut, so kann man sich vorstellen, was auf Klepper bei einer nationalsozialistischen Regierung zukommen mußte. Obwohl Klepper das alles kommen sah, hatte er „nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß eine baldige Reaktion eintreten könnte“. Zur Illustration erzählt Engelmänn eine kleine Episode, die sich am 30. Januar 1933 in der Wohnung Max Reinhardts, des großen Berliner Theaterintendanten, „in einem der Kavalierhäuser des Schlosses Bellevue“ zutrug. Klepper hatte die in seiner aktiven Ministerzeit begonnenen Bemühungen um eine Gesundung des „Reinhardt-Konzerns“ auch nach seiner Absetzung fortgesetzt und sich deshalb schon längere Zeit vorher für den 30. Januar 1933 in Reinhardts Wohnung verabredet, um fällige Entscheidungen zu treffen. So wurde „unter dem Lärm der zur Siegesparade dicht an Reinhardts Wohnsitz vorbeiziehenden braunen Horden in aller Ruhe beraten, als könne man über die Dinge draußen zur Tagesordnung übergehen. Beim Abschied freilich stimmte Klepper der Bemerkung Reinhardts, der während der Verhandlung nicht minder optimistisch gewesen war, zu, daß sich vielleicht bald herausstellen könnte, daß man an diesem Abend, so anregend und aussichtsreich er verlaufen sei, doch ‚einigermaßen leeres Stroh gedroschen‘ habe.“³²¹

Die Schlinge zog sich rasch zu. Am 6. Februar wurden durch die Verordnung des Reichspräsidenten alle Geschäfte der preußischen Regierung an das Reich übergeben. Am gleichen Tage versammelte sich noch einmal das preußische Staatsministerium, diesmal in der Leipziger Straße 3, und beschloß, vor dem Staatsgerichtshof zu klagen, weil die Verordnung des Reichspräsidenten der rechtlichen Grundlage entbehrte³²². Eine gespenstische Sitzung muß das gewesen sein, wohl die letzte für Klepper, denn ob er am 15. Februar noch dabei war, scheint unwahrscheinlich, nachdem am 10. Februar bereits die Streichung der Aufwandsentschädigung und des Dienstwagens für preußische Minister und die Aufforderung zur Räumung der Diensträume durch Papen bekannt gemacht worden war³²³. Am 27. Februar brannte der Reichstag, ob Klepper am 28. noch selbst seinen Bericht über den Fonds zur Bekämpfung von Verbrechen (ca. 1,8 Mio)³²⁴ verlesen hat, ist äußerst zweifelhaft, denn nach eigenen Aussagen „wohnte [er] in der letzten Zeit vor [seiner] Emigration exterritorial in der Finnländischen Gesandtschaft“³²⁵, zu der er gute Kontakte hatte. Der finnische Gesandte, Wäinö Wuolijoki, war sein Freund und hatte ihm eine Einladung der finnischen Regierung zum Studium des finnischen Genossenschaftswesens besorgt³²⁶. Diese Einladung „vermochte er laut Engelmänn soweit hinauszuschieben, daß er sich an der für den

³²¹ Engelmänn, S. 38.

³²² GSTAM, Rep. 151 HB, 631/2. Ebenfalls am 6.2. bat Braun um eine Unterredung bei Hindenburg, der ablehnte. Vgl. Ehni, S. 287.

³²³ Ebenda, Bl. 47.

³²⁴ Ebenda, Verhandlungen der preußischen Regierung.

³²⁵ Klepper an Prof. Wolfgang Abendroth (Marburg), 10. 6. 1955 (KNL): Abendroth schickte Klepper anlässlich einer Untersuchung zur Widerstandsbewegung gegen das 3. Reich einen Fragebogen. Klepper schrieb dazu: „Wahrscheinlich könnte ich [...] recht interessante Dinge mitteilen.“ Anfang August 1955 sollte ein Treffen zwischen Klepper und Abendroth stattfinden.

³²⁶ Engelmänn, S. 38. Bericht von RA Kurt Stange/Berlin, vom 28. 3. 1936 (KNL). Der Briefwechsel zwischen Klepper und Frau Wuolijoki nach dem Kriege spiegelt eine enge Verbundenheit wider. Für Klepper zählten Wuolijokis „zu den Menschen, die [ihm] das Leben gerettet haben“ (K/Kor.). Wuolijoki war seit 1927 Gesandter in Berlin; zur Biographie vgl. Horkenbach (Hrsg.), S. 546.

5. März 1933 anberaumten Wahl gemäß dem Wunsch des ‚Ministerpräsidenten‘ beteiligen konnte“. „Loyal und seriös‘ bis zu letzten Minute! Da er aber bei einem schlechten Ausgang der Wahl Schlimmstes zu befürchten hatte, wählte er bereits in Stettin, um sich von da aus mit seiner Frau, in Begleitung des finnischen Gesandten, „nach Finnland einzuschiffen“³²⁷. Doch damit beginnt ein neues Kapitel.

³²⁷ Ebenda, bestätigt durch einen Brief Arnold Brechts an das New England Christian Committee for Refugees vom 3. 11. 1940 (BAK, NL-Brecht, 89).

*„Ich habe schon mehrmals im Leben
mein Gepäck hinter mich geworfen.
Stoßt an; weil wir sterben müssen,
sollen wir tapfer sein.“*

(Freiherr vom Stein)

6. Exil – Vorbereitung für ein neues Deutschland

„Exil heißt, seinen Platz in der Welt verlieren.“ Dieser Satz von Sartre stimmt und stimmt auch nicht. Er stimmt bezogen auf das private Schicksal des Emigranten; er stimmt nicht, wenn dieser Mensch sich nicht nur als Privatperson, sondern als homo politicus versteht. Dann nämlich müßte der Satz umgedreht werden: Exil heißt, seinen Platz in der Welt gewinnen! Auch wenn man davon ausgehen muß, daß jeder Fall anders liegt, unterschiedliche Lebenssituationen und unterschiedliche Verluste eine Rolle spielen, läßt sich für Klepper und Menschen, die dachten wie er, nachweisen, daß sie ihren Platz in der Welt nicht nur verloren, sondern auch gewonnen haben. Dies gilt allerdings nur für den kleineren Teil der Exilierten¹.

Die Privatperson Klepper, ein Beispiel für viele, hat ihren privilegierten Platz in der Welt verloren. Was hat er aufgegeben, als er sich entschloß, Deutschland zu verlassen? Er hatte eine steile Karriere gemacht, war schon mit 43 Jahren preußischer Finanzminister geworden; er hatte eine Familie mit drei Kindern² und lebte in einer schönen Villa mit großem Garten in Zehlendorf; er besaß zwei Autos, hatte einen Chauffeur, Dienstboten, war unabhängig und gesellschaftlich anerkannt. Was tauschte er dagegen ein? Ungewißheit, Verfolgung, Armut, Trennung von der Familie, Trennung von der Heimat, an der er hing. Einem engen Mitarbeiter hat er nach dem Kriege einmal anvertraut, daß er in der Zeit seines französischen Exils manchmal, wenn er es gar nicht mehr aushalten konnte, an die französisch-deutsche Grenze gefahren sei und rübergeschaut habe, mit Tränen in den Augen. Insofern verlor er wie viele andere seinen Platz in der Welt. Nie wieder hat er in so gesicherten, so befriedeten und so glücklichen Umständen leben können³. Nie wieder konnte er solchen Einfluß in der Politik gewinnen, denn als die Chance sich noch einmal ergab, war er zu alt, um seine grundsätzlichen Überzeugungen von der Art, wie Politik zu machen sei, so zu verändern, daß sie noch in die andersartige politische Praxis der Nachkriegszeit gepaßt hätten.

Dennoch gilt für Klepper und andere Menschen seiner Art auch die Umkehr des Satzes. Er gewann einen Platz in der Welt. Dazu bedurfte es bestimmter Voraussetzungen, die er erfüllte. Voraussetzungen, die mit der anfangs skizzierten Traditionslinie, seiner geistigen Heimat und seiner Herkunft eng zusammenhingen; ein wesentlicher Punkt da-

¹ Ein Beispiel für viele: Noth: „Das Exil erscheint dem Verbannten oft wie ein Weg ohne Rückkehr“ (S. 426).

² Viele blieben aus Rücksicht auf ihre Kinder. Vgl. die Antwort des RFMs Schwerin v. Krosigk an Hans Staudinger, „er habe sieben Kinder“ (Staudinger, S. 134).

³ Lübke, Ansprachen, S. 7.

bei war die Einstellung zu Deutschland einerseits und zu Europa und der Welt andererseits. Das Schlüsselwort dafür war Patriotismus, ein Begriff, der aus der Zeit der Französischen Revolution stammt und nichts mit der verengten Vorstellung eines „deutschen Patrioten“ zu tun hat, den Heine so trefflich beschrieb, indem er sagte: „[...] daß sein Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht wie Leder in der Kälte, daß er das Fremdländische haßt, daß er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will“⁴. Im Gegensatz dazu war Klepper in einer Tradition aufgewachsen, die Frankreich nicht nur als Herkunftsland, sondern auch als geistige Heimat betrachtete und Deutschland als Teil eines freiheitlichen Europa verstanden wissen wollte. Diese Auffassung von Patriotismus brauchte die Liebe zum Geburtsland, die sich auf die Vielfalt der deutschen Landschaft, der deutschen Kultur und Geschichte bezog⁵, nicht zu verleugnen, war diese doch ohne den engen Zusammenhang mit der europäischen Kultur und Geschichte gar nicht zu denken. Sie war Grundlage für den Glauben vieler Emigranten an ein „besseres“, das „andere Deutschland“⁶, sie gab ihnen Mut und Kraft zum Durchhalten und war zugleich Ansporn und Auftrag, die zerstörte europäische Ordnung wiederherzustellen. Dies galt auch für Klepper⁷. Bewahrten sich so viele Emigranten trotz des Fernseins oder wegen des Fernseins von der Heimat eine Vorstellung von Patriotismus, so wurde dieser Begriff für die Masse der Deutschen durch den Nationalsozialismus derart pervertiert, daß er nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tabu wurde. Gleichzeitig aber hatten die meisten derjenigen, die zu Hause geblieben waren, ihren Platz in der Welt verloren, weil sie zwölf Jahre in einer fast völligen Isolation von der Außenwelt gelebt hatten. Hier liegt mit ein Grund für die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Emigranten und den Daheimgebliebenen in der Nachkriegszeit.

Die Zahl der politisch engagierten bürgerlichen Demokraten, die von Anfang an scharfe Gegner des Nationalsozialismus waren und gleich emigrierten, war verhältnismäßig klein, meist waren es Journalisten, wenige waren Politiker. Sie wurden mit besonderer Vehemenz von den Nationalsozialisten verfolgt, weil sie das Bild nach außen störten⁸. Klepper wurde unter der Rubrik „führende Männer des Systems, konfessionelle Parteien, Zentrum“ geführt⁹. „Was ihm [Klepper] passiert, wenn Himmler seiner habhaft wird“, schrieb Karl Brandt im November 1940 an Arnold Brecht in New York, „bedarf keiner Ausmalung.“¹⁰

„Sein Entschluß, in die Emigration zu gehen, war eine politische Entscheidung für die Sache der Freiheit.“¹¹ Hatte er überhaupt eine Wahl? Welche Alternativen hätte es gege-

⁴ Heine, *Romantische Schule*, 1. Buch, S. 379.

⁵ Vgl. u. a. Jasper, *Heinrich Mann*, S. 47 f.

⁶ Begriffe aus der Exilpublizistik und -literatur.

⁷ Vgl. Kleppers Brief aus dem Exil in Frankreich vom 27. 11. 1940 aus Quillan/Aude an den Schatzmeister der von Hubertus Prinz zu Löwenstein gegründeten Hilfsorganisation „American Guild for German Cultural Freedom“, Oswald Garrison Villard, in: *Dt.Bibl., Akte Klepper. Zur American Guild* vgl. Zühlsdorff.

⁸ Jaeger nennt nur Höpker-Aschoff, Klepper und August Weber, allerdings sei „die Zahl der demokratischen Journalisten“ „groß“ gewesen (IfZ, ED 210, Bd. 32, Bl. 407).

⁹ BAK, R 58/236, Nr. 90 und 245.

¹⁰ BAK, NL-Brecht, Nr. 33: Brandt an Brecht, 5. 11. 1940 und Brecht an New England Committee for Refugees, Cambridge, 3. 11. 1940. Er wird auch von vielen anderen als im höchsten Grade gefährdet eingestuft. Vgl. Briefwechsel American Guild.

¹¹ Pufendorf, *Zwischen den Zeiten*, S. 5.

ben? Die von den Nationalsozialisten angebotene Zusammenarbeit war keine echte Alternative, obwohl sie einem Mann wie Klepper, der aktiv gestalten wollte, ungeheure Möglichkeiten zu bieten schien, Möglichkeiten, die manch einen verführt haben, mitzumachen. Hans Staudinger berichtet von seinem Abschiedsbesuch bei Popitz, der Klepper als Reichskommissar für preußische Finanzen am 20. Juli 1932 abgelöst hatte und nun, im Frühsommer 1933, Staudinger mit den Worten empfing: „Da kommt doch ein strammes und intellektuelles Musterexemplar von einem Nazi. Sie sind gemacht für einen Naziführer.“ Staudinger „sollte doch der Partei beitreten. Göring habe eingehend mit ihm darüber gesprochen.“ Staudinger lehnte auch nach weiteren Überredungsversuchen verschieden mit den Worten ab: „Kein preußischer Beamter dürfe sich an Mordtaten, Verfassungsbrüchen, offensichtlich krankhaften Willkürmaßnahmen seiner Vorgesetzten mitschuldig machen.“¹² Viele, ja die meisten, glaubten Ende 1932 noch, die Nationalsozialisten seien eine vorübergehende Erscheinung, so die Stimme Schwerin v. Krosigks: „Aber im Herbst ist doch alles schon vorbei!“ Der „Widerstand in der eigenen Partei wachse. Strasser habe die Führung der Opposition. Die bürgerlichen Politiker organisierten einen fundamentalen Widerstand, der ein Echo unter den von den Nazis Enttäuschten finde, die sich mit fortschreitender Besserung der Wirtschaftslage ständig vermehrten. Der Terror der Nazis kehre sich mehr und mehr gegen diese selbst.“¹³ Staudinger glaubte ebensowenig daran wie Klepper: „Wäre ich, wie ich wohl gekonnt hätte, Nazi geworden, so hätte ich mir selbst günstigstenfalls das moralische Genick gebrochen.“¹⁴

Es war auch deshalb keine Alternative, weil Klepper die Nationalsozialisten schon früh durchschaut hatte und wußte, daß sie, wenn sie die ganze Macht hätten, die Demokratie zerstören würden¹⁵. Er gab sich keinen Illusionen hin, wie viele andere es taten und sich dabei womöglich noch auf ihr Pflichtbewußtsein beriefen. So antwortete Schwerin v. Krosigk auf Staudingers Frage, „warum er unter diesem mörderischen System diene“, er sei „Beamter, der dem Staat zu dienen habe, selbst wenn er mit dessen Aktionen nicht übereinstimme“¹⁶.

Eine andere Alternative wäre gewesen, sich ins Privatleben zurückzuziehen und als Anwalt in der Provinz sein Brot zu verdienen, mehr oder weniger belästigt von der NSDAP, aber ohne ernste Bedrohung. Viele von denen, die später die Nachkriegspolitik bestimmen sollten, haben diesen Weg gewählt, auch solche, die während der Weimarer Zeit schon gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben wie zum Beispiel Adenauer. Auch diese Alternative kam für Klepper nicht in Frage, weil sie seinem Naturell widersprach, er konnte nicht mehr oder weniger ruhig abwarten, bis alles vorüber sein würde, er mußte sich voll einsetzen, nicht nur gegen den Nationalsozialismus, sondern auch für

¹² Staudinger, S. 134 f.

¹³ Ebenda, Zitat aus einem Gespräch, das Staudinger mit Schwerin v. Krosigk führte, als er sich von ihm verabschiedete.

¹⁴ Engelmann, S. 47.

¹⁵ Klepper an Carlos G. Liebmann (Quito/Ecuador), Aug. 1950: „Meinerseits habe ich mich vom Nationalsozialismus nicht nur deshalb distanziert, weil ich die politische Richtung für falsch hielt. Einer der wesentlichen Gründe, warum ich das tat, war vielmehr, daß ich von der Unmenschlichkeit des Regimes, ganz besonders von dem Antisemitismus abgestoßen war“ (KNL) und Engelmann, S. 37.

¹⁶ Staudinger, S. 134.

das Ansehen eines besseren Deutschlands im Ausland¹⁷. Vor allem konnte er nicht in Unfreiheit leben, Freiheit war neben der Zivilcourage einer der Schlüsselbegriffe seines Denkens und Handelns.

Die dritte Möglichkeit wäre gewesen, sich von politischen Einwirkungsmöglichkeiten fernzuhalten und sich mit der Familie an einen ruhigen Platz im Ausland zurückzuziehen, wie zum Beispiel Otto Braun nach Ascona, oder nach Südfrankreich, wo Klepper Freunde hatte und wo es viele Angebote vom französischen Staat gab, sich in der Landwirtschaft zu betätigen¹⁸, oder auch nach Südamerika, wohin er 1936 ein Auswanderungsangebot erhalten hatte¹⁹. Auch diese Alternative kam aus den oben genannten Gründen für ihn nicht in Frage. Wahrscheinlich empfand er seine Lage so, wie er sie in seiner Artikelserie „Der Umschwung in Deutschland“ für den „nicht gefügigen Volksgenossen“ beschreibt: Eine „Alternative zwischen Emigration oder Konzentrationslager“²⁰. Er wählte die Emigration.

Was Klepper in der Emigration von vielen anderen unterschied, war sein Einzelkämpferdasein²¹, ihm fehlte der ‚wärmende‘ Zusammenhalt der Gruppe oder Partei, allerdings war er auch nicht eingeeignet durch eine solche. Was ihn gewiß nicht von anderen unterschied, war die Tatsache, daß sein Vermögen beschlagnahmt, sein Einkommen gestrichen, seine berufliche Existenz zerstört²², seine Familie auseinandergerissen, seine Kinder gefährdet²³ und die Zukunft ungewiß war. Robert Neumann beschreibt das Emigrantsein auf sarkastische Weise: „Die Emigration, *emigratio communis primaria*, unterscheidet sich von anderen chronischen Krankheitsvorgängen erstens dadurch, daß der Patient sich des Befallenseins erst nach einer gewissen, individuell variierenden Inkubationsfrist bewußt wird. Zweitens kennt sie Zwischenperioden eines trügerischen Sichwohlbefindens, klinisch bezeichnet als Euphorie. Die, drittens, abwechseln mit für dieses Übel typischen Zuständen der Großen Verzweiflung, [...] in denen der Patient entweder die Einsamkeit sucht [...] oder gleichartig Erkrankte aufspürend Amok läuft und die Einsamkeit meidet.“²⁴ Klepper scheint diese Stadien auch durchlaufen zu haben.

¹⁷ Klepper an Hedwig v. Kalinowski, 19. 4. 1933, „daß man politisch gesehen für Deutschland lebt, ist naturgegeben, soweit [...] Impulse notwendig sind, aber selbstverständlich“.

¹⁸ Rawitscher, ein Freund und Mitarbeiter Kleppers aus der Zeit der Preußenkasse, hatte in der Nähe von Grasse eine kleine Obstplantage auf einem Gelände aufgebaut, das ursprünglich Pflanzungen für die Parfüm-Herstellung gedient hatte. Er wurde als Franzose naturalisiert (Gespräche mit Degon und mit Landy-Degon sowie ihr Bericht). In der PTZ erschienen immer wieder, besonders kurz vor und zu Beginn des Krieges, Werbungskampagnen zur Ansiedlung deutscher Bauern in Süd- und Süd-West-Frankreich.

¹⁹ BAP, NL-Spiecker, Bl. 77, Klepper an Spiecker, Mallorca, 24. 1. 1936 (alle künftig zitierten Briefe stammen aus dem NL).

²⁰ Klepper, Umschwung, S. 173.

²¹ Klepper an Spiecker über die Schwierigkeiten, den Kampf gegen Hitler „auf eigenes Risiko“ zu führen (24. 1. 1936).

²² Klepper hatte inzwischen sein Amt als Finanzminister niedergelegt und bestätigte damit die von Hirtsiefer, Schmidt, Schreiber, Steiger und Grimme gez. Amtsniederlegung im Schreiben des PrStM an den Reichskommissar vom 25. 3. 1933 (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 43, Bl. 49 und BAP, 62DAF3, 17632, Bl. 107/8). Daraufhin wurden alle Wartegelder und Bezüge für ihn, Severing, Grzesinski, Hirsch, Schreiber und Grimme bis auf weiteres gesperrt (Nr. 43, Bl. 50 ff.).

²³ Die Kinder waren damals 12, 11 und 9.

²⁴ R. Neumann, S. 509 ff.

Finnland: erste Station – der Blick zurück

Immerhin, und da hatte er es gewiß besser als viele, er war gerettet, hatte Freunde und fand mit seiner Frau sogar zunächst ein sehr angenehmes und komfortables Exil in Finnland vor, was nach außen fast wie Ferien aussah: Kleppers waren Gäste auf dem Landgut Wuoliyokis²⁵. Auch die Briefe von Hedwig v. Kalinowski, seiner Sekretärin, die nun in Berlin die Kinder und das Haus versorgte, klangen zunächst ganz harmlos²⁶, doch hielt diese scheinbare Idylle nicht lange an.

Am Abend des 22. März war in seinem Hause in der Sophie-Charlottenstraße „eine Bande in SS-Uniform eingedrungen“, hatte alle Hausbewohner „im Eßzimmer bewacht und die ganze Wohnung durchkämmt und alle Wertgegenstände [...] mitgenommen“. Die danach von Hedwig v. Kalinowski herbeigerufene Kriminalpolizei nahm alle Schänden auf, „hat alles durchgesehen, nichts mitgenommen [und sei] sehr freundlich“ gewesen. Hier zeigt sich die typische Taktik Regimegegnern gegenüber: erst Bedrohung, dann der Schein einer vollkommenen Rechtsstaatlichkeit. Natürlich wurde v. Kalinowski ausgefragt sowie Post und Telefon überwacht, weshalb sie Klepper dringend bat, nicht mehr anzurufen und alles über die Finnische Gesandtschaft zu erfragen²⁷.

Wie recht sie mit ihrer Vorsicht hatte, geht aus den Berichten der Deutschen Gesandtschaft in Helsingfors hervor, die regelmäßig über Klepper und den Eindruck, den er in der Öffentlichkeit machte, nach Berlin berichtete²⁸. Er sei von Wuoliyoki in „Kreise der Gesellschaft, der Industrie und des Bankwesens“ eingeführt worden und habe diese „insbesondere in Helsingfors in einem gegen die Deutsche Regierung gerichteten Sinne beeinflusst“. Wuoliyoki, der sich ständig auf Klepper berufe, habe gesagt, „daß die augenblickliche nationale Regierung nur von kurzer Dauer sei und unter allen Umständen zum Bolschewismus führen müsse“. Auch auf den Direktor der Kansallis-Bank, Senator Julio Paasikivi, ein „Beschützer Kleppers“²⁹, habe Klepper einen großen Einfluß, was um so gravierender sei, als Paasikivi nicht nur seinerseits großen Einfluß, sondern auch eine Tochter habe, die „als finnische Delegierte am 20. April nach Genf“ und im Sommer zum „International Women Council nach Chicago“ reise. Klepper habe den „Reichs-

²⁵ Ankunft mit dem Dampfer Nordland am 8. 3. 1933 (PA-AA, Geheimakten, Bericht, 8. 4. 1933, Bl. 4 f.). Klepper hatte ein Durchreisevisum für Polen (Paß, KNL).

²⁶ 9. 3. 1933: „Und es ist wirklich, was Ihre persönlichen Sachen betrifft, nichts los [...] Wie er [Lauffer] mir heute früh sagte, habe er nur Günstiges über Sie gehört, und es würde sehr vernünftig aufgenommen, daß Sie die Reise unternommen hätten.“

²⁷ 23. 3. 1933, die Schrift unterscheidet sich stark von der anderer Briefe, woran sich die Aufregung ablesen läßt. Sie fügte hinzu: „Ich habe ja die ganze Zeit darauf gewartet, nun haben wir es Gott sei Dank hinter uns.“ Die Einbrecher waren gestört worden und hatten fluchtartig das Haus verlassen. Kalinowski beruhigte Kleppers, sie sollten sich keine Sorgen machen, es sei „alles geschehen, was geschehen mußte, und nichts geschehen, was hätte unterbleiben sollen“.

²⁸ PA-AA, R 30663K, Bericht vom 8. 4. 1933 (Bl. 2). Klepper und seine Frau wohnten, seit Wuoliyokis wieder in Berlin waren, im Karelia Hotel in Helsingfors. Er gab am 8. April seine Karte in der Deutschen Gesandtschaft ab.

²⁹ Paasikivi verhalf Klepper offensichtlich auch zur Flucht, Fr. Paasikivi begleitete die Familie Klepper zum Schiff (Kopie von Fotos in KNL). Gesandter Büsing erwähnt in seinem Bericht vom 18. 4. 1933 als „ein eigenartiges Spiel des Zufalls, daß Senator Paasikivi zugleich ein alter Freund des Generals Rüdiger Graf v. d. Goltz ist, so daß dieser während der jetzt bevorstehenden Feiern des 15. Jahrestages der Befreiung Finnlands durch die Deutschen bei Herrn Paasikivi wohnen wird“ (Bl. 22).

kanzler als ‚blutigen Demagogen‘ hingestellt [...] und erzählt, Mitglieder der NSDAP seien in seine Wohnung in Zehlendorf eingedrungen, hätten dort Pelze und Uhren gestohlen und alle Spiegel in der Wohnung zerschlagen“. Selbst der „frühere Ministerpräsident Prokopé soll bereits dem Einfluß Kleppers unterlegen sein“³⁰. Diesem sehr aufgeregten Bericht folgten acht Tage später etwas abmildernde Ausführungen des Gesandten Hans Karl Büsing, der meinte, daß Klepper zwar mit seiner Kritik an „unserem Vorgehen gegen das Judentum“ Beifall finden werde, „denn in dieser Frage sind die hiesigen Sympathien leider nicht ganz auf unserer Seite“, aber „im großen und ganzen“ könne Klepper keinen „allzu ernstlichen Schaden anrichten“, zumal bekannt geworden sei, „daß ein Verfahren gegen ihn eröffnet worden“ sei³¹.

Tatsächlich war am 13. April 1933 das Untersuchungsverfahren gegen Klepper und Hans Walter Schmidt von der Domänenbank wiederaufgenommen worden³², was eine Kette von Maßnahmen gegen Klepper auslöste. Am 25. April wurde „durch Beschluß des Landgerichts I, Berlin [...] gemäß § 284 Strafprozeßordnung“ das gesamte Vermögen des „Abwesenden“ beschlagnahmt, inklusive seiner Akten. Gleichzeitig wurde „Anklage wegen Untreue und Aktenbeseitigung“ und „der Antrag der Auslieferung und Inhaftnahme“ vom Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Jenne, vorbereitet³³. Klepper nahm in zwei Interviews mit den Zeitungen *Helsingin Sanomat* und *Sosiaalidemokratit* Stellung zu dem Untersuchungsverfahren und erläuterte, daß es sich um eine Wiederaufnahme des alten preußischen Verfahrens handele³⁴. Am 3. Mai wurde der Haftbefehl erlassen mit der fadenscheinigen Begründung, „wegen des dringenden Verdachts, in den Jahren 1931 und 1932 als Beamter ihm amtlich anvertraute und zugängliche Urkunden beiseite geschafft zu haben, und zwar in der Absicht, sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen oder einem anderen Schaden zuzufügen, Verbrechen gegen §§ 348 Abs. 2, 349 des Reichsstrafgesetzbuches“³⁵.

Nun, da der Haftbefehl veröffentlicht und ein Auslieferungsantrag an die Finnische Regierung gestellt worden war, begann von deutscher Seite eine zweigleisige Politik, die

³⁰ Ebenda, Bericht „streng geheim, eilt sehr!“ vom 10. 4. 1933 (Bl. 6–8). Hjalmar Johan Prokopé war nicht Ministerpräsident, sondern von 1927–1931 Außenminister.

³¹ Ebenda, 18. 4. 1933 (Bl. 21/22).

³² BAP, 62 DAF3, 17632, Frankfurter Zeitung vom 13. 4. 1933 (Bl. 110), ebenda, Berliner Börsenzeitung, Nr. 50, 2. 2. 1935 (Bl. 109).

³³ Abschrift des Abschlußberichts vom 18. 3. 1936 von RA Stange, der als Abwesenheitspfleger eingesetzt worden war. Er ließ das Vermögen in Anwesenheit von Kalinowski schätzen, wobei Besitzstücke der Ehefrau ausgenommen wurden, und sorgte dafür, daß es eingelagert wurde, mit dem Erfolg, daß sein Gehalt und die Lagerkosten sich schließlich mit dem Besitz ausglich (Stange-Bericht). Die Liste der im Hause beschlagnahmten Dokumente in: GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 41. Vgl. Aufzeichnungen des Gesandtschaftsrats Siegfried Hey vom 26. 4. 1933 (PA-AA, Ref. D/Pol., Nr. 40/5, Material zur Ausbürgerung, Teil II). Vermutlich sind die noch unregistrierten Akten in Merseburg (VNL-K) Teil des von den Nationalsozialisten für den Prozeß zusammengestellten Bestandes.

³⁴ Kopien übersandt von der Deutschen Botschaft in Helsinki mit Brief vom 16. 12. 1992 (GSTAM, Rep. 151 HB, Nr. 42, Bl. 6–8). Karl Brandt, mit dem Klepper in regelmäßigem Briefkontakt stand, warnte vor weiteren Interviews: „Sie hetzen bloß die ganze Meute hier wieder hoch“ (22. 5. 1933, KNL).

³⁵ Haftbefehl in: PA-AA, Nr. 40/5, Teil II. Die Liste der beschlagnahmten Akten enthält keinen Titel, der für eine derartige Begründung hätte herhalten können. Mitte Mai gab Klepper eine offizielle Gegenerklärung gegen die erhobenen Anschuldigungen ab (Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Helsingfors, ebenda, 19. 5. 1933).

zwischen Schikanen gegen Klepper und dem Versuch, im Ausland nicht unangenehm aufzufallen, hin und her lavierte. Besonders deutlich wird dies an der Überlegung, die unmündigen Kinder Kleppers als Geiseln zu behalten, und der Verwerfung dieser Idee, weil dies „eine für den Auslieferungsantrag sehr ungünstige Atmosphäre in Finnland und im weiteren Ausland schaffen würde“³⁶. Erst Mitte Mai gelang es, mit Hilfe von Karl Brandt und anderer Freunde die Kinder nach Finnland zu holen³⁷. Hedwig v. Kalinowski, die immer stärker unter Druck geraten war, löste unter schwierigsten Umständen den Haushalt in Berlin auf und konnte sich gerade noch durch Flucht einer drohenden Verhaftung entziehen.

Die Gesandtschaft, die den offiziellen Auftrag bekommen hatte, Klepper zu beobachten, verlegte sich eher aufs Beschwichtigen, was sicherlich einmal damit zusammenhing, daß die Gesandtschaften damals zum großen Teil noch nicht in dem Maße dem nationalsozialistischen Einfluß ausgesetzt waren wie die Behörden in Berlin, und zum anderen die Aufgabe hatten, die ausländischen Regierungen realistisch einzuschätzen und deren Absichten richtig zu interpretieren. Entsprechend telegraphierte der Gesandte Büsing am 3. Juni nach einem Gespräch mit dem finnischen Außenminister nach Berlin, daß „eine Auslieferung nicht erfolgen“ werde, „weil Stimmung allgemein dagegen, zumal Anklage doch etwas politischen Beigeschmack hätte“³⁸. Umgekehrt waren von den Vorgängen um Klepper Auswirkungen auf die Innenpolitik des Landes zu beobachten. So hieß es im Gesandtschaftsbericht, als „Ergebnis der Klepperschen Greuelpropaganda soll das Verbot der Uniform des finnischen Schützen Corps (Anhänger der Lappo-Bewegung)³⁹ bevorstehen“⁴⁰. Andererseits forderten der Lappo-Bewegung nahestehende Kreise, die einen sowohl von der russischen wie von der deutschen Politik unabhängigen Kurs zu steuern versuchten und sich mit der neuen deutschen Regierung nicht anlegen wollten, die Abberufung Wuoliyokis, der in der *Ajan Suunta* als internationaler Marxist bezeichnet worden war. Er solle durch Talas, einen alten Freund Deutschlands, der fließend Deutsch spreche, ersetzt werden⁴¹.

Kleppers Einstellung zu Finnland war sehr positiv. Seine vielen Kontakte, seine Erfahrungen und Forschungen zum Genossenschaftswesen haben ihn einen fundierten Eindruck gewinnen lassen. Er hat sich seinen Respekt für dieses kleine Land immer bewahrt und es häufig in Artikeln als Beispiel für demokratische Strukturen erwähnt. Am besten hat er sein Urteil in einem Artikel für *Die Zukunft* zusammengefaßt, der zu einer Zeit

³⁶ Ebenda, Aufzeichnung Hey. Auch gegen die Tatsache, daß Kleppers Post über die finnische Botschaft lief, was eine Verletzung der Postgesetze bedeutete, ließ sich so recht nichts machen aufgrund des extritorialen Status der Gesandtschaft.

³⁷ Zu den Schwierigkeiten vgl. die Briefe Brandts und Kalinowskis an Frau Klepper, 27. 4. 1933 (KNL). Paß von Renate Klepper, Ausreisestempel Stettin 13. 5. 1933, Einreise Helsinki 15. 5. 1933. Das AA schloß aus der Reise der Kinder nach Finnland, daß Klepper länger dort zu bleiben gedachte (Rep. 151 HB, Nr. 43, Bl. 5).

³⁸ PA-AA, R 30663K, Bl. 02, Telegramm, 3. 6. 1933 und Zitat aus dem eher rechten Blatt der Lappobewegung, *Ajan Suunta*, 8. 4. 1933: Klepper, dem „geflohenen deutschen Minister, sollte aber das Asylrecht in Finnland nicht verweigert werden“.

³⁹ Lappobewegung (nach einem Kirchspiel „Lappo“ genannt) war eine antikommunistische Bauernbewegung, die um 1930 Einfluß auf die Innenpolitik gewann.

⁴⁰ R 30663K, Bericht „streng geheim, eilt sehr!“ vom 10. 4. 1933 (Bl. 6–8).

⁴¹ Ebenda, Bl. 23 f. Die *Ajan Suunta* hielt Wuoliyoki für ungeeignet, Finnland in Deutschland zu vertreten. Wuoliyoki war seit 1927 Gesandter in Berlin (ebenda, 8. 4. 1933, Bl. 2). Zur Biographie vgl. Horkenbach (Hrsg.), S. 546.

veröffentlicht wurde, als Finnlands Existenz durch den Winterkrieg aufs äußerste bedroht war. „Finnland besitzt, was Deutschland fehlt, einen intelligenten Konservatismus.“ Es hat „die aus der russischen Zeit überkommenen feudalistischen Überreste durch eine bäuerliche Agrarreform liquidiert. Gleichzeitig erwuchs eine Arbeiterbewegung, deren kennzeichnendes Merkmal evolutionäre Beharrlichkeit ist. Bauern und Arbeiter schufen sich ein vorbildliches Genossenschaftswesen. [...] Auf so gutem Boden gedieh eine Demokratie, die allen Versuchen, ins Totalitäre abzugleiten – auch an ihnen fehlte es nicht – widerstand.“⁴²

Am Beispiel Klepper zeigt sich, wie leicht Emigranten zwischen die Fronten außenpolitischer Interessen geraten konnten. Die Reaktionen der einzelnen Länder auf die Auslieferungsbegehren der nationalsozialistischen Regierung waren sehr unterschiedlich, je nach Größe, nationaler Interessenlage, politischer Richtung und traditioneller Einstellung zu Deutschland; doch immer geriet der Emigrant, zumal der politisch profilierte, in die Mühlen dieser widerstrebenden Zielsetzungen. Dies gilt in besonderem Maße für Klepper, da er sich bereits in diesem frühen Stadium, im Frühsommer 1933, in einer Artikelserie für das angesehenes schwedische Wirtschaftsblatt *Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning* (GHST)⁴³ zu den Gründen, die zum Scheitern der Weimarer Republik geführt und die Machtergreifung Hitlers ermöglicht haben, äußerte und mit Kritik am nationalsozialistischen Regime nicht sparte.

„Um dem Faschismus entgegentreten zu können“, so erklärte er, müsse zunächst nach den „sachlichen Gründen“, die zum „Niedergang der Demokratie“ geführt hätten, geforscht werden, erst dann könne man mit einer „Kritik der nationalsozialistischen Regierungsweise“ beginnen. Da auf Kleppers Kritik an der Weimarer Republik bereits im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum Finanzminister und mit seiner Rolle beim Staatsstreich vom 20. Juli 1932 eingegangen wurde, soll hier nur kurz seine Kritik am soeben sich unter dem Trommelfeuer der Propaganda etablierenden nationalsozialistischen Regime wiedergegeben werden. Für Klepper hatte mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten zugleich die Idee der Französischen Revolution und damit die abendländische Kultur eine Niederlage erlitten, das heißt, der Sieg des Nationalsozialismus war in seinen Auswirkungen für ihn ein gesamteuropäisches Phänomen, und deshalb waren für ihn „die Schwingungen der Ereignisse in der gesamten politischen Atmosphäre Europas“ wahrzunehmen und würden in naher Zeit „Europa vor Entscheidungen stellen“⁴⁴.

Klepper fand, daß der von den Nationalsozialisten selbst verwandte Ausdruck ‚Gleichschaltung‘, der einer „technischen Vorstellungswelt entlehnt“ sei, das erste halbe Jahr nationalsozialistischer Herrschaft „in hervorragender Weise“ charakterisiere: „Man hat die politische Maschinerie gleichförmig eingestellt, man läßt sie mit voller Kraft laufen, und sie steigt auf eine übernormale Tourenzahl, weil sie im Leer-

⁴² Klepper, in: Die Zukunft, 23. 2. 1940.

⁴³ Schumacher gibt in seiner Einführung (S. 146–160) genauere Informationen zum GHST und zur kritischen Einstellung der schwedischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland, S. 153 ff. Er bezeichnet die Artikel als die „möglicherweise erste grundsätzliche, öffentliche Stellungnahme eines bürgerlichen Vertreters der Weimarer Koalition zum Scheitern der Republik und zum Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland“, S. 152.

⁴⁴ Klepper, Umschwung, S. 161.

lauf geht.“ An alle wichtigen Schaltstellen habe man Parteileute gesetzt und zwar „dank der uns Deutschen eigenen Systematik [*bis*] in die abstrakt geistige Sphäre hinein“. Im übrigen sei „diese Umstellung gegen künftige Störungen lückenlos abgesichert“, einmal durch die Abschaffung der Grundrechte und die Entlassung von Beamten „ohne förmliches Verfahren“, zum anderen durch die Schaffung von „Terrorinstrumenten“ wie der Geheimen Staatspolizei, der SS und der Konzentrationslager. Trotz aller Vereinheitlichung seien alle Chancen für eine echte, Deutschland einende Verwaltungsreform verspielt worden, da „die staatsrechtliche Struktur von Reich und Ländern unberührt geblieben“ und damit ein „Reservoir für den zur Zeit verdrängten Partikularismus angelegt“ worden sei. Trotz des „Anschein[s] einer Verminderung der Ausgaben“ zeige sich, „daß die öffentlichen Ausgaben erheblich gestiegen“ seien. Kein Problem sei gelöst worden, weder der schon länger „vorliegende Bankrott einer Reihe von kleineren Ländern“ noch die Finanzkrise der Kommunen und öffentlichen Versicherungsträger. „Formal hat man den Etat durch optimistische Einnahmeschätzungen ausgeglichen.“ Der Beschäftigungsgrad sei nur in den Industrien gestiegen, die etwas mit Rüstung zu tun hätten, der Außenhandel liege dagegen nur noch bei 40% des gleichen Monats im Jahr zuvor. Klepper nennt das „wirtschaftspolitische Ergebnis der halbjährigen nationalsozialistischen Regierungstätigkeit [...] trostlos“. Außenpolitisch mache Hitler Zugeständnisse, „die keine der früheren deutschen Regierungen erwogen hätte“, um „damit die Aufrechterhaltung der Parteierrschaft im Inlande zu erkaufen“. Der „Aufbruch der Nation“ sei „soziologisch beflügelt“ worden durch die „Beförderung des deutschen Proletariats zum Herrenmenschen“ und die Propagierung von „Gemeinnutz“ statt „Eigennutz“⁴⁵.

Kleppers Kritik an dem halben Jahr nationalsozialistischer Herrschaft war detailliert, bezog neueste Ereignisse ein und zeigte eine verblüffende Klarsicht⁴⁶. Sie war auf allen Gebieten vernichtend. Der Artikel schließt mit dem Satz: „Man kann weder dem russischen noch dem italienischen System gedankliche und sachliche Gestaltungsfähigkeit absprechen. Daß die gesamte Macht einer politischen Bewegung zufallen konnte, die gedanklich und materiell so vollkommen steril ist wie der Nationalsozialismus, ist das Rätsel, das Deutschland der Welt aufgegeben hat.“⁴⁷

Sicherlich haben die Artikel, so meint Schumacher, „im Sommer 1933 das negative Bild Deutschlands in der schwedischen Öffentlichkeit gefestigt, wenn auch diese Wirkung nicht meßbar ist“⁴⁸. Andererseits hatte die von Klepper scharf kritisierte Außenpolitik Hitlers auch in vielen Ländern die Wirkung, daß die Kritik der Emigranten an Deutschland auf Ablehnung stieß, gar als Kriegshetzerei verurteilt wurde, weil man Ruhe haben wollte⁴⁹. So gerieten die Emigranten in die unangenehme Lage, daß

⁴⁵ Ebenda, S. 173 ff.

⁴⁶ Schumacher belegt Kleppers Angaben mit Zahlen und Daten, was zeigt, wie genau Klepper über die Vorgänge in Deutschland informiert war, u. a. dank Karl Brandt.

⁴⁷ Ebenda, S. 177.

⁴⁸ Schumacher, S. 156. Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Bd. 17. Die schwedische Zeitung, GHST, wurde im August 1934 im Reichsgebiet zunächst für 6 Monate verboten, 1935 wurde das Verbot stillschweigend verlängert (Bd. 12). Der „reichsschädigende Charakter der Artikelserie“ mußte 1936 noch einmal zur Begründung der endgültigen Ausbürgerung Kleppers herhalten.

⁴⁹ Vgl. den Gesandtschaftsbericht vom 18. 4. 1933 (PA-AA, R 30663K).

sie einerseits die härtesten Kritiker ihres eigenen Vaterlandes waren, sich andererseits aber in ihren Gastländern unbeliebt machten, weil man ihre Warnungen nicht hören wollte⁵⁰.

Derweil „dreht sich in Deutschland“, wie Brandt nach Helsingfors berichtete, „das Rad der Geschichte [...] so rasend, die Menschen purzeln so massenweise von ihren Posten, werden so massenweise verhaftet, gestern in Braunschweig 1 350 auf einmal, alle negativen Eigenschaften der Bestie Mensch vollführen einen solchen Spuk, daß alles frühere schon als historische Literatur dagegen verblaßt“⁵¹. Was sollte nun mit Klepper und seiner Familie geschehen? Wo konnte er sie alle ernähren, vor Verfolgung sicher sein und, was für Klepper wohl das Wichtigste war, wo konnte er am effektivsten gegen den Nationalsozialismus wirken?⁵² Karl Brandt gab auf diese Frage eine klare Antwort: „Sie haben eine große Aufgabe und große Chancen, alle Köpfe draußen zu organisieren, zusammenzuschweißen und [zu] arbeiten. Es liegen 1 000 Möglichkeiten da. Die Zeit muß genutzt werden. Sie läuft hier schneller als man glaubt. Und wenn es reif ist, muß man draußen so weit sein. Wer kann das besser als Sie??! Und wer hat mehr Verantwortung als Sie?! Das alles können Sie nur in Paris oder London.“⁵³

Am 31. Mai 1933 wurde von der französischen Botschaft in Helsingfors ein einjähriges Einreisevisum für Familie Klepper nach Frankreich bewilligt, am 13. Juni schiffte sie sich auf dem Dampfer „Arcturus“ ein. Die Tatsache, daß die Familie Klepper unter finnischem Namen, Hakanson, reiste, zeigt, daß die Ausreise nicht ungefährlich war, und in der Tat verfolgten die deutschen Behörden jede Etappe dieser mühseligen Reise mit dem Schiff zunächst nach Kopenhagen, dann nach Antwerpen und schließlich mit dem Zug nach Paris, wo Kleppers am 19. Juni eintrafen. Die Telefone waren abgehört worden, um das Reiseziel herauszubekommen, das finnische Außenministerium wurde mit Verbalnoten und Protestschreiben traktiert, und die tatsächlich oder nur vermutlich angesteuerten Länder Dänemark und Norwegen wurden mit Auslieferungsbegehren belästigt⁵⁴. Alles ohne Erfolg, im Gegenteil: Das finnische Außenministerium führte die Botschaft offensichtlich irre, und alle skandinavischen Länder verweigerten die Auslieferung, weil sie zurecht politische Gründe dahinter vermuteten⁵⁵.

⁵⁰ Vgl. Walter, Internierung (mit vielen zeitgenössischen Zeugnissen).

⁵¹ Brandt an Klepper, undatiert (KNL).

⁵² Vgl. auch Langkau-Alex, S. 36.

⁵³ Brandt an Klepper, 22. 3. 1933. Brandt war selbst auf dem Absprung nach USA, vgl. zur Biographie: Kürschner, S. 249 f.

⁵⁴ Bericht, Reisepaß und Fotos von der Abreise in Helsinki. Vgl. PA-AA, Ref. D. Pol. 5 IV Nd und P.A., Extraakte K.: Telegramm Büsing an AA vom 13. 6. 1933: „Erfahre soeben aus privater Quelle, daß Familie K. mit finnischen Reisepässen unter Namen Hakanson 13. Juni Dampfer Arcturus nach Kopenhagen abgefahren. Reiseziel angeblich Oslo. Amtl. Nachprüfung nicht vor Montag erreichbar.“ Vgl. auch: Bericht Büsing vom 26. 6. 1933 und Akten zur Auslieferung Kleppers.

⁵⁵ Ebenda, PrJM an AA, 13. 11. 1933.

China: Klepper als Agrar- und Finanzberater

Familie Klepper kam zwar heil am Gare du Nord in Paris an, aber die Situation war nach wie vor schwierig, etwa so, wie Walter Mehring sie in seinem Gedicht „Die kleinen Hotels“ beschreibt: „Vom Bahnhof angeschwemmt – im Strom der Massen/Fiebernd von Schwindsucht deines letzten Gelds/Treibst du durch Reusen immer engerer Gassen,/Die abzweigen/Zu den Absteigen/Zu den kleinen Hotels.“⁵⁶ Kaum hatte die Familie in einem solchen, vielleicht nicht ganz so heruntergekommenen kleinen Hotel, nicht weit vom „Etoile“, Unterschlupf gefunden⁵⁷, als sie wegen eines Nazispions nach St. Germain-en-Laye umziehen mußte⁵⁸. Klepper und seine Frau kannten Paris von früheren Reisen. Nun waren sie Flüchtlinge wie viele andere auch⁵⁹. Der Kontrast zwischen der sorglosen, lebendigen Stadt und dem sorgenvollen Leben der Emigranten war groß⁶⁰, und doch hat die Stadt mit ihrem Charme, ihrer Kultur und ihrer Menschlichkeit wahrscheinlich auch über vieles hinweggetröstet, zumal es Sommer war. Dennoch: Neben der Fertigstellung der Artikelserie für die schwedische Wirtschaftszeitung und des Artikels zum 20. Juli 1932 für das *Neue Tagebuch*⁶¹ war das größte Problem, wie Klepper seine Familie angesichts der ständigen Auslieferungsbegehren der deutschen Regierung an Frankreich und der gleichzeitigen Bespitzelung durch nationalsozialistische Agenten irgendwo sicher unterbringen und Geld für ihren Unterhalt verdienen konnte⁶². Offensichtlich hatte Klepper nicht nur von früher gute Kontakte zum französischen Außenministerium⁶³, sondern auch zur internationalen Liga für Menschenrechte, deren Rechtsberater für die französische Sektion ein ehemaliger Reichsbannerchef war, Ernst Strauss, der „engste Beziehungen“ zu Klepper unterhielt⁶⁴. Wahrscheinlich hat die Liga Klepper auch bei der Flucht aus Finnland geholfen, denn die Tochter erwähnt einen „Nansenpaß“. Auf der Suche nach der Lösung seiner Probleme ist Klepper, sei es durch Vermittlung des Völkerbundes, sei es durch andere Kontakte⁶⁵, auf China gestoßen.

China versuchte zu Beginn der dreißiger Jahre, seine bis dahin gestörten Beziehungen zum Völkerbund zu verbessern und durch den Völkerbund vermittelte Berater aus aller

⁵⁶ Mehring, in: Loewy, Bd. II, S. 491 f.

⁵⁷ Hotel Farnèse, rue Hamelin 30. Gespräch mit dem letzten Pächter des Hotels, das nicht mehr existiert.

⁵⁸ Lebenslauf von Renate Klepper.

⁵⁹ Grossmann, Emigration, S. 11: Paris beherbergte 1938 400 000 Fremde. Noth, S. 247: „Ich war noch viel zu betäubt, um die Schönheit dieser Stadt in mich aufzunehmen. Ich war ein Flüchtling; ich war entkommen.“

⁶⁰ Vgl. u. a. Scheers Beschreibung von Paris, S. 85 ff. und Flüge, Paris ist schwer.

⁶¹ Am 17. 7. 1933 übersandte der deutsche Geschäftsträger, D.E.O. Meynen, den Artikel zur Kenntnisnahme nach Berlin (PA-AA, Dt. Botschaft Paris, A 5565, Bl. 38–46).

⁶² Am 23. 6. 1933 erreichte RA Stange, daß wenigstens Bekleidung und Leibwäsche von der Generalstaatsanwaltschaft freigegeben wurde (Stange-Bericht).

⁶³ Bestätigt durch Landy-Degon.

⁶⁴ IfZ, Fb 226, Bl. 32 (Kopie von PA-AA, Ref. Pol. 5 N.E. adh. 4, Nr. 1, Bd. 1).

⁶⁵ Kersten weiß zu berichten, daß Henri de Hoppenot, später Frankreichs Vertreter bei der Uno, Klepper zur Flucht aus Frankreich verholfen habe. Dieser Hinweis wird bestätigt durch die Tatsache, daß Hoppenot 1932/33 Berater (Conseiller) an der französischen Botschaft in Peking war (Biographisches Lexikon, Paris, 1933). Zur Vermittlungstätigkeit des Völkerbundes und des von ihm geschaffenen Flüchtlingskommissariats vgl.: Grossmann, S. 54 ff.

Welt für seinen neu gegründeten „National Economic Council“ zu gewinnen⁶⁶. Dem Exekutiv-Komitee des Rates gehörten unter anderem General Chiang Kai-shek, der Ministerpräsident Wang Chin-wei und der Finanzminister T.V. Soong an; letzterer war Hauptinitiator und zunächst einflussreichster Motor des Rates. Ludvik Rajchmann, ein polnischer Jude, wurde zum Koordinator aller nicht-militärischen Aufgaben ernannt⁶⁷. Er eröffnete sein Büro in Shanghai und hatte als enger Mitarbeiter T.V. Soongs offensichtlich Einfluß auf die Auswahl der Berater.

Die Verhandlungen mit Klepper müssen schon sehr früh, vielleicht sogar schon in Finnland, aufgenommen worden sein, denn am 21. Juni 1933, also kurz nach seiner Ankunft in Paris, erschien bereits ein Dementi von ihm in der Zeitschrift *Deutsche Freiheit*: „Die Meldung, daß [er] [...] durch die chinesische Regierung nach China berufen ist und bereits in den nächsten Tagen seine Ausreise nach China antreten wird, entspricht nicht den Tatsachen.“⁶⁸ Dennoch kehrte diese Meldung immer wieder⁶⁹ und erregte Aufsehen; vor allem bei der deutschen Regierung, die das Engagement angesehener Emigranten im Ausland unbedingt zu verhindern suchte. Denn ihre Berufung gehe „auf Kosten der Deutschen, die, den nationalen Staat bejahend, das Verständnis für ihn vermitteln und fördern könnten“, während Emigranten durch eine „unfreundliche, ja feindliche Stimmung gegenüber dem nationalen Deutschland“ ausländische Kreise ungünstig beeinflussen könnten⁷⁰.

Zunächst versuchte das preußische Justizministerium über das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Paris, bei den Franzosen einen Haftbefehl gegen Klepper zu erwirken, wobei man sich groteskerweise auf den Auslieferungsvertrag zwischen Preußen und Frankreich aus dem Jahre 1845 berief!⁷¹ Doch die Franzosen lehnten eine Verhaftung und damit auch eine Auslieferung ab⁷². Gleichzeitig versuchte das Auswärtige Amt in endlosen Schriftwechseln und Verhandlungen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft in Peking/Nanking, das Engagement Kleppers und einiger anderer prominenter Sozialdemokraten in China zu verhindern⁷³, was nur im Falle von Albert Grzesinski und Bernhard Weiß gelang, die entgegen anderslautender, von der Literatur

⁶⁶ BAP, D.B.Ch., Nr. 2260, Bl. 17: Artikel in: The North China Daily News, 20. 7. 1933.

⁶⁷ Nr. 2257, Bl. 29: Personnel of the National Economic Council und Nr. 2260, Bl. 17.

⁶⁸ Deutsche Freiheit, Nr. 78, 1. Jg., 21. 6. 33 in: Dt.Bibl.

⁶⁹ Vgl. u. a. Der Gegenangriff, Nr. 11, 1. 10. 1933: „Wir sind nun in der Lage, die monströse Wahrheit über den Fall aufzuklären. Vor einigen Wochen hat ein Vertreter der Nankinger Regierung tatsächlich Verhandlungen in Paris mit den genannten Personen eingeleitet und zwar vor allem mit Dr. Klepper, der zusammen mit einem hohen Beamten der preuß. Girokasse nach Nanking gehen sollte, um die chinesische Finanzverwaltung zu reorganisieren“, andere hätten sich vorge-drängt, die Chinesen hätten zwar mit allen verhandelt, die Verhandlungen seien aber an zu hohen Geldforderungen gescheitert. „Nur Dr. Klepper scheint das Rennen doch gemacht zu haben“ (Hervorhebung im Original).

⁷⁰ Geheimer Erlaß an alle dt. Gesandtschaften vom 31. 1. 1934 (D.B.Ch., Nr. 2254, Bl. 179 c-e).

⁷¹ Preuß. JustizM an AA (Crohne), 9. 9. 1933, PA-AA, R 42694, und Ref. D Pol. 5 NE adh 4 Nr. 1 (Beiband).

⁷² Ebenda, Ministère des Affaires Etrangères an die Deutsche Botschaft Paris, 18. 10. 1933, nochmalige Bestätigung vom 12. 12. 1933: „[...] au regard de la loi française, le caractère politique dans l'ensemble des faits reprochés à Klepper, apparaitrait nettement prédominant.“

⁷³ Vgl. ebenda, Botschaftsberichte von Fischer und PA-AA, Inland II, A/B 83–75, Bd. 2.

übernommener NS-Berichte⁷⁴ nicht in China waren⁷⁵. Klepper wurde zusammen mit dem von ihm vorgeschlagenen Kurt Bloch, mit Horst W. Baerensprung, dem ehemaligen Polizeipräsidenten von Magdeburg, sowie mit Max Brauer, dem früheren Oberbürgermeister von Altona, und seinem engen Vertrauten, Rudolf Katz, Rechtsanwalt und bis 1933 sozialdemokratischer Stadtverordneter in Altona, von T.V. Soong persönlich in Paris engagiert⁷⁶. Damit war allerdings das Schicksal der Berater auch stark mit dem Soongs verknüpft, und Grzesinski sollte mit seinen Befürchtungen recht behalten, daß sie „keine reine Freude erleben werden, nachdem der chinesische Finanzminister Dr. Sung [...] aus dem Kabinett ausgeschieden ist“⁷⁷. Neben diesen von den Chinesen selbst ausgesuchten Beratern gab es noch einen offiziell von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellten Beamten, den Regierungspräsidenten a.D. Wolfgang Jaenicke, der beim Aufbau der chinesischen Verwaltung helfen sollte. Auch er trug nicht zur Freude der Beratergruppe bei, er lehnte jeden Kontakt mit ihr ab und arbeitete eng mit der deutschen Botschaft zusammen⁷⁸.

Als Klepper Anfang Oktober 1933 am Quai von Marseille stand und sich von seiner Familie, die sich gleichzeitig nach Mallorca einschiffte⁷⁹, verabschieden mußte, war er gewiß, was seine kommende Tätigkeit anbelangte, noch guten Mutes und gespannt auf das vollkommen Neue, das ihn erwartete. Was allerdings den Abschied von der Familie betraf, so muß man sich diesen sehr traurig vorstellen, höchstens gemildert durch die Tatsache, daß Klepper Geld verdienen und die Familie unterstützen würde⁸⁰. Zudem würde die Trennung aller Voraussicht nach nur ein Jahr währen, und die Familie schien

⁷⁴ So z. B. Langkau-Alex, S. 269, Anm. 65.

⁷⁵ Vgl. 1. Brief Grzesinskis an Hoegner aus Paris vom 30. 12. 1933, in dem er schreibt, daß Klepper und Brauer abgereist seien (IfZ, ED 120, Bd. 4 G). 2. Grzesinski, Inside, S. 173. 3. Grzesinski, Lebensweg, Bl. 352: Er beendet diese Erinnerungen mit dem 11. November 1933 in Paris. 4. T.V. Soong: „Ich bin durch Verzicht auf Weiss und Grzesinski in meinen Zugeständnissen soweit gegangen, wie ich konnte“ (D.B.Ch., Nr. 2253, Bl. 3). 5. Endgültige Liste der ernannten Berater vom 11. 6. 1934, ebenda, Nr. 2257, Bl. 29, in der neben 8 Beratern aus anderen Ländern die 6 oben genannten deutschen Berater erwähnt werden.

⁷⁶ Ebenda, Nr. 2253: „alle Einstellungen ohne Völkerbund durch Soong in Paris erfolgt“ (Bl. 164). Vgl. auch: Abschrift eines „Aide Memoire“ (Bl. 22); Berichte vom 12. 12. und 14. 12. 1933 (Bl. 58 ff.) und Akte der mexikanischen Immigrationsbehörde mit einem ausführlichen Bericht über Kleppers Fluchtgeschichte vom 17. 6. 1942: Dort heißt es, daß Klepper im August 1933 den Vertrag mit der chinesischen Regierung geschlossen habe (KNL).

⁷⁷ IfZ, ED 120, Bd. 4 G.

⁷⁸ Ebenda, Nr. 2253, Bl. 38 ff.: ausführlicher Bericht des Deutschen Botschafters in Peking, Oscar Trautmann, über Jaenicke, 23. 12. 1933. Vgl. Brauer (S. 132): Brief Katz an Brauer, 6. 12. 1933.

⁷⁹ Lebenslauf von Renate Klepper und Ankunftsstempel vom 7. 10. 1933 in ihrem Paß.

⁸⁰ In einem der Botschaftsberichte heißt es: „Wenn man für einen amerikanischen Sachverständigen monatlich 5 000 \$ ausgeben müsse und für dasselbe Geld ein halbes Dutzend deutsche Experten von großem Ruf bekommen könne, so sei nach Lage der Dinge die Entscheidung ohne weiteres gegeben“ (ebenda, Nr. 2253, Bl. 158). Er hatte also vielleicht ein Gehalt von etwa 1 000 \$ im Monat und einen Jahresvertrag. Laut Aussage des Sohnes sei geplant gewesen, daß die Familie nach China nachkommen sollte, was auch Katz in einem Brief vom 28. 5. 1934 an Brauer erwähnt, in: Brauer, S. 200.

mit Hilfe amerikanischer Freunde sicher untergebracht und einigermaßen gut versorgt zu sein⁸¹.

Eine Schiffsreise nach China pflegte damals etwa drei bis vier Wochen zu dauern⁸². Wann Klepper abgereist ist, läßt sich nicht genau klären; jedenfalls wurde seine Ankunft in Shanghai in den Botschaftsakten unter dem 9. November 1933 verzeichnet. Rudolf Katz erwähnt in einem Brief an Max Brauer, der als einziger der Berater in Nanking wohnte, daß Klepper und Bloch in Shanghai angekommen seien, im gleichen Hotel, dem Cathay-Mansions, wohnten, ebenfalls von einem gewissen Amann betreut würden und Sprachunterricht bei Mrs. Macfarlane hätten⁸³. Am 23. November hat Klepper sich bei Rajchmann in Shanghai im Büro des Nationalen Wirtschaftsrats vorgestellt⁸⁴.

China, teilweise von Japan besetzt und in einen Bürgerkrieg verstrickt, war im Winter 1933 in einer sowohl politisch wie wirtschaftlich extrem schwierigen Situation⁸⁵. Um wenigstens die wirtschaftlichen Probleme ansatzweise in den Griff zu bekommen, war im Sommer 1933 der Nationale Wirtschaftsrat von der Kuomintang-Regierung gegründet worden. Klepper sollte nun als einer der Beauftragten ein Gutachten für ein Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der befreiten Gebiete, mit Schwerpunkt auf dem Agrar-Sektor, verfassen.

Zunächst galt es, sich Kenntnisse über die Agrarsituation Chinas zu verschaffen. Schon in Paris und gewiß auf der langen Schiffsreise hatte er mit dem Studium der neuesten Bücher und Zeitschriften über die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen und die agrarische Verfassung Chinas begonnen⁸⁶. Nun verglich, ergänzte beziehungsweise korrigierte er das Gelernte in Gesprächen und durch eigene Beobachtungen. Sein Arbeitsschwerpunkt lag auf dem landwirtschaftlichen Sektor und insbesondere im Genossenschaftswesen, das in ersten Ansätzen existierte⁸⁷. Außerdem konnte er sich bereits auf den von Max Brauer, A. Stampar und dem Dänen Eric Briand-Clausen

⁸¹ In einem Brief nach dem Kriege schrieb Frau Klepper an Lübke: „Herbst 33, als mein Mann nach China fuhr“, habe sie sich und die Kinder in Palma de Mallorca mit Hilfe amerikanischer Freunde, Nähen, Stricken und durch den Verkauf von Wertgegenständen über Wasser gehalten (BAK, NL-Lübke, Bl. 146 ff.).

⁸² Vgl. Brauer, Briefe „auf See“; 6.9. (S. 107) und 2. 10. 1933 (S. 115).

⁸³ Ebenda, Rudolf und Agnes Katz an Max Brauer, 16. 11. 1933, S. 123 f.

⁸⁴ D.B.Ch., Nr. 2253, Bl. 132 und Nr. 2256, Bl. 80.

⁸⁵ Näheres zur Lage Chinas um 1933 und zum NEC siehe: Brauer, S. 31 ff.

⁸⁶ Die folgenden Bücher und Aufsätze über China befinden sich in Kleppers Nachlaß: T.V. Soong, *The Financial Situation in China and Japan*, published by the Press Bureau of the Chinese Delegation, Geneva; der Artikel war zuerst am 13. und 14. 2. 1933 im *Manchester Guardian* veröffentlicht worden. Frank J. Goodnow, *China. An Analysis*, Baltimore 1926. Nathaniel Peffer, *China: The Collapse of a Civilization*, London 1931. Kinn Wei Shaw, *Democracy and Finance in China. A Study in the Development of Fiscal Systems and Ideals*, New York 1926. Kuo-fu Chen, *The Co-Operative Movement in China*, published by the China Co-Operator's Union, Shanghai 1933. Ardron B. Lewis and Chang Lu-Luan, *Silver And The Price Level*, Nanking, December 1933. Brauer berichtet: „Vom Völkerbund haben wir viel Literatur über China auf das Schiff bekommen“ (S. 117).

⁸⁷ In Kleppers Unterlagen befindet sich eine detaillierte Auflistung aller Maßnahmen und Vorkehrungen, die die Geschichte der Genossenschaft von Minghsiang seit dem Beschluß zu ihrer Gründung im Mai 1931 betreffen. Daraus gehen die unendlichen personellen, landwirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten hervor, mit denen eine Genossenschaft zu kämpfen hatte. Beigefügt sind auch eine Satzung, eine statistische Übersicht, eine Sparkassensatzung, incl. einer Kindersparkasse, Lehrlingswerbung und ein Ausbildungsprogramm (Akte China).

verfaßten Bericht über eine von ihnen im Auftrag des Wirtschaftsrates im November/Dezember 1933 unternommene Reise durch die Provinz Kiangsi stützen. Er enthielt eine Studie zur Art der Landverteilung, der Besteuerung und der landwirtschaftlichen Kooperativen⁸⁸.

Im Nachlaß Kleppers befindet sich ein zweiteiliges Gutachten; in dem ersten Teil setzt Klepper sich mit den von Chiang Kai-shek im Dezember 1933 formulierten Zielen für eine künftige Agrarpolitik auseinander. Für Chiang Kai-shek war das Hauptziel, eine gesellschaftliche Entspannung herbeizuführen und die Wiederholung revolutionärer Wirren auszuschließen⁸⁹. Das Wiederaufbauprogramm Chiang Kai-sheks wurde durch Klepper kurz wiedergegeben und dann einer kritischen Prüfung unterzogen. Dabei kam Klepper zu dem Schluß, daß dieses Programm sich insofern selbst „ad absurdum“ führe, als der „einseitig agrarwirtschaftlich orientierte chinesische Staat weder finanziell noch administrativ in der Lage [sei], ein halb plan-, halb privatwirtschaftlich aufgebautes Wirtschaftsprogramm, das zudem den Bauern keinerlei Anreiz biete und die Neuverteilung des Bodens keineswegs garantiere, zu verwirklichen“. Es würden sich nur die sozialen Spannungen „erneut in revolutionären Bewegungen entladen“⁹⁰, eine Prophezeiung, die sich bald bewahrheiten sollte.

Im zweiten Teil des Gutachtens unterbreitete Klepper seine eigenen Vorschläge auf der Basis des chinesischen Rechts, das seiner Meinung nach die schätzenswerte Möglichkeit biete, „eine Landreform stufenweise zwischen dem kommenden und dem gehenden Eigentümer zu vollziehen“. Im Gegensatz zu der Methode westlicher Länder, Krisen durch währungspolitische Maßnahmen zu bekämpfen, sah Klepper für China aufgrund seiner effektiven Silberwährung die Möglichkeit, der Agrarkrise durch eine neue Wirtschaftspolitik konstruktiv zu begegnen. „Nach Schaffung der technischen Voraussetzungen wie Bodenverteilung, Gestaltung der Betriebsform und der Produktionsweise, sowie der erforderlichen Betriebsmittel“ müßten die Landwirte erst einmal durch „Prosperitätsanreize“ wie „Kleinkredite auf Genossenschaftsbasis“ und durch „provinzielle Agrarprivatbanken“ kreditfähig gemacht werden, um dann als nicht mehr abhängige Pächter, die später selbständige Eigentümer werden sollten, vom Staat die notwendigen Kredite, die mit Kontrollen und Beratung verbunden sein sollten, erhalten zu können. „Auch die beste Finanzreform ist sinnlos, wenn die Landwirtschaft nicht gesund ist.“ Klepper sah für China die Chance, „über Bodenreform und Genossenschaften, über Agrarkredite sowie die Steigerung und Veredelung der Agrarproduktion zu einer breiten ökonomischen Entfaltung zu gelangen. Ein ernsthafter Anstoß durch die Regierungspolitik werde die wirtschaftliche Maschinerie zum vollen Laufen bringen, sie wäre der Schlüssel zur Konjunkturwende.“⁹¹ Wohl aufgrund seiner Währungsvorschläge

⁸⁸ Vgl. Brauer, S. 37f.

⁸⁹ Ebenda, in französischer Übersetzung.

⁹⁰ Ebenda, Klepper Gutachten, S. 19.

⁹¹ Ebenda, S. 25, „Zwischenformen zwischen Eigentum und Pacht, eine Art von Untereigentum, das in vielen Variationen praktisch vorkommt, auch unter dem Namen Yung-Tien Eingang in den Civil Code erlangt hat“.

hatte Klepper zusammen mit Bloch „einen einmaligen Auftrag bekommen, an der chinesischen Silberausfuhrzollfrage mitzuarbeiten“⁹².

Das Programm, das Klepper hier, auf die chinesischen Verhältnisse zugeschnitten, entwickelte, ähnelte durchaus demjenigen, das er für die ostdeutsche Landwirtschaft während der Weimarer Zeit gefordert hatte. Es ist fraglich, ob ein solches auf westliche Verhältnisse zugeschnittenes Reformprogramm überhaupt auf China übertragbar war, ein China, das durch den Krieg mit Japan und den Bürgerkrieg nicht nur in einer chronischen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise steckte, sondern auch ganz andere landwirtschaftliche Wirtschaftsweisen und Lebensformen kannte und nach wie vor von einer starren Bürokratie beherrscht wurde. Klepper wußte genau, daß China für diese gigantische Aufgabe sehr erhebliche Mittel und viel Zeit benötigen werde, aber er ahnte auch, was geschehen würde, wenn die Reformen nicht bald durchgeführt werden würden⁹³. Als Klepper Chiang Kai-shek sein Reformprogramm überreichte, soll dieser es mit der Bemerkung, das habe noch hundert Jahre Zeit, in seine Schublade gelegt haben, worauf Klepper widersprochen und ihm gesagt haben soll, er habe nur noch wenige Jahre Zeit!⁹⁴ Wie recht er damit hatte, beweist der Erfolg Maos aufgrund seiner Agrarreform.

Während Klepper für die chinesische Regierung arbeitete, versuchte die deutsche Regierung weiter, mit allen Mitteln Druck auf die Chinesen auszuüben, Klepper und seine Beraterkollegen zu entlassen und Klepper selbst nach Deutschland auszuliefern. Der Druck auf die deutsche Botschaft⁹⁵ kam einmal von der deutschen Regierung und zum anderen offenbar auch von der deutschen Kolonie in Shanghai, die bei der NSDAP „lebhaft Klagen über das Auftreten gewisser Emigrantenkreise“ führte, wobei „insbesondere folgende Herren unliebsam von sich reden“ machten: „Brauer, Kratz [!], Klepper, Grimme, Grzesinski, Baerensprung und Weiß“⁹⁶. Hier zeigt sich wieder einmal, wie schlecht die NSDAP informiert war, denn drei der genannten waren gar nicht in China! Auch scheint die deutsche Botschaft selbst, zumindest ihr Vertreter in Nanking, Botschaftsrat Martin Fischer, aus eigener Initiative gehandelt zu haben. Zunächst versuchte er, in mehreren Gesprächen mit Finanzminister Soong etwas zu erreichen. Dieser aber verhielt sich äußerst abweisend⁹⁷, während Ministerpräsident Wang Chin-wei sich trotz seiner Rücksichtnahme auf Soong im ganzen aufgeschlossener zeigte⁹⁸. Als Fischer keinen Erfolg hatte, schrieb er am 13. Januar 1934 nach Berlin: „Ich möchte hiernach anre-

⁹² Katz an Brauer, 19. 12. 1934 (Brauer, S. 247). In der Akte befindet sich eine kurze Stellungnahme Kleppers zur chinesischen Abwertung des Silberdollars, die nach seiner Ansicht kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Krise darstelle, weil diese nicht durch währungspolitische Maßnahmen zu bewältigen sei und weil der billigere Silberdollar den Bauern gar nichts nütze, denn die Kupferpreise blieben stabil, das Silber aber werde entweder gehortet oder fließe ins Ausland ab, weil dort der Silberpreis höher sei.

⁹³ Ebenda, handschriftlicher Schluß des 1. Gutachtens, S. 24 f.

⁹⁴ Kleppers Aussage gegenüber Gernot Gather.

⁹⁵ Chef der Deutschen Gesandtschaft in Peking war Gesandter Oscar Trautmann, Chef der Botschaft in Nanking Botschaftsrat Fischer, außerdem gab es ein Generalkonsulat in Shanghai.

⁹⁶ Mitteilung der NSDAP Hamburg vom 23. 2. 1934 an RJM, gez. Dr. Kranek (Rechtsstellenleiter): „Von unserer Ortsgruppe Shanghai und Hanckow treffen lebhaft Klagen“ ein (Inland II, A/B 83–75. Bd. 2).

⁹⁷ D.B.Ch., Nr. 2253, Bl. 62 ff. und 70.

⁹⁸ Ebenda, Nr. 2254, Bl. 232 und Nr. 2257, Bl. 108 ff.

gen, daß wir uns jetzt zunächst auf Klepper konzentrieren und mit dem Druck unsere weiteren Vorstellungen“ durchsetzen⁹⁹. „Gegen ihn haben wir die stärksten Waffen in den ihm zur Last gelegten kriminellen Verfehlungen und dem aus diesem Grunde anhängig gemachten Strafverfahren.“ Die chinesische Regierung habe bereits Kenntnis von dem Material¹⁰⁰, aber da Klepper und Rajchmann das Verfahren als längst erledigt bezeichnet hätten, sei es „schwierig, [dem] beweiskräftig entgegenzutreten“¹⁰¹. Fischer schlug eine Pressekampagne und Lancierung der Nachrichten über Radio Transocean vor¹⁰².

So begann im Frühjahr 1934 eine systematische Verleumdungskampagne gegen Klepper nach bekanntem Muster: Im Gespräch mit der chinesischen Regierung wird Klepper als einer bezeichnet, der „ohne sich irgendwie durch Leistungen auf dem ‚Finanz‘-gebiet ausgezeichnet zu haben, nur durch Parteimanipulationen zu einflußreichen Stellungen gelangt, sich in der Führung ihres Amtes aber in der unverantwortlichsten Weise und ohne Rücksicht auf das Staatswohl Parteiinteressen untergeordnet habe, mit dem Erfolg, daß in kurzer Zeit der Staatshaushalt sich in größter Unordnung befunden habe, so sollte damit für jeden denkenden Menschen die Unfähigkeit einer solchen Persönlichkeit zur Mitwirkung bei der Reorganisation fremder Staatsfinanzen erwiesen sein“. Über seinen Werdegang heißt es: „Nachdem er sich als Rechtsanwalt in Berlin der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte, von der Regierung Braun, kaum 35jährig, in die verantwortungsvolle Stellung des Generaldirektors der Preußischen Zentralgenossenschaftsbank berufen wurde, als für Wahlzwecke ein der Partei absolut gefügiges Werkzeug an der Spitze dieses Geldinstituts gebraucht wurde. Die Voraussetzungen, die er für sein Amt mitbrachte, waren Befassung mit Genossenschaftsfragen in seiner Anwaltstätigkeit. Von der Genossenschaftsbank trat er Anfang 1932 an die Spitze des preußischen Finanzministeriums, wo er so willkürlich und verständnislos gewirtschaftet haben soll, daß die Beamten des Ministeriums schließlich mit Arbeitsniederlegung drohten. Nach Beseitigung des Ministeriums Braun entzog Klepper sich durch schleunige Abreise ins Ausland der weiteren Prüfung seiner Amtstätigkeit. Man sollte annehmen, daß, wenn diese Vorgänge und sonstiges Material bekannt werden, er als Sachverständiger in Finanzfragen ausgespielt haben wird.“¹⁰³

Wie stark sich nationalsozialistische Elemente nun auch in der deutschen Kolonie breit machten, geht aus dem Bericht einer jungen englischen Ökonomin hervor, die zunächst aufgrund ihrer ersten Bekanntschaften mit Deutschen ein sehr positives Bild entworfen hatte, dann aber folgendes schreibt: „However, I had to modify my statement [about Germans] recently [...] I have met too many with an overabundance of nationalism, militaristic ideas, uncritical race-prejudices and small-town mentality.“¹⁰⁴

⁹⁹ Ebenda, Bl. 249.

¹⁰⁰ Nr. 2253, Bl. 135 f.

¹⁰¹ Ebenda, Nr. 2254, Bl. 349.

¹⁰² Ebenda, Nr. 2253, Bl. 137 und Nr. 2254, Bl. 249.

¹⁰³ Ebenda, Nr. 2254, Bl. 161 ff. und Nr. 2258, Bl. 110 ff., Zeitungsartikel über Klepper.

¹⁰⁴ Joe Lederer war als Engländerin im Statistical Department of the American Oriental Finance Corporation in Shanghai beschäftigt und gehörte auch zum Freundeskreis Kleppers (vgl. Nachkriegskorrespondenz, März 1950). Sie hat einen sehr lebhaften Bericht über die Situation in China geschrieben (Akte China).

Doch blieb es nicht bei der Verleumdungskampagne, es wurde erwogen, „ob nicht im Notfall noch stärkere Druckmittel ins Auge gefaßt werden sollten“¹⁰⁵. Ein solches Druckmittel war, die Bewilligung von Reichsgarantien für Eisenbahnbaukredite mit dem Auslieferungsbegehren zu verknüpfen. Klepper bezeugt dies im Pensionsverfahren von Baerensprung auf folgende Weise: „Unsere Entlassung aus dem Dienst der Regierung hing mit einem Kredit zusammen, den die Firma Otto Wolff in Düsseldorf für einen Bahnbau zu denselben Bedingungen stellte, zu denen seinerzeit die sogenannten russischen Wechsel gegeben wurden. Das heißt, das Deutsche Reich übernahm eine Garantie für den Kredit. Diese Transaktion hatte für die chinesische Regierung deshalb eine besondere Bedeutung, weil sie das bisherige Prinzip durchbrach, nach dem Anleihen der zur Rede stehenden Art seitens der westlichen Länder nur durch Verpfändung von Seezolleinnahmen gewährt wurden. Die Erteilung der Reichsgarantie war aber an die Bedingung geknüpft, daß die im Dienst der chinesischen Regierung beschäftigten deutschen Emigranten entlassen würden.“ So erkläre sich die im Sommer 1934 erfolgte Kündigung des Dienstverhältnisses der deutschen Berater. T.V. Soong habe ihm diesen Sachverhalt seinerzeit mitgeteilt und ihm vorgeschlagen, „eine Zeit lang aus dem Regierungsdienst auszuschneiden und nach Ablauf einer gewissen Zeit wieder in ihn einzutreten“. Das habe er „damals abgelehnt, weil [ihm] Soongs Zusage nicht genügt“ habe¹⁰⁶.

Nimmt man die oben bereits erläuterte Taktik des Reiches, Druck auf die Chinesen auszuüben, zusammen mit der Taktik, die Firma Wolff hinzuhalten und sie zunächst Verträge mit den Chinesen aushandeln zu lassen¹⁰⁷, so ergibt sich daraus ein wirksames Druckmittel. Dem mußten die Chinesen schließlich erliegen, da ihnen der Eisenbahnbau, mit dem erst begonnen werden konnte, wenn die Reichsgarantien für mindestens 70% des Kapitals fest zugesagt waren¹⁰⁸, wichtiger sein mußte als ein paar deutsche Berater. Besonders pikant wird dieses Pokern um Kredite, das gleichzeitig das Leben einiger deutscher Berater betraf, durch die Tatsache, daß Kleppers ehemaliger Untergebener bei der Preußenkasse, Rudolf Siedersleben, der in den Dienst der Nationalsozialisten getreten und von diesen als Generalbevollmächtigter in die Firma Wolff von oben hineingesetzt worden war, nun die Verhandlungen mit den Chinesen federführend zu leiten hatte¹⁰⁹. Er hätte vielleicht etwas für Klepper und die anderen tun können, aber er tat nichts. Die Dienstverträge der von T.V. Soong engagierten Berater wurden gelöst, Klep-

¹⁰⁵ D.B.Ch., Nr. 2252, Bl. 136.

¹⁰⁶ Klepper an Käthe Baerensprung, 3. 3. 1954: „Ich bin natürlich auch bereit, diese Dinge als Zeuge zu bekunden.“ Die Tatsache, daß die Firma Otto Wolff im Jahre 1934 um Reichsgarantien für die Finanzierung des Eisenbahnbaus Yushan-Nanchang-Pinghsiang nachgesucht hat, geht eindeutig aus den Akten der Firma Wolff, Stichwort: China, Bahn, hervor (Wirtschaftsarchiv Köln, K83–28, Bd. IV).

¹⁰⁷ Ebenda, vgl. u. a. Schreiben der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft vom 31. 4. 1934 und 12. 7. 1934 an die Firma Wolff.

¹⁰⁸ Vgl. ein gemeinsames Memorandum der Chinesen mit Otto Wolff persönlich, der im Frühjahr 1935 zur Fortsetzung der Verhandlungen mit den Chinesen zum Bau eines weiteren Streckenabschnitts in China war (K82–35, 8. 3. 1935).

¹⁰⁹ Ebenda.

pers Tätigkeit endete mit dem 30. Juni 1934¹¹⁰. Baerensprung wurde im Jahre 1937 erneut eingestellt¹¹¹.

Der einzige Berater, der noch bis zum Ende des Jahres für die chinesische Regierung arbeitete, war Jaenicke, „das einzige Gegengewicht“, wie Botschafter Trautmann nach Berlin kablete, „gegenüber diesen schädlichen Elementen“ wie Klepper und „Konsorten“¹¹². Jaenicke war wie Siedersleben ein kleiner Stein im Spiel der Nationalsozialisten gegen die demokratischen China-Berater. „Jaenickes Aufgabe war es, sich eine Position zu schaffen, die nicht nur jeden Gedanken einer Zusammenarbeit mit den unerwünschten Ratgebern ausschloß, sondern sich auch gegen den zunächst noch mächtigen Einfluß Rajchmanns behauptete. In enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Botschaft ist Jaenicke aller dieser Schwierigkeiten Herr geworden.“¹¹³ Hinter diesen taktischen Manövern gegen die unliebsamen Emigranten standen weitreichendere Ziele. Es ging nicht nur darum, als deutsche Berater auf die chinesische Wirtschaft Einfluß zu gewinnen und damit auch der deutschen Wirtschaft neue Absatzmärkte zu erschließen, sondern langfristig ging es auch um politische Einflußnahme, zumindest um die Werbung für die nationalsozialistische Ideologie im Ausland¹¹⁴. Daß bei der Verfolgung derartiger Ziele deutsche Emigranten, zumal, wenn sie sich eines großen Ansehens erfreuten und Sachverstand besaßen, störten, läßt sich denken. Nur so ist es auch zu verstehen, daß ein derartiger Aufwand betrieben wurde, um die paar Berater aus China wieder zu entfernen.

Doch wie hinterhältig das taktische Spiel selbst den dienenden Helfern gegenüber gespielt wurde, zeigt wiederum der Fall Jaenicke. Nachdem er nämlich seinen Dienst, wie Trautmann bestätigte, zu aller Zufriedenheit erfüllt und mitgeholfen hatte, Klepper, Baerensprung und die anderen auszubooten, wurde auch er fallengelassen¹¹⁵, zu seinem eigenen Erstaunen, ja Entsetzen, denn er hatte sich in seine Aufgaben in der Provinz Shantung gut eingearbeitet und war mit seinem Projekt noch keineswegs zu Ende.¹¹⁶ In einem langen Brief, den er aus dem deutsch-chinesischen Krankenhaus in Tsinan, wo er mehrere Wochen mit einer fieberhaften Bronchitis lag, an den Botschaftsrat in Nanking, Fischer, mit dem er auch privat korrespondierte, schrieb, rätselt er über die Gründe sei-

¹¹⁰ Zu Kleppers Entlassung vgl. D.B.Ch., Nr. 2254, die Entlassung wurde amtlich bestätigt, 3. 7. 1934 (Bl. 125). Am 31. 7. 1934 bestätigt Werner Junker (Nanking), daß Klepper in Shanghai sei (Bl. 100).

¹¹¹ Klepper an Käthe Baerensprung, 3. 3. 1954.

¹¹² Trautmann an das AA Berlin, 10.7.34 (D.B.Ch., Nr. 2254, Bl. 105 ff.).

¹¹³ Ebenda, Bl. 107. Bestätigt wird Jaenickes Einsatz durch seinen eigenen Bericht über sein Gespräch mit dem Generalsekretär des Komitees am 9. 11. 1933 (Nr. 2253, Bl. 156 ff.) und durch einen Brief Katz an Brauer, 6. 12. 1933, Brauer, S. 132.

¹¹⁴ Vgl. Trautmann-Bericht (ebenda).

¹¹⁵ Ebenda, was Trautmann zunächst mit dem Argument zu verhindern versuchte, daß der deutsche Beamtenstatus „in den Augen der Chinesen ein ganz anderes Maß von Ansehen und Autorität gibt, als es abgebaute Leute genießen“, deshalb solle man Jaenicke, solange er in China arbeite, den Beamtenstatus lassen, „ob er später in Deutschland tatsächlich wieder verwendet werden soll“, sei unwichtig.

¹¹⁶ In einem Brief Jaenickes an Rajchmann, 28. 12. 1934, heißt es, er fühle sich „einigermaßen überrascht“ von der plötzlichen Kündigung seines Beratervertrages, obwohl ihn die Provinz Shantung noch für 1–2 Jahre zur Beendigung der Reformen behalten möchte. Die Kündigung aller nicht vom Völkerbund engagierten und bezahlten Berater wurde offiziell mit finanziellen Schwierigkeiten begründet (BAK, NL-Jaenicke, 135/85).

ner für ihn unverständlichen Entlassung aus dem chinesischen Dienst¹¹⁷. Neben der Vermutung, daß für den Nationalen Wirtschaftsrat kein Geld mehr da sei, nennt er als zweiten möglichen Grund „die Rache T.V. Soongs für seine abgehängten Experten Klepper und Konsorten“. Der Brief, in dem er noch drei weitere Gründe aufzählt und von seiner baldigen Abreise berichtet, zeugt von großer Verbitterung¹¹⁸.

Was Klepper anbelangt, so scheint er noch bis Ende Januar 1935 in Shanghai geblieben zu sein¹¹⁹. Da er gute Freunde dort hatte¹²⁰ und sein Gehalt bis zum Ablauf seines Jahresvertrages bezahlt wurde, ist es zwar verständlich, daß er in diesem interessanten Land, wo er so viel lernen konnte, noch blieb, andererseits ist es auch erstaunlich, denn zum einen war er fern von seiner Familie und zum anderen fern von jeglicher Einflußmöglichkeit auf deutsche Geschicke. Ein Grund wird vielleicht gewesen sein, daß das Strafverfahren gegen ihn erst Mitte November 1934 wegen Abwesenheit eingestellt worden war¹²¹.

Ende Januar fuhr Klepper mit dem Schiff von Shanghai nach Los Angeles, wo er möglicherweise Karl Brandt traf, der inzwischen an der Stanford University lehrte. Später reiste er dann durch das Land nach New York weiter¹²². Wie aus seiner Korrespondenz, vor allem aus Mallorca, hervorgeht, war ihm dieser Studienaufenthalt in den USA sehr

¹¹⁷ Ebenda, 135/28: Korrespondenz Jaenickes mit Fischer: u. a. 19. 4. 1935.

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ Anlage zur USA-Reise 1953, und laut Alien Registration Form vom 2. 1. 1941, französisches Konsulat, Marseille, war Klepper nur 3 Monate in USA zum Studium des politischen Systems ab Januar 1935. Im Januar 1935 habe es noch einmal ein Ultimatum der deutschen Regierung zwecks Ausweisung Kleppers aus China gegeben (Akte Mexiko). Vgl. außerdem: autorisierter Lebenslauf (KNL). Damit wäre die Aussage von Langkau-Alex, S. 269, Anm. 65, widerlegt.

¹²⁰ Aufgrund der Nachkriegskorrespondenz können folgende Personen nachgewiesen werden: W. V. Blewett (England), er schreibt an Klepper nach dem Kriege, 25.2.(?): „My dear Otto Klepper, How many times have I said I must write to my old friend Otto Klepper? I always think of you as a *friend*, for during those exciting days in China we found we had a great deal in common. A lot has happened since we parted in Shanghai.“ Blewett war noch zweimal dort, 1942/3 als „Economic Intelligence“ at the British Embassy. Zu Kleppers Tod schrieb er „I accompanied him to N.W.China in 1934 and formed a high opinion of him“. Käthe Baerensprung, die mit ihrem Mann in China war, schrieb am 1. 11. 1952 an Klepper: „Wie alt sind wir geworden und wie weit liegt Shanghai hinter uns. Es war doch richtig, daß Sie mir abrieten, in den schlammigen Wanspoo zu springen, trotz allem.“ Frau Bloch, die ebenfalls ihren Mann begleitet hatte, schickte Klepper nach dem Kriege sein kleines Neues Testament, das sie für ihn seit China bewahrt hatte (Dankesbrief Kleppers vom 27. 1. 1955); und Joe Lederer, die oben erwähnte Ökonomin. In Nanking verkehrte er auch im Hause von Pearl S. Buck, dies schrieb Klepper seinem Sohn, 16. 3. 1947, anlässlich eines Buches, das er von ihr auf dem Schiff gelesen und das ihn tief bewegt hat.

¹²¹ 12. 11. 1934 Einstellung des Strafverfahrens wegen Abwesenheit auf Antrag des Generalstaatsanwalts, Beschlagnahme des Mobiliars wird aufgehoben. Die Möbel wurden unter Aufsicht von Kalinowski und RA Stange verpackt und in das Lager der Firma Knauer gebracht, das Haus wurde vermietet. Um die Lager- und Versicherungskosten zu zahlen, mußte ein Teil der Möbel verkauft werden. Kalinowski hat sie zum Taxpreis gekauft, das übrige Vermögen blieb beschlagnahmt (Stange Ber.). Die Verleumdungskampagnen in Shanghaier deutschen Zeitungen hielten bis in den Februar 1935 hinein an (D.B.Ch., Nr. 2258, Bl. 110 ff.).

¹²² Angaben für die Visa-Abt. des amerikanischen Generalkonsulats, Frankfurt/M., 25. 2. 1954 und autorisierter Lebenslauf, S. 2: „Klepper spent several months in the United States in 1935, traveling across the country and studying its political system.“ Durch den Brief Kleppers an Hermes, 1. 5. 1935, New York wird Kleppers Aufenthalt in den USA ebenfalls bestätigt (Hermes-NL, I-090-004).

wichtig, einmal für seine gedankliche Klärung und sein Informationsbedürfnis und zum anderen zur finanziellen Unterstützung seiner späteren Vorhaben, die er in Mallorca konzipiert und in Paris zu verwirklichen versucht hat. Eine Schlüsselrolle spielte dabei B. Charney Vladeck, ein 1886 in Rußland geborener Jude, der nach dem Ersten Weltkrieg in die USA ausgewandert war und sich dort für die Arbeiterbewegung und die Juden einsetzte. Aus diesem Engagement heraus unterstützte er auch den Kampf gegen Hitler, spendete und sammelte für den „Anti-Fascist Fund“, aus dem auch Klepper Geld für die Finanzierung der Deutschen Freiheitspartei erhalten hat. Außerdem war Vladeck Herausgeber des *Daily Forward*, für den auch Klepper Artikel schrieb¹²³. Vladeck muß ein ungeheuer beliebter und geachteter Mann gewesen sein. Dies geht aus einem zu seinem 50. Geburtstag erschienenen Buch hervor¹²⁴. Vermutlich hat Klepper durch Vladeck Oswald Garrison Villard, den späteren Schatzmeister der von Hubertus Prinz zu Löwenstein gegründeten Hilfsorganisation „American Guild for German Cultural Freedom“, kennengelernt, der Klepper auch geholfen hat¹²⁵.

Die Tatsache, daß Klepper zwei Erdteile bereist hatte, bevor er nach Europa zurückkehrte, war für ihn von ausschlaggebender Bedeutung. Er lernte, die Welt als eine Einheit zu begreifen und in globalen Zusammenhängen zu denken. In China hatte er auf seinem eigenen Fachgebiet, dem Agrar-, Genossenschafts- und Finanzsektor, arbeiten können, dies aber unter ganz andersartigen, für ihn völlig neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen getan. Er hatte die Auseinandersetzungen zwischen den Reformversuchen der Kommunisten und denen der Kuomintang beobachten und miterleben können, wie dieses riesige, von Kriegen geschüttelte Land versuchte, sich von seiner kolonialen und gleichzeitig seiner feudalen Vergangenheit zu lösen. In Amerika sah er praktisch die Welt von morgen, die einmal Europa nach Hitler prägen würde. Diese Erfahrungen bestätigten seine schon in der Weimarer Zeit vertretene Überzeugung, daß ein vereintes Europa geschaffen werden mußte, und legten den Grundstein für seine nach dem Kriege entwickelte Konzeption einer „Offenen Welt“¹²⁶.

¹²³ Vgl. Mallorca-Korrespondenz, bestätigt durch Aussage des Sohnes und der Tochter.

¹²⁴ Vladecks Buch gehört mit einer persönlichen Widmung zum Nachlaß Kleppers.

¹²⁵ Ebenda, Ovation für Vladeck von Oswald Garrison Villard. Über Villard schrieb Klepper unter der „Überschrift: Friedensoffensive?“ am 1. 3. 1940 einen Artikel in: Die Zukunft (3. Jg., 9): „Villard ist französischer und deutscher Abkunft, er entstammt hugenottischen Réfugiés, die in der Rheinpfalz Zuflucht fanden, sein Vater aber wanderte nach 1848 als politischer Emigrant in die Vereinigten Staaten aus. Villard war lange Zeit Herausgeber von The Nation, wo er regelmäßig seine Artikel veröffentlichte. Nach Kriegsausbruch begab sich der gewiß über Siebzigjährige nach Europa, und zwar geradewegs nach Deutschland, wo man ihn als Gegner des Nationalsozialismus gut kennt. Von London aus hielt er später im Rahmen der deutschsprachigen Sendungen der BBC eine Ansprache nach Deutschland hinüber, deren warnender Ernst den Hörer stark berühren mußte.“

¹²⁶ Vgl. auch den Titel der von der Wipog herausgegebenen Zeitschrift: Offene Welt. In der 1. Hattenheimer Resolution der Wipog vom Juni 1948 heißt es u. a.: „Beschränkungen unserer Souveränität, die sich aus dem Erfordernis eines übernationalen, weltpolitischen Organismus' ergeben, werden wir uns nicht zu entziehen suchen.“ Außerdem wurde ein Bekenntnis zu einer „ungehemmten weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung“ abgelegt. Schon in den frühen fünfziger Jahren vertrat die Wipog den Gedanken einer Entwicklungshilfe für die Dritte Welt.

Frankreich: Politische Konzepte für die Volksfront

„Auf dem Wege über China und Amerika bin ich auf dem Anmarsch nach Paris“, schrieb Klepper am 4. Juli 1935 aus Zürich an Carl Spiecker¹²⁷. Kurz darauf traf er dort ein und wohnte bei seinem Freund, Ludwig Aron, mit dem er schon beim Reichsausgleichsamt nach dem Ersten Weltkrieg zusammengearbeitet hatte und der später als Anwalt zu Klepper in die Preußenkasse gekommen war¹²⁸. In Paris traf er mit vielen Leuten, alten Bekannten, ehemaligen Mitarbeitern und Freunden aus Berlin zusammen, tauschte Eindrücke und Erfahrungen aus und besprach Pläne für die Zukunft. Vor allem suchte er Einblick zu gewinnen in die bisherige politische Tätigkeit der Emigranten. Er muß einen sehr zwiespältigen Eindruck gewonnen haben, denn just bis zu jenem Sommer 1935 bot „die Vielzahl der Aktionen, Ausschüsse und Organisationen, in denen deutsche Emigranten in Paris seit Frühjahr 1933 die Arbeit gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland aufnahmen, [...] das Bild eines kaum entwirrbaren Geflechts“. In den ersten Jahren hatte offenbar hauptsächlich „das Erstaunen oder Erbittertsein über den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland vor[ge]herrscht“; waren die Gedanken meist rückwärts gerichtet; mündete die Frage, wie es dazu hatte kommen können, in Betrachtungen und Anklagen – selten Selbstanklagen. Gedanken über den Sinn der Emigration waren noch selten“¹²⁹.

Dies war eine Klepper eher fremde Einstellung und Haltung. Ihm war der ‚Sinn der Emigration‘ längst klargeworden: Es kam vor allem darauf an, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und Konzepte für ein Deutschland nach Hitler zu entwickeln. Er brannte nun darauf, etwas gegen Hitler zu unternehmen. Er hatte in den USA Pläne für eine Bekämpfung des Hitlerregimes entwickelt und versucht, dort Anhänger und Geldgeber dafür zu finden¹³⁰. Außerdem kam er gerade aus Zürich, wo er seine Freunde, unter anderem Lauffer, getroffen hatte, der wie andere noch in Deutschland lebte. Sie haben Klepper nicht nur gut über die Verhältnisse in Deutschland informiert, sondern auch gesagt, daß die Regimegegner in Deutschland dringend Informationen von außen und Ermutigung bräuchten¹³¹.

Klepper kam mit seinen Initiativen nicht zu spät, noch hatte sich kein aktionsfähiger Kreis gebildet. Im Gegenteil, die erste Phase der Emigration war von dem Wunsch der meisten Emigranten bestimmt gewesen, sich zuerst einmal persönlich und politisch zu orientieren, an alte Verbindungen anzuknüpfen und die vorhandenen parteipolitischen

¹²⁷ BAP, 90 Sp2 (Nachlaß-Spiecker), Klepper an Spiecker, Zürich, 4. 7. 1935 (Bl. 1).

¹²⁸ Brief Arons an Martin Schumacher, 17. 10. 1961 (KNL).

¹²⁹ Langkau-Alex, S. 50 und 127. Vgl. besonders Kapitel II: „Mikrokosmos von Organisationen und Aktionen in Paris, 1933–1935“ (S. 50 ff.).

¹³⁰ Hinweise in fast allen Briefen an Spiecker, der dort auftauchende Name ist mit V. oder Vl. abgekürzt. Es handelt sich um B. Charney Vladeck.

¹³¹ BAP, 90 Sp2, Bericht Kleppers (Bl. 2–14), den er für einige „amerikanische Freunde über die Eindrücke von [seiner] Reise“ geschrieben hat und den er mit dem Brief vom 18. 7. 1935 an Spiecker (Bl. 15) schickte, S. 6: „Vorweg muß ich bemerken, daß es ja kaum noch jemanden geben kann, der einen zentralen Überblick besitzt. Immerhin habe ich mit einer größeren Anzahl von Leuten, die noch in Deutschland leben, insbesondere mit alten Freunden, die mich in der Schweiz besucht haben, lange und eingehend gesprochen.“ Vgl. dazu übereinstimmend: Gross, S. 308 und Gutachten Lauffers für Schmidt, 15. 9. 1948 (KNL); dies bestätigt auch die Reisen Lauffers in die Schweiz.

Organisationen zu festigen¹³², was vor allem für Kommunisten und Sozialdemokraten galt. Daraus hatte sich eher ein Gegen- als ein Miteinander ergeben. Willi Münzenberg, der schon in der Weimarer Zeit bekannte große kommunistische Agitator und einer der Aktivsten unter den Emigranten¹³³, hatte sich „seit Jahren [...] bemüht, gemeinsame Aktionen mit Sozialisten und linksorientierten Bürgerlichen ins Leben zu rufen, und [war] immer wieder [...] in seinen Bemühungen durch starre wirklichkeitsfremde Beschlüsse behindert worden“¹³⁴. Nun aber waren die Dinge in Gang gekommen, und Konrad Heidens Ruf „Heraus aus der Zersplitterung!“ wurde nicht nur gehört, sondern sein Appell wurde verstanden¹³⁵.

Drei Ereignisse trugen dazu bei, daß in jenem Sommer 1935 verstärkt Versuche unternommen wurden, alle Hitlergegner in einer Volksfront zusammenzuschließen. Der eine Anstoß kam von der Saar, wo die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 eine Welle von antifaschistischen Flüchtlingen, unter ihnen viele aktive Widerstandskämpfer, nach Frankreich gebracht hatte¹³⁶. Der zweite Impuls kam aus Frankreich selbst, wo sich die Stimmen für einen „Front Populaire“ zu mehrern begannen¹³⁷, und der dritte, wohl wirksamste Anstoß wurde durch die offizielle Weisung des VII. Weltkongresses der Komintern, für eine „Einheitsfront von oben“ zu kämpfen, gegeben¹³⁸. „Münzenberg nahm die Verkündigung der neuen Linie mit zwiespältigen Gefühlen auf“, er vermochte ihr nur bedingt zu trauen¹³⁹, erkannte aber dennoch in ihr eine wirksame Unterstützung seiner eigenen Bemühungen.

Klepper konnte zunächst nicht in Paris bleiben, seine Familie, die sich inzwischen in einem kleinen Häuschen in Palma/ Mallorca installiert hatte, erwartete ihn. Einerseits mag er ungern aus dem aktiven Zentrum Paris abgereist sein, andererseits zog es ihn zu seiner Familie, zu der inzwischen auch Hedwig v. Kalinowski gestoßen war¹⁴⁰. Zudem

¹³² Vgl. Langkau-Alex, S. 127 ff. und „Mit dem Gesicht nach Deutschland“. Eine Dokumentation über sozialdemokratische Emigration, hrsg. von E. Matthias, Düsseldorf 1968.

¹³³ Das wichtigste Buch über Willi Münzenberg ist nach wie vor das seiner Lebensgefährtin Babette Gross. Das Interesse an ihm hat nie nachgelassen, wovon u. a. ein Münzenberg-Kolloquium in Aix-en-Provence im Frühjahr 1992 zeugt. (Eine Ausstellung mit Begleitheft zu dem Kolloquium in Aix war im Herbst 1992 im C.A.R.A.N. zu sehen.) Vgl. auch die Arbeiten von Rott, Kersten, Paul, Wessel und Koestler.

¹³⁴ Gross, S. 289.

¹³⁵ Vgl. die detaillierte Beschreibung der Bildung des „Vorläufigen Ausschusses“ („Aktionsschuß für Freiheit in Deutschland“), dem vor allem Schriftsteller und Journalisten wie Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Georg Bernhard angehörten, und seine Verbindung mit dem Kreis um Münzenberg, Langkau-Alex, S. 79 ff.

¹³⁶ Zum Beispiel Walter Habicht, den Klepper im Internierungslager Catus kennenlernte (s.u.). Er war 1934 mit anderen als kommunistischer Widerstandskämpfer aus Deutschland geflohen, nachdem er bereits im Gefängnis gesessen und Mißhandlungen über sich hatte ergehen lassen müssen. Vgl. auch: Gross, S. 285 und Mallmann, S. 172 ff.

¹³⁷ Vgl. Gross, S. 283 f. 1936 kam dann das Volksfront-Kabinett unter Léon Blum zustande, hielt sich allerdings auch nur ein Jahr.

¹³⁸ Der Weltkongreß der Komintern fand von Juni bis August 1935 in Moskau statt und forderte die Kommunistischen Parteien auf, gemeinsam mit den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien gegen den Faschismus zu kämpfen, Gross, S. 286 ff. Gross beschreibt ihre und Münzenbergs Ankunft und die beklemmende Atmosphäre in Moskau sehr anschaulich. Es wird deutlich, daß sie beide die Diskrepanz zwischen Parole und Realität durchschauten.

¹³⁹ Vgl. u. a. Gross, S. 289.

¹⁴⁰ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 18.7.35 (Bl. 15).

bot der ruhige Platz die Chance, seine reichen Erfahrungen aus China und den USA auszuwerten und seine Pläne zu entwickeln und zu Papier zu bringen. Diese eineinhalb Jahre in Mallorca waren, vor allem aus der Rückschau betrachtet, eine letzte Oase des Friedens und des Familienlebens, soweit Klepper überhaupt dazu fähig war. Gewiß genoß er das Frühstück in der Sonne, wenn, wie er im Oktober 1935 an Spiecker schrieb, „die Hitze [...] vorbei und es [...] für mitteleuropäische Verhältnisse angenehm sommerlich“ war, wenn er mit seiner Tochter morgens im Meer baden oder auch mit seinem Sohn spazierenging, aber, so berichtet heute sein damals elfjähriger Sohn, dann war nicht etwa von Dingen, die den Sohn beschäftigten, die Rede, sondern von Politik und Wirtschaft. Das öffentliche Geschehen, sprich das Schicksal Deutschlands hatte für Klepper immer den Vorrang vor dem privaten Schicksal seiner Familie und seiner selbst. Was das für eine Ehefrau und die Kinder bedeutet, läßt sich ahnen. Hier liegt auch die tiefere Ursache dafür, daß die Familie nie wieder zusammenfinden sollte, obwohl auch Klepper selbst sehr darunter gelitten hat. Es war so, wie er es in einem Brief an Spiecker formulierte: „Sachlich brenne ich wirklich darauf, nach Paris zu kommen. Persönlich ist der Tausch weniger reizvoll.“ Er wollte sich selbst aktiv an den verschiedenen Aktionen beteiligen, beziehungsweise sie maßgeblich beeinflussen, obwohl er andererseits, auf seine Insel zurückgekehrt, immer wieder feststellen mußte, daß man dort doch besser nachdenken und ruhiger miteinander reden konnte¹⁴¹. Er hat diese Zeit intensiv zur gedanklichen Vorbereitung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus genutzt. Zu diesem Kampf gehörte der Versuch, eine Volksfront zu bilden, genauso wie die Planung der sogenannten Freiheitspartei und die spätere Mitarbeit an der Zeitschrift *Die Zukunft*. Er verstand diese Zeit mit all ihren „Episoden“ als „Vorbereitungszeit des neuen Reiches. Was ich kann, will ich dazu tun, daß es so wird“, schrieb er an Spiecker im Dezember 1935¹⁴².

Die in diesen anderthalb Jahren entstandenen Entwürfe, Analysen und Artikel ergeben zusammengenommen eine Analyse der wirtschaftlichen und politischen Lage 1935/36 vor dem Hintergrund der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts¹⁴³ und ein Konzept für die zukünftige politische, wirtschaftliche und soziale Verfassung Deutschlands nach Hitler. Somit enthalten diese Schriften nicht nur die gedanklichen Grundlagen für Kleppers Kampf gegen den Nationalsozialismus und die Erklärung für sein zeitweiliges Engagement für die Volksfrontidee, sondern bieten auch die Basis für das Verständnis von Kleppers publizistischer Arbeit nach dem Kriege. Darüber hinaus dokumentieren die Briefe eine rege Korrespondenz unter anderem mit Amerika, um Geld für seine Arbeit zu organisieren, mit der Schweiz, von wo er Nachrichten aus Deutschland

¹⁴¹ Ebenda, Klepper an Spiecker, u. a. 31. 10. 1935 (Bl. 58), 24. 1. 1936 (Bl. 77). Vgl. auch Klepper an seine Schwiegertochter Mary Beth, 26. 12. 1947.

¹⁴² Ebenda, Klepper an Spiecker, 11. 12. 1935 (Bl. 62).

¹⁴³ Ebenda. Klepper war davon überzeugt, daß zu einem Konzept für die Zukunft unabdingbar die Analyse der jeweils gegenwärtigen Realität gehörte, die wiederum nicht, wie er immer wieder betonte, ohne den historischen Rückblick zu verstehen war (Klepper, Freiheit und Volk, Bl. 137).

erhielt, und mit Paris, um mit Spiecker, Münzenberg und anderen den Kampf gegen Hitler zu organisieren¹⁴⁴.

Im Dezember 1936 bezeichnete er in einem Artikel mit dem Titel: „Europäische Freiheit“ die europäische Politik seit 1918 „als den Abschnitt des pseudo-pazifistischen Rekonstruktionsversuches“, der sich nun „offensichtlich seinem Ende“ nähere¹⁴⁵. Aufgrund veränderter ökonomischer Bedingungen wäre eine gesellschaftliche Umwälzung schon im 19. Jahrhundert notwendig gewesen, denn aus der Französischen Revolution sei die bürgerliche Gesellschaft und aus der industriellen das Industrieproletariat hervorgegangen, das „anstelle der Freiheit [...] die Fron des Arbeitsmarktes“ vorgefunden habe, womit wiederum eine Klasse vom Genuß der durch die Französische Revolution propagierten persönlichen Freiheit ausgeschlossen worden sei. „So entdeckte man“, nach Klepper, „daß es wirkliche persönliche Freiheit für die Masse ohne Verankerung im ökonomischen Gebiet nicht gibt“, das heißt, es könne „keine wahre persönliche Freiheit ohne Gewähr für ein Mindestmaß an ökonomischer Unabhängigkeit geben“. Claude Henri de Saint-Simon, Charles Fourier und andere französische Frühsozialisten versuchten, die Freiheit neu zu stabilisieren. Lorenz v. Stein nahm ihre Bemühungen auf und „trug in Deutschland die Theorie der sozialen Bewegung mit heute noch eindrucksvollem Appell an die Besitzenden vor“, und wenn auch die damaligen Entwürfe einer neuen Gesellschaft überholt seien, so meinte Klepper, wirke doch „die hinter ihnen stehende Idee eines Sozialismus der klassenmäßigen *Synthese*“ fort. Seit dem Ausbruch der russischen Revolution versuche nun die marxistische Arbeiterbewegung, „den klassenmäßig *beschränkten* Sozialismus“ zu propagieren und zu verwirklichen, um den bisherigen Klassenfeind zu vernichten.

Entsprechend deutete Klepper das „Auftauchen“ Mussolinis, „Hitlers Berufung zur Macht“ und „was jetzt Spanien verwüstet“ als „Gegenstoß gegen die russische Revolution“, ein erneuter Sieg des „Prinzips der Unfreiheit“. „Die Erfinder der sogenannten totalitären Staatssysteme hätten versucht, die Gegensätze der Klassen durch die Mystik eines ‚Führertums‘ und einer ‚Gefolgschaft‘ fortzuillusionieren, [...] Klassengegensätze sind [aber] eine Realität. Die politische Haltung der Klassen“, die von der ökonomischen Entwicklung „erzeugt, gehalten und zerstört“ werden, „wird durch die Lage ihrer Interessen bestimmt, [ihre] Ziel [...] ist, die politische Macht in den Dienst ihrer Interessen zu stellen. Das Spiel dieser Kräfte zu steuern, ist der Gegenstand der Politik.“¹⁴⁶

Klepper beschreibt nun, wie die Freiheit in jedem Falle unterdrückt werde, je nachdem, welche Klasse, die „absterbende“ oder die „aufziehende“, Grundlage eines Regimes sei. Entweder versuche das Regime, „die Dynamik der Epoche zu brechen“, indem es wie im Kaiserreich versuche, der ökonomischen Entwicklung und der damit ver-

¹⁴⁴ Ebenda, der 1. Brief aus Mallorca stammt vom 18. 7. 1935 (Bl. 15), der letzte vom 18. 7. 1936 (Bl. 101). Außerdem liegen der Korrespondenz folgende schriftliche Ausarbeitungen Kleppers bei: 1) Bericht für Amerika (Bl. 2–14); 2) Analyse der politischen Lage, die Grundlage seines Vortrages vor dem „Lutetia-Kreis“ am 22. 11. 1935 war (Bl. 27–56); 3) Artikel: „Die Dynamik der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik“ (Bl. 106–131); 4) Entwurf für die Programmdiskussion der Volksfront (Bl. 81–83); 5) Programmentwurf für die Volksfront: „Die programmatische Aufgabe der Volksfront“ (Bl. 84–95); 6) Entwurf eines Freiheitsbriefes für den „Bund Freiheit und Vaterland“ (Bl. 102–104) und 7) Artikel „Freiheit und Volk“ (Bl. 137–142). Alle Texte werden im folgenden durch Blatt-Angabe zitiert.

¹⁴⁵ Klepper in: NTB, 26. 12. 1936 (alle folgenden Zitate stammen aus dem Artikel).

¹⁴⁶ BAP, 90 Sp2, Klepper, Freiheit und Volk, Bl. 139.

bundenen „sozialen Umwälzung“ auszuweichen, beziehungsweise wie in der Zeit der Republik vor ihr zurückzusehen, oder es versuche, „eine Stufe der Entwicklung zu überspringen“ und einen nur auf eine Klasse beschränkten Sozialismus mit Gewalt durchzusetzen wie in der Sowjetunion. „Zwischen diesen Extremen“, so meinte Klepper, „liegen Übergänge“, entsprechend biete das Regime „den größtmöglichen Freiheitsgehalt [...], das auf der Synthese der Interessen der von der Entwicklung getragenen und der kommenden Klassen“ beruhe. „Jede Reaktion [*dagegen*] ist nur ein Versuch, den Strom des entwicklungsmäßigen Fortschritts zu stauen. Das einzig gewisse Ergebnis dieses Unterfangens ist der Bruch des Damms.“¹⁴⁷

Aus diesem Grunde war Klepper auch fest davon überzeugt, daß das nationalsozialistische Regime früher oder später fallen mußte. So bot ihm „der Blick von 1789 auf 1937 [...] den Schlüssel zum Verständnis dafür, wie die weltpolitischen Fronten etwas zögernd, aber in einer bereits unabänderlichen Bewegung, sich herauszubilden im Begriff“ seien. Nach seiner Meinung schieden sich die Geister an der Stellung zum „Prinzip der Freiheit“, das „uns zu Herren unserer Lebensführung machen“ wolle, „soweit das mit der Staatsräson vereinbar“ sei. Dagegen stelle „das Prinzip der Unfreiheit, dessen lügenhaftester Ausdruck das Geschwätz von Blut und Boden ist, [...] die Staatsräson in den Dienst des Versuches, uns dieser Selbstbestimmung zu entäußern“. „Rußland“, meinte Klepper, sei „an die Sache der Freiheit gebunden“, da „das Ziel auch des klassenmäßig *beschränkten* Sozialismus [...] die Freiheit“ sei. Deshalb müsse, selbst wenn „der abendländisch-humanistische Welt [...] die Gesichtszüge Sowjetrußlands nicht vertraut“ seien, „die Kreuzzugspareole gegen Rußland verhallen und deshalb werden“, so prophezeite er, „in der entscheidenden Stunde die Demokratien und Sowjetrußland auf derselben Seite den in der Gestalt von ‚Führern‘ verborgenen Mächten der Unfreiheit gegenüberstehen“. Offensichtlich war Klepper sich zu dem Zeitpunkt noch nicht darüber im klaren, ob die „große strategische Wendung der Kommunistischen Partei bewußt geschieht“, ob sie auf „Erkenntnis“, „Instinkt“ oder Taktik beruhe; für ihn zählte zu dem Zeitpunkt allein die Beseitigung der reaktionären Diktatoren und die „Rückkehr zum klassenmäßig *synthetischen* Sozialismus“, der 1789 begonnen wurde und nun mit dem „Aufbau der europäischen Gesellschaft“ vollendet werden sollte!¹⁴⁸

Wie nun schätzte Klepper die wirtschaftliche und politische Situation in Deutschland 1935/36 ein?¹⁴⁹ Die wirtschaftliche Lage entlarvte er als „künstliche Konjunktur“. Der zweifellos feststellbare und von Klepper mit Zahlen belegte wirtschaftliche Aufschwung habe zwei Ursachen, zum einen werde „das neue Regime [...] von weiten Kreisen aller Schichten mit großer Hoffnung begrüßt; es hatte von vornherein einen gewissen goodwill. Hieraus gewannen Produktion und Konsum einen neuen Antrieb“, zum anderen, und das sei „die wesentliche Ursache der Besserung“, habe es „alle die Maßnahmen, die man unter dem Begriff der Arbeitsbeschaffung von Staats wegen zusammenfassen“ könne, ergriffen¹⁵⁰. Diese hätten mit Beihilfen zur Instandsetzung von Häusern begon-

¹⁴⁷ Ebenda.

¹⁴⁸ Klepper, Europäische Freiheit (NTB). Zur Diskussion seiner Einschätzung Rußlands und der Ziele der Kommunistischen Partei vgl. weiter unten die Diskussion zum Versuch der Volksfrontbildung 1935/36.

¹⁴⁹ Vgl. vor allem die Berichte nach Amerika, Bl. 2 ff., 27 ff., 63 ff., 106 ff., sowie: „Die Aufgabe der Volksfront“ und „Freiheit und Volk“ (BAP, 90 Sp2).

¹⁵⁰ Ebenda, Bl. 2 f.

nen, sich mit der Förderung der Ersatzstoffindustrie gesteigert und sich schließlich vor allem auf die Rüstungsindustrie und alles, was mit dem Heerwesen zu tun habe, konzentriert. Im einzelnen wies Klepper die Finanzierung durch Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungswechsel sowie andere Finanzierungsmittel nach und gelangte zu dem Schluß, daß die ganze Konjunktur, die von vielen Deutschen als „echt“ bezeichnet werde, trotz einer Steigerung des Konsums und der Verminderung der Arbeitslosigkeit „künstlich“ genannt werden müsse¹⁵¹. Künstlich, weil sie in dem Augenblick zusammenbreche, wenn „die Aufrüstung ihre natürliche Grenze“ erreicht habe und die „Finanzierungsmöglichkeiten des Staates“ erschöpft seien; künstlich auch, weil das nationalsozialistische Regime den Aufschwung nicht genutzt habe, um an „der falschen Grundtendenz der deutschen Wirtschaftspolitik“ etwas zu ändern¹⁵². Weder habe es eine Strukturreform auf dem Agrarsektor und in der Schwerindustrie durchgeführt¹⁵³, noch habe es die zu Ende der Republik bereits aufkommenden „Autarkiebestrebungen“ nicht nur nicht abgebaut, sondern durch den Ausbau des handelspolitischen Gegenseitigkeits- statt des Meistbegünstigungsprinzips, durch zollpolitischen Schutz statt Öffnung des nationalen Marktes noch verstärkt¹⁵⁴. Kleppers Einschätzung der wirtschaftlichen Lage unterscheidet sich nicht grundlegend von der anderer Emigranten, geht aber viel mehr ins Detail und bezieht auch die vor 1933 angelegten, nun weiterwirkenden strukturellen wirtschaftlichen Mängel mit ein. Vor allem aber diente ihm die Analyse des augenblicklichen Zustandes als Kontrastfolie für Reformen in der Zeit nach dem Nationalsozialismus¹⁵⁵.

Ausgehend von der Tatsache, „daß das deutsche Volk auf einem engen Raum, der nicht mit bemerkenswertem natürlichem Reichtum ausgestattet ist, eingezwängt“ lebt, gebe es „zwei entgegengesetzte politische Konzeptionen“, die „beide expansiv“ seien, um auf diese Situation zu reagieren. Die eine, die Klepper „die hanseatische Konzeption“ nannte, zielen auf eine „optimale Ausnutzung der eigenen Produktionsmittel durch volle Eingliederung in das weltwirtschaftliche Spiel“ und strebe somit „die Erweiterung der deutschen Basis auf dem Wege der kommerziellen Expansion“ an. Die andere, „die alldeutsche“ Konzeption erstrebe dagegen „die territoriale Ausdehnung der Volkswirtschaft“ mit dem „Endziel [...] eines relativ autarken, großdeutschen Wirtschaftsraumes“, der praktisch nur durch Krieg zu erreichen sei¹⁵⁶. „Beide Konzeptionen schließen sich gegenseitig aus.“ Nur in der Ära Stresemann sah Klepper Ansätze für eine „kommerziell-expansive Richtung“, die aber schon in der „Ära Hindenburg schnell abgedrängt“ wurde¹⁵⁷ und nun endgültig aufgegeben worden sei. Die Ankurbelung der Konjunktur ohne gleichzeitige Wirtschaftsreformen hat zu einer so großen Staatsverschuldung, nämlich von „20 Milliarden RM fester Schuld und 16,5 Milliarden RM schwebender Schuld“¹⁵⁸, geführt, daß, so vermutete Klepper, „in einem demokratischen Staat [...]

¹⁵¹ Ebenda, Bl. 30.

¹⁵² Ebenda, Bl. 3 f.

¹⁵³ Vgl. ebenda ausführlich: Bl. 30 ff.

¹⁵⁴ Ebenda, Bl. 49.

¹⁵⁵ Vgl. dazu Langkau-Alex, S. 96 ff.

¹⁵⁶ BAP, 90 Sp2, Bl. 142.

¹⁵⁷ Ebenda, Bl. 33 f.

¹⁵⁸ Ebenda, Bl. 53 f.: „Diese Beträge sind Mindestschätzungen, die hinter den in Berliner Großbankenkreisen kursierenden Ziffern weit zurückbleiben. Die Unterstellung einer Fehlergrenze nach oben von 10 bis 20 v. H. dürfte deshalb nicht übertrieben sein.“

unter gleichen Verhältnissen wahrscheinlich schon längst eine offene Inflation ausgebrochen [*wäre*]. In Deutschland wird die Lage bisher nur durch das merkwürdige, an das Mystische grenzende Vertrauen gehalten, welches das Volk zu der Person Hitlers hat; er verspricht immer wieder, es kommt keine Inflation, und man glaubt ihm.“¹⁵⁹

Wenn Klepper auch nicht von einem theoretischen Ansatz ausgegangen ist wie Kirchheimer, sondern eher aus der Beobachtung und seiner politischen Erfahrung heraus geurteilt hat und dabei nicht zu so umfassenden Analysen wie Kirchheimer gelangt ist, so kommt er doch zu einem ähnlichen Fazit wie dieser: „Soweit die Änderungen des Verwaltungs-, Arbeits- und Bauernrechts den Anschein erwecken, als ob Linderung der durch die Krise hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beabsichtigt wäre, haben sie nur persönliche Umschichtungen, das heißt Besserung von Einzelexistenzen in der Wirtschaft und Bürokratie auf Kosten der Allgemeinheit hervorgerufen. Der Mißerfolg der Maßnahmen, welche die Regierung Hitler zur Behebung der Krise anwandte, wird offenkundig. Das kann“ so fügte Kirchheimer in seinem um die gleiche Zeit wie Klepper, 1935, geschriebenen Aufsatz hinzu, „den nicht überraschen, der den Nationalsozialismus seiner politischen Herkunft nach als reaktionär und seinem gesellschaftlichen Auftrag nach als ausschließlichen Vertreter der Interessen einer hauchdünnen Oberschicht erkennt.“¹⁶⁰

Zusammengefaßt sah Kleppers Lagebericht folgendermaßen aus: „Das nationalsozialistische Regime ist insofern stabilisiert, als es in vollem Besitz der Machtmittel ist und einer aktivistischen Opposition nicht gegenübersteht. Es ist aber insofern nicht stabilisiert, als es im Bewußtsein des Volkes noch keineswegs als etwas Endgültiges, Selbstverständliches verankert ist. In eigentlich allen Schichten der Bevölkerung herrscht eine ständige Spannung. Man wartet auf irgend etwas Neues; man fragt, wie einer meiner Freunde sich ausdrückte, immer noch: ‚werden die Nazis es schaffen?‘ Gleichzeitig hat das Regime aber mit einer weitverbreiteten Mißstimmung zu kämpfen“, die „sich aber nur gegen das Regime, nicht gegen die Person Hitlers“ richtet; daneben „herrscht unter den unmittelbaren Nutznießern, dem riesigen Funktionsapparat, Begeisterung“¹⁶¹.

Damit sah Klepper schon 1935 klar voraus, worauf die nationalsozialistische Politik hinauslief, um so mehr, als er erkannte, daß einerseits „die Nationalsozialisten gewiß bereit sind, große Opfer zu bringen, um an der Macht zu bleiben“, andererseits aber unfähig „zu einer allgemeinen außenpolitischen Verständigung“, so daß ein „allgemeiner europäischer Konflikt“ praktisch vorprogrammiert sei, allein schon deshalb, weil die Nationalsozialisten damit versuchen, „den inneren Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen“. Diese Situation könne, so meint Klepper, jederzeit eintreten, und dann ergäbe sich „die Chance für den Sturz Hitlers, [...] gewissermaßen über Nacht“. Für diesen Augenblick gelte es gerüstet zu sein¹⁶².

Im nachhinein wird immer wieder kritisiert, daß die Emigranten die Lage in Deutschland falsch eingeschätzt hätten, so wie es Klaus Harpprecht beschrieb: „Heinrich Manns Täuschungen – nicht nur die seinen – über die vermeintliche Schwäche der Diktatur wa-

¹⁵⁹ Ebenda, Bl. 11.

¹⁶⁰ Kirchheimer, Staatsgefüge. Vgl. dazu den Aufsatz von Saage, der Kirchheimers Analyse mit kontroversen Thesen Ernst Fraenkels, Friedrich Pollocks und Max Horkheimers vergleicht sowie mit anderen totalitarismustheoretischen Ansätzen.

¹⁶¹ BAP, 90 Sp2, Bl. 7ff.

¹⁶² Ebenda, Bl. 5, 7 und 11.

ren schrecklich. Sie erklärten sich aus der Trauer und aus der Einsamkeit, die das Geschick fast aller Emigranten bestimmten. Sie wollten nicht wahrhaben, daß sich die Herrschaft Hitlers bis tief in den Krieg auf eine wachsende Zustimmung der Deutschen stützte. Sie wußten es nicht. Sie wollten es nicht wissen.“¹⁶³ Auffällig bei dieser Beurteilung ist einmal der fast mitleidige Ton, zum anderen wird unzulässig verallgemeinert, ie unzählige Beispiele, nicht nur das Kleppers, zeigen, und drittens saßen die Emigranten nicht in einem neutralen Warteraum, aus dem sie abgeholt werden würden, wenn ‚der Spuk‘ vorüber war, sondern sie haben in ihren jeweiligen Gastländern unter den dort jeweils herrschenden politischen Bedingungen gegen das Hitlerregime gekämpft, vor ihm gewarnt, sich damit häufig unbeliebt gemacht und versucht, die Menschen innerhalb Deutschlands aus ihrer Lethargie zu reißen, wofür sie einen gewissen Zweckoptimismus brauchten.

Ausgehend von der Analyse der politischen und wirtschaftlichen Lage Nazideutschlands vor dem entsprechenden historischen Hintergrund, war für Klepper der nächste Schritt die Erarbeitung eines Rahmenprogramms, und zwar einmal, um für die Sammlung aller Gruppierungen klare Richtlinien, und zum anderen, um im Falle eines Endes der nationalsozialistischen Herrschaft ein Konzept zum Handeln und eine Basis für eine neue Verfassungsdiskussion zu haben. Unter dem Titel „Die programmatische Aufgabe der Volksfront“ entwarf er ein solches Rahmenprogramm, das er in seinem Artikel „Freiheit und Volk“ noch weiter präziserte. Vier Punkte galt es vorrangig zu klären: „1. den verfassungsmäßigen Charakter des Staates, 2. die Wirtschaftspolitik, 3. die außenpolitische Richtung und 4. den Schutz vor Gegenrevolution“¹⁶⁴. Ausgangspunkt und Ziel aller Überlegungen war für Klepper die Freiheit, doch da, wie „der Leidensweg des deutschen Volkes“ gelehrt habe, „die staatsrechtliche Proklamation der Freiheit allein eine leere Form ist“, müsse man einen Schritt weitergehen. Klepper definierte Freiheit in einem erweiterten aktiven Sinne, indem er sie als „Möglichkeit, die eigene Persönlichkeit zu entfalten“, bezeichnete. Diese „Chance [*aber tatsächlich*] zu eröffnen, ist nur eine Staatsmacht imstande, die sich mit den gesellschaftlichen Schichten verbindet, deren Lebenskraft dem Zuge der Entwicklung selbst entstammt; denn nur eine solche Staatsmacht steht unter dem natürlichen Gebot, auch die wirtschaftliche Grundlage des Volkslebens den Bedürfnissen dieser Entwicklung anzupassen. Ohne Verankerung in diesem Grunde aber gibt es nun einmal keine Freiheit.“¹⁶⁵

Die nächste Frage sei, welche „sozialen Schichten in dieser Weise gegenwärtig zur Macht berufen sind“? Die „überkommene klassenmäßige Einteilung“ hilft nach Kleppers Meinung nicht weiter, denn weder bestimmen „die Gegenüberstellung von Bourgeoisie und Proletariat“ oder von „Besitz und Besitzlosigkeit [...] die sozialen Standorte verlässlich“, noch seien „die gesellschaftlichen Wandlungen, welche die Nachkriegszeit begleiten, abgeschlossen“ oder hätten gar im „Bewußtsein der Betroffenen einen endgültigen Niederschlag gefunden“. „Wir benötigen“ deshalb, so meinte Klepper, „ein anderes Merkmal.“ Er versuchte dieses aus der „Erfahrung des letzten Vierteljahrhunderts“,

¹⁶³ Harpprecht, Bruder Heinrich, in: Die Zeit, 21. 2. 1992, S. 72.

¹⁶⁴ BAP, 90 Sp2, Bl. 88.

¹⁶⁵ Ebenda. Wie der Rechtsstaat die staatsbürgerliche Freiheit garantiert, definierte Klepper so: „Die Unantastbarkeit von Person, Heim und Eigentum; die Gleichheit Aller vor dem Gesetz ohne Ansehung des Standes, der Religion und der Rasse; die Freiheit des Denkens und Glaubens, des Wortes und der Vereinigung“ (Bl. 140).

also seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges, zu entwickeln und kam zu dem Ergebnis, daß „die Gesamtheit der Gehalts- und Lohnempfänger, die Angehörigen der freien geistigen Berufe, die gewerblichen Mittelschichten und das Bauerntum existenzmäßig bedingt sind durch ihre individuelle *Leistung*, nicht durch die Arbeit ihres Kapitals“. Da dieser „akapitalistische Teil des Volkes“ aber „der geistigen Planung, der organisatorischen Anlage und der Ausführung nach den wesentlichen Teil der nationalen Arbeitsleistung“ bewirke, stehe er, „von keinem rückläufigen Interesse gefesselt [...] bereits auf der sich neu entwickelnden Grundlage“ und qualifiziere sich damit als „Repräsentant des kommenden Regimes“¹⁶⁶.

Da „im freiheitlichen Staat [...] die Freiheit der staatsbürgerlichen Willensbildung eine politische Notwendigkeit“ sei und „sein Ziel ist, den entwicklungsmäßig lebendigen Kräften Spielraum zu schaffen“, „benötigt der freiheitliche Staat eine Volksvertretung, deren Wirksamkeit die langfristige Dynamik des Regimes mit den Bewegungen der öffentlichen Meinung verbindet“, das bedeute, wie es im Entwurf für die Volksfront heißt, in einer „Demokratie der Arbeitenden“ müsse „die politische Macht [...] in den Händen der Schichten des Volkes liegen, deren wesentliche Einkommensquelle ihre Arbeitskraft ist“, und das seien nach Klepper 70 bis 80% der Bevölkerung¹⁶⁷. Deshalb sollte neben das durch allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht gewählte Parlament eine „erste Kammer“ von „100 Mitgliedern (Mindestalter 40 Jahre)“ treten, in der die Repräsentation der oben erwähnten Schichten gewährleistet sei. Sie werden durch die „Berufsgenossenschaften“ gewählt und abberufen. „Die Beschlüsse der Volksvertretung kommen nur durch Übereinstimmung beider Häuser zustande.“ Die Tatsache, daß Klepper die Kammern auch „Ober- und Unterhaus“ genannt hat¹⁶⁸, gibt den Hinweis auf das englische System und erläutert seine Vorstellung, daß er auf diese Weise einer parteilich nicht gebundenen Elite politische Mitsprache verschaffen wollte. Nur rekrutierte ‚seine‘ Elite sich nicht aus dem Adel, mit dem Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht die besten Erfahrungen gemacht hatte, sondern aus den ‚Besten‘ jeden Berufsstandes, also eine Art Wirtschaftselite, die sich aber nicht nur aus der ‚Managerkaste‘, sondern aus allen sozialen Schichten rekrutieren und zur Zusammenarbeit im Sinne des Gemeinwohls verpflichtet sein sollte.

Es wäre zwar verkehrt, hier direkt an den Gedanken des Kooperativstaates anknüpfen zu wollen oder an Vorstellungen von Bismarck oder auch des Vereins für Sozialpolitik¹⁶⁹, aber es läßt sich nicht leugnen, daß Kleppers Denken hier noch im 19. Jahrhundert verhaftet war. Hinzu kommt, daß die negativen Erfahrungen mit den Parteien zur Zeit der Weimarer Republik Kleppers Vertrauen in die Kontrollmechanismen der parlamentarischen Demokratie nicht gerade gestärkt haben. Er bedachte nicht, daß seine Vorschläge sehr wohl auch für undemokratische Ziele hätten benutzt werden können. Klep-

¹⁶⁶ Ebenda, vgl. auch den Volksfrontentwurf, dort zählte Klepper folgende Gruppen auf: „Arbeiter, Angestellte, Beamte, gewerblicher Mittelstand, Bauern, Intellektuelle und Künstler, Universitäten, Religionsgesellschaften“ (Bl. 88).

¹⁶⁷ Ebenda, Bl. 141, 88 und 86: „Begrift man den Sozialismus vormarxistisch, schlechthin als eine nur auf der Arbeit beruhende Ordnung des Besitzes, so ist sogar eine ausgesprochen sozialistische Tendenz sichtbar, wie das der sozialen Struktur entspricht.“

¹⁶⁸ Ebenda, Bl. 141. Die Wahl kann auf Lebenszeit sein, und „das Staatsoberhaupt kann bewährte, aber nicht mehr aktive Politiker in das Oberhaus berufen“.

¹⁶⁹ Vgl. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1966, S. 50 ff.

per war kein Theoretiker, ihm dienten wirtschaftliche, soziale oder politische Theorien als eine Art Steinbruch, aus dem er sich das herausholte, was er meinte für die jeweilige Situation brauchen zu können. Er dachte pragmatisch und suchte pragmatische Lösungen. Seine Vorschläge, wie auch dieser, setzen bei den Betroffenen stets ein gewisses Verantwortungsbewußtsein für das Gemeinwohl voraus. Das wichtigste Anliegen war ihm, daß diejenigen, die die Hauptarbeit für die Gesellschaft leisteten, auch an ihrer Mitgestaltung beteiligt sein sollten. Im übrigen bleiben seine Vorstellungen in diesem Punkt sehr vage. Auch sein Vorschlag, die Länder in Verwaltungsbezirke umzuwandeln¹⁷⁰, ist zu kritisieren, denn dies käme einer Abschaffung des Föderalismus und damit der Beseitigung einer weiteren Kontrollinstanz gleich. Dieser Idee, die er durch die Forderung ergänzte, Preußen aufzulösen und aus Berlin einen eigenen Verwaltungsbezirk zu machen, ist ganz offensichtlich auf seine Erfahrungen während des Staatsstreiches von 1932, als die Länder als Kontrollinstanz versagt hatten, zurückzuführen.

In Bezug auf den Reichspräsidenten schlägt Klepper vor, daß dieser nicht vom Volk, sondern von beiden Kammern gewählt werden sollte. Alle Volks- und Regierungsvertreter sollten „bei ihrer Nominierung auf Wahrung der Verfassung und auf Unterdrückung reaktionärer Tendenzen vereidigt werden“, und als Grundrechte könnten im wesentlichen die der Weimarer Verfassung gelten. Weitere Bestimmungen waren: „Trennung von Staat und Kirche“ und die „Unterordnung der Armee unter die politische Führung, auch bei Ausnahmezustand“¹⁷¹.

„Die wirtschaftspolitische Neugestaltung, welche die Errichtung des freiheitlichen deutschen Staates zu begleiten hat, richtet sich nach dem Bedürfnis der sozialen Schichten, die ihn tragen. Wohlstand bringt Freiheit, Armut erzeugt Knechtschaft“; entsprechend sollten nach Klepper die beiden vorrangigen Ziele einer künftigen Wirtschaftspolitik „die Erhöhung des Ertrages der Volkswirtschaft und die dem geleisteten Beitrag entsprechende gerechte Beteiligung des einzelnen“ sein, was vor allem durch eine Privilegierung des „Arbeitseinkommens gegenüber dem Kapitaleinkommen“ erreicht werden solle. Neben die „größtmögliche Beteiligung aller Arbeitenden am volkswirtschaftlichen Ertrag“ stellte Klepper das Ziel der „optimalen Eingliederung der deutschen Wirtschaft in den weltwirtschaftlichen Güteraustausch“, wozu es einer von Klepper bereits zur Weimarer Zeit geforderten Strukturreform auf dem Agrar- und dem Industriesektor bedürfe¹⁷². „Den privatwirtschaftlichen industriellen Sektor“ wollte Klepper zur „Veröffentlichung von Bilanz und Ertragsrechnung“ verpflichten und „eine Änderung der Ertragsordnung in der Weise [erreichen], daß die Rangfolge ist: Reserven, Lohn und Gehalt, Kapitalzins“. Schließlich solle „die prinzipielle Linie der Steuerpolitik [...] zur Entlastung des Verbrauchs und innerhalb des Bereichs der direkten Steuer von der Entlastung des Einkommens zur Belastung des Besitzes, insbesondere beim Erbfall“ führen, im landwirtschaftlichen Bereich solle nur eine „progressive Grundsteuer erhoben werden“¹⁷³.

In der Außenpolitik plädierte Klepper für den „Wiederanschluß an den Völkerbund. Keine territoriale Expansion. Dagegen allgemeine Rückkehr zum Prinzip der offenen

¹⁷⁰ BAP, 90 Sp2, Bl. 88.

¹⁷¹ Ebenda.

¹⁷² Ebenda, Bl. 89 ff. und 141 f.

¹⁷³ Ebenda, Bl. 91.

Tür“, und natürlich „die Eingliederung Deutschlands in ein friedliches Europa“. „Zur Abwehr gegenrevolutionärer Bestrebungen“ empfahl Klepper detaillierte Maßnahmen zur gerichtlichen Verfolgung und vor allem zur konsequenten Ausschließung aller ehemaligen Nationalsozialisten und ihrer Kollaborateure, sowie die Absetzbarkeit von Beamten¹⁷⁴.

Dieser Programmentwurf setzt bei aller Kürze und erkennbaren Kompromißbereitschaft doch einige klare Akzente, die nicht als ein Nachgeben gegenüber kommunistischen Forderungen zu verstehen, sondern durchaus auf eigene Vorstellungen Kleppers zurückzuführen sind, die er schon früh entwickelt und auch zur Grundlage seiner Politik in der Weimarer Zeit gemacht hatte. Besonders auffällig ist zum einen seine Entschiedenheit, die tatsächliche Ausübung der politischen Macht der tatsächlichen Zusammensetzung der Gesellschaft anzupassen, wobei sein Ansatzpunkt eher praktisch als theoretisch ist, und zum anderen sein Versuch, gegen den allzu beherrschenden Einfluß der politischen Parteien ein Gegengewicht zu schaffen, da diese nach seiner Meinung die Ideologie des Klassenkampfes oft über die eigentlichen Bedürfnisse der Menschen stellten und in keiner Weise die ganze Breite der Bevölkerung repräsentierten.

Die Frage, wer die Liquidation des nationalsozialistischen Erbes und den Neuaufbau danach übernehmen sollte, hat Klepper sehr beschäftigt, und er hat sie im Zusammenhang gesehen mit der Frage, welche Rücksichten man auf typisch deutsche Neigungen zu nehmen habe. Als einen wesentlichen Umstand bezeichnet er die Tatsache, daß die Deutschen keine „Rationalisten wie etwa die Franzosen“ seien und deshalb „das politische Handeln in einer metaphysischen Verbindung sehen“ müßten. Da besonders nach „der Zwangsjacke des Hitlerismus [...] die natürlichen Individualitäten wieder verstärkt zum Vorschein kommen“ werden, wird „das vierte Reich von einer ausgesprochenen Toleranz gegenüber den ideologischen Niederschlägen sein müssen, die der besonderen Zusammensetzung des deutschen Volkes entsprechen. [...] Gerade weil wir verschiedenartige ideologische Dispositionen in einer bestimmten Richtung konkretisieren müssen, brauchen wir aber kein Programm von weltanschaulicher Färbung. Wir könnten so etwas gar nicht gebrauchen.“ Es könne sich nur darum handeln, „die ideologischen Voraussetzungen innerhalb des religiösen und des intellektuell-liberalen Sektors im Sinne des sozialen Freiheitsgedankens zu fruktifizieren, also das zu schaffen, was in der Republik embryonal geblieben ist“¹⁷⁵. Eine „Wiederbelebung der christlichen Religiosität als Gegenwirkung gegen den nazistischen Barbarismus und das ‚Neuheidentum‘“ könne er sich noch am ehesten vorstellen¹⁷⁶. Auf der anderen Seite neigten die Deutschen seiner Meinung nach zu „sachlicher Systematik, die von dem nervös-unklaren Mystizismus der Nationalsozialisten nur zeitweilig übertönt werden konnte“, so daß schließlich der Wunsch nach einer klaren und nach außen friedlichen Regelung der deutschen Verhältnisse wieder durchkommen werde.

Wer sollte dieses Programm in dem künftigen Deutschland realisieren helfen? Klepper hielt es für „absolut utopisch, zu glauben, unsere republikanischen Parteien seien zu regenerieren“¹⁷⁷, denn es sei „auf absehbare Zeit unmöglich [...], daß eine der Parteien, die

¹⁷⁴ Ebenda, Bl. 92 f. und 13 (Europa).

¹⁷⁵ Ebenda, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 97 f.).

¹⁷⁶ Ebenda, Bl. 12.

¹⁷⁷ Ebenda, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 97).

[...] von den Nationalsozialisten in der bekannten beschämenden Weise geschlagen worden sind, in der Volksstimmung soviel Kredit finden wird, daß sie die Führung des neuen Staates übernehmen könnte. Das gilt besonders von den Sozialdemokraten“, die zwar gewiß noch Anhänger hätten und neue gewinnen werden, aber die, so meinte er, „nicht die Kraft [hätten], die Former des kommenden Neuen zu werden. Daran wird sie [...] die kampflose Kapitulation von ehemals“ hindern. Dieses Urteil ist offensichtlich stark von seinen eigenen Erfahrungen vor allem im Juli 1932 geprägt, aber auch von dem Bild, das die Exil-SPD im Jahre 1935 bot: in sich uneins, zögernd und mutlos. Klepper stellte sich als geeignetste Gruppierung eine vor, die von einer „christlich-sozialen Grundposition“ ausgeht, „denn es ist von dieser Plattform aus ebenso möglich, den Kontakt zu halten mit Sozialisten wie mit Konservativen“, und die konfessionelle wie die landsmannschaftliche Vielfalt der Deutschen könnte so am ehesten berücksichtigt werden. Außerdem sah Klepper hier noch den brauchbarsten Ansatzpunkt, um eine Oppositionsbewegung im Reich von „draußen“ politisch zu aktivieren. Im ganzen glaubte er trotz partieller Unzufriedenheit in einzelnen Schichten der Bevölkerung und trotz der Untergrundorganisation der Kommunistischen Partei nicht an einen Sturz des Regimes von innen ohne Hilfe von außen¹⁷⁸.

Betrachtet man die politischen Vorstellungen Kleppers und berücksichtigt man sein traditionelles Mißtrauen gegen jegliche Ideologie und die sie vertretenden Parteien, kann man verstehen, daß Klepper zunächst, wie viele andere bürgerliche Demokraten, dem Gedanken einer Volksfront gegenüber aufgeschlossen war und versucht hat, mit Münzenberg und anderen zusammen ein brauchbares Instrument im Kampf gegen das NS-Regime aus ihr zu formen¹⁷⁹. Er machte sich keine Illusionen über die Wirkung der Volksfront nach außen, im Dezember 1935 schrieb er an Münzenberg: „Nüchtern gesehen wird man sich sagen, daß sich eine Anzahl politischer Einzelgänger um die Kommunistische Partei gruppiert hat, um gegen den Nationalsozialismus zu protestieren.“ Mit einem solchen Image aber sei die Volksfront als Instrument unbrauchbar, sie müsse vielmehr „dokumentieren, daß die beiden sozialistischen Parteien und die gesamte nichtreaktionäre bürgerliche Welt einen Pakt geschlossen haben, dessen Grundrisse klar erkennbar sind“¹⁸⁰. Dazu bedürfe es eines klar umrissenen Programms, nicht langatmiger Verfassungsentwürfe¹⁸¹, sondern allgemeinverständlicher Richtlinien. Nur wenn man diese klar herausstelle, sei eine Chance gegeben, den „Bolschewistenschreck“ sowohl bei den Sozialdemokraten wie vor allem bei den Bürgerlichen, die „bisher überhaupt noch nicht organisiert“ seien, zu überwinden. „Macht man aber den Versuch, entweder die früheren Liberalen, oder die Katholiken, oder die renitenten Protestanten als Einzelgruppen zu organisieren, so wird man wenig Erfolg haben, denn weder die Liberalen,

¹⁷⁸ Ebenda, Bl. 7 ff., 11 ff.

¹⁷⁹ Vgl. dazu: Langkau-Alex, S. 136 ff.

¹⁸⁰ BAP, 90 Sp2, Klepper an Münzenberg, 28. 12. 1935 (Bl. 75 f.).

¹⁸¹ Er spielte wohl auf die beiden Verfassungsentwürfe von Georg Bernhard und Leopold Schwarzschild (abgedruckt bei Langkau-Alex, Anhang, S. 183 ff.), und auf Emil J. Gumbels, von Heinrich Mann ergänztes Mindestprogramm (Langkau-Alex, S. 179 ff.), an, das ihn „einigermaßen entsetzt“ habe, „eine Mischung von alten sozialdemokratischen Requisiten und Emigrantenresentiment“. Er zeigte sich „erschrocken darüber, daß Heinrich Mann es als ausgezeichnet bezeichnet“ habe, aber, so fuhr er fort, „auch das werden wir überstehen“ (Klepper an Spiecker, 24. 1. 1936, Bl. 77 f.). Zu Gumbel vgl.: Brenner.

noch die Katholiken, noch die Bekenntnisfreunde werden glauben, daß sie imstande seien, das System umzuwerfen.“ Die einzige wirklich effiziente Untergrundorganisation im Reich sei zur Zeit die der kommunistischen Partei. Folglich gebe es nur die Möglichkeit, wolle man die bürgerlichen Kreise aktivieren und vermeiden, daß sich „die oppositionellen Kräfte in Deutschland“ ebenso wie „bisher“ in der Emigration „zum großen Teil gegenseitig aufheben“, ein Programm aufzustellen und dann eine „Koalition von der Art der Volksfront“ zu bilden¹⁸².

In diesem Zusammenhang machte Klepper im Dezember 1935 seinen oben skizzierten Vorschlag zur Schaffung einer Volksfront¹⁸³, nachdem er bereits am 26. September zu der ersten Sitzung des „Lutetia-Kreises“, benannt nach dem Tagungsort Hotel Lutetia, das makabererweise später das Hauptquartier der Gestapo werden sollte, am 26. September 1935 eingeladen worden war. Zwar konnte Klepper zu dieser „erste[n] größere[n] politische[n] Sitzung in der Emigration“¹⁸⁴ wegen einer Verabredung in der Schweiz nicht kommen¹⁸⁵, doch wurde er in das „kleine Büro“ gewählt, wodurch er sich in eine „schwierige Lage“ versetzt fühlte. „Auf der einen Seite glaube ich, daß man sich sachlich in der richtigen Linie bewegt hat. Auf der anderen Seite ist die personelle Zusammensetzung des Gremiums [...] wenig repräsentativ. Solange ich in Palma sitze, kann es meines Erachtens nur schädlich sein, wenn ich dem Ausschuß angehöre. Käme ich nach Paris, so würde sich die Sache vielleicht anders ansehen lassen. Ich denke es mir nicht schwer, entscheidenden Einfluß zu gewinnen und das Ganze dann glücklicher auszubauen.“¹⁸⁶ „Aus der geräumigen Distanz“ seiner Insellage, wie er es selbst nannte¹⁸⁷, scheint er die Schwierigkeiten etwas unterschätzt zu haben. Der Prager Parteivorstand der SPD wollte sich nicht mit der KPD einigen; einmal saß das aus der Zeit der Weimarer Republik stammende Mißtrauen gegen die Kommunisten noch zu tief, zum anderen fürchtete man, dadurch die Bürgerlichen zu verlieren. Allerdings war, wie ein Brief Rudolf Breitschids, des führenden Kopfes der Pariser SPD-Gruppe, an Wilhelm Hoegner beweist, das Zutrauen zu den Bürgerlichen auch nicht sehr groß. Er sei, so schrieb Breit-

¹⁸² BAP, 90 Sp2, Klepper an Münzenberg, 28. 12. 1935 (Bl. 75 f.).

¹⁸³ Seit dem Sommer 1935 tauschten Klepper und Münzenberg Informationen und Gedanken aus (Klepper an Spiecker, 2. und 8. 8. 1935). Münzenberg schickte ihm alle Einladungen, Rundschreiben etc. und plante, Klepper in Barcelona oder Madrid zu treffen, um in Ruhe reden zu können, wofür Klepper ihm spanische Einladungen besorgte, doch wurde aus dem Treffen nichts (18. 5. 1936, Bl. 99, BAP, 90 Sp. 2).

¹⁸⁴ Langkau-Alex, S. 86. Die Liste der Teilnehmer ist abgedruckt bei: Pech, Exil, S. 520, Anm. 11: Es sind 22 Sozialdemokraten, 4 Funktionäre der KPD und 25 Persönlichkeiten aus anderen politischen Richtungen, Klepper wird nicht genannt.

¹⁸⁵ Das Treffen mußte allerdings kurzfristig wegen Vladeck auf den 16. September verschoben werden. Da Klepper erkrankte, mußte er bei Freunden in Winterthur bleiben. „Auf diese Weise konnte ich Münzenberg mit gutem Gewissen absagen (Klepper an Spiecker, 4. 10. 1935, Bl. 57). Somit stimmt die Angabe von Langkau-Alex (S. 86) u. a., Klepper habe teilgenommen, nicht. Vgl. außerdem zum Besuch in der Schweiz und der parallelen Sitzung in Paris: Klepper an Spiecker, 21./22. und 28. 8. sowie 2. und 9. 9. 1935.

¹⁸⁶ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 4. 10. 1935 (Bl. 57), vgl. Pech, Exil, S. 90: außer Klepper gehörten H. Mann (Leiter), G. Bernhard, Max Braun, Emil J. Gumbel, W. Münzenberg, L. Schwarzschild und 2 namentlich noch nicht festgelegte Vertreter der Katholiken und der Gewerkschaften zum Kleinen Büro, „das weitere Zusammenkünfte organisieren sollte“. Vgl. Bilder und Kurzbiographien der genannten Personen bei: Sassin.

¹⁸⁷ Ebenda, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 97). Vgl. auch Brief vom 24. 1. 1936 (Bl. 77).

scheid, „gegen eine Front mit den Bürgerlichen ohne vorherige Verständigung, denn die Bernhard, Klepper, Schwarzschild und anderen, die man heranzieht, vertreten nichts als sich selbst“¹⁸⁸.

Klepper hatte bald selbst Gelegenheit, sich einen Eindruck zu verschaffen, er sollte auf der zweiten Sitzung des „Lutetia-Kreises“, am 22. November 1935, einen Vortrag über die wirtschaftliche und finanzielle Lage in Deutschland halten¹⁸⁹. Klepper wunderte sich in einem Brief an Münzenberg, daß dieser 40 Leute eingeladen hatte, „ich kann mir gar nicht denken, daß es in Paris so viele Leute gibt, bei denen man offen reden kann“¹⁹⁰. Vielleicht konnte man ja offen miteinander reden, aber ob man einander verstand, bleibt zweifelhaft. Maximilian Scheer gibt einen Stimmungsbericht der Sitzung: „Ich sehe noch vor mir einen Saal mit vielen Menschen: nicht eigentlich einen Saal, vielmehr zwei große, mit breiter Öffnung verbundene Räume [...] Am Tisch der Leitung sitzt und spricht Heinrich Mann: souverän, verhalten, überlegen, präzise gegenwärtig und immer wie aus einer Welt der Vision – der dichterischen Vision vom kommenden Deutschland. [...] Ich sehe Männer um und an dem Vorstandstisch. Einige sind sehr geschäftig. Sie flüstern einander zu, ihre Blicke sind flink, spähend, hektisch, zielstrebig – wie Insekten um das ruhige Licht des souveränen Dichters. Einen erkenn ich noch. Es war Leopold Schwarzschild. [...] Dieses Irrlicht flatterte, flackerte um den Vorstandstisch. Es verirrte sich bald wieder in völliger Isolation.“¹⁹¹ Wenn man den Bericht von Langkau-Alex liest, so muß es ein fürchterliches Durch- und Gegeneinander gewesen sein. Die Tagesordnung war umgestellt worden, so daß Klepper seine Rede statt am Anfang erst halten konnte, nachdem Münzenberg sein Referat, „das offensichtlich darauf zielte, vor allem das kommunistisch-bürgerliche Bündnis zu festigen“, gehalten hatte und Schwarzschild und Bernhard, weit über ihr Thema hinausgehend, längere Ausführungen über ihre Verfassungsentwürfe gemacht hatten¹⁹².

Über Kleppers Vortrag und das Echo darauf wird nirgends berichtet, so als existiere er gar nicht. Um so interessanter ist seine eigene Reaktion. Mitte Dezember – er war noch bis Ende November in Paris geblieben – schrieb er an Spiecker: „Inzwischen habe ich viel über die Pariser Eindrücke nachgedacht. [...] Ich weiß natürlich nicht, ob es uns gelingt, die sogenannte Volksfront zu einem wirklichen Lebewesen zu gestalten. Vorläufig ist sie das ja noch keineswegs. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß es zu dem Erfolg keinen anderen Weg gibt. Wir *müssen* alles, was von den Kommunisten, sagen wir, zu dem alten Zentrum reicht, nicht als Koalition von politisch Schiffbrüchigen, sondern als

¹⁸⁸ IfZ, ED 120, Bd. 4, Breitscheid an Hoegner, 10. 12. 1935. Breitscheid war bei der ersten Lutetia-Sitzung nicht anwesend.

¹⁸⁹ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 7. 11. 1935 (Bl. 59): Er hatte eine Einladung von Münzenberg bekommen und schrieb nun an Spiecker: „Glauben Sie, daß ich kommen soll? An sich würde ich es sehr gerne tun, nicht nur wegen der Sitzung, sondern auch, um einen Eindruck von der Sache zu bekommen.“ Doch hatte er finanzielle Schwierigkeiten und mochte sich die Reise ungern von anderen zahlen lassen. Das Landgericht hatte ihn am 15. 10. 1935 auf Schadensersatz von 30 000 RM gegenüber der Zentralgenossenschaftskasse verurteilt. Klepper verlangte Berufung und Nachsichtung um Armenrecht, was am 17. 2. 1936 abgelehnt wurde (Stange-Bericht). Am 16. November sagt Klepper dann doch zu, „nur für Paris, nicht für Brüssel“. Er wohnte bei Spiecker, für dessen „liebenswürdige Gastfreundschaft“ er sich später bedankte (11. 12. 1935).

¹⁹⁰ Ebenda, Klepper an Münzenberg, 16. 11. 1935 (Bl. 60).

¹⁹¹ Scheer, S. 147.

¹⁹² Langkau-Alex, S. 138 ff.

Kampftruppe für ein geschlossenes Programm zusammenbringen. Ich weiß genau, wie utopisch das klingt, wenn man nüchtern auf die augenblickliche Sachlage blickt. Es gibt aber keine andere Möglichkeit, die Gangster aus der Macht zu werfen, als diese große concordatio discordantium [...] zustandezubringen. Münzenberg hat das, wie ich glaube, auch verstanden. Schließlich sind wir ja auch ein paar Leute wenigstens, die wissen, was sie wollen; und es ist solchen Leuten schon öfter gelungen, aus der Utopie von heute die Wirklichkeit von morgen zu machen.“¹⁹³ Am liebsten würde er das Programm weder in dem „sogenannten Präsidium der Volksfront“ noch im „weiteren Lutetia-Kreis“, sondern allein mit Münzenberg, Spiecker und einem „noch auszuwählenden Sozialdemokraten“ ausarbeiten, weil er glaubt, daß diese vier sich „verhältnismäßig leicht verständigen würden“. Wenn dann das Programm „von den beiden sozialistischen Parteien und einer Anzahl ernstzunehmender bürgerlicher Politiker [...] autorisiert worden sei, ließe sich „eine starke Einheitsbewegung in Deutschland selbst in Gang bringen“, wobei „die Existenz der erwähnten, wenn ich so sagen darf, engsten Verschwörergruppe, überhaupt nicht bekannt werden“ dürfe¹⁹⁴.

Warum Klepper am liebsten zuerst einmal feste Vereinbarungen in einer kleinen Gruppe getroffen hätte, ergibt sich aus seinem Urteil über die verschiedenen Gruppierungen. Über den sozialdemokratischen Parteivorstand in Prag äußerte Klepper sich recht ironisch, er habe „keine positiven Vorstellungen“ von dem, „was geschehen soll. Hitlers Sturz wünscht er natürlich. Am liebsten dürfte es ihm aber sein, es tauchte jemand auf, den man, wie früher Brüning, ‚tolerieren‘ könnte. Dabei spielt immer wieder der – zudem irrige – Gedanke eine Rolle, vielleicht werde Hitler von der Armee gestürzt und durch einen Monarchen oder einen General abgelöst.“¹⁹⁵ Während die SAP¹⁹⁶ die Auffassung vertrete, „daß nur eine rein proletarische Bewegung berufen sei, die kommende Entwicklung zu bestimmen“, treibe die SPD der Zweifel sowohl an der Zuverlässigkeit der Kommunisten wie an der Kraft der Arbeiterschaft, allein den Umschwung zu erzwingen, um. Beides, wie Klepper meinte, seien berechtigte Zweifel. Zugleich warnte er davor, den Einfluß „aller Splittergruppen“ innerhalb der SPD zu überschätzen, denn „so sonderbar es ist, und so wenig die Prager Herren persönlich wohl noch für eine Funktion in Deutschland in Betracht kommen mögen, so ist doch der Parteivorstand die autorisierteste sozialdemokratische Stelle im Ausland. Das hängt“, so fügte er ironisch hinzu, „mit dem deutschen Sinn für Disziplin zusammen.“¹⁹⁷

In der Wendung der Kommunisten zur Volksfront sah Klepper zunächst mehr als einen „taktischen Trick“ Moskaus, „bei aller kritischen Zurückhaltung“ sei es „eine kluge Politik“, die mit einer Wendung in der gesamten russischen Politik übereinstimme. Diese sei, „nachdem die Schichten, aus denen reaktionäre Gefahren drohten, vernichtet sind, imstande, die Diktatur aufzulockern“ und sich zum „Promotor“ einer „Organisa-

¹⁹³ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 11. 12. 1935 (Bl. 62, Hervorhebung im Original).

¹⁹⁴ Ebenda, Klepper an Münzenberg, 28.12.35 (Bl. 76), und er fügte hinzu: „Ich weiß nicht, ob Ihnen mein Plan einleuchtet. Mit Ihrem augenblicklichen Vorgehen, bei dem Sie ja wohl im wesentlichen vorhaben, die Dinge nicht einschlafen zu lassen, wäre er aber vereinbar.“ Im übrigen bat er Münzenberg, „den Brief vertraulich zu behandeln“, nur Spiecker erhalte einen Durchschlag.

¹⁹⁵ Ebenda, Bl. 66.

¹⁹⁶ Sozialistische Arbeiter Partei, vgl. Grossmann, S. 38.

¹⁹⁷ BAP, 90 Sp2, Bl. 67.

tion zur Erhaltung des Friedens“ zu machen¹⁹⁸. Diese Interpretation der russischen Politik entsprach der Ansicht vieler zu jener Zeit, als sich „die wirtschaftlichen Verhältnisse spürbar gebessert“ hatten, Rußland in den Völkerbund eingetreten war, die Schauprozesse noch kaum begonnen hatten und weder in ihrem Ausmaß noch in ihren Auswirkungen zu durchschauen waren¹⁹⁹. Auch hatte die KP im Herbst 1935 auf einer Konferenz in Brüssel offiziell und selbstkritisch ihre Politik während der Weimarer Republik verdammt. „Es sei falsch gewesen, daß die KPD gegen die Preußenregierung Braun-Severing gekämpft hatte, daß sie nicht die drohende Nähe der faschistischen Terrorherrschaft gesehen hatte und dadurch gehindert wurde, eine wirklich großzügige Einheitsfrontpolitik zu treiben, in deren Mittelpunkt zuerst die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte stehen müssen.“ Im ‚Manifest von Brüssel‘ hieß es: „Die deutsche Volksfront kämpft für eine demokratische Republik, sie ist kein Manöver, mit dem die Partner getäuscht werden sollen.“²⁰⁰

Schließlich begann sich auch im Nachbarland Spanien gerade eine Volksfront zu formieren. Eine große Zahl europäischer und amerikanischer Intellektueller engagierte sich für die kommunistische Seite und nahm an dem im Sommer 1936 ausbrechenden Spanischen Bürgerkrieg teil²⁰¹. Meinte Klepper auch, man müsse diese „abgewandelte russische Aktivität“ „ernst“ nehmen und „dementsprechend in das Kalkül jeder antifaschistischen Politik“ einsetzen, so zeigt doch seine Reflexion über die Motive dieser Politik, daß er sich seine Skepsis bewahrte. „Man kann“, so meinte er, in der sowjetischen Politik „eine Prophylaxe gegen äußere Angriffe auf die Sowjetunion sehen. Man kann hinter ihr den Versuch vermuten, nach faschistischem Muster den Kampf um die Macht mit den Mitteln der Demokratie zu führen.“ Sie kann auch aus der Einsicht resultieren, daß es der Arbeiterschaft in absehbarer Zeit „nicht gelingen wird, die Macht der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern zu brechen“, da „in Mittel- und Westeuropa die liberalen Errungenschaften – gerade infolge der faschistischen Regierungsmethoden auch innerhalb des Proletariats – doch so heimisch sind, daß ein Regime, welches auf die Dauer bestehen will, sie nicht ausradieren kann“²⁰².

Was die bürgerlichen Kreise anbelangt, so meinte Klepper, sei „man dem Gedanken des Zusammengehens mit den Kommunisten nicht so abgeneigt, wie man denken sollte. Man setzt nur voraus, daß die Kommunisten ihre Stellung zu den Fragen des Rechtsstaates, der demokratischen Verfassung, der Glaubensfreiheit usw. deutlich erkennen lassen, und daß feste Vereinbarungen über die Zeit nach dem Sturze der Nationalsozialisten mit Autorisation Moskaus getroffen werden. [...] Unter diesen Voraussetzungen“ wären

¹⁹⁸ Ebenda, Bl. 65.

¹⁹⁹ Gross deutet das „Unbehagen hinter dieser Fassade“ an (S. 286). Vgl. Langkau-Alex, S. 112 ff.: „Eine Gretchenfrage, die sich [...] sowohl der SOPADE als auch der KPO stellte, war die nach den demokratischen Verhältnissen in der Sowjetunion.“ Zu bedenken ist die in jeder Weise schwierige Nachrichtenvermittlung.

²⁰⁰ Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935, zitiert bei Gross, S. 290. Der Brief des ZK der KPD an den Prager Parteivorstand der SPD zwecks Einigungsverhandlungen ist als Abschrift in der Spiecker-Korrespondenz.

²⁰¹ So erschien auch am 25. 12. 1936 in der PTZ ein von H. Mann, G. Bernhard, O. Klepper, R. Breitscheid, M. Braun, G. Denicke, F. Dahlem, K. Funk und W. Münzenberg unterzeichneter Aufruf an das Deutsche Volk, die Unterstützung Francos durch Hitler mit allen Mitteln zu hintertreiben.

²⁰² BAP, 90 Sp2, Bl. 65.

sowohl die Liberalen wie die Katholiken „zu einem Pakte bereit“, in der Annahme, daß es sich um „kaum etwas anderes handeln würde, als es die frühere Koalitionspolitik mit den Sozialdemokraten war“. Außerdem gebe es in Deutschland bisher überhaupt keine bürgerlich-oppositionellen Gruppen, die sich, nach Klepper, „von der hier geschilderten Plattform aus bilden lassen“²⁰³.

Spiecker, der bedauerte, daß Klepper „in ultimo Thule“ lebe, schrieb wenig Erquickliches über die Volksfront. „Mir ist völlig unklar, was dabei Brauchbares herauskommen soll. Je unbekannter und verschwiegener dieser Makkabäertross²⁰⁴ arbeitet um so besser, so wie unsere Emigration nun einmal gebaut ist, macht ihre Tätigkeit im Dunkeln sicherlich mehr Eindruck als in der Sonne“, wenn man nämlich „drüben“ erst wisse, „an wen man sich hüben mit Namen klammern kann, werden auch die schönsten Leistungen nachher ins Lächerliche gezogen“. Außerdem habe er „den Eindruck, daß je länger je mehr auch unsere Freunde Willi [Münzenberg] und Leopold [Schwarzschild] Angst kriegen vor den Geistern, die sie gerufen haben und jetzt nicht mehr loswerden“²⁰⁵. Klepper antwortete ihm: „Vielleicht ist Ihr Pessimismus doch zu weitgehend. Wenn man der Sache so nahesteht wie Sie, ist man dem deprimierenden Eindrucke, den die Unzulänglichkeit[en] der agierenden Persönlichkeiten vermitteln, ja stärker ausgesetzt als auf die geräumige Distanz, in der ich mich befinde“, und so meinte er von sich, daß er trotz des in den USA noch nicht bewilligten Geldes „alles in allem [...] nicht pessimistisch“ sei, da „sich viel mehr regt, als es noch vor einem Jahr der Fall war“, ja selbst Brüning scheine „sich nun als Gegner des Regimes bekannt zu haben“²⁰⁶. Eine typische Reaktion für Klepper, es mußte gemacht werden, also mußte alles dafür getan werden. Daß das kein leeres Gerede war, zeigt die Tatsache, daß er „ein Angebot der Regierung von Columbien, als Berater dorthin zu gehen“, ablehnte, was er in einem Brief an Spiecker einen Monat später mit dem Satz kommentierte: „Es kostet doch Nerven, wenn man so auf eigenes Risiko versucht, dabei mitzuwirken, daß Utopien von heute Wirklichkeiten von morgen werden. [...] und darin, daß man sich so in die Sache verbeißt, liegt gewiß eine Erfolgchance an sich.“²⁰⁷ Diese Zuversicht rang er sich immer wieder ab, obwohl er gleichzeitig, wie ein für Amerika verfaßter Bericht über die Pariser Eindrücke zeigt, die verschiedenen Volksfrontgruppierungen und ihre Beziehungen untereinander recht nüchtern beurteilte und damit nur bedingt Anlaß zu Optimismus bot!

Am 2. Februar 1936 hatte die dritte Sitzung des Lutetia-Kreises stattgefunden, und man hatte eine Resolution zum Zusammenschluß aller Friedenskräfte verabschiedet²⁰⁸, die Klepper, „obwohl, oder vielleicht gerade, weil sie nicht viel besagt, recht geschickt“ fand. Münzenberg hatte sich Klepper gegenüber „sehr befriedigt über den Verlauf der

²⁰³ Ebenda, Bl. 67.

²⁰⁴ Gemeint sind die Mitarbeiter des Lutetia-Kreises, worunter viele Juden waren.

²⁰⁵ Ebenda, Spiecker an Klepper, 27. 1. 1936 (Bl. 78).

²⁰⁶ Ebenda, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 97).

²⁰⁷ Ebenda, Klepper an Spiecker, 24. 1. 1936 (Bl. 77).

²⁰⁸ Abgedruckt bei Langkau-Alex, S. 210, vgl. außerdem das Manifest für eine gemeinsame Amnestieaktion (S. 209) sowie Verlauf der Konferenz (S. 155 ff.). Bereits am 20. 12. 1935 war der 1. gemeinsame Aufruf von KPD und dem Pariser Teil der SPD zustande gekommen, von dem Heinrich Mann etwas euphorisch sagte: „[...] mit ihr aber beginnt die Volksfront der Deutschen“ (Pech, Exil, S. 92 f.). Zu den parallel laufenden Verhandlungen zwischen SOPADE und KPD vgl. Langkau-Alex, S. 142 ff.

Sitzung“ geäußert²⁰⁹ und Anfang April „erfreuliche Nachrichten“, die Volksfront betreffend, angekündigt²¹⁰. Wahrscheinlich spielte er auf die allmählich zustandekommende Einigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten an. Die vierte Lutetia-Sitzung fand erst Ende April statt. Diesmal wurde ein Exekutivorgan aus 15 Persönlichkeiten gebildet zur Verbesserung seiner Wirksamkeit, und am 9. Juni wurde der Lutetia-Kreis umbenannt in „Ausschuß für die Vorbereitung einer deutschen Volksfront“²¹¹.

Klepper war nicht mehr dabei. Die Gründe dafür finden sich in seinen Briefen. Zum einen schätzte er die Chancen, daß die Gesamtgruppe der Emigranten zu wirksamen Aktionen gelangen könne, immer geringer ein²¹². Zum anderen scheinen seine seit der Rückkehr aus Amerika im Sommer 1935 verfolgten Pläne, ein Informations- und Agitationsnetz im Deutschen Reich aufzubauen, in dieser Zeit konkrete Gestalt angenommen zu haben. Im Mai 1936 war er noch einmal in Paris und besprach alle Einzelheiten ausführlich²¹³.

Die Frage, warum bürgerliche Intellektuelle damals im Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den Kommunisten in der Volksfront zusammengearbeitet haben, läßt sich in Bezug auf die Person Kleppers klar beantworten. Das Motiv war pragmatisch, es ergab sich aus der historischen Situation und den Prioritäten, die Klepper setzte. In die historische Betrachtung des Problems sind einmal die Erfahrungen der Weimarer Zeit einzubeziehen; sie hatten zu der Erkenntnis geführt, daß eine derartige Zersplitterung der demokratischen und linken Parteien dem Gegner nur nutzen konnte. Zum anderen ist zu bedenken, daß die politische Situation von 1935/36 nicht mit der von 1938/39 zu vergleichen war, das schlimmste Übel war für Klepper und andere der Nationalsozialismus, und der mußte zuerst bekämpft werden, denn Nationalsozialismus und Freiheit waren absolut unvereinbare Gegensätze. Der Kommunismus strebte dagegen, zumindest in der Theorie, die Freiheit wenigstens für eine Klasse an. Wie Kleppers Analysen zeigen, beruhte seine Bereitschaft, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, nicht auf Illusionen, sondern erwuchs aus dem Selbstbewußtsein, daß jeder der Partner, der bürgerliche wie der kommunistische, seinen Teil bei der Verfolgung eines gemeinsamen Zieles beizutragen habe.

Die Art, wie Heinz Abosch die Zusammenarbeit der Intellektuellen und bürgerlichen Politiker mit den Kommunisten zu erklären versucht, trifft weder auf Klepper noch auf andere Intellektuelle und Politiker wie zum Beispiel Hans Sahl, Schwarzschild, Spiecker oder Weichmann zu. Abosch schreibt: „Zögernden, orientierungsschwachen Intellektuellen imponiert eine Partei, die Selbstbewußtsein und Sendungsbewußtsein ausstrahlt. Für stets Suchende und Zweifelnde ist das attraktiv, es bietet sich als wohlthuende Entlastung an, für viele ist es eine glückliche Entdeckung, für manche ein Rettungsanker.“²¹⁴

²⁰⁹ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 14. 2. 1936 (Bl. 79). Zum Ergebnis vgl. Langkau-Alex, S. 161.

²¹⁰ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 97). Außerdem hatte Münzenberg Klepper eine Reise zur „parlamentarischen Konferenz nach Amerika“ angeboten, aus der aber nichts wurde.

²¹¹ Am 22. 4. 1936 und 9. 6. 1936, vgl. Pech, Exil, S. 98 ff.

²¹² BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 18. 5. 1936 (Bl. 99).

²¹³ Ebenda, Klepper an Spiecker, 18. 7. 1935 (Bl. 15), auszugsweise Abschrift eines Briefes von Klepper an Aron, 18. 7. 1936 (Bl. 101), und Klepper an Spiecker, 18. 5. 1936 (Bl. 99).

²¹⁴ Abosch, S. 30. Im übrigen trennt der Autor nicht klar zwischen dem französischen Front Populaire und dem deutschen Versuch, eine Volksfront zu bilden, und zitiert französische Autoren über eine französische Sitzung, als handele es sich um eine Sitzung des Münzenbergkreises. Vgl. auch das neue Buch von Abosch, *Das Ende der großen Visionen*, Hamburg 1993 und dazu die Rezension von Heidbrink, in: *Die Zeit*, 28. 5. 1993, S 19.

Die andere Ursache, warum Klepper ohne Vorbehalte mit Kommunisten zusammengearbeitet hat, liegt in seiner Persönlichkeit; er orientierte sich an den Menschen, nicht an der Ideologie, die sie vertraten. Das war schon in der Weimarer Zeit so, und das war auch nach dem Kriege so. Immer hat er sich damit größten Anfeindungen und Verdächtigungen ausgesetzt, was ihn aber nicht störte, weil er seinem eigenen Urteil mehr vertraute als dem Urteil seiner Kritiker²¹⁵. Obwohl Klepper sich von der Volksfront recht bald wieder distanzierte, weil er erkannte, daß sie keinerlei Wirkung hatte, so hat er doch mit Münzenberg, den er als Persönlichkeit schätzte²¹⁶, bis zum Schluß zusammengearbeitet und mit Babette Gross eine lebenslange Verbindung behalten.

Abosch wird einer Persönlichkeit wie Münzenberg nicht gerecht, weil er sie mit ideologischen Scheuklappen betrachtet. Dabei beruft er sich auf Arthur Koestler als Kronzeugen, obwohl ein ganz anderes Bild von Münzenberg dabei herauskommt als bei Koestler. Abosch schreibt: „Seine [Münzenbergs] Methode bestand darin, Leute mit klangvollen Namen, Schriftsteller, Bischöfe, Lords einzusetzen für eine Sache, die sie nicht durchschauten und deren Drahtzieher ihnen unbekannt blieben. [...] ‚Sich nicht demaskieren‘: Das war nun die große Losung der Kommunisten. Sich verbergen hinter betrügerischen Phrasen, die demokratisch-humanistische Tarnkappe tragen, um möglichst viele manipulieren zu können. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Methode der Täuschung, des agitatorischen Phrasenkultes, der Mobilisierung von Emotionen unter Verdrängung wirklicher Sachfragen dem Verhalten des Faschismus, der bekämpft werden sollte, durchaus ähnelte. [...] Das demokratische Bekenntnis war ein Aushängeschild, das mit echtem demokratischem Verhalten nichts gemein hatte.“²¹⁷

Bei Koestler liest sich das etwas anders: „Willi war die graue – oder besser gesagt: rote – Eminenz und der unsichtbare Organisator des weltweiten antifaschistischen Kreuzzugs. Er war in der Nacht des Brandes aus Deutschland geflohen, hatte sein Hauptquartier in Paris aufgeschlagen und einen Feldzug begonnen, der eine einmalige Leistung in der Geschichte der Propaganda darstellt. In der Kominternhierarchie hatte Willi eine ungewöhnliche Position inne und zwar aus zwei Gründen: Erstens war er nicht Politiker, sondern Propagandist, nicht ‚Theoretiker‘, sondern ‚Aktivist‘. Er nahm an den Fraktionskämpfen in der Partei nicht teil, intrigierte nicht, und die Streitigkeiten über

²¹⁵ Vgl. die Arbeitsteams bei der Domänenbank und der Preußenkasse. Ein Beispiel für die Nachkriegszeit ist Kleppers enge Verbindung mit Ruth Fischer, der ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten. Er wurde immer wieder kritisiert, daß er sie zu Vorträgen vor der Wipog einlud, so z. B. von Artur W. Just, der es ablehnte, einen Vortrag vor dem Freiheitsbund für Deutsch-Russische Freundschaft zu halten, da dieser engen Kontakt zur Wipog habe „und die dort maßgebenden Herren, Dr. Klepper und v. Pufendorf [...] engste Verbindungen zu der bekannten ehemaligen Kommunistin Ruth Fischer unterhalten oder unterhielten. Die ideologischen Bindungen dieser Kreise sind mir nicht sympathisch, und ich möchte mit ihnen nichts zu tun haben“ (Just an den Freiheitsbund, 25. 11. 1953, in: K/Kor.). Klepper an Just, 27. 11. 1953: „Schließlich glaube ich, daß Sie Frau Fischer ungerecht beurteilen. Sie ist eine streitbare Frau und hat Verstand für drei Männer. Ich kenne sie auch persönlich näher und habe viel Achtung vor ihr“. An Paul Hertz, Senator in Berlin, schrieb er am 8. 12. 1954: „Sie waren etwas reserviert im Urteil [über R. Fischer]. Ich kenne sie aber sehr genau, und ich halte nicht nur politisch, sondern auch menschlich sehr viel von ihr.“ Das Entschädigungsamt habe ihren Restitutionsantrag „mit der lächerlichen Begründung“ abgewiesen, „sie sei nach wie vor nur eine abweichende Kommunistin“.

²¹⁶ Hallgarten über Münzenberg: „im Grunde seines Herzens [ein] ehrlicher Mann“, S. 209.

²¹⁷ Abosch, S. 31 und 33.

die Parteilinie ließen ihn kalt. Zweitens stand Willi einer mächtigen Organisation vor, der ‚Internationalen Arbeiterhilfe‘ (IAH), in der Parteisprache als der ‚Münzenberg-Konzern‘ bekannt. Die IAH wurde von Moskau aus als autonome Organisation geleitet und unterstand nicht der Kontrolle der örtlichen kommunistischen Parteien. Willi erfreute sich daher eines größeren Maßes an Unabhängigkeit auf internationalem Gebiet als irgendein anderer Kominternführer. Ungestört von der lähmenden Kontrolle der Parteibürokratie konnten die Zeitungen, Zeitschriften, Film- und Theaterproduktionen des Münzenberg-Konzerns einfallsreiche Propagandamethoden anwenden, die in schroffem Gegensatz standen zur pedantischen, sektiererischen Sprache der offiziellen Parteipresse. Willis Erfolge, seine unorthodoxe Einstellung, seine kaum verhehlte Verachtung für Schmeichelei und Haarspalterei brachten ihm die tief verwurzelte Feindschaft der Parteibürokratie ein.“²¹⁸

Indem Abosch Münzenberg mit anderen Kommunisten gleichsetzt, verfälscht er nicht nur die Aussagen seines Kronzeugen Koestler, der ein anderes, sehr viel differenzierteres Bild Münzenbergs entwirft, sondern vermag dadurch auch nicht zu erklären, warum so viele bürgerliche Intellektuelle und Politiker wie zum Beispiel Klepper Vertrauen zu Münzenberg hatten und gerne mit ihm zusammenarbeiteten. Die Tatsache, daß Münzenberg 1939 endgültig mit Moskau gebrochen hat, eine Entwicklung, die sich schon lange vorher angebahnt hatte²¹⁹, beweist unter anderem seine innere Unabhängigkeit. In einem für die französischen Behörden geschriebenen Lebenslauf beschreibt er, wie ihn ab 1937 mehrfach ein GPU-Agent aufgesucht und auszuschalten versucht habe, und er fügt hinzu: „Je me souviens d’une gratitude profonde de la protection des autorités françaises qui ont empêché un coup de force menaçant.“²²⁰ Das Ende seines Lebens ist in der wissenschaftlichen Literatur äußerst umstritten²²¹, wobei die Erörterung der Frage, ob er von Stalinagenten ermordet worden ist oder sich selbst das Leben genommen hat, nicht ganz frei von der politischen Einstellung der jeweiligen Autoren zu sein scheint.

Kleppers Zeit in Mallorca ging ihrem Ende zu. Schon im April hatte er geschrieben, daß sich zwar „die hiesigen politischen Vorgänge [...] auf unserer Insel nur undeutlich bemerkbar“ machen, daß aber „hinter der spanischen Volksfront [...] offenbar viel mehr Elan“ stecke, als er gedacht habe. „Man spürt das atmosphärisch.“²²² Nun war es soweit. Am 17. Juli 1936 brach der Spanische Bürgerkrieg aus. Die Militärrevolte unter General Francisco Franco in Spanisch-Marokko griff rasch auf das Festland über, am 30. Juli

²¹⁸ Koestler, Zeuge, S. 195.

²¹⁹ Die These, daß Münzenberg schon in der Berliner Zeit harte Auseinandersetzungen mit der Komintern hatte und nie ein gefügiger moskauhöriger Kommunist war, wird durch ganz neues, noch unveröffentlichtes Material bestätigt. (Auskunft von Mitgliedern der Weichmann-Stiftung).

²²⁰ C.A.R.A.N., F/7, 15129, 3(3). Übersetzung: Ich erinnere mich mit tiefer Dankbarkeit des Schutzes der französischen Behörden, die dadurch einen Gewaltanschlag (auf mich) verhindert haben. Der Lebenslauf wurde nach Kriegsausbruch geschrieben, da Münzenberg die Internierung einiger Mitarbeiter beklagt.

²²¹ Die Mord-These wird u. a. von Gross und Rott vertreten sowie von Roland Lewin und Jacques Droz, beides Teilnehmer des Münzenberg-Kolloquiums in Aix-en Provence im Frühjahr 1992, für wahrscheinlich gehalten. Die Selbstmord-These wird vor allem von Paul und Wessel vertreten.

²²² BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 98).

wurde bereits eine nationale Gegenregierung in Burgos begründet, und am 30. September 1936 wurde Franco zum Chef der nationalspanischen Regierung und des spanischen Staates erklärt. Die Deutschen, die Franco von Beginn an militärisch unterstützt hatten, stellten natürlich auch Auslieferungsanträge für deutsche Emigranten. So war Klepper wieder einmal extrem gefährdet, einmal als gesuchter deutscher Antifaschist, zum anderen als Sympathisant der spanischen Republikaner, der mit dem republikanischen Außenminister Alvarez del Vayo zusammengearbeitet habe²²³. Mit Hilfe des französischen Konsuls in Palma, der ihn gewarnt und ihm einen Platz auf einem französischen Schiff nach Marseille besorgt hatte, konnte er gerade noch im August 1936 nach Frankreich entkommen²²⁴. Diese erneute Trennung von der Familie muß vor allem für Frau Klepper und ihre drei Kinder nicht nur schmerzlich, sondern bedrohlich gewesen sein. In Spanien tobte der Bürgerkrieg, und die Familie war finanziell völlig ungesichert. „Diese ständige Ungewißheit und das Leben von der Hand in den Mund“ zehrte an den Nerven aller Beteiligten²²⁵. Doch für Klepper, der sich anderthalb Jahre relativ fern vom Geschehen auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus vorbereitet und seinen geistigen Standort gefunden hatte, war es, bei allem Schmerz, die Familie erneut im Ungewissen zurücklassen zu müssen, vielleicht auch eine Befreiung aus der „Insellage“, eine Möglichkeit zu bisher entbehrter Aktivität.

Die Deutsche Freiheitspartei

Im Spätsommer 1936 traf Klepper in Paris ein, wieder einmal von der Gestapo gesucht. Das Konsulat in Palma teilte Anfang November mit, daß er vermutlich in Paris sei²²⁶. In der Tat wohnte er bei seinem Freund Ludwig Aron in Neuilly und erhielt zu Anfang des Jahres 1937 eine französische Identitätskarte für Ausländer²²⁷. Diesmal bedeutete der Aufenthalt in Paris etwas ganz anderes als vorher mit der Familie auf der Durchreise von Finnland nach China. Die politische Lage hatte sich in diesen wenigen Jahren sehr verändert, und Klepper hatte seinen eigenen Blickwinkel erweitert. Auch schien er zum ersten Mal in seinem ruhelosen Wanderleben an einen Ort gelangt zu sein, wo er nach menschlichem Ermessen nun zunächst bleiben würde und mit seiner Identitätskarte zumindest in einer gewissen Sicherheit leben konnte. Paris war zudem eine Stadt, in der er

²²³ Akte Mexiko, KNL.

²²⁴ Ebenda und autorisierter Lebenslauf.

²²⁵ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 98 f.). Vgl. auch die Berichte der drei Kinder für das Entschädigungsamt, aus denen eine sehr große Not spricht. Alle drei mußten irgendwie versuchen, Geld zu verdienen. Außerdem war am 27. 2. 1936 Kleppers Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zur Durchführung eines Berufungsverfahrens auf Beschluß des Kammergerichts Berlin „wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung zurückgewiesen“ worden. Das Strafverfahren wurde schließlich „wegen Abwesenheit des Beschuldigten“ eingestellt (Stange-Bericht), jedoch ließ damit die Verfolgung durch die Nationalsozialisten nicht nach.

²²⁶ PA-AA, Dt. Botschaft Paris, Mitteilung vom 4. 11. 1936, zitiert im Bericht Müller, 26. 11. 1936.

²²⁷ 27, avenue de Longchamps. Ab 5. 1. 1937 war er offiziell dort gemeldet. Zu dem Zeitpunkt wurde sein Dossier eröffnet, und er erhielt eine „Carte d'identité d'étranger, valable jusqu'au 9 août 1939 (Auskunft des Préfet de Police vom 27. 12. 1990). Zur Praxis der Ausstellung von Identitätskarten vgl. Grossmann, S. 11 ff. Außerdem bestätigten die Briefe von Frau Margot Aron aus USA an Klepper nach dem Kriege, daß sie dort zusammengelebt haben.

sich wohl fühlte, wo er mitten im Geschehen war und an allem teilnehmen konnte, frei, ungebunden, allerdings auch ohne die wärmende Nähe seiner Familie und ohne finanziell sichere Basis. „Es ist *doch* eine Lust zu leben“, schrieb er als letzten Satz seines programmatischen Artikels über „Europäische Freiheit“ im Dezember 1936²²⁸, nachdem er wieder einmal sein „Gepäck hinter sich gelassen“ hatte²²⁹.

Auch in seinem Viertel scheint er sich heimisch gefühlt zu haben, etwa in dem Sinne wie Elsbeth Weichmann es beschreibt: „Eine fast beruhigende Erfahrung in der erdrückenden Größe der Millionenstadt, die wir mit unseren armseligen Sprachkenntnissen und unzulänglichen Hilfestellungen zu erobern versuchten, bildete die Abgeschlossenheit jedes Arrondissements, das gleichsam wie eine Stadt für sich sein Eigenleben führte.“²³⁰ Neuilly war damals ein ländliches Vorstädtchen von Paris. Die Leute kannten sich untereinander, und auch „Monsieur avec les blessures“ – Der Herr mit dem Schmiß – war bald im Viertel bekannt und beliebt²³¹. Wie muß man sich seinen Tageslauf vorstellen? Auch da kann man sich auf Frau Weichmanns Bericht stützen, denn für Klepper galt Ähnliches, um so mehr, als Klepper Weichmanns aus Berlin gut kannte, und, wie sich aus der freundschaftlichen Nachkriegskorrespondenz der beiden Männer ergibt, hatten beide eine ähnliche menschliche Haltung und politische Einstellung. „Die tägliche Arbeit begann mit Zeitunglesen, eine wirklich schwere Arbeit bei den spärlichen französischen Sprachkenntnissen, die wir besaßen.“²³² Gewiß hat auch Klepper sich ein Archiv angelegt, „um die technische Grundlage für journalistische Arbeit zu schaffen“²³³, und in der aus den Archiven Münzenbergs hervorgegangenen Deutschen Freiheitsbibliothek am Boulevard Arago gearbeitet²³⁴. Vor allem aber hat er geschrieben: zahllose Briefe, Artikel und Vorträge. Da er wohl, wie aus seiner Korrespondenz mit der Redaktion der *Zukunft* hervorgeht²³⁵, Mühe mit dem Schreiben hatte und da er alles selber tippen mußte, kostete das Zeit. Schließlich mußte er auch für seine Ernährung sorgen, es sei denn, er aß bei Frau Aron, bei anderen Freunden oder im Bistro um die Ecke bei Monsieur Jean.

²²⁸ NTB, 4, 52, 26. 12. 1936, S. 1238.

²²⁹ Das Motto dieses Kapitels war Motto des oben erwähnten Artikels.

²³⁰ E. Weichmann, S. 43.

²³¹ Frau Aron an Klepper, 27. 8. 1948, sie berichtet von Freunden, die in Paris waren und M. Jean besucht haben, „[...] der selbstverständlich nach dem ‚Monsieur avec les blessures‘ gefragt hat [...] Mme Jean kocht noch immer, der dicke Hund hat den Krieg nicht überstanden, und wer nun in Ihrem Zimmer wohnt, weiß ich nicht“, und in einem weiteren Brief vom 17. 7. 1949 heißt es: „Der erste Besuch galt Neuilly und Mme Jean. Sie erkannte uns sehr freundlich“ (K/Kor.).

²³² Klepper konnte nicht gut Französisch, obwohl er bei Degon Unterricht gehabt hatte. Wie Madame Landy-Degon berichtet, habe sie mit Klepper meist deutsch oder englisch gesprochen, da sein Französisch sehr schlecht gewesen sei.

²³³ E. Weichmann, S. 44f.

²³⁴ Vgl. Koestler, der auch zeitweilig dort gearbeitet hat (S. 200), und Gross, S. 253. Außerdem: Schiller, S. 203–220. Die Bibliothek war unter der Schirmherrschaft von Heinrich Mann, wie die PTZ am 11. 5. 1934 berichtete, eröffnet worden. Sie gab Mitteilungen heraus und wurde in einer zur Weltausstellung 1937 veröffentlichten Broschüre mit dem Titel „Was jeder Besucher von Paris und der Internationalen Ausstellung 1937 wissen muß“ als „einzige rein deutschsprachige öffentliche Bibliothek“ bezeichnet (ebenda, S. 203).

²³⁵ Klepper an den Redakteur Thormann, 1. 3. 1939: „Den nächste Artikel, von dem ich hoffe, daß er wesentlich besser wird, würde ich gern für die übernächste Nummer schreiben. Ich würde ihn auch rechtzeitig abliefern“ (C.A.R.A.N., F/7, 15123, K). Auch im April 1940 kamen Korrekturen von ihm zu spät zum Druck.

Bei den großen Entfernungen war es sehr zeitaufwendig, zu Besprechungen, Treffen und Veranstaltungen zu fahren, dennoch war dies unbedingt nötig, denn menschliche Kontakte und der Meinungsaustausch waren das Wichtigste, sowohl für die Arbeit wie für die menschliche Solidarität, die jeder gerade in solchen Zeiten brauchte. „Die Schicksale der Emigranten und die Kontakte zu ihnen wurden ein Teil unseres Pariser Lebens. Man traf sich meist in Cafés, in der ‚Coupole‘, in ‚Les deux Magots‘ und sprach über den moralischen und materiellen Trümmerhaufen, in dem man leben mußte. Jeder hatte andere Selbsterhaltungs- und Selbstzerstörungskräfte, jeder durchlebte eine individuelle menschliche Tragödie, die Tragödie moralischer Kampfbereitschaft, der die Welt den Kampf nicht erlaubte. Der tägliche Umgang mit Emigranten und Emigrantenschicksalen schuf neue Dimensionen menschlicher Beziehungen. Zunächst bewirkte der Kameradschaftsgeist einer Notgemeinschaft eine stärkere Unmittelbarkeit der Kontakte zu anderen, eine größere Zuverlässigkeit der freundschaftlichen Hilfe, menschlicher Wärme und des geduldigen Rats. Die deutsche Emigration brachte aber noch andere Akzente in diese Notgemeinschaft der Verfolgten und Verwundeten: Alle hatten ihre Standeskleidung, ihre Ruhmeskränze und ihre Besitzpodeste verloren, alle besaßen nichts mehr als den nackten Mut weiterzuleben. Die menschliche Substanz eines jeden erkannte unschwer Kraft und Schwächen und erwarb so eine ungeahnte Kenntnis von Menschen, zu denen man Mitleid und Toleranz entwickelte.“²³⁶

Klepper kannte viele der Emigranten noch aus Berliner Zeiten; mit dem Prinzen Löwenstein, der mit seiner Frau Helga ein offenes Haus in Paris führte²³⁷, verband ihn der gemeinsame Kampf gegen Papen 1932, mit anderen hatte er neue Kontakte geknüpft; hinzu kamen seine Beziehungen zu Franzosen teils aus der Zeit der Zusammenarbeit mit dem *Crédit Agricole*, teils neu entstanden durch das „Institut d’Histoire de l’Emigration Politique Contemporaine“, eine der internationalen, aber vor allem auch der deutsch-französischen Begegnung, dem politischen Gedankenaustausch, der historischen Forschung und der Dokumentation gewidmete Institution²³⁸. Solche und ähnliche Institutionen, wie der von Münzenberg ins Leben gerufene und von dem schwedischen Finanzier Olof Aschberg, mit dem Münzenberg schon seit langer Zeit befreundet war²³⁹, unterhaltene „Circle des Nations“²⁴⁰ sowie die Freiheitsbibliothek waren ebenfalls wichtige Begegnungsstätten und boten vor allem ein geeignetes Forum, vor dem man seine Gedanken vortragen konnte²⁴¹.

²³⁶ E. Weichmann, S. 53 f.

²³⁷ Gespräch mit Prinzessin Löwenstein im November 1990. Drei Wochen vor Kriegsbeginn, am 10. 8. 1939, gaben Löwensteins einen Empfang zum 20. Jahrestag der Weimarer Verfassung; im Gästebuch sind die Namen von Babette Gross und Münzenberg, von Feuchtwanger, Olden, Hermann Kesten und vielen anderen zu lesen; allerdings nicht der von Klepper. Sie konnte sich nicht erinnern, ob er an diesem Abend dageigewesen war.

²³⁸ Ein ursprünglich rein französisches Institut, dessen ständiger Generalsekretär Marcel Paon war und dem 1937 eine deutsche Sektion angegliedert wurde. Dazu gehörten u. a.: Ernst Feder, Ehepaar Münzenberg, Chefredakteur Georg Bernhard, Spiecker, Klepper, Schwarzschild u. a. (NL-Feder, Bl. 4). Vgl. dazu PTZ, 27. 12. 1937.

²³⁹ Gross, S. 279.

²⁴⁰ Vgl. Grossmann, S. 38.

²⁴¹ So berichtet die Gestapo von einem Vortrag Kleppers am 30. Juni 1939 vor dem „Circle des Nations“ über „das kommende Deutschland und die europäische Frage“. Zusammenfassung des Vortrags mit Programmankündigung in: BAK, R 58/627, Bl. 42–51, Berichte vom 15. und 21.7. sowie 25. 8. 1939. Siehe auch: IFZ, Ma 644, Bl. 7750 ff., dort werden 85 Teilnehmer erwähnt.

Dennoch scheint Klepper eher zurückgezogen gelebt zu haben. In einem sehr nachdenklichen Artikel über den Zusammenhang von Judentum und Freiheit schrieb er einen auf das Judentum bezogenen Satz, mit dem er offensichtlich auch sehr viel über sich selbst aussagte: „Wenn ein Volk sich zerstreut, seine Individualität jedoch durch Jahrtausende bewahrt, so muß das eine der Einmaligkeit der Erscheinung entsprechende Resonanz hervorrufen. In dem nachdenklichen, seiner selbst gewissen Menschen klingt eine verwandte Seite an, die wohl mit dem Gefühl seiner letztlichen Einsamkeit zusammenhängt. Dagegen wird in dem Menschen, dem diese Vorzüge abgehen, die Furcht wach, die ihm das Rätselhafte überhaupt einflößt.“²⁴² Aus dem Artikel, in dem er den Antisemitismus als eine Furcht vor dem freien Spiel der Kräfte erklärt, geht hervor, daß er sich in diesem Punkt mit dem Judentum identifizierte, „weil sein Geschick untrennbar an den Grad der Freiheit geknüpft ist, zu dem sich das Freiheitsmotiv in der Geschichte realisiert“. Auch im folgenden Satz spricht er versteckt von seiner eigenen Motivation, den Kampf für die Freiheit aufzunehmen: „Gewiß hat das Judentum alle Stürme überdauert, gewiß ist die letzte Schlacht für die Freiheit gewonnen worden, und gewiß ist schließlich ein solcher Glaube, dessen Gegenstand jenseits des individuellen Geschicks liegt, der echteste Antrieb, der uns gegeben werden kann. Es wird aber auch von uns gefordert, daß wir den Augenblick begreifen und nach seiner Weisung handeln.“²⁴³ In keinem seiner anderen Artikel werden die Umrissse seiner Persönlichkeit so deutlich wie in diesem: seine Einsamkeit, sein Selbstbewußtsein, seine Furchtlosigkeit, sein Freiheitsdrang und sein Glaube. Dies sind Bausteine seiner Persönlichkeit, die es schwer machen, sich anderen mitzuteilen, die eher Distanz erzeugen als unkomplizierte menschliche Nähe. Er hielt sich die Menschen bewußt vom Leibe, er liebte, ja er brauchte wohl die Distanz. Er ließ es zu, daß man ihn Herr Minister nannte, und bezeichnete diese Form selbst als „ein Mittel der Distanzierung“²⁴⁴. Klepper brauchte lange, bis er Vertrauen faßte, und vor allem war es wohl schwer, seinen Respekt zu verdienen. Gelang das nicht, zog er sich selbst zurück und verharrte in kühler Höflichkeit, die auf manch einen verletzend wirken konnte. Kurz, er war den Menschen, die ihn nicht näher kannten, nicht geneuer. Offensichtlich drängte er sich auch nicht sehr in den Vordergrund, betrieb, wie man heute sagen würde, keine Imagepflege, obwohl ihm gerade das immer wieder unterstellt wurde. Zu dieser Unterstellung kam es leicht, weil Menschen eher dazu neigen, bei anderen niedere Motive zu vermuten, als zu glauben, daß einer wie Klepper bereit war, alles für die Sache zu tun, wenn nötig, also auch Menschen, die ihn bei der Durchsetzung seiner Ziele störten, vor den Kopf zu stoßen, oder seinen Titel beziehungsweise seine Verbindungen hervorzukehren, um der Sache zu nützen.

Kleppers Sache war zu jener Zeit die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Schon in seinem ersten Brief aus Mallorca hatte Klepper von „gewisse[n] Pläne[n]“ gesprochen, die er in seinem „Kopf herumwälze“ und für die er versuche, „das Nötigste aufzutreiben, womit [er] zur Zeit beschäftigt“ sei, und er hatte hinzugefügt: „Ich kann mir denken, daß Sie

²⁴² Klepper, Gegenstoß, in: NTB, April 1938.

²⁴³ Ebenda, S. 377.

²⁴⁴ Klepper an Engelmann, 20. 2. 1950: „Zum Schluß darf ich noch eine Bitte aussprechen. Sie verwenden neuerdings wieder die Titulatur in unserem Briefwechsel. Das sollten Sie nicht tun. Ich sträube mich hier in Deutschland nicht dagegen, weil es ein Mittel der Distanzierung ist. Davon abgesehen, ist es mir aber ganz egal“ (KNL).

meiner Idee mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen.“²⁴⁵ Anfang August 1935 hatte er von „recht günstigen Nachrichten aus Amerika“ berichtet, so daß er hoffte, sich „demnächst, wenn auch mit bescheidenen, so aber doch mit Mitteln, ganz in die Sache stürzen“ zu können. In dem Falle müßte er allerdings von Mallorca fort, entweder nach Zürich, was günstig für die Verbindung mit Leuten aus dem Reich sei, oder nach Paris, wo man ungenierter agieren könne²⁴⁶. Mitte September 1935 hatte ein Treffen in der Schweiz, im Hause von Hans Walter Schmidt, dem ehemaligen Direktor der Domänenbank, in Oberhofen am Thuner See stattgefunden, an dem Spiecker, Lauffer sowie zwei andere Freunde Kleppers aus Deutschland und vor allem der Amerikaner V[ladeck] teilgenommen hatten und wo die Pläne Kleppers besprochen worden waren²⁴⁷. Im Oktober wurde diskutiert, ob man „die Korrespondenz“, das heißt nach Deutschland illegal einzuführende Aufklärungsschriften, die späteren *Freiheitsbriefe*, zunächst, solange die Finanzierung nicht gesichert sei, „unregelmäßig“ herausbringen und von der Schweiz aus verteilen solle²⁴⁸, oder ob sie, wie Klepper gemeint hatte, erst erscheinen sollten, wenn dies „sachlich und finanziell auf längere Zeit gesichert“ sei. Außerdem hatte er vorgeschlagen, daß man „einen größeren board of editors“ bilden sollte, der aus Deutschen, die ihren Namen hergeben, und aus Ausländern bestehen würde. „Dieses Gremium, das sich als Treuhänder der anonymen Leute in Deutschland auszugeben hätte, würde einmal die ganze Sache glaubwürdiger machen, gleichzeitig aber den Zugang zu der Auslandspresse erleichtern.“²⁴⁹ Allerdings sollte man erst an die Leute, von denen er einige aufgezählt hatte – Thomas Mann, Pater Hermann Muckermann, Professor v. Hilbrand, Fritz Demuth –, herantreten, wenn „sicher ist, daß wir die Sache zustandebringen“. Offenbar hatte Klepper inzwischen mit Münzenberg gesprochen, denn den „technischen Teil“ sollte dieser nun übernehmen, nicht mehr Freunde in der Schweiz²⁵⁰. Mitte Februar hatte V[ladeck] Klepper mitgeteilt, daß „seine Bemühungen gescheitert“ seien, worauf Klepper an Spiecker schrieb: „Ich habe aber nicht locker gelassen und ihm ungefähr geschrieben, die Sache müßte eben geschafft werden“, und er hatte hinzugefügt: „Wenn ich mich richtig hinter eine Sache gekniet habe, bin ich bisher immer zum Ziele gekommen und so muß es auch diesmal sein.“²⁵¹ Außerdem hatten beide einen genauen Plan samt Budgetentwurf in die USA geschickt, wobei sie für ihre Berechnungen den von Spiecker bereits herausgegebenen katholischen Nachrichtendienst, „Kulturkampf“, zugrunde gelegt hatten²⁵².

In seinem letzten Brief aus Mallorca hatten die Pläne bereits konkrete Gestalt angenommen: „In der Zwischenzeit habe ich hin- und herüberlegt, wie der Start, über den

²⁴⁵ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 18. 7. 1935, Bl. 15.

²⁴⁶ Ebenda, Klepper an Spiecker, 5. 8. 1935 (Bl. 17).

²⁴⁷ Ebenda, Klepper an Spiecker, 21. 8. 1935 (Bl. 20).

²⁴⁸ Ebenda, Klepper an Spiecker, 4. 10. 1935 (Bl. 57).

²⁴⁹ Genau das forderte Kluthe, Mitarbeiter der DFP, laut Bouvier im Juli 1938, S. 124 f.

²⁵⁰ BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 31. 10. 1935 (Bl. 58).

²⁵¹ Ebenda, Klepper an Spiecker, 16. 4. 1936 (Bl. 98).

²⁵² Ebenda, Klepper an Spiecker, 14. 2. und 21. 3. 1936 (Bl. 96) Klepper schlug vor, Spieckers „jetzige Korrespondenz entsprechend [zu] erweitern“ auf „den doppelten bis dreifachen Umfang, etwa 1 000 Exemplare nach Deutschland und vielleicht dieselbe Zahl ins Ausland“ zu verschicken (vgl. 14. 2. 1936, Bl. 79). Bei der „Kalkulation“, so meinte er, „müssen wir wohl davon ausgehen, daß wir alles allein bezahlen, also auch das Technische und die Übersetzung in Englisch und Französisch“ und das Gehalt einer Sekretärin.

wir in Paris so viel gesprochen haben, in praxi vor sich gehen soll. Ich glaube auch, zu einem Ergebnis gekommen zu sein.“ Und zwar dachte er daran, „eine Serie von ganz kurzen Flugblättern in monatlichen Abständen“ zu verbreiten. Nach einigen Monaten sollte „an Ort und Stelle kontrolliert werden, ob und welche Wirkung eingetreten“ sei. „Bei der technischen Seite müssen uns die Kommunisten helfen. Hinsichtlich des Transportes und der Verbreitung der Flugblätter werden wir wohl dauernd auf sie angewiesen sein. Am Anfang müssen sie aber auch die Sache finanzieren. Ich bin überzeugt“, so schreibt er, „daß ich, wenn wir zwei drei Mal die Flugblätter nach Deutschland befördert haben, die ganze Sache in Amerika finanzieren kann. Das Interesse der Amerikaner scheint ernsthafter zu sein, als ich hoffte.“ Angesprochen sollten nicht die „in der Reichweite der beiden Arbeiterparteien“ liegenden Schichten werden, da sie sozusagen versorgt seien, sondern vor allem diejenigen, „von denen ein Widerstand gegen Hitler zu erhoffen war“. Er dachte dabei nicht daran, „innerhalb der Oberschicht die älteren Jahrgänge“ anzusprechen, denn, so meinte er, „wer Frau und Kinder hat, ist für riskante Dinge dieser Art nicht mehr brauchbar“, sondern „die akademische Jugend und die jüngeren Jahrgänge des Offizierscorps“²⁵³.

Aus dem beigelegten Entwurf für einen ersten „Freiheitsbrief“ geht hervor, wie er sich das im einzelnen vorstellte. Die „Flugschriften [...] werden keine Nachrichten übermitteln“, da es weder auf die Korrektur einiger „Regierungs- oder Parteilügen“ mehr oder weniger ankomme noch auf die „Auseinandersetzung über die Wirksamkeit des nationalsozialistischen Regimes [...]“. Wichtig ist allein, die Grundlinie dessen aufzuzeigen, was nach seiner Beseitigung zu geschehen hat.“ Deshalb werden die Flugschriften „nur die grundsätzlichen Fragen der künftigen deutschen Politik erörtern und zwar demnächst: die Neugestaltung der Wirtschaftspolitik, Fragen der Staatsverfassung, kulturpolitische Probleme – geistige Freiheit und Staatsräson –, die Judenfrage. Die Flugschriften werden so verteilt werden, daß sie zwar nicht mehrmals an dieselbe Person, wohl aber in ihre Reichweite gelangen. Hieran soll sich selbsttätig die Bildung kleiner Kreise von Freunden unseres Bundes anschließen. Diese Kreise beschränken sich auf Gedankenaustausch. Jede aktivistische Tätigkeit aus ihnen heraus würde im jetzigen Stadium schädlich sein. Eine andere Verbindung als die durch unsere Flugschriften hergestellte, wird zunächst zwischen den Kreisen und unserem Bund ebenfalls nicht bestehen. Nach einigen Monaten wird sich diese Taktik ändern.“ Die „Losung von morgen“ heißt „Freiheit und Vaterland“²⁵⁴. So nannte sich zunächst auch der Bund, von dem die Flugschriften ausgehen sollten. Es tauchten auch andere Namen auf wie „Freiheitsbewegung“ und „Freiheit und Volk“. Unter diesem Motto erschien eine Broschüre, in der Heinrich Mann eine kurze Antwort auf die Frage „Wer ist deutsch?“ gab, offensichtlich in Anspielung auf die Ausbürgerung seines Bruders Thomas, der seinen berühmten Brief an den Dekan der Bonner Universität in eben dieser Broschüre veröffentlichte. Mit seiner Antwort unterstrich Heinrich Mann zugleich das Motto: „Deutsch sein wird die Verbindung von Freiheit und Volk in der Zukunft, die wir schmieden“, und er zählte als Definitionen dessen, was deutsch sei, auf: „die Geistigen, die Freiheit für

²⁵³ Ebenda, Klepper an Aron (Abschrift an Spiecker), 18. 7. 1936 (Bl. 101).

²⁵⁴ Ebenda, Beilage zum Brief vom 18. 7. 1936, Bl. 102–105.

den Gedanken fordern, [...] die Gläubigen, [...] die durch wachsende Not zum Angriff geeigneten Bürger, Bauern und Arbeiter, [...] die Aufrechten drinnen und draußen“²⁵⁵.

In diesen Zusammenhang gehört die viel zitierte „Deutsche Freiheitspartei“, die keine Partei im eigentlichen Sinne, sondern eine lose Organisation für den Kampf gegen Hitler und für die Freiheit war. Ihre Entstehung muß im Zusammenhang mit dem Scheitern der Deutschen Volksfront gesehen werden²⁵⁶. Seit Mitte 1936 hatte sich, wie es sich auch in Kleppers Briefen widerspiegelt, herausgestellt, daß eine Volksfront kaum zwischen den Arbeiterparteien²⁵⁷, geschweige denn zwischen diesen und den Bürgerlichen zu bilden war, denn, wie Münzenberg feststellte, ist „in keinem anderen Land [...] die Schaffung der Einheits- und Volksfront so schwer wie in Deutschland. In keinem anderen Land war die Kluft zwischen den Arbeiterparteien so tief und ist der bürgerliche Partner für die Volksfront so zersplittert wie in Deutschland.“²⁵⁸ Leopold Schwarzschild hatte „das Volksfront-Experiment“ bereits Ende Dezember 1936 in seinem *Neuen Tagebuch* für gescheitert erklärt²⁵⁹. Klepper hatte in der gleichen Nummer des *NTB* „eine neue politische Bewegung“ auf der Basis des „Freiheitsgedankens“ gefordert.

Münzenberg, der immer stärker in Gegensatz zum Moskauer Kurs geraten war, zog sich auch allmählich aus der Arbeit des Volksfrontausschusses zurück, da diese immer stärker unter den Einfluß der moskauhörigen Kommunisten geriet²⁶⁰. Im März 1937 gab er Klepper auf der unabhängigen Kundgebung des „Aktionsausschusses der deutschen Emigration in Paris“²⁶¹ Schützenhilfe, indem er dessen Anregung aufgriff, und meinte, es liege „im Zuge der Entwicklung, endlich eine fortschrittliche deutsche bürgerliche Bewegung oder sogar Partei zu schaffen, die freilich anders aussehen müßte, als die verunglückte Staatspartei“. Die Arbeiterklasse, so Münzenberg, brauche keine „neue politische Bewegung“, wohl aber „das deutsche Bürgertum, [das] keine heroische Tradition“ besitze und dessen Geschichte „keine siegreichen revolutionären Umwälzungen auf[weise], wie zum Beispiel die Geschichte Frankreichs und Englands, dagegen aber viele verpfuschte, steckengebliebene Freiheitsbewegungen vom Bauernkrieg bis zum feigen Untergang der Demokraten der Nationalversammlung von 1848“. Das lag ganz auf Kleppers Linie, und die folgenden Worte Münzenbergs hätten auch von Klepper stammen können: „Ein bedeutender Fortschritt für die deutsche Entwicklung wäre heute die Sammlung aller bürgerlichen Hitlergegner um eine Fahne und in einer Partei, die im Bündnis mit den deutschen Arbeiterparteien den Sieg über das Hitlerregime erringen hilft. Aber“, so fügte Münzenberg mahnend hinzu, „das ist eine Aufgabe, die

²⁵⁵ Ebenda, Bl. 134–142. Klepper, „Freiheit und Volk“ erschien in derselben Broschüre.

²⁵⁶ Bouvier, S. 8.

²⁵⁷ Vgl. Breitscheid, Bilanz eines Kampfbahres, in: Mitteilungen der deutschen Freiheitsbibliothek, S. 12 ff.

²⁵⁸ Ebenda, Münzenberg, Angreifen!, S. 3.

²⁵⁹ Schwarzschild, Lehren, in: NTB, 26. 12. 1936. Vgl. auch Gross, S. 305 f.

²⁶⁰ Gross, S. 306. Koestler, Vorwort. Am 8. Januar 1937 war noch ein großer „Aufruf zur Bildung der deutschen Volksfront für Frieden, Freiheit und Brot“ im Wortlaut in der PTZ abgedruckt worden, und am 2. März berichtete die PTZ von einer großen Kundgebung „im Zeichen der deutschen Volksfront“ (Paris, BN, D 141).

²⁶¹ PTZ, 22. 3. 1937.

nicht die Funktionäre der deutschen Arbeiterorganisationen, sondern die Repräsentanten des freiheitlichen deutschen Bürgertums selbst lösen müßten.“²⁶²

Klepper löste die Aufgabe und gründete mit Spiecker und anderen zusammen, gemäß dem bereits skizzierten Plan und so, wie Babette Gross es als unmittelbare Zeugin beschreibt, „unter strenger Beachtung der Regeln konspirativer Tätigkeit ein Gremium, das sich ‚Deutsche Freiheitspartei‘ nannte und mit der Veröffentlichung der Freiheitsbriefe begann“. Der erste Freiheitsbrief erschien – von Klepper verfaßt – im März 1937²⁶³. In seinem für die französischen Behörden geschriebenen Lebenslauf bestätigte Münzenberg seine Beteiligung an der Organisation der DFP, nachdem er ungefähr 1937 eingesehen habe, daß eine Reform der KP unmöglich sei. „En même temps je me rallie à plusieurs leaders bien connu de l’opposition allemande bourgeoise en organisant avec eux le Deutsche Freiheitspartei.“²⁶⁴ Seiner eigenen Absicht und Kleppers Vorstellungen entsprechend hat er sich weder um die geistige Konzeption noch um die personelle Zusammensetzung, sondern nur um die technische Durchführung, vom Druck der Flugschriften in seiner Edition Carrefour bis zu ihrer Verteilung in Deutschland, gekümmert²⁶⁵, letzteres in Zusammenarbeit mit Karl Emonts, einem seiner alten Mitstreiter²⁶⁶, der seinerseits seinen Neffen Georg Walter, der „vor 1933 zur Stennes-Opposition in der NSDAP gehört“ hatte, und andere Mittelpersonen in Berlin einschaltete²⁶⁷. Georg Walter und Oskar Wagner wurden 1939 verhaftet²⁶⁸. Aus der Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof und den teilweise identischen zahllosen Berichten der Gestapo über die Tätigkeit der Deutschen Freiheitspartei²⁶⁹ geht hervor, wie man sich die Verteilung der Briefe vorstellen muß. Teils wurden sie per Post verschickt, teilweise von Flugzeugen²⁷⁰ abgeworfen oder auch mit Hilfe von Luftballons mit dem Wind über die Grenze getrieben²⁷¹, was bei den Briefen aus ganz leichtem Dünndruck-

²⁶² Mitteilungen der deutschen Freiheitsbibliothek, Münzenberg, Angreifen, S. 4 f. Vgl. Gross, S. 306 ff.

²⁶³ Gross, S. 308 und Kersten, Klepper: „Später nahm er [Klepper] an der amüsantesten Gründung teil, die wir unternommen haben, nämlich der mysteriösen ‚Deutschen Freiheitspartei‘.“ Vgl. auch Sassin, S. 93.

²⁶⁴ C.A.R.A.N., F/7, 15129, 3(3). Gross bestätigt die Zusammenarbeit mit Münzenberg: „Klepper und Spiecker forderten ihn zur Mitarbeit auf“ (S. 309).

²⁶⁵ BDC, Anklageschrift, W49, Bl. 20 f. und 32.

²⁶⁶ BAP, 90 Sp2, Klepper an Münzenberg, 8. 8. 1935 (Bl. 19): Klepper schreibt, „ich weiß gar nicht, wer [...] Karl Emonts“ ist. Zu Emonts vgl. Gross, S. 310 f.

²⁶⁷ Vgl. die Anklageschrift, in diesem Zusammenhang fällt auch der Name Strasser.

²⁶⁸ Georg Walter wurde 1939 „als Kurier abgefangen. In der Untersuchungshaft unternahm er zwei Selbstmordversuche. Die Festnahme Walters löste eine Reihe weiterer Verhaftungen aus. Im Hochverratsprozess vor dem Volksgerichtshof wurden die beiden Angeklagten [Georg Walter und Oskar Wagner] am 8. 11. 1939 zu zehn beziehungsweise vier Jahren Zuchthaus verurteilt“ (Gross, S. 310 f.). Das war der erste größere Schlag gegen die DFP.

²⁶⁹ Vgl. BAK, R 58: DFP und Die Zukunft (645); Deutscher Freiheitsbrief Nr. 24 und Pressestimmen zur Freiheitspartei (678); Münzenberg Aufrufe und die Gruppe um Die Zukunft/DFP (627) und die Folgen der Freiheitspartei in Südafrika (17). Die dortigen Freiheitsbriefe waren mit „Ulrich von Hutten“ unterzeichnet, hinter dem Pseudonym verbarg sich Karl Walter (H. A. Kluthe bedankte sich am 24. 6. 1939 als Ausschußvertreter der DFP bei ihm für den ‚Freiheitsbrief‘, der allen eine „Herzensfreude“ war, BAK, NL-Kluthe, Bl. 516).

²⁷⁰ R 58/645, Bl. 39. Laut Anklageschrift hat die Gestapo 75% der von ihr beschlagnahmten Freiheitsbriefe durch Postüberwachung erlangt (Bl. 32). Vgl. auch Bouvier, S. 61 ff.

²⁷¹ Ebenda, Bl. 67.

papier möglich war. Koestler zitiert eine diesbezügliche Anweisung Münzenbergs: „Dann kauf ein Buch über Meteorologie, Hans, studier die Hochs und Tiefs und so weiter, find heraus, wie viele Flugzettel, Kleinformat, wir an einem Luftballon befestigen können, in welcher Gegend von Deutschland die Luftballons vermutlich landen werden und so weiter. Dann, Hans, setz du dich mit ein paar Luftballonfabrikanten in Verbindung. Sag ihnen, es handelt sich um Export nach Venezuela, verlang Kostenvoranschläge für zehntausend Luftballons.“²⁷² Außerdem wurden die Briefe vor allem an die internationale Presse verteilt, damit diese über die Partei berichtete und man im Ausland sehen konnte, daß das Wort ‚Freiheit‘ auch in Deutschland noch nicht vergessen war²⁷³.

Tatsächlich wurde zum großen Ärger der Nationalsozialisten in der zweiten Aprilwoche in allen europäischen Zeitungen über die Freiheitspartei berichtet und Hoffnungen an die Tatsache geknüpft, daß ausgerechnet in Berlin, vor den Augen der Gestapo, eine Partei mit dem Namen Freiheit entstanden war²⁷⁴. Die Gestapo versuchte dem durch sofortige Beschlagnahme der Zeitungen entgegenzuwirken²⁷⁵, was wenig fruchtete, wie Babette Gross berichtet: „Das Echo im Reich war über Erwarten stark. Wir erfuhren, daß an den Universitäten, im Heer, in den Jugendorganisationen in Deutschland damals über die Freiheitsbriefe soviel diskutiert wurde, daß sich auch die Parteifunktionäre gezwungen sahen, gegen die Infiltration Stellung zu nehmen.“²⁷⁶

Die Nationalsozialisten starteten einen Propagandafeldzug gegen die DFP unter geschickter Ausnutzung der vor dem Hintergrund der Moskauer Schauprozesse immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen zwischen Volksfrontanhängern und Volksfrontgegnern. Raffiniert versuchten sie die verschiedenen Aktionen der Emigranten zu vermischen, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen und daraus für die Anklage von Georg Walter einen Bericht zusammenzuschustern²⁷⁷, der zwar einigermaßen logisch klang, aber mehr auf „Vermutungen“ als auf gesicherten Informationen beruhte²⁷⁸. Babette Gross berichtet darüber folgendes: „Die Deutsche Freiheitspartei und die Frei-

²⁷² Koestler, Vorwort, S. V.

²⁷³ Vgl. BAP, 90 Sp2, Klepper an Spiecker, 31. 10. 1935 (Bl. 58) und 21. 3. 1936 (Bl. 96).

²⁷⁴ Im *Ce Soir* vom 22. 4. 1937 heißt es im Vorspann zu Kleppers Interview: „Zürich, 20 avril: Le monde de la politique et de la diplomatie a connu, il y a quelques jours, des émotions dont la cause est de nature à donner un autre visage à l'Europe: on a appris l'existence d'un *Parti allemand de la Liberté*, à l'intérieur du IIIe Reich. Un beau matin de la semaine dernière, les correspondants de Berlin de la grande presse internationale ont trouvé dans leur courriers, un manifeste de ce parti. Le ministère de la Propagande, M. Goebbels, a dû prendre position et faire une déclaration à ce sujet“ (BN, D 106, Hervorhebung im Original).

²⁷⁵ Über 20 Zeitungen werden für die Beschlagnahme im Gestapobericht aufgezählt (R 58/678, Bl. 28).

²⁷⁶ Gross, S. 309.

²⁷⁷ Nach der Darstellung in der Anklageschrift gegen Georg Walter (Bl. 21 ff.) wurde der Streit um die DFP und die Rolle Münzenbergs und Emonts' zwischen der KP, vertreten durch ihr Organ *Runa* (vgl. Nr. 241), dem Volksfrontausschuß und der PTZ (vgl. Nr. 483 vom 9.10.37) ausgetragen (Bl. 21 ff.).

²⁷⁸ PTZ brachte am 20. 5. 1937 unter der Überschrift „Neuer Appell der Deutschen Freiheitspartei“ folgende Meldung, die offensichtlich auf den gleichen Vorgang, aber mit anderem Ziel anspielt: „Die DFP, deren vor einigen Wochen in Hitler-Deutschland illegal verbreitete Rundschreiben und Aufrufe sowohl im Inland wie im Ausland beträchtliches Aufsehen erregt haben, meldet sich erneut mit 2 Rundschreiben zu Wort, deren Originale uns vorliegen. In dem einen grenzt sich die DFP gegen Personen im Ausland ab, die sie mit Unrecht für sich in Anspruch nehmen. Das andere Flugblatt nimmt zu den Guernica-Greueln Stellung.“

heitsbriefe beschäftigten seit dem Frühjahr 1937 Behörden und Parteistellen des Dritten Reiches. [...] Die Gestapo zeigte sich dabei zum Teil recht gut orientiert, zum Teil aber tappte sie im Dunkeln, behalf sich mit – oft unrichtigen – Kombinationen.“²⁷⁹

In der Tat war die Gründung der DFP in den Strudel des Streites zwischen Volksfrontanhängern und Volksfrontgegnern hineingeraten: Für die einen war sie Symbol einer selbständigen, von den moskauhörigen Kommunisten unabhängigen Opposition gegen Hitler, für die anderen war sie verabscheuungswürdige Zerstörer der Volksfront-idee. Mitte April 1937, zur gleichen Zeit, als die Gründung der DFP bekannt wurde, fand in Paris die erste Konferenz der Deutschen Volksfront, „die auch die einzige bleiben sollte“, statt. Nur mühselig wurde die Kluft zwischen den Fronten verkleistert. Babette Gross berichtet als Augenzeugin, wie Münzenberg die Konferenz eröffnete und später „über die Aufgaben der Volksfront, die er zu einer politisch aktiven Körperschaft ausgebaut wissen wollte“, sprach²⁸⁰. Laut Kurt Kersten, einen anderen Augenzeugen, verlangte Münzenberg die „Vereinigung aller antihitlerischen Kräfte“ und „besonders von kommunistischer Seite eine offene Sprache“. Er wandte sich „gegen eine kleinliche Politik von Winkelzügen, die nur das Vertrauen zerstören mußte. Heinrich Mann dankte Münzenberg besonders auffällig für die offenen Worte.“ Der Appell Münzenbergs, der im Grunde „in tief deprimierter Stimmung [war], die er [allerdings] zu verbergen wußte“²⁸¹, war nicht unberechtigt, denn „hinter den Kulissen hatte Ulbricht nachdrücklich gegen Münzenbergs weitere Beteiligung an den Volksfrontarbeiten intrigiert. Ihm wurde vorgeworfen, daß er sich zu stark mit den Sozialdemokraten Breitscheid und Max Braun eingelassen [...] und die Politik Ulbrichts in der Volksfront als die des Wolfs im Schafspelz bezeichnet habe, die er nicht mitmachen wolle.“²⁸² In der PTZ erschien ein großer Bericht über den Volksfrontkongreß und gleichzeitig auch einer über ein in Berlin aufgetauchtes Flugblatt der Deutschen Freipartei zum Spanischen Bürgerkrieg²⁸³.

Die Kommunisten lehnten die DFP natürlich ab und sahen in ihr eine Zersetzungerscheinung der Volksfront²⁸⁴. In ihrem Organ *Runa* behaupteten sie, daß sich der Volksfrontausschuß ausdrücklich von der DFP distanziert habe²⁸⁵. Dieser ließ sich aber nicht beirren und lehnte es ab, jemals eine solche Erklärung abgegeben zu haben. In einer von Max Braun unterzeichneten Erklärung hieß es: „Die DFP hat allerdings keinerlei Verbindungen mit der deutschen Volksfront, andererseits sieht der deutsche Volksfrontaus-

²⁷⁹ Gross, S. 310.

²⁸⁰ Gross, S. 304: „Etwa dreihundert westeuropäische Delegierte verschiedenster politischer Richtungen nahmen daran teil. Heinrich Mann referierte über die Widerstandsbewegung, Rudolf Breitscheid über Außenpolitik.“ Die Tagung dauerte vom 10. bis 12. 4. 1937. Vgl. den im Vergleich mit Gross sehr positiven Bericht über die Volksfronttagung bei: Pech, Exil, S. 108 f.

²⁸¹ Kersten, Münzenberg, S. 490 f.

²⁸² Gross, S. 304/314. Vgl. auch Anklageschrift, Bl. 25 ff., Rundschreiben des ZK der KP vom 26. 10. 1937: Die kommunistische Fraktion des Volksfrontausschusses wurde von dem gegen Münzenberg und Emonts eröffneten Untersuchungsverfahren unterrichtet, mit der Begründung, sie hätten „Kontakt zu ‚rechtsbürgerlichen Kreisen‘“ und unterstützten die DFP.

²⁸³ PTZ, 11. 4. 1937: Bericht in großer Aufmachung und ein Leitartikel von Georg Bernhard sowie eine Grußadresse von Thomas Mann. Einen Tag später erschien die Rede von Heinrich Mann im Wortlaut.

²⁸⁴ R 58/678, Bl. 21 ff.: Gestapobericht mit Zitaten aus dem KP-Organ *Runa*.

²⁸⁵ Anklageschrift, Bl. 22 ff., Zitate aus *Runa*, Nr. 241.

schoß auch keine Ursache, die DFP zu bekämpfen.“²⁸⁶ Ähnlich reagierte die *PTZ* auf entsprechende Angriffe von der KP²⁸⁷. Sich auf ihre publizistische Pflicht berufend, schrieb sie, sie habe Aufrufe der DFP veröffentlicht, obwohl sie, das heißt ihr Chefredakteur Georg Bernhard, zur Volksfront gehöre. Sie wisse auch, daß wichtige Katholiken und auch andere der DFP zugehörige Oppositionsbewegungen außerhalb der Volksfront oder sogar ihr nicht freundlich gesinnt gegenüberstünden, das könne sie aber „nie davon abhalten, über sie zu berichten“. Im Gegenteil, die Polemik der *Runa* unterstütze die NS-Propaganda – wie aus der letzten Hitlerrede ersichtlich –, die die deutsche Oppositionsbewegung als Phantasieprodukte ausländischer Emigrantenkreise bezeichne²⁸⁸.

Im Dezember kam es schließlich zu einem Schiedsspruch zwischen Anhängern und Gegnern der DFP, der im Grunde die Erklärung von Max Braun wiederholte, es könne „den Zielen der Volksfront nur förderlich sein, wenn von möglichst vielen Seiten innerhalb Deutschlands Opposition gegen Hitler geschürt“ werde²⁸⁹. Die Nationalsozialisten hatten von den Auseinandersetzungen in der Tat nur profitiert. Sie wußten die verschiedenartigen Informationen geschickt für ihre Propagandafeldzüge zu nutzen²⁹⁰. Diese waren die notwendige Begleitmusik zu den just zu dieser Zeit verhängten Ausbürgerungen²⁹¹, die in der *PTZ* unter der Überschrift „Ehrenliste des deutschen Freiheitskampfes“ veröffentlicht wurden²⁹². Verbunden waren die Ausbürgerungen mit der Anweisung des Auswärtigen Amtes an die deutschen diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen, „bei sich bietender Gelegenheit [...] den Betroffenen die in ihren Händen befindlichen Pässe abzunehmen, die Gewährung deutschen Schutzes komme selbstverständlich nicht mehr in Frage“²⁹³.

Nachdem nun das Konzept und die Entstehung der DFP sowie ihre Stellung zu Mützenbergs und zur Volksfront geklärt worden ist, muß noch kurz auf die Arbeit von Beatrix Bouvier eingegangen werden, da sie bisher als die einzige Grundlage für Informationen über die DFP betrachtet wurde. Vom Standpunkt der Arbeit der Freiheitspartei aus gesehen wäre die Frage ohne Belang, wer der oder die führenden Köpfe waren, da sie anonym

²⁸⁶ Ebenda und Gross, S. 309.

²⁸⁷ U. a. *PTZ*, 9. 10. 1937, Nr. 483.

²⁸⁸ *PTZ*, 28. 9. 1937, Nr. 472.

²⁸⁹ Ebenda, 3. 12. 1937, Bl. 26 f., vgl. auch Gross, S. 309 f.

²⁹⁰ Die Berichte kommunistischer Zeitungen gaben der Gestapo wertvolle Hinweise über die Organisation der DFP und ihren Vertriebsapparat. Laut Gross berichtete das Organ der KPD Deutsche Volkszeitung in ihrer Pariser Ausgabe vom 17. 10. 1937 über die DFP (S. 310). Vgl. auch Hinweis in Gestapobericht vom 27. 11. 1937 über die kommunistische Propagandatätigkeit gegen die DFP (R 58/645, Bl. 157 ff.).

²⁹¹ 12. 4. 1937 Bekanntmachung von Kleppers Ausbürgerung sowie 40 weiterer Personen und der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sowie der rückwirkenden Vermögensverfalls-erklärung, veröffentlicht als Nr. 84 der 10. Liste des Deutschen Reichsanzeigers vom 15. 4. 1937 (PA-AA, Ref. Inland II A/B, Ausbürgerungen 19. Liste A-Z und Preussischer Staatsanzeiger, Nr. 84 vom 14. 4. 1937). Groteskerweise werden die Guthaben bei der Stadtparkasse Zehlendorf, sogar die der Kinder, genauestens angegeben, sie betragen zwischen 131,16 RM und 12,89 RM. In einem Schreiben des Reichs- und Pr. IM vom 5. 5. 1937 an den stellvertretenden Chef der Gestapo geht es um die Erstreckung der Ausbürgerung des O. K. auf die Familienangehörigen (PA-AA, Ref. Inland II A/B 83–76), erfolgt am 17. 1. 1938 (Staatsanzeiger Nr. 13, Liste 28, Nr. 17–20).

²⁹² *PTZ*, 5. 5. 1937.

²⁹³ 23. 7. 1937 (PA-AA, Ref. Inland II A/B 83–76).

arbeiten wollte, aber zum Verständnis von Kleppers politischer Arbeit, die er als Auftrag verstand und in einem neuen Deutschland nach Hitler fortzusetzen gedachte, ist es wichtig, seinen Anteil am Kampf gegen Hitler angemessen darzustellen, statt ihn zu leugnen, wie Bouvier es tut. Da sie sich lediglich auf die sich stark widersprechenden Berichte der Gestapo stützen konnte und nur die Sichtweise Spieckers zur DFP aus dem Nachlaß Kluthe kannte, kam sie zu dem Schluß, daß es „unwahrscheinlich [sei], daß Klepper „der Hauptinitiator der Deutschen Freiheitspartei war, wie Babette Gross behauptete“²⁹⁴. Für diese Annahme gibt sie zwei Begründungen: einmal habe Spiecker in einem Brief an Hans Albert Kluthe im November 1938 eine Beteiligung Kleppers an der DFP geleugnet und geschrieben, „daß, wenn irgendein Gremium der Deutschen Freiheitspartei existiere, es nur aus einer, seiner Person bestehe“²⁹⁵. Zum anderen habe sich die DFP in einem angeblich im Mai 1937 im Reich verbreiteten Flugblatt ausdrücklich von Klepper distanziert, weil dieser sich „aus Eitelkeit oder aus Dummheit“ in einer französischen Linkszeitung „wie ein Wissender“ über die Deutsche Freiheitspartei geäußert“ habe²⁹⁶.

Beide Begründungen bedürfen einer genauen Untersuchung, nicht nur um der Richtigstellung der Sache willen, sondern auch, weil die Erläuterung der Hintergründe ein bezeichnendes Licht auf den verzweiferten Kampf der Emigranten gegen Hitler wirft. Es war ein Kampf, in dem Mißtrauen, Mißverständnisse, Eitelkeiten und Kränkungen nicht ausbleiben konnten, obwohl doch jeder gern von sich behauptete und von anderen forderte, menschliche Schwächen um der Sache willen aus dem Spiel zu lassen.

Der von Bouvier zitierte Satz befindet sich tatsächlich in der Korrespondenz Spieckers mit Kluthe, er muß allerdings im Kontext der Korrespondenz gesehen werden: Kluthe gab seit Anfang 1938 in London die Zeitung *Das wahre Deutschland* heraus und wollte nun intensiver für die Freiheitspartei arbeiten, allerdings vorher einige Dinge geklärt wissen. Aus diesem Impuls heraus schrieb er im November 1938, also zweieinhalb Jahre nach Gründung der DFP, zwei Briefe aus London an Spiecker²⁹⁷. Der aktuelle Anlaß dieser Briefe war, daß Kluthe in der neuesten Nummer der *Zukunft* einen Freiheitsbrief abgedruckt gefunden hatte und nun anfragte, ob es wohl mehrere Freiheitsbriefe in gleicher Aufmachung gebe, denn er habe den Freiheitsbrief Nr. 49 gelesen und dieser gleiche dem in der *Zukunft* abgedruckten. Er äußerte sein Mißtrauen gegen die Zusammenarbeit mit der *Zukunft*, vor allem mit den Interessenvertretern der jüdischen Emigration²⁹⁸. Der zweite Anlaß war ein Gerücht, das er gehört habe, daß nämlich Joseph Wirth, der ehemalige Reichskanzler, zu einer Propagandaaktion nach England kommen „und die Eingliederung der DFP in die Einheitsfront feierlich verkünden“

²⁹⁴ Bouvier, S. 7.

²⁹⁵ Ebenda, der zitierte Brief stammt aus dem damals noch unzugänglichen Privatarchiv H. A. Kluthes und ist vom 16. 11. 1938, heute: BAK, NL-Kluthe, 162/27, 2. Teil, Bl. 49.

²⁹⁶ Bouvier, S. 7. B. zitiert ein Schreiben eines Buchhändlers Engemann aus Leipzig, der das Flugblatt am 22. 5. 1937 aus Aachen erhalten und am 25. 5. 1937 an die Reichskanzlei geschickt haben soll, wie aus den Gestapo-Akten hervorgeht (BAK, R 43 II/1264, Bl. 9 ff.).

²⁹⁷ NL-Kluthe, Kluthe an Spiecker, 11. und 14. 11. 1938 (Bl. 47 f.).

²⁹⁸ Ebenda. Kluthe nennt namentlich: Henri de Kerillis und Goldmann-Finkler. C.A.R.A.N., F/7, 1526 und 1527: Im „Services d'information der Redaktion der Zukunft“ vom Juni 1939 wird über verschiedene Oppositionsgruppen berichtet, u. a. über die „Lettres des Neuf“ und die DFP, sie bestehe seit ca. 2 Jahren und unterhalte einen Sender. Unter den Publikationen der Zukunft wird das „Manifest der Deutschen Freiheit“ von Ulrich v. Hutten, „Es lebe die Freiheit! Ich hab's gewagt“, genannt.

solle, man mache sich bereits über Wirths Hang zum Whisky lustig²⁹⁹. „Wenn die Bewegung weiter nichts ist als der Tummelplatz für emigrierte politische Routiniers, die in diesem Rahmen das alt gewohnte Spiel der Intrigen und Kabilen fortsetzen wollen, dann“ ohne ihn. Er wolle „nur ohne jeden persönlichen Ehrgeiz der Sache dienen“³⁰⁰.

Als er von Spiecker nichts hörte, schrieb er einen zweiten Brief, in dem er nach der personellen Zusammensetzung der DFP fragte und leicht provokant hinzufügte: „Ich sehe nicht ein, warum Sie mich über die bestehenden Gegensätze nicht offen aufklären können. Um aus dem Wirrwarr herauszukommen und zum Beispiel zu vermeiden, daß Herr Klepper sagt, er sei die DFP, halte ich es für notwendig, den Helferkreis zu organisieren, ihm eine straffe Disziplin aufzuerlegen und ihn durch Leute unserer couleur zu erweitern. Jedenfalls will ich hier einen Kreis brauchbarer Christenmenschen schaffen, der eingesetzt werden kann.“³⁰¹ Er berichtet von seinen Verbindungen zu Professor Julius Bonn und Fritz Demuth, die er wegen ihres hohen Ansehens in England als seine Mittelsmänner zu englischen jüdischen Kreisen, die ein „arisches Unternehmen mit einer gewissen Rechtstendenz sehr gern unterstützen würden“, ansieht. Auf diese Kreise habe „die scheinbare liaison mit der *Zukunft* und die Ankündigung der Wirthschen Aktion einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht“³⁰². Hier zeigt sich einerseits das große Mißtrauen gegen Münzenberg und alles, was irgendwie mit Kommunismus zu tun hatte, sowie auch ein unterschwelliger Antisemitismus, und es zeigt sich andererseits, daß der praktische Anteil Münzenbergs an der Verbreitung der Freiheitsbriefe offenbar nicht bekannt war oder gern verschwiegen wurde. Kluthe forderte also: „Die Aufklärung dieser Sache ist eine unerläßliche Voraussetzung aller weiteren Schritte.“

Auf diese Briefe, die für Spiecker eine höchst bedenkliche Situation signalisierten, war er doch auf die Mitarbeit Kluthes bei der DFP angewiesen, antwortete er mit dem von Bouvier zitierten Brief³⁰³. Spiecker äußerte sich über „Ton und Inhalt“ der Briefe von Kluthe „gleichermaßen überrascht“, versuchte ihn dann aber in allen angesprochenen Punkten zu beruhigen und fand es sogar erfreulich, daß nicht nur *Die Zukunft*, sondern „schon viele Zeitungen der verschiedensten Couleur“ über die DFP geschrieben hätten. Das zeige, daß „die DFP im Lande einen sehr viel größeren Umfang angenommen hat, als ich es bislang gewußt habe“. Allerdings habe sie „leider auch schon sehr viel mehr Opfer gefordert“, als er „befürchtet habe“. Es werden, so prophezeite er, „immer mehr Nachrichten und Falschmeldungen auftauchen, weil der Ursprung der DFP erfreulicherweise immer noch unbekannt ist und weil drinnen sich heute schon ungezählte Zentren gebildet haben, die weder voneinander etwas wissen, noch von einer geistigen Zentrale. Hätten Sie sich darüber einmal in Ruhe Gedanken gemacht“, belehrte er Kluthe, dann „hätten Sie diese Entwicklung als durchaus logisch und erwünscht erkannt.“ Diese Ausführungen geben ein anschauliches Bild von dem Mit-, Gegen- und Durcheinander, in dessen Netz die

²⁹⁹ Joseph Wirth (Zentrum), 1879–1956, 1920/21 RFinanzM, 1921/22 RK, 1930/31 ReichsIM, 1933 emigriert, erst nach Frankreich, dann in die Schweiz. Sein Hang zum Alkohol wird von Treviranus als „Heimwehbetäubung“ bestätigt (Exil, S. 73).

³⁰⁰ NL-Kluthe, Kluthe an Spiecker, 11. 11. 1938 (Bl. 47).

³⁰¹ Ebenda, Kluthe an Spiecker, 14. 11. 1938 (Bl. 48).

³⁰² Ebenda: Demuth glaube, daß die „Veröffentlichung in der Zukunft ein häßlicher Trick war und eine Autorisierung nicht vorlag“. Zu Demuth vgl. Sassin, S. 87. Auch Klepper schätzte Demuth sehr und ist ihm in der Schweiz 1935 begegnet.

³⁰³ Ebenda, Spiecker an Kluthe, 16. 11. 1938 (Bl. 49).

DFP neben vielen anderen Widerstandsorganisationen agierte. „Niemand wird auch von vornherein verhindern können,“ so fährt Spiecker fort, „daß sich Leute wie Klepper oder Wirth als Führer der DFP aufspielen – wir wissen, daß sie es nicht sind, und ich kann auch nur nochmals wiederholen, daß bisher das ‚Gremium‘, von dem Sie schreiben, nur aus meiner Person bestanden hat. Meine Taktik habe ich nie nach Lust und Laune geändert³⁰⁴, und ich habe auch nur Freunde und Mitarbeiter gesucht, nie Handlanger³⁰⁵. Die DFP wird sich weder mit irgendwem vermischen, noch wird sie je zu einer Emigrationsangelegenheit werden. Das heißt, solange ich die Möglichkeit habe und nur die Sache im Auge habe, laß ich mich auch durch Eitelkeitsregungen anderer, die sich überall als Führer sehen, nicht beirren und noch weniger durch das Bestreben der Emigration, sich überall wichtig zu machen.“ Kluthe möge sich daran halten, daß „jedenfalls immer falsch [ist], was meinen Mitteilungen und Aufklärungen [...] widerspricht“³⁰⁶.

Wenn man diese Texte und Sachverhalte vor dem Hintergrund der historischen Situation, dem chronischen Geldmangel³⁰⁷ und der Sorge, mit einer jeweils als falsch angesehenen Ideologie identifiziert zu werden³⁰⁸, betrachtet, dann relativieren sich nicht nur die gegen Klepper erhobenen Vorwürfe – sie ließen sich genauso gut umdrehen –, sondern Spieckers Ausführungen widersprechen auch seiner eigenen These von der ‚Ein-Mann-Gründung‘ der DFP³⁰⁹. Ganz davon abgesehen, daß er sich in seinem Brief selbst genau so darstellt, wie er es anderen zum Vorwurf macht. Tatsache scheint jedenfalls zu sein, daß Klepper und Spiecker sich voneinander entfernt haben, worunter ihre ursprünglich gute Zusammenarbeit stark gelitten hat. Dennoch ist es unverständlich, warum Spiecker, der über anderthalb Jahre mit Klepper die DFP vorbereitet und manchmal einen fast herzlichen Briefwechsel mit ihm geführt und ihn als Gast in seinem Hause bewirtet hat, plötzlich so tun konnte, als habe er nichts mit Klepper zu tun³¹⁰.

Möglich, daß Klepper sich zunehmend aus der Arbeit der Freiheitspartei zurückgezogen und stärker in den Organisationen Münzenbergs mitgearbeitet hat. Es entspräche seinem Naturell, Dinge in Gang zu setzen und dann die Ausführung anderen zu überlassen. Ehe nun auch die Freiheitspartei, wie die Volksfront, an menschlichen Unzuläng-

³⁰⁴ Vielleicht eine Anspielung auf Klepper, der ausdrücklich im ersten Freiheitsbrief betont hatte, „nach einigen Monaten wird sich diese Taktik ändern“, um die Nationalsozialisten irrezuführen (Spiecker-NL, Bl. 102).

³⁰⁵ Wohl eine Anspielung auf die Einschaltung Münzenbergs und seiner Organisation durch Klepper.

³⁰⁶ NL-Kluthe, Spiecker an Kluthe, 16. 11. und 21. 11. 1938, Bl. 52.

³⁰⁷ Ebenda, Spiecker an Kluthe, 12. 5. 1939 (Bl. 145): „Unser Kreuz ist die Finanzfrage, – es geht mir heute schlechter denn je –, und wenn nicht bald etwas geschieht, muß ich meinen Apparat noch mehr verkleinern. Und wir sind schon bedenklich klein geworden.“

³⁰⁸ Kluthe argwöhnte in seinem Brief vom 2. 12. 1938, daß „jemand in Paris an unserer Pleite interessiert ist, um unsere Firma fusionsreif zu machen?“. Auffallend sei, daß Gerüchte die DFP mit der Zukunft in Verbindung bringen, was Kluthe offensichtlich nicht behagte (ebenda, Bl. 58).

³⁰⁹ Vgl. Gross, S. 310, Kerstens und Münzenbergs Aussagen.

³¹⁰ Die Nachkriegskorrespondenz zwischen Klepper und Spiecker beschränkt sich auf den Austausch von Grüßen und Wünschen, doch wirft ein Beileidsschreiben Kleppers an den damaligen nordrhein-westfälischen MPräs. Arnold vom 19. 11. 1953 zum Tode Spieckers ein interessantes Licht auf die Beziehung zwischen beiden aus Kleppers Sicht: „Ich kannte Spiecker schon aus den Jahren vor 1933 und war später mit ihm zusammen in der Emigration in Paris. Zuletzt, vor wenigen Wochen, traf ich ihn wieder in dem Sanatorium von Dr. Amelung in Königstein. Auf-

lichkeiten zu scheitern drohte, lag es für Klepper näher, sich zurückzuziehen, als den anderen den eigenen Willen aufzuzwingen. Spiecker scheint sich allerdings auch zunehmend von Kluthe distanziert zu haben. Dies geht aus den Briefen Kluthes an Hermann Rauschning im Herbst 1939 hervor, wobei Kluthe allerdings betonte, daß er Wert auf die Verbindung sowohl mit Spiecker wie mit August Weber – auch ein Mitarbeiter der DFP – lege³¹¹. Zudem beklagte er, daß es zum Bruch zwischen Rauschning und Spiecker gekommen sei³¹². Rauschning vermutete Hemmungen bei Spiecker und fügte hinzu, daß es eigentlich nicht die Zeit für persönliche Differenzen sei³¹³.

So zweifelhaft die erste Begründung Bouviers für die Ausgrenzung Kleppers aus der Arbeit der DFP bei näherer Betrachtung erscheinen muß, so wenig stichhaltig scheint auch die zweite sich auf Gestapo-Unterlagen stützende Begründung zu sein. Es sei „denkbar“, so Bouvier, daß die Deutsche Freiheitspartei von Klepper abgerückt sei, weil er das von der DFP „vertretene Prinzip der Anonymität“ durch sein Interview im *Le Soir* durchbrochen habe³¹⁴. Zunächst ist zu sagen, daß es keine französische, nur eine belgische Zeitung *Le Soir* gibt; die französische heißt *Ce Soir*. Sie wurde schon in den 20er Jahren offenbar auf die Initiative von Münzenberg hin in Paris herausgegeben³¹⁵. Das Interview ist nirgends zitiert und offenbar unbekannt geblieben bis auf die ersten in der Anklageschrift der Gestapo gegen Walter zitierten Sätze, so daß niemand wirklich beurteilen kann, was Klepper tatsächlich gesagt hat. Von dem dort ebenfalls zitierten Flugblatt „Freunde“³¹⁶, in dem die DFP sich von Klepper distanziert haben soll, kann nicht nachgewiesen werden, ob es tatsächlich von der DFP stammte. Es kann genauso gut von einer kleinen Splittergruppe der DFP im Reich, die Klepper gerne eins auswi-

grund unserer langjährigen persönlichen Beziehungen kann ich den Verlust, den das Land Nordrhein-Westfalen erlitten hat, ermessen.“ Ebenda befindet sich auch ein Nachruf für Karl Spiecker von Kurt Kersten in: Aufbau, 20. 11. 1953, dort heißt es u. a.: „Schon seit einigen Jahren erfreute sich Spiecker keiner guten Gesundheit mehr, denn die oft bitteren Enttäuschungen der Emigrationsjahre, zerstörte politische Illusionen, auch Erfahrungen in den Nachkriegsjahren und persönlicher Kummer haben das Herz dieses aufrechten, unerschütterlichen Demokraten [...] geschwächt.“ (K/Kor.)

³¹¹ NL-Kluthe, Kluthes Korrespondenz mit Rauschning, Kluthe an Rauschning: 13./14. 10. 39 (Bl. 75 f.) Vgl. auch Weißbecker, S. 651.

³¹² Ebenda und 7. 3. 1940 (Bl. 98): Offenbar seinerseits auf Andeutungen Rauschnings anspielend: „Mein Verhältnis zu Herrn Spiecker war niemals das eines Angestellten zu seinem Chef. Bei unserer Zusammenarbeit ist meine Unabhängigkeit niemals infrage gestellt worden.“

³¹³ Ebenda, Rauschning an Kluthe, Paris 23. 10. 1939 (Bl. 79).

³¹⁴ Bouvier, S. 7f.

³¹⁵ Koestler, Vorwort, S. VI.

³¹⁶ BAK, R 58/645, Bericht Müller vom 22. 9. 1937, S. 3: „In einem Flugblatt, überschrieben: ‚Freunde!‘ wird auf eine ‚von seiten der Geheimen Staatspolizei geäußerte Vermutung‘, es handle sich bei der Deutschen Freiheitspartei um eine kommunistische Angelegenheit, eingegangen und hierbei behauptet, daß zu den Anhängern der Freiheitspartei nur nationalgesinnte Menschen, aber keine Kommunisten und Wichtigtuer vom Schlage des früheren Finanzministers Klepper gehören. – Klepper hatte dem französischen Volksfrontorgan ‚Le Soir‘ Andeutungen über die Ziele der Freiheitspartei gemacht.“ Diese Version wurde auch im Prozeß gegen G. Walter verwendet. Der Vorspann des Interviews (s.o.) wird zitiert (Bl. 21). In einem etwas früheren Gestapobericht heißt es dagegen: „Eine Organisation oder eine Leitung der ‚Deutschen Freiheitspartei‘ konnte noch nicht festgestellt werden. Nach einem Zeitungsinterview wollte der emigrierte ehemalige preußische Finanzminister Klepper über die ‚Deutsche Freiheitspartei‘ Bescheid wissen. Er wurde wegen dieses Interviews heftig in einem kurzen Artikel einer ausländischen Zeitung – wieder ohne Namensnennung der Schreiber – angegriffen“ (Bl. 122).

schen wollte, herausgegeben worden sein, wie es auch von den Nationalsozialisten oder dem sich angenehm machen wollenden Buchhändler Engemann, jenes Mannes, der das Flugblatt bei der Gestapo abgab, fingiert worden sein kann.

Was nun das Interview selbst anbelangt³¹⁷, so verstößt es keineswegs, wie immer behauptet wird, gegen die Anonymität der Partei, sondern bestätigt im Gegenteil, daß die DFP innerhalb Deutschlands entstanden sei. Wörtlich antwortete Klepper dem Korrespondenten von *Ce Soir*, Charles Reber³¹⁸, der ihn in der Schweiz, nahe Basel, interviewt und über die Situation in Deutschland befragt hatte: „La situation est bonne pour les amis de la paix! Il y a trois mois environ, j'ai publié dans une revue allemande, un article³¹⁹ dans lequel je disais que la liberté deviendrait le mot d'ordre de la lutte contre le national-socialisme. Quelques semaines plus tard, les premiers appels du parti allemand de la liberté apparaissaient à Berlin. Pure coïncidence évidamment! mais coïncidence significative!“³²⁰ Befragt, um was für eine Partei es sich handle, sagte Klepper, es sei keine Partei, sondern „un mouvement qui a une tête à Berlin, mais qui n'a pas encore de corps“³²¹. Die Deutschen, nämlich „die kleinen Händler, die Arbeiter und selbst die Bürgerlichen“, hätten, so erklärte er, einen „enormen Bedarf an Freiheit“, nachdem Hitler sie „an den Rand des Abgrundes“ gebracht habe. Sie hätten „noch niemals einen solchen Durst nach Freiheit“ gehabt, sie „wollten die Freiheit, die der totalitäre Staat ihnen nicht geben könne“, und so zeige sich die „Erschütterung an der Basis“. Die Bewegung habe sich unabhängig von anderen politischen Organisationen und auch unabhängig von der Volksfront entwickelt, aber „das eine schließe das andere nicht aus“. Noch sei sie nur „ein Geisteszustand des Volkes“, der aber zur „Lebensgrundlage“ werden müsse. Ihr ganzes Programm bestehe in dem Wort „*la liberté, toute la liberté*“, und auf die Frage, wer die Leiter der Bewegung seien, antwortete Klepper: „Tout ce que je peux vous dire, c'est qu'à l'origine de ce mouvement de la liberté se trouvent, avec l'opposition religieuse et les jeunes officiers de la Reichswehr, l'état d'esprit actuel des grands intellectuels allemands, les milieux universitaires, qui se sentent amoindris sous un régime qui a porté au pouvoir les bas-fonds de l'Allemagne.“³²²

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß Klepper das Entstehen der Freiheitsbewegung als eine logische Folge der Unterdrückung darstellt, die im Reich entstehen mußte, weil der Druck zu groß wurde, und nicht als eine von Emigranten initiierte Partei. Befragt, ob er an ein mögliches Ende des Dritten Reiches glaube, antwortete Klepper, er „glaube an gar nichts, er urteile nur auf der Basis von Fakten“. Zu diesen Fakten gehöre allerdings,

³¹⁷ BN, D 106, *Ce Soir*, 22. 4. 1937.

³¹⁸ Zu Ch. Reber, vor 1933 Korrespondent in Berlin, dann in Paris, vgl. Scheer, S. 92 ff.

³¹⁹ Gemeint ist der bereits zitierte Artikel „Europäische Freiheit“ im NTB, 26. 12. 1936.

³²⁰ *Ce Soir*, 22. 4. 1937. Übersetzung: Die Situation ist für die Freunde des Friedens gut! Vor etwa drei Monaten habe ich in einer deutschen Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, in dem ich sagte, daß die Freiheit ein Schlüsselwort für den Kampf gegen den Nationalsozialismus werden würde. Einige Wochen später erschienen die ersten Aufrufe der Deutschen Freiheitspartei in Berlin. Offensichtlich ein reiner Zufall, aber ein bedeutsamer Zufall.

³²¹ Übersetzung: Eine Bewegung, die einen Kopf in Berlin, aber noch keinen Körper hat.

³²² Übersetzung: Alles, was ich Ihnen sagen kann, ist, daß sich am Ursprung dieser Freiheitsbewegung neben der religiösen Opposition und jungen Reichswehroffizieren der aktuelle Geisteszustand der großen deutschen Intellektuellen und des Universitätsmilieus befindet, die sich unter einem Regime beeinträchtigt fühlen, das den Abschaum Deutschlands an die Macht gebracht hat.

daß das deutsche Volk der Hitler-Diktatur müde zu werden beginne und daß noch vor einem Jahr eine solche „Freiheitsbewegung im Reich unmöglich gewesen wäre“. Klepper führte diese neue Situation vor allem auf zwei Faktoren zurück, einmal empöre man sich inzwischen über die Aktionen der vor Madrid besiegten deutschen Truppen im Spanischen Bürgerkrieg, die man bisher ignoriert habe, und zum anderen sei die wirtschaftliche Situation „beunruhigend“. Der Ausblick, den Klepper in diesem Interview gab, klingt sehr optimistisch und wird durch die folgende von Reber beschriebene Situation symbolisiert: Klepper sei aufgestanden, habe das Fenster geöffnet und gesagt: „Le printemps vient, il faut en respirer l'air! Le monde va sortir d'un cauchemar épouvantable.“³²³ Den Anlaß für seinen Optimismus bezog Klepper damals, im Frühjahr 1937, aus den Erfolgen der Volksfront in Frankreich und Spanien, und der, wie er glaubte, aufbrechenden Situation im Reich. Wieweit dieser Optimismus ein Zweckoptimismus war und der jungen Freiheitsbewegung Wind unter die Flügel blasen sollte, ist schwer zu beurteilen, jedenfalls steht dahinter der dringende Appell an die ausländischen Mächte, Hitler zu besiegen, solange noch Zeit dazu war, und Deutschland schleunigst „in Europa zu integrieren“, wofür die deutsch-französische Aussöhnung eine erste Voraussetzung sei.

Diese kurzen Hinweise auf eine derart verworrene und von politischen Intrigen durchsetzte Situation illustrieren das, was oben bereits allgemein über die Quellenlage festgestellt wurde. Es ist schwierig, für die Tätigkeit der Deutschen Freiheitspartei verlässliche Anhaltspunkte zu finden. Fest steht jedoch, daß das geistige Konzept für die Deutsche Freiheitspartei weitgehend von Klepper stammte und daß er die Partei entscheidend mitbegründet und aufgebaut hat³²⁴. Das wohl überzeugendste Argument ist die Tatsache, daß die oben dargelegten Konzepte Kleppers sowohl inhaltlich wie organisatorisch genau mit der späteren Arbeit der Freiheitspartei übereinstimmen und sich sein Gedankengut teilweise fast wörtlich in den Freiheitsbriefen wiederfindet. Diese Identität von Planung und Durchführung wird voll bestätigt durch einen „Die Freiheitspartei“ überschriebenen Artikel vom April 1937 im *Neuen Tagebuch*³²⁵. Dort heißt es: „Zum ersten Mal hat dieser Tage die Weltöffentlichkeit von der Tätigkeit einer unterirdischen Organisation erfahren, die in Deutschland selber die Opposition gegen das Hitler-Regime zu sammeln versucht.“ Es wird berichtet, daß die internationale Presse den 2. Freiheitsbrief, mit dessen „Verbreitung [...] bereits vor mehreren Wochen begonnen“ worden war, in Auszügen nachgedruckt habe, und damit hätten „die Berichte der Auslandsjournalisten nur bestätigt, daß die Organisation funktioniert“, genau das, was Klepper geplant hatte³²⁶. Weiter heißt es, daß Anfragen ausländischer Journalisten beim Propagandaministerium ergeben hätten, daß die Nationalsozialisten vorgäben, „die Sache

³²³ Übersetzung: Der Frühling kommt! Man muß Luft holen! Die Welt wird aus einem schrecklichen Alptraum herausschreiten.

³²⁴ „Klepper, der längere Zeit im Volksfrontausschuß mitgearbeitet hatte, gründete mit anderen Gleichgesinnten eine „Deutsche Freiheitspartei“, die sich als Sammlungsbewegung unter Ausschluß der Kommunisten entwickelte, wenngleich seine Motive nicht jener aggressiven antikomunistischen Grundhaltung entsprangen wie die von Schwarzschild“ (Pech, Exil, S. 111). Dabei spielte auch das Geld, das Klepper aus Amerika erhielt, eine Rolle. Auf eine Finanzierung durch amerikanische Gelder wird auch in den zitierten Gestapo-Unterlagen mehrfach verwiesen.

³²⁵ NTB, 4. 4. 1937, S. 369.

³²⁶ Vgl. Klepper an Aron, 18. 7. 1936 (BAP, 90 Sp2, Bl. 101).

nicht ernst“ zu nehmen und darin „nur ein[en] neuen Beweis für die Propagandatätigkeit der Emigranten“ zu erblicken. Genau das aber sei „unwahr“, erklärt das *NTB*, denn abgesehen von dem Auftauchen der Freiheitsbriefe, habe man sogar aus der reichsdeutschen Presse entnehmen können, „daß eine Freiheitspartei sich im Reich bemerkbar macht“, eine Partei freilich ohne Mitgliedsbücher und ohne Organisation, aber „leibhaftig, und zwar mitten im nationalsozialistischen Berlin“ existent. Als Beispiel wird der in der *Frankfurter Zeitung* beschriebene „stürmische Beifall“ im „Deutschen Theater“ in Berlin bei dem Satz aus Schillers „Don Carlos“: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ zitiert. Der Artikel endet mit den Sätzen: „Von solchen Theaterkundgebungen zum aktiven Kampf für den Sturz des Regimes kann der Weg noch sehr weit sein. Aber sie zeigen immerhin, wie reif bereits der Boden ist, in dem die unterirdischen Vorkämpfer der ‚Deutschen Freiheitspartei‘ säen“. Dieser Artikel ist anonym erschienen, er diente dem gleichen Ziel wie das viel zitierte Interview Kleppers.

„Die Zukunft“ und „Die Deutsch-Französische Union“

„Europäische Freiheit“ nannte Klepper seinen gleich nach der Flucht aus Spanien im Dezember 1936 im *Neuen Tagebuch* veröffentlichten Aufsatz und dies war zugleich sein Programm, ohne ein freies Deutschland kein freies Europa. In dem Kampf der „Knechtschaft“ mit der „Freiheit“ siegt schließlich immer die Freiheit. „Das wird auch das Ergebnis dieser Epoche sein, die 1789 begonnen hat und vor deren Abschluß wir stehen.“³²⁷ Wo suchte Klepper seine Ansatzpunkte, um für Europa zu arbeiten? Einer war die Deutsche Freiheitspartei, aber da diese anonym und nur auf Deutschland bezogen arbeitete, war das nicht genug. Die Zukunft mußte entworfen werden, damit ein freies Europa zur Realität werden konnte, wenn der Nationalsozialismus und der Faschismus besiegt sein würden. So hat Klepper im Frühjahr und Sommer 1937 neben seiner Tätigkeit für die Freiheitspartei nach neuen Möglichkeiten gesucht. Davon zeugt zum Beispiel, wenn auch in dürren Worten, die Tagebucheintragung Thomas Manns unter dem 13. März 1937: „Zum Tee der ehemalige Minister K. aus Paris. Gespräch über die notwendige Nachfolge des Nazi-Regimes und ihre Vorbereitung.“ Außerdem war von dem „vermutliche[n] Eingehen der *Pariser Tageszeitung* und ihr[em] Ersatz durch eine Wochenzeitung“ die Rede³²⁸. Nach dem Gespräch galt es für Klepper, heimzureisen oder bei Freunden Unterschlupf zu finden, für Thomas Mann galt: „Smoking-Toilette und Abendessen“³²⁹, feine Unterschiede!

³²⁷ NTB, 26. 12. 1936, S. 1238. Auch in dem letzten Satz des Interviews im *Ce Soir* klingt bereits der zweite große Schwerpunkt von Kleppers Arbeit in den Jahren 1937 bis 1940 an, die Arbeit für ein geeintes Europa.

³²⁸ Th. Mann, Tagebücher Bd. II, S. 39.

³²⁹ Ebenda, unter dem 13. 7. 1937 (S. 76), notierte Th. Mann: „Studium einer polit. Schrift v. K., Paris“, und am 16. 7. 1937 heißt es: „Nachmittags Brief-Diktate (Dr. Klepper, Paris)“ (S. 76 f.). Der Brief gilt als verschollen.

Zu den wichtigsten Gesprächspartnern Kleppers gehörten Babette Gross³³⁰ und Willi Münzenberg, zumal auch Münzenberg auf der Suche nach einem „neuen Betätigungsfeld für seine unerschöpfliche Energie“ war³³¹, nachdem die Volksfront im Scheitern begriffen und seine Trennung von den Kommunisten abzusehen war³³². Klepper verfolgte ein dreifaches Ziel, er suchte ein Organ, das immer wieder über die Tätigkeit der Freiheitspartei in Deutschland berichtete, er suchte eine Zeitschrift, in der er seine Gedanken zur aktuellen politischen Lage und vor allem zur zukünftigen Entwicklung äußern konnte, und er suchte eine Möglichkeit, aktiv etwas für die europäische Vereinigung zu tun. Alle drei Ziele konnte er schließlich mit Münzenberg zusammen durch die neugegründete Wochenzeitschrift *Die Zukunft* verwirklichen³³³.

Wer nun in welchem Maße an ihrer Gründung beteiligt war, läßt sich schwer ausmachen, jedenfalls ist *Die Zukunft* ein Gemeinschaftsunternehmen, dessen Hauptinitiator und verantwortlicher Herausgeber allerdings Willi Münzenberg hieß. Neben ihm gab es einen zweiten Herausgeber und vor allem Geldgeber, den Franzosen Guy Menant, ein ehemaliger französischer Abgeordneter³³⁴. Auch Pierre Comert stand wohl in Verbindung zur *Zukunft*, aber offiziell nur als Privatmann und Journalist, was nicht ausschließt, daß er sich in seiner Eigenschaft als Pressechef des französischen Außenministeriums für die Unterstützung der *Zukunft* unter der Hand eingesetzt hat³³⁵. Comert

³³⁰ Charles Sternberg erinnert sich, beide viel zusammen gesehen zu haben (Brief an Verf.). Sicher wurde hier die Freundschaft begründet, die beide im Exil in Mexiko und später nach dem Kriege in Frankfurt/M. zusammenhielt.

³³¹ Koestler, Zeuge, S. 386.

³³² Gross, S. 304 ff. Münzenberg erklärte seinen Austritt aus der KP im Januar 1939 (C.A.R.A.N., F/7, 15129 [3]). Sein Erklärungsschreiben hat er in der *Zukunft* vom 10. 3. 1939 veröffentlicht, teilweise bei Gross abgedruckt, S. 317 f.

³³³ Ihre erste Nummer erschien am 12. 10. 1938. Gross nennt die Gründung der *Zukunft* „das ambitionöse Unternehmen seiner [Münzenbergs] letzten Lebensjahre“ (S. 319). Auch Kersten, der nirgends, außer bei Wessel, S. 228, genannt wird, stand Pate bei der Gründung. Laut Tania Schlie, deren Vortrag Harald Wessel zitiert, soll die erste Ausgabe für Anfang Oktober geplant gewesen sein, hätte aber wegen der Münchner Konferenz umgeschrieben und verändert werden müssen (S. 351, Anm. 52).

³³⁴ C.A.R.A.N., F/7, 15129 [3], F: Thormann an Paul Frischauer (London), 14. 1. 1939. In Gestapo-berichten und andernorts tauchen Vermutungen über amerikanische Geldgeber auf, was auf Kleppers Verbindungen verweisen könnte (Vladeck und Prinz Löwenstein). Ein Brief Thormanns vom 27. 10. 1939 (F/7 15127/1/a, Dossier sur l'ex-chancelier Wirth + Cor.) legt eine Unterstützung durch das französische Außenministerium nahe; demnach habe es eine monatliche Subvention von 50 000 Francs, die später gekürzt wurde, gegeben. Diese Verbindung verweist wiederum auf Pierre Comert, s.u. Vgl. auch Wessel, S. 208 ff., Maas, Handbuch, Bd. 4, S. 245 ff. Laut Gross soll auch O. Aschberg zu den Geldgebern gehört haben. Bezahlt wurden übrigens 100 Francs pro Spalte. Dies erwähnt Münzenberg in einem Brief an den Chef du Cabinet du Ministre des Finances, M. Palewski, vom 21. 9. 1939; in diesem Brief beschreibt Münzenberg die Arbeit der *Zukunft* genauer, möglich, daß der Brief Grundlage für eine Bitte um Unterstützung war (ebenda, 15123, P).

³³⁵ Nach der Zerstörung der Archive des französischen Außenministeriums durch die Behörde selbst vor dessen Überführung nach Bordeaux, im Juni 1940, sind nur etwa 20 Kartons des „service de Presse“ übriggeblieben, in ihnen ist kein Dossier über die *Zukunft* gefunden worden, ebenso wenig in den noch verbliebenen 74 folios „sur la Presse en général“ (Schreiben des Archivs des französischen Außenministeriums vom 15. 10. 1992 und der Archivarin, Madame Pouillon, vom 5. 10. 1992). Auch in den Privat-Papieren Comerts findet sich keinerlei Hinweis auf die *Zukunft*. Vgl. auch Walter, Bd. 4: Exilpresse, S. 131.

hatte immer schon eine enge Verbindung zu Deutschland. Er hat in Göttingen studiert, war später lange Korrespondent von *Le Temps* in Berlin und kannte Münzenberg aus dieser Zeit³³⁶. Bis 1933 war er Leiter der Presse- und Informationsabteilung des Völkerbundes und ab 1933 Pressechef des Quai d'Orsay und Chef der Propagandaabteilung³³⁷. Es ist anzunehmen, daß Comert, der häufiger nach Deutschland reiste und eng mit dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, befreundet war³³⁸, wichtige Informationen an Münzenberg weitergab und eventuell auch Material im Botschaftsgepäck nach Deutschland transportierte. Comerts Einschätzungen der Situation in Deutschland sind sehr interessant. So berichtet er zum Beispiel streng vertraulich über seine Eindrücke von einer Berlin-Reise im November 1937. Unter anderem beschreibt er die Demoralisierung und Resignation hoher Staatsbeamter und kommt zu dem Fazit, daß in der deutschen Politik viel weniger Methode und Logik sei, als man glaube, daß sie wie eine Maschine stur ihre Bahn ziehe, und diejenigen, die sie zu bedienen haben, hätten keine Ahnung, während diejenigen, die Ahnung hätten, ohne Einfluß seien³³⁹.

Es ist wichtig, *Die Zukunft* als ein Gemeinschaftswerk zu sehen, denn sonst ist die vielgestaltige Linie der *Zukunft*, die sich aus der Vielfalt der Meinungen ergab, nicht zu verstehen, beziehungsweise mißzuverstehen. So wie Hans-Albert Walter das tut, indem er die Linie der *Zukunft*, die er als „taktisch kurzatmig, ebenso fintenreich wie letzten Endes opportunistisch“ charakterisiert, mit dem Hinweis erklärt, daß Münzenberg alleiniger Initiator und Gestalter der *Zukunft* war und damit „an die Grenze seiner Fähigkeiten“ als Theoretiker gestoßen sei und „Verrat an sozialistisch-marxistischen Prinzipien“ verübt habe³⁴⁰. Schon an der Zusammensetzung des Redaktionsstabes läßt sich ablesen³⁴¹, daß es Münzenberg auf eine Vielfalt der Meinungen ankam, so wie Klepper es in einem seiner Zukunfts-Artikel mit dem Titel „Wo stehen wir?“ ausdrückte: „Die Mitarbeiter und Leser dieser Zeitschrift sind weder in einer Organisation verbunden, noch entstammt ihr Denken einem gemeinsamen grundanschaulichen Ausgangspunkt. Gleichwohl ist unter ihnen und durch sie eine bestimmte Konzeption künftiger deutscher Politik in der Entwicklung begriffen.“³⁴² Aus diesem gemeinsamen Ziel, das am klarsten in dem Untertitel der Zeitschrift „Ein neues Deutschland: Ein neues Europa!“ zum Ausdruck kam, ergibt sich folgerichtig ein zweites Merkmal dieser Zeitschrift,

³³⁶ Gross, S. 278 f.

³³⁷ AD, Comert, Vol.3.

³³⁸ Ebenda, Vol.1, Bl. 36: Comert lehnte eine Einladung des deutschen AA mit der Begründung ab, er wohne in der französischen Botschaft, da er mit François-Poncet schon seit 26 Jahren eng befreundet sei.

³³⁹ Ebenda, ab Bl. 50.

³⁴⁰ Walter, Exilpresse, S. 180 ff. Vgl. dazu: Wessel, S. 205 ff.

³⁴¹ Inhaber und Hrsg.: Guy Menant (französischer Kammerabgeordneter); Hrsg.: Münzenberg; Chefredakteur: Werner Thormann (früher Mitarbeiter von Wirth), anfangs Koestler; Redakteure und Mitarbeiterstab: Koestler, Ludwig Markuse, Herbert Weichmann (Wirtschaft), Max Beer (Außenpolitik); Die Zukunft hat ein besonders enges Verhältnis zu oppositionellen, protestantischen Kreisen, deutschen und österreichischen Schriftstellern, jüdischen Kreisen aller politischen Richtungen (Thormann an Paul Frischauer [London], 14. 1. 1939, C.A.R.A.N., F/7, 15129 [3], F).

³⁴² Klepper in: Die Zukunft, 5. 1. 1940.

nämlich daß sie eine Propagandaschrift im ursprünglichen Sinne des Wortes³⁴³ sein wollte und sein mußte³⁴⁴. In diesen Zeiten und unter den oben bereits erläuterten Umständen blieb den Emigranten gar nichts anderes übrig, als propagandistische Mittel einzusetzen, um ihre Ziele deutlich zu machen, was nicht heißt, daß es sich um eine „optimistische Phraseologie“ handelte, wie Walter es der Zeitung vorwirft und damit begründet, daß *Die Zukunft* keine detaillierten Verfassungsentwürfe geliefert und nicht den „sozialistischen Anspruch planend und übend zu konkretisieren“ versucht habe³⁴⁵. *Die Zukunft* wollte weder eine wissenschaftliche Fachzeitschrift noch eine allein an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Zeitung sein. Sie wollte vielmehr Informationen weitergeben und auf Mißstände aufmerksam machen. So erschien zum Beispiel auf der Titelseite der *Zukunft* am 27. 1. 1939 eine Karte von Deutschland, in der die meisten Konzentrationslager eingezeichnet waren. Außerdem sind in der Zeitschrift sehr wohl Konzepte für die Zukunft entworfen und der soziale Aspekt vorrangig beachtet worden, wie sich unter anderem am Beispiel von Kleppers Artikelserie nachweisen läßt.

Klepper fand in der *Zukunft*, deren Bild er nach außen mitverantwortete, das, was er gesucht hatte: ein Forum für die Freiheitspartei³⁴⁶ und ein Forum für seine eigenen Gedanken. Schließlich gelang es auch, sein drittes Ziel: Europa, auf der Plattform der *Zukunft* anzusteuern.

Der Schwerpunkt von Kleppers zwölf Artikeln, die er in der *Zukunft* veröffentlichte, lag in dem Entwurf eines Konzepts für ein Deutschland nach Hitler³⁴⁷. Seine historische Ausgangsbasis entsprach der bereits im Zusammenhang mit den Mallorca-Schriften erläuterten, und auch seine Grundgedanken, die alle auf dem Prinzip der Freiheit basieren, sind ähnlich, aber präziser und zielgerichteter gefaßt. „Aufgabe der Politik“, die er als eine „rationalistische Disziplin“ beschreibt, sei es, Bedingungen zu schaffen, die dem einzelnen einen Anreiz bieten, den an ihn gestellten Anspruch, mündiger Staatsbürger zu sein, auch erfüllen zu können, und dadurch dazu beizutragen, die Gesellschaft in ein größeres Gleichgewicht zu bringen. Dafür müßten die Funktionen im Wirtschaftsprozess, das „Verfügen“ über die Produktionsmittel, das „Planen“ der ökonomischen Prozesse und das „Ausführen“ der Arbeit, näher zusammenrücken, wozu es auf nationaler Ebene eines „scharfen ökonomischen Eingriffs“ bedürfe, nämlich der „Lösung der

³⁴³ „Propaganda [lat.]: systematische Verbreitung politischer, weltanschaulicher o. ä. Ideen und Meinungen [mit massiven (publizistischen) Mitteln] mit dem Ziel, das allgemeine [politische] Bewußtsein in bestimmter Weise zu beeinflussen“ (Fremdwörterlexikon, Mannheim 1982, S. 628).

³⁴⁴ Vgl. Koestler, *Die Geheimschrift*, S. 433 und Gross, S. 323.

³⁴⁵ Walter, *Exilpresse*, S. 181 f.

³⁴⁶ „Ohne mit der DFP organisatorisch verbunden zu sein, hat sich *Die Zukunft* die Aufgabe gestellt, in dem Teil des Blattes, der der bürgerlichen Opposition zur Verfügung gestellt wird, speziell diese Bewegung zu Worte kommen zu lassen. Sie druckte den Artikel des ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Rauschnig ab, in dem dieser sich zur DFP bekannte und druckte aus Flugblättern dieser Partei nach, soweit sie ihr zugänglich wurden“ (Thormann an Frischauer, 14. 1. 1939, F/7, 15129 [3] F).

³⁴⁷ Vgl. dazu die teilweise parallelen, teilweise abweichenden Pläne linkssozialistischer Emigranten bei Grebing und allgemeiner: Jasper, *Entwürfe*.

Großindustrie aus dem privatwirtschaftlichen Sektor und einer radikalen Agrarreform“³⁴⁸.

Vor allem die Deutschen müßten alte Denkstrukturen über Bord werfen und durch eine genaue Fehleranalyse zu verstehen suchen, was Deutschland in diese zerstörerische Politik hineingetrieben habe³⁴⁹. Das deutsche Volk müsse allmählich an eine Demokratisierung herangeführt werden, indem es lerne, Verantwortung zu übernehmen und sich nicht einfach einem ‚Führer‘ zu überlassen, und indem es eine konkrete Vorstellung davon gewinne, wie der sozialökonomische Organismus umgebaut werden müsse, damit eine freie Marktwirtschaft entstehen könne³⁵⁰.

Auf internationaler Ebene bedürfe es einer Überwindung des Autarkiedenkens und einer stärkeren Einsicht in die Tatsache, daß die Welt sich aufgrund der modernen Technik verkleinert habe und wir einer „fortschreitenden Verfeinerung der internationalen Arbeitsteilung“ entgegengingen³⁵¹. Gewännen wir diese Einsichten nicht, das hieße konkret gesprochen, bauten wir die Zoll- und Handelsschranken nicht ab, und schafften keinen „einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum“, dann verkümmerten wir nicht nur „zu notleidenden Weltwirtschaften in Taschenformat“, sondern gefährdeten den Frieden, und zwar die rohstoffärmsten und bevölkerungsreichsten Länder an erster Stelle, weil „schließlich aus Hilflosigkeit jener Expansionsdrang [*entstehe*], der ‚Führer‘ benötigt, um den Raub fremden Landes zum Zwecke der Ausbeutung zu organisieren“. Vorbedingung für Europa sei „die Versöhnung Frankreichs und Deutschlands“, sie würde „die Erlösung Europas bedeuten“³⁵². Wie wenig Walter Kleppers Artikel beachtet hat, zeigt die Tatsache, daß er schreibt, Klepper habe den Gedanken der Westorientierung in seinen beiden Artikeln „Abendländischer Rationalismus“ vom 16. Februar und vom 5. April 1940 von Hans Schwann übernommen und „im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus [...] für die Westorientierung und die finanzielle Hilfe der Westmächte“ plädiert. Abgesehen von formalen Fehlern – Klepper hat seine Ideen zu Europa schon 1939 entwickelt, der von Walter falsch zitierte Artikel ist „Abendländischer Reformismus“ überschrieben und erschien schon vor Schwanns Artikel, der vom 29. März 1940 stammt – handelt es sich hier um eine völlige Fehlinterpretation von Kleppers politischen Zielen und um eine Verkennung seines Einsatzes für Europa und die deutsch-französische Zusammenarbeit von Beginn an³⁵³.

Diesem in groben Zügen skizzierten Entwurf für eine zukünftige Politik stellte Klepper eine Analyse der Friedens- beziehungsweise Kriegspolitik der Alliierten Nazi-deutschland gegenüber an die Seite. Diese Analyse spitzt sich auf den Satz zu: „Realpolitisch lautet die Alternative: Sturz Hitlers oder Krieg.“ Warnend führte Klepper Anfang Juni 1939 aus: „In dieser Lage muß die aus der Einladung zum Verhandlungstisch klingende Bereitschaft zu weiteren Konzessionen friedensgefährdend wirken; denn der Gegenspieler weiß aus Erfahrung, daß die vollendete Tatsache nicht nur schnelleren, son-

³⁴⁸ Klepper in: *Die Zukunft*, 3. 3. 1939. Vgl. zu dem wirtschaftlichen Komplex die alten Denkmustern verhaftete Kritik Walters, die im übrigen Kleppers Artikel völlig außer acht läßt (*Exilpresse*, S. 170 ff.).

³⁴⁹ Klepper in: *Die Zukunft*, 14. 7. 1939.

³⁵⁰ Klepper in: *Die Zukunft*, 13. 10. 1939.

³⁵¹ Klepper in: *Die Zukunft*, 3. 3. 1939.

³⁵² Klepper in: *Die Zukunft*, 28. 4. 1939.

³⁵³ Walter, *Exilpresse*, S. 173.

dern auch größeren Erfolg verspricht als das diplomatische Gespräch.“ Nur die entschiedene Front der Alliierten gegen die Ansprüche Hitlers kann sein Ansehen im Innern schmälern und mit dem ausgebliebenen Erfolg „die bisher fehlenden Voraussetzungen für die erfolgreiche Aktivierung der oppositionellen Kräfte in Deutschland“ schaffen³⁵⁴. Die Sorge, daß es wahrscheinlich auch dazu schon zu spät war, verpackte Klepper in einen Konjunktiv. Die Tatsache, daß er nur fünf Wochen später „einer Verbindung der britischen Politik mit dem deutschen Volk gegen den Nationalsozialismus eine reale Chance“ meint geben zu können³⁵⁵, zeigt, wie groß die Verzweiflung gewesen sein muß, daß die realistische Einschätzung immer stärker hinter Wunschenken und Beschwörung der Verantwortlichen zurücktrat. Ganz deutlich wird dieser taktisch bedingte Selbstbetrug erst, als der Krieg ausgebrochen war und Klepper in der ersten Kriegszusammenfassung der *Zukunft* schrieb: „Wir haben gehofft, Deutschland werde sich seiner verhängnisvollen Staatsführung selbst entledigen, bevor sie das Verbrechen der Kriegsentfaltung begehen konnte. Dafür haben wir in diesen Jahren gekämpft.“³⁵⁶

Nachdem der Krieg ausgebrochen war, wurde Kleppers Beurteilung der Lage trotz vielfacher Meldungen von Blitzsiegen wieder ganz klar, und man könnte sagen, sogar hellichtig, denn er stellte fest, daß „der Bestand der abendländischen Gesellschaft [...] unabhängig davon [*ist*], ob Deutschland ihr angehört oder nicht“, wie es „die Erfahrung der letzten sieben Jahre“ bereits bewiesen habe, und daß, wenn Deutschland es nicht aus eigener Kraft schaffe, „die sozial-ökonomische Form“ zu finden, die es „dazu befähigt, sich ihr wieder einzugliedern, [...] so wird die abendländische Gesellschaft versuchen, sich vor weiteren Störungen zu sichern. Deutschland würde unter diesen Umständen zerfallen und wahrscheinlich teilweise dem russischen politischen System unterworfen werden.“³⁵⁷ In dieser Zeit größter Bedrohung und der Gefahr zu resignieren, wurde Finnland nicht nur für Klepper zum Symbol der „abendländischen Freiheit“ im Widerstand gegen den Totalitarismus³⁵⁸.

Mögen die Zukunftsentwürfe und die Appelle an die Vernunft vielen als Utopie erschienen sein oder heute erscheinen, so galt doch für die Mitarbeiter der *Zukunft*, die „gewiß nicht in allem das Gleiche“ dachten, was Klepper in einer Grußadresse zum einjährigen Geburtstag der *Zukunft* geschrieben hatte: „Wir wollen aber in die künftige deutsche Politik einen Zug tragen, der unser Volk zur europäischen Freiheit führt. Schwache Seelen glauben nicht an das Gelingen, sondern bezeichnen uns als Utopisten. Verweisen wir sie auf die [...] realistische Devise des Rabbi Tirfon: ‚Dir ist es nicht aufgegeben, das Werk zu vollenden. Aber Dir ist nicht die Freiheit gegeben, Dich Deiner Aufgabe zu entziehen.‘“³⁵⁹

³⁵⁴ Klepper in: *Die Zukunft*, 9. 6. 1939.

³⁵⁵ Klepper in: *Die Zukunft*, 14. 7. 1939.

³⁵⁶ Klepper in: *Die Zukunft*, 6. 9. 1939.

³⁵⁷ Klepper in: *Die Zukunft*, 13. 10. 1939.

³⁵⁸ Klepper in: *Die Zukunft*, 23. 2. 1940. Finnland, sein erstes Zufluchtsland; der Artikel klingt wie eine Dankadresse. In der gleichen Nummer schrieb Thomas Mann ähnlich wie Klepper: „Wenn die Finnen ihre Mannheim-Linie den gegenwärtigen Wall der westlichen Zivilisation nennen – und ich glaube, daß sie dies mit Recht tun – so möchte ich dieser Feststellung hinzufügen, daß die Arbeiter und Bauern dieser kleinen Nation, ob sie nun Sozialisten sind oder nicht, augenblicklich die wahren Ideale und Hoffnungen verteidigen.“

³⁵⁹ Klepper, eine der Leserzuschriften: „Ein Jahr Zukunft“, 13. 10. 1939.

Genau darum ging es auch bei der Gründung der Deutsch-Französischen Union wenige Wochen vor Kriegsausbruch, im Frühjahr 1939. Die Gründer, an deren erster Stelle Klepper neben Rauschning, Münzenberg und Thormann stand³⁶⁰, waren sich der Verwegenheit ihres Tuns bewußt, in einer Zeit höchster Kriegsgefahr „an die Möglichkeiten einer Zukunft zu denken [und mit] der deutsch-französischen Zusammenarbeit die Grundsteine der Organisation Europas, eines Europas der Freiheit, des Friedens und der Demokratie“ zu legen³⁶¹. Für sie war es die einzige Hoffnung, in dem Sinne, in dem es die französischen Vertreter der Union am 19. Mai 1939 auf der ersten deutsch-französisch gestalteten Seite der *Zukunft* ausdrückten: „Auch wenn der Krieg unvermeidlich sein sollte, wird die Deutsch-Französische Union fortfahren, all ihre Anstrengungen auf die Gründung eines politisch geeinten und föderativ gegliederten Europa zu richten und auf die Organisation einer wirklichen übernationalen, mit der Verteidigung der Demokratie beauftragten Macht.“³⁶²

Was ist der Maßstab, um den Sinn einer solchen Gründung kurz vor dem sehr wohl erahnten Kriegsausbruch zu beurteilen? Hans-Albert Walter fragt nach dem tatsächlichen Einfluß, nimmt die „praktische Bewährungsprobe“ zum Maßstab, zum Beispiel ob die Union nach Ausbruch des Krieges „die Exilierten vor den Internierungsmaßnahmen der französischen Behörden“ hat schützen können. Ob sie's getan hat, läßt er offen, da „über die tatsächliche Aktivität der Vereinigung“ wenig bekannt sei. Sein Urteil heißt dennoch „lebensunfähige Spätgeburt“ und „Potemkinsches Dorf“³⁶³. Dazu ist zweierlei zu sagen: Die Mitglieder der Deutsch-Französischen Union sind ebenso wie die Mitarbeiter des *NTB* und der *Zukunft*, deren letzte Nummer am 10. Mai 1940, am Tag der deutschen Offensive in Belgien, erschien, tatsächlich entweder gar nicht interniert oder nach ein paar Wochen wieder freigelassen worden³⁶⁴, gleiches scheint auch für den Mit-

³⁶⁰ C.A.R.A.N., F/7, 15129, Vol.2, Heft b.

³⁶¹ Die *Zukunft*, 2. Jg., Nr. 17, 28. 4. 1939. Titelseite: Bekanntmachung der Deutsch-Französischen Union und aller Unterschriften französischer und deutscher Journalisten, Schriftsteller und Politiker, vor allem auf französischer Seite, davon viele spätere Mitglieder der Résistance. Den Leitartikel auf der 2. Seite schrieb Hermann Rauschning, er sticht in seiner Schwülstigkeit etwas von den größtenteils sehr viel nüchterneren übrigen Artikeln der Nummer ab.

³⁶² Die *Zukunft*, 2. Jg., Nr. 20, 19. 5. 1939. Titelseite: Aufruf „an alle Vertreter des geistigen und politischen Lebens in Frankreich“, nachdem die Gründung der Deutsch-Französischen Union „ein starkes Echo gefunden“ habe.

³⁶³ Walter, Exilpresse, Anm. 74, S. 756 und 182.

³⁶⁴ Im Gestapobericht vom 30. 11. 1939 (BAK, R 58/627, Bl. 83) heißt es, sie seien in Freiheit. Dazu paßt ein Brief von Babette Gross an Prinz Löwenstein (USA), 20. 10. 1939, in dem sie Löwenstein um einen Beitrag bittet und berichtet, daß zwar „alles unverändert“ sei, aber die *Zukunft* mit großer Mühe weitergeführt werde, da „unsere Leute immer noch interniert“ seien, wobei es nicht nur um die Mitarbeiter, sondern vor allem auch um die Leserschaft ging, die nun fehlte (Der Brief ist in französischer Sprache abgefaßt. Dt.Bibl., NL-Löwenstein). Klepper hat zwischen Mitte Oktober (VI, 13. 10. 1939) und Anfang Januar (VII, 5. 1. 1940) keine Artikel geschrieben, und in seinem autorisierten Lebenslauf heißt es, daß er bei Ausbruch des Krieges interniert, dann aber auf Veranlassung französischer Freunde entlassen worden sei (KNL), wobei „Ausbruch des Krieges“ keine ganz korrekte Angabe ist, denn die 50-jährigen wurden zunächst nicht interniert, was auch Gross in dem zitierten Brief erwähnt: „[...] jetzt sind auch die älteren Leute zwischen 50 und 65 interniert worden.“ Bei Kleppers sogenannter Internierung kann es sich nur um ein zwei Tage gehandelt haben, denn in der Akte Mexiko heißt es ausdrücklich, daß er nicht interniert gewesen sei, weil er aufgrund seiner Staatenlosigkeit seit dem 7. 2. 1938 im Besitz einer französischen Identitätskarte war, die bis zum 9. 8. 1942 Gültigkeit hatte (Dokument:

arbeiterkreis der PTZ zuzutreffen, denn die PTZ erschien noch bis Februar 1940³⁶⁵. Selbst wenn die französischen Behörden wenig dazu beigetragen haben, daß die deutschen Antifaschisten auf freiem Fuß blieben, so hat das doch sehr wenig mit der Beurteilung der Deutsch-Französischen Union zu tun, die ja gerade auch von solchen Franzosen unterstützt wurde, die mit dem offiziellen Frankreich keineswegs einig und sich sehr wohl der Krise bewußt waren, in der ihr eigenes Land steckte³⁶⁶.

Vor allem aber ist zu fragen, ob dies in jener historischen Situation der angemessene Maßstab ist, um ein Werk wie die Deutsch-Französische Union angemessen zu beurteilen? Ging es nicht viel mehr darum, Zeichen zu setzen, Zeichen im Sinne einer historischen Kontinuität, die mit der deutsch-französischen Verständigungsarbeit eines Stresemann und eines Briand begonnen hatte und später von Adenauer und de Gaulle wieder aufgenommen werden sollte; Zeichen der Erinnerung, die die beiden Länder auch während der Zeiten der „Verblendung“ zusammengehalten hat, wie sie Yvon Delbos, ehemaliger französische Außenminister, in der Unions-Ausgabe der *Zukunft* unter der Überschrift „Die Stunde wird kommen“ beschwört³⁶⁷, Zeichen der persönlichen Freundschaft, die auch mitten in der Enttäuschung und Verzweiflung Hoffnung anbieten konnte?³⁶⁸ Alain Poher, bis 1992 Präsident des französischen Senats, der die Gründung der Deutsch-Französischen Union als junger Mann miterlebt hat und die meisten der Mitglieder, vor allem der französischen, auch aus der Nachkriegszeit, soweit sie den Krieg überlebt hatten, kannte, hat in einem persönlichen Gespräch bestätigt³⁶⁹, daß jeder Versuch und besonders der der Deutsch-Französischen Union dazu beigetragen habe, nicht nur während der Zeit der größten Barbarei, nicht den Glauben an ein besseres Deutschland und an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung in der Zukunft zu verlieren, sondern auch nach dem Kriege Anknüpfungspunkte für die deutsch-französische Aussöhnung zu finden. Er erinnerte sich genau an Klepper und beschrieb ihn als einen dynamischen, zielbewußten Demokraten und überzeugten Europäer.

Neben der Deutsch-Französischen Union entstanden in diesen letzten Monaten vor dem Krieg noch zwei weitere Vereinigungen. Das eine war das im Februar 1939 gegründete „Büro zum Sturze des Naziregimes“, das aus dem „Baldwin-Fonds“ gespeist wurde und den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in London hatte, obwohl auch Beziehungen zu namhaften Franzosen wie dem Kammerabgeordneten und Vizepräsidenten des auswärtigen Ausschusses, Ernest Pezet, ebenfalls Mitglied der Deutsch-Französischen Union, und dem Kardinalerzbischof Jean Verdier bestanden³⁷⁰. Die andere war das ganz auf die Praxis gerichtete, im Juni 1939 von Münzenberg ins Leben gerufene Komitee „Menschen in Not“, dem unter anderem auch Klepper angehörte und dessen einziger Zweck

American Foreign Service à Marseille, Application for Nonimmigrant Visa vom 2. 1. 1941). Walter selbst zählt in seinem Buch Internierung, eine Reihe von Namen – darunter auch Klepper – auf, die erst im Mai 1940 einberufen worden seien (S. 112). Auch Münzenberg sei auf freiem Fuß geblieben (S. 93).

³⁶⁵ BN, D 141.

³⁶⁶ Vgl. Bloch, *Die seltsame Niederlage*.

³⁶⁷ *Die Zukunft*, 28. 4. 1939.

³⁶⁸ Z. B.: die Freundschaft zwischen Romain Rolland und Stefan Zweig.

³⁶⁹ Gespräch im Arbeitszimmer des Senatspräsidenten im Palais de Luxembourg am 1. 4. 1992.

³⁷⁰ BDC, W 49, Bl. 35 und Berichte über den von Neill Malcom geleiteten Baldwin-Fonds in der PTZ vom 4. und 12. 1. 1939.

die Sammlung von Spenden für Flüchtlinge und Insassen des Lagers Gurs am Rande der Pyrenäen war.³⁷¹ Die Hilfe wurde nach Kriegsausbruch auf andere Internierungslager ausgedehnt³⁷². Klepper hat diese Hilfe später, nach der Besetzung Frankreichs, als er bei Degon versteckt war, fortgesetzt. Degon berichtete humorvoll von den Hilfsaktionen und Einkäufen für die Lagerinsassen, bei denen Klepper auch eine übergroße Damenunterhose zu erwerben hatte³⁷³. In den Akten der *Zukunft* findet sich eine reiche Korrespondenz mit vielen Dankeschreiben von den Insassen des Lagers Gurs, die teilweise auch *Die Zukunft* abonniert hatten. In dem Buch von Claude Laharie über das Lager Gurs heißt es, daß sich der Großteil der Kommunisten im Lager als „explicitement partisans de la tendance Münzenberg“ bezeichnet hätten³⁷⁴.

Internierung und Flucht

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 3. September 1939 veränderte sich für die meisten Emigranten die Lage schlagartig. Hans-Albert Walter gibt davon ein anschauliches Bild, indem er sowohl die allgemeinen Bedingungen wie einzelne Schicksale schildert³⁷⁵. Die nun einsetzende Internierungswelle muß im allgemeinen politischen Zusammenhang gesehen werden³⁷⁶. Sie widersprach eigentlich jeglichem Sinn für Pragmatismus, denn durch die Mobilisierung der Franzosen wurden dringend Arbeitskräfte gebraucht. Offensichtlich war das Land in keiner Weise auf den Krieg vorbereitet, weder waren die asylberechtigten Emigranten auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft worden, noch gab es Lager und das entsprechende Personal, sie zu organisieren³⁷⁷. Bei der Internierung spielten viele Faktoren eine Rolle, sie reichten vom Antisemitismus über den seit dem Hitler-Stalin-Pakt verschärften Antikommunismus und den mit der Angst vor Spionage verbundenen Deutschenhaß³⁷⁸ bis zu jener tief sitzenden Krise, die nach Marc Bloch, dem Augenzeugen und Historiker, die ganze französische Gesellschaft erfaßt hatte³⁷⁹. Diese Krise manifestierte sich zunächst in einer fast apathischen Lethargie wäh-

³⁷¹ Bittbrief Thormanns an Kroacher (Hotel Bellevue, Genf), C.A.R.A.N., F/7, 15123, K, vgl. auch F/7, 15125, 4.

³⁷² Vgl. auch Walter, Internierung, S. 93 f. Walter berichtet von einer Zusammenarbeit Münzenbergs mit den Quäkern und von den Verteilungsschwierigkeiten in den Lagern. Bericht über erste Erfolge der Aktion in: *Die Zukunft*, 22. 12. 1939.

³⁷³ Gespräch mit Degon.

³⁷⁴ Laharie, S. 109 und Gespräch mit dem Autor, der sagte, daß er wegen seines Buches starken Anfeindungen ausgesetzt sei. Vom Lager ist nichts übrig, allerdings ist das durch eine Hinweistafel gekennzeichnete Areal trotz des wild wuchernden Waldes noch genau erkennbar. Es gibt einen Friedhof und ein Archiv in der Stadt.

³⁷⁵ Walter, Internierung. Im Kapitel „Die erste Internierungswelle in Frankreich“ werden die juristischen und politischen Voraussetzungen der Internierung und die Sammlung im Stade de Colombe in Paris behandelt, außerdem ist eine fast vollständige Liste der Lager abgedruckt, die Walter aus verschiedenen Listen zusammengestellt hat.

³⁷⁶ Badia u. a., *Les barbelés*, S. 171, Walter, Internierung, S. 34 ff. und Ders., *Europäisches Appeasement*, S. 101 ff.

³⁷⁷ Walter, Internierung, S. 153 ff.

³⁷⁸ Ebenda, S. 121 ff. Die Angst vor der sog. 5. Kolonne, unter der besonders die Emigranten zu leiden hatten. Walter zitiert Auszüge aus dem Buch des Holländers Louis de Jong, S. 10.

³⁷⁹ Bloch, S. 180 ff.

rend des sogenannten „Drôle de Guerre“, eine von André Billy geprägte Bezeichnung für die ersten sieben Kriegsmonate, in denen die Franzosen „suspendiert zwischen Krieg und Frieden lebten“³⁸⁰. Diese Zeit hat auch Bloch als Soldat erlebt und als äußerst deprimierend beschrieben. „Die unmittelbare Ursache“ für die katastrophale Niederlage Frankreichs sei in der „Unfähigkeit der militärischen Führung“ zu suchen, die als Sieger von 1918 glaubten, noch einmal den Krieg von 1914 führen zu können, und deshalb der modernisierten, verjüngten und alle technischen Möglichkeiten nutzenden deutschen Armee hoffnungslos unterlegen war³⁸¹. Doch, so fährt Bloch fort, die wahren Ursachen liegen tiefer, und zwar „in einem psychologischen Klima, das sie selbst [*die militärischen Stäbe*] nur teilweise erzeugt hatten. Sie selbst waren das, was die Bevölkerungsschichten, denen sie entstammten, aus ihnen gemacht hatten, und das, was die Gesamtheit der französischen Nation ihnen erlaubt hatte zu sein.“ Das heißt, nach Bloch war die Niederlage eine Folge einer durch alle Schichten reichenden intellektuellen und psychologischen Krise, die Bloch unter der Überschrift: „Gewissensprüfung eines Franzosen“ genau diagnostiziert³⁸². Die führende Schicht habe versäumt, die Massen wirklich in die Gesellschaft zu integrieren und an dem Aufbau der Demokratie zu beteiligen; so habe „der Volksstaat“, in Abwandlung eines Wortes von Montesquieu, seine „Antriebskraft [...] die Tugend“ verloren. In dieser angeschlagenen Verfassung hätten dann die überalterten Generäle ihr Land der fremden deutschen Besatzungsmacht, die zumindest durch ihre Führer Böses beabsichtigte, ausgeliefert. Diese Diagnose gibt nicht nur Hinweise zur Erklärung der raschen Niederlage, sondern macht auch verständlich, warum die Kollaboration zunächst so ausgezeichnet geklappt, der Widerstand, die Résistance, sich dagegen erst sehr allmählich entwickelt hat und die ganze Problematik bis heute nicht verarbeitet ist³⁸³.

Auch von deutscher Seite wurde die Kollaboration von Leuten unterstützt, die auf subtile Weise genau an diese angeschlagene ‚bürgerliche Mentalität‘, die Bloch beschreibt, anknüpften. Es waren Leute wie Otto Abetz, der spätere deutsche Botschafter in Paris, und Friedrich Sieburg, der Frankreichkorrespondent der *Frankfurter Zeitung*. Für beide war die deutsch-französische Verständigung ein Anliegen von Jugend an³⁸⁴, und sie setzten sich schon lange vor Kriegsausbruch für sie ein, aber in einer Weise, die nicht der demokratischen Tradition beider Länder entsprach. Scheer faßt die Art dieser deutschen Einflußnahme in ein Bild, das er auf Abetz bezieht. Er war „just der Mann, der wie eine Spinne über das Parkett der Pariser Salons glitt und das dichteste der Netze spannte, in denen Frankreich jahrelang seinen nationalen Zusammenhalt, Mut und Stolz

³⁸⁰ „La France vécut suspendue entre la guerre et la paix“, in: *Journaux de Guerre*. Numéro Spécial: La Drôle de Guerre septembre 1939 – avril 1940. Vgl. auch das soeben erschienene Tagebuch des mehrfachen Ministers Henri Queuille.

³⁸¹ Bloch, S. 70. Bloch ist sich als Historiker der Gefährlichkeit einer solchen Verallgemeinerung sehr wohl bewußt und differenziert und belegt sein Urteil im folgenden genau.

³⁸² Ebenda, S. 180–232.

³⁸³ In dem Zusammenhang sind einige neuere französischen Filme über das Vichy-Regime und das Internierungslager „Les Milles“ sehr interessant.

³⁸⁴ Scheer, S. 155 ff. und 202 ff. Manfred Flüge beschreibt noch so eine widersprüchliche Gestalt der deutsch-französischen Beziehung, Gerhard Heller, der als Leutnant der Propagandaabteilung der deutschen Besatzungsmacht, und als solcher Vollstreckungsgehilfe von Otto Abetz, in Paris war, S. 175 ff.

verlor“³⁸⁵. Er stellte seine Frankreichliebe in den Dienst des Dritten Reiches. In der Formulierung von Abetz, der eine Denkschrift: „Richtlinien für die politische Arbeit in Frankreich“, verfaßt hat, hört sich das so an: „Die Härtegrade unserer Haltung müssen je nach Partner und dem ihm zugedachten Zweck variieren. Ein Teil der politischen Persönlichkeiten und Bewegungen muß in der Hoffnung beziehungsweise Illusion einer späteren Verständigungsmöglichkeit belassen werden.“³⁸⁶ Für diese Politik ließ auch Sieburg, „das Chamäleon“, sich benutzen; er pries auf der Titelseite der Tageszeitung *L'Intransigeant* den deutschen Pavillon auf der Pariser Weltausstellung 1937 als einen „von unserem Volk und seinem Führer als Symbol der Arbeit in Frieden und Freiheit und Ehre entworfen“, und fügte stolz hinzu, „wir wollten zeigen, was wir wirklich sind“³⁸⁷. Diese kurzen Anmerkungen zeigen, wie schwierig es für die Demokraten auf beiden Seiten war – die französischen wie die deutschen emigrierten –, sich für die deutsch-französische Freundschaft unter demokratischem Vorzeichen und für ein friedliches Europa einzusetzen, und wieviel Mut und Weitsicht zur Gründung der Deutsch-Französischen Union gehört hatte³⁸⁸.

Der 10. Mai 1940 war der Stichtag, an dem auch Klepper mit Decke oder ohne, jedenfalls wohl mit Kofferchen, in das Stade de Colombe zog, um sich internieren zu lassen³⁸⁹. Aus einem letzten Brief an Engelmann geht hervor, daß er sich nicht um sein Schicksal sorgte, sondern um das des zukünftigen Deutschland, dessen Niederlage er klar voraussah: „Stellen Sie sich nur die Stellung vor, die Deutschland in der Welt einnehmen wird, wenn Hitler den Krieg verloren hat. Es ist nicht auszudenken. Was wäre vermieden worden, wenn man damals 1932 mir gefolgt wäre und Hindenburg und Hitler und seine Spießgesellen verhaftet hätte.“³⁹⁰

Die erste Station seiner Internierung war das französische Lager von Chambaran³⁹¹. Das bedeutet, daß Klepper zunächst mit Münzenberg, Leopold Schwarzschild, Paul Westheim, Kurt Wolff und Clément Korth zusammen im Lager war. Doch muß er sehr bald von dort nach Catus geschickt worden sein, denn sein Name taucht bei Babette Gross nicht auf, als sie von einem Gespräch berichtet, das zwischen den oben Genannten über die Fluchtmöglichkeiten geführt worden sei, nachdem das Lager am 20. Juni 1940

³⁸⁵ Scheer, S. 202, vgl. die Memoiren von Otto Abetz, in denen er seine Rolle als Mittler zwischen Deutschland und Frankreich darzustellen versucht.

³⁸⁶ Flügge, S. 185.

³⁸⁷ Scheer, S. 155 und 160.

³⁸⁸ Es gibt eine sehr gute Erzählung von Jean Buller (Pseudonym Vercors), „Le silence de la mer“ (Paris 1951, Neuauflage), die genau dieses Problem der echten und der falschen deutsch-französischen Beziehungen literarisch umsetzt.

³⁸⁹ Joseph Rován, franz. Journalist, bestätigte in einem Gespräch am 22. 11. 1990, daß auch er als junger Mann in jenen Maitagen im Stade de Colombe war und Klepper begegnet sei. Rován meldete sich als Freiwilliger zur französischen Armee. Nach dem Kriege hielt er als französischer Journalist Vorträge bei der von Klepper mitbegründeten Wipog in Frankfurt/M. Zur Beschreibung, wie die Internierung vor sich ging, auch die der Frauen im „Vélodrome d'Hiver“, vgl. Fittko, S. 19 ff.

³⁹⁰ Engelmann, S. 41 f.

³⁹¹ Beileidsschreiben, L. Manners (New York), eines ehemaligen „Bett'-Nachbarn“ aus dem Lager Chambaran, 27. 5. 1957. Interessant ist das Urteil über Klepper in der Lagersituation: „Ich hatte Gelegenheit, ihn als einen aufrechten, hilfsbereiten und geistig hochstehenden Kameraden kennenzulernen“ (KNL).

geöffnet worden war³⁹². Engelmann, dessen Informationen meist stimmen, berichtet, Klepper sei „der Reihe nach in fünf verschiedenen Lagern interniert“ gewesen³⁹³. Demnach wäre Klepper also bei der Masse der Internierten geblieben, um schließlich als Prestataire³⁹⁴ in dem eigens für diese eingerichteten Lager Catus zu landen³⁹⁵.

Wie aus einem ausführlichen Bericht über das Lager hervorgeht, wurde es zu Beginn der ersten Mobilisierung im Herbst 1939 eingerichtet, um dort in erster Linie deutsche, österreichische, ungarische und tschechoslowakische Prestataires zu sammeln³⁹⁶. Dieses Lager war verhältnismäßig klein und nur für Prestataires, die aus dem Reservoir der „réfugiés bénéficiaires du droit d'asile“ rekrutiert wurden, im Gegensatz zu den „camps d'internés“, in denen die Flüchtlinge sozusagen unsortiert, also auch „nazis“, gesammelt wurden³⁹⁷. Von 1939 bis September 1940, als die deutschen sowie die ungarischen und die aus dem Saarland stammenden Prestataires nach Montauban und Agen evakuiert wurden, waren 290 bis 400 Leute im Lager, wobei einige der dort registrierten Prestataires gar nicht im Lager, sondern bei umliegenden Bauern oder als Kleinpächter versteckt in den Wäldern lebten³⁹⁸. Die Erstankömmlinge hatten nichts außer einer Scheune neben dem Schloß von Villary bei Catus vorgefunden, sie hatten die gesamte Einrichtung selber schaffen müssen. Doch auch als Klepper ein Jahr später im Lager ankam, waren die Lebensbedingungen primitiv. Wasser mußte aus dem Fluß geholt werden, wo man auch sich selbst und die Wäsche wusch, bis die nahegelegene Mühle ihren Brunnen wenigstens für das Trinkwasser zur Verfügung stellte. Die Bewachung war korrekt, die Lagerdisziplin gut, es gab keinen Streit und keine Probleme, die Lagerbewohner trugen keine Lagerkleidung, sie konnten sonntags Besuch empfangen, und wenn ihnen das Essen nicht schmeckte und sie genug Geld hatten, konnten sie sich Essen aus den Restaurants von Catus kommen lassen. Sogar für Unterhaltung wurde gesorgt, man spielte Dame

³⁹² Gross, S. 13 f.

³⁹³ Engelmann, S. 42.

³⁹⁴ Vgl. zu Vorgeschichte, Begriff, Status und gesetzlicher Regelung: Walter, Internierung, S. 110 f. Prestataires waren eine Art unbewaffneter Arbeitssoldaten, die in Lagern zusammengefaßt, aber auch auf Höfe oder in Fabriken etc. zur Arbeit verschickt werden konnten und bezahlt wurden.

³⁹⁵ Akte Mexiko und vgl. Brief von Walter Habicht, Oberinspektor und Chef des Saarbataillons in Völklingen, an Klepper, 14. 3. 1950: „Sie werden sich sicher noch an die Zeit erinnern, als wir vor nunmehr 10 Jahren in den Wäldern von Catus (Lot) vegetierten und den diversen Waffenstillstandskommissionen aus dem Wege gehen mußten“ (K/Kor). Der Aufenthalt Habichts in Catus wird bestätigt durch das „Bureau de Recrutement sowie in einem Gespräch am 10. 6. 1992 bei Fumel (Lot-Garonne) durch seine Frau und seinen Sohn, die mir Dokumente und Angaben zum Leben Walter Habichts übergaben. Außerdem wurde mir im Bureau de Résistance bestätigt, daß es eine Akte Habicht gibt, das heißt Walter Habicht in Frankreich als Widerstandskämpfer anerkannt wurde und eine entsprechende Rente bezog. Habicht hatte sich 1944 freiwillig als Soldat bei der Résistance gemeldet.“

³⁹⁶ Das „Comité d'Histoire de la 2e Guerre Mondiale“ hat in den 60er Jahren eine „enquête sur les camps et prisons“ veranlaßt und M. Lafargue gebeten, einen Bericht für die Kommission zu schreiben. Der 7 1/2 Seiten lange Bericht ist mit der Hand geschrieben und enthält genaue Angaben über die Einrichtung des Lagers und das Lagerleben (C.A.R.A.N., 72 AJ 282/13.I).

³⁹⁷ Ebenda, Commission im allgemeinen: genaue Anweisungen zur Abfassung der Berichte, erlassen vom Generalsekretär der Commission, M. Michel, eine lange Liste aller (?) Lager, Briefe wegen Befreiung, Regeln zur Behandlung der Internierten, Briefe aus den Lagern und Briefe des American Rescue Committee.

³⁹⁸ Lagerbericht, einige „travailleurs étrangers“ lebten „comme métayers (Pächter) ou fermiers dans un domaine abandonné“.

und Schach, bastelte Schiffe in Flaschen, offenbar eine Lieblingsbeschäftigung der Franzosen im Ersten Weltkrieg, und hatte sogar ein von einer Dame des Ortes zur Verfügung gestelltes Klavier; als Entgelt wurde ihr Holz gehackt. Die Kranken kamen nach Catus oder ins Krankenhaus nach Cahors. Monsieur Lafargue faßt seinen Bericht so zusammen: „En somme l'existence dans le camp s'est révélée tranquille, à une époque troublée, dans un monde divisé, inquiet, soupçonneux et prompt aux représailles.“³⁹⁹

Klepper hatte also Glück gehabt, nicht nur mit dem Lager und seinen Mitinsassen, zu denen auch Leute zählten, die er schon aus Berlin kannte, zum Beispiel Hans Pink, ehemaliges Mitglied des Landesrates des Saargebietes, der ihn wiederum mit dem ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Gustav Flohr zusammenbrachte⁴⁰⁰, sondern auch mit seinem Lagerkommandanten René Schlosser, einem elsässischen Juden, der, wie viele elsässische Zivilbeamte, zu Beginn des Krieges aus dem Elsaß abgezogen worden war⁴⁰¹ und der sich offensichtlich sehr fair und vernünftig verhalten und Klepper vor dem Zugriff der Nazis geschützt hat. Dieser Schutz wurde notwendig, als der Waffenstillstand in Compiègne am 22. Juni 1940 unterzeichnet worden und damit der Artikel 19, der die Auslieferung von Emigranten und Antifaschisten an die Nationalsozialisten forderte, wirksam geworden war. Um die Durchführung dieses Artikels zu überwachen, wurde von der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden eine Kontrollkommission unter der Leitung von Ernst Kundt eingerichtet, die sogenannte Kundt-Kommission, die Frankreich im August und September bereiste, im ganzen etwa 700 km zurücklegte und 40 Zivilinternierungslager sowie 30 Gefängnisse und Lazarette besuchte⁴⁰².

Als die Kommission am 24. August 1940 zwischen 16 und 17 Uhr in Catus eintraf, waren laut dem französischen Bericht von den 104 im Lager registrierten Ausländern 81 anwesend, 4 waren im Krankenhaus und 19 beurlaubt. Bei einer Besprechung der Kommission mit dem Lagerpersonal im Büro des Kommandanten habe der Lagerkommandant Schlosser Schwierigkeiten gehabt, zu erklären, wo Klepper, der von der Kommission dringend gesucht wurde⁴⁰³, sich aufhalte⁴⁰⁴. Schlosser hatte Klepper den Decknamen Hans Norbert Stahn sowie die entsprechenden Papiere gegeben und ihn versteckt⁴⁰⁵. Die Kommission übernachtete im Hotel „Des Ambassadeurs“ in Cahors und

³⁹⁹ Ebenda. Übersetzung: Im ganzen erwies sich das Leben im Lager als ruhig in einer verwirrten Zeit, in einer entzweiten, unruhigen, mißtrauischen, jederzeit zur Erpressung bereiten Welt. Dem Bericht liegen ein genauer Lageplan und eine Zeichnung der Gebäude bei.

⁴⁰⁰ Brief Gustav Flohr an Klepper, 17. und 26. 7. 1953 (KKor.). Vgl. außerdem den Artikel über Gustav Flohr in: Schumacher (Hrsg.), M.d.R., Nr. 385.

⁴⁰¹ Diese erste Generation von Lagerkommandanten wurde dann mehr oder weniger bald nach dem Waffenstillstand durch Vichy-treue Leute ersetzt.

⁴⁰² Bericht nach Abschluß der Reise (18. 9. 1940) von v. Studnitz in: PA-AA, R XII zv, 67/68. Dem Bericht liegen eine Liste der besuchten Lager, Hotel- und Restaurantrechnungen bei.

⁴⁰³ Karteikarte mit dem Vermerk: K. im Geheimerlaß der Gestapo vom 15. 5. 1939, Landes-Archiv Speyer, H 91. Im Studnitz-Bericht heißt es zum „Fall des ehemaligen preußischen Finanzministers Klepper“, er gehöre zu den meistgesuchten „Personen, die wegen politischer oder krimineller Straftaten von Deutschland gesucht“ werden.

⁴⁰⁴ C.A.R.A.N., A J 41, 507, IV, Divers, Einzelberichte über die Lagerbesichtigungen; aus Catus wollte keiner zurückkehren, außer einem nach Lyon und drei Luxemburger in ihr Land, den Prestataires schien es im Lager zu gefallen. Auch in den deutschen Berichten wird die vergebliche Suche nach Klepper erwähnt.

⁴⁰⁵ Akte Mexiko.

speiste luxuriös, natürlich mit Champagner, Heidsieck brut 1919 für 600 Francs – zum Vergleich: das Diner kostete für 7 Personen 455 und die 7 Übernachtungen 463 Francs! Ernst Kundt selbst hat sich in einem nach dem Kriege geschriebenen Bericht als ausgesprochen frankophil, kompromißbereit und als Gegner der Gestapo dargestellt⁴⁰⁶.

Während die Herren speisten, saß Klepper in einer dem Lager nahegelegenen Grotte auf Stroh und ließ sich das Essen aus dem Lager bringen. So fand ihn auch Degon vor, nachdem er ihn auf einen Hinweis Rawitschers hin gesucht hatte. Inzwischen hatte Klepper sich offenbar dort eingerichtet, denn Degon fand ihn mit Büchern aus der Leihbibliothek von Catus lesend vor. Klepper sei ausgesprochen guter Dinge und wie stets voller Pläne gewesen. Seit ihrem letzten Wiedersehen hatte Degon auch einige Abenteuer hinter sich gebracht. Ende Mai 1940 war er mit den Engländern zusammen von Dünkirchen nach England geflohen und war dann von da aus nach Frankreich zurückgekehrt. Seit Beginn des Krieges gehörte er zum 2e Bureau und ging dann direkt zur *résistance*. Nachdem sein Freund und Vorgesetzter François Verdier von den Deutschen auf viehische Weise – man ließ eine Handgranate in seinem Mund platzen – im Wald von Bauconne ermordet worden war, nahm er als sein Nachfolger den Decknamen Colonel Bauconne an⁴⁰⁷.

Als Degon Klepper nun von einer kleinen Farm erzählt habe, die er durch Zufall von heimkehrenden Mexikanern habe übernehmen können, die aber völlig verrottet sei und die er unmöglich allein bewirtschaften könne, sei Klepper Feuer und Flamme gewesen, habe ihm vorgeschlagen, er werde zwölf *Prestataires* aus dem Lager mitbringen und die Farm auf Vordermann bringen.

In der Zwischenzeit wurde das Lager Catus Mitte September evakuiert, doch konnte Klepper mit Degons Hilfe und Duldung der französischen Behörden durchsetzen, daß er und zwölf weitere Gefangene, statt in das Lager von Montauban eingewiesen zu werden, nach En-Bec, der Farm Degons, als *Prestataires* abkommandiert wurden⁴⁰⁸. Sie waren als *Prestataires* „sous la responsabilité de l'armée d'armistice“, hatten also einen soldatenähnlichen Status, bekamen einen kleinen Sold, wurden eingekleidet und von der Armee kontrolliert⁴⁰⁹. Einige der Männer scheinen in dem kurzen Zeitraum zwischen September und Dezember 1940 noch in Montauban gewesen oder sonstwo untergeschlüpft zu sein. Klepper konnte sich bei Hans Pink in Agen verstecken⁴¹⁰, von wo aus er sofort Kontakt mit En-Bec aufnahm, um dann Anfang November endgültig dorthin zu übersiedeln⁴¹¹. Die übrige Mannschaft folgte unter Pink als Chef d'équipe⁴¹² Mitte Dezember nach. Zu ihr gehörte neben Gustav Flohr, mit Frau und Tochter, auch Pinks Frau. Weihnachten 1940 wurde bereits in En-Bec gefeiert, ein bewegendes Fest, so wie Madeleine Landy-Degon es schildert, und für Klepper eines der vier schönsten Weihnachtsfeste zwischen 1933 und 1947⁴¹³. Madeleine, eine junge Frau von 28 Jahren, war

⁴⁰⁶ PA-AA, R XII zv, 67. Kundts Bericht stammt vom 31. 7. 1952.

⁴⁰⁷ Akte als Widerstandskämpfer: im Bureau de Résistance, im Schloß Vincennes.

⁴⁰⁸ Mexiko Akte.

⁴⁰⁹ Bericht Landy-Degon.

⁴¹⁰ Klepper an Tochter Ingrid aus Mexiko, 30. 10. 1943.

⁴¹¹ Bericht Landy-Degon.

⁴¹² Klepper an Tochter Ingrid (ebenda).

⁴¹³ Klepper an Schwiegertochter Mary-Beth aus Frankfurt, 26. 12. 1947.

neben all der Sorge um ihre Schützlinge mit der Angst um ihren Mann belastet, der nach Paris zurückkehren mußte, um seinen kranken Vater in das unbesetzte Frankreich zu holen⁴¹⁴.

Das Leben in En-Bec läßt sich aus den Erzählungen von Degon sowie seiner früheren Frau Madeleine Landy-Degon, die noch heute mit 80 Jahren in En-Bec lebt und alles erklärt und gezeigt hat, rekonstruieren. Diese Rekonstruktion des Geschehens erscheint sinnvoll, da sie über das persönliche Schicksal Kleppers hinaus einen Einblick in das Schicksal deutscher Emigranten bietet, Emigranten, die nicht in Lagern, sondern als sozusagen freie Prestataires unter Franzosen gelebt und gearbeitet haben, angewiesen auf deren Hilfe und ständig in der Furcht, denunziert oder von Deutschen entdeckt und gefangen zu werden, eine Gefahr, die im Verlaufe des Krieges immer stärker anwuchs⁴¹⁵. Wie stark die Gefahr war und welchen abenteuerlichen Erfahrungen die sich frei bewegenden Emigranten ständig ausgesetzt waren, schildert Lisa Fittko auf anschauliche Weise. Sie hat zusammen mit ihrem Mann von Oktober 1940 bis März 1941, bis zum Erlaß der Pétain-Regierung, der die Räumung aller Grenzgebiete anordnete, von Banyuls-sur Mer an der französisch/spanischen Grenze aus die Flucht vieler Emigranten, unter anderem die Walter Benjamins, über die Pyrenäen organisiert⁴¹⁶.

Die Lebensbedingungen auf der Farm in den Bergen oberhalb von Quillan, einem kleinen Provinzstädtchen im Departement Aude gelegen, muß man sich beschwerlich, zugleich aber auch reizvoll vorstellen. Die Farm bestand aus Degons kleinem steinernen Wohnhaus, in dem auch gekocht⁴¹⁷ und gegessen wurde, einer Scheune, in der die Prestataires schliefen, einem Stall für die Schafe, die nach und nach angeschafft wurden, und einem etwas abseits gelegenen Steinhaus, in dessen oberem Stock Klepper ein Zimmer für sich allein hatte. Aus seinem Fenster hat man auch heute noch einen weiten Blick in das sehr schöne Bergtal, das sich nach Westen in leicht ansteigenden Wiesen öffnet und nach Norden durch einen bewaldeten Bergrücken begrenzt wird. Das Tal war und ist immer noch sehr abgelegen, dennoch gab es in ein paar Kilometer Entfernung bäuerliche Nachbarn, die teils für, teils gegen das Vichy-Regime waren, so daß Madeleine Degon stets auf der Hut sein mußte, ihre Schützlinge abzuschirmen. Immer wieder kamen Kontrollen, die mit viel Geschick getäuscht oder abgelenkt werden konnten. Trotz aller Gefährdung wurde in En-Bec hart gearbeitet. Es galt die völlig heruntergekommene und seit sechs Jahren nicht mehr bearbeitete Farm zu bewirtschaften und wenigstens so viel damit zu verdienen oder an Naturalien zu erzeugen, daß die vielen dort lebenden Menschen ernährt werden konnten. Klepper war laut Aussage des Ehepaars Degon der „chef spiri-

⁴¹⁴ Bericht Landy-Degon.

⁴¹⁵ Klepper schreibt in dem bereits erwähnten Brief an seine Tochter Ingrid im Oktober 1943: „Für die Leute – es sind viele, die noch in Frankreich geblieben sind – ist es nach den neuesten Nachrichten entsetzlich. Soweit sie Juden sind, werden sie einfach, wie das Vieh, eingefangen und nach Deutschland oder Polen transportiert. Was dort aus ihnen wird, kann man sich denken.“

⁴¹⁶ Fittko, *Mein Weg*, S. 154–207.

⁴¹⁷ Von den beiden Ehefrauen Flohr und Pink.

tuel“⁴¹⁸, der Ideen zur Waldwirtschaft⁴¹⁹, zur Viehhaltung⁴²⁰ und zum Ackerbau entwickelte. Angeblich soll er die in der Gegend unbekannte Egge eingeführt haben. Als die umliegenden Bauern sich zu dieser nicht bekehren lassen wollten, habe er sie durch einen Priester segnen lassen; da hätten auch die Bauern der Gascogne den Segen der Egge erkannt⁴²¹. So kam der Agrarpolitiker noch dazu, praktische Landwirtschaft zu betreiben, und gleichzeitig mit Madeleine Degon, die Deutsch und Englisch sprach, über den Agrarkredit zu sprechen, da sie beim Crédit Agricole gearbeitet hatte und dabei war, ein Buch über den französischen und europäischen Agrarkredit zu schreiben, bei dem Klepper ihr wertvolle Hilfe leisten konnte⁴²².

Man könnte fragen, warum Klepper nicht in En-Bec geblieben ist, so wie Pink, der die Befreiung Frankreichs in En-Bec erlebt und sogar selbst ein „Comité de la liberation“ gegründet hat? Pink war Saarländer und hatte dadurch in Frankreich einen anderen Status. Klepper war einer der prominentesten und von den Nationalsozialisten am stärksten gesuchten Personen⁴²³, er sprach kaum Französisch und sah sehr deutsch aus, zumal mit seinem Schmiß. Einerseits wurde es für die französischen lokalen Behörden, die ihn ja als Prestataire registriert hatten und bezahlten, immer schwieriger, solche Leute wie Klepper zu schützen, da sie ihrerseits immer stärker unter den politischen Druck des Vichy-Regimes gerieten, andererseits entwickelte sich der französische Widerstand erst 1942/43, als Klepper schon längst das Land verlassen hatte, so daß er nicht die Möglichkeit hatte, mit seinen Freunden zusammen beim Widerstand mitzumachen und unterzutauchen⁴²⁴. Die Gefahr war groß, und die Versuche, Klepper zu retten, liefen seit September 1940 über die von Prinz Löwenstein in New York gegründete Hilfsorganisation „American Guild for German Cultural Freedom“. Klepper war über alle „konventionelle[n] Hemmungen“, die er sehr wohl empfand, hinaus fest entschlossen, sich zu retten. Er begründet diesen Wunsch in einem Brief aus Quillan an den Schatzmeister des „American Guild“, Oswald Garrison Villard, im November 1940 auf folgende Weise: „Betrachtet man meinen Fall [...], der ja als Schulfall gelten könnte, [so müßte er sich] auch regeln lassen, ohne daß dies den Charakter einer Bevorzugung aufgrund persönlicher Beziehungen erhielte. [...] Diese Entschlossenheit, [...] unter allen Umständen zum Ziel zu gelangen [...], entstammt nicht nur dem Wunsch, mich individuell zu ret-

⁴¹⁸ Degon: Er war überall in der Gegend bekannt als Mann mit dem Schmiß. Bericht Landy-Degon: „Son ascendant moral et intellectuel ainsi que la simplicité de son comportement vis à vis de tous le faisait très bien admettre par toutes les classes sociales présentes.“

⁴¹⁹ Degon: Für den am Nordhang ansteigenden Wald erfand Klepper eine Art Kabelbahn mit Flaschenzug, um die gefällten Bäume runterzuholen.

⁴²⁰ Bericht Landy-Degon: Es wurde eine Herde von 100 Mutterschafen und zwei Paar Ochsen angeschafft, Klepper habe oft die Schafe gehütet.

⁴²¹ Bericht Degon.

⁴²² Landy-Degon, Le Crédit Agricole.

⁴²³ „Chacun savait que Klepper était le plus exposé“ (Landy-Degon). Vgl. Kleppers Briefe an O. G. Villard (Dt. Bibl., Eb 70/112) vom 27.11. und 19. 12. 1940, die alle den Absender der kleinen Wohnung Degons in Quillan, Grand rue 22, tragen, und die Klepper betreffende Korrespondenz in der Akte Klepper, American Guild, sowie die Kleppers Gefährdung und Ausreise betreffende Korrespondenz Arnold Brechts mit Karl Brandt, Mrs. Fritz Epstein (New England Christian Committee for Refugees) und Jakob Goldschmidt in: BAK, NL-Brecht.

⁴²⁴ Degons gehörten zu der Gruppe Franc Tireur, eine der ersten Widerstandsgruppen, die ihre Arbeit erst richtig ab 1943 entfalteten.

ten, sondern ich bin fest davon überzeugt, daß es darüber hinaus zweckmäßig ist, mir die Chance zu geben, an den Platz zu gelangen, den ich suche.“⁴²⁵

Da auch Madeleine Degon von der Notwendigkeit von Kleppers Ausreise überzeugt war⁴²⁶, bedeutete er doch auch eine Gefährdung für die ganze Gruppe in En-Bec, fuhr sie im November und Dezember 1940 zweimal unter äußerst schwierigen Bedingungen mit ihm nach Marseille, um „mit den dort tätigen amerikanischen Stellen Kontakt zu gewinnen“⁴²⁷. Schreckliche Fahrten mit Bussen und Zügen, die entweder gar nicht fuhren oder ewig brauchten, weil sie umgeleitet wurden. Es war eisig kalt, es gab nichts zu essen, und man schwebte ständig in Lebensgefahr und der Sorge, kontrolliert oder gar identifiziert zu werden⁴²⁸. Die Zustände in Marseille waren nicht besser: Miese kleine Hotels, ständig Razzien, vergebliches Schlangestehen vor den Konsulaten, kein Geld für ein anständiges warmes Essen, Gerüchte, Verhaftungen, Erpressungen, man kann sich diese Welt nicht abenteuerlich genug vorstellen. Der Roman „Transit“ von Anna Seghers⁴²⁹ und auch die unter dem Eindruck der Erlebnisse mit Klepper geschriebene kleine Novelle von Madame Landy⁴³⁰ vermitteln ein anschauliches Bild von den Verhältnissen in Marseille. Einer der kleinen Lichtpunkte in dieser Hoffnungslosigkeit war das „American Rescue Committee“ von Varian Frey. Er und sein Mitarbeiter Daniel Bénédite⁴³¹ haben sehr anschaulich über die Arbeit und die ungeheuer sich auftürmenden Probleme berichtet⁴³². Auch Klepper haben sie geholfen⁴³³. Er bekam am 2. Januar 1941 ein sechs Monate gültiges Einreisevisum für die USA, ein sogenanntes Nonimmigrant Visa, aber es nützte ihm nicht viel, weil es auf den Namen Klepper ausgestellt war, er aber unter diesem Namen das Land nicht verlassen konnte. So bemühte Klepper sich um ein Transit-Visum für Mexiko, das auf sein Pseudonym ausgestellt werden mußte. Dies dauerte ein Jahr.

Schließlich gelang es durch die Vermittlung des Prinzen Löwenstein, der 500 Blanco-Visen von der mexikanischen Regierung bewilligt bekommen hatte, und durch die Inter-

⁴²⁵ Brief vom 27. 11. 1940 aus Quillan/Aude (Dt.Bibl., Eb 70/117).

⁴²⁶ M. Landy-Degon nennt als Motiv für ihre Hilfe, um „un des plus éminents combattants antihitlériens“ zur Flucht zu verhelfen.

⁴²⁷ Brief vom 27. 11. 1940.

⁴²⁸ Bericht Landy-Degon. Lisa Fittko schildert mehrere solcher Zugreisen ohne gültige Papiere; man brauchte nicht nur eine Reiseerlaubnis, sondern auch eine Aufenthaltserlaubnis von dem Ort, zu dem man fuhr.

⁴²⁹ Seghers, Transit, Konstanz 1948. Vgl. auch Fittko und Freyermuth.

⁴³⁰ „Marseille 1941“ (Privatbesitz).

⁴³¹ Frey, Surrender on Demand und Bénédite, La Filière.

⁴³² In einem Bericht der Vichy-Regierung über deutsche Flüchtlinge wird ein Brief Freys an die Vichy-Regierung erwähnt, in dem er darum bittet, die Situation der deutschen Flüchtlinge, die teilweise hochangesehene Emigranten seien und viel für Frankreich getan hätten, zu ändern, zumal das Ansehen Frankreichs durch die schlechte Behandlung in den USA stark geschädigt werde. Eine Liste derjenigen Flüchtlinge, deren Flucht nach USA wünschenswert sei, werde nachgereicht (AD, Guerre 1939–1945, Vichy Europe, Serie C, No. 146, p. 93).

⁴³³ Bénédite, p. 279f., 291f. und Bericht Landy-Degon. Brief von Charles Sternberg (International Rescue Committee, New York) vom 8. 7. 1992 bestätigt, daß Klepper häufiger im American Rescue Committee war.

vention von Babette Gross von Mexiko aus⁴³⁴, daß der mexikanische Konsul in Marseille ein Transit-Visum für den 13. Januar 1942 auf den Namen Hans N. Stahn ausstellte, obwohl er von offizieller Stelle unterrichtet worden war, daß der wahre Name Klepper lautete⁴³⁵. Blieb noch das Problem: wie aus der Mausefalle Frankreich herauskommen, da ihm der Weg über Spanien wegen Haftbefehls verwehrt war? Auch dieses Problem konnte mit Hilfe des American Rescue Committee gelöst werden⁴³⁶, er bekam ein Ausreisevisum ebenfalls auf den Namen Hans N. Stahn. Nun fehlte noch ein Schiffsplatz. Diese letzten Wochen vor seiner Abreise im Januar 1942 in Marseille waren aufregende Wochen, jeden Tag konnte man Gestapo-Leuten in die Hände laufen. Klepper hatte Unterschlupf in einem Dominikaner-Kloster und Unterstützung durch eine befreundete Familie Fleischmann gefunden⁴³⁷. Schließlich gelang es, einen Schiffsplatz zu organisieren und mit Hilfe des American Rescue Committee die Schiffskontrollen dadurch zu täuschen, daß Klepper ein Bart und eine Brille verpaßt wurden⁴³⁸. Tatsächlich gelangte er unerkannt auf das Schiff mit Kurs auf Oran in Algier und von dort weiter nach Mexiko⁴³⁹. Im Herbst 1941 war die Flucht seiner Familie aus Mallorca mit amerikanischer Hilfe in die USA gelungen⁴⁴⁰. Was die Frauen damals zustande gebracht haben, ist enorm⁴⁴¹.

Fünf Monate war Klepper unterwegs. Sosehr ihm sein Pseudonym geholfen hatte, Frankreich zu verlassen, so schwierig wurde es nun für ihn, seine wahre Identität zurückzuerlangen, denn die Papiere, die seine wahre Identität nachwiesen, mußte er aus

⁴³⁴ Briefe in: Dt.Bibl., Eb 70/112 von W. Sauerländer und Brief Kleppers vom 19. 12. 1940, in dem er den Empfang eines Einreisevisums für die USA bestätigt und nach den Möglichkeiten eines mexikanischen Visums fragt, um via Mexiko nach USA zu gelangen. Das Visum für ihn zu bekommen, hatte Babette Gross erreicht (Klepper an seinen Sohn, Frankfurt/M. 30. 5. 1948). Sie war, nachdem sie vor dem Waffenstillstand aus Gurs herausgekommen war, bereits 1940 über Portugal nach Mexiko entkommen (Gross, S. 331, vgl. auch Wessel, S. 221).

⁴³⁵ Akte Mexiko, KNL.

⁴³⁶ Bénédite, p. 279f.

⁴³⁷ Dankbar erwähnt Klepper die Hilfe des Ehepaares Fleischmann, die redlich mit ihm geteilt hätten, als er in „den letzten Wochen in Marseille kaum noch Geld“ gehabt habe, in einem Brief an die Tochter Renate vom 30. 10. 1943 aus Mexiko.

⁴³⁸ Bénédite, p. 279f.

⁴³⁹ Autorisierter Lebenslauf. Laut Pohle, S. 35, soll Klepper zunächst nach Casablanca und dann mit dem portugiesischen Schiff „Nyssa“ nach Mexiko gefahren sein, und zwar in Begleitung des KPD-Funktionärs Erich Jungmann, des SAP-Funktionärs Max Diamant und „weiterer Kommunisten und Linkssozialisten“, was nicht zutrifft. Vielleicht verwechselt Pohle diese Information mit der über Familie Klepper, die tatsächlich im Herbst 1941 auf der „Nyssa“ von Lissabon nach den USA gefahren ist.

⁴⁴⁰ Brief von Frau Klepper aus Plainfield/New Jersey vom 3. 11. 1941 an Elsbeth Weichmann in New York: „Seit einem Monat bin ich mit meinen Kindern hier in der Neuen Welt. Vielleicht kommt mein Mann auch bald herüber“ (StAH, 622–1, 74, Bd. 1). Brief der Tochter Renate vom 8. 2. 1993. Die Fahrt bis Lissabon und auch Zuschüsse zum Leben der Familie auf Mallorca wurden von Dina Bowden, die eine große selbstlose Arbeit für das „American Friends Service Committee“ geleistet hat, finanziert (Kopie des Briefes von der Tochter von Dina Bowden an Renate Taylor-Klepper).

⁴⁴¹ Wenn das Schicksal von Frau Klepper und den Kindern auch nicht Thema dieser Arbeit ist, so sollte es doch mitreflektiert werden, gerade im Hinblick auf die in der Exilliteratur vernachlässigte Rolle der Frauen. Zur Anregung ein Buch von Kreis, Frauen im Exil. Vgl. auch die bereits zitierte E. Weichmann und Fittko.

Sicherheitsgründen einer anderen Person, die später nachkam, überlassen. Das Schiff legte auf den Bermudas an, und die britischen Behörden verweigerten die Anerkennung von Kleppers Papieren. Es mußte erst Auskunft in London eingeholt werden. Als die Aufklärung des Falles Klepper eintraf, war das Schiff abgefahren. Aber Klepper scheint das nicht gestört zu haben, im Gegenteil, er genoß und nutzte seinen unfreiwilligen Aufenthalt auf den Bermudas in dem Appartement eines erstklassigen Hotels, das ihm die Briten zur Verfügung gestellt hatten, und begann ein Buch zu schreiben⁴⁴². Das schien mehr nach Kleppers Geschmack als in En-Bec Schafe zu hüten.

Mexiko: letzte Station – „mit dem Gesicht nach Deutschland“

Am 15. Mai 1942 setzte Klepper seine Reise nach Mexiko fort und traf wenig später in Veracruz ein⁴⁴³. Aufatmen konnte er allerdings immer noch nicht, denn die Schwierigkeiten mit seinem falschen Namen setzten sich fort. Die von Erna Riess aus Marseille mitgebrachten Originalpapiere gingen mitsamt einem ihr in Havanna gestohlenen Koffer verloren⁴⁴⁴, und es dauerte abermals fast zwei Monate, bis es gelang, Klepper aufgrund des zwar schon abgelaufenen, aber wiederaufgetauchten Nonimmigrant Visa für die USA mit Fingerabdrücken und einem Foto zu identifizieren⁴⁴⁵. Am 29. Juli 1942 erhielt er von den mexikanischen Behörden eine einjährige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die ein Jahr später auf unbegrenzte Zeit verlängert wurde⁴⁴⁶. Begründet hatte er seine Bitte um Verlängerung mit der Notwendigkeit, sein Buch fertig schreiben und Informationen über die landwirtschaftlichen Probleme Mexikos, insbesondere seines Agrarkreditsystems, sammeln zu müssen. In der kurzen Zeit, die er in Mexiko sei, schrieb er, habe er viele Analogien zu Deutschland, Italien, Spanien und China in Bezug auf die nicht durchgeführte Liquidation des Feudalismus gefunden, und es interessiere ihn sehr, seine Beobachtungen, die er in anderen Ländern gemacht habe, mit den Realitäten in Mexiko zu vergleichen⁴⁴⁷.

Damit ist bereits der eine Schwerpunkt seiner Betätigung genannt: forschen und schreiben. Der zweite Schwerpunkt, schließlich mußte er ja auch Geld verdienen, war seine Tätigkeit als Anwalt. Als seine Arbeitserlaubnis auf unbegrenzte Zeit verlängert worden war, trat er im November 1943 der Anwaltskanzlei Fernández, Ballvé und Murad bei. Sein Arbeitsgebiet waren internationale Rechtssachen, dazu die Verteidigung

⁴⁴² Akte Mexiko.

⁴⁴³ Akte Mexiko. Er traf also nicht am 4. 3. 1942 ein, wie Pohle, S. 35, behauptet.

⁴⁴⁴ Briefe des amerikanischen Botschafters in Mexiko an Klepper vom 11. 6./8. und 21. 7. 1942 (Akte Mexiko). Erna Riess war mit dem portugiesischen Schiff San Tomé Ende Juni in Havanna gelandet.

⁴⁴⁵ Brief des amerikanischen Botschafters vom 21. 7. 1942. Im August tauchten auch drei Pässe und ein Waffenschein von Klepper auf (Brief vom 22. 8. 1942).

⁴⁴⁶ Akte Mexiko, Schreiben der Einwanderungsbehörde vom 20. 7. 1943.

⁴⁴⁷ Ebenda, Klepper an die Einwanderungsbehörde (freie Übertragung aus dem Spanischen).

von Interessen im Zusammenhang mit der Liquidation des Krieges⁴⁴⁸, eine Arbeit, die nie so recht in Gang kam, weil die Zeit für die Frage nach der Liquidation der Kriegsschäden noch nicht reif war. Klepper war, wie er verschiedentlich an Weichmann schrieb, nicht sonderlich zufrieden mit seiner Anwaltstätigkeit⁴⁴⁹. Um so zufriedener war er mit seinem bald erfolgten Rückzug aufs Land, ein wenig außerhalb von Mexiko-City. Er lebte gern auf dem Lande, hielt sich Hühner und pflanzte Salat⁴⁵⁰. Er liebte die Landschaft, das Klima und mochte die Menschen, und er fand die nötige Ruhe für seine gründlichen geschichtlichen und philosophischen Studien⁴⁵¹. „Wenn nicht chronische Kümernisse es beeinträchtigten, wäre ich wie ein Fisch im schönen Wasser [...] so bin ich [...] von einer Milde erfüllt, die mir weise vorkommt.“⁴⁵² Er gewann neue und fand alte Freunde, vor allem Babette Gross, die schon seit Ende 1940 in Mexiko lebte. So wohl er sich einerseits fühlte, so sehr trieb ihn andererseits das Schicksal Deutschlands um, ständig befaßte er sich in Gedanken damit, was aus Deutschland werden sollte. Im Sommer 1944 hatte er offensichtlich fest vor, nach Europa zurückzukehren, aber der Wunsch scheiterte an behördlichen Bestimmungen⁴⁵³.

Im gleichen Zeitraum wurde von dem ehemaligen Reichsminister Erich Koch-Weser von Brasilien aus ein Versuch unternommen, aus allen „repräsentativen deutschen Nazi-gegnern im Ausland eine Exilregierung zu bilden“, daran war auch Klepper maßgeblich beteiligt. Getragen wurde diese Initiative, die allerdings bald im Sande verlief, von der Zeitschrift *Deutsche Blätter*, die im Jahre 1942 von Albert Theile und Udo Rusker in Santiago de Chile, dem „einzigen Land Amerikas, das neutral geblieben“, gegründet worden war. Ihre Gründer wollten die Zeitschrift als eine Antwort auf die sich ändernde Kriegspolitik der Alliierten verstanden wissen, denn diese machten den Kampf gegen

⁴⁴⁸ BAK, NL-Rüstow, Nr. 44 und 45: Lic. Mariano Fernández war früher Mitglied der Deputiertenkammer, Distriktrichter und Chef der Rechtsabteilung des Wirtschaftsministeriums, Prof. Faustino Ballvé, Dr. jur. der Universität Madrid, langjähriger Anwalt des Deutschen Konsulats sowie der deutschen Handelskammer in Barcelona, und Lic. Antonio Murad, Anwalt der Banco Mexicano. Klepper versuchte auch über die amerikanische Botschaft Hilfe für noch in Europa weilende gefährdete Personen zu erlangen (Brief des amerikanischen Botschafters vom 8. 7. 1942 an Klepper).

⁴⁴⁹ Klepper an Weichmann, 8. 2. 1944 und 3. 5. 1945 (StAH, 622–1, 74, Bd. 1; alle folgenden Briefe Kleppers an Weichmann stammen aus diesem Bestand).

⁴⁵⁰ Als er später in Frankfurt lebte, wo er sich übrigens auch ein paar Hühner hielt, schrieb er am 30. 6. 1951 an seine Freunde Baerensprung: „Um Ihre forstwirtschaftliche Idylle beneide ich Sie ein wenig. Ich bin gar nicht gewohnt und liebe es gar nicht, als reiner Stadtmensch zu leben. Überhaupt, was privates Leben angeht, wäre es in Mexiko viel schöner. Aber wir müssen ja hier etwas leisten“ (K/Kor.), bestätigt durch einen Brief von Peter Gross, dem Sohn Babette Gross', der 1946/47 auch in Mexiko lebte, an die Verf. (25. 1. 1991).

⁴⁵¹ Engelmann, S. 43.

⁴⁵² StAH, 622–1, 74, Bd. 1, Klepper an Weichmann, 6. 5. 1945, mit den chronischen Kümernissen ist die Trennung von seiner Familie gemeint. In einem anderen Brief (undatiert) schreibt er, „ich habe mir übrigens überlegt, ob ich nicht Mexikaner werden solle“. Vgl. auch Briefe an die Kinder und Kersten, Klepper.

⁴⁵³ Er wandte sich sowohl an den amerikanischen Botschafter in Mexiko (Akte Mexiko, Brief des Botschafters an Klepper vom 28. 8. 1944, in dem er auf Kleppers Anfrage vom 26. 8. Bezug nimmt) als auch an seinen alten Bekannten Henri de Hoppenot, den er zur Befreiung von Paris beglückwünschte. Hoppenot saß als Ministre Plénipotentiaire, Délégué du Gouvernement Provisoire de la République Française aux Etats Unis in Washington (Hoppenot an Klepper, 18. 9. 1944).

Hitler mehr und mehr zu einem Kampf gegen das deutsche Volk. Dagegen sollte, ohne die Verbrechen des Hitler-Regimes verharmlosen zu wollen, „die Existenz eines ‚anderen Deutschland‘“ gestellt werden, das wert war, nach dem Kriege Europa mitaufzubauen zu helfen. Der Untertitel der Zeitschrift zeigt die Tendenz: „Für ein europäisches Deutschland, gegen ein deutsches Europa“⁴⁵⁴. Entsprechend „standen Fragen der Zukunftsgestaltung mit großem Abstand an der Spitze der redaktionellen Interessen“⁴⁵⁵.

Klepper wurde zu einem ihrer Mitarbeiter und aktiven Förderer. „None fought harder than Otto Klepper“, schreibt Ralph Vander Heide, und zwar weil er davon durchdrungen war, daß „die Grundlagen einer zukünftigen deutschen Politik schon jetzt gedanklich entwickelt werden“ müßten. Das sei „in Deutschland selbst“ und überhaupt „in Europa zur Zeit unmöglich. Gegenstand der künftigen deutschen Politik muß die Rückgewinnung der Freiheit sein; das heißt die Frage, wie das zu geschehen hat. Schon wegen der Besatzung kann man in Deutschland darüber kaum sprechen, und andere Länder wie zum Beispiel die Schweiz, würden die Unbequemlichkeit scheuen, die das Erscheinen eines unabhängigen deutschen Organs naturnotwendig mit sich bringt. Davon abgesehen“ seien, so meint Klepper, „die Deutschen Blätter die einzige Publikation, die qualitativ den Anforderungen entspricht, die Ernst und Schwere der Situation stellen.“ An Thomas Mann, den er um Unterstützung bat, schrieb Klepper, daß „die Leute bestrebt [sind], eine neue Orientierung zu gewinnen, und die Frage ist, ob sie in die richtigen oder wiederum in die falschen Hände fallen“. Mann hat übrigens, wie Klepper an Rusker schrieb, „albern ausweichend geantwortet“⁴⁵⁶. Die spätere Gründung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist durchaus im Zusammenhang mit Kleppers zähem Engagement für die *DB* zu sehen. Die enge Verbindung zu Rusker, den er schon aus der Weimarer Zeit kannte, und Theile hielt bis zu seinem Tode⁴⁵⁷.

Im Herbst 1946 veröffentlichte Klepper zwei Artikel, „Vorfragen des Friedens“ und die „Kunst des Möglichen“, in den *Deutschen Blättern*⁴⁵⁸. Die Gedanken, die er in den beiden Aufsätzen entwickelte, basieren auf seinem bereits skizzierten gesellschaftspolitischen Konzept und griffen Überlegungen aus seinen Artikeln in Münzenbergs Zeitung *Die Zukunft* auf. Es ging Klepper um den Versuch, zu erklären, wie es zum Nationalsozialismus kommen konnte und welche dessen wesentliche Merkmale waren, es ging ihm nicht darum, eine umfassende Faschismustheorie zu entwickeln. Er sah im Nationalsozialismus eine „gesellschafts-politische Bewegung“, die, im nachhinein betrachtet, vergeblich versucht habe, „den Klassenkampf als einen destruktiven Faktor zu unterdrücken“ und statt dessen die innerhalb der Gesellschaft notwendigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen nach außen, in den „Lebensraum im Osten“, zu verlagern. Dadurch

⁴⁵⁴ IfZ, F213/4: Theile: Vorwort zur Reprint-Ausgabe der Deutschen Blätter (DB). Die Zeitschrift war finanziell unabhängig, sie wurde von privaten Geldgebern, vor allem auch von Rusker selber, finanziert. Vgl. die Dissertation von Vander Heide und Walter, *Exilpresse*, S. 306–373.

⁴⁵⁵ Walter, *Exilpresse*, S. 319.

⁴⁵⁶ Klepper, 15. 8. 1946, der Brief wurde auch an potentielle Spender verschickt. Klepper an Thomas Mann, 22. 8. 1946, zitiert bei Vander Heide, S. 38 ff.

⁴⁵⁷ BAK, NL-Lübke, Nr. 42, Bl. 238, Rusker an Lübke, 8. 1. 1958. Vgl. zwei große Mappen mit der Korrespondenz mit beiden nach dem Kriege. Rusker, der in Chile geblieben war, schrieb etwa dreimal im Monat an Klepper und nahm detailliert Stellung zu allen tagespolitischen Problemen (KNL).

⁴⁵⁸ Klepper, *Vorfragen und Die Kunst*, in: letzte Ausgabe der DB, Nov./Dez. 1946.

sollten „die Besitzenden von der Furcht vor sozialem Umsturz“ und die Besitzlosen von der Angst vor dem endgültigen sozialen Abstieg befreit werden. Das Ganze sei unter dem ideologischen Dach der Volksgemeinschaft mit allen dazugehörigen Erscheinungsformen propagiert worden⁴⁵⁹. Dieses Experiment des Nationalsozialismus sei ebenso gescheitert wie der Versuch des Kommunismus, nur eine Klasse als Sieger aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung hervorgehen zu lassen. Daraus sei nach Klepper nur eine Konsequenz zu ziehen, nämlich endlich den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gesellschaft zu erreichen und damit die alte Forderung nach Freiheit zu verwirklichen. Dies war für Klepper vornehmlich eine Aufgabe der Gesellschafts- und nicht der Staatspolitik, die von einer angemessenen Wirtschaftspolitik begleitet werden müsse⁴⁶⁰.

Deshalb hielt Klepper, obwohl er „mit einer langfristigen Okkupation unseres Landes“ rechnete, den „Übergang der Initiative im Bereich der Sozialökonomie in deutsche Hände“ für eine „*Conditio sine qua non*“. Denn die Wirtschaftspolitik müsse sich durch Abbau von Subventionen und Zöllen, durch „ein freies Spiel der Kräfte“ auszeichnen, und jedes Land müsse die Kräfte einbringen, die ihm besonders entsprächen, so daß, international gesehen, ein freier Markt entstehen könne. In diesem Sinne müßten die Deutschen ihre Kräfte von Anfang an selbst entfalten und aus dem Zusammenwirken privatwirtschaftlicher und staatlicher Initiative Triebkräfte für den Wiederaufbau der Nachkriegswirtschaft entwickeln. Auch hielt Klepper die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung für stark genug, um „den allgemeinen Fortschritt für die Arbeiterklasse nutzbar zu machen“, und die deutsche Sozialgesetzgebung für so „entwicklungsfähig“, daß ein gerechter Ausgleich innerhalb der Gesellschaft möglich sein werde. Zu einer gesunden Entwicklung des öffentlichen Lebens in Deutschland gehöre außerdem „die Wiederherstellung der sogenannten Grundrechte der Persönlichkeit“ und eine offene Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus. Diese Auseinandersetzung solle den Deutschen nicht durch ein von den Siegermächten initiiertes ‚reeducation-program‘ abgenommen werden, ganz abgesehen davon, daß „kein Volk, das im Kampf unterlegen ist, willens [*sei*], sich von den Siegern umerziehen zu lassen“⁴⁶¹.

Für Klepper ging es nun um einen letzten „Ausscheidungskampf“, um die Lösung der Frage, in welchem System, dem östlichen oder dem westlichen, sich die „gesellschaftliche Umgestaltung“ mit dem Ziel der Verwirklichung von soviel Freiheit wie möglich vollziehen werde. In Rußland denke man zwar „gesellschaftspolitisch ungleich geschulter [...] als in der bürgerlichen Welt“, aber „doktrinärer Starrsinn [...] und nicht zuletzt der Selbsterhaltungstrieb der politischen und militärischen Maschinerien“ führe dennoch nur zur Herrschaft einer Klasse und damit zu Unterdrückung der Freiheit. Demgegenüber stehe die „engstirnige Beschränktheit des Interessentums im Lager des überkommenen Gesellschaftssystems“, das durch Protektionismus und reaktionäre Politik die Freiheit der neu entstehenden Arbeiterklasse zu unterdrücken versucht habe. Es gehe also um „die Frage, ob die abendländische bürgerliche Gesellschaft [...] [*soweit*] regenerationsfähig“ sei, daß sie die Freiheit innerhalb ihrer Gesellschaft realisiere, also den

⁴⁵⁹ Klepper, Vorfragen, S. 3 f.

⁴⁶⁰ Klepper, Die Kunst, S. 14.

⁴⁶¹ Ebenda, S. 17 f. Klepper hielt keineswegs nur die privatwirtschaftliche Initiative für die alleinige Triebkraft einer aufstrebenden Volkswirtschaft (S. 16 f.). Wie recht er mit der letzteren Einschätzung hatte, beweisen heutige historische Analysen, vgl. stellvertretend: Kleßmann, S. 92 ff.

Zugang sowohl zu den „immateriellen“ wie den „materiellen“ Lebensgütern für jeden möglich mache und sich damit langfristig allen totalitären Systemen als überlegen erweise⁴⁶². Da Klepper das kommunistische System, so wie es in der Sowjetunion realisiert worden war, für totalitär hielt, war er gegen jede Kooperation mit diesem. Er setzte sich für die Einführung der Demokratie auf der Basis einer sozialen Marktwirtschaft ein. Die Voraussetzungen seien durch den verlorenen Krieg bereits weitgehend geschaffen worden, denn die in der Weimarer Zeit geforderte Agrar- und Industriestruktur-Reform habe sich durch die Maßnahmen der Siegermächte weitgehend von selbst erledigt und der größte Teil des Großgrundbesitzes liege ohnehin in der Sowjetischen Besatzungszone⁴⁶³.

Es ist also falsch, wenn Walter schreibt, Klepper habe, im Gegensatz zu Rusker, eine Agrarreform abgelehnt⁴⁶⁴. Beide waren sich, wie aus der langjährigen Korrespondenz hervorgeht, einig in Bezug auf die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeption für ein neues Deutschland nach dem Kriege, das gilt auch für das allgemeine Wirtschaftsprogramm, das Walter fälschlich als „neoliberalistisch“ bezeichnet, weil er den Zusammenhang, in dem Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik für Klepper standen, nicht erkennt. In Kenntnis des Klepperschen Konzepts und dessen, was er nach dem Kriege geschrieben hat, ist das folgende Urteil Walters unqualifiziert: „Man braucht die weiteren Ausführungen über das, was für Deutschland von Schaden [...] bzw. von Nutzen sein würde [...] gar nicht mehr zu untersuchen, denn bereits jetzt ist eindeutig, daß Klepper an jene Restauration gedacht hat, die in der Bundesrepublik dann tatsächlich vollzogen worden ist.“ Auf dieser Fehlinterpretation Klepperscher Konzepte aufbauend, fragt Walter sich, ob die *Deutschen Blätter* vor einer „Änderung ihres Kurses“ gestanden hätten, da doch Kleppers Artikel „eine radikale Abkehr von den bisher vertretenen Auffassungen“ der *DB* markierten, oder ob die Zeitschrift „ihr Erscheinen zu einer Zeit [*habe*] einstellen müssen, als ihre Politik unter ihren Mitarbeitern nicht mehr unumstritten gewesen sei“? Diese Fragen seien, so fügt er selbst hinzu, „bei dem heutigen Informationsstand nicht zu klären“; geschrieben 1978, als alle Veröffentlichungen Kleppers in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und den Schriften der Wipog zugänglich waren. Die Zeitschrift mußte ihr Erscheinen einstellen, weil die finanziellen Mittel erschöpft waren⁴⁶⁵.

Die so viele Emigranten quälende Frage, ob sie zurückkehren sollten in ein Land, das sie möglicherweise nicht zur Rückkehr auffordern würde⁴⁶⁶ und in dem sie abermals als unerwünscht erscheinen könnten, war auch für Klepper vorrangig; doch nicht nur für ihn, wie das folgende Zitat von Kurt Pinthus zeigt: „Keine Regierung der Bundesrepublik und, soviel ich weiß, keine Regierung eines Bundesstaates hat bis zur Stunde, da dies geschrieben wird [1963], das getan, was die Vertriebenen, Geflüchteten, Beschimpften und Mißhandelten als das Mindeste hätten erwarten können: mit klaren, offenen, ehrlichen Worten zur Rückkehr ins Vaterland aufzurufen, einzuladen, zu bitten. Auch an mich als Individuum, als Wissenschaftler und Schriftsteller, hat keine deutsche Regie-

⁴⁶² Klepper, Vorfragen, S. 11 ff.

⁴⁶³ Klepper, Die Kunst, S. 15. Klepper an Weichmann, 3. 5. 1945 (StAH, 622–1, 74, Bd. 1).

⁴⁶⁴ Walter, Exilpresse, S. 368.

⁴⁶⁵ Theile, Vorwort.

⁴⁶⁶ Pinthus, S. 137 f.

rung, keine Institution, kein Kulturbeamter und keine Akademie eine solche Aufforderung ergehen lassen.“ Klepper hat dieses Problem mehrfach mit Weichmann diskutiert. Im Februar 1944 schrieb er, es würde „weder eine leichte, noch eine frohe Heimkehr sein, eine andere, als ich früher dachte“⁴⁶⁷. Da Weichmann ihn offensichtlich ermutigt hatte, „er habe drüben noch eine Aufgabe“, schreibt er ihm zurück, er „glaube das auch; denn so sonderbare Schicksale haben ja wohl einen positiven Sinn“, aber zunächst müsse man erst einmal sehen, „nach drüben zu gelangen und sich wieder mit der Atmosphäre vertraut zu machen“, außerdem ziehe er es wohl doch vor, Anwalt zu werden, statt in die Politik zu gehen⁴⁶⁸. Er scheint stark geschwankt zu haben⁴⁶⁹. Heinrich Lübke schien ihm von einer Heimkehr eher abzuraten, „weil die allgemeinen Lebensverhältnisse – nichts zu essen, nichts zu trinken, nichts zu rauchen und keine Wohnungen – zu trübselig“ seien. Dagegen setzte Klepper, „wenn überhaupt, dann muß man jetzt gehen, bevor der Wagen aus dem Dreck gezogen ist“⁴⁷⁰, obgleich er sehr wohl wisse, daß „Leute von prononciierter Konzeption und Eigenwilligkeit [...] nicht sehr willkommen sein“ würden⁴⁷¹.

Ein halbes Jahr später, nachdem er sich durchgerungen hatte zu fahren, schrieb er an Weichmann: „Die Rückkehr ist nicht weniger riskant als der Ausmarsch in das Exil. Für mich gibt es aber keine andere Alternative, und so werfe ich mein Gepäck wieder einmal hinter mich.“⁴⁷² „Keine Alternative“ bedeutete nicht, daß er nicht hätte in Mexiko bleiben können, aber dann hätte er „das Bewußtsein gehabt, der Logik [s]eines Lebens untreu geworden zu sein“⁴⁷³. Es galt also, was auch für seinen Entschluß, in die Emigration zu gehen, gegolten hatte, es war „eine politische Entscheidung für die Sache der Freiheit“, obwohl, wie er sehr wohl wußte, keiner ihn gerufen und „kein Huhn und kein Hahn [...] danach gekräht“ hatte, welche Ideen er in seinen beiden Aufsätzen, von denen er etliche nach Deutschland verschickte, entwickelt hatte. Klepper versuchte, sich das Desinteresse an seinen Aufsätzen damit zu erklären, „daß die so ereignisreiche Zwischenzeit uns von denen, die in Deutschland geblieben sind, wenn nicht gefühls-, so doch vorstellungsmäßig getrennt hat“. Anfang 1950 schrieb Klepper – bereits aus Deutschland – an Engelmann in New York, „das gesamte Niveau der Mentalität in den hiesigen ‚maßgebenden‘ Kreisen ist noch viel niedriger, als es früher war. Man wünscht keine Konkurrenz, und sie vor allem nicht von den Leuten, die durch die Unbefangenheit und Erfahrung der Emigration bevorzugt sind.“⁴⁷⁴

Viele Emigranten mögen so empfunden haben, es gab Mißtrauen auf beiden Seiten. Es war gewiß sehr schwierig, sich jeweils in die Lage des anderen hineinzusetzen. Die Zuhausegebliebenen hatten auch kein leichtes Leben gehabt, sie waren unter Umständen Repressionen ausgesetzt gewesen, hatten Kompromisse gemacht, für die sie sich nun

⁴⁶⁷ StAH, 622–1, 74, Bd. 1, Klepper an Weichmann, 8. 2. 1944.

⁴⁶⁸ Ebenda, Klepper an Weichmann, 6. 5. 1945.

⁴⁶⁹ Vgl. Engelmann, S. 43 ff.

⁴⁷⁰ Klepper erwähnt den Brief von Lübke in seinem Brief an Mary Beth, 12. 6. 1946.

⁴⁷¹ StAH, 622–1, 74, Bd. 1, Klepper an Weichmann, 3. 5. 1945.

⁴⁷² Ebenda, Klepper an Weichmann, 12. 12. 1946. Letzter Brief an W. aus Mexiko.

⁴⁷³ Ebenda, Klepper an Weichmann, 14. 3. 1948, Frankfurt/M.

⁴⁷⁴ Klepper an Engelmann, 20. 2. 1950. Sein pessimistisches Urteil scheint sich wohl vorwiegend auf Deutschland bezogen zu haben, denn aus der Schweiz schrieb er am 12. 5. 1947: „Meine Artikel sind viel gelesen. In einer französischen Zeitschrift [...] sind sie ausführlich besprochen und große Passagen nachgedruckt“ worden.

insgeheim schämten, hatten den Krieg mitmachen oder zumindest erfahren müssen und waren zwölf Jahre eingeschlossen gewesen. Die Emigranten waren zwar ständig neuen Gefahrensituationen ausgesetzt gewesen, hatten alles verloren, aber sie konnten sich frei von Schuld fühlen, sie hatten eine klare Position, und sie hatten dazulernen, viele neue Erfahrungen sammeln und den ‚Platz in der Welt‘ gewinnen können, der ihnen nun den neuen Blick ermöglichte. Der Dialog zwischen beiden Gruppen hätte ungeheuer fruchtbar auf die Gestaltung der Anfangsjahre im Nachkriegsdeutschland wirken können; daß das nur sehr partiell gelungen ist, zeigen unter anderem die im nächsten Kapitel dargestellten Schwierigkeiten, denen Klepper begegnete.

Mag Klepper im Frühjahr 1947 auch pessimistisch aus Mexiko abgereist sein, seine Reise muß ihn beflügelt haben. Zunächst besuchte er seine Familie in New Orleans, wo sein inzwischen verheirateter Sohn mit Tochter lebte. Welch ein Wiedersehen nach über zehn Jahren der Trennung! Es hat ihn, der Familienglück neben dem Beruf als höchstes schätzte⁴⁷⁵, unbeschreiblich erfreut⁴⁷⁶. Engelmann schreibt, man müsse „Kleppers Scheu, seine Gefühle Fernerstehenden gegenüber zu äußern, und seine Abneigung gegen große Worte“ bedenken, wolle man die folgende Briefstelle in ihrem ganzen Ausmaß verstehen: „Das Zusammensein mit meiner Frau, den Kindern und der Enkeltochter war nicht nur wunderbar schön, sondern auch eine große notwendige Erleichterung. Ich bin unendlich dankbar dafür. [...] Wir haben allem zum Trotz viel mehr Substanz gerettet, als ich zu hoffen wagte. [...] Was die Zukunft anlangt, so ist während dieser vierzehn Jahre so viel gefügt und geholfen worden, daß ich so unverzagt bin wie seit vielen, vielen Jahren nicht mehr.“⁴⁷⁷ Aus dieser Briefstelle spricht gewiß ein großes Glück, aber sie zeigt auch versteckt, unter welchem Gewissensdruck Klepper wohl zu Recht die ganzen Jahre über gestanden hat, da er seine Familie im Grunde sich selbst überlassen hatte. Gewiß hatte die Verfolgung Kleppers durch die Nationalsozialisten sie immer wieder voneinander getrennt, und jegliche finanziellen Möglichkeiten hatten gefehlt, um eine Zusammenführung zu erleichtern. In Paris hätte Klepper seine Familie nicht ernähren können, für die Vereinigten Staaten hatte er kein Einreisevisum erhalten. Die Kinder, die amerikanische Colleges besuchten, übrigens unter schwierigsten finanziellen Bedingungen, konnten nicht nach Mexiko auswandern. Es war eine äußerst konfliktreiche Situation, die alle sehr belastet hat. Hinzu kam, daß die Eheleute sich natürlicherweise in all den Jahren auseinandergelebt hatten und beide gewiß Angst vor dem Wiedersehen gehabt haben. So ist die große Erleichterung zu verstehen und die vielleicht etwas zu euphorische Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Seine anschließende Schiffsreise auf der „Thompson Lykes“ nach Le Havre scheint ihn ebenfalls belebt und erfreut zu haben. Ganz der Gegenwart hingegeben, beschreibt er in seinen Briefen das Leben auf dem Schiff, die Arbeitsbedingungen der Schiffs Mannschaft und seinen eigenen Tagesablauf. Auf dem Meere zwischen zwei Kontinenten und ‚zwischen den Zeiten‘ hatte er Muße nachzudenken. Dabei haben ihn auch drei Bücher besonders angeregt, von denen er ausführlich in seinen Briefen berichtet. Sie umreißen das Feld, in dem seine Gedanken sich bewegten. Da war einmal eine Broschüre über „Natur und Geist“ von Büchenbacher, der „Grundzüge einer neuen christlichen Philo-

⁴⁷⁵ Klepper an seinen Sohn, 25. 7. 1946.

⁴⁷⁶ Vgl. Klepper Dankesbrief an den Sohn und seine Frau, 10. 3. 1947 vom Schiff.

⁴⁷⁷ Engelmann, S. 48. Außer seiner Tochter Ingrid waren alle versammelt.

sophie“ entwickelt habe, die helfen solle, eine „Synthese“ zwischen dem einseitigen idealistischen Denken des 19. und dem materialistischen, nur das Sichtbare und Greifbare beachtenden Denken des 20. Jahrhunderts zu finden. Klepper sah da eine Parallele zu seinen eigenen Gedanken, die er selbst am Schluß seines Artikels „Vorfragen des Friedens“ angedeutet hatte. Dort hatte er geschrieben: „Sollen die ausgefahrenen Gleise, auf denen unser politisches Denken planlos rangiert, ohne das Signal zur Abfahrt wahrzunehmen, tatsächlich abgebrochen und zum alten Eisen geworfen werden, und soll sodann der große Wurf gelingen, so bedarf es des Antriebes aus einer dem Raisonement übergeordneten Sphäre“, wobei er an „eine Heiligung des Geistes zur Verwirklichung der menschlichen Solidarität“, aus der dann die Freiheit erwachse, dachte⁴⁷⁸. Das zweite Buch war „Die Kultur der Renaissance“ von Jacob Burckhardt, ein für ihn ausgesprochen lehrreiches Buch⁴⁷⁹, und als drittes erwähnte er Pearl S. Bucks „Pavillon of Women“, ein Roman, der „eine wunderbare Konzeption dessen entwickelt, was Liebe ist“, was ihn „tief berührt“ habe⁴⁸⁰. Auf dieser Schiffsreise, die wegen heftiger Stürme noch länger dauerte als geplant⁴⁸¹, hatte er noch einmal die Gelegenheit, sich zu sammeln, Gewesenes und Kommendes zu überdenken; den Briefen nach zu urteilen, war er guten Mutes, auch die Stürme machten ihm nichts, weil er, wie er seiner Schwiegertochter schrieb, „die Wildheit des Meeres von einer realistischen Schönheit“ finde und außerdem „Seebeine“ habe, die ihn auch auf schaukelnden Schiffen tragen.

In Paris wurde er von seinen alten Freunden am Bahnhof abgeholt, darunter auch von Degons⁴⁸², die von ihrem Wiedersehen mit Klepper berichtet haben. Es muß bewegend gewesen sein. Ein Höhepunkt des Pariser Aufenthalts war für Klepper ein Dîner im Quai d'Orsay, das der damalige französische Außenminister Robert Schuman, dessen Kabinettschef Alain Poher zu jener Zeit war, zu Ehren Kleppers gegeben hat⁴⁸³. Ein guter Auftakt! Klepper schreibt in die USA: „Ich habe das Gefühl, daß die eigentliche Probe meines Lebens nunmehr vor mir liegt, und ich will alles daransetzen, sie zu bestehen.“⁴⁸⁴

Es war gar nicht so einfach, nach Deutschland zurückzukehren. Von Frankreich aus über die Grenze zu gehen, riet man ihm ab, weil die amerikanische oder englische Besatzungsmacht argwöhnen könnte, er „habe den Franzosen gegenüber Verpflichtungen übernommen“⁴⁸⁵. So reiste er in der ersten Aprilwoche 1947 in die Schweiz, nach Zürich, von wo er seine Einreise nach Deutschland beantragte. Die britische Zone sei angeblich ganz gesperrt, in die russische wollte er nicht, obwohl dort sein Geburtsort lag, und in die amerikanische Zone konnte er nur, wenn er von einer amtlichen deutschen Stelle angefordert wurde. Notgedrungen verbrachte Klepper noch fast zwei Monate in der Schweiz. „Krankheit, Schwierigkeiten, die die Besatzungsbehörden zuerst machten, offenbar auch Mißverständnisse aller Art hatten ihm diese neue Nervenprobe auferlegt.“ Der Aufbruchselan von Paris war angesichts der sich türmenden Schwierigkeiten etwas

⁴⁷⁸ Klepper, Vorfragen, S. 16.

⁴⁷⁹ Klepper an die Familie, 10. 3. 1947.

⁴⁸⁰ Klepper an den Sohn, 16. 3. 1947.

⁴⁸¹ Klepper an Mary-Beth aus Paris, 31. 3. 1947.

⁴⁸² Ebenda.

⁴⁸³ Bestätigt durch Alain Poher und Degon, der ebenfalls anwesend war.

⁴⁸⁴ Klepper an Mary-Beth aus Paris, 31. 3. 1947.

⁴⁸⁵ Ebenda.

abgeflaut und „der Glaube an das Gelingen der Rückkehr stark erschüttert“, aber Klepper verstand auch aus dieser Wartesituation etwas zu machen, er las Bücher aus der Leihbibliothek, informierte sich über die Situation in Deutschland, traf Menschen und lernte unter anderen den Schriftsteller Werner Bergengruen kennen, mit dem er sich sehr gut verstand, oder er saß allein mit Pfeife beim Apfelwein in einer kleinen Kneipe⁴⁸⁶. Schließlich gelang es Lübke, der inzwischen Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen geworden war, Klepper für Wiederaufbauarbeiten auf dem Genossenschafts- und Agrarsektor anzufordern. Ende Mai 1947 traf er in Frankfurt/Main ein und wurde von seinen Freunden herzlich empfangen. Damit begann das letzte Kapitel seines ereignisreichen Lebens.

⁴⁸⁶ Engelmann, S. 48 f. und Klepper an die Familie, 12. 5. 1947.

„Allein dadurch, daß man das Gegenwärtige aus dem Vergangenen entwickelt, kann man ihm eine Dauer in die Zukunft versichern; sonst erhält die neue Institution ein abenteuerliches Dasein ohne Vergangenheit und ohne Bürgschaft für die Zukunft.“

(Freiherr vom Stein)

7. Nachkriegszeit – die deutsche Chance

Die Gründung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“

Als Klepper im Frühsommer 1947 nach Deutschland kam, begann sich gerade ein Kreis wirtschaftspolitisch interessierter Unternehmer und Landwirte zusammenzufinden, die davon überzeugt waren, daß „Wirtschaftspolitik [...] nicht Flucht auf politisch neutralen Boden“ bedeuten darf, sondern daß sie „ein Instrument der allgemeinen Politik“ bildet und folglich von „einer klar umrissenen gesamtpolitischen Konzeption“ auszugehen hat¹. Zu den Hauptinitiatoren dieses Kreises, der sich zunächst „Büro für Wirtschaftskunde“ nannte, gehörten der Rechtsanwalt und erste, parteilose Wirtschaftsminister von Hessen, Rudolf Mueller, Kurt Pentzlin von der Firma Bahlens und Ernst Deissmann, Chefsyndikus der deutsch-amerikanischen Petrolgesellschaft Esso, vor dem Kriege Syndikus bei den IG-Farben in Berlin. Alle drei hatten vielfältigste Kontakte zu führenden Unternehmern und Landwirten, zu den Industrie- und Handelskammern und auch zu den Gewerkschaften. Doch damals war wohl der wichtigste Kontakt der zu den Besatzungsbehörden, nachdem gerade erst die Bi-Zone gebildet worden war. Rudolf Mueller, Sohn des früheren Darmstädter Oberbürgermeisters, war insofern besonders geeignet, diese Kontakte herzustellen, als er 1926 für drei Jahre als Austauschstudent in Amherst, Mass. gewesen und mit einer Amerikanerin verheiratet war. Die Amerikaner hatten ihn zum ersten Wirtschaftsdirektor der Bi-Zone gemacht², doch mußte er als Parteiloser nach vier Monaten einem SPD-Kandidaten weichen. Dennoch wollte er in keine Partei eintreten, sondern seine Unabhängigkeit wahren und ließ sich so als Anwalt in Frankfurt am Main nieder.

Es war eine große Ausnahme, daß er als Deutscher schon im Jahre 1948 vor dem Forum des *New York Herald Tribune* einen Vortrag in New York halten durfte. Dort setzte er sich für eine völlige Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft ein, da sonst, wie er erklärte, „die amerikanische Europa-Hilfe nur einen vorübergehenden Effekt auslösen“ würde. Voraussetzung für eine solche ‚Selbständigkeit‘ sei allerdings, daß die deutschen Unternehmer umzudenken lernten, denn nicht nur die Deutschen im allgemeinen ließen sich gern „von bezahlten Agitatoren ihre Meinung vordenken“, sondern auch die Unternehmer neigten traditionell dazu, nur ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, ohne diese im Zusammenhang des gesamten gesellschaftspolitischen Rahmens zu se-

¹ In mehreren Entwürfen vorliegende „Werbeschrift“ der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 (Wipog), in: Gründungsakte Nr. 7, Wipog-NL.

² Henle, S. 85.

hen³. Entsprechend sah Mueller seine Hauptaufgabe darin, über die Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aufzuklären und das Unternehmertum von der Notwendigkeit einer neuen Haltung zu überzeugen.

Zusammen mit seinen Mitstreitern erkannte Mueller die Gunst der Stunde. Das Unternehmertum war angeschlagen. Diskreditiert durch Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten hatten Unternehmer und Landwirte sich nun mit den weitgehenden Sozialisierungsforderungen sogar der bürgerlichen Parteien und der Infragestellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems im ganzen auseinanderzusetzen. Hinzu kam, daß sich die überregionalen Interessenvertretungen von Industrie und Landwirtschaft größtenteils aufgelöst hatten und der Kontakt zwischen den Besatzungszonen schwierig herzustellen war. Folglich bildeten sich vor allem im Umfeld der neu entstehenden Industrie- und Handelskammern Wirtschaftskreise, die die vielfältigen Probleme diskutierten. Ein parteilich ungebundenes Forum, das eine neue, die Interessen der gesamten Gesellschaft berücksichtigende Konzeption auszuarbeiten imstande war und überregional arbeitete, war genau das, was „die deutschen Unternehmer nach einer Phase ideologischer Orientierungslosigkeit, Resignation und politischer Diskriminierung“ brauchten⁴.

Dies waren die Voraussetzungen zur Gründung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, der sogenannten Wipog, in Frankfurt am Main⁵. Das Grundsatzprogramm, das ein halbes Jahr ausführlich diskutiert worden war, wurde am 1. November 1947 und die Satzung des eingetragenen Vereins „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“ am 5. Dezember 1947 veröffentlicht. Mueller war erster und Klepper zweiter Vorsitzender. Klepper war in der Endphase der Gründung dazugestoßen, hatte die endgültige Ausarbeitung des Grundsatzprogramms mitbeeinflusst und war Mitbegründer geworden⁶. Zum vorläufigen Vorstand gehörten neben Pentzlin und Deissmann noch Kurt Blaum, bis 1933 Oberbürgermeister von Hanau und ab 1945 von Frankfurt/Main, Ludwig Erhard, zunächst bayerischer Wirtschaftsminister und dann Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in Bad Homburg, sowie die Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt/Main, Alfred Petersen, und in Heidelberg, Hubert A. Sternberg. Die beiden letzteren schieden bei der ersten Wahl durch die Mitgliederversammlung anläßlich der ersten Jahrestagung im Oktober 1948 aus dem Vorstand aus. Statt dessen wurden acht neue Mitglieder in den Vorstand gewählt⁷. Daneben wurde ein aus ca. vierzig Mitgliedern bestehender Beirat gewählt, der „alle vier Monate zusammentreten, den

³ Der Vortrag ist abgedruckt in den Mitteilungen der Wipog (M.d.W.), Juni 1948. Vgl. Der Spiegel, Nr. 24, Hannover, 12. 6. 1948.

⁴ Vgl. K. Schulz, S. 9. K. Schulz geht besonders auf das Wirken der Industrie- und Handelskammern ein (S. 39 ff.).

⁵ Wipog-Akte Tagungen 1947. Der Beschluß zur Gründung der Wipog wurde am 9. 8. 1947 in den Räumen der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt/M. gefaßt.

⁶ Akte Nachrufe und Anzeigen, KNL.

⁷ Um sich ein Bild über die Zusammensetzung des erweiterten Vorstandes machen zu können, seien die Namen kurz erläutert: Friedrich Ackermann, der schon zu Kleppers Preußenkassenzeit als Agrarexperte für das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung gearbeitet hatte und jetzt Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Handelsmühlen war, Heinrich Albersmann, früherer Mitarbeiter Kleppers bei der Preußenkasse, Walter Bauer von den Hutstoffwerken Fulda, Gustav Böhme, Vizepräsident der Handelskammer Hannover, Günter Henle, Aufsichtsratsvorsitzender der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Albrecht Pickert von der Firma Hein Lehnert & Co in Düsseldorf, Kurt Saenger, Präsident der Landwirtschaftskammer Kassel, und der Landwirt Karl Graf aus Niedersachsen.

Vorstand beraten und bei Entscheidungen in grundsätzlichen Fragen gehört werden“ sollte⁸. Sein Vorsitzender war Alfred Petersen. Die meisten der gewählten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Publizistik gehörten schon dem Gründungsteam an. Unter anderem saßen die Minister Heinrich Lübke und Hans-Christoph Seebohm, sowie Hans C. Boden, der spätere Chef der AEG, Richard Merton von der Metallgesellschaft, die Journalisten Volkmar Muthesius, früher *Berliner Tageblatt*, dann *Deutsche Allgemeine Zeitung*, und Erich Welter von der *Allgemeinen Zeitung* in Mainz und gleichzeitig Professor an der Universität Mainz, sowie Politiker und Handelskammerpräsidenten im Beirat⁹.

Leitziele waren Frieden und Freiheit. Frieden in der Welt könne auf die Dauer nur gewahrt werden, wenn die westliche Welt die Freiheit zu realisieren vermöge und damit für die Kräfte jenseits des „Eisernen Vorhangs“, die „dem Ausgleich zustreben“, so attraktiv werde, daß es schließlich zu Entspannung kommen müsse. Freiheit könne aber nur realisiert werden, wenn das Sozialprodukt so weitgehend gesteigert werde, daß „die nichtbesitzenden Schichten an dem erhöhten Ertrage der gesellschaftlichen Arbeitsleistung so umfangreich“ beteiligt würden, daß sich damit „ihre Entproletarisierung“ vollziehen könne¹⁰. Dies setze „die Bereitschaft der Eingliederung in eine arbeitsteilige Weltwirtschaft“ voraus, also: Abschied vom nationalwirtschaftlichen Denken, statt Protektionismus über-nationale Wirtschaftsintegration. Die Voraussetzung dafür aber sei eine einheitliche Wirtschaftspolitik, die die Bedürfnisse der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels mit einer entsprechenden Finanz- und Steuerpolitik zu koordinieren und zur Steigerung des Sozialproduktes einzusetzen vermöge. Zu der „einheitlichen Wirtschaftspolitik“ gehörte nach Ansicht der Wipog, daß der Staat sich soweit wie möglich aus der Wirtschaft heraus-halte, das heißt, „staatliche Planung in Produktion und Verteilung durch unmittelbare Eingriffe in das Wirtschaftsleben [wurden] als wirtschaftspolitisches Prinzip abgelehnt. [...] Nur, wo der Wettbewerb versagt, darf der Staat eingreifen und auch da in erster Linie mit dem Ziel, die Voraussetzungen für einen Wettbewerb zu schaffen. [...] Es ist nicht Aufgabe des Staates notleidende Unternehmen zu sanieren.“¹¹ Die Verstaatlichung von Privateigentum aus „weltanschaulichen Gründen“ wurde strikt abgelehnt, sie sollte nur dann zugelassen werden, „wenn volkswirtschaftliche oder betriebswirtschaftliche Aufgaben anders nicht erfüllt werden können“. Die Anerkennung des Privateigentums wurde durch die „Verpflichtung“ ergänzt, „an den Schäden mitzutragen, die durch Krieg und Maßnahmen der Siegermächte entstanden sind“¹². Die Wipog trat für eine betriebliche Mitwirkung der Arbeitnehmer ein, wollte aber „die rechtliche und betriebswirtschaftliche Verantwortung [bei] der Unternehmensführung“ belassen¹³.

Indem die Wipog die Notwendigkeit zum Kompromiß unterstrich¹⁴, lehnte sie es „aus einem überparteilichen Verantwortungsgefühl ab, einseitige Interessen der Wirtschaft oder einzelner Wirtschaftszweige gegenüber der Allgemeinheit zu vertreten“, und betonte, daß sie „eine freie, sozialverpflichtete und in diesem Rahmen verantwortlich den-

⁸ Akte Vorst./Beir., Wipog an Haffner, 26. 10. 1948.

⁹ Satzung, in: M.d.W.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ „Grundsätze der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“, Nr. 8 und 9.

¹² Nr. 10.

¹³ Nr. 5.

¹⁴ Nr. 12.

kende und diszipliniert handelnde Wirtschaft aufbauen“ wolle¹⁵. Dies sei vornehmlich eine Aufgabe der Gesellschafts-, nicht der Staatspolitik, das heiße, alle Schichten der Bevölkerung seien an der Verantwortung zu beteiligen. Das ganze Volk sei „gemeinsamer Träger der staatlichen Ordnung“¹⁶. Entsprechend könne „eine Gesellschaftsordnung, die die Selbstbestimmung der Persönlichkeit für alle gewährleisten will, [...] nicht auf eine vorausschauende und systematische Pflege der öffentlichen Meinung und die Erforschung ihrer Voraussetzungen verzichten“¹⁷. Das bedeute nicht nur Bildungsarbeit, das bedeute auch, daß es „außerökonomischer Impulse [*bedürfe*], die das sittliche Verhalten der Menschen zueinander bestimmen und letzten Endes im Religiösen wurzeln“¹⁸. Damit setzte sich die Wipog bewußt für eine Überwindung der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wirk-samen „blickverengenden Vorstellung von der Eigengesetzlichkeit der drei Lebensbereiche Wirtschaft, Politik und Kultur“ ein. Die Politik orientiere sich lediglich „an der Machtfrage, die Wirtschaft am Ertragsdenken und die Kultur [*verfalle*] einem wertneutralen Ästhetizismus“; damit sei kein brauchbarer Ansatz zur Bewältigung der Zukunft gegeben. Nur „integratives Denken“ könne die Zukunft gestalten¹⁹.

Auf die konkrete politische Situation bezogen, forderte die Wipog „die Wiederherstellung der Grundrechte der Persönlichkeit“, vornehmlich die Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsäußerung, den „Übergang aller Verantwortlichkeit im Bereich der Gesellschafts-, der Wirtschafts- und Finanzpolitik in deutsche Hände“, ein allgemein verbindliches Wirtschaftsrecht, das über die Ländergrenzen hinaus Gültigkeit hat, die Eröffnung des Rechtsweges gegen „Interventionen der Besatzungsbehörden“ und schließlich „die Zusammenfassung der Länder zu einer übergeordneten Verwaltungseinheit“²⁰. Die Wipog erwartete von den Alliierten eine klare Entscheidung bezüglich Deutschlands. Es gehe nicht, zwischen den zwei Extremen hin und her zu pendeln: das fleißige Deutschland als tragende Säule im westlichen Neubau oder das zu starke Deutschland als Bedrohung der allgemeinen Sicherheit beziehungsweise als Störenfried des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Wenn Deutschland sein durch zwei Kriege zerstörtes Verhältnis zur Außenwelt wiederherstellen solle, müsse es einerseits aus seinen Fehlern lernen und andererseits seine jahrelange Isolierung überwinden, es müsse Verantwortung in einer „arbeitsteiligen Weltwirtschaft“²¹ übernehmen und auf die Dauer auch seine Souveränität und Einheit zurückerhalten.

Realisieren wollte die Wipog ihr Programm durch Bildungsarbeit im weitesten Sinne²². Erster Schritt war die wissenschaftliche Erarbeitung wirtschafts- und gesellschafts-

¹⁵ Nr. 13.

¹⁶ Ebenda, Vorspann.

¹⁷ Ebenda, „Was will die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“.

¹⁸ Vgl. den 2. Grundsatz: Aufklärung der allgemeinen Öffentlichkeit über wirtschaftliche Fragen, die staatsbürgerliche Mitarbeit der in der Wirtschaft Tätigen an der Politik, die Überwindung des Gegensatzes von ästhetisch-historischer und naturwissenschaftlich-technischer Bildung und eine Erziehung zu vorurteilslosem Denken.

¹⁹ Wipog: „Wiedergewinn der Eigenverantwortung in den Jahren von 1945 bis 1949“, in: Eigenverantwortung, S. 115.

²⁰ Zweite Hattenheimer Resolution, Juni 1948.

²¹ Vgl. den 11. Grundsatz: „Intensive Pflege der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen“, Aufklärung der Öffentlichkeit über weltwirtschaftliche Zusammenhänge und „Mitwirkung Deutscher bei der Bildung der internationalen öffentlichen Meinung“.

²² Satzung.

politischer Zusammenhänge durch interne Mitarbeiter der Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Experten aus der Praxis. Der zweite Schritt galt der Verbreitung der Erkenntnisse und Einsichten durch Vorträge, Diskussionsabende, Arbeitstagungen und die schriftlichen Mitteilungen der Wipog, sowie die wöchentlich von Herbert Gross herausgegebenen „Wirtschaftspolitischen Beratungsbriefe“ für Unternehmer²³. Damit wollte die Wipog eine Art Mittlerrolle zwischen Wissenschaft und Publizistik erfüllen. Auf enge Kontakte zur Presse wurde großer Wert gelegt, da diese als „Meinungsmultiplikator“ wirken sollte²⁴. Im Laufe der Zeit wurde die Zusammenarbeit mit kirchlichen und Arbeits-Akademien, mit Gewerkschaften, Berufs- und Erwachsenenbildungsinstitutionen immer weiter ausgebaut. Dadurch, daß die Wipog ein überparteiliches Gesprächsforum nicht nur für Menschen aus den verschiedensten Tätigkeitsbereichen²⁵, sondern auch für einflußreiche Politiker aus unterschiedlichen Parteien bot, trug sie erheblich zu einer fruchtbaren Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppierungen bei und leistete damit ihren Beitrag zur Wiederherstellung oder auch Neuschaffung eines Personenkreises, der die frühe Nachkriegszeit politisch wie wirtschaftlich stark mitgeprägt hat.

Gemäß dem Anspruch der Wipog, ein integratives Denken, das die Interdependenz von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur immer wieder herausstellte, vermitteln zu wollen, waren auch die Themen breit angelegt. Mit der immer wieder von Mitgliedern geforderten „Beschränkung auf das ‚spezifisch Wirtschaftliche‘ [können] keine Politik und damit auch keine Wirtschaftspolitik entwickelt werden“²⁶, war feste Überzeugung der Wipog. Dennoch war natürlich eines der Hauptarbeitsgebiete die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wobei in der Satzung zwischen Außenwirtschaft, Finanz-, Industrie- und Agrarpolitik differenziert wurde²⁷. Außerdem widmete sich die Wipog den jeweils aktuellen innen- wie außenpolitischen Problemen und setzte sich vor allem mit der Deutschen Frage auseinander²⁸. Außenpolitisch ging es um den Ost-West-Konflikt²⁹, Europa³⁰ und etwa ab 1955 um die Probleme der sich damals formierenden so-

²³ Vollständig im BAK.

²⁴ So waren von der Zeit Gerd Bucerius und Erwin Topf, der Klepper ja schon in der Weimarer Zeit publik gemacht hatte, vom Handelsblatt Fritz Vogel, von der Wirtschafts- und Finanz-Zeitung Carl Franz Velte, von der Allgemeinen Zeitung in Mainz Welter und der Verleger Kurt Neven Dumont Mitglieder der Wipog. Vgl. K. Schulz, S. 123 f.

²⁵ Vgl. Mitgliederlisten der Wipog.

²⁶ K/Kor., Mueller an Hans Ilau, 23. 3. 1953.

²⁷ Satzung.

²⁸ Vgl. die Themen der Jahrestagungen: „Ein deutsches Programm“ (20./21. 10. 1948), „Deutsche Initiative“ (19./20. 10. 1950), „Der deutsche Beitrag in Einigkeit“ (25./26. 10. 1951), „Entschluß zur Gemeinschaft“ (17./18. 1. 1953).

²⁹ Klepper, „Die weltpolitische Spannung und die deutsche Chance“ (20. 10. 1948), M.d.W., Nr. 5. Vgl.: Nr. 13/14 (20. 12. 1949). Ab Nr. 16 (Juli 1950) beschäftigt sich fast jede Nummer in irgendeiner Form mit dem Ost-West-Problem und bietet Informationen zur Lage in der Sowjet-Union und China; vgl. auch die Kundgebung in Bonn zum Thema „Zur Wendung im Ost-West-Konflikt“ (30. 7. 1953).

³⁰ „Europa-Union und Welthandel“, M.d.W., Nr. 8 (Mai 1949). „Vorfragen einer europäischen Zoll-Union, Nr. 9/10 (Juni/Juli 1949). Ab Nr. 19 (Oktober 1951) beschäftigt sich fast jede Nummer in irgendeiner Form mit Europa und bietet Informationen zu den einzelnen europäischen Ländern; vgl. zur Europäischen Integration besonders: Nr. 31 (Mai/Juni 1954) und die Vierte Jahrestagung zum Thema „Entschluß zur Gemeinschaft“ (17./18. 1. 1953).

nannten Dritten Welt³¹. Daneben griff die Wipog immer wieder allgemein interessierende Fragen auf, um den Zusammenhang zwischen tagespolitischen und allgemein kulturellen und historischen Grundlagen deutlich zu machen, wie etwa durch Kleppers Aufsatz „Bildung und Ethos als Voraussetzung politischen Handelns“³² oder die Bearbeitung anderer Themen wie: „Stirbt die Freiheit ab?“³³, welche Rolle spielt der Antisemitismus und welchen Einfluß haben die Kirchen³⁴?

Es ist nicht schwer, nachdem Kleppers gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeptionen ausführlich dargestellt worden sind, seine federführende Hand in den Grundsätzen der Wipog wiederzufinden³⁵. Manchmal stimmen die Wipog-Leitsätze fast wörtlich mit denen aus früheren Schriften überein, und man muß es als einen Glücksfall ansehen, daß Klepper eine Gruppe von so aufgeschlossenen und fähigen Menschen gefunden hatte, die seine Gedanken aufnahmen, ergänzten und weitertrugen. Die Wipog-Mannschaft verstand sich als Braintrust, der im Austausch mit den verschiedenen Mitgliedergruppen das geistige Konzept entwarf und nach außen verbreitete³⁶. Die Wipog-Mannschaft, die unter der Führung der beiden Vorsitzenden Mueller und Klepper arbeitete, war eine äußerst originell zusammengewürfelte Gemeinschaft, in die jeder sozusagen sein Pfund einbrachte: Der ehemalige General Erich Dethleffsen, geboren 1904 in Kiel, brachte sein Organisationstalent ein und war für die Finanzen verantwortlich. Ulrich v. Pufendorf, geboren 1901 in Isenhagen/Lüneburger Heide, war als Diplomlandwirt der Agrarexperte der Wipog, und Dr. jur. Dr. rer. pol. Gernot Gather, geboren 1915 in Düsseldorf, war als Euckenschüler und Anwalt Experte für Wirtschafts- und Rechtsfragen. 1951 stieß Dr. jur. Wolfgang Drechsler, geboren 1924 in Hannover, als juristischer Berater und persönlicher Referent Kleppers zum Arbeitsteam dazu, 1952 gefolgt von Karl Helfer und dem Volkswirt Georg Siebert. Dies war der Kern der Mannschaft, zu der zeitweise weitere Mitarbeiter gehörten und der ergänzt wurde durch einen Stab von

³¹ Offene Welt, Nr. 39 (Sept./Okt. 1955), zum Thema „Die dritte Kraft: zum Problem der Erschließung unterentwickelter Gebiete“, vgl. auch die Nr. 49 (Mai/Juni 1957) und Nr. 50 (Aug./Sept. 1957).

³² Festvortrag Kleppers vor dem Deutschen Philologentag in Bonn am 17. 11. 1951 (M.d.W., Nr. 20, Februar 1952). Anwesend waren u. a.: Bundespräsident Prof. Theodor Heuß, Bundestagspräsident Hermann Ehlers, die Kultusministerin von NRW, Christine Teusch, und der Rektor der Bonner Universität, Prof. Werner Richter; der Vortrag wurde auch im Radio übertragen (WDR, Dok. 302). Vgl. u. a. Themen wie: „Antisemitismus“ (Nr. 21, Pfingsten 1952), „Moral in der Politik“ (Hattenheimer Gespräche, Nr. 26, Juli/August 1953), Walter Dirks, Politische Bildung (Nr. 28, Nov./Dez. 1953), Max Horkheimer, Zur Psychologie des Totalitären (Nr. 30, März/April 1954).

³³ M.d.W., Nr. 12, 18. 10. 1949, vgl. auch Wolfgang Lehmann, Freiheit von Schuld und Lebensangst (Dritte Herbsttagung zum Thema: Der deutsche Beitrag in Einigkeit, 25./26. 10. 1951).

³⁴ M.d.W., Nr. 21 (Pfingsten 1952).

³⁵ Klepper an seine Kinder, 1949 (nicht genau datierbar): „Wie Ihr aus den Drucksachen der Wipog wohl gemerkt habt, haben wir eine ganz besondere politische Konzeption entwickelt. Es ist die meine.“

³⁶ Im November 1954 schrieb Klepper an einen wichtigen Gesprächspartner in USA, Hans Speier von der Rand Corporation: „Die sogenannte Wipog-Konzeption ist fest verankert in unserem engeren Ensemble [...] Ich schätze, daß höchstens 10% der Mitgliedschaft von der Richtigkeit dessen, was wir tun, überzeugt sind. Der Rest setzt sich zusammen aus Leuten, die meinen, es gehöre sich, unserem modernistischen Gebilde anzugehören, und Konjunkturforschern, das heißt Leuten, die glauben, es sei gut, eine Organisation zu haben, die mit der verpönten linken Seite reden kann“ (Akte Rand III, Klepper an Speier, 11. 11. 1954).

organisatorischen Helfern und Sekretärinnen, zu denen wieder Frau Naumann-v. Kalinowski gehörte.

Finanziert wurde die Wipog aus den Mitgliederbeiträgen, die bei Firmen höher lagen als bei Einzelpersonen³⁷, durch das Abonnement der wöchentlich erscheinenden „Beratungsbriefe“ und den Vertrieb wirtschaftspolitischer Schriften und Aufsätze³⁸. Doch das reichte nicht aus, die Wipog blieb stets auf Spenden angewiesen. Sie mußten der Wirtschaft immer wieder mit Hilfe intensivster Überzeugungsarbeit neu entlockt werden, in dem Sinne, in dem Mueller es zehn Jahre später auf einer Vorstandssitzung der Wipog im Mai 1959 humorvoll formulierte: „Wir werden nie eine ständig fließende Geldquelle finden, und das ist wahrscheinlich auch besser so, denn dadurch bleiben wir in ständigem Kontakt mit den Wirtschaftsleuten und können auch einen gewissen persönlichen Einfluß auf sie nehmen.“³⁹ Einfluß verstanden gemäß dem Grundsatzprogramm, „Wirtschaftspolitik aus einem Guß zu gestalten, um die sozialen Gegensätze im Inneren wie [das] Verhältnis zur Außenwelt dauerhaft“ zu befrieden. Das ‚Spendensammeln‘ wurde allerdings mit dem größer werdenden Abstand zum Kriegsende, nach der Währungsreform und mit dem beginnenden ‚Wirtschaftswunder‘ immer schwieriger, teils, weil das Bedürfnis des Unternehmertums⁴⁰ nach einem derartigen Diskussionsforum ab-, die Arbeitsbelastung für eigene Angelegenheiten dafür um so stärker zunahm⁴¹, teils aber auch, weil die Unterschiede zwischen den Intentionen der ‚Geldgeber‘ und der ‚Ideen-träger‘ größer wurden, das heißt wirtschaftliche Sonderinteressen und gesellschaftspolitische Konzepte mit der Zeit teilweise in Gegensatz zueinander gerieten⁴².

Wenn die Wipog als gemeinnütziger Verein auch auf Geldgeber angewiesen war, so hat sie sich nie in Abhängigkeiten begeben, die mit ihrem Grundkonzept unvereinbar gewesen wären. Die Wipog als „Kampfinstrument für Unternehmerinteressen in der Öffentlichkeit“⁴³ zu bezeichnen, ist unzutreffend, wohl aber waren sich die in der Wipog vereinten Unternehmer, Handelskammervereine, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker einig in der Erkenntnis, daß nur eine freie Marktwirtschaft das völlig zerstörte Deutschland wieder aufbauen helfen könnte. Dies aber bedeutete eine klare Absage an eine planwirtschaftliche beziehungsweise sozialistische Wirtschaftsauffassung, die damals, direkt nach 1945, in al-

³⁷ Jährl. Mindestbeitrag für Einzelpersonen: 24 Mark, für Firmen 240 Mark (Satzung).

³⁸ Satzung.

³⁹ Akte Vorstandssitzungen II, Sitzung vom 8. 5. 1959.

⁴⁰ Das Konzept der Marktwirtschaft setzte sich allmählich durch, und das Unternehmertum, hier pauschal als Gruppe bezeichnet, konnte sich unter dem Schutz der Regierung Adenauer zunehmend etabliert fühlen. Außerdem wuchs der geistige Gedankenaustausch auch auf internationaler Ebene mit der wachsenden Zahl der Publikationsorgane, der Gruppierungen wie Rotary etc. und der Foren jeglicher Art, parteigebundener oder andersartig orientierter.

⁴¹ Davon zeugt besonders die Korrespondenz mit den Vorstands- und Beiratsmitgliedern, die immer wieder wegen vielfältiger anderer Verpflichtungen ‚zu ihrem größten Bedauern‘ Sitzungen absagen mußten.

⁴² Klepper berichtete Lübke am 25. 9. 1949 von einem Treffen, das am 27.9. in Essen stattfinden sollte und bei dem es um die finanzielle Unterstützung der Wipog gehe. „Dort wird die schwerindustrielle Garde unter Anführung von Herrn Reusch versammelt sein. Zweck der Veranstaltung ist, klarzustellen, ob zwischen diesen Leuten und der Wipog eine Zusammenarbeit möglich ist. Konzessionen zu machen, beabsichtige ich nicht, ich möchte es vielmehr auf den Bruch ankommen lassen.“ Er verwies Lübke ausdrücklich auf „die Bedeutung dieser Angelegenheit für ‚unsere Richtung‘“ (K/Kor.).

⁴³ K. Schulz, S. 8, vgl. auch S. 25.

len Parteien diskutiert und teilweise befürwortet wurde. Insofern hat Schulz recht, daß die Wipog „ein Gegengewicht zu den in Gewerkschaften und Parteien damals verbreiteten [...] Vorstellungen“ bildete⁴⁴. Klepper hatte die am Markt orientierte, antiprotektionistische und auf den Welthandel hinzielende Wirtschaftspolitik seit der Weimarer Republik vertreten. Auch damals hat er schon die soziale Verpflichtung der Marktwirtschaft gefordert und diesen Gedanken der Beteiligung der nicht besitzenden Schichten in der Exilzeit unter dem Stichwort „Entproletarisierung“ weiterentwickelt. Da auch Erhard Gründungsmitglied der Wipog war, sollte man ihn vielleicht nur insofern als „den Vater der Marktwirtschaft“ bezeichnen, als er es war, der sie schließlich maßgeblich durchsetzte, die „geistige Vaterschaft“ muß er dagegen unter anderen mit der Wipog teilen⁴⁵.

Daß dieses im ganzen unternehmerfreundliche Konzept teilweise Mißtrauen erregte, beweist das Presse-Echo auf die Gründung der Wipog. Die Frage, ob es sich bei der Wipog um eine Unternehmerinteressenorganisation oder ein überparteiliches Diskussionsforum verantwortungsbewußter Staatsbürger handele, wurde lebhaft diskutiert⁴⁶. Zwei extreme Stellungnahmen kennzeichnen die Bandbreite der Reaktionen: Der Berliner *Telegraf*⁴⁷ schrieb am 17. Dezember 1947: Die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft [ist] für geübte Augen von vornherein als eine Art Herrenclub aufgezogen. Ihre Gefolgschaft kommt aus den verfeinertsten und konservativsten Schichten der Bevölkerung. Insgesamt sind ihre Grundsätze von zuweilen irreführender Formulierung, die nur den Schluß zulassen, daß die bekannten Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft, gestern noch willfähige Diener der Reaktion, durch die Umwälzungen der beiden letzten Jahre zu mildtätigen Sozialisten erzogen wurden, die längst darauf verzichtet haben, ihre alte Gesellschaftsordnung wieder aufzurichten. Aber wir befürchten zugleich, daß die Verschwommenheit dieses Programms nur ein Vorwand sein werde, alte ‚Rechte‘ wieder zu sichern.“⁴⁸ Die *Hamburger Zeit* nahm dagegen zu den Grundsätzen der Wipog wie folgt Stellung: „Diesen Gedanken liegt eine Konzeption von der Ordnung des Wirtschaftslebens zugrunde, die, von einigen Universitäten ausgehend, allmählich ein immer größeres Echo findet und die sachlich längst überholten Vorstellungen von Planwirtschaft und Staatskapitalismus eines Tages auch politisch ablösen wird. Vom klassischen Liberalismus ebenso weit entfernt wie vom Marxismus, geht die moderne Idee der Marktwirtschaft, die in anderen Ländern heute schon weiter entwickelt ist als in Deutschland, von der Notwendigkeit einer freien Preisbildung auf dem Markt aus. Ihr Organisationsprinzip ist der Wettbewerb, das heißt die ungehinderte Leistung. Damit ist

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Vgl. Röpke zur „Hattenheimer Resolution“ der Wipog, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 179, 1. 7. 1948: „Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik haben sich hier die beiden bisherigen handelspolitischen Antipoden, Industrie und Landwirtschaft, auf einer gemeinsamen antiprotektionistischen Linie gefunden.“ Röpke, der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, hat mit der Wipog zusammengearbeitet. Zu Röpke vgl. Rezension seiner Werke in 6 Bänden und einer Arbeit über ihn, in: Die Zeit, 5. 2. 1993, S. 27.

⁴⁶ Das Presse-Echo ist von der Wipog mit meist wörtlichen Zitaten und unkommentiert zusammengefaßt worden, um „einem ganz eng gezogenen Kreis von aktiven Mitarbeitern der Wipog durch die Wiedergabe der kritischen negativen Stimmen zu diesem Ereignis Material und Unterlagen an die Hand zu geben, die eine Stellungnahme oder Entgegnung in Wort und Schrift ermöglichen“ (Akte Veröffentlichungen I, 1947–1950).

⁴⁷ Ebenda: Ein der SPD nahestehendes Organ, mit einer Auflagenhöhe von 100 000.

⁴⁸ Ebenda.

die grundsätzliche Gegnerschaft zu Monopolstellungen ebenso gegeben wie zu allen anderen Maßnahmen, die die Produktion beschränken und die Preise überhöhen.“⁴⁹

Schulz, der die Stellungnahmen im einzelnen analysiert und in seiner Untersuchung zitiert hat, faßt das Presse-Echo dahingehend zusammen, „daß die Gründung der Gesellschaft mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde, daß aber die zurückhaltenden und skeptischen Stimmen überwogen. Selbst in den Kommentaren, die die Ziele der Gesellschaft rückhaltlos bejahten, wird deutlich, daß die Grundsätze der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft auf eine im ganzen ihr nicht gewogene, ihr eher negativ gegenüberstehende Öffentlichkeit trafen. Zugleich zeigen die Pressebeurteilungen eine extreme klassenkämpferische Aufteilung des Meinungsbildes.“⁵⁰ Diesem Urteil ist zuzustimmen, alle sich irgendwie „links“ verstehenden Zeitungen vermißten natürlich die Vertretung der Arbeiterschaft in dem Gründungsteam und waren nicht nur skeptisch, wie ehrlich wohl die soziale Verpflichtung als Ergänzung der Marktwirtschaft gemeint war, sondern vermißten auch die von den großen Parteien geforderten Sozialisierungsmaßnahmen. Entsprechend bezog sich die von Schulz skizzierte, im ganzen negative Einstellung der Öffentlichkeit weniger auf die konkreten Ziele der Wipog, sondern entsprach eher der allgemeinen Stimmungslage, die von Meinungsumfragen bestätigt wird. „Nach demoskopischen Trendanalysen wurde bei der Bevölkerung ein Durchbruch zugunsten des marktwirtschaftlichen Konzepts [erst] in den fünfziger Jahren erreicht“⁵¹, bis dahin lag die Wipog mit ihrer Konzeption im Gegensatz zum allgemeinen Zeittrend. Sehr drastisch wurde dies von Ludwig Erhard auf der Arbeitstagung der Wipog am 26. Mai 1948 belegt: „Die meisten Unternehmer haben sich sehr an den sehr bequemen Zustand gewöhnt, eine Art Rentnerdasein auf Kosten des Staates zu führen. Sie erwarten ihre Zuweisungen, wenn es auch nicht ausreicht, so ist es eine willkommene Beigabe. Warum etwa im Wettbewerb streiten? Sie machen ihre Kalkulation auf, die Behörde setzt ihren Stempel darauf, dann ist ihre Rente gesichert. Es ist ein bequemes Dasein. Diese Geisteskrankheit der letzten zwölf Jahre hat alle Schichten unseres Volkes ergriffen.“ Erhard erblickte „eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ darin, diesen Geisteszustand zu ändern⁵². In anderer Beziehung lag die Wipog „ganz auf der Linie des bestehenden und sich entwickelnden Meinungstrends der Nachkriegszeit und der ersten Jahre der Bundesrepublik“⁵³, und zwar in ihrem distanzierten Verhältnis zur Parteipolitik, ihrer klaren Ablehnung des Kommunismus und in ihrem Angebot neuer Leitbilder, nach denen zwar allenthalben gesucht wurde⁵⁴, aber denen zu trauen in jenen Zeiten nicht leicht fiel⁵⁵.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ K. Schulz, S. 16.

⁵¹ Noelle-Neumann, S. 168 f. Vgl. Kleßmann, S. 223 ff.

⁵² Wipog-Akten, Tonbandprotokolle.

⁵³ Record Group OMGUS, Opinion Surveys, Information Control Division, Washington National Records Center, Washington D.C. 20409, in: IfZ, Dk 110 001.

⁵⁴ Unter vielen anderen gab es die „Gesellschaft Imshausen“, die etwa gleichzeitig mit der Wipog, nämlich im Dezember 1947, in Imshausen, dem Familiensitz der Brüder Werner und Heinrich v. Trotha, gegründet worden ist. Die dort besprochenen Probleme waren sehr viel weniger konkret auf praktische Politik bezogen, wie das Thema des Hauptreferates von Wilhelm Kütemeyer, „Marxismus und Tradition des Ostens in der Sicht des Westens“, zeigt, Schwiedrzik, S. 72 ff.

⁵⁵ Vgl. K. Schulz, S. 22 ff., der die Trends durch Meinungsbefragungsergebnisse, die vor allem von den Amerikanern durchgeführt worden sind, belegt.

Um sich selbst ein genaueres Bild von der „psychologischen und politischen Verfassung des deutschen Volkes“ zu verschaffen, beauftragte die Wipog im Sommer 1949 das Institut für Demoskopie in Allensbach, eine entsprechende Umfrage durchzuführen. „2 000 Personen, die nach Einkommen, sozialem Stand, politischer Ausrichtung und Alter repräsentativ für die entsprechenden Gruppen im westdeutschen Bundesgebiet“ waren, wurden von 400 geschulten Interviewern befragt⁵⁶. „Es ist ganz einfach aufregend“, schreibt *Die Zeit*, „diese Analyse zu studieren, die den so ungreifbaren, anonymen Begriff: Volk in einen überschaubaren Mikrokosmos verwandelt.“⁵⁷ Das Ergebnis, das Gather „sensationell“ nennt, besagt einmal ein klares Bekenntnis der Mehrheit zu Frieden und internationaler Zusammenarbeit, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, und ein „wachsendes politisches Interesse in breitesten Volksschichten“, begleitet von einem entsprechenden Mißbehagen gegenüber dem Versuch allmächtiger Parteien, das Volk erneut zu entmündigen. Gather kommentiert das Ergebnis so: „Wir haben keine Veranlassung, mit der Haltung unseres Volkes unzufrieden zu sein. Allein das Volk ist in einer Zeit, in der zwei Gesellschaftssysteme aufeinanderprallen und in der es um die revolutionäre oder evolutionäre Gestaltung einer neuen Gesellschaftsordnung geht, berufen und imstande, den unausweichlichen gesellschaftspolitischen Umschichtungsprozeß zu vollziehen. [...] Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft hat die politische Wirklichkeit gewissenhafter erforscht und weiß sich in ihrer wirtschaftlichen Konzeption eins mit den Vorstellungen und Wünschen der Bevölkerung.“⁵⁸ In der Tat hatte die Wipog sich, wie die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb, „hohe Ziele“ gesetzt und „ihr Wirken [werde] man mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen“⁵⁹.

Eine wichtige öffentliche Generalprobe für die Wipog war die erste Großkundgebung in der Aula der Universität Frankfurt/Main im Oktober 1948 zum Thema: „Ein deutsches Programm“⁶⁰. Die Mainzer *Allgemeine Zeitung* hob das Neuartige dieser Kundgebung hervor: Nicht, wie sonst üblich, hätten verschiedene Interessenten, Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer oder Industrie gegen Landwirtschaft, argumentiert, vielmehr hätten die einzelnen Referenten, zu denen unter anderen Klepper, Welter und Mueller gehörten, versucht, „in sorgfältig abgewogenen Vorträgen [...] das Ergebnis einer eingehenden Arbeit darzulegen, die nicht der Vertretung einseitiger Standpunkte, sondern der Bildung einer neuen Einstellung diene, in der das ganze deutsche Volk sich zusammenfinden könnte“. Dem Niveau der Kundgebung habe der auserlesene Kreis führender Köpfe aus Wirtschaft und Politik entsprochen, und die Zeitung glaubt, daß der Wipog, ähnlich wie der Fabian Society, die das für die britische Labourregierung heute noch gül-

⁵⁶ Umfrage in Wipog-Akten. Zusammenfassung der Ergebnisse in: Rundschreiben Nr. 15, Ostern 1950, S. 34 ff.

⁵⁷ *Die Zeit*, 2. 2. 1950.

⁵⁸ Rundschreiben Nr. 15, S. 35 f.

⁵⁹ Presse-Echo, in: Akte Nr. 0/200.

⁶⁰ M.d.W., Nr. 4 (August) und Nr. 5 (November 1948): Klepper sprach als erster über „Die weltpolitische Spannung und die deutsche Chance“, gefolgt von Welter über „Sozialprodukt und weltwirtschaftlicher Wettbewerb“, ergänzt durch die Vorträge von Leonhard Miksch über „Sozialprodukt und binnenwirtschaftlicher Wettbewerb“, von Gather über „Sozialprodukt und Lastenausgleich“ sowie von Pentzlin über „Sozialprodukt und Arbeiter“; den Schluß machte Mueller mit dem Thema „Eigentum und wirtschaftliche Geschäftsführung“. Die Jahrestagungen fanden bis auf 1949, als die FAZ gegründet wurde, alljährlich statt, und zwar zunächst in der Frankfurter Universität, dann in der Paulskirche und später im Eschenheimer Turm.

tige „geistige Rüstzeug“ geschaffen habe, die Aufgabe zufalle, „die geistigen Grundlagen für das kommende Deutschland in der Wirtschaftspolitik zu schaffen“⁶¹.

Wie man diesen „geistigen Grundlagen“ verstärkt zu Einfluß verhelfen konnte, das war eine der zentralen Fragen des Wipogteams. Eine Möglichkeit war die Gründung einer überregionalen Zeitung. Idee und Initiative kamen aus dem „inneren Kreis“⁶² der Wipog und führten schließlich zur Gründung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, kurz FAZ genannt.

Gründungs- und Aufbauphase der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

Die Gründung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist nach wie vor ein äußerst kontrovers abgehandeltes Thema. Die FAZ selbst verschleierte die Umstände ihrer Entstehung. In ihrer Broschüre „Alles über die Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt sie nur: „Auf Veranlassung der Freunde des Blattes, die im Jahre 1949 behilflich gewesen sind, diese Zeitung ins Leben zu rufen, ist die FAZIT-Stiftung am 22. April 1959 errichtet worden.“ Mehr ist über die Gründung und die ersten zehn ‚Lebensjahre‘ der Zeitung nicht zu erfahren⁶³. Doch diejenigen, die meinen, die Umstände aufklären zu können, haben ihrerseits zu neuer Legendenbildung beigetragen⁶⁴. Eine Kostprobe der wissenschaftlichen Recherchen auf diesem Gebiet sei gestattet, um das Ausmaß der schiefen Darstellung deutlich zu machen: „Diese etwas ominöse Mehrheitsgesellschafterin [*gemeint ist die Wipog*] stellte mit ihrem stellvertretenden Vorsitzenden, dem ehemaligen preußischen Finanzminister Otto Klepper, auch den ersten Geschäftsführer der FAZ. Hinter dem ‚umgeschulten‘ Politiker Klepper aber standen [...] drei Männer, deren Karriere weitaus gradliniger verlaufen war – und die deshalb auch erheblich mehr als ein bißchen Stammkapital in die neue ‚Zeitung für Deutschland‘ einschießen konnten: Generaldirektor Otto Seeling von der Deutschen Tafelglas AG Fürth, Generaldirektor Alexander Haffner von der Salamander AG in Kornwestheim sowie Generaldirektor Max H. Schmid von der Zellstoffabrik Waldhof AG.“⁶⁵ Es werden dann bei allen drei Personen enge Verbindungen zur Deutschen Bank herausgearbeitet, was zu der Schluß-

⁶¹ Allgemeine Zeitung vom 23. 10. 1948.

⁶² Aussage von Gather, einem der Mitgründer der Wipog und der FAZ. Lübke bezeichnete Klepper als Gründer der FAZ (BAK, Lübke-NL, Bl. 289).

⁶³ „Alles über die Frankfurter Allgemeine Zeitung“, eine 170 Seiten starke großformatige Broschüre, hrsg. von der FAZ, Frankfurt/M. 1992²². Auf Anfrage vom 8. 5. 1993 nach Unterlagen zur FAZ-Gründung durch die Wipog wurde mit Schreiben vom 13. 5. 1993 versichert: „[...] im Redaktionsarchiv der FAZ“ und im „Verlagsarchiv der FAZ GmbH sind keine Otto Klepper betreffenden Unterlagen.“ Immerhin schrieb die FAZ anlässlich von Kleppers Tod in einer kleinen Meldung, unter „Eigener Bericht, F.A.Z.“: „Vorübergehend führte er [*Klepper*] die verlegerischen Geschäfte der FAZ“ (Nr. 110, 13. 5. 1957).

⁶⁴ Pfeiffer (Hrsg.): Die FAZ. Nachforschungen über ein Zentralorgan, Köln 1988.

⁶⁵ Gottschalk in: Pfeiffer, S. 46. Gottschalk beruft sich auf Recherchen des Spiegel Ende der fünfziger Jahre, ohne genaue Quellenangabe. Im Spiegel vom 25. 2. 1959 wird der Sachverhalt unter dem Titel „Die Mayflower“ allerdings etwas anders dargestellt: „Der stellvertretende Vorsitzende dieser Gesellschaft [*gemeint ist die Wipog*], der ehemalige preußische Finanzminister Otto Klepper, wurde erster Geschäftsführer der Frankfurter Allgemeinen und brachte die drei Gründungsfinanziers zusammen.“ Es folgen die Namen: Seeling, Haffner, Max A. Schmid.

folgerung führt, daß sich in der Deutschen Bank „die eigentliche ‚Patin‘ der Zeitung vermuten“ läßt. So einfach ist das: Die *FAZ* selbst stellt sich als eine völlig unabhängige Tochter der „FAZIT-Stiftung“, einer „Gemeinnützigen Verlagsgesellschaft“, dar, und ihre antikapitalistischen Kritiker lassen die alte *Frankfurter Zeitung*, kaum daß der Lizenzzwang aufgehoben wurde, als Tochter des Kapitals, deren Spuren schließlich alle zur Deutschen Bank und folglich zu Hermann Josef Abs, dem „klugen Kopf“ dahinter, führen, wieder erstehen⁶⁶.

So einfach ist es aber nicht. Die Gründungsgeschichte der *FAZ* ist komplizierter und darum auch sehr viel interessanter, als die beiden unzulässig vereinfachenden Versionen suggerieren. Es ist nicht nur die Geschichte einer Zeitungsgründung in der frühen Nachkriegszeit mit den damit verbundenen Schwierigkeiten, sondern sie spiegelt ebenso die Auseinandersetzungen über den angemessenen Umgang mit dem Erbe der ‚braunen‘ Vergangenheit wie das Ringen um den ‚richtigen‘ Weg in die Zukunft mit all den dazugehörigen politischen und wirtschaftlichen Problemen wider. Insofern ist die frühe Geschichte der *FAZ* zugleich ein Stück Nachkriegsgeschichte, an der sich auch Symptomatisches über die Art der Entwicklung der jungen Bundesrepublik ablesen läßt. Es ist deshalb nur schwer zu verstehen, warum die *FAZ* ihre Herkunft im Ungewissen läßt. Eine Erklärung könnte in dem Wunsch der *FAZ* liegen, als vollkommen unabhängiges Blatt zu gelten, gerade weil die Zeitung immer wieder mit der Wirtschaft und den CDU-Regierungen identifiziert worden ist. Die *FAZ* glaubt offensichtlich, ‚Imagepflege‘ um jeden Preis, auch um den der Glaubwürdigkeit, betreiben zu müssen, indem sie ihre Vergangenheit verleugnet und von sich selbst behauptet: „Besser als bei der *FAZ* kann die Unabhängigkeit einer Zeitung nicht gesichert werden.“⁶⁷

Wie also waren die Anfänge der *FAZ*? Auf Betreiben von Klepper und Mueller, die darum bemüht waren, die „Konzeption [*der Wipog*] von der deutschen und europäischen Lage in die breite Öffentlichkeit zu tragen“⁶⁸, wurden auf der Vorstands- und Beiratssitzung der Wipog im Januar 1949 Beschlüsse „zur Erweiterung der Publizität und zur Verstärkung des Zusammenhangs mit den Mitgliedern“ gefaßt⁶⁹. In der zweiten Sitzung von Vorstand und Beirat der Wipog am 9. Juli 1949 hatten sich die Pläne für eine Zeitungsgründung bereits konkretisiert. Im Sitzungsprotokoll, das mit dem ausdrücklichen Hinweis versehen ist, „daß über den Gegenstand der Beratungen bis auf weiteres volle Vertraulichkeit gewahrt bleiben muß“, heißt es: „Vorstand und Beirat [*haben*] ei-

⁶⁶ Pfeiffer, S. 33. Vgl. dagegen: Klepper an Oberbürgermeister Walter Kolb, 17. 11. 1949: „So weit wir unsere eigenen Ziele gesteckt haben, so sehr möchten wir den Anschein vermeiden, als beabsichtigten wir, uns den Ruf der Frankfurter Zeitung zunutze zu machen. Wir fühlen uns fairer Weise verpflichtet, jeder Verwechslung unseres Blattes mit der Frankfurter Zeitung vorzubeugen“ (HdA/K-FAZ).

⁶⁷ „Alles über die FAZ“, S. 18.

⁶⁸ Klepper an Jacob Hecht (Transport- und Schifffahrts AG, „Neptun“, Basel), 5. 10. 1949 (HdA/K-FAZ).

⁶⁹ Vorst./Beir.: Sitzung des Vorstandes und des Beirats der Wipog am 11. 1. 1949. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: 1. monatliche Mitteilungen an die Mitglieder der Wipog mit einem Bericht „Zur Lage“, der meistens aus der Feder von Klepper stammte und am gleichen Tag als Leitartikel in der Allgemeinen Zeitung, „mit deren Redaktion eine fortlaufende Fühlung und Gedankenaustausch“ bestand, erschien. 2. Hinweis auf die seit dem 1. 2. 1949 erscheinenden „Beratungsbriefe“. 3. Verstärkung des Kontaktes zu den Mitgliedern auf allen Ebenen. 4. Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Presse. Im Laufe des Frühjahrs 1949 hatte sich die Wipog bereits etabliert und zählte ca. eineinhalbttausend Mitglieder (Akte statistische Angaben).

nen Bericht über die in Richtung auf eine Erweiterung unserer publizistischen und politischen Wirksamkeit vorbereiteten Aktionen entgegengenommen und dem vorgetragenen Plan zugestimmt.“ In der Niederschrift wird genauer ausgeführt, daß „die beiden Vorsitzenden [*Mueller und Klepper*] mit den Verlagen der *Allgemeinen Zeitung* und der *Frankfurter Neuen Presse* Verhandlungen über die Verlegung der *Allgemeinen Zeitung* nach Frankfurt/Main und eine etwaige Verbindung zwischen den beiden Zeitungen derzeit führen. Der Gedanke, in Frankfurt eine unabhängige Zeitung größeren Stils für West-Deutschland erscheinen zu lassen, [...] wurde begrüßt. Die Durchführung des Plans würde die Gewähr für die Vertretung einer politischen und wirtschaftspolitischen Generallinie bieten, die der Konzeption der Gesellschaft entspricht.“⁷⁰

Zur Wahl standen drei Alternativen: die Übernahme der *Frankfurter Neuen Presse* (FNP)⁷¹, die Wiederbelebung der alten, 1943 von den Nationalsozialisten verbotenen *Frankfurter Zeitung*, eventuell zu kombinieren mit *Der Gegenwart*, die einen Teil des ehemaligen Redaktionsstabes der alten *Frankfurter* übernommen hatte, oder ein Zusammengehen mit der *Allgemeinen Zeitung* in Mainz. Von der ersten Alternative hielt Klepper gar nichts, da ihm der bisherige Redaktionsstab und vor allem der Lizenzträger⁷² ungeeignet erschien, um seine beziehungsweise die Konzeption der Wipog umzusetzen. Auch den „Promotoren“ der zweiten Alternative traute er weder zu, „eine fundierte Konzeption“, noch „einen geeigneten Redaktionsstab zu bilden“⁷³. Außerdem gab es das Problem der Eigentumsverhältnisse, da der alte Besitzer des Societätsverlages, Kurt M. Simon, der inzwischen in New York lebte, Restitutionsansprüche gestellt hatte⁷⁴.

Die dritte Alternative, ein Zusammengehen mit der Mainzer *Allgemeinen*, schien Klepper noch das aussichtsreichste Projekt⁷⁵, zumal er bereits Kontakte zu dem „zuständigen Presseemann“ der französischen Militärregierung geknüpft hatte, um die notwendige Meinungsfreiheit zu sichern⁷⁶. Außerdem gab es über das Wipog-Beirats-Mit-

⁷⁰ Ebenda, „Niederschrift über die vertrauliche Vorstands- und Beiratssitzung vom 9. Juli 1949“ und Anschreiben vom 12. 7. 1949 (Hervorhebung im Original). Es wurde außerdem beschlossen, daß die anwesenden Mitglieder des Vorstandes und des Beirats sich verpflichteten, innerhalb der nächsten 14 Tage „mindestens je eintausend D-Mark durch die Gewinnung neuer Firmenmitglieder, neuer Abonnenten für den Beratungsbrief oder auf andere Weise zu beschaffen“.

⁷¹ HdA/K-FAZ, Klepper an Haffner, 1. 4. 1949. Am 16. 7. 1949 fand eine Beratung zwischen den Vertretern der FNP, der Mainzer Allgemeinen und der Wipog statt (Klepper an Welter, 11. 7. 1949).

⁷² Ebenda. Der Herausgeber war Hugo Stenzel, sein Chefredakteur Marcel Schulte, der dem Londoner Korrespondenten der FAZ gegenüber behauptete, er habe die Fusion zu Fall gebracht, Stenzel sei ja viel zu gutmütig und zurückhaltend. Schulte scheint dem Bericht nach zu urteilen kein hochqualifizierter Journalist gewesen zu sein. „Nach dem hiesigen Eindruck kann einem die FNP und Stenzel mit einem solchen Chefredakteur nur leid tun“ (Abschrift des vertraulichen Berichts für Klepper vom 12. 11. 1949).

⁷³ K/Kor., Klepper an Haffner, 1. 4. und 7. 6. 1949

⁷⁴ Ebenda, Kurt M. Simon an Klepper, 21. 2. 1949. Klepper schickte diesen Brief am 15. 3. 1949 weiter an Ludwig Erhard, der als Wipog-Vorstandsmitglied ebenfalls mit dem Zeitungsprojekt befaßt war und Simon anläßlich einer USA-Reise in New York deshalb besuchen sollte, was Klepper arrangiert hatte.

⁷⁵ Wenngleich Klepper vermutete, daß der Verlag eine neue Kapitalbeteiligung und die Redaktion Einfluß scheuten. Das Hauptproblem war für Klepper „die Einigung über einen gemeinsamen politischen und wirtschaftspolitischen Kurs“, Klepper an Haffner, 1. 4. 1949 (ebenda).

⁷⁶ Ebenda und Eduard Ernst, L'Inspecteur De Presse De Mayence, an Klepper, 8. 4. 1949; Ernst äußert sich begeistert über die Bekanntschaft mit Klepper.

glied Erich Welter, den Klepper noch aus der Weimarer Zeit kannte, bereits einen guten Kontakt zur Mainzer *Allgemeinen*, bei der dieser seit Juni 1948 „beratender ständiger Mitarbeiter“ für den geplanten „Ausbau“ des Blattes zu einer „großen, maßgebenden deutschen“ Zeitung war⁷⁷. Die Bedenken Haffners bezüglich einer „sozialistischen Anfälligkeit“ Welters wies Klepper zurück⁷⁸. Diese Bemerkung Haffners ist symptomatisch für die Betrachtung von Personen in jener Zeit. Die einen fragten nach der „sozialistischen Anfälligkeit“, die anderen nach der ‚braunen Vergangenheit‘.

Der Fall Welter ist nun in diesem Zusammenhang besonders interessant, denn Welter war von 1934 bis 1943 bei der *Frankfurter Zeitung*, wie Pfeiffer meint, sogar als „Rechtsaußen“⁷⁹. Die traditionsreiche Zeitung verdankte ihr so langes Bestehen vor allem ihrer Eigenschaft, als „Aushängeschild“ für das Ausland zu dienen⁸⁰. Wenn die *Frankfurter Zeitung* in dieser Zeit auch versucht hatte, die „Wahrheit zwischen den Zeilen“ zu schreiben und „eine verbissene, bisweilen auch zweideutige Art des verdeckten Widerstandes, hart an der Grenze der Stummheit“ zu leisten, so durchlebte sie keinesfalls eine „Zeit des pragmatischen Heroismus“⁸¹ und entsprach schon gar nicht dem „Bild des geradezu einzigartigen Widerstandes“, das Günter Gillessen zu entwerfen versucht hat⁸². Auf Welter, der übrigens, zusammen mit Paul Sethe⁸³, zum *Völkischen Beobachter* versetzt worden war, bezogen, hätte man also eher einen ‚braunen‘ als einen ‚roten‘ Verdacht hegen können; zumal Welter in seinem 1943 veröffentlichten Buch „Der Weg der deutschen Industrie“ einen „stark an Unternehmerinteressen ausgerichteten Standpunkt problemlos mit zentralen Elementen nationalsozialistischer Ideologie“ zu verbinden vermochte⁸⁴.

Warum Welters Verhalten während des ‚Dritten Reiches‘ für Klepper offenbar kein Grund war, mit ihm nicht zusammenzuarbeiten, läßt sich vielleicht auf folgende Weise erklären: Zum einen konnte er sich in einem wesentlichen Punkt mit Welter einig fühlen, nämlich mit dessen schon in dem erwähnten Buch vertretener Ansicht, daß „nationale und kontinentale Autarkiepolitik als Übergangslösung“ betrachtet werden müsse und „das eigentliche Ziel [...] in der Ausweitung der Märkte, in einer antiprotektionistischen Politik und der Herstellung eines europäischen und weltweiten freien Warenaustausches“ liege. Zum anderen wird Klepper Welters journalistische Fähigkeiten geschätzt

⁷⁷ Kor/Hrsg., Nr. 49, Welter, Schreiben des Mainzer Verlages an Welter, 23. 6. 1948.

⁷⁸ K/Kor., Klepper an Haffner, 1. 4. 1949. Klepper verwies darauf, daß er sich darin und in der ganzen Zeitungsangelegenheit mit Mueller einig sei.

⁷⁹ Pfeiffer, S. 33.

⁸⁰ Hummerich, S. 56. Vgl. auch Pfeiffer, S. 28.

⁸¹ Jan Reifenberg, Vorwort zu Hummerich, S. 8. Reifenberg zitiert Dolf Sternberger.

⁸² Pfeiffer, der sich auf ein Gespräch mit Walter Dirks beruft, S. 40. Vgl. Gillessen, Auf verlorenem Posten – Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Selbst in „Alles über die FAZ“ steht nur sehr vorsichtig: „Trotz der harten Diktatur war diese nicht gleichzuschaltende Stimme für hellhörige Leser bis dahin vernehmlich geblieben“, S. 1. Vgl. Abosch, Widerstand zwischen den Zeiten der Selbsttäuschung? Die Frankfurter Zeitung unter Hitler, in: Neue Zürcher Zeitung, 17. 2. 1987.

⁸³ Sethe bestätigt, daß er „während des Krieges ‚Durchhalte-Artikel‘ in der Frankfurter Zeitung geschrieben“ habe und daß er „an den Völkischen Beobachter dienstverpflichtet“ worden sei, weil er sich geweigert habe, in die NSDAP einzutreten und nun „in Berlin ‚erzogen‘ werden sollte“, „ein Gutachten über seine staatsfeindliche Gesinnung“ habe beim SD der SS vorgelegen, er habe das Vertrauen Goerdelers und der Leute vom 20. Juli besessen (Antwort auf einen ihn persönlich angreifenden Artikel in der Frankfurter Rundschau, in: Kor/Hrsg., Sethe).

⁸⁴ K. Schulz, S. 148 f., basierend auf Welter, S. 201.

und den durch ihn hergestellten Kontakt zur Mainzer *Allgemeinen* gebraucht haben; gleiches galt sicher auch für Welters gute Kontakte zur Industrie. Außerdem war Welter Mitglied der Wipog und im Oktober 1948 von der Mitgliederversammlung in den Beirat gewählt worden⁸⁵, was bedeutete, daß er die Konzeption der Wipog mittrug. Das aber heißt, daß Welter von seinem noch in dem Buch vertretenen absoluten Unternehmerstandpunkt, der die Interessen und die Mitwirkung der Arbeiterklasse vollkommen außer acht ließ, abgerückt sein muß⁸⁶. Klepper setzte sich denn auch persönlich dafür ein, daß Welter die Genehmigung des rheinland-pfälzischen Kultusministers Adolf Süsterhenn bekam, um als Herausgeber wirken zu können. Er hielt dies, wie er an Lübke schrieb, „für unsere Richtung sehr erwünscht“⁸⁷. Insofern war der Sozialismus-Verdacht von Haffner besonders pikant, er mußte, wenn überhaupt, auch Klepper selbst und die von ihm mitgeprägte Wipog treffen.

Aus einem längeren Sondierungsprozeß hat sich schließlich herauskristallisiert, daß die Wipog und der Mainzer Verlag, der unter anderem die *Allgemeine Zeitung* herausgab, in Verhandlungen eintraten, um eine neue überregionale Zeitung zu gründen, die von den Mainzern den Namen *Allgemeine Zeitung* übernahm und, da nach Frankfurt verlegt, schließlich den Titel *Frankfurter Allgemeine Zeitung* erhielt. Wie stark die Veränderung und Erweiterung der Mainzer Zeitung heruntergespielt werden sollte, beweist ein Brief Welters an Klepper sechs Wochen vor ihrem ersten Erscheinen. Es ging um die Frage, ob man die Leser der *Allgemeinen Zeitung* über die bevorstehende Veränderung informieren sollte oder nicht: „Es gibt für uns nur ein Gebot, das ist die Erhaltung und Vergrößerung des Leserkreises. Aus diesem Grund sollten wir uns hüten, die Leser mit irgendwelchen Erklärungen, die sie im Grunde nichts angehen, scheu zu machen. Wenn sich der Titel der Zeitung ändert und das Blatt verlegt wird, dann, und nicht vorher, ist der richtige Zeitpunkt gekommen, den Leser davon zu unterrichten, daß eine Verbesserung vorgenommen wird. Das muß dann gleich verbunden sein mit genauen Ankündigungen über Zustellung, neue Anschriften usw. Diesen Ankündigungen muß sofort die Tat folgen, die den Leser darüber belehrt, daß er tatsächlich nun besser fährt.“⁸⁸ Das heißt, daß sich für die Leserschaft der Mainzer *Allgemeinen* lediglich der Titel ändern und der Horizont ihrer Zeitung, die bisher einen starken Akzent auf den lokalen und den Wirtschaftsteil gelegt hatte, erweitern sollte. Die Assoziation, daß Welter als ehemaliger Redakteur der *Frankfurter Zeitung* an eine indirekte Wiederbelebung ‚seines‘ alten Blattes gedacht hat, lag nahe.

Die Gründung der FAZ vollzog sich auf drei Ebenen, auf denen parallel zueinander Verhandlungen geführt wurden: Auf der ersten zum Gründungsprozeß der FAZ gehörigen Ebene verhandelten der Mainzer Zeitungsverlag GmbH (MZV), vertreten durch Direktor Georg Held, und die Wipog, vertreten durch Rechtsanwalt Rudolf Mueller und Klepper selbst. Bevor die Wipog in die entscheidenden Verhandlungen mit Mainz eintrat, besprach sie ihr Verhandlungskonzept mit den Geldgebern und ließ sich die Bereit-

⁸⁵ Vorst./Beir., Schreiben der Wipog, gez. Drechsler an Welter, 26. 10. 1948.

⁸⁶ Welter, S. 149.

⁸⁷ K/Kor., Klepper an Lübke, 5. 10. 1949. Die Genehmigung wurde prompt gegeben, Lübke an Klepper, 28. 10. 1949.

⁸⁸ HdA/K-FAZ, Welter an Klepper, 22. 9. 1949.

stellung unkündbarer Darlehen durch die Geldgeber bestätigen⁸⁹. In der Verhandlung zwischen Wipog und Mainz am 9. September 1949 in Mainz wurde der Grundriß des späteren Vertrages entworfen⁹⁰. Umstritten war vor allem die Auswahl der Herausgeber und das Recht zur Teilnahme an Redaktionskonferenzen sowie deren Einberufung durch die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden, zu denen Ferdinand Rothe von der Verlagsanstalt und Druckerei Will & Rothe und Klepper ernannt wurden. Schon am 28. September 1949 kam es zwischen den beiden Parteien zu dem für alle späteren Vereinbarungen geltenden Grundsatzabkommen, in dem die Wipog sich verpflichtete, zusätzlich zu den 51 000 DM Stammkapital ein Darlehen von 699 000 DM einzubringen, während der Mainzer Zeitungsverlag 49 000 DM einzuzahlen hatte. Rothe und Klepper erhielten im Falle ihrer Teilnahme an den Redaktionskonferenzen das Recht, den Vorsitz zu führen und eine Stimme abzugeben⁹¹. Diese Bestimmung wurde in den späteren endgültigen Vertrag, der auf der Basis des Abkommens vom 28. September nach vielen Verhandlungen, Verzögerungen und Querelen⁹² als Gesellschaftsvertrag zustande kam, nicht mehr aufgenommen.

Am 12. Dezember 1949 war es endlich soweit: Der Mainzer Zeitungsverlag, vertreten durch Georg Held, und die Wipog, vertreten durch Rudolf Mueller, gründeten im Beisein des Anwalts und Notars Hans Dallwig die Verlags-GmbH in Frankfurt/Main, die die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* herausgibt⁹³. Wesentliche Bestimmungen waren: Die Abtretung eines Geschäftsanteils an Nichtgesellschafter bedurfte der einstimmigen Genehmigung der Gesellschafterversammlung. Diese gehörte neben dem Verwaltungsrat sowie dessen geschäftsführendem Ausschuß und einem Geschäftsführer zu den Organen der Gesellschaft. Die Kompetenzenverteilung zwischen den Organen, die Tagung beziehungsweise Einberufung der Gesellschafterversammlung, zu der auch der Geschäftsführer befugt war, wurden genau geregelt. Der Verwaltungsrat, der aus 12 Perso-

⁸⁹ Ebenda, Verhandlungen mit den Geldgebern am 6. 9. 1949 in Starnberg, Protokoll der Sitzung. Vgl. Mueller an Haffner, 7. 9. 1949 und Klepper an Rothe, 12. 9. 1949.

⁹⁰ Ebenda, Protokoll der Sitzung in Mainz vom 9. 9. 1949, Klepper und Mueller waren die Vertreter der Wipog und der Wirtschaft. Der Mainzer Beirat war vertreten durch Rechtsanwalt Schmitt, Willi Strecker, Rudolf Christ und Erich Dombrowski, sowie durch die Geschäftsführer, Adolf Fraund und Georg Held.

⁹¹ Ebenda, Vertrag zwischen Mainzer Zeitungsverlag GmbH, vertreten durch Direktor Georg Held, und Wipog, vertreten durch Mueller und Klepper, 28. 9. 1949.

⁹² Zwei Wochen nach Vorvertragsabschluß ergab sich „eine peinliche Überraschung“, daß nämlich die Auflage der Mainzer Allgemeinen Zeitung viel niedriger war, als vom Verlag „im Laufe der Verhandlungen angegeben“ (Klepper an Rothe, 11. 10. 1949); vgl. dazu Antwortschreiben aus Mainz (13. und 14. 10.) sowie Klepper an Mueller (14. 10. 1949) und dessen Antwort aus NY (18. 10. 1949) und Klepper an Rothe (15. 10. 1949). Am 28. 10. 1949 fand eine Besprechung statt, bei der auch Vertreter des Förderkreises anwesend waren, der sich den Standpunkt der Wipog zu eigen gemacht hatte. Die Atmosphäre zwischen den Partnern wurde dadurch stark belastet und die Anfänge der FAZ erschwert. Doch, wie Mueller in einer Aktennotiz über eine Besprechung mit Fraund am 11. 11. 1949, die von Fraunds Seite wohl dazu hatte dienen sollen, die Atmosphäre zu verbessern, meinte, würden die Förderer, die an den laufend notwendigen Verwaltungsratssitzungen teilnehmen mußten, wenigstens „in die Schwierigkeiten der Auseinandersetzungen“ eingeführt und die Wipog damit etwas entlastet, über die laufende Entwicklung berichten zu müssen. Mueller erklärte die Schwierigkeiten mit Mainz dadurch, „daß die Mainzer Interessen zu klein sind, daß man sich in der jetzt entstehenden Größenordnung unbehaglich fühlt und den damit verbundenen bekannten Unaufrichtigkeiten“.

⁹³ Ebenda, Gesellschaftsvertrag vom 12. 12. 1949, Urkundenrolle Nr. 562 und 584.

nen bestand, hatte unter anderem die Geschäftsführung zu überwachen. Sollte das jedoch nicht gelingen, mußte die Gesellschafterversammlung mit Stimmenmehrheit einen Beschluß fassen⁹⁴. Als Vorsitzende des Verwaltungsrates wurden Ferdinand Rothe, dessen Druckerei den Druckauftrag bekam⁹⁵, und Klepper, der zugleich alleiniger Geschäftsführer war, nochmals bestätigt⁹⁶. Damit hatte Klepper eine starke Position und kontrollierte sich gewissermaßen selber. Für die Ein- oder Abberufung von Verwaltungsratsmitgliedern, Geschäftsführern der GmbH und Herausgebern oder für die Entsendung eines Mitgliedes des Verwaltungsrates in die Geschäftsführung war eine qualifizierte Mehrheit des Verwaltungsrates notwendig. Die umstrittene Frage zum Einfluß der Geschäftsführung auf die Redaktionskonferenzen war nicht mehr Gegenstand des Gesellschaftervertrages, sondern wurde durch eine vom Verwaltungsrat aufzustellende Geschäftsordnung geregelt. Die Herausgeber, Erich Dombrowski als *primus inter pares*, Hans Baumgarten, Erich Welter, Paul Sethe und Karl Korn, standen zum Unternehmen in einem Dienst- beziehungsweise Angestelltenverhältnis. Ihre Rechte und Pflichten wurden in einem besonderen Vertrag geregelt⁹⁷.

Dies war also die zweite Ebene, auf der Verhandlungen zwischen der Wipog, vertreten durch Babette Gross, die Verlagsleiterin⁹⁸, und Klepper, den einzigen Geschäftsführer, und den künftigen Herausgebern geführt wurden. In den Verhandlungen ging es zunächst um die Übernahme des Redaktionsstabes und dessen Aufteilung zwischen Mainz, wo die Druckerei verblieb, und Frankfurt. Im ganzen wurden 20 Redakteure, Sekretärinnen und Mitarbeiter, darunter die genannten Herausgeber von der *Allgemeinen Zeitung*, übernommen⁹⁹. Im übrigen ging es in den Verhandlungen um die Kompe-

⁹⁴ Niederschrift über die Gesellschafterversammlung und Verwaltungsratssitzung am 30. 1. 1950. Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der FAZ wurden von der Gesellschafterversammlung Rothe und Fraund sowie Klepper und Werner G. Hoffmann gewählt. Mueller war durch Hoffmann als Vertreter der Förderer ersetzt worden. Diese vier waren zugleich Mitglieder des Präsidialausschusses, ferner wurden in Abänderung zum bisherigen Verwaltungsrat folgende Mitglieder gewählt: für die Wipog: Mueller, Hans H. Matthiessen, Albrecht Pickert und Adolf Schüle und für Mainz Rechtsanwalt Schmitt, Ludwig Schroeder, Ludwig und Willy Strecker. Der Mainzer Verlag erhielt die Erlaubnis, bei seinen Lokalzeitungen den Titel *Allgemeine Zeitung* weiter zu verwenden, außerdem durften die lokalen Blätter Artikel der FAZ unter Angabe der Quelle und gegen ein Entgelt von 8 000 DM im Monat nachdrucken. Es ergaben sich bald Probleme aus diesen Bestimmungen, da die FAZ die sog. lokalen Blätter im Raum Mainz und Wiesbaden zunehmend als Konkurrenz empfand.

⁹⁵ Ebenda, Vorläufiger Druckvertrag zwischen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH und der Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei Will & Rothe, 31. 10. 1949. Bei der Gesellschafterversammlung am 30. 1. 1950 wurde der Druckvertrag als Programmpunkt an den Präsidialausschuß verwiesen, Niederschrift vom 30. 1. 1950.

⁹⁶ Ebenda, § 20 des Gesellschaftsvertrages, Abs. 3: „Der erste Geschäftsführer wird durch die Gesellschafter-Versammlung bestellt.“ Ernennungsurkunde, 28. 12. 1949, gez. von Held und Mueller. Dazu Klepper an Engelmann, 20. 2. 1950: „Wir haben dem Vorsitzenden des dortigen Verwaltungsrats, einem alten Herrn, den Vorsitz auch in unserem Verwaltungsrat angeboten, um seine Gefühle zu schonen. Praktisch leite ich aber das Unternehmen als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats und alleiniger Geschäftsführer“ (K/Kor.).

⁹⁷ Ebenda, Zusatz zum § 20 des Gesellschaftsvertrages.

⁹⁸ Als zweiter Verlagsleiter wurde Erwin Finkenzeller, bis 1945 Leiter der Ala-Anzeigengesellschaft Berlin, eingestellt. Später kam Viktor Muckel als Verlagsdirektor dazu, und Finkenzeller wurde Vertriebsdirektor. Unterlagen zu Muckel, in: Allg.Kor/FAZ.

⁹⁹ Hda/K-FAZ, Vorbesprechung mit der Redaktion der Allgemein. Zeitung, 26. 9. 1949.

tenzen der Herausgeber, die Aufteilung der Ressorts¹⁰⁰, die Unabhängigkeit der Redakteure sowie um die gesamte Organisation, Auslandsvertretungen, Werbung und den Kopf der Zeitung¹⁰¹. Der Vertrag zwischen der FAZ-Verlagsgesellschaft GmbH und den Herausgebern legte schließlich fest, daß die Zeitung redaktionell von den Herausgebern geleitet und ihre „politische und geistige Haltung“ von diesen bestimmt werden sollte. Die Herausgeber waren „mit 15% an den Anteilen der Verlagsgesellschaft, die ihnen übereignet werden [sollten], beteiligt“. Entsprechend konnten sie an den Sitzungen und Abstimmungen des Kreises der Förderer der FAZ teilnehmen. Die Einstellung der Redakteure und des übrigen Redaktionspersonals geschah durch das Herausgebergremium und den Verlag¹⁰². Diese Bestimmungen erlangten in der späteren Auseinandersetzung noch große Bedeutung und führten zu ständigen Reibereien zwischen der Redaktion und Klepper.

Die Verhandlungen auf der dritten Ebene, nämlich mit den potentiellen Geldgebern der FAZ, waren gewiß die kompliziertesten, weil massive Interessen dahinter standen. Der Konflikt war in gewisser Weise vorprogrammiert. Die Zeitung gewann als überregionale Tageszeitung sehr viel rascher Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung und geriet damit viel stärker in das Magnetfeld unterschiedlichster Interessen als die doch relativ elitäre, auf recht hohem Niveau Bildungsarbeit betreibende Wipog, die zudem als gemeinnütziger Verein immer auf die Spenden der Wirtschaft angewiesen blieb, während die FAZ sich mit der Zeit zu einem selbständigen Wirtschaftsunternehmen entwickeln konnte. Aus dem Kreis derjenigen, die die FAZ finanziell unterstützten und damit auch Anteile erwarben¹⁰³, bildete sich ein Förderkreis der FAZ mit einem Förderausschuß, dessen Mitglieder zugleich Mitglieder der Wipog waren beziehungsweise sein mußten¹⁰⁴, größtenteils aber ohnehin längst ihrem Vorstand oder Beirat angehörten, so wie Mueller, Pentzlin und Pickert, Haffner und Otto A. H. Vogel¹⁰⁵. Hinzu kamen Direktor Hans H. Matthiessen, Hamburg, Max H. Schmid, Generaldirektor der Zellstofffabrik Waldhof, Professor Adolf Schüle, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mannheim, und Bergassessor a.D. Friedrich Wilhelm Ziervogel von der Ruhrgas AG, Essen¹⁰⁶.

¹⁰⁰ Impressum der 1. Ausgabe der FAZ vom 1. 11. 1949 nennt Fritz Bayer, verantwortlich für Politik, Jürgen Eick, verantwortlich für Wirtschaft, Martin Ruppert, verantwortlich für das Feuilleton, Hans Roepert, Hermann Ruelius und Adalbert Weinstein sowie Bernhard Gnegel für Heimat und Welt, Sport und Lokales.

¹⁰¹ HdA/K-FAZ, Sitzung vom 30. 9. 1949.

¹⁰² Ebenda, Vorläufiger Vertrag zwischen Herausgebern, Wipog und Mainzer Zeitungsverlag. Bei der Gesellschafterversammlung am 30. 1. 1950 wurde das Herausgeberabkommen als Programmpunkt an den Präsidialausschuß verwiesen, Protokoll vom 30. 1. 1950.

¹⁰³ Ebenda, Liste der bisherigen Anteilzeichner, Stand 10. 10. 1949, führt 21 führende Unternehmen auf, u. a. auch Mercedes, Bosch, Henkel, Continental, Dyckerhoff und Gerresheimer Glashütte.

¹⁰⁴ Allg.Kor/FAZ: Klepper an Hoffmann, 18. 10. 1949. HdA/K-FAZ: Hoffmann an Klepper, 20. 10. 1949: „Auf Ihren Brief vom 18. 10. 1949 habe ich mich sofort als Mitglied der Wipog angemeldet.“

¹⁰⁵ Akte Beirat: Pentzlin und Pickert waren von Beginn an im Wipog-Vorstand, Haffner und Vogel waren von der Mitgliederversammlung am 22. 10. 1948 in den neugeschaffenen Beirat gewählt worden.

¹⁰⁶ HdA/K-FAZ.

Für Klepper und Mueller ging es darum, ähnlich wie für die Wipog selbst, Geldgeber zu finden¹⁰⁷, die bereit waren, eine Zeitung, die die Konzeption der Wipog vertrat, so lange zu finanzieren, bis sie Gewinn abwerfen beziehungsweise sich selber tragen würde. Klepper glaubte „die Kalkulation [...] schon einigermaßen übersehen“ zu können und meinte, es „werden 700 000 notwendig sein“¹⁰⁸, während Welter dagegen vorsichtiger kalkulierte und mit mindestens sechs Monaten Anlaufzeit rechnete, für die ein monatliches Defizit von 100 000 zu erwarten sei. „Dieses Kalkül“, so mahnt er in einem Brief an den Wipog-Vorstand, „ist unbedingt zu beachten, wenn man nicht Gefahr laufen will, durch die Erwartungen der Zukunft enttäuscht zu werden. Das schließt nicht aus, daß ein solches Blatt nach Ablauf von 12 Monaten zu reüssieren vermag und eine ganz angemessene Rendite abzuwerfen in der Lage ist.“¹⁰⁹ Da zeigt sich bereits ein wichtiger Unterschied im Naturell der beiden. Ein Brief Kleppers an seine Kinder liefert eine Erklärung für seinen vielleicht zu großen Optimismus. Es sei, schrieb er, „so ähnlich wie ich vor fünfundzwanzig Jahren die Domänenbank gegründet habe. Ich hatte anfangs auch zu wenig Geld. Aber ich vertraue der Güte der Sache und meinem Stern.“¹¹⁰

Die Aufgabe war schwierig: Sich für die politische Linie verantwortlich fühlend, mußte die Wipog zugleich die Rolle des mehrfachen Vermittlers übernehmen. Zum einen mußte sie einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen, teils regional, teils industrie-spezifisch¹¹¹ bedingten Wirtschaftsinteressen zu finden versuchen. Hinzu kam die Konkurrenz zwischen Industrie und Landwirtschaft, die traditionell besonders stark war. Hier war vor allem Klepper als Vermittler gefragt, da er stets „auf die Notwendigkeit einer Beteiligung der Landwirtschaft hingewiesen hat“¹¹². Zum anderen hatte die Wipog zwischen denjenigen, die die Zeitung machten, und den Geldgebern zu vermitteln, was dazu führte, daß sie von den Redakteuren faktisch mit der Wirtschaft gleichgesetzt wurde¹¹³, gleichzeitig aber um die Umsetzung ihrer eigenen politischen Linie mit den Herausgebern ringen mußte. Die Zeitung wollte natürlich gerne in der Öffentlichkeit als vollkommen unabhängig erscheinen, wofür der Rat Welters bezeichnend war: „Auch würde ich vorschlagen, alle Hinweise an die Mitglieder der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft zu unterlassen. Die bestehende Freundschaft, die ja auch nicht angekündigt worden war, wird vertieft, sonst geschieht nichts. Alles was die Zeitung in den

¹⁰⁷ Ebenda, Klepper an Haffner, 6. 8. 1949: „Ich war gestern in Düsseldorf und habe mit Ernst Schneider gesprochen. Wenn die ersten 500 000 aufgebracht sind, will er versuchen, den Rest in seiner Gegend aufzutreiben.“

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Ebenda, Welter an den Vorsitzenden der Wipog, 26. 8. 1949.

¹¹⁰ Klepper an seine Kinder, 1949 (nicht genauer datierbar).

¹¹¹ Unterschiede zwischen verarbeitender Industrie aus dem südwestdeutschen Raum, die zunächst tonangebend war, und der Grundstoffindustrie, vor allem aus dem Ruhrgebiet.

¹¹² HdA/K-FAZ, Hoffmann an Klepper, 21. 9. 1949. Hoffmann hat für die Beteiligung seines Corpsbruders, des Landwirts Oscar Rabbethge, an der FAZ geworben und von diesem zunächst eine Ablehnung erhalten, und zwar mit der Begründung, daß die Industrie bereits zu stark beteiligt sei und Erhard eine landwirtschaftsfeindliche Politik betreibe. Doch dann vermochte Hoffmann ihn vor allem durch das Argument zu überzeugen, „daß er durch die Tatsache von [Kleppers] persönliche[r] Einflußnahme auf die Mainzer Sache die Garantie habe, daß die Interessen der Landwirtschaft bestens vertreten“ seien. Rabbethge lehnte aber schließlich doch ab, da „infolge der schwierigen Lage in der Landwirtschaft“ keine Mittel zur Verfügung stünden (ebenda, Rabbethge an Klepper, 27. 9. 1949).

¹¹³ Ebenda, vgl. Protokoll der Mainzer Sitzung vom 9. 9. 1949.

Geruch der Abhängigkeit von einer bestimmten Gruppe bringen könnte, wirkt schädlich und verscheucht Leser.“¹¹⁴ Entsprechend befand sich im Impressum auch keinerlei Hinweis auf die Wipog oder den ersten Geschäftsführer Klepper¹¹⁵. Hier liegen teilweise auch die Gründe dafür, daß die Geburtshelferrolle der Wipog bei der Gründung der FAZ weithin unbekannt geblieben ist, ganz abgesehen von dem bewußten Verschweigen.

Schließlich diene die Wipog aber auch für die Geldgeber als willkommener Schutzschild, hinter dem sie unbekannt bleiben konnten, denn „nach dem Fiasko aller industriell finanzierten Zeitungen in der Vergangenheit“¹¹⁶ waren ihnen die Bestimmungen des Hessischen Pressegesetzes über die Publikationspflicht der am Verlag wirtschaftlich Beteiligten¹¹⁷ unangenehm¹¹⁸. Für sie ging es neben der äußerst unsicheren Geldanlage, von der keineswegs klar war, ob sie sich dereinst rentieren würde, vor allem darum, Einfluß auf die öffentliche Meinung in eigener Sache zu gewinnen. Hier muß allerdings in zweifacher Hinsicht differenziert werden, einmal zwischen denjenigen, die Geld spendeten, aber keine Teilhaber werden wollten¹¹⁹, und zum anderen zwischen denjenigen, die die Wipog von Anfang an auch aus einem gewissen Idealismus heraus unterstützt und ihre Konzeption vertreten haben, und Leuten, die, wie Hans Adolff, Vorstand der J. F. Adolff AG Backnang/Württ., es unmißverständlich formulierte, daß wir „eine Zeitung [*brauchen*], die billig ist, nicht ausschließlich von der sogenannten Intelligenz gelesen wird, sondern die den vielen Gewerkschaftsorganen beim Arbeiter selbst gegenübertritt und die verschiedenen Probleme vernünftig von der Unternehmenseite her beleuchtet“¹²⁰.

Bei den Verhandlungen zwischen Wipog und dem Kreis der Förderer ging es hauptsächlich um die Frage, ob „der Förderkreis die einzige Aufgabe [*habe*], à fonds perdu Zahlungen zu leisten, auf deren Verwendung er keinen Einfluß“ habe, was Werner G. Hoffmann Klepper, nicht zu Unrecht, als Absicht unterstellte¹²¹. Der entsprechende Vorschlag Kleppers hatte gelautet: „Die Wipog ist [*als Treuhänderin des Förderkreises*] ermächtigt, zu entscheiden, in welcher Weise, in welchem Ausmaß und zu welcher Zeit der ihr zur Verfügung gestellte Betrag im Rahmen seiner Zweckbestimmung verwandt

¹¹⁴ Ebenda, Welter an Klepper, 22. 9. 1949.

¹¹⁵ Vgl. 1. Ausgabe der FAZ vom 1. 11. 1949.

¹¹⁶ HdA/K-FAZ, Schneider an Klepper, 31. 10. 1949.

¹¹⁷ Ebenda, Abschrift des § 5, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, 15. 7. 1949, Nr. 20.

¹¹⁸ Ebenda, Aktenvermerk zu einem Anruf von Deissmann, 12. 10. 1949.

¹¹⁹ Ebenda, Otto Heinrich Franck (Ludwigsburg) an Mueller, 29. 9. 1949, Franck will 10 000 DM spenden und um weitere Interessenten werben, „um den Gesamtbetrag von 25 000 DM zu erreichen“, jedoch keine Beteiligung erwerben.

¹²⁰ Adolff hatte am 25. 10. 1949 ein Darlehen von 25 000 DM gezeichnet (Fin.Kor.FAZ), vgl. ebenda, Mueller an Haffner, 2. 12. 1949, über eine ähnliche Einstellung anderer süddeutscher Unternehmer.

¹²¹ HdA/K-FAZ, Hoffmann an den Wipog-Vorstand, 5. 10. 1949, vgl. auch Allg.Kor/FAZ, Haffner an Klepper, 22. 12. 1949, dem er ein Briefzitat von Seeling an ihn übermittelt: „Unsere Zeitung ist in der Vertretung industrieller Interessen, wie ich jüngst feststellen konnte, auch etwas langsam und lahm. Manchmal habe ich den Eindruck, als hätte die Industrie bei dieser Gründung nur Geburtshilfe geleistet.“ Haffner kommentierte: „Dieser Eindruck ist weit verbreitet und stört die Geldsammlung.“

wird.“¹²² Darin lag Zündstoff, denn die Förderer wollten natürlich „mehr Rechte haben, als nur die Pflicht zur Geldgabe“¹²³.

Nachdem der Vertrag zwischen der Wipog und dem Mainzer Zeitungsverlag am 28. September 1949 abgeschlossen worden war, mußte die im Vertrag eingesetzte Summe von rund 700 000 DM aufgebracht werden¹²⁴, denn bisher war erst die Hälfte fest gezeichnet worden¹²⁵. Dazu fand am 10. Oktober 1949 eine entscheidende¹²⁶ Sitzung statt, zu der Klepper einen Vereinbarungsentwurf vorlegte¹²⁷, der im Vorfeld bereits von Hoffmann heftig kritisiert worden war¹²⁸. Entsprechend hatte die Sitzung ein eher aufschiebendes Ergebnis, was offensichtlich von Klepper beabsichtigt worden war¹²⁹. Die Wipog einigte sich mit den sechzehn Geldgebern¹³⁰, unter denen auch Hoffmann, Seeling und Haffner waren, laut Gottschalk die Hauptfinanziers der FAZ¹³¹, einen Ausschuß der Geldgeber¹³² zu bilden. Dieser sollte einen neuen Vertragsentwurf ausarbeiten. Außerdem wurde Klepper „ermächtigt, alle für die Vorbereitung der FAZ erforderlichen Maßnahmen so durchzuführen, als ob bereits eine definitive Regelung

¹²² HdA/K-FAZ, Protokoll der Sitzung vom 10. 10. 1949, Unterschweinstiege bei Frankfurt/M.

¹²³ Ebenda, Werner G. Hoffmann an den Wipog-Vorstand, 5. 10. 1949.

¹²⁴ Auf der Suche nach Anteil-Zeichnern oder Spendern: Klepper an Alfred Knoerzer, 5. 10. 1949 mit der Bitte, über Generaldirektor Ernst Hagemeyer eine Verbindung zu den Adler-Werken in Frankfurt/M. herzustellen, was von Hagemeyer positiv aufgenommen worden ist, Knoerzer an Klepper, 19. 10. 1949. Hoffmann hat 25 000 DM überwiesen, Mueller dankt Hoffmann am 5. 10. 1949, Rechtsanwalt Wolfgang Holzmann überweist offensichtlich im Namen von Deissmann am 8. 12. 1949 ein Darlehen von 25 000 DM (Fin.Kor.FAZ), wofür Klepper sich am 15. 12. 1949 bedankt, ebenso dankt er Franz Grabowski für die Überweisung von 25 000 DM der Buderuschen Eisenwerke am 2. 11. 1949, und Ziervogel teilt eine Beteiligung des Bergbaus über 25 000 DM mit sowie die Bereitschaft der Gerresheimer Glashütte, Inserate zu finanzieren; Hermann Reusch und die anderen großen Glasunternehmen hätten eine Beteiligung abgelehnt (HdA/K-FAZ).

¹²⁵ Ebenda, Klepper an Vogel, 27. 9. 1949. Aus dem Brief geht hervor, daß Vogel für das Projekt verhandelte. Der Grundstock des Kapitals war bereits auf der Sitzung in Kornwestheim am 11. 8. 1949 gelegt worden, als zehn der anwesenden Unternehmer je 10 000 DM Startkapital zu Verfügung gestellt hatten (K. Schulz, S. 151, er beruft sich auf Gespräche mit Mueller und Pufendorf).

¹²⁶ Ebenda, Klepper an Vogel, 5. 10. 1949, den er bedrängt, trotz seiner Absage unbedingt zu kommen, wegen „der Wichtigkeit der Sache“.

¹²⁷ Ebenda, Klepper an Haffner, 2. 10. 1949, mit dem er sich zu einer Vorbesprechung treffen möchte.

¹²⁸ Ebenda, Hoffmann an den Vorstand der Wipog, 5. 10. 1949. In diesem Brief nimmt Hoffmann detailliert zu dem von Klepper vorgelegten Entwurf Stellung.

¹²⁹ Ebenda, vgl. Klepper an Mueller, der in New York weilte, 14. 10. 1949: „Es ist alles glatt gegangen.“

¹³⁰ Ebenda, zu den Förderern gehörten einerseits Mitglieder aus dem Wipog-Vorstand bzw. -Beirat wie Deissmann, Pentzlin und Haffner, andererseits Vertreter großer Unternehmen wie Brown-Boveri, Ruhrgas und Lanz AG.

¹³¹ Gottschalk, S. 46 f. Dazu Pfeiffer, S. 33 f.: „Werner G. Hoffmann und Max A. Schmid, beide aus der Direktion der Zellstofffabrik Waldhof in Mannheim“, wobei Hoffmann unter dem Vorstandsvorsitzenden und „väterlichen Freund“ Schmid Karriere gemacht habe und schließlich von Schmid „für den Aufbau der FAZ“ freigestellt worden sei.

¹³² HdA/K-FAZ, Protokoll. Zu dem Ausschuß gehörten Deissmann, Haffner, Hoffmann, Pentzlin und Vogel; der Ausschuß war eine von Klepper initiierte Lösung, um Hoffmanns Einwendungen gegen den Vertragsentwurf erst mal beiseite zu schieben (Klepper an Mueller, 14. 10. 1949). Vgl. ebenda, Aktennotiz von Deissmann über seine beiden Gespräche mit Hoffmann und mit Pentzlin über die Rolle des Förderkreises in der Sache der Zeitungsgründung vom 13. 10. 1949 als Vorbereitung für die Sitzung von Förderern und Wipog am 15. 10. 1949.

des Verhältnisses zwischen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft und den Geldgebern vorläge“¹³³.

In einer Besprechung zwischen Hoffmann, Haffner, Pentzlin und Vogel auf der einen und Klepper sowie drei Vertretern der Wipog auf der anderen Seite wurde schließlich beschlossen, daß die Wipog „alleinige Gesellschafterin der neu zu gründenden Verlags GmbH FAZ“ sei und „politisch und wirtschaftspolitisch die Konzeption der Wipog ihren Ausdruck“ in der parteipolitisch nicht gebundenen FAZ finden solle¹³⁴. Die Wipog trat als Treuhänderin der Förderer auf¹³⁵. Damit hatte sich Kleppers Vorschlag durchgesetzt. Der Darlehensvertrag, der jedem Darlehensgeber zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte, ging offenbar auf eine Anregung Deissmanns, der ein Bekanntwerden der einzelnen Spender vermeiden wollte, zurück¹³⁶. Er besagte, daß die Wipog „die publizistische Verbreitung ihrer politischen und wirtschaftspolitischen Konzeption zu erweitern“ beabsichtige, daß aber „zur Verwirklichung dieses Vorhabens [...] das Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen nicht“ genüge und folglich „von Seiten des Darlehensgebers unkündbare“ und nur bei „erzielten Erträgen verzinsliche“ Darlehen zur Verfügung gestellt werden“¹³⁷. Jedes Darlehen von 25 000 DM entsprach einer Stimme im Förderkreis. Bei Unstimmigkeiten zwischen Herausgebern und Geschäftsführung mußte der Förderausschuß gehört werden. Bedeutsamer war allerdings, daß die Förderer über die Wipog im Verwaltungsrat der FAZ vertreten waren¹³⁸.

Die erste Nummer der FAZ erschien am 1. November 1949¹³⁹. Wie Zeitzeugen berichten, gingen Mitglieder der Wipog, eine der Damen, Maria-Elisabeth de Gruyter, sogar zu Pferde, mit Schellen durch die Stadt und machten Reklame für die neue Zeitung. Das Projekt ließ sich gut an, die Zeitung erfreute sich zunächst großer Beliebtheit¹⁴⁰, die Abonnentenzahlen stiegen stetig¹⁴¹ und die Inserate nahmen zu¹⁴². In der Gesellschafterversammlung vom 30. Januar 1950 wurde der Geschäftsführung für ihren „Erfolg der ungewöhnlichen Steigerung der Verkaufsauflage der FAZ in der kurzen Zeit ihres Bestehens“ gedankt und Anerkennung gezollt¹⁴³. Doch in selbiger Sitzung zeigten sich auch

¹³³ Ebenda. Ferner wurde beschlossen, „daß für die Zahlungen der Anteile sowohl die Form des unkündbaren Darlehens wie der Spende angewandt werden kann“.

¹³⁴ Ebenda, Aktennotiz über die Besprechung vom 15. 10. 1949.

¹³⁵ Ebenda, Bericht über die Sitzung vom 10. 10. 1949 in einem Brief Kleppers an Walter Bauer, der bei der Sitzung nicht anwesend war, 11. 10. 1949.

¹³⁶ Ebenda, Aktennotiz von Deissmann, 13. 10. 1949.

¹³⁷ Ebenda, Darlehensvertrag.

¹³⁸ Ebenda, „Niederschrift über die Gesellschafterversammlung und Verwaltungsratssitzung der FAZ GmbH am 30. Januar 1950 in Wiesbaden“.

¹³⁹ Ebenda, Der Oberbürgermeister, Walter Kolb, bedankte sich für die Stadt Frankfurt und wünschte der Zeitung Glück, 1. 11. 1949, Antwort Kleppers vom 17. 11. 1949.

¹⁴⁰ In Kleppers Korrespondenz sind viele positive Reaktionen auf die FAZ in ihrer Anfangsphase zu finden, später häufen sich die negativen Kommentare.

¹⁴¹ Eine im Januar 1950 von der Geschäftsleitung in Auftrag gegebene marktanalytische Untersuchung des Abonnentenkreises der FAZ ergab, daß die Abonnentenzahl im Februar und März von etwa 22 000 auf 30 386 angestiegen war. Der größte Teil der Leserschaft gehörte der Mittel- und Oberschicht an, einer Schicht, wie der Untersucher sich ausdrückt, „mit hohen kulturellen und zivilisatorischen Bedürfnissen“. Freie Berufe, Angestellte und Beamte machten knapp 45% der Leser aus.

¹⁴² Fin.Kor.FAZ, Klepper an Beerbohm, 22. 3. 1950.

¹⁴³ Hda/K-FAZ, Niederschrift über die Gesellschafterversammlung und Verwaltungsratssitzung der FAZ-GmbH am 30. 1. 1950 in Wiesbaden.

schon Ansatzpunkte für mögliche Konflikte. „Sorgenkind und wesentlicher Anlaß zur Kritik [*war*] noch der Wirtschaftsteil“, zwar sei der Fehler erkannt, aber es bedürfe noch weiteren Geldes, um ihn zu beheben¹⁴⁴. Noch war man sich einig. Auf einer Förder-Tagung im Februar 1950 stellte Haffner fest, „daß die *FAZ* bereits heute als die beste deutsche Zeitung anzusehen sei. Ein zweites Mal würde es nicht gelingen, eine Zeitung ähnlichen Formats herauszubringen.“¹⁴⁵ Bis zu dem Zeitpunkt waren 629 000 DM Fördermittel gezahlt und 127 000 DM gezeichnet worden, es fehlte aber immer noch etwa eine Million, um die Zeitung dahin zu bringen, daß sie sich durch das Anzeigengeschäft und die Abonnenten sowie den Freiverkauf selbst tragen konnte¹⁴⁶. Die Auflagen stiegen zwar stetig¹⁴⁷, aber dennoch geriet die Zeitung in zunehmende finanzielle Schwierigkeiten, deren Ursachen vielfältig waren und schließlich in eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den prinzipiellen Kurs der Zeitung hineinführten.

Auseinandersetzungen um die politische Linie der *FAZ* und der Bruch zwischen Wipog und *FAZ*

Aus dem verwickelten Bündel von Gerüchten, Behauptungen und Streitpunkten kristallisieren sich neben dem im Gründungsakt der Zeitung bereits angelegten Basiskonflikt zwischen finanzieller Abhängigkeit und politisch eigenständiger Konzeption verschiedene andere Ursachen heraus, die die schließlich ausbrechende zentrale Auseinandersetzung um die politische Linie der Zeitung zunächst zu überlagern schienen. Anfangs handelte es sich um Schwierigkeiten, die von außen kamen: zum einen lagen sie in der Zeitungslandschaft der frühen Bundesrepublik begründet, zum anderen hingen sie mit der innen- und außenpolitischen Situation zusammen.

Was den Zeitungsmarkt anbelangte, so wurde dieser nach der Aufhebung des Lizenzzwanges im Herbst 1949 geradezu überflutet von Neu- beziehungsweise Wiedergründungen von Zeitungen, so daß die *FAZ* von Beginn an gegen die wachsende Konkurrenz anderer Blätter anzukämpfen hatte¹⁴⁸. Ein Hauptkonkurrent schien zunächst die in Stuttgart erscheinende *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung* zu werden, zu der auch ein Teil des Redaktionsstabes der alten *Frankfurter Zeitung* gegangen war. Sie gedachte sich nämlich in Frankfurt/Main als Tageszeitung zu etablieren. Zu dem Zweck verhan-

¹⁴⁴ Fin.Kor.FAZ, Klepper an Beerbohm, 22. 3. 1950.

¹⁴⁵ Ebenda, Klepper berichtet „streng vertraulich“ an Otto Küster, Industrie- und Handelskammer, Essen, 20. 2. 1950.

¹⁴⁶ HdA/K-FAZ, Bericht über die Entwicklung der FAZ, die am 9. 2. 1950 im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt/M. eingetragen worden war.

¹⁴⁷ Ebenda, Hoffmann an Rothe, 26. 2. 1951, über die finanzielle Lage der Zeitung. Demnach war die Auflage von Ende September 1950 bis Ende Januar 1951 von 47 606 auf 50 192 gestiegen, und der Anzeigenerlös hatte sich von 150 000 DM im 1. auf 350 000 DM im 4. Quartal 1950 gesteigert.

¹⁴⁸ HdA/K-FAZ, vgl. dazu Brief des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer München, Ludwig Mellinger, an Welter, 5. 9. 1949, in dem er die Zeitungslandschaft in Bayern beschreibt und dem Projekt FAZ wenig Hoffnung macht. Vgl. weiter Ziervogels Hinweis auf eine Besprechung im Ruhrgebiet am 18. 10. 1949 zwischen Cost, Henle, Fritz Springorum und Reusch über die mögliche Förderung verschiedener Zeitungsprojekte für das Revier, u. a. der FAZ (Förderkreis-Sitzung vom 10. 10. 1949). Vgl. auch vertraulicher Bericht der Arbeitsgemeinschaft der industriellen Verbände von Baden-Württemberg, 27. 2. 1950 (Allg.Kor/FAZ).

delte sie mit Kurt Simon, der inzwischen von den Alliierten in seine alten Rechte als Mit-eigentümer der alten Frankfurter Societätsdruckerei und der *Frankfurter Zeitung* eingesetzt worden war. Das wäre eine herbe Konkurrenz für die FAZ geworden, und deshalb versuchte Klepper über Jacob Hecht, der ihm schon beim ersten Mal den Kontakt zu Simon hergestellt hatte, mit diesem zu sprechen und über eine Zusammenarbeit mit der Societätsdruckerei zu verhandeln. Diese war zwar noch an die *Frankfurter Rundschau* verpachtet, ihre Kapazität aber keineswegs ausgelastet¹⁴⁹. Simon jedoch lehnte Klepper gegenüber eine Zusammenarbeit mit Welter und Sethe ab, „weil diese sich im Sinne nationalsozialistischer Zielsetzung im ‚Dritten Reich‘ zu stark engagiert hatten“¹⁵⁰, und zog es vor, zusammen mit der *Gegenwart*, bei der ebenfalls ein Teil der ehemaligen ‚Frankfurter‘ Redaktionsmitglieder gelandet war, die alte *Frankfurter Zeitung* wiederzubegründen, ein Projekt, das aber schließlich ebenso scheiterte wie der Versuch der Stuttgarter Zeitung, sich in Frankfurt/M. zu etablieren¹⁵¹. So gelang es im Herbst 1950 schließlich doch, die FAZ von der Societätsdruckerei in Frankfurt/M. drucken zu lassen, was zu erheblichen technischen Erleichterungen führte¹⁵².

Welches Konkurrenz- und Intrigenspiel damals unter den Zeitungsleuten ablief, beleuchtet der Bericht eines Londoner Korrespondenten der FAZ für Klepper. Er berichtet von einem Gespräch mit dem Chefredakteur der *Frankfurter Neuen Presse*, Marcel Schulte, der die FAZ als „totgeborenes Kind“ bezeichnet habe, deren Gründung „schärfste Ablehnung und Entrüstung in allen anständigen Journalistenkreisen hervorgerufen“ habe. „Es bleibe der FAZ jetzt, nachdem Bonn Hauptstadt sei, nur noch übrig, ein rechtsradikales Blatt zu werden, [...] schon jetzt [sei] sie mindestens so reaktionär wie *Die Zeit*“. Die Versuche der FAZ, mit der *Gegenwart* über eine Fusion zu verhandeln, seien kläglich gescheitert, weil Benno Reifenberg die „halbseidenen Frankfurter Zeitungsleute“ angeblich rausgeschmissen habe, ein Gerücht, das von der *Gegenwart* als „vollkommener Blödsinn“ dementiert wurde¹⁵³. Dies ist zwar ‚gossip‘, wirft aber ein kleines Schlaglicht auf die Atmosphäre in der konkurrierenden Zeitungsgilde.

Klepper selbst war neben der FAZ noch an einem anderen Zeitungsversuch beteiligt. Seit dem 1. Januar 1951 war er Mitherausgeber der *Europäischen Illustrierten*, die bei der Neuen Verlagsgesellschaft in Baden-Baden erschien und sich das Ziel gesetzt hatte, für Europa einzutreten und über die verschiedenen europäischen Länder zu informieren¹⁵⁴. Klepper schrieb einige Artikel und veröffentlichte sein Interview mit Ernst Reuter. Schon ein dreiviertel Jahr später, im September 1951, mußte die Illustrierte wegen finanzieller Schwierigkeiten eingestellt werden¹⁵⁵.

Zu den von außen einwirkenden Schwierigkeiten gehörte in der Tat auch das von Schulte erwähnte Handicap, daß Bonn und nicht Frankfurt am Main Hauptstadt geworden war. Außerdem löste der ausbrechende Korea-Krieg nicht nur neue Ängste aus und machte die Leute zurückhaltender im Geldausgeben, sei es als Spender, Inserenten oder

¹⁴⁹ HdA/K-FAZ, Klepper an Hecht, 5. 10. 1949.

¹⁵⁰ K/Kor., Klepper an Hecht, 2. 1. 1951.

¹⁵¹ K. Schulz, S. 145 f.

¹⁵² Akte Beirat, Brief der Wipog, gez. Detleffsen an die Förderer, 3. 10. 1950 und HdA/K-FAZ, Klepper an Fraund 12. 9. 1950.

¹⁵³ Ebenda, Abschrift (Vertraulich!) vom 12. 11. 1949.

¹⁵⁴ Akte Europäische Illustrierte, KNL, Neue Verlagsgesellschaft an Klepper, 6. 12. 1950.

¹⁵⁵ Ebenda, Neue Verlagsgesellschaft an Klepper, 4.8. und 27. 9. 1951.

Abonnenten, sondern ließ auch die Papierpreise in die Höhe schnellen. Aus all diesen Gründen verschlang das Unternehmen *FAZ* doch mehr Mittel, als vorausgesehen worden war. Ende Februar 1950 fehlte ungefähr eine halbe Million DM. Man begann mehr oder weniger öffentlich über die finanziellen Schwierigkeiten der *FAZ* zu reden¹⁵⁶, das aber schadete ihr und schreckte potentielle Geldgeber ab. Entsprechend scharf hatte Klepper reagiert, als er erfuhr, daß Seeling einem Unternehmerinformationsdienst gegenüber von der schlechten Finanzlage der *FAZ* gesprochen hatte. An Haffner schrieb er dazu: „Würden Sie wohl Herrn Dr. Seeling bitten, solche Äußerungen tunlichst zu unterlassen“, denn es sei „besonders unangenehm, wenn Redereien über die Finanzlage der *FAZ* auf Persönlichkeiten zurückgeführt werden können, die zu dem Förderkreis gehören.“¹⁵⁷ Wie ernst die Lage war, zeigt ein Brief Kleppers, in dem er Matthiessen über eine Besprechung zwischen Haffner, Hoffmann, Schüle, Mueller und ihm selbst am 12. Mai 1950 informierte: „Es wurde lediglich beschlossen, die *FAZ* angesichts der günstigen Aussichten auf Kapitalzuwachs unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.“¹⁵⁸ Wie sich aus einem Brief Kleppers an Hoffmann ergibt, war Klepper einer derjenigen, die das Erscheinen der Zeitung zum 31. 5. 1950 sogar einstellen wollten, um nicht „eine Situation aufkommen zu lassen, in der das Unternehmen außerstande wäre, alle Verpflichtungen zu erfüllen“¹⁵⁹. Die Entwicklung habe ihm inzwischen recht gegeben, so argumentierte Klepper, denn statt der erwarteten 160 000 DM Förderbeiträge seien bisher nur 20 000 DM eingegangen¹⁶⁰.

Damit war die finanzielle Misere der Zeitung scheinbar zum Problem Nummer eins geworden, sie hing aber eng mit der grundsätzlichen Frage nach der politischen Linie der Zeitung zusammen. Da diese aber wiederum nicht im luftleeren Raum gestellt wurde, sondern an bestimmte Personen geknüpft war, weitete sich schließlich die Auseinandersetzung um die politische Linie der Zeitung zu einem finanziellen, personellen und intellektuellen Konflikt aus. Ein Konflikt, den Klepper bereits im Juni 1950 in einem Brief an Hoffmann andeutete: „Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich das Versiegen der Einzahlungen auch in Verbindung setze mit dem Bekanntwerden des Konfliktes zwischen den Herausgebern und mir. Es mußte an sich schon schwierig sein, für die Beteiligung an einem Unternehmen, dessen unzulängliche Finanzkraft bekannt ist, zu werben. Völlig abschreckend mußte es aber wirken, daß zusätzlich verlautete, es beständen schwerwie-

¹⁵⁶ Vgl. Allg.Kor/*FAZ*, Angelo Hammelbacher, Geschäftsführer von Salamander, schickte Klepper am 1. 3. 1950 einen vertraulichen Bericht der Arbeitsgemeinschaft der industriellen Verbände von Württemberg-Baden vom 27. 2. 1950 über die „Lage der westdeutschen Presse“, in dem u. a. auf die wirtschaftliche Unterstützung der *FAZ* durch Industrie und Handel hingewiesen wird.

¹⁵⁷ Ebenda, Klepper an Haffner, 19. 4. 1950.

¹⁵⁸ Hda/K-*FAZ*, Klepper an Matthiessen, 16. 5. 1950. Und er fügt hinzu: „Die Einzelheiten glaube ich dem Papier nicht anvertrauen zu dürfen.“

¹⁵⁹ Allg.Kor/*FAZ*, Klepper an Hoffmann, 12. 6. 1950.

¹⁶⁰ Ebenda, Klepper an Hoffmann, 12. 6. 1950. Im ganzen waren bis Ende Mai über die Wipog Fördermittel in Höhe von 914 000 DM an die *FAZ* gezahlt worden (Akte Finanzen Wipog-*FAZ*). Davon waren immerhin 675 000 DM durch die Mitarbeiter der Wipog ‚hereingeworben‘ worden, was durch die Korrespondenz reichhaltig belegt wird. Das monatliche Defizit betrug im Jahre 1950 im Schnitt 50 000 DM, und die Abonnentenzahlen stagnierten bei 45 000 (Akte Monatsberichte *FAZ*), vgl. auch K. Schulz, S. 152 f.

gende Differenzen zwischen den Herausgebern und der Verlagsleitung.¹⁶¹ Der Konflikt zwischen Herausgebern und Verlagsleitung, wobei Klepper sich nicht scheute, diesen Konflikt mit seiner Person zu verknüpfen, bedeutete aber zugleich einen Konflikt zwischen Verlagsleitung und Förderern, denn, indem die Förderer Stellung bezogen, für oder gegen die Verlagsleitung, mußten sie sich auch für diese oder jene politische Linie der Zeitung entscheiden. Somit trugen alle drei Partner, Verlagsleitung, also Klepper und die Wipog, Förderer, soweit sie nicht mit der Wipog an einem Strang zogen, und Herausgeber, jeder auf seine Weise zur Verschärfung des Konflikts bei.

Welches waren nun die jeweiligen Positionen? Die der Wipog ist klar: Die FAZ sollte das Konzept der Wipog umsetzen und verbreiten helfen und damit auf die Politik der neu gegründeten Bundesrepublik im Sinne der Wipog Einfluß nehmen. Klepper vertrat diese Absicht am kompromißlosesten. Er scheute keine Konflikte, ja teilweise provozierte er sie gar, während Mueller ein verbindlicheres Wesen hatte und immer wieder versuchte, Kontroversen auszugleichen, obwohl er sachlich in der großen Linie mit Klepper einig war und sich loyal verhielt. Auch Klepper war ein geschickter Verhandler und bereit zu organisatorischen und personellen Kompromissen, aber er war nicht willens, von seiner wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption abzuweichen. Wenn es um die Durchsetzung oder Verteidigung dieser seiner Grundüberzeugungen ging, dann war er stur bis verletzend und verstieß im Grunde auch gegen seine eigene Maxime, daß Kritik, also gegensätzliche Meinungen, in einer Zeitung möglich sein müßten. Sosehr seine Freunde ihm eine außergewöhnliche Liebenswürdigkeit nachrühmten, so schroff, ja arrogant konnte er gerade auch gegenüber Leuten sein, auf die er eigentlich angewiesen war. Zu tief saß seine Überzeugung, daß sich hier noch einmal für Deutschland eine Chance bot, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen und in Europa zu integrieren, und daß diese Chance unbedingt genutzt werden mußte. Schließlich hatte er die ganze Exilzeit hindurch darauf hingelebt und als über Sechzigjähriger keine Zeit mehr zu verlieren. Es ist wichtig, sich diesen Hintergrund immer wieder klarzumachen, sich vorzustellen, wie er in Frankreich und später in Mexiko gesessen und auf den Moment gewartet hat, daß seine Chance kommen würde. Nur vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum er sich schließlich so kompromißlos verhalten und letztlich selbst sein eigenes Werk mitzerstört hat.

Mueller hatte da eine ganz andere Position, viel mehr Distanz und Gelassenheit, nicht zuletzt auch durch den amerikanischen Einfluß und durch seine feste berufliche Verankerung in seiner gut gehenden Frankfurter Anwaltskanzlei¹⁶². Auch Klepper hatte sich nach seiner Rückkehr als Anwalt und Notar niedergelassen, aber er selbst beurteilte seine Möglichkeiten skeptisch, da ihm Beziehungen fehlten, Frankfurt/M. mit Anwälten

¹⁶¹ Allg.Kor/FAZ, Klepper an Hoffmann, 12. 6. 1950, und an Haffner. Einer der Gründe für die Spannungen war die Kündigung Gnegels, des Lokalredakteurs, durch Klepper sowie Gnegels Widerrufsklage, wobei dieser selbst den Rechtsstreit bedauerte, „weil er Herrn Minister Klepper sehr schätze und lediglich den Eindruck habe, daß die Spannung zwischen Geschäftsführung und Herausgeberkollegium auf seinem Buckel ausgetragen werden solle“ (HdA/K-FAZ, Notiz, Gather/Klepper, 13. 6. 1950).

¹⁶² Rechtsanwaltspraxis und Notariat Rudolf Mueller, Heinz Weitzel und Gerhard Weisner.

überbesetzt und er „anderweitig zu beschäftigt“ war¹⁶³. Klepper besaß ein politisches Temperament, war ein *homo politicus*, was Mueller nicht war. Außerdem hatte Mueller genauere Kenntnisse darüber, was in Deutschland in der Zwischenzeit passiert und was an Veränderung und Erneuerung möglich war. Er dachte konkreter, pragmatischer, Klepper sah die großen Zusammenhänge, vernachlässigte aber zunehmend die konkreten Details, die ihm zuweilen auch lästig waren. Dies erklärt sich dadurch, daß er nicht mehr mit konkreten politischen Aufgaben betraut war. Es läßt sich deutlich an seinen Artikeln ablesen, die stets die große Linie, das ferne Ziel aufzeigten, aber selten auf ganz konkrete Maßnahmen und kleine Schritte eingingen, die zu dem Ziel hätten hinführen können. Gather, der sehr viel jünger war, mehr Sinn für die journalistische Arbeit und stärkeres Verständnis für die Bedingungen einer Tageszeitung hatte, wäre bei grundsätzlicher Einhaltung der Generallinie kompromißbereiter gewesen.

Die Position der Förderer ist schwieriger zu definieren, weil die Bandbreite der politischen Einstellungen sehr weit, vom engen Unternehmerinteressenstandpunkt bis zur Übereinstimmung mit der Konzeption der Wipog, reichte. Waren die Geldgeber zunächst auch mit der marktwirtschaftlichen und antikommunistischen Generallinie der Wipog einverstanden gewesen und hatten sie deren Verbreitung durch die *FAZ* begrüßt, so ergaben sich durch die neu entstehende Bundesrepublik, die ja fast gleichzeitig mit der *FAZ* aus der Taufe gehoben worden war, neuartige Perspektiven und Interessensphären, die allmählich Differenzierungen in die große Gruppe der Wipog- und *FAZ*-Förderer hineinbrachte und politische Fronten schuf.

Um genauer verstehen zu können, wo die konkreten Ansatzpunkte für den Konflikt Kleppers und der Wipog mit einem Teil der Förderer lagen, muß ein kurzer Blick in die Korrespondenz mit der Gruppe von Unternehmern geworfen werden, die die *FAZ* zwar finanziell unterstützten, aber gleichzeitig deren politische Linie zunehmend als nicht eindeutig unternehmerfreundlich kritisierten. Es handelte sich vor allem um Otto Seeling, Alexander Haffner und Max A. Schmid, der allerdings hauptsächlich über seinen Adlatus Werner Hoffmann agierte. Seeling, von Haffner unterstützt, schrieb schon Mitte Januar 1949 an Klepper, daß er mit der *FAZ* „nicht zufrieden“ sei. Der Wirtschaftsteil sei „ausgesprochen schlecht“ und die Zeitung lasse „die Linie in der Vertretung unternehmerischer Interessen vermissen, die für mich bestimmend gewesen ist, an der Gründung dieser Zeitung teilzunehmen“. Es ist sehr interessant, die genauere Begründung, die er für seine Kritik angab, anzuführen, weil dadurch verständlich wird, wie sich wirtschaftliche Interessen manifestierten und welche politische Einstellung dahinterstand. Als ersten Fall nannte Seeling das „Gesetz Nr. 8 der Hohen Kommissare in Patentangelegenheiten“. Er habe die *FAZ* über die Wipog darauf aufmerksam machen lassen, daß der Fall „groß aufgegriffen“ werden müsse. „Das Gesetz stellt nämlich eine Fortsetzung der Diktatur in einer Sache dar, die durch den Friedensvertrag geregelt werden müßte“, meinte Seeling. Außerdem seien „die Besatzungsmächte durch den Raub der deutschen Auslandspatente moralisch in einer so schlechten Verfassung, daß eine Ausnützung dieser Gelegenheit für die Gesamtsituation von großem Nutzen hätte wer-

¹⁶³ Allg.Kor./Kl., Klepper an Ludwig Aschkenasi (Aix-en-Provence), der Klepper um Rat fragt, ob eine Rückkehr nach Deutschland ratsam sei, 15. 11. 1952. Er hat sich hauptsächlich um Wiedergutmachungsfragen gekümmert.

den können“¹⁶⁴. Die Ausführungen beweisen den reinen Interessenstandpunkt ohne politischen Instinkt oder gar Verständnis für historische Zusammenhänge.

Im zweiten Fall ging es noch konkreter um die Interessen der eigenen Firma: Seeling beklagte sich, daß die FAZ „unter einer marktschreierisch groß aufgemachten Überschrift: Hoher Gewinn der Tafelglas AG“ über die Gewinne seiner Firma berichtet hätte, obwohl doch „eine Plakatierung wirklich hoher Gewinne in einem Unternehmerblatt vermieden werden“ müßte. Aus diesem Satz geht klar hervor, daß Unternehmer wie er mit der Gründung der FAZ ein „Unternehmerblatt“ zu schaffen beabsichtigt hatten, aber auch, daß diese Absicht zunächst nicht verwirklicht wurde. Das heißt, die FAZ war eine Gründung im oben beschriebenen Sinne, was Kleppers Antwort an Seeling bestätigte, er gebe „prinzipiell der Redaktion im Interesse der Wahrung ihrer Unbefangtheit keine Kenntnis von der Liste der Firmen, die die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 bei der Finanzierung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unterstützten“¹⁶⁵.

Noch entlarvender ist die Kritik Seelings an der Tatsache, daß die FAZ einen Artikel von Professor Oswald v. Nell-Breuning veröffentlicht habe, obwohl das doch „nur Wasser auf die Mühlen der Gewerkschaften bedeuten“ könne. Dagegen hätte gerade die FAZ sich „in dieser wichtigen Frage Artikel aus ersten Federn verschaffen müssen, die dem Grunde nach gegen das Mitbestimmungsrecht gerichtet gewesen wären“. Dies traf nun einen zentralen Nerv der Wipog-Konzeption, die ausdrücklich für eine Mitsprache der Arbeiterschaft und vor allem deren materielle Beteiligung am Unternehmensgewinn eintrat¹⁶⁶. Gleiches galt für den Vorwurf Seelings, daß in der Zeitung „auch in den Fragen der Liberalisierung und der Dekartellisierung [...] Standpunkte vertreten werden, die keinesfalls von der gesamten Industrie anerkannt werden können“. Schließlich beklagte sich Seeling: „Wenn ich gewußt hätte, welchen Weg die FAZ gehen würde, hätte ich mich an ihrer Finanzierung nicht beteiligt. [...] Als Vorsitzender des Präsidiums der Bayerischen Industrie weiß ich, daß die überwiegende Mehrheit dieser Industrie sich ein Blatt zur Verteidigung der Unternehmerinteressen anders vorstellt als die FAZ ihre Aufgabe m. E. mißverstanden hat.“¹⁶⁷ Worauf Klepper, der in seinem Sylvester-Artikel gerade auf die notwendige Unterstützung der Unternehmenden in einer Volkswirtschaft eingegangen war¹⁶⁸, erneut auf die Konzeption der Wipog verwies, indem er schrieb: „Wir sind der Überzeugung, daß es nicht zum Erfolg führen würde, wollte man das Interesse der

¹⁶⁴ Allg.Kor/FAZ, Seeling an Haffner, 15. 1. 1950, der den Brief an Klepper schickt und hinzufügt: „Ich habe ihm geantwortet, daß ich ebenso enttäuscht bin“ (16. 1. 1949).

¹⁶⁵ Ebenda, Klepper an Seeling, 18. 1. 1950. Im übrigen lieferte Klepper eine genaue Aufstellung über den veröffentlichten Geschäftsbericht der Tafelglas AG, der Grundlage des FAZ-Artikels gewesen war, und weist im Detail nach, daß Seelings Vorwürfe unbegründet waren.

¹⁶⁶ Vgl. Welter zum Thema Mitbestimmung in der FAZ März 1950, vgl. auch: Allg.Kor/FAZ, Ilau an Welter (siehe: Welter), 22. 3. 1950, siehe auch Peter Sweerts-Sporck (ebenda). Hintergründe zur Mitbestimmung siehe Rapp (ebenda). Vgl. Artikel Kurt Pentzlin in der FAZ vom 24. 6. 1950 „Der gleichberechtigte Arbeiter“.

¹⁶⁷ Allg.Kor/FAZ, Abschrift, Seeling an Haffner, 15. 1. 1950. Vgl. dazu ebenda: Mueller an Eick, 4. 3. 1950, und Mueller an Welter, 14. 7. 1950.

¹⁶⁸ Otto Klepper, Sylvester 1949, in: FAZ, Nr. 51, 31. 1. 1950. Wörtlich heißt es da: „Daß sozialisierendes Experimentieren lähmt, zeigt das britische Beispiel. Wir müssen dem Unternehmenden, dem Menschen, der – sei es dank seiner Begabung, sei es auch nur dank der Umstände – imstande ist, die Grundlage seiner Arbeit selbst zu formen, die Chance geben; denn wir alle brauchen ihn“, und er fügt hinzu, daß die Arbeiterbewegung stark genug sei, sich „einen fairen Anteil am wachsenden Ertrag der gesellschaftlichen Arbeitsleistung zu sichern“.

unternehmenden Menschen in einen Gegensatz zu dem der Volksgesamtheit stellen. Vielmehr [...] [*komme*] es darauf an, der Gesamtheit klar zu machen, daß die Interessenslage aller Volksschichten in der gegenwärtigen Situation unseres Landes identisch“ sei, und „an klarer Äußerung, wie wir diese Synthese suchen,“ habe es bestimmt nicht gefehlt¹⁶⁹.

Obwohl es sehr wohl auch andere Stimmen zur Linie der Zeitung gab, waren die Einwände Seelings und Haffners deshalb so gravierend, weil sie nicht nur zu den Hauptgeldebern, jedenfalls aus dem süddeutschen Raum, gehörten, sondern auch einen großen Einfluß im Verwaltungsrat hatten, besonders über die Person Werner Hoffmanns. Entsprechend bemühte sich auch Mueller, Haffner davon zu unterrichten, daß die Wipog durchaus Unterstützung für ihre Auffassung von der Art, wie die *FAZ* gemacht werden soll, fand; so hätten zum Beispiel Otto Vogel und Ulrich Doertenbach¹⁷⁰ in einem Gespräch Ende Januar geäußert, daß die *FAZ* vermeiden sollte, „betonte Unternehmerstellungnahmen zu bringen, und daß es wichtig sei, das Vertrauen breiterer Kreise durch ein im ganzen gut unterrichtetes Blatt mit klarer Meinung zu bekommen“¹⁷¹. Auch wertete Mueller es gegenüber Ernst Hellmut Vits von der Vereinigten Glanzstoff AG geradezu als Indiz dafür, „daß wir auf dem richtigen Wege sind, daß die Zeitung ebensowenig wie die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von der Gegenseite als Unternehmerinteressententum gekennzeichnet wird“¹⁷². Erich Edgar Schulze, Vorstandsmitglied der Demag, freute sich, daß er sich von Anfang an für die *FAZ* eingesetzt hatte, denn es gebe „heute keine nach Inhalt und Form höher stehende Tageszeitung in Deutschland“¹⁷³.

An diesen Briefauszügen läßt sich erläutern, was die Wipog, die durchaus eine unternehmerfreundliche, marktwirtschaftliche, aber auf eine „klassenmäßige Synthese“ hin zielende Konzeption vertrat, von dem rein an wirtschaftlichen Interessen orientierten Unternehmerstandpunkt, der keinen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Standpunkten suchte, unterschied. Die Wipog hatte sich ja unter anderem auch die Aufgabe gestellt, Unternehmer an eine solche verantwortliche gesamtgesellschaftliche Denkweise heranzuführen. Hier zeigten sich die Grenzen eines solchen Vorhabens. Daß sie dabei „auf die Hilfe [*ihrer*] einsichtigeren Freunde völlig angewiesen“ war, ist ebenso klar wie die Tatsache, daß, „wenn diese Anstrengung ergebnislos sein sollte, dann werden wir unseren Namen gewiß nicht verlieren, aber es würde ein Schlag für die deutsche Wirtschaft, eine konstruktive Politik und für konstruktive Anstrengung außerhalb der Parteipolitik sein, den man sehr ernst beurteilen müßte“¹⁷⁴.

In die Auseinandersetzung zwischen dem ‚reinen‘ Unternehmerstandpunkt und der auch andere gesellschaftliche Gruppen vertretenden Wipog wurden mit zunehmender Etablierung der Bundesrepublik immer stärker auch parteiorientierte Gesichtspunkte hineingetragen, die natürlich auch Einfluß auf die Zeitung zu nehmen versuchten. Ein kleines Beispiel dafür ist die Bitte einer Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, in ihrem „Politischen Jahrbuch“ für die *FAZ* werben zu dürfen. Die Antwort Kleppers, die er in

¹⁶⁹ Allg.Kor/*FAZ*, Klepper an Seeling, 18. 1. 1950.

¹⁷⁰ Geschäftsleitung der Textilfirma Benger-Ribana.

¹⁷¹ Ebenda, Mueller an Haffner, 25. 1. 1950.

¹⁷² Ebenda, Mueller an Vits, 25. 1. 1950.

¹⁷³ Ebenda, Erich Edgar Schulze an Mueller, 28. 6. 1950.

¹⁷⁴ Ebenda.

Übereinstimmung mit Mueller gab, zeigt den von der Wipog vorgegebenen Kurs, den die FAZ einhalten sollte: es liege „im Interesse der erstrebten Distanzierung der Zeitung von den politischen Parteien [...], den Anfängen zu wehren“¹⁷⁵. Der das Inserat befürwortende Brief Hoffmanns, durch den die Anfrage der CDU an Klepper weitervermittelt worden war, beleuchtet schlaglichtartig die ganze Problematik. Hoffmann betonte, er habe „keinerlei Beziehungen zu Herrn Dörpinghaus“¹⁷⁶, der ihn wegen der Anzeige gefragt habe, aber er wisse, „daß er Herrn Professor Erhard sehr nahe“ stehe, und er habe „in seiner Umgebung wiederholt eine Reihe von Herren getroffen, die auch zu den Förderern unserer Zeitung gehören“. Das heißt also: Achtung, Rücksicht auf die Förderer! Noch aufschlußreicher ist aber, wie Hoffmann fortfährt: „Auch wenn ich die CDU in ihrer politischen und wirtschaftlichen Konzeption ablehne, so ist sie zunächst in den nächsten 4 Jahren als politische Macht ein Faktum.“ Hoffmann plädierte also für die Erfüllung seiner Bitte, „insbesondere mit Rücksicht darauf, daß wir ja auf dem Boden der freien Wirtschaft stehen und damit die Bestrebungen Erhards, der Mitglied der CDU ist, unterstützen. [...] Eine Ablehnung würde uns in immer schärferen Gegensatz zu Adenauer bringen, der ja in der FAZ schon wiederholt zerrupft worden ist. Er würde eine Ablehnung als einen bewußten Affront empfinden.“¹⁷⁷

Dagegen spricht das Urteil Adenauers über die FAZ, die er für „eine der besten Zeitungen“ hielt¹⁷⁸. Auch Klepper dachte da weniger engstirnig, und wie seine Korrespondenz sowie die dort mehrfach erwähnten Gespräche mit Adenauer zeigen, wußten beide sehr wohl, was sie voneinander zu halten hatten¹⁷⁹. Ein Beispiel: Klepper hatte am 2. Oktober 1950 einen Leitartikel in der FAZ unter dem Titel „Wo stehen wir?“ veröffentlicht. In diesem Artikel war er zum einen auf den Korea-Krieg eingegangen und hatte empfohlen, daß der Westen sich „defensiv“ verhalten müsse, um von den Massen nicht mit dem dortigen „morschen“ Agrarfeudalismus identifiziert zu werden, denn dieser müsse zunächst beseitigt werden. Nach seiner Ansicht „repräsentiert [*der Westen*] in dieser weltpolitischen Auseinandersetzung die konservative, das heißt die Kraft, deren Aufgabe es ist, das gute Überlieferte mit den Bedürfnissen des neu Aufkommenden zu versöhnen“ und damit dem vom „sozialrevolutionären Element“ des sowjetischen Staatenblocks geschürten „revolutionären Ausbruch“ vorzubeugen. Zum anderen hatte Klepper zur politischen Situation im Westen Stellung genommen und für ein einheitliches Europa plädiert, das aber nur durch Eigenverantwortlichkeit aller Staatsbürger und freiheitliche Selbstbestimmung auch der Deutschen trotz der noch fehlenden Gleichberechtigung zu realisieren sei¹⁸⁰.

Adenauer antwortete ihm „*persönlich!*“ und „*vertraulich!*“ folgendes: „Sie wissen, daß ich die Frankfurter Allgemeine immer mit großer Sorgfalt lese und in der Regel als

¹⁷⁵ Ebenda, Klepper an Hoffmann, der die Anfrage vermittelt hatte, 29. 12. 1950.

¹⁷⁶ Ebenda, Bruno Dörpinghaus: Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU.

¹⁷⁷ Ebenda, Hoffmann an Klepper, 22. 12. 1949.

¹⁷⁸ Adenauer an Ferdinand Rothe, 31. 7. 1950 (Adenauer, Briefe Bd. III, S. 260).

¹⁷⁹ Vgl. Klepper an Aron, 19. 3. 1950 über sein Gespräch mit Adenauer am 16. 3. 1950: „Die Unterhaltung war ausgiebig und interessant.“ In einem Gespräch am 16. 10. 1950 informierte Klepper sich bei Adenauer vor seinem Vortrag auf der Wipog-Jahrestagung über die deutsche Situation (Klepper an Adenauer, 4. 10. 1950, K/Kor.), Gespräch wird bestätigt durch: Adenauer, Briefe, Bd. III, S. 552, Anm. 6.

¹⁸⁰ Klepper, Wo stehen wir?, FAZ vom 2. 10. 1950.

erstes Blatt täglich.“ Adenauer erklärte sich mit Kleppers Artikel voll einverstanden bis auf den letzten mit ‚deutsche Initiative‘ überschriebenen Passus, den er konkreter verstanden habe, als er offenbar gemeint gewesen war, und den er mit den bevorstehenden Abstimmungen über die EVG-Verträge in Frankreich in Verbindung gebracht habe. Deshalb, schrieb Adenauer, „möchte ich Ihnen ganz vertraulich, *für Sie*, meine Haltung erklären“. Es ging Adenauer um eine abwartende Haltung, einmal, weil die Amerikaner den Franzosen bereits eine Frist bis Ende Oktober 1950 gesetzt hatten, zum anderen aber vor allem, weil er es „nach wie vor für die beste Politik [*hielt*], [...] nichts zu tun und ruhig zu warten, weil alles, was ich tun würde, den Gegnern Deutschlands in Frankreich nur Wasser auf die Mühlen treiben würde“¹⁸¹.

Klepper war sich in dem Ziel der deutsch-französischen Aussöhnung vollkommen einig mit Adenauer, hatte er diese doch schon in der Weimarer Zeit gefordert und in der Exilzeit nach Kräften gefördert. ‚Die deutsche Initiative‘ hatte er innenpolitisch verstanden wissen wollen, was er Adenauer in seinem Antwortschreiben im einzelnen darlegte, gewiß auch in der Absicht, ihm indirekt Defizite seiner Politik aufzuzeigen. Klepper sprach von „der Lethargie, die immer noch über unser politisches Leben gebreitet“ liege, die Deutschen fühlten sich „entweder als Unterworfenen, oder sie gefallen sich in nationalem Ressentiment. Demokratie bedeute „den Ausdruck des Bewußtseins eigener Verantwortung des einzelnen für das Geschick der Gesamtheit. Hieran fehlt es in erschreckendem Ausmaß.“ Ohne diesen Volkswillen könne auch die Regierung keine „Stoßkraft“ entwickeln. Dabei biete „die Weltpolitik eine geradezu tolle und [...] unverdiente Chance“¹⁸². Dieser kurze Ausschnitt aus dem Briefwechsel erhellt zugleich, wie Klepper sich die Linie der Zeitung, unabhängig vom CDU-Standpunkt, vorstellte und daß er Hoffmanns Duckmäuserei vor Adenauer und Erhard nicht mitzumachen gedachte.

Die Mehrzahl der Unternehmer begann sich zunehmend mit der Politik der CDU/CSU zu identifizieren, da diese, seit die Forderungen des Ahlener Programms sich nicht hatten durchsetzen können, eine pragmatische Politik in ihrem Interesse betrieb und der anfangs stärker wirksame Einfluß der christlichen und sozialistischen Arbeiterbewegung in den Hintergrund geriet. Die im Zeichen des Korea-Krieges anlaufende Konjunktur zerstreute zunehmend die Zweifel an der Wirksamkeit der freien Marktwirtschaft, und entsprechend nahm „die Bereitschaft im Unternehmerlager, den Weg des gesellschaftlichen Kompromisses zu gehen, [*ab*] und bestärkte eine Restaurationstendenz im Sinne einer Annäherung an gesellschaftliche Konzeptionen der Weimarer Republik“¹⁸³.

Mit dem wachsenden Einfluß der Unternehmerschaft auf die Nachkriegspolitik und das damit verbundene ‚Eintauchen in die Gegenwart‘ verblaßte auch das Interesse an einer gründlichen Aufarbeitung der Vergangenheit, was ursprünglich eines der Motive der Unternehmer, sich an der Gründung der Wipog zu beteiligen, gewesen war. Während frühere Widerstandskämpfer, Sozialdemokraten, Emigranten und kritische Bürger nach wie vor wachsam in allen Anzeichen neofaschistischen Gedankenguts und neofaschistischer Organisationen eine unerwünschte Wiederbelebung des bereits Gehabten sahen und äußerst empfindlich reagierten, sprachen alle diejenigen, die die Jahre von 1933

¹⁸¹ K/Kor., Adenauer an Klepper, 2. 10. 1950 (Hervorhebung im Original), KNL.

¹⁸² Ebenda, Klepper an Adenauer, 4. 10. 50.

¹⁸³ K. Schulz, S. 164. Vgl. Kleßmann, S. 224.

bis 1945 aus welchen Gründen auch immer hinter sich lassen wollten, gerne von der sogenannten „Stunde Null“. Sie schien ihnen die Möglichkeit eines totalen Neuanfangs zu bieten. Entsprechend reagierten sie auf Versuche, alte oder neue faschistische Verstrickungen aufzudecken, abweisend und nahmen eine Haltung ein, die von Verharmlosung über Ablehnung bis zum Gegenangriff reichte.

In die Gegensätzlichkeit solcher Einstellungen geriet die *FAZ* natürlich auch mitten hinein. Auch dafür bietet Seeling Anschauungsmaterial. Anlaß war eine Auseinandersetzung zwischen dem bayerischen Landtagsabgeordneten Wilhelm Hoegner, der sich im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags mit den Beziehungen bayerischer Industrieller zu neofaschistischen Kreisen, wie der ‚Vaterländischen Union‘, befaßt hatte. Daraufhin hatte der Landesausschuß der bayerischen Industrie, dessen Vorsitzender Otto Seeling war¹⁸⁴, einen Protestbrief an Hoegner geschrieben, in dem er sich gegen eine „Kollektivbeschuldigung“ der bayerischen Industrie, diese unterstütze die „Vaterländische Union“, zur Wehr setzte. Das war sein gutes Recht, zumal Hoegner die Angelegenheit auch aus parteitaktischen Gründen aufgegriffen hatte, doch spiegelte sich in den Formulierungen des Briefes mehr als nur ein Protest. „Der deutschen Sache [sei] ein schlechter Dienst erwiesen“ worden, wenn „völlig belanglose Einzelfälle [...] so maßlos aufgebauscht“ würden¹⁸⁵. Auf die Zeit vor 1945 wird gar nicht eingegangen, es wird abgewiegelt im Interesse „der deutschen Sache“. Als nun die *FAZ* einen kurzen Artikel zu diesem Fall unter der Überschrift, „Dr. Hoegner nennt Buchstaben. Beschuldigungen gegen bayerische Industriekreise“ brachte¹⁸⁶, beschwerte sich Seeling bei Klepper, weil „jeder unbefangene Leser aus der Darstellung der *FAZ* den Eindruck gewinnen [müsse], als ob Dr. Hoegner sich als ein ehrlicher Wächter der demokratischen Sicherheit benommen und erwiesen hätte“¹⁸⁷. Klepper wich in seiner Antwort, die mehr taktischer als prinzipieller Natur war, aus und gab Seeling teils recht, teils entschuldigte er den Schreiber mit „dem bekannten demokratischen Übereifer, der viele Köpfe verwirrt“¹⁸⁸.

Die Tendenz von Unternehmern, die Vergangenheit lieber ruhen zu lassen, entsprach durchaus dem allgemeinen Trend, wie dies die von der Düsseldorfer *FAZ*-Agentur gesammelten Reaktionen der Leserschaft auf die *FAZ* ebenfalls zeigten. Es müsse doch endlich einmal ein Ende mit der NS-Zeit gemacht werden, man könne nicht immer wieder auf Hitler als dem „größten Verbrecher“ herumhacken, hätten doch „die Sieger über Deutschland [...] genau soviel Schuld an dem Elend, das über die Welt hereingebrochen

¹⁸⁴ An dem Protest beteiligten sich noch zwei weitere Organisationen: die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, Vorsitzender Otto Meyer, und die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Industrie- und Handelskammern, Vorsitzender Reinhart Kloepper. Beide Vorsitzende waren Mitglieder der Wipog, doch nur Seeling hatte auf den *FAZ*-Artikel reagiert.

¹⁸⁵ HdA/K-*FAZ*, die genannten Organisationen und ihre Vertreter an den Landtagsabgeordneten Wilhelm Hoegner, 2. 2. 1950.

¹⁸⁶ Ebenda, *FAZ* vom 1. 2. 1950, „nennt Buchstaben“ bezieht sich auf die Tatsache, daß Hoegner nur die Anfangsbuchstaben A, B, H und M für die Industriellen, die mit der „Vaterländischen Union“ in Verbindung stünden, genannt hatte.

¹⁸⁷ Ebenda, Seeling an Klepper, 1. 2. 1950.

¹⁸⁸ Ebenda, Klepper an Seeling, 3. 2. 1950.

wäre, wie Hitler“¹⁸⁹. Daß Klepper und die Wipog dieser Tendenz, die von vielen verantwortlich denkenenden Menschen mit zunehmend „ernster Sorge“ beobachtet wurde¹⁹⁰, entgegenzusteuern versuchten, wo immer sich Gelegenheit bot, beweist einmal das von der Wipog erarbeitete „Memorandum betreffend Neofaschismus und Kommunismus“, das Klepper an das amerikanische Office of Public Affairs leitete¹⁹¹, und zum anderen die Tatsache, daß Klepper der „Demokratischen Aktion“, dem sogenannten „Nie-wieder-Kreis“, beitrug und diesen unterstützte¹⁹². Die zunächst andeutungsweise versuchte stärkere Betonung des deutschen Standpunktes, die auch auf eine Emanzipation von den Alliierten hinwirken sollte, kristallisierte sich erst allmählich als eine Tendenz in der FAZ heraus. Klepper kritisierte bereits in der Förderausschuß-Sitzung vom 23. August 1950 den Versuch, immer wieder „nationales Ressentiment“ anzusprechen, beziehungsweise das in der Bevölkerung vorhandene nationale Potential aufzugreifen, sei es durch Meinungsäußerungen, sei es dadurch, daß man entsprechende Organisationen, wie etwa die reaktionäre „Bruderschaft“, an prominenter Stelle zu Wort kommen lasse¹⁹³. Ein Jahr später, als der Bruch vollzogen war, fand Klepper hier eine der Begründungen für die Trennung von der FAZ: „Wir konnten den sozialreaktionären und nationalistisch-ressentierenden Kurs nicht mehr mitmachen.“¹⁹⁴

Aus all dem wird deutlich, wie die FAZ immer stärker in den Sog der Tagespolitik hineingeriet und zunehmend Schwierigkeiten hatte, einen nicht nur unabhängigen, sondern auch kritischen Standpunkt herrschenden Meinungen gegenüber zu wahren. Zudem unterschätzte Klepper, dem langfristige Konzepte wichtig waren, die besonderen Bedingungen einer Tageszeitung. Auf dem Gebiet hatte er keine Erfahrung. Die beiden Blätter, für die er im Exil hauptsächlich geschrieben hatte, waren auf langfristige Perspektiven hin angelegt, deren Orientierungspunkt eben in der Zukunft, nämlich in der Zeit nach Hitler, lag. Immer dringlicher stellte sich also für Verlagsleitung und Herausgeber beziehungsweise Redakteure die Frage: Wie konnte eine von ausgesprochenen Parteiinteressen und -meinungen

¹⁸⁹ Ebenda, FAZ-Agentur Düsseldorf an die Verlagsdirektion der FAZ, 11. 6. 1950. Vgl. dazu einen kommentierenden Brief Pickerts vom 19. 6. 1950: „Der Brief der Düsseldorfer Agentur ist mit allen Abstrichen, die man machen muß, richtig. Wir können keine Politik mit Ressentiments machen, das bedeutet nicht, daß man nicht jeden Nationalismus schärfstens ablehnt.“

¹⁹⁰ Gründungsaufruf, gez. Josef Witsch (Akte „Demokratische Aktion“/„Nie-wieder-Kreis“).

¹⁹¹ Akte Wipog-Unterlagen/Kl., Klepper an Hans B. Meyer (Übersendung des Memorandums), 17. 12. 1951; Meyer an Klepper, 18. 1. 1952.

¹⁹² Akte „Demokratische Aktion“. Angeregt durch den Verleger Josef Witsch von Kiepenheuer und Witsch, wurde am 25. November 1951 ein Kreis deutscher Publizisten, „die sich ernste Sorge machen wegen der Anzeichen eines wiederaufkommenden Nazismus in Deutschland“, in Köln gegründet. Dem Kreis, der sich „Nie-wieder-Kreis“ nannte und nach von Klepper eingeholten „absolut zuverlässigen“ Informationen als eine „echte demokratische Organisation mit seriösen Mitgliedern, nach Zielsetzung und Arbeitsplan von Bedeutung“ einer Unterstützung bedürfte, gehörten Intendant und Mitglieder des Kölner Rundfunks, Chefredakteure der Frankfurter Rundschau und der Stuttgarter Nachrichten und andere namhafte Publizisten an. Der Kreis sollte möglichst unbekannt bleiben und Forschungen zu rechts- und linksextremen Gruppen und Einzelpersonen treiben und an Zeitungen weitergeben. Z.B. wurde die SRP als Nachfolgeorganisation der NSDAP entlarvt und die nationalsozialistische Gesinnung von Otto Ernst Remer, der heute noch eine große Rolle in der rechtsextremen Szene spielt, nachgewiesen. (In der Akte befinden sich: Korrespondenzen, Programme, das von Klepper eingeholte Gutachten und die Untersuchung über die SRP und ihre Mitglieder.)

¹⁹³ Akte Beirat, Protokoll der Sitzung des Förderausschusses der FAZ vom 23. 8. 1950.

¹⁹⁴ K/Kor., Klepper an Manfred George vom New Yorker Aufbau, 1. 11. 1951.

sich distanzierende, aber dennoch „sehr konkrete und sehr bestimmte, politisch eindeutige und aktive Auffassung“ durch die Zeitung vertreten werden, statt nur „reflektierend“ zu berichten und sich damit abzuquälen, „eine abgeklärte, wenn nicht neutrale, Position zu beziehen“¹⁹⁵? Es ging also keineswegs nur um die Berücksichtigung der Ansichten der Geldgeber sondern vor allem auch um die Bereitschaft der Herausgeber beziehungsweise Redakteure, die Linie der Wipog umzusetzen. Wie stark waren diese wirklich von der Richtigkeit der wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption überzeugt? Sethe meinte auf der Präsidialausschußsitzung des Verwaltungsrates der FAZ am 27. Juni 1950, „daß auch publizistisch noch manches getan werden könne, um die grundsätzlichen Auffassungen der Wipog zu vertiefen und aufzugreifen“¹⁹⁶.

An der Art, wie die zentrale politische Frage des Ost-West-Konfliktes in der Zeitung behandelt wurde, zeigten sich bereits die Differenzen zwischen Verlagsleitung und Redaktion. Erich Dombrowski hatte am 1. April 1950 einen Leitartikel unter der Überschrift „Deutsch-russische Gesprächsmöglichkeiten“ veröffentlicht. Dombrowski trat in dem Artikel für von den Deutschen selbständig geführte Gespräche mit den Russen ein; zunächst über Handelsbeziehungen, da „wir als Deutsche in dieser weltpolitischen Auseinandersetzung lediglich Objekt sind, ein Pfund Fleisch, um und über das, ohne daß wir gefragt werden, ge- und verhandelt wird“¹⁹⁷. Klepper drückte Dombrowski gegenüber sofort sein „erstauntes Befremden“ aus und versäumte nicht, darauf hinzuweisen, daß eine Übereinstimmung zwischen Herausgebern und Verlagsleitung bestehe in Bezug auf die Linie in der Ost-West-Politik, die Dombrowski nun in genau entgegengesetzter Richtung abgehandelt habe¹⁹⁸. Klepper hatte immer wieder, zuletzt in seinem Oster-Rundschreiben, vor der gefährlichen Illusion gewarnt, „zwei miteinander so unvereinbare Gesellschaftssysteme, wie das russische und das abendländische“ vereinen zu wollen, und gefordert, daß der Westen durch eine überlegene politische, wirtschaftliche und geistige Konzeption den Osten schließlich überzeugen müsse¹⁹⁹. „Die Zeit arbeitet politisch und militärisch gegen den Kommunismus.“²⁰⁰ Das negative Echo auf den Dombrowski-Artikel kam aber nicht nur von Klepper, sondern wurde unter anderem durch die internationale Presse²⁰¹ und ein Gespräch des Euckenkreises bestätigt. Letzterer stellte sogar die Vermutung auf, „ob diese unverständliche Entgleisung auf Minister Klepper zurückzuführen sei, und ob [dieser] etwa dem Nauheimer Kreis angehöre“²⁰². Schließlich wurde das Problem auch auf der Präsidialausschußsitzung am 27. Juni 1950

¹⁹⁵ HdA/K-FAZ, Aktennotiz von Gather/Klepper nach Gesprächen im demoskopischen Institut in Allensbach am 9. 6. 1950.

¹⁹⁶ Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 27. 6. 1950.

¹⁹⁷ Kor/Hrsg.

¹⁹⁸ Ebenda, Klepper an Dombrowski, 1. 4. 1950.

¹⁹⁹ Veröf./K., Klepper, Zur Lage, in: M.d.W., Nr. 15, Ostern 1950.

²⁰⁰ Ebenda, Klepper, Die letzte Chance?, in: FAZ vom 18. 7. 1950.

²⁰¹ Kor/Hrsg., Klepper an Dombrowski, 14. 4. 1950, als Anlage: Ausschnitt aus dem Observer vom 9. 4. 1950 und „Stimme Amerikas“, 12. 4. 1950. In diesem Brief verweist Klepper unmißverständlich auf den Vertrag zwischen dem Mainzer Zeitungsverlag und der Wipog, was sich wie eine Drohung ausnimmt.

²⁰² Ebenda, Aktennotiz Gathers vom 13. 4. 1950 über Gespräche im Eucken-Kreis anläßlich der Beerdigung von Prof. Eucken in Freiburg am 8. 4. 1950. Ebenda, in Gesprächen mit maßgeblichen Ostexperten, Hauke, Stuttgart, Alexander Kresling und Paul Hensel, Freiburg, wurde ebenfalls gefordert, daß die Ost-West-Frage klar und eindeutig zu behandeln sei.

thematisiert. Gegen Dombrowskis Einwände, man müsse „Zeit gewinnen“ und von deutscher Seite „vermittelnde, versöhnliche Gesten“ machen, um „Deutschland zwischen den beiden großen Blöcken nicht zerreiben zu lassen“, einigten sich Verlagsleitung und Förderer darauf, daß „die Ost-West-Frage in der *FAZ* mit Festigkeit und Eindeutigkeit in Frontstellung gegen das bolschewistische System zu behandeln“ sei²⁰³.

Ein ähnlich heikles Problem war das Verhältnis zu Frankreich, das Klepper besonders am Herzen lag. Im Herbst 1949 hatte sich in München ein Komitee zur Vorbereitung einer „Deutsch-Französischen Konferenz“, die das Verhältnis beider Länder untereinander verbessern helfen sollte, gebildet. Diese Gründung ist parallel zu der von Klepper mitinitiierten „Deutsch-Französischen Union“ kurz vor dem Kriege in Paris anzusehen. Klepper wurde aufgefordert, dem Ehrenpräsidium, dem unter anderem Adenauer, Heuß, Schumacher, Carlo Schmid und andere, im ganzen ca. dreißig Persönlichkeiten angehörten, beizutreten. Auf französischer Seite wurden ebenfalls führende Mitglieder aus Politik und Publizistik, unter anderem Raymond Aron und Paul Reynaud, gewonnen, um die „Deutsch-Französische Konferenz“ in Gang zu bringen²⁰⁴. Daraus wurde schließlich die „Deutsch-Französische Vereinigung“, vor der Klepper im Herbst 1952 einen Vortrag über die „Die deutsche Verantwortung“ hielt²⁰⁵. In seinem Bemühen um Frankreich war Klepper sich mit Adenauer einig, insofern unterstützte er Adenauers Bitte, in nächster Zeit in der *FAZ* nicht „die Aufrüstungsfrage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des französischen Parlaments“ zu behandeln, um keine möglichen Ressentiments in Frankreich zu schüren²⁰⁶. Paul Sethe hatte aber gerade ohne Kleppers Wissen einen Leitartikel zu diesem Thema in der *FAZ* geschrieben²⁰⁷, obwohl er eigentlich, wie Klepper an Adenauer schrieb, genug „politischen Flair hätte“ haben müssen, um zu wissen, „daß sein Artikel deplaciert wirken mußte“²⁰⁸. Um „den Schaden zu reparieren“, schrieb Klepper eine entsprechende Glosse in der *FAZ* unter dem Titel „Taktik und Takt“²⁰⁹. Er beendete seine Glosse mit einer versteckten Rüge an die Adresse von Sethe: „Wer den Prozeß einer Gesundung des deutsch-französischen Verhältnisses taktlos stört, versündigt sich an dem eigenen Geschick.“

Wie die beiden Beispiele gezeigt haben, war die unterschiedliche Auffassung über die Behandlung politischer Themen ein Punkt in der Auseinandersetzung zwischen Herausgeberteam und Geschäftsleitung. Es war nicht der einzige. Hinzu kamen menschliche Schwierigkeiten und Mißverständnisse, die das Verhältnis zunehmend belasteten und damit auch eine Verständigung auf sachlicher Ebene erschwerten. Die kleinen, sich aus dem Alltag einer täglichen Zeitungsarbeit ergebenden Probleme spielten eine viel größere Rolle, als Klepper sich das einzugestehen vermochte. Um diese Probleme besser verstehen und im nachhinein beurteilen zu können, warum es schließlich zum Bruch zwischen Wipog und *FAZ* kam, soll hier kurz ein Blick auf die täglichen Auseinandersetzungen zwischen Klepper und Sethe geworfen werden. Dabei ist zu beachten, daß

²⁰³ HdA/K-FAZ, Protokoll der Sitzung vom 27. 6. 1950.

²⁰⁴ Akte: „Deutsch-Französische Konferenz“, München.

²⁰⁵ K/Kor., Briefwechsel (D), Einladung zum Vortrag am 8. 10. 1952 im Casino der BASF in Ludwigshafen und Zeitungskommentare.

²⁰⁶ K/Kor., Klepper an Adenauer, 7. 10. 1950.

²⁰⁷ *FAZ* vom 6. 10. 1950.

²⁰⁸ K/Kor., Klepper an Adenauer, 7. 10. 1950.

²⁰⁹ *FAZ* vom 9. 10. 1950.

Klepper es war, der sich, ähnlich wie für Welter, für Sethe eingesetzt hatte, weil er ihn für „außerordentlich tüchtig“ hielt. Konsequenterweise hatte er dessen Artikel gegen Angriffe von außen verteidigt. So hatte sich zum Beispiel Staatssekretär Walter Strauss vom Bundesjustizministerium bei Mueller über einen Leitartikel Sethes, „Ist die Dämonie erstickt?“, beschwert²¹⁰. Es sei ein „Skandal, daß die FAZ so wenig Instinkt besitze“, daß sie sich auf „eine mehr als bedenkliche Antrittsvorlesung des Göttinger Staatsrechtlers Professor Werner Weber, der früher im Reichskirchenministerium in Berlin tätig“ gewesen sei, stütze²¹¹. Klepper, der gewiß kein Anhänger Werner Webers war, antwortete Strauss, daß er den Setheschen Artikel „weder für instinktlos, noch für skandalös, sondern für zutreffend halte“²¹². Auch gegenüber Friedrich v. Stumm, der die Wahl Sethes zum Chefredakteur als „recht wenig glücklich“ bezeichnete und ihn unter anderem wegen seiner „spürbaren Opposition zu Adenauer und Neigung zu Schumacher“ kritisiert hatte²¹³, verteidigte Klepper Sethe. Er vertrete „die richtige politische Linie“, und außerdem müsse „eine gute Zeitung prinzipiell kritisch gegenüber der jeweiligen Regierung sein“, zumal die gegenwärtige „an dem springenden Punkt der deutschen Situation vorübergeht“. „Von einer Zuneigung zur Politik von Dr. Schumacher kann weder bei Dr. Sethe noch bei unserer Zeitung überhaupt die Rede sein. Wir sind aber der Meinung, daß die landesübliche Art zu polemisieren eher schädlich als nützlich ist, zudem dem Niveau unserer Zeitung nicht entspricht. Dagegen versäumen wir ja an keinem Tag, unsere positive Konzeption in Erscheinung treten zu lassen.“²¹⁴ Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, daß Sethe selbst im Herbst 1955 aus der FAZ „herausgedrängt“ wurde²¹⁵, was die Züricher *Tat* als „Sieg der Bonner Regierungspolitik“ wertete²¹⁶, wirkt die Auseinandersetzung zwischen Klepper und Sethe besonders aufschlußreich, und die verschiedenen Probleme, um die es ging, sind in ihrer Belanglosigkeit besonders gut geeignet, die Reibungspunkte zwischen Verlagsleitung und Redaktion im Alltag zu beleuchten.

Ein heikler Punkt war die Absicht Sethes, „historische Serien [...] in populärer Form zu schreiben“, wie er es früher bereits getan und wozu ihn mehrere Verlage aufgefordert hatten. Sethe hatte sich dazu entschlossen, nur für die Mainzer *Allgemeine Zeitung* zu schreiben²¹⁷. Klepper war voll damit einverstanden „unter der Voraussetzung [...], daß die Serien auch in unserer Zeitung übernommen werden und gleichzeitig erscheinen“²¹⁸. Daraufhin machte Sethe einen Rückzieher mit der Begründung, daß die Komplikationen zu groß und ihm „ermüdende Auseinandersetzungen“ lästig seien. Außerdem sei er „der Meinung, daß für eine historische Reportage populären Inhalts die *Frankfurter Allgemeine* nicht der richtige Platz“ sei. Aufschlußreich ist seine abschließende Bemerkung: „Übrigens bedarf ich zur Veröffentlichung einer historischen Reportage, also einer nicht

²¹⁰ FAZ vom 23. 2. 1950.

²¹¹ Allg.Kor/FAZ, Mueller an Klepper, 25. 2. 1950, Mueller zitiert den Brief wörtlich.

²¹² Ebenda, Klepper an Strauss, 3. 3. 1950.

²¹³ Ebenda, F. v. Stumm an Mueller, 11. 12. 1949.

²¹⁴ K/Kor., Klepper an F. v. Stumm, 30. 12. 1949. Es ging um die Aufrüstungsfrage, und Klepper verwies auf seinen eigenen Artikel zu diesem Thema in der Sylvesternummer der FAZ, 31. 12. 1949.

²¹⁵ Vgl. Gotthardt in: Pfeiffer, S. 69ff.

²¹⁶ BAK, Sethe, Zeitungsausschnitte, Die *Tat* vom 28. 9. 1955 unter dem Titel „Erdbeben bei der FAZ – Sethe geht! – Sieg der Bonner Regierungspolitik“.

²¹⁷ Kor/Hrsg., Sethe an Klepper, 31. 3. 1950.

²¹⁸ Ebenda, Klepper an Sethe, 1. 4. 1950.

im eigentlichen Sinne journalistischen Arbeit, nicht des Einverständnisses meines Verlanges. Meine Mitteilung an Sie war ein Akt der Höflichkeit, sie enthielt nicht die Anerkennung einer Verpflichtung.“²¹⁹

Ebenso symptomatisch war der folgende Punkt: Klepper hatte darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Frotscher, ein FAZ-Redakteur, zurückkehre und ihm gemäß Absprache die Kompetenzen zugestanden werden müßten, „die seine Aufgabe erfordert, das heißt, daß die Nachrichtenredaktion (die Herren Bayer, stud. Weinstein und Ruelius) ihm unterstehe“²²⁰. Sethe nahm Anstoß an der Formulierung „stud. Weinstein“ und schrieb dazu folgendes: „Ich bin sicher, daß in dieser Prägung keine verletzende Absicht liegt, sondern daß sie scherzhaft gemeint ist. Ich würde trotzdem empfehlen, den Ausdruck nicht weiter zu verwenden, da er auch als Kränkung aufgefaßt werden kann. Daß er die Sache nicht trifft, brauche ich Ihnen kaum zu sagen.“²²¹

Ein dritter Punkt bezog sich auf die neue und noch nicht fest engagierte Auslandskorrespondentin der FAZ in New York, Toni Stolper, der Klepper etwas über die Art ihrer Mitarbeit geschrieben hatte. Sie müsse natürlich kritisch sein, aber, so fügte er hinzu, „für unser Blatt, das reichlich von pathetischem Ernst beschwert ist, wäre es eine Bereicherung, wenn die Kritik von etwas Humor belebt wäre“²²². Eine Durchschrift seines Briefes schickte er an Sethe mit einer Bemerkung über Toni Stolpers Artikel, der ihn „indiskret und recht langweilig anmute“, und was sie über die „Konkurrenzfähigkeit der Kohle“ zu sagen habe, sei „keineswegs originell, sondern [werde] in den Vereinigten Staaten, mit Recht, seit langem diskutiert“²²³. Sethe war „ganz anderer Meinung“ und behielt sich vor, „dies Frau Stolper auch mitzuteilen. Der Aufsatz ist eines der ganz wenigen Beispiele, bei denen dem deutschen Leser ein oft gehörter Name endlich zum Begriff wird. Er durfte um keine Zeile kürzer sein. Daß Ihnen die Probleme bereits bekannt sind, hat keine Überzeugungskraft, da wir uns nicht schmeicheln dürfen, viele solcher Sachkenner wie Sie unter unseren Lesern zu haben.“ Sethe schloß seinen Brief mit der allgemeinen Bemerkung, die auf eine längere Vorgeschichte zu verweisen scheint: „Selbstverständlich hat der Verlag das Recht zur Kritik und zur Anregung. Ich würde aber empfehlen, bei dem Beispiel aller gut geleiteten Zeitungen zu bleiben und Anregungen wie Kritik ausschließlich der Redaktionsleitung, in unserem Falle dem Herausgeber-Kollegium, vorzutragen. Eingriffe des Verlages in die Einzelarbeit der Redaktion müssen, wenn sie zur Methode werden, unweigerlich zur Verwirrung und zur Lähmung der Arbeit von Redaktion und Mitarbeitern führen. Da ich sicher bin, daß dies nicht in Ihrer Absicht liegt, darf ich wohl annehmen, daß Sie bei reiflicher Überlegung meinem Vorschlag folgen werden.“²²⁴

Dieser bewußt so ausführlich zitierte Briefwechsel zwischen Klepper und Sethe wirft die Frage nach der Grenze zwischen Zensur und Meinungsfreiheit auf. Wie weit war es zulässig, daß die Verlagsleitung unter dem Vorwand, die Linie der Wipog müsse einge-

²¹⁹ Ebenda, Sethe an Klepper, 8. 4. 1950.

²²⁰ Ebenda, Klepper an Sethe, 2. 4. 1950.

²²¹ Ebenda, Sethe an Klepper, 8. 4. 1950.

²²² Allg.Kor/FAZ, Klepper an Toni Stolper, NY, 2. 4. 1950. Klepper kannte Toni Stolper noch aus Berlin, vgl.: Staudinger, S. 110: „Klepper, den ich [...] bei unseren gemeinsamen Freunden, den Stolpers, gesehen hatte.“

²²³ Kor/Hrsg., Klepper an Sethe, 2. 4. 1950.

²²⁴ Ebenda, Sethe an Klepper, 8. 4. 1950.

halten werden, den Redakteuren ins Handwerk pfuschte? Die Frage stellte sich um so dringlicher, als Klepper andererseits immer wieder betonte, eine Zeitung müsse kritisch sein und verschiedene Ansichten zu Wort kommen lassen. Wo war die Grundlinie der Zeitung gefährdet, und wo ging es „nur“ um Kompetenz- und Abgrenzungsfragen? Daß Klepper zäh auf die Einhaltung der Wipog-Linie achtete, ist ebenso verständlich wie das Bemühen der Herausgeber, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Klepper neigte dazu, sich selbst als Chef zu betrachten und für die Empfindlichkeiten anderer, von ihm nur teilweise Abhängiger, wenig Verständnis zu zeigen, beziehungsweise er erwartete, daß sie sich wehrten, wenn er zu weit ging. Seine engen Mitarbeiter in der Wipog haben immer wieder bestätigt, daß Klepper die Auseinandersetzung suchte, ja brauchte, und wenn man ihm selbstbewußt entgegentrat, den gegnerischen Standpunkt auch zu akzeptieren wußte. Dazu eine kleine Anekdote: Gather pflegte seine Dienstzeiten nicht sehr genau einzuhalten, was Dethleffsen so sehr störte, daß er Klepper bat, Gather darauf hinzuweisen. Als Klepper dies tat und Gather ihm antwortete: „Haben Sie meinen Arsch oder meinen Kopf engagiert?“, mußte Klepper lachen und gab sich zufrieden. Was ihm oft als Arroganz angekreidet wurde, war eine angeborene und eine ihm im Laufe seines wechsellvollen Lebens zugewachsene Überlegenheit, die ‚engstirnigere‘ Naturen spürten und als bedrohlich empfanden, wobei sie nicht erkennen konnten, daß hinter dieser Überlegenheit, die sich entweder in Ironie, die auch zu beißendem Spott werden konnte, oder in ausgesuchter bis eisiger Höflichkeit ausdrückte, auch eine große Bescheidenheit und Verletzlichkeit verborgen war, die er aber nur sehr engen Freunden gegenüber bloßzulegen wagte. Seine Ungeduld, sein Abscheu vor Kleinlichem und sein starker Wille, die einmal von ihm als richtig erkannten Dinge durchzusetzen, mußten seinen Kontrahenten als unerwünschte Korrekturen, Bemängelungen und als Störungen ihrer täglichen Arbeit erscheinen. Seine Art des Eingreifens war zu persönlich, zu belegend, dies wird besonders deutlich an einem Gegenbeispiel.

Sein Mitstreiter Mueller, der Klepper immer mit einer Prise Salz zu nehmen wußte, hatte eine etwas neutralere Art, Kritik zu äußern, und eckte deshalb weniger an. Hier ein Beispiel für Muellers Art, auf Probleme aufmerksam zu machen: Er schrieb keinen persönlichen Brief, sondern einen „Vermerk für die FAZ“. Darin heißt es: „Der Bericht unseres England-Korrespondenten in der beiliegenden Nummer vom 19. April ist ungefähr das klare Gegenteil von dem Bericht des *Observer* vom 16. d[e]s. M[ona]ts., der ebenfalls beiliegt. Dieser Bericht mußte unserem Korrespondenten eigentlich vorgelegen haben. Ich bin auf den Widerspruch durch einen hier wohnenden Engländer aufmerksam gemacht worden, der ein großer Verehrer der beiden Zeitungen ist und nun nicht weiß, welcher Zeitung er das Vertrauen entziehen soll.“²²⁵ Dies war ein anderer Stil, aber es ging um ähnliche Probleme, um Kompetenzstreitigkeiten zwischen Verlagsleitung und Redaktion und die damit verbundenen menschlichen Empfindlichkeiten und technischen Störungen, um unterschiedliche Auffassungen von dem kritischen Auftrag einer Zeitung und die angemessene journalistische Umsetzung politischer Tatsachen und Meinungen.

Doch all diese Querelen hätten überwunden werden können, wenn sich nicht gleichzeitig die politische Linie der FAZ verändert hätte. So stellte der Wirtschaftsexperte der Wipog, Herbert Gross, im November 1950 seine Mitarbeit an der FAZ ein, weil die Her-

²²⁵ Ebenda, Mueller, 24. 4. 1950.

ausgeber der *FAZ* seinen Artikel, in dem er die Tagung des Bundesverbandes der Industrie kritisch behandelt hatte, „als der Linie der Zeitung nicht entsprechend“ abgelehnt hatten²²⁶. In vielen Briefen an Klepper spiegeln sich Klagen über die Veränderung der ursprünglichen Linie der *FAZ* wider. So äußerte sich Udo Rusker, der die Zeitung im Mai 1950 noch in höchsten Tönen gelobt hatte²²⁷, im November äußerst verärgert über die Tatsache, daß Karl Korn als verantwortlicher Redakteur für das Feuilleton einen Artikel zu Problemen des Schriftstellers in der NS-Zeit, der nicht mehr nur als Entgleisung, sondern als grundsätzliches Versagen zu werten sei, zugelassen habe²²⁸. Klepper versuchte zwar Korn gegenüber Rusker in Schutz zu nehmen, fügte aber auch hinzu: „Ihre Kritik an der *FAZ* im allgemeinen, halte ich für völlig zutreffend. Wir führen darüber im engeren Kreis eine erbitterte Fehde“, von deren Ausgang es abhängen würde, ob die Zeitung noch „auf eine andere Linie“ gebracht werden könne oder ob man sich trennen müsse²²⁹. Auch Botschafter Carl v. Campe klagte aus Santiago darüber, daß er immer häufiger Bedauern darüber höre, „daß die ‚Frankfurter‘ ihre früher so klare und zielbewußte Haltung etwas verloren“ habe²³⁰. In der französischen *Monde* sei die *FAZ* gar als „Blatt des Kanzlers Adenauer“ bezeichnet worden²³¹.

Die solchermäßen sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen den drei Kontrahenten, der Wipog, den Förderern und den Herausgebern, nahmen schließlich einen prinzipiellen Charakter an, so daß Klepper, um die Existenz seines „Lieblingskindes“²³² zu retten, seinerseits Konsequenzen zog und „aus eigenem Entschluß“ am 22. Mai 1950 der Geschäftsleitung seinen Rücktritt anbot²³³. Zum 1. Juni 1950 sollte seine Geschäftsführertätigkeit beendet sein und auf seinen Wunsch von Babette Gross und Viktor Mukkel übernommen werden²³⁴. In der Förderausschußsitzung vom 23. August 1950 erschien Klepper „ein unbefangenes Vertrauensverhältnis zwischen ihm und der Redaktion [...] schwer erreichbar, da das Mißverständnis nicht persönlicher, sondern sachlicher Natur sei“, was Klepper in der Sitzung am Beispiel eines Artikels über die Tagung des Europarates in Straßburg erläuterte²³⁵. Haffner und Hoffmann forderten, daß Hoffmann stärkeren Einfluß auf die Ausgestaltung der Zeitung nehmen solle²³⁶, was dann am 16. September 1950 zu Hoffmanns Übernahme der Geschäftsführung der *FAZ* führte²³⁷. Klepper scheint sich damit einverstanden erklärt zu haben, obwohl doch gerade dadurch der unternehmerische Einfluß auf die Zeitung wuchs, den er zu verhindern versucht

²²⁶ Allg.Kor/*FAZ*, Vermerk vom 24. 11. 1950.

²²⁷ K/Kor., Rusker an Klepper, 21. 5. 1950.

²²⁸ Ebenda, Rusker an Klepper, 23. 11. 1950.

²²⁹ Ebenda, Klepper an Rusker, 12. 12. 1950.

²³⁰ Ebenda, v. Campe an Klepper, 19. 4. 1951.

²³¹ Ebenda, v. Campe an Klepper, 23. 4. 1951.

²³² Ebenda, „Wie Sie wissen, entspringt meine Trauer einer durchaus starken Zuneigung, die ich immer und sehr tatkräftig für Ihr ‚Lieblingskind‘ an den Tag gelegt habe.“

²³³ HdA/K-*FAZ*, Klepper an Dombrowski, 22. 5. 1950.

²³⁴ Ebenda, offizielles Schreiben an die Mitglieder des Verwaltungsrats.

²³⁵ Sitzung vom 23. 8. 1950.

²³⁶ Ebenda, Hoffmann an Klepper, 22. 6. 1950.

²³⁷ Ebenda, Protokoll der Sitzung des Förderausschusses der *FAZ* mit dem Herausgeberkollegium, 16. 9. 1950. Der Beschluß des Verwaltungsrates vom 19. 9. 1950 zur Übernahme der bisher von Klepper innegehabten Geschäftsführung durch Hoffmann wurde vom Amtsgericht registriert (Registersache der *FAZ*-GmbH, Aktenzeichen 72 HRB 1738, 1. 11. 1950). Hoffmann legte seinen Sitz im Verwaltungsrat nieder (Hoffmann an Rothe, 1. 11. 1950).

hatte. Im Sitzungsprotokoll heißt es, er wolle damit eine neue Basis für eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Herausgebern und Verlagsleitung schaffen, in der Hoffnung“, daß sich das „zur Zeit unerfreuliche Verhältnis“ entspanne und die „Herausgeber von sich aus die Initiative zu einem neuen politischen Kontakt mit ihm ergreifen“ würden. Offensichtlich lag in dieser Bereitschaft Kleppers, sich aus dem direkten Kontakt mit den Herausgebern zurückzuziehen, der Versuch, die Arbeit der Zeitung zu entlasten. Darin lag aber nicht, wie Mueller betonte, ein „Verzicht auf die Mitwirkung der Wipog bei der Gestaltung der Zeitung“. Für die Wipog ging es nun um „eine grundlegende Entscheidung über die politische Haltung der Zeitung“²³⁸.

Schon gegen Ende 1950 hatten Bemühungen Kleppers eingesetzt, sich finanziell von den Förderern unabhängiger zu machen, oder, wie man es auch formulieren könnte, finanzielle Druckmittel in die Hand zu bekommen, um die Herausgeber ‚gefügiger‘ zu machen. Dazu nahm er Kontakt mit den Amerikanern auf. Im August war Shepard Stone Direktor des Office of Public Affairs geworden und als solcher auch zuständig für das Zeitungswesen²³⁹. Mit ihm haben Babette Gross und Klepper über die Situation der FAZ gesprochen und angedeutet, daß es „notwendig [sei], den Kreisen, deren Eindringen in unsere Zeitung ich verhindern möchte, in einer prophylaktischen Weise den Weg zu versperren“²⁴⁰. Die Verhandlungen über eine finanzielle Unterstützung der FAZ durch die USA waren von Erfolg gekrönt. Zwar wollten die Geldgeber nicht genannt werden, aber die Summe von monatlich 55 000 DM stand zunächst für zehn Monate, mit monatlicher Kündigungsfrist, zur Verfügung, um damit eine Wochenbeilage der FAZ zu finanzieren, die sich vor allem mit der wirtschaftlichen Integration Deutschlands in die westliche Welt befassen und allein von der Wipog gestaltet werden sollte²⁴¹. Außerdem wurde auf der Förderausschußsitzung beschlossen, die Wipog-Konzeption verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen und den Kurs der FAZ zu korrigieren. Von dem ‚amerikanischen‘ Geld blieb jeweils so viel übrig, daß das Defizit der FAZ davon mitfinanziert werden konnte, das waren monatlich etwa 25 000 DM. So kann man sagen, daß die Wipog die FAZ in der ersten Jahreshälfte 1951 am Leben erhalten hat²⁴².

Doch was Klepper sich erhofft hatte und was auch auf der Sitzung am 13. Juli beschlossen worden war, nämlich, daß „die ursprüngliche politische Linie der Zeitung [...]

²³⁸ Ebenda, Klepper an Matthiesen, 26. 5. 1950, vgl. ebenda, an Pickert und Ziervogel, alle drei bat Klepper dringend um ihr Erscheinen bei der geplanten Sitzung Ende Juni. Ebenso bat Mueller Pentzlin um sein Erscheinen, 26. 5. 1950, weil es sich nicht nur „um die Bereinigung von Quereilen untergeordneter Art“ oder „etwa nur um Geldfragen, sondern um den ganzen Kurs der Zeitung“ handele.

²³⁹ K/Kor., Klepper an Stone, 7. 8. 1950.

²⁴⁰ Ebenda, Klepper an Stone, 23. 10. 1950. Im Dezember bildete der Bundesverband der Industrie einen besonderen Ausschuß für die Beziehungen zur Presse, insbesondere zur FAZ. Herr Reusch habe sich in den Ausschuß wählen lassen. Dies berichtete Klepper an Stone und fügte hinzu, es „mahne zur Eile!“ (21. 12. 1950).

²⁴¹ HdA/K-FAZ, Niederschrift über die Sitzung des Förderausschusses vom 14. 2. 1951. Vgl. auch Sitzung vom 7. und 12. 3. 1951.

²⁴² Bestätigt durch Gather, vgl. außerdem HdA/K-FAZ, Protokoll der Sitzung des Förderausschusses vom 13. 7. 1951. Indirekte Bestätigung durch den Bericht Hoffmanns über die finanzielle Lage der Zeitung auf der Sitzung vom 24. 9. 1951: Dort sagte er, daß es zur Zeit ein Defizit gebe, „das aus den monatlichen amerikanischen Geldern für eine Beilage hätte abgedeckt werden können. Da es jedoch für August und September keine Zuschüsse mehr gegeben hätte, könnten trotz Einsparung die Gehälter Ende des Monats nicht mehr gezahlt werden.“

beibehalten, beziehungsweise wiederhergestellt werden“ solle, gelang offensichtlich nicht. Das zweite Mittel, das Klepper zur Realisierung dieses Ziels einzusetzen versuchte, nämlich die Position eines Chefredakteurs zu schaffen, der die Linie der Wipog vertrat, scheiterte ebenfalls. Und zwar einmal, weil Klepper den falschen Mann vorschlug, nämlich den von den Amerikanern protegierten, ehemaligen Redakteur der von ihnen seinerzeit finanzierten und inzwischen eingegangenen *Neuen Zeitung*, Hans Lehmann, der wenig angesehen unter seinen Kollegen war. Zum anderen scheiterte es an dem Widerstand der Herausgeber, die sich keinen Chefredakteur vor die Nase setzen lassen wollten, schon gar keinen Herrn Lehmann. Entsprechend rasch reagierten Haffner, Pickert und Hoffmann, die sich im Förderausschuß auf die Ernennung Welters zum Chefredakteur einigten, unter der Voraussetzung, daß dieser auf seine vielen Nebentätigkeiten verzichtete, ein Vorschlag, mit dem auch die übrigen Herausgeber einverstanden waren²⁴³.

In der entscheidenden Sitzung vom 15. August 1951 wurde Welter von den genannten drei Herren als neuer Chefredakteur präsentiert und bekanntgegeben, daß man sich ebenfalls auf eine neue Ressortverteilung geeinigt habe, bei der Sethe hauptverantwortlich für Politik und Baumgarten nur für die „mehr praktisch-wirtschaftspolitische Seite verantwortlich sein sollte“²⁴⁴. Mueller, der „diese Lösung als unaufrichtig“ bezeichnete, bezweifelte mit Pentzlin und Klepper zusammen die volle Einsatzbereitschaft Welters, der nebenbei noch seine Lehrtätigkeit als Professor in Mainz aufrechterhielt. Kleppers und Muellers Haupteinwand aber war, daß sich dadurch nichts an der Zeitung ändern und daß vor allem „an der Person Professor Welters [...] aus praktischen wie politischen Gründen [...] die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung von Seiten der [...] Fördergruppe scheitern“ würde²⁴⁵. Nachdem Mueller eine klare Entscheidung für einen Chefredakteur im Sinne der Wipog gefordert hatte, da sich sonst die Wipog ganz aus dem Zeitungsprojekt zurückziehen müsse, versuchten Haffner und Max A. Schmid einen Keil zwischen Klepper und Mueller zu treiben, indem sie nur Kleppers ‚Kopf forderten‘, was Mueller strikt und eindeutig ablehnte. Man vertagte sich auf den 24. September. Der zu diesem Datum einberufene gesamte Förderkreis sollte über das Verhältnis Wipog – FAZ befinden, außerdem sollten Neuwahlen des Förderkreises stattfinden²⁴⁶.

Vor der geplanten Sitzung des Förderkreises tagte allerdings der Vorstand und Beirat der Wipog und beschloß bereits eine Trennung zwischen Wipog und FAZ, da sich „die organisatorische Verbindung [...] als Fehlkonstruktion erwiesen“ habe²⁴⁷. Entsprechend wurde der Förderkreis am 24. September vor die vollendete Tatsache gestellt, die er akzeptierte und seinerseits das Geld aufbrachte, um das ‚kostbare‘ Projekt FAZ nicht doch noch scheitern zu lassen. Welter wurde Chefredakteur. Auch dies will die FAZ nicht mehr wahrhaben, denn sie rühmt in besagter Broschüre „das Kollegialitätsprinzip“

²⁴³ Ebenda, Pickert an die Wipog, 11. 8. 1951. Haffner, Pickert und Hoffmann haben das am 13.7. beschlossene Gespräch mit Herrn Lehmann gar nicht geführt (Protokoll der Sitzung des Förderausschusses vom 15. 8. 1951).

²⁴⁴ Ebenda.

²⁴⁵ Ebenda. Mit der Fördergruppe sind die Amerikaner gemeint.

²⁴⁶ Ebenda.

²⁴⁷ Ebenda, Niederschrift der Sitzung vom 17. 9. 1951 in Hattenheim.

als „eine Besonderheit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*“ und als ein in der internationalen Presse „einmalige[s] Phänomen“²⁴⁸.

Wenn die Geschichte dieses Bruchs zwischen Wipog und FAZ auch ein betrübliches und, wie viele damals und im nachhinein meinten, vermeidbares Kapitel gewesen ist, so steht doch eines fest: ohne die Wipog und ihre Konzeption wäre die FAZ jedenfalls zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form weder gegründet worden, noch wäre ohne die vielfältigen Kontakte der Wipog zu zahlungswilligen und -fähigen Leuten aus der Wirtschaft und ohne ihre Kompetenz, diese Leute zusammenzubringen, die große Summe zusammengekommen, die nötig war, um die Zeitung starten zu können. Schließlich muß auch gesagt werden, daß die Gründung ohne Klepper, sein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Konzept sowie seine große Energie und Zielstrebigkeit nicht zu denken gewesen wäre. Zum Zeitpunkt der Trennung von Wipog und FAZ war die Zeitung bereits so fest etabliert, daß es nur noch eines vergleichsweise geringen Zuschusses bedurfte, bis sie auf eigenen Beinen stehen konnte. Daß die erste Verbindung zwischen Wipog und FAZ auf Dauer nicht gehalten hat, daran tragen alle drei Partner ihren Teil der Schuld.

Aus der Sicht der Herausgeber war wohl Klepper der Hauptschuldige, weil er sich zu stark in die Redaktionsarbeit eingemischt hatte, ohne selbst genügend von dieser Arbeit zu verstehen, abgesehen davon, daß jeder selbstbewußte Redaktionsstab, und das war der FAZ-Redaktionsstab, jegliche sachliche Bevormundung und jegliche finanzielle Abhängigkeit prinzipiell ablehnt. Auf die Dauer gab es dann mit dem neuen Geschäftsführer Hoffmann ebensolchen Ärger, nur spielte er keine große Rolle mehr, weil die FAZ sich bald selber trug und als angesehenes Blatt etabliert hatte²⁴⁹. Welter wird immer wieder als der Hauptkontrahent Kleppers bezeichnet²⁵⁰. Auch Klepper selbst sagte, Welter sei „bei den damaligen Auseinandersetzungen zwischen der Wipog und der FAZ auf der Gegenseite“ gewesen²⁵¹. Dennoch wäre es falsch, diese Auseinandersetzung auf einen persönlichen Konflikt zu reduzieren, es war im Gegenteil, wie auch Klepper immer wieder betont hat, vorwiegend ein sachlicher Konflikt. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein kleiner Briefwechsel zwischen Klepper und Welter anläßlich von Welters fünfzigstem Geburtstag im Juli 1950. Klepper gratulierte ihm und schrieb unter anderem, daß er auf den Gedanken gekommen sei, daß er „ja eigentlich beinahe [sein] Vater sein könnte“. Und er fuhr fort, „Kinder haben gelegentlich die Gewohnheit, Schwächen ihrer Eltern mit Nachsicht zu begegnen. Wie wäre es, wenn Sie etwas derartiges mir gegenüber aufbrächten?“²⁵² Welter, der sich offensichtlich sehr über den „liebenswürdigen und entwaffnenden Glückwunsch“ gefreut hatte, antwortete: „Es ist die Sie auszeichnende anschauliche Kenntnis fremder Länder und Völker, die Sie trotz des geringen zwischen uns bestehenden Altersunterschiedes zu der Vorstellung befähigt, Sie könnten

²⁴⁸ Alles über die FAZ, S. 18. Inzwischen nennt sie in ihrem Impressum wieder als ersten Herausgeber Prof. Welter, was, abgesehen vom Widerspruch zu obiger Aussage, nicht den Tatsachen entspricht, denn der erste Herausgeber war Dombrowski als primus inter pares eines Herausgeberkollegiums.

²⁴⁹ Laut FAZ wurde am 22. 4. 1959 die FAZIT-Stiftung gegründet, die die Mehrheit der Anteile hat. 1989 übernahm die FAZIT die Mehrheit der Societäts-Druckerei, S. 12.

²⁵⁰ Vgl. K. Schulz, S. 157 f.

²⁵¹ K/Kor., Klepper an Otto Blumenthal (United Restitution Org. Israel/Berlin), 7. 2. 1956.

²⁵² Kor/Hrsg., Klepper an Welter, 1. 7. 1950.

mein Vater sein. Doch akzeptiere ich mit Freuden die Pflicht der Verehrung, die aus solcher Beziehung entspringen würde. Auf Nachsicht darf nur der Sohn hoffen. Die Wiederherstellung unseres alten ungetrübten Vertrauensverhältnisses gehört zu den dringendsten Wünschen, die mich beim Überschreiten des fünften Jahrzehnts bewegen, und ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich alles in meiner Kraft Liegende zu tun versuchen werde, um diesen Wunsch zu verwirklichen.“²⁵³

Die Förderer hatten, wie bereits aufgezeigt wurde, unterschiedliche Standpunkte. Es war keineswegs so, daß alle die Meinung des Haffner-Kreises teilten. Schon die Tatsache, daß trotz der notwendigen personellen Trennung des Förderkreises vom Wipog-Vorstand und -Beirat dennoch, bis auf Haffner, Hoffmann, Schmid und Welter, die aus der Wipog ausschieden, die meisten Förderer in der Wipog und auch im Vorstand und Beirat blieben, zeigt, daß die Geldgeber in ihrer Mehrzahl der Wipog die Treue hielten²⁵⁴. Doch haben sie sich nicht stark genug engagiert, waren der mühsamen Querelen überdrüssig oder hatten einfach keine Zeit, an den entscheidenden Sitzungen teilzunehmen. Der Ehrgeiz Hoffmanns, die Zeitung zu übernehmen, und seine Unterstützung durch Schmid, Haffner und Seeling, die sich damit ihren Einfluß zu sichern gedachten, hat gewiß auch seinen Teil zur Härte der Auseinandersetzung beigetragen.

Machten Herausgeber und Förderer in der Hauptsache Klepper für das Scheitern der Verbindung Wipog – FAZ verantwortlich²⁵⁵, so waren es aus der Sicht Kleppers umgekehrt die Herausgeber und die Gruppe der Förderer um Haffner, Seeling und Schmidt, die „die politische Haltung der Zeitung“ in zweifacher Hinsicht so verändert hätten, daß er dies für „außerordentlich bedenklich“ hielt. „Anstatt in Unbefangenheit auf die Eingliederung Deutschlands in die westliche Welt auszugehen, wird in der Zeitung immer wieder das nationale Ressentiment angesprochen“, und statt die „innere [soziale] Synthese“, die er „nicht nur für notwendig, sondern für möglich“ hielt, zu unterstützen, hat sie „sozialreaktionäre und restaurative Tendenzen“ vertreten, die Klepper auch im Interesse des Unternehmertums für schädlich, ja für „gefährlich“ hielt²⁵⁶. Die Wipog stand zu Klepper; Mueller sagte auf der vorletzten Sitzung ausdrücklich, „es sei nicht möglich, die

²⁵³ Ebenda, Welter an Klepper, 5. 5. 1950, in Wirklichkeit 5.7. Welter hatte den Brief aus Versehen vordatiert, was Klepper dazu veranlaßte, ihm am 8.7. zu antworten: „Ich schlage vor, daß wir dementsprechend verfahren und die letzten beiden Monate aus der Erinnerung streichen.“

²⁵⁴ Der Wipog-Vorstand vom Januar 1953 setzte sich wie folgt zusammen: K. Blaum, E. Deissmann, K. Pentzlin, L. Erhard, F. Ackermann, H. Albersmann, W. Bauer, G. Böhme, K. Graf, G. Henle, A. Pickert, H. Gross. Aus dem Vergleich mit dem ursprünglichen Vorstand ergibt sich, daß sich die personelle Zusammensetzung nicht wesentlich geändert hat. Gleiches gilt für die Zusammensetzung des Beirates. Ein großer Teil des Vorstandes, u. a. Erhard, gehörten auch in den 60er Jahren noch dem Vorstand an (Akte Vorstand-Sitzungen II). Im „Memorandum der Wipog betreffend Neofaschismus und Kommunismus“ heißt es: „Der Versuch, ihre [Wipog] Trennung von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum Anlaß einer inneren Krise zu machen, ist überhaupt nicht zur Entwicklung gekommen“ (Unterlagen/Kl.).

²⁵⁵ Ein Urteil, das auch von K. Schulz teilweise übernommen wird, indem er neben der Tatsache, „daß einflußreiche Förderer unternehmerische Interessen in der Zeitung nicht genügend vertreten“ sahen, „die Persönlichkeitsstruktur Otto Kleppers“ als zweite der beiden „wesentlichen Ursachen“ nennt. Diese Betrachtungsweise erscheint als zu undifferenziert.

²⁵⁶ K/Kor., Klepper an G. Henle, Aufsichtsratsvorsitzender der Klöckner-Humboldt-Deutz AG. und Mitglied des Bundestages, 2. 10. 1951. Vgl. zu der im Brief vertretenen Ansicht Kleppers grundsätzlichen und letzten Artikel in der FAZ, Nr. 173, 28. 7. 1951 zum Thema: „Frei-Gleichberechtigt-Deutsch“.

Wirtschaftspolitische Gesellschaft und ihn von der Person Minister Kleppers zu trennen“²⁵⁷. Der Bruch wäre, wie Gather nachträglich anmerkt, nicht notwendig gewesen, denn alle Wipog-Mitarbeiter hätten jederzeit die Möglichkeit gehabt, ihre Gedanken in der Zeitung darzulegen, und ein solches Instrument aus der Hand zu geben, sei unklug und unnötig gewesen²⁵⁸. Dem ist teilweise zuzustimmen. In der Tat hat Klepper das wertvolle Instrument, das ihm auch selbst so sehr am Herzen lag, zu rasch aus der Hand gegeben. Er hat die Realitäten einer Tageszeitung falsch eingeschätzt; sie konnte nicht nur Instrument zur Verbreitung langfristiger Konzeptionen sein, wollte sie nicht ihren eigentlichen Auftrag, tagespolitisch zu informieren und auch zu unterhalten, sträflich vernachlässigen. Andererseits kann man verstehen, daß Klepper nicht bereit war, in der Sache Kompromisse zu machen. Was half es, Artikel in einer Zeitung zu veröffentlichen, mit deren Grundlinie er sich nicht identifizieren konnte? Seine Kompromißlosigkeit, die man verurteilen oder auch bewundern kann, war gewiß ein Grundzug seines Charakters, beruhte allerdings auch zunehmend auf einer Fehleinschätzung seiner eigenen Möglichkeiten. In seinem unerschütterlichen Glauben an sein Durchsetzungsvermögen und seine Überzeugungskraft, gepaart mit einem oft erstaunlichen Optimismus²⁵⁹, dessen Kehrseite allerdings immer wieder aus Phasen tiefer Depression bestanden, erkannte Klepper nicht klar genug, wie wichtig auch die Beachtung von Detailproblemen und vor allem, wie wichtig die Rücksichtnahme auf menschliche Eigenheiten war. Sethe faßte die Problematik in seinem Nachruf auf Klepper, den er bereits als Redakteur der *Welt* schrieb, zutreffend zusammen. Da seine Worte zugleich als nachträglicher Kommentar zu der gemeinsamen Zeit bei der *FAZ* gelesen werden können, sollen die wichtigsten Sätze zitiert werden: „Sein Ehrgeiz, zu wirken und zu führen, reichte wohl weiter. Aber in die vorderste Linie der Staatsgeschäfte zurückzukehren, war ihm nicht vergönnt. Dazu mag beigetragen haben, daß die Schroffen seines Wesens ihm manche Gegner auch da schufen, wo man nicht sein Feind zu sein wünschte. Aber die beunruhigende Frage erhebt sich, ob ein Mann von seinen Erfahrungen, seinen Kenntnissen und seiner erstaunlichen Menschenkenntnis nicht doch in ein hohes Amt berufen worden wäre, wenn er es über sich gebracht hätte, in eine Partei einzutreten.“²⁶⁰

„Die Eigenverantwortung der Person“ – Kleppers Vorstellung von einer politisch verantwortlichen Elite

„Während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*“, die auch Iring Fetscher „ein frühes Kind der Wipog“ nennt, „ihren eigenen konservativ-liberalen Weg zu gehen begann,

²⁵⁷ HdA/K-FAZ, Niederschrift der Sitzung vom 15. 8. 1951.

²⁵⁸ Daß Gather, der damals noch am Anfang seiner beruflichen Laufbahn stand, trotz des verlockenden Angebots Welters, sich bei ihm zu habilitieren und weiter bei der *FAZ* mitzuarbeiten, der Wipog die Treue hielt, ist bemerkenswert, wirft aber vielleicht auch ein positives Licht auf den Team-Geist der Wipog-Mannschaft.

²⁵⁹ K/Kor., Juan José Bopp, sein Anwaltskollege aus Mexiko, schrieb am 10. 2. 1949 an Klepper: „Ich bewundere Sie, mit welcher Ausdauer und mit welchem Mut und Begeisterung der Jugend Sie überall tätig sind.“

²⁶⁰ Se[the], Otto Klepper, in: *Die Welt*, 14. 5. 1957.

blieb die Wipog offen und wachsam, selbstkritisch und lernfähig.²⁶¹ Sie entfaltete eine Fülle von Aktivitäten, unter anderem durch den enger werdenden Kontakt mit dem amerikanischen Office of Public Affairs, das teilweise diese Aktivitäten finanziell unterstützte²⁶².

Kurzzeitig gab es zwar Überlegungen, ob nicht auf der Basis des Wipog-Programms eine Parteigründung möglich sei²⁶³, oder ob Mitglieder der Wipog in Parteien eintreten und auf diesem Wege Einfluß zu gewinnen versuchen sollten²⁶⁴, doch waren diese Überlegungen unrealistisch und auch nicht mit der Konzeption und der Organisation der Wipog vereinbar²⁶⁵. Weder Rudolf Mueller noch Klepper war bereit, in eine der bereits bestehenden Parteien einzutreten²⁶⁶. Als Alfred Daniel 1949 bei Klepper anfragte, ob „es nicht möglich [sei], daß außer den vielen Null-pen auch ein paar Köpfe in das kommende Bundesparlament einziehen“ könnten, ob er „irgendwo aufgestellt“ sei oder ob er gar nicht kandidieren wolle, „weil die großen Parteien für einen eigenständigen Kopf keinen Platz“ hätten²⁶⁷, wehrte er ab und meinte, daß nicht viel darauf ankomme²⁶⁸. Ein bißchen handelte es sich hier gewiß auch um „sauere Trauben“²⁶⁹, denn weder hätte Klepper sich reibungslos in eine Partei einfügen können, noch wäre er in einer Partei wie der CDU oder auch der SPD sehr willkommen gewesen, dafür war er wahrlich zu unbequem²⁷⁰.

Hinzu kam, daß Klepper über die nach dem Kriege neu gegründeten Parteien ein ausgesprochen negatives Urteil hatte, mit dem er auch nicht hinterm Berge hielt. Nach seiner Meinung hatten sich lediglich die alten Parteien aus der Weimarer Zeit restauriert. Da er für eine „klassenmäßige Synthese“²⁷¹ eintrat, beurteilte er das Konzept der SPD, Arbeiterpartei zu sein, als veraltet, denn „die gesellschaftliche Position der Arbeiterschaft [habe] sich völlig geändert. Man kann wohl schon von einer Entproletarisierung sprechen. Die erkenntnistheoretischen Konsequenzen aus dieser Entwicklung zieht man aber nur zögernd. Vor allem ist der Funktionsapparat, der ja außerordentlich bedeut-

²⁶¹ Fetscher in: Offene Welt, Nr. 104, S. 18.

²⁶² Vgl. Akte Wipog-Unterlagen/Kl. und s.u..

²⁶³ Wipog-Akte Tonbandprotokolle.

²⁶⁴ In der Vorstandssitzung vom 5. März 1951 spielte Klepper auf die nächsten Wahlen an und meinte, man müsse daraus eine Möglichkeit entwickeln, „die Wipog-Arbeit zu aktivieren“, wobei er es nicht für richtig halte, Parteien finanziell zu unterstützen, „aber man sollte darauf ausgehen, Leute aus unserem Kreis in das Parlament zu bringen in dieser oder in jener Partei“ (Protokoll d. Vorstandssitzung vom 5. 3. 1952, S. 6, in: Akte Tagungen 0/62/2).

²⁶⁵ K/Kor., Klepper schrieb in diesem Zusammenhang an seinen ehemaligen Corpsbruder Georg Braun am 19. 6. 1951: „Welchen organisatorischen Ausdruck die politische Bewegung finden wird, von deren Aufkommen ich überzeugt bin, läßt sich nicht absehen. Möglicherweise erfaßt sie die alten politischen Parteien, und möglicherweise finden sich Gruppen, die bisher abseits der Parteien stehen, zusammen. Etwas Neues wird es aber geben.“

²⁶⁶ Ebenda, Klepper an Thomas Dehler, 27. 11. 1953: „Mich selbst vermögen die aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Ideologien [...] nicht zu emotionieren.“

²⁶⁷ Ebenda, Alfred Daniel an Klepper, 4. 7. 1949.

²⁶⁸ Ebenda, Klepper an Daniel, 11. 7. 1949.

²⁶⁹ Ebenda, Engelmann an Klepper, 21. 9. 1948: „Ich bin gespannt, ob die von Ihnen angedeutete parteipolitische Anerkennung zustandekommt. Ich könnte mir denken, daß es derzeit ohne das nicht geht“ (Antwort auf Kleppers Brief vom 8. 8. 1948).

²⁷⁰ Vgl. Engelmann, S. 44 ff.

²⁷¹ Vgl. Mallorca-Schriften, der Begriff wurde auch von Pentzlin in der Vorstandssitzung vom 5. 3. 1951 benutzt: „unsere Idee der klassenpolitischen Synthese“ (Tagungen).

sam ist, nach meinem Eindruck völlig steril.“²⁷² Klepper hatte Kontakt zu Erich Ollenhauer gewonnen, glaubte aber nicht, „daß er der Mann [sei], der die SPD reformiert“²⁷³. Während die SPD inzwischen „über die Arbeitnehmerschaft weit in das Bürgertum“ hineinreiche und in der CDU eine „beachtliche Masse der vormaligen christlichen Gewerkschaftler“ zu finden sei²⁷⁴, gebärdeten sich beide immer noch so, als verträten sie nur jeweils eine soziale Schicht und verteidigten deren jeweilige Interessen. In beiden Parteien mangle es an Solidarität und dem Willen, die Gemeinsamkeit der Probleme anzuerkennen.

Die CDU beziehungsweise die Regierungskoalition aber traf insofern der stärkere Vorwurf, als sie nach der Währungsreform gemeint habe, „mit dem Übergang zur sogenannten sozialen Marktwirtschaft seien die Voraussetzungen für die Lösung der sozialen Frage geschaffen“. Der Einfluß der Sozialdemokraten auf die Regierungspolitik sei auf diesem Gebiet ausgeschaltet und damit „der restaurative Zug in die neue deutsche Politik hineinmanipuliert“ worden. Als natürliche Folge habe dies Tendenzen in der SPD Auftrieb gegeben, „die auf ein künftiges rein sozialistisches Regime abzielen. Die so begonnene Erstarrung der Fronten versuchte man dadurch zu verharmlosen, daß man sie als das vermeintliche Wechselspiel von Regierung und Opposition ansprach.“ Diese Art von „kaltem Krieg im Inneren“, der sich aber nur zwischen den Parteien, nicht in der Volksgemeinschaft abspiele²⁷⁵, schade vor allem der gemeinsamen Sache, insbesondere einer gradlinigen Außenpolitik, und wirke abstoßend auf den Wähler. „Er überlegt eher gegen wen, als für wen er seine Stimme abgeben soll.“ In diesem Sinne richtete sich Kleppers hauptsächliche Kritik an der CDU gegen ihre Unfähigkeit, das Volk an eine echte Demokratie heranzuführen, indem sie spaltend statt integrierend wirke. In die gleiche Richtung zielte seine Kritik an dem autoritären Führungsstil Adenauers und an der Tatsache, daß ihm die meisten Parteimitglieder hörig seien²⁷⁶. Der durch die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten belastete Hans Globke, der als graue Eminenz einen

²⁷² K/Kor., Klepper an Hans B. Meyer (Washington), 23. 11. 1953.

²⁷³ Ebenda. Während er Weichmann hoch einschätzt und ihn auch als einen „parteipolitisch nicht engen“ Mann für ein überparteiliches Gremium empfiehlt (Akte Demokrat. Aktion, Klepper an Witsch, 31. 10. 1951).

²⁷⁴ Klepper in: Europ. Illustrierte, 30. 1. 1951.

²⁷⁵ Klepper in: Frankfurter Rundschau, 3./4. 1. 1953.

²⁷⁶ „Aufruf zu einheitlicher deutscher Außenpolitik“ der Wipog, in: Frankfurter Rundschau, 29./30. 8. 1953. Wie Klepper in einem Brief an Hans B. Meyer, der den Aufruf aus amerikanischer und europäischer Sicht sehr positiv beurteilt hatte (15. 8. 1953), schrieb, habe der Aufruf das Prestige der Wipog außerordentlich vermehrt, und obwohl er gegenüber den Parteien „nicht sehr freundlich“ gewesen sei, habe er „die entgegengesetzte Wirkung ausgeübt. Die Parteien, sogar die CDU, suchen Kontakt mit uns“ (K/Kor., 23. 11. 1953). Bestätigt wurde dieses Anliegen einer gemeinsamen Außenpolitik ein paar Monate später durch die von Jakob Kaiser gegründete „Volksbewegung für die Wiedervereinigung – „Unteilbares Deutschland“, dessen Komitee Klepper ebenfalls beitrug, was Kaiser mit den Worten kommentierte: „Ihre Bereitwilligkeit, dem Kuratorium beizutreten, wird wesentlich dazu beitragen, der Volksbewegung schon in ihrem Beginn Beachtung und Ansehen in unserem Volke und in der Weltöffentlichkeit zu verleihen“ (Akte: Unteilbares Deutschland, Kaiser an Klepper 8.4. und 17. 5. 1954). Ebenda. Die Liste der 137 Mitglieder des Kuratoriums, das sich am 16. 6. 1954 konstituierte und dessen Präsident Paul Löbe, der frühere Reichspräsident, wurde, weist eine bunte Mischung auf: von Hermann J. Abs bis Georg Zinn, von Heinrich v. Brentano bis Herbert Wehner und von Hermann Proebst (Süddeutsche Zeitung) bis Paul Sethe (FAZ). Die Offene Welt berichtete in ihrer Nr. 32, Juli/August 1954, über das „Unteilbare Deutschland“ (Hervorhebung im Original).

sehr großen Einfluß auf die Personalpolitik hatte²⁷⁷, und der Flüchtlingsminister Theodor Oberländer, der aktiver Nationalsozialist und Träger des ‚Blutordens‘ gewesen sei, beide an führender Stelle in der deutschen Politik, förderten weder das Vertrauen des Auslands gegenüber Deutschland noch das Demokratieverständnis im Inneren²⁷⁸. Auch die regelmäßigen Beratungen Adenauers mit einem Kreis von Wirtschaftsleuten, der, wie Ackermann aus Bonn zu berichten weiß, auch „apostolischer Kreis“ der „zwölf Apostel“ genannt werde, trügen nicht gerade zur Transparenz und Verankerung der Demokratie im Volke bei²⁷⁹.

Was die Liberalen anbelangte, so hielt Klepper große Stücke auf Thomas Dehler, war aber skeptisch, ob dieser sein Konzept „gegen den reaktionären Flügel“²⁸⁰ würde durchsetzen können. „Ohne Treibstoff aus der gesellschaftspolitischen Sphäre – Entproletarisierung, Emanzipation der farbigen Welt, Mobilität des sozialen Systems – bleibt der Liberalismus steril“, schrieb er an Dehler zu dessen Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der FDP im März 1953 und fuhr fort: „Nehmen Sie es bitte nicht für ungut, daß ich so pointiert argumentiere. Ich glaube aber, daß Ihr Vorhaben, eine gestaltungskräftige liberale Partei zu entwickeln, von so großer Bedeutung für die Gesundung unseres politischen Lebens ist, daß sich auch ein Außenstehender zu Worte melden darf.“²⁸¹ Im ganzen erscheint Kleppers Kritik an den Parteien, die nie ein von ihm systematisch aufgegriffenes Thema, sondern lediglich ein Nebenprodukt in Briefen und Artikeln bildete, durchaus zutreffend und teilweise, wie im Falle der SPD, vorausschauend²⁸². Er traf den Nerv, wenn er sagte: „Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien, auch zwischen den Berufsorganisationen der verschiedenen sozialen Schichten deuten darauf, daß das, was geschehen ist, geistig noch nicht verarbeitet ist. Vielmehr wird der politische Kampf nach wie vor mit den Trümmern der Ideologien aus dem neunzehnten Jahrhundert bestritten.“²⁸³

Da es den Parteien, die Klepper als notwendige Institutionen des parlamentarischen Regierungssystems anerkannte²⁸⁴, nach wie vor „an konstruktiver Gestaltungskraft gebrach“, mußten, wie er meinte, die Staatsbürger selbst eingreifen: „Wir wenden uns als Wähler an die politischen Parteien, nicht umgekehrt.“²⁸⁵ Folgerichtig forderte Klepper die

²⁷⁷ Vor allem auch auf die des neu geschaffenen Auswärtigen Amtes! Vgl. Briefwechsel Kleppers u. a. mit Campe und Rusker. Vgl. Kleßmann, S. 253.

²⁷⁸ K./Kor., Ackermann an Klepper, 7. 4. 1954, Klepper an Ackermann, 20. 4. 1954.

²⁷⁹ Ebenda. Die „12 Apostel“ waren: Hermann Josef Abs, Fritz Berg, Karl Bernhard, Karl Blessing, Robert Pferdmeiges, Albert Schäfer, Otto Seeling (!), Friedrich Spennrath, Richard Uhlemeyer, Wilhelm Vocke, Prof. Emil Woermann. Von den zwölf Aposteln waren vier Bankiers, drei Handelskammerpräsidenten, zwei Industrie- und ein Handwerksverbandsvertreter sowie ein Professor, dazu Adenauer. Ackermann hatte angemerkt, daß die Gespräche „unter dem Motto: ‚Keine Interessenvertretung!‘“ stünden.

²⁸⁰ Ebenda, Klepper an Ackermann, 20. 4. 1954.

²⁸¹ Ebenda, Klepper an Dehler, 27. 11. 1953.

²⁸² Sie deckt sich in etwa mit dem Urteil von Franz Neumann und Otto Kirchheimer, vgl.: Söllner, S. 101 ff.

²⁸³ Klepper, Restaurative oder neu gestaltende Politik?, in: M.d.W., Nr. 28, Nov./Dez. 1953.

²⁸⁴ Klepper, Regierung, 3./4. 1. 1953.

²⁸⁵ „Aufruf“.

„Eigenverantwortung der Person“²⁸⁶, das heißt, daß jeder einzelne Staatsbürger, „völlig unabhängig von seinem sozialen Standort, klassenlos denkt und handelt und sich für die Dinge der Allgemeinheit verantwortlich fühlt“. Damit griff Klepper den im Exil entwickelten Gedanken der „klassenmäßigen Synthese“ auf, da „die große Masse der Menschen [...] sich nicht mehr damit begnügen [wolle], Zuschauer des Fortschritts zu sein. Sie mach[e] ihre Mitarbeit [vielmehr] davon abhängig, daß sie an seiner Errungenschaft vollen Anteil nimmt.“²⁸⁷ Da aber die russische Revolution die Marxsche These von der „klassenlosen Gesellschaft“ widerlegt habe, andererseits jedoch die „Unversöhnbarkeit der Klassen-gegensätze [...] verhängnisvoll“ fortwirke²⁸⁸, gälte es, eine „auf viel breiterer Basis klassenlos denkende Elite zu bilden“, denn „wer einen revolutionären Umbruch in unserer Gesellschaft vermeiden will, um eine gefährliche Schwächung unserer Position in der West-Ost-Spannung zu verhüten, muß die Reform von oben, durch die privilegierte Schicht erstreben“. Dafür jedoch sei, so beklagt er, das „Verantwortungsbewußtsein der zur Führung Berufenen [...] bei uns im Westen noch zu wenig aktiviert“²⁸⁹. Ein solches Verantwortungsbewußtsein sei aber die Voraussetzung, um dem „Emanzipationsstreben der nichtbesitzenden Schichten [...] Genüge [zu] tun und ihnen das Bewußtsein [zu] geben, noch eine Chance zu haben“²⁹⁰. Klepper bekannte sich hier offensichtlich zu der nach Puhle typisch „deutschen Tradition“ der „Innovation von oben“²⁹¹, allerdings in demokratischer Absicht, nämlich die Emanzipation der Massen und deren faire Beteiligung am Sozialprodukt zu erreichen. Der Grund, warum er sich für eine Aktivierung einer außerhalb der Parteien und Verbände existierenden Elite einsetzte, war seine Beobachtung, daß traditionelle Führungsschichten, wie sie in den Parteien und Berufsständen etabliert sind, mit der Zeit versagen, weil sie rasch dazu übergehen, partikulare Interessen zu vertreten, statt sich für gemeinsame Ziele einzusetzen. Wie Klepper in einem „Memorandum der Wipog betreffend Neofaschismus und Kommunismus“ ausführte, sollen „Repräsentanten der Kirchen, der kulturellen Institutionen, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften“ angesprochen und zu einem repräsentativen Kreis zusammengefaßt werden. Durch Gedankenaustausch und gezielte Unterrichtung im Sinne der Wipog-Konzeption geschult, sollten diese Repräsentanten dann jeweils in ihrem Umfeld Überzeugungsarbeit leisten und damit als Multiplikatoren wirken²⁹². Inwieweit allerdings die gegebenen Anregungen und

²⁸⁶ Thema einer Ausgabe der *Offenen Welt* von 1984, in der neben einem Grundsatzaufsatz von Pufendorf frühere Schriften aus der Wipog abgedruckt sind. Es sind alles Aufsätze, die heute, dreißig bis vierzig Jahre danach, noch immer aktuell sind, so z. B.: Kleppers Aufsatz „Bildung und Ethos“ (1952); Georg Picht, „Struktur und Verantwortung der Wissenschaft im 20. Jahrhundert“ (1966); Pufendorf, „Über die notwendige Humanisierung der Demokratie“ (1968), Frankfurt/M. 1984.

²⁸⁷ Klepper in: FAZ, 16. 6. 1951. Vgl. K/Kor., Klepper an Pithe, 2. 7. 1951 und an Niemöller, 2. 7. 1953: „Das übergeordnete Ziel, einem allgemeinen Rückfall in die Barbarei vorzubeugen, ist außerordentlicher Anstrengung, auch jedes einzelnen, wert.“

²⁸⁸ Klepper, Wir brauchen starke Regierungen, in: FAZ, 2. 12. 1950.

²⁸⁹ K/Kor., Klepper an Friedrich Kreyser, 19. 2. 1951. Vgl. die Diskussion über die Zerstörung der Eliten in der Gesellschaft Imshausen, Schwiedrzik, S. 63 ff.

²⁹⁰ Klepper, M.d.W., Nr. 28, 1953: „In Deutschland kommen die durch den Krieg und die Kriegsfolgen gesellschaftlich entwurzelten Schichten hinzu.“

²⁹¹ Puhle, *Innovation*, S. 21 ff.

²⁹² Akte Wipog-Unterlagen/Kl., K/Kor., Klepper an Meyer (Übersendung des Memorandums), 17. 12. 1951; Meyer an Klepper, 18. 1. 1952. Für die im Memorandum vorgeschlagene Arbeit veranschlagte Klepper etwa 10 000 DM.

Forderungen politisch umgesetzt werden, hängt wiederum auch von der Bereitschaft der Parteien und derjenigen ab, die in einer Gesellschaft die Macht ausüben, und insofern sind Kleppers Vorstellungen idealistisch. Andererseits kann man sagen, daß Klepper zu einem sehr frühen Zeitpunkt das erkannt und gefordert hat, was nach 1968 in den Bürgerbewegungen lebendig geworden ist.

Die Wipog hat Kleppers Denkansatz weiterentwickelt und konkretisiert. „Eigenverantwortung der Person“ oder auch „Partizipation“ wurde zu einem ihrer zentralen Themen²⁹³, die unter verschiedenartigen Aspekten regelmäßig auf Tagungen diskutiert und in der *Offenen Welt* abgehandelt wurden, lange vor dem 68er Aufbruch. Dann allerdings wurden diese Themen Allgemeingut; man könnte sagen, die Wipog wurde von links überholt und verlor unter anderem deshalb an öffentlichem Einfluß. Heute allerdings könnte das Thema eines der letzten Hefte der *Offenen Welt*, der Nummer 104 aus dem Jahre 1978, wieder größeres Interesse beanspruchen, es lautete: „Langzeitorientierung in einer offenen Welt. Konkretisierung des Gemeinwohls. Mündigkeit als Bedingung für Offenheit. Weltorientierung.“ Hätte Klepper die Hundert-Jahr-Feier seiner alten Preußenkasse im Jahre 1995 miterleben können, hätte er gewiß gelächelt, denn das Thema des Symposions der DG Bank „Die Zukunft denken. Neue Leitbilder für wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln“ entsprach ganz der von ihm durch die Wipog begründeten Tradition.

Nachdem die Wipog sich im September 1951 von der *FAZ* getrennt hatte, stellte sich erneut die Frage nach einem wirksamen Publikationsorgan. Als solches dienten zunächst die Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, die Ende 1953, als man sich auch räumlich von der *FAZ* getrennt hatte, den Titel *Offene Welt* erhielten²⁹⁴. Dies war mehr als ein Titel, es war Programm. Ab der fünften Jahrestagung, im März 1954, präsentierte sich die Wipog unter diesem Motto der Öffentlichkeit: „Offene Welt – Das politische Ziel für Wirtschaft und Gesellschaft“. Um die Zeitschrift *Offene Welt* auch Nicht-Wipog-Mitgliedern zugänglich machen und sie gemeinnützig finanzieren zu können, wurde am 24. April 1954 ein besonderer Trägerverein, der „Verein zur Förderung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Bildung, e.V.“, in Frankfurt/Main gegründet²⁹⁵. Damit machte sich die Zeitschrift von der Wipog unabhängig, wenngleich sie das Publikationsorgan der Wipog blieb und weiter unter bestimmten Themenstellungen die im Rahmen von Wipog-Veranstaltungen gehaltenen Vorträge und die Ergebnisse der zahl-

²⁹³ Vgl. die Hefte der O.W. Nr. 52 (1957), Nr. 83 (1964), Nr. 86 (1968), Nr. 97/98 (1968) und Nr. 101 (1970) zum Thema „Partizipation. Aspekte politischer Kultur“. Das Heft stand unter dem bezeichnenden Motto von Einstein: „Wir müssen umdenken, wenn wir überleben wollen.“

²⁹⁴ Begonnen hatte es mit den Rundbriefen, die seit Juni/Juli 1949, Nr. 9/10, Mitteilungen hießen. Diese nahmen langsam an Umfang zu, wurden zu kleinen Broschüren und erhielten schließlich im Nov./Dez., mit der Nummer 28, den Titel *Offene Welt*. Sie erschien in zweimonatlicher Folge regelmäßig bis 1967 (Nr. 95/96) und ab da sporadisch bis zur letzten Nr. 106, 1987.

²⁹⁵ O.W., Gründungs- und Versammlungsprotokoll. Zum Vorsitzenden wurde Ulrich v. Pufendorf, zum Stellvertreter Gernot Gather und zum weiteren Vorstandsmitglied Karl Helfer gewählt. Außerdem gehörten ihm die übrigen Wipog-Mitglieder an. „Der Zweck des Vereins ist es, auf überparteilicher und nicht interessengebundener Basis durch Forschungs-, Lehr- und publizistische Tätigkeit die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bildung und internationale Gesinnung zu fördern, insbesondere auch durch Herausgabe einer Zeitschrift einen Beitrag für die mitbürgerliche und staatspolitische Erziehung an öffentlichen und privaten Bildungsanstalten zu leisten“ (Satzung § 2).

reichen Arbeitstagen, die der Erarbeitung bestimmter Themen durch das Wipog-Team in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis dienten²⁹⁶, veröffentlichte.

Der Höhepunkt der Wipog-Arbeit und auch der ihrer Breitenwirkung lag in der Mitte der fünfziger Jahre. Dazu hat auch Klepper, obwohl er zunehmend kränker wurde, wesentlich beigetragen, indem er enge Kontakte zu führenden Vertretern der amerikanischen Besatzungsmacht herstellte. Für diese galt die Wipog als eine der „weitsichtigsten Diskussionsgruppen“ in Deutschland²⁹⁷. Diese Kontakte spielten sich auf mehreren Ebenen ab und wurden besonders intensiviert durch eine zweieinhalbmonatige USA-Reise Kleppers von April bis Juli 1954. Diese Reise war auch für ihn ein letzter großer Höhepunkt in seinem Leben, und zwar aus beruflichen wie aus privaten Gründen, konnte er doch nach sieben Jahren schmerzlicher Trennung seine Familie endlich wiedersehen²⁹⁸.

Doch ist die USA-Reise mit den vielfältigen sich daraus ergebenden Kontakten nicht nur von biographischem Interesse. Sie berührt auch ein sehr interessantes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, nämlich die Frage nach dem deutsch-amerikanischen Verhältnis und den vielfältigen Möglichkeiten wechselseitiger Einflußnahme, die neben der offiziellen Politik herliefen und diese unterstützten oder auch korrigierten. Neben personellen Verbindungen spielte die Konzeption der Wipog eine wesentliche Rolle bei der Gewinnung amerikanischer Sympathien, denn die Wipog lag mit ihrer eindeutigen Westbindung, ihrer von Beginn an klaren Einschätzung des sowjetischen Systems und ihrem Eintreten für eine friedliche Überwindung des Ost-West-Konflikts ganz auf der Linie der amerikanischen Politik. Daß die Wipog nicht etwa den amerikanischen Konzepten nachgeeifert, sondern ihre Linie unabhängig davon gefunden hat, läßt sich an den von Klepper schon in der Exilzeit entwickelten Konzepten nachweisen, die einmal auf seiner schon zur Zeit der Weimarer Republik vertretenen Überzeugung von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit und zum anderen auf seiner besonders im Exil gewonnenen Erkenntnis von dem totalitären Charakter der stalinistisch gesteuerten kommunistischen Partei basierten.

Ein Teil von Kleppers Kontakten zu Amerika bestand schon seit der Emigrationszeit. Nach seinem China-Aufenthalt hatte er ein dreimonatiges Stipendium für eine Amerikareise bekommen, die ihn nach Los Angeles und nach New York geführt hatte. Da außerdem frühere deutsche Emigranten als Amerikaner nach dem Kriege nach Deutschland gekommen waren, fand Klepper auch über diese Kontakt zu den amerikanischen Behörden. Einer dieser Vermittler war sein langjähriger Freund Hans B. Meyer, der in den ersten Nachkriegsjahren beim High Commissioner of Germany, der sogenannten

²⁹⁶ Vgl. Akte Tägungen, O/62/2. Themen waren entweder aktuelle Probleme, zu denen man eine Stellungnahme erarbeiten wollte, oder prinzipielle Fragen, die es im Zusammenhang der Wipog-Arbeit zu klären galt. Beispiele sind: die Agrarpolitische Tagung vom 2. Februar 1949 zum Thema: „Die deutsche Landwirtschaft und die Nation“, Arbeitstagen mit der Rand-Corporation oder Ruth Fischer über Probleme der Sowjetunion und die neu entstehende ‚neutrale‘ Dritte Welt.

²⁹⁷ K/Kor., Shuster an James B. Conant, U.S.High Commis. for Germany, 9. 4. 1953.

²⁹⁸ Aus den Privatbriefen an seine Kinder geht deutlich hervor, wie stark er unter der Trennung von seiner Familie gelitten hat. Vgl. Kleppers ersten Brief aus New York an Lübke, 28. 4. 1954, in dem er die „sehr gefühlvolle Szene [des Wiedersehens], bei der auch einige Tränen flossen“, schildert (Akte K-L/USA).

HICOG in Frankfurt/Main, im Office of Public Affairs arbeitete. Er gehörte zum Foreign Service of the United States in Bad Godesberg und befaßte sich mit Öffentlichkeitsarbeit. In dieser Funktion nahmen er und Max M. Kimental häufig an Tagungen der Wipog teil²⁹⁹.

Über George N. Shuster, den Präsidenten des Hunter College, bekam Klepper zu dem neuen Hochkommissar in Bonn, Professor James B. Conant, Kontakt³⁰⁰. Henry J. Kellermann vom Bureau of German Affairs, einer Abteilung des State Department, nahm an einem Diskussionsabend in Frankfurt/Main und an den Hattenheimer-Gesprächen „Zur psychologischen Situation in Westdeutschland“ teil und hielt selbst einen Vortrag über „Die Motive der amerikanischen Nachkriegspolitik gegenüber Westeuropa und Deutschland“³⁰¹. Kellermann war von der Tagung außerordentlich beeindruckt, seit 1945 habe er keine so anregende und äußerst lohnende Diskussion in Deutschland erlebt³⁰². Im Herbst 1953 ließ Kellermann sich vom State Department für ein halbes Jahr beurlauben, um an einer „Untersuchung der politischen Meinungen und Strömungen in Europa in Bezug auf gewisse Zentralprobleme der amerikanischen Außenpolitik“, die von der Rand-Corporation, einer von der amerikanischen Luftwaffe gegründeten Forschungsgesellschaft, durchgeführt werden sollte, teilzunehmen³⁰³. Aus diesem Grunde war er vier Monate in Deutschland, hatte engen Kontakt zur Wipog, tauschte in vielen Gesprächen Meinungen mit Klepper aus und ließ sich von diesem an andere namhafte Persönlichkeiten in Deutschland weiterempfehlen, beziehungsweise schickte amerikanische Kollegen und Freunde zu Klepper³⁰⁴. Auf diesem indirekten Wege sind Analysen und Thesen der Wipog in den für das amerikanische Außenministerium bestimmten Forschungsbericht eingeflossen. Dies beweisen nicht nur die Protokolle der Arbeitstagen und die reichhaltige Korrespondenz mit Hans Speier und Henry Kellermann, sondern auch ein Brief Kellermanns nach Beendigung der Studie, in dem er von der Übereinstimmung seiner Gedanken und Einschätzungen mit denen der Wipog sprach, wobei er allerdings hinzufügte, er sei nicht ganz so pessimistisch wie Klepper.

Welches Gewicht das Konzept der Wipog für die amerikanische Europa-Forschung hatte, zeigt sich ebenfalls in dem zwischen der Rand-Corporation und Klepper am 1. Dezember 1954 abgeschlossenen Vertrag über eine von der Wipog zu erstellende Studie über „Die kennzeichnenden Merkmale des Ost-West-Handels“, für die etwa 20 000 DM ausgegeben wurden. Die 215 Seiten umfassende Studie, an deren Bearbei-

²⁹⁹ K/Kor., Klepper-Kimental.

³⁰⁰ K/Kor., Shuster an James B. Conant, U.S.High Commissioner for Germany, 9. 4. 1953. Shuster empfiehlt Klepper als einen, „whom I have known and admired for many years“. Shuster hatte auf der dritten Herbsttagung im Oktober 1951 einen Vortrag über „Die deutsche Chance – Aus amerikanischer Sicht“ gehalten (Akte Arbeitstagen, veröffentlicht als Broschüre „Der Deutsche Beitrag in Einigkeit“, Bonn 1951, S. 17 ff.).

³⁰¹ Kellermann in: M.d.W., Nr. 24/25, Pfingsten 1953.

³⁰² K/Kor., Kellermann an Klepper, 13. 1. 1952.

³⁰³ Ebenda und Kellermann an Klepper, 26. 10. 1953. Vgl. auch: Klepper an Prof. Helmut Gollwitzer, 30. 3. 1954, Kor. Klepper-Speier. „Der Rand-Corporation“, die ihren Hauptsitz in Santa Monica/Cal., aber auch ein Office in Washington hatte, „verdanken wir ungemein interessante Veröffentlichungen“. Die Wipog hatte schon kurz nach ihrer Gründung Kontakt mit der Rand-Corporation, vor allem mit Hans Speier, der mit Klepper bis kurz vor seinem Tode regelmäßig korrespondierte und Informationen und Meinungen über politische Fragen austauschte, vgl. Akte Rand I. Zu Hans Speier vgl.: Prinz in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989).

³⁰⁴ Rand I, vgl. u. a.: Speier an Klepper, 6.3. und 2. 7. 1953.

tung auf Veranlassung Kleppers Paul Hensel von der Universität Freiburg maßgeblich beteiligt war, wurde im Sommer 1955 abgeschlossen und fand ein positives Echo³⁰⁵. Die Rand-Corporation war und ist eine der einflußreichsten Forschungsgesellschaften, deren Ergebnisse von der amerikanischen Regierung berücksichtigt wurden und werden. Doch war für die Wipog nicht nur das Prestige, sondern die finanzielle Seite des Unternehmens von ebenso großer Bedeutung, denn es wurde immer schwieriger, die Wipog finanziell über Wasser zu halten.

Im Sommer 1952 bemühte sich Klepper, im Rahmen des US-Exchange-Program eine Forschungsreise bewilligt zu bekommen³⁰⁶, ein von Kellermann, Meyer und Speier unterstützter Plan³⁰⁷. Doch das Geld kam schließlich aus ERP-Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten³⁰⁸. Der Forschungsauftrag ging auf einen Vorschlag Kleppers an Lübke³⁰⁹ zurück und lautete im ministeriellen Amtsdeutsch folgendermaßen: „Studium der Maßnahmen der USA-Regierung hinsichtlich der Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für landwirtschaftliche Produktionsmittel, sowie Studium des Kreditwesens in den USA.“³¹⁰

Hinter diesem neutralen Auftrag, das Kreditwesen zu untersuchen, steckte aber ein etwas konkreterer Plan, nämlich „das Terrain“ für langfristige Agrarkredite zu sondieren. Diese Absicht spiegelt sich sowohl in einem Brief Lübkes an Klepper wider, in dem er ihm den Forschungsauftrag erteilte³¹¹, wie in dem Exposé über das Agrarprogramm der Bundesregierung, das Klepper offensichtlich auch zur Vorlage bei in Frage kommenden Kreditgebern in den USA mitgegeben wurde. In seinem Brief an Klepper berief sich Lübke, der seit Oktober 1953 Landwirtschaftsminister war, auf die Regierungserklärung Adenauers, die „deutlich zum Ausdruck gebracht [*habe*], daß die Agrarstruktur der Bundesrepublik dringend einer Änderung bedürfe“ und er die „Durchführung dieser schwierigen Aufgabe“ „bestmöglich“ unterstützen wolle³¹².

Das Memorandum galt dem Problem „Auslandskredite zur Beschleunigung der Durchführung des Agrarprogramms der Deutschen Bundesregierung“ und nannte als allgemeine Zielsetzung das, was Klepper schon in der Weimarer Zeit gefordert hatte: Ausbau der Erzeugung bei gleichzeitiger Senkung der Erzeugerkosten, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und einen „Beitrag zur Ernährungssicherung auch im übernationalen Wirtschaftsraum leisten“ zu können. Als wirksame Maßnahmen waren Ra-

³⁰⁵ Ebenda, Speier an Klepper, 21. 6. 1955. Sie sollte an „officials in the U.S. Government“ und „experts in the universities“ verteilt werden. Text der Studie in: Rand II.

³⁰⁶ Rand I, HICOG an Klepper, 3. 7. 1952.

³⁰⁷ Kellermann an Klepper, 13. 1. 1953, vgl. ebenso Kor. mit Meyer und Speier.

³⁰⁸ K-L/USA, BM für ELuF an Klepper, 9. 3. 1954. Es ging um Zinsrückflüsse aus ERP-Mitteln, ca. 20 000 DM wurden für Kleppers Forschungsreise bewilligt.

³⁰⁹ Ebenda, Klepper an Lübke, 3. 2. 1954. Siehe auch BAK, Lübke-NL, Nr. 42, Bl. 125.

³¹⁰ Ebenda, Amtsschreiben des Ministeriums vom 10. 4. 1954.

³¹¹ Ebenda, Klepper an Lübke, 28. 4. 1954. Klepper erwähnt ein Radiointerview, „bei dem über Integration, Wipog und das Agrarprogramm gesprochen werden wird. Von Geld sage ich natürlich nichts.“ Siehe auch Lübke-NL, Bl. 213. Klepper an Lübke, 13. 5. 1954: „Ich habe bei allen Stellen, mit denen ich gesprochen habe, betont, daß es sich bei meinen Unterhaltungen nur um den Versuch handelt, das Terrain zu studieren, daß ich aber nicht beabsichtige, etwa Abschlüsse zu machen. Die Leute, mit denen ich gesprochen habe, haben diese Bemerkung richtig verstanden. Ich habe also immer ein theoretisches Alibi.“ Vgl. auch Lübke an Klepper, 27. 2. 1954. Entwurf zu diesem Brief in: Lübke-NL, Bl. 123.

³¹² Ebenda, Lübke an Klepper, 27. 2. 1954.

tionalisierung und Technisierung der Betriebe, Flurbereinigung und Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche vorgesehen. Da am innerdeutschen Kapitalmarkt langfristige Investitionskredite nicht in nächster Zukunft und schon gar nicht zu dem in den USA üblichen Zinssatz von 4–6% zu haben seien, wäre eine „langfristige Auslandsanleihe von insgesamt 1 Milliarde DM, aufgeteilt in vier Jahrestanchen von je 250 Millionen DM“, höchst willkommen³¹³.

Aus den Briefen Kleppers an Lübke, in denen er über seine Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsministerium in Washington und der Weltbank berichtete, geht der folgende Zusammenhang hervor³¹⁴. Klepper ist sowohl im Landwirtschaftsministerium auf „oberster Ebene auf Interesse gestoßen“³¹⁵ als auch bei der Weltbank. Der Grund, warum Klepper auf „überraschendes Verständnis“ für die deutschen agrarpolitischen Pläne gestoßen ist, ist wohl darin zu suchen, daß er gemäß seinem alten Konzept die Agrarpolitik als Teil der Wirtschaftspolitik und diese wiederum als einen wesentlichen Teilaspekt der europäischen Integration dargestellt hat und damit dem amerikanischen Interesse an einem festen westlichen Bündnis entgegenkam. Außerdem versuchte er den Amerikanern sein altes Ziel zu vermitteln, die deutsche Landwirtschaft auf den internationalen Wettbewerb umzustellen und gleichzeitig „die deutschen Landwirte für die Demokratie zu gewinnen“³¹⁶. Klepper entwickelte die Idee, den amerikanischen Weizenüberschuß mit der Finanzierung des deutschen Agrarprogramms zu kombinieren, eine Idee, die er übrigens schon in der Weimarer Zeit propagiert hatte. Obgleich er die „Chancen für eine agrarpolitische Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten“ und der Bundesrepublik hoch einschätzte³¹⁷, sah er zwei große Hemmnisse: Das erste bestand darin, daß die Weltbank nur Anleihen gegen eine Garantie des jeweiligen Staates vergeben, die Bundesregierung aber gemäß dem Londoner Schuldenabkommen keine weiteren Garantien vergeben durfte; eine Bestimmung allerdings, die nach Ansicht Arthur Hoars, des für deutsche Fragen zuständigen Vorstandsmitglieds der Weltbank, bald aufgehoben werden würde.

Problematischer war das zweite Hemmnis, das dann auch zum Scheitern der ganzen Angelegenheit geführt hat, nämlich die Konkurrenz zum Wirtschaftsministerium. Ludwig Erhard hatte die Federführung für die Auslandsanleihen, wie Klepper es ausdrückte, „an sich gerissen“ und, wie Hoar ihm anvertraut hatte, „bereits seinerseits Projekte für Anleihen zu Gunsten der Industrie angemeldet“. Klepper legte Lübke also nahe, „sich mit Erhard über eine faire Aufteilung der hiesigen Kreditfazilitäten zwischen Landwirt-

³¹³ Ebenda, der Text trägt nur eine Nr. IV A 4–4406 und umfaßt viereinviertel Tippseiten, eine englische Übersetzung ist angefügt. Vgl. auch: Lübke-NL, Bl. 222.

³¹⁴ Ebenda, Klepper an Lübke, 28.4., 13.5., 18.5., 3.6., 8.6., 19.6. und 3. 7. 1954.

³¹⁵ Ebenda, Klepper an Lübke, 3. 6. 1954. Zunächst hat er mit Staatssekretär Davis, später mit Landwirtschaftsminister Ezra Taft Benson verhandelt; außerdem haben seine Freunde im State Department eine Konferenz arrangiert, bei der die Landwirtschaft, das Finanzwesen und die deutsche Abteilung der Public Affairs vertreten waren und die mehrfach tagte (13. 5. 1954).

³¹⁶ Ebenda, Klepper an Lübke, 13. 5. 1954. Klepper hat mit Hoar verhandelt; ob das geplante Gespräch mit dem Weltbankpräsidenten Eugene Robert Black zustande gekommen ist, geht aus den Briefen nicht hervor. Außerdem hatte er Kontakte zu anderen Banken, u. a. zur Import-Export-Bank über die Vermittlung von McCloy (McCloy an Major General G. E. Edgerton, 10. 5. 1954).

³¹⁷ Ebenda, Klepper an Lübke, 18. 5. 1954 (Klepper erbittet unverzüglich Auskunft über den Umfang deutscher Getreideimporte und eventuelle Importbindungen) und 3. 6. 1954.

schaft und Industrie zu verständigen“³¹⁸. Diese Verständigung scheint Lübke gar nicht erst versucht zu haben, denn einen Monat später schrieb Erhard – fast schon in Form einer Zurechtweisung – an Lübke, er habe über den deutschen Executive Director in der Weltbank, Johannes Zahn, erfahren, daß Klepper in seinem Namen mit der Weltbank über Anleihen verhandle und ein Memorandum übergeben habe. Da Erhards eigene Verhandlungen über Industrieanleihen bereits gescheitert seien, „sollte es [...] vermieden werden, daß von einem anderen Bundesressort, ohne vorherige Fühlungnahme mit mir, neue Anleihewünsche an die Weltbank herangetragen werden“. Wie ein Schulmeister verlangte Erhard „als der zuständige Ressort-Minister“ über das Memorandum unterrichtet zu werden, da „die darin enthaltenen Ausführungen [...] möglicherweise geeignet [seien], die künftige Haltung der Weltbank gegenüber der Bundesrepublik in dem einen oder anderen Sinne zu beeinflussen“. „Einer Fühlungnahme mit der Weltbank ohne Beteiligung meines Hauses möchte ich dringend widerraten.“³¹⁹

Die gewünschte Wirkung wurde erzielt; Lübke lenkte ein: „Wie ich Ihnen in der Kabinettsitzung vom 23. Juni 1954 mitteilte, möchte ich Ihr Schreiben vom 16. Juni 1954 durch eine mündliche Aufklärung erledigen, da – wie Sie inzwischen vielleicht auch selbst festgestellt haben – dem Besuch von Herrn Otto Klepper bei der Weltbank nicht die Bedeutung zukommt, die Sie ihm beimessen.“³²⁰ Dieser kleine interministerielle Vorgang scheint typisch für genau die Stagnation und Phantasielosigkeit der deutschen Regierungspolitik zu sein, die Klepper kritisierte. Er hat nicht die Bedeutung seiner eigenen Person überschätzt³²¹, sondern war nur stark beeinflusst von dem im Gegensatz zu Deutschland sehr anderen politischen Denken und Handeln der amerikanischen Führungseliten. Die unkonventionelle Art der Verhandlungen auf allen möglichen Ebenen, solange sie sich in das amerikanische außenpolitische Konzept einordnen ließen, entsprach Kleppers Mentalität und seinem Verständnis von Außenpolitik, als die Politik einer Handelsmacht auf gesellschaftlicher Basis, weit mehr. Diese ‚open-door-policy‘ paßte zur Wipog-Konzeption der „offenen Welt“, nicht aber zur offiziellen deutschen Außenpolitik, die in der Regel nach streng bürokratisch-hierarchischem Muster funktionierte³²². Statt jeden Kontakt, wer auch immer ihn hergestellt haben mochte, zu nutzen und sich gegenseitig zu unterstützen, das heißt Agrar- und Industriepolitik als Teile einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu verstehen, beharrte der eine auf seiner Führungsrolle und zog der andere sich zurück, statt seine Politik von Beginn an kooperativ anzulegen und für die gemeinsamen Ziele zu werben. Es ist nur logisch, daß die Bedeutungslosigkeit von Kleppers Gesprächen erhalten mußte, um den interministeriellen Frieden wiederherzustellen, die Gespräche mußten bedeutungslos bleiben, wenn keine konkrete Politik dahinterstand. Es gab übrigens noch einen dritten Konkurrenten im

³¹⁸ Ebenda, Klepper an Lübke, 18.5. und 13. 6. 1954.

³¹⁹ Lübke-NL, Bl. 232, Erhard an Lübke, 16. 6. 1954.

³²⁰ Ebenda, Lübke an Erhard, 4. 8. 1954.

³²¹ K./Kor., Klepper an Kellermann als Antwort auf dessen positive Beurteilung seines Erfolges in USA, 6. 8. 1954: „Sie haben, wie ich fürchte, etwas zu freundliche Worte für meine dortige Tätigkeit gefunden.“

³²² So setzte Klepper sich für den deutschen Generalkonsul in New York, Hans Riesser, ein, von dem er nicht nur selbst viel halte, sondern der auch ein hohes Ansehen bei den Amerikanern genieße, der aber trotzdem abberufen werden sollte, weil er die Altersgrenze erreicht habe (Klepper an Lübke, 28. 4. 1954).

Rennen um amerikanische Anleihen, den Flüchtlingsminister Oberländer. Er versuchte, „mit Hilfe von Senator William Langer unter den deutsch-amerikanischen Farmern im Mittelwesten eine Anleihe zur Sesshaftmachung von Ostflüchtlingen unterzubringen“. Klepper hielt es für äußerst ungünstig, wenn der ehemalige Nationalsozialist Oberländer im Gegensatz zu Lübke reüssiere³²³.

So wenig für die ‚große Politik‘ herausgekommen sein mag, so hatte sich doch für Klepper noch ein letztes Mal die Möglichkeit geboten, auf hoher internationaler Ebene seine alten, schon aus der Weimarer Zeit stammenden agrarpolitischen Ziele zu vertreten und mit Erfolg für die Arbeit der Wipog zu werben. Durch Shepard Stone, der inzwischen Direktor der Europa-Abteilung bei der Ford Foundation geworden war und den Klepper in New York traf³²⁴, lernte er den damaligen Chef der Ford-Foundation, Rowan Gaither, kennen, mit dem eine enge Zusammenarbeit begann und der die Wipog auch finanziell unterstützte³²⁵. Vor dem New Yorker World Club hielt Klepper einen Vortrag über „Deutschlands Zukunft“³²⁶, sprach mit vielen führenden amerikanischen Persönlichkeiten, zum Beispiel mit John McCloy, „der nach wie vor in allen Deutschland betreffenden Fragen konsultiert wird“³²⁷, Louis Fischer, der Wipog-Mitglied geworden war³²⁸, und mit den Leuten von der Rand-Corporation über die Arbeit der Wipog und legte die Grundlagen für seine oben bereits erwähnte Studie, die er 1955 für die Rand-Corporation durchführte. Ein recht origineller Kontakt ergab sich zu dem ehemaligen Brigadier General Julius Klein, der einer Public Relations Firma in Chicago vorstand und daran interessiert war, die in Europa noch fast unbekannten Methoden der Public Relations einzuführen. Klepper interessierte sich sehr dafür und informierte sich in einem langen Gespräch mit Klein über die Möglichkeiten der Public Relations in den verschiedensten wirtschaftlichen Bereichen. Die Wipog sollte den Kontakt zu führenden Firmen in Deutschland herstellen, was ihr bei dem vorhandenen Mitgliederbestand aus der Industrie nicht schwer fiel³²⁹. Kurt Grossmann, den er noch aus Paris kannte, arrangierte eine Party der Jewish Agency für ihn und veröffentlichte ein Interview mit ihm in seiner Emigrantenzeitung *Der Aufbau*.

³²³ Akte Kor.K/Klein, Klepper an General Klein, New York, 4. 6. 1954.

³²⁴ K/Kor., Klepper an Kellermann, 11. 7. 1955. Klepper berichtet Lübke von einer Konferenz mit Stone, die positive Folgen haben werde, 28. 4. 1954 (K-L/USA).

³²⁵ Ebenda, Klepper nannte Gaither in einem Brief an Lübke, 8. 6. 1954, „eine der markantesten Erscheinungen des hiesigen öffentlichen Lebens und interessanter als die offiziellen Politiker“. Siehe: Akte Finanzierung der O.W..

³²⁶ K/Kor., Hans Lamm schickte Klepper die Besprechung seines Vortrags, 12. 5. 1954.

³²⁷ Ebenda, Klepper an Lübke, 13. 5. 1954. Michael Harris, Director of Political Affairs beim HICOG, hat Klepper wichtige Kontakte bei der Regierung in Washington und der Ford Foundation vermittelt (an Klepper, 21. 4. 1954), und Mueller an McCloy, 20. 4. 1954: Empfehlung nicht nur seiner offiziellen Mission, sondern auch der Wipog, wobei Mueller hinzufügte: „You may not only be interested in his mission but also in the political thinking and information he represents.“ Außerdem traf Klepper Hans Wallenberg, den früheren Chefredakteur der Neuen Zeitung.

³²⁸ Akte USA-Reise, Fischer an Klepper, 27. 3. 1954.

³²⁹ Kor.K/Klein, Gesprächsprotokoll, 24. 6. 1954, Briefwechsel und Artikel. Im September 1954 hatte Klein den Auftrag, die Situation der amerikanischen Armee in Deutschland zu untersuchen, bei dieser Gelegenheit traf er sich auch mit Klepper.

Natürlich traf Klepper auch mit seinen alten Freunden aus Berliner Zeiten zusammen, mit Engelmann, Bloch, den er zuletzt in China gesehen hatte, und Kurt Kersten³³⁰. Das für ihn persönlich wichtigste Erlebnis war das Zusammensein mit seiner Familie. Dieser lang entbehrte Kontakt mit Frau und Kindern machte ihn „sehr glücklich“³³¹ und trug dazu bei, die Reise zu einem echten Höhepunkt für ihn zu machen. Doch galt auch hier, was schon beim Abschied von New Orleans gegolten hatte: Es war gewiß ein von allen empfundenenes Glück, aber es entbehrte diesmal noch stärker einer realen Basis als das letzte Mal. Frau Klepper und die Kinder hatten sich eine eigene Existenz aufgebaut, waren amerikanische Staatsbürger geworden und nicht gewillt, nach Deutschland zurückzukehren, jedenfalls nicht die Kinder, die inzwischen erwachsen geworden waren, zum Teil geheiratet hatten und sich mit ihrer neuen Heimat identifizierten.

Wenn man bedenkt, daß es zu jener Zeit noch keineswegs selbstverständlich war, als Deutscher in Amerika einen solchen Empfang und ein so positives Echo³³² – sogar in den Kreisen der New Yorker Juden – zu finden, kann man sagen, daß diese Reise ein persönlicher Erfolg Kleppers war. Er fühlte sich in den Vereinigten Staaten wohl³³³, obwohl er die damals aktuelle amerikanische Politik, vor allem diejenige, „die sich mit dem Namen McCarthy verbindet“, nicht begriff, aber in diesem Nichtbegreifen war er sich einig mit allen seinen Gesprächspartnern³³⁴. Er fühlte sich verstanden und genoß eine wesentlich höhere Anerkennung als die, die ihm daheim vergönnt war. Ein ähnliches Phänomen hatte sich auch in Frankreich ergeben, „der Prophet galt nichts im eigenen Lande“! Das war die eine Seite, die andere lag in ihm selbst. Im Ausland fand sein Denken in großen Zusammenhängen leichter ein positives Echo. In Deutschland war es für ihn, der sich so stark mit dem politischen Geschick seines Landes indentifizierte, viel schwieriger, Distanz zu wahren. Er neigte dazu, in tiefe Depressionen zu verfallen, wenn er mitansehen mußte, daß so vieles in seinen Augen falsch gemacht wurde, ohne daß er die Möglichkeit hatte, es zu ändern.

Lange Zeit hatte zwar trotz aller auch gesundheitlichen Krisen, die bei ihm stets mit starken Depressionen verbunden waren³³⁵, immer wieder sein Optimismus gesiegt, doch allmählich ließ die Kraft nach. Schon im Sommer 1951 klagte er gegenüber seiner Tochter über seine Depressionen und seine große Traurigkeit, die aus der Erkenntnis stamme,

³³⁰ Vgl. K/Kor., Korrespondenz mit Engelmann, Bloch, Kersten.

³³¹ Lübke-NL, Bl. 101, Klepper an Lübke, 19. 6. 1954. „Die Malaise unseres familiären Lebens ist behoben. Darüber sind wir alle sehr glücklich. Ohne Sie wäre das nicht gegangen“. An anderer Stelle (3. 6. 1954) äußert er seine Dankbarkeit gegenüber Lübke, fast in jedem Brief an Lübke ist von diesem Glück die Rede.

³³² K/Kor., Kellermann an Klepper, 29. 7. 1954. Er habe mit vielen Kontaktpersonen Kleppers über seinen Besuch gesprochen und finde, daß Klepper in der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit, unter den nicht immer günstigsten Umständen erstaunlich viel erreicht habe. Kellermann wünscht Klepper, daß er auch in Deutschland die Anerkennung finde, die er verdiene.

³³³ Lübke-NL, Klepper an Lübke, 19. 6. 1954: „P.S. Mir gefällt es in Amerika viel besser als in Germany. Ich habe auch den Eindruck, daß ich den Amerikanern besser gefalle als den Deutschen.“

³³⁴ K-L/USA, Klepper an Lübke, 13. 5. 1954.

³³⁵ Im März 1952 hatte er eine Lungenentzündung (K/Kor., Drechsler an Lübke, 1. 4. 1952) und einen Monat später eine schwere Gelbsucht, deren Folgen ihn den ganzen Sommer über quälten. Viele Hinweise in der Korrespondenz: u. a. Prof. Hubert Habs an Klepper, 10. 4. 1952; Drechsler an Klepper, der auf Amrum weilt, 20. 6. und 7. 7. 1952. Seine Frau schrieb in einem Brief vom 13. 3. 1957 an Lübke (Lübke-NL, Bl. 58), daß er zu allen Zeiten seines Lebens an Depressionen gelitten habe.

„daß es im persönlichen Leben eigentlich nichts mehr gibt, worauf man sich freuen kann“, aber er fügte gleich hinzu, die Tochter brauche sich keine Sorgen zu machen, denn „ich habe ja meine sachlichen Ziele, und der Kampf um diese Dinge hält mich am Leben“³³⁶. Je sinnloser ihm aber dieser „Kampf“ erscheinen mußte, desto mehr ließen seine Kräfte nach. Er erkannte es selbst ganz klar. Im September 1952 schrieb er aus dem Sanatorium in Königstein: „Meine Krankheiten und sonstigen Beschwernisse sind, wie ich glaube, letztlich psychisch bedingt. Der viele berufliche und persönliche Ärger, den ich in den letzten beiden Jahren hatte, hat sich schließlich körperlich niedergeschlagen.“ Doch rasselte er sich wieder hoch und hielt diese negative Phase für beendet. „Ich sehe dem, was nun kommt, mit einem merkwürdig erfrischten Optimismus entgegen.“³³⁷ In der Tat ging es wieder aufwärts, bis ein Jahr später, im Herbst 1953, die nächste Krise in Gestalt einer allergischen Hautreaktion „unbekannten Ursprungs“, bei der zwei Drittel der Haut außer Funktion gesetzt waren, eintrat, eine Krankheit, die ihn furchtbar quälte und sieben Wochen ans Bett fesselte. „Beinahe hätte ich das Zeitliche gesegnet“, meinte er in einem Brief an Dehler³³⁸, aber auch diesmal raffte er sich wieder auf und betrieb seine Vorbereitungen für die USA-Reise.

Nach der Rückkehr aus den USA trug der Elan noch einmal eine kurze Zeit. In der Juli-Ausgabe der neugegründeten *Offenen Welt* erschien sein programmatischer Aufsatz „Was tun?“, in dem er sich mit den verpaßten Chancen bei der Nutzung der Marshallplan-Hilfe, die statt „zur ökonomischen Integration des Kontinents, [...] zum Wiederaufbau der Nationalwirtschaften“ verwendet worden sei, auseinandersetzte und zu einem neuen Versuch der europäischen Integration aufrief, allerdings ohne Optimismus. Sein Aufsatz endet mit dem Satz: „Wir gehen einer ernsten, sorgenvollen Zeit entgegen.“³³⁹ Ende August erschien der bereits erwähnte „Aufruf zur gemeinsamen Außenpolitik“, und im Oktober fand in Esslingen eine große Wipog-Tagung unter dem Motto „Was tun? Der neue Weg zur Integration“ statt³⁴⁰. Im Jahre 1955 geriet die Wipog in eine schwere finanzielle Krise, die auch ihn selbst berührte, da er weder von der Deutschen Genossenschaftsbank (DG Bank), der Nachfolgebank der alten Preußenkasse, eine Pension, noch eine Wiedergutmachung oder Pension vom Staat bewilligt bekam, was er gehofft hatte³⁴¹.

Lübke, von dem er diesen negativen Bescheid erhalten hatte, schrieb: „Ich bedaure dieses Ergebnis, weil Sie meiner Ansicht nach [...] es wirklich verdient hätten, auf

³³⁶ Klepper an Renate, 10. 6. 1951.

³³⁷ Klepper an die Familie, 16. 9. 1952.

³³⁸ Ebenda: Klepper an Dehler, 20. 10. 1953 und Klepper an Engelmann, 23. 11. 1953.

³³⁹ Klepper, Was tun?, in: O.W. 32, Juli/August 1954.

³⁴⁰ Akte Arbeitstagungen, Esslingen 23. 10. 1954, 3 Hauptreferate zum Thema Integration aus deutscher (Klepper), aus europäischer (Alfred Mozer, persönlicher Referent von Sizzo Mansholt) und aus christlicher Verantwortung (Hans Müller-Schwefe).

³⁴¹ K/Kor., Klepper an Lübke, 7. 4. 1955. Lauffer hat versucht, für Klepper, der keine Pension bekam und in großer Geldnot war (vgl. Briefe vom 9./27. 4. 1955), von der DG Bank eine Pension zu bekommen, und er drängte Klepper, einen Antrag zu stellen, was Klepper selbst sehr unangenehm war, weil er es haßte, bitten zu müssen. Der dafür zuständige Mann war Andreas Hermes, Vorsitzender des Verwaltungsrates der DG Bank (vgl. Hartmann in: Edeka-Rundschau, Nr. 12, 23.6. 1950, S. 30–33). Hermes hat nichts für Klepper getan, trotz Vermittlung von Lauffer und Lübke (vgl. K/Kor.). Er hat Klepper nach dem Kriege nicht nur nicht gestützt, sondern sich auch abfällig über ihn und die von Klepper gegründete Wipog geäußert, vgl. ebenda, Brief Kleppers an Albersmann, 22. 6. 1949.

Grund Ihrer politischen Haltung in den Genuß einer Wiedergutmachung zu gelangen.“³⁴² Auch Lübke hatte sich darum bemüht, als „politisch Verfolgter“ anerkannt zu werden³⁴³, und dabei wohl verdrängt, daß er seinerzeit als Geschäftsführer an der Überführung der 1927 gegründeten Deutschen Bauernschaft in den Reichsnährstand beteiligt gewesen war³⁴⁴, und nun als Minister wahrlich nicht am Hungertuche nagte. Seltsame Blüten trieb das Wiedergutmachungsgeschäft! Während frühere Nationalsozialisten teilweise recht rasch wieder in ihre alten Pensions- und Rentenansprüche eintraten, mußten Emigranten und vom NS-Regime Verfolgte lange um ihre Entschädigung kämpfen und das oft vergeblich, wie zum Beispiel Friedrich Wilhelm Foerster, der von den Spenden amerikanischer Sponsoren mit 85 Jahren in kümmerlichen Verhältnissen in New York lebte und für dessen berechnete Entschädigungsansprüche Klepper sich vergeblich eingesetzt hatte³⁴⁵. Kleppers Korrespondenz mit vielen Hilfesuchenden bezeugt, was Professor Franz Böhm in einem Brief an Lübke hervorhob: „Es ist mir unvergeßlich, mit welcher Kraft und mit welchem menschlichen Gefühl“ Klepper sich „für die Wiedergutmachung der Verbrechen des 3. Reiches vor allem gegenüber den Juden eingesetzt hat.“³⁴⁶ Gewiß hatte er besonders viel Verständnis, denn „der Gedanke, in dieselbe Situation zurückzufallen, in der ich mich so lange während der Emigration befand, das heißt, vor der Notwendigkeit zu stehen, auf andere angewiesen zu sein, ist fürchterlich“³⁴⁷.

Die Wolken lichteten sich nicht mehr, „durch die fortgesetzten Fehlschläge [seiner] Versuche, wieder gesund zu werden“, fühlte er sich „reichlich deprimiert“, wobei „natürlich auch die trostlose politische Lage eine Rolle“ spielte³⁴⁸. Sein alter Schulfreund, Kurt Kersten, vermittelt ein sehr anschauliches und sehr melancholisches Bild von Kleppers Zustand am Ende seines Lebens. Kersten hatte ihn noch einmal besucht und „an einem milden Herbsttag“ in Königstein, im Taunus, in einer Weinstube mit ihm zusammengessen. „Die Blätter wirbelten schon im sanften Winde. Er war ein müder alter Mann voller Gram, und einmal sprach er ganz leise: ‚Wenn ich gewußt hätte, was ich heute weiß, wäre ich nicht zurückgekommen.‘“³⁴⁹ Und dennoch, etwa gleichzeitig, in jenem Herbst 1956, ein halbes Jahr vor seinem Tod, schrieb er in seinem letzten, nicht mehr veröffentlichten Artikel „Utopie und Wirklichkeit“ als letzten Satz: „Die Situation ist so ernst, daß wir alle Kraft daran setzen sollten, diese Utopie von heute zur Wirklichkeit von morgen werden zu lassen.“³⁵⁰

Hier wird der Widerspruch, in dem er ähnlich wie andere Emigranten lebte, ganz deutlich, es ist die Situation eines deutschen patriotisch gesonnenen, politisch denken-

³⁴² Ebenda. Endgültiger Bescheid über die Ablehnung seiner Ansprüche durch Lübke, Februar 1957. Vgl. Constantin Goschler, Wiedergutmachung, München 1992 und die Rezension dazu von Kleßmann, in: Die Zeit, Nr. 22, 28. 5. 1993, S. 19.

³⁴³ Lübke an Klepper, 18. 11. und 16. 12. 1952.

³⁴⁴ Puhle, Politische Agrarbewegungen, S. 90, zitiert: Deutsche Bauernzeitung, 23. 7. 1933.

³⁴⁵ Akte Klepper Korrespondenz mit und zu Friedrich Wilhelm Foerster: Einladung zum Ehrendinner, anlässlich Foersterns 85. Geburtstag, Abriß über Leben und Werk Foersterns, Kor. mit Grossmann u. a. über Möglichkeiten, Foerster zu helfen.

³⁴⁶ Böhm an Lübke, 31. 5. 1957 (Lübke-NL, Bl. 334).

³⁴⁷ K/Kor., Klepper an Lauffer, 9. 4. 1955.

³⁴⁸ Ebenda, Klepper an Lübke, 26. 6. 1956 (siehe auch Lübke-NL, Bl. 79).

³⁴⁹ Kersten, O.K.

³⁵⁰ Klepper, Utopie und Wirklichkeit, Entwurf, in: Akte Klepper-Artikel.

den Menschen seiner Generation, der sein Leben lang für ein besseres Deutschland gekämpft hat und der sich am Ende resigniert fragen muß, hatte es überhaupt einen Sinn, hat es sich gelohnt, so viel privates Glück dafür aufzugeben? Hatte Sartre am Ende doch recht mit seiner Feststellung: „Exil heißt seinen Platz in der Welt verlieren“?

In seinem letzten Weihnachtsbrief an die Familie versucht Klepper selbst eine Antwort auf diese Frage zu finden: „1947, als ich am Radio die Weihnachtsmusik hörte und auf den Straßen die Christbäume hinter den Fenstern der Häuser mit den echten Kerzen brennen sah, [...] fühlte ich mich sentimental sehr deutsch. Heute ist das, wie ich feststellte, anders. Ich habe ja wohl von Natur wenig Anlage, mich irgendwie dazugehörig zu fühlen. Dazu bin ich zu individualistisch, und mein Lebensgang hat dies Motiv weiterentwickelt. Jetzt geht es mir so, wie es einem mit der Verwandtschaft geht; ich bin recht kritisch. Die deutsche Geschichte bietet eigentlich seit fünf Jahrhunderten das Bild eines Abirrens von der Aufgabe und, nationalpolitisch gesehen, eines Zerfalls. [...] Dies Nachlassen des deutschen Sentiments in mir hat mich, zumal ich ja doch politisch wirklich auf eine Geduldsprobe gestellt bin, oft zweifeln lassen, ob es richtig war, nach Deutschland zurückzukehren. Einmal war es aber für mich zwangsläufig; denn was hätte ich tun sollen, da ich nun einmal nur tue, was ich gern möchte? Es war aber, glaube ich, auch richtig. Diese trübe Wendung, die die deutsche Politik in der jüngsten Zeit genommen hat, hat der Linie, die ich unbeirrbar vertreten habe, recht gegeben. Und ich habe den Eindruck, daß das, was bisher als eine Art von rechthaberischem Sektierertum erscheinen mochte, nunmehr in das allgemeine Bewußtsein übergeht.“³⁵¹

Es war in der Tat zwangsläufig, aber nicht so einfach, wie er es zu erklären versucht, daß er immer tue, was er gerne möchte. Klepper liebte nämlich die eigene Bequemlichkeit, hatte den Wunsch, irgendwo friedlich auf dem Lande zu leben und zu kontemplieren; er trank gerne guten Wein – eher „Damen- als Herrenwein“³⁵² –, rauchte gerne eine gute Zigarre, sinnigerweise entweder Marke „Wilhelm II“ oder „Hofnarr“³⁵³, liebte das Land mehr als die Stadt³⁵⁴ und las zu seinem Vergnügen Bücher wie das „Glück der Andernachs“ oder „Fett schwimmt oben“. Das erste fand er interessant, weil es „das deutsche Unglück vorgefühlsmäßig im Milieu der Zeit um den Antritt von Wilhelm II behandelt“, und das zweite, meinte er, sei ein „witziger und typisch französischer“ Roman, der das Leben während der deutschen Besatzungszeit behandle³⁵⁵. Gegen diesen Wunsch nach Ruhe, Bequemlichkeit, nach Daheimbleiben hat er ständig angelebt, hat sich immer wieder zum Aufbruch angetrieben, teils gezwungen, teils freiwillig. Sein eiserner Wille, der aus seinem Verantwortungsbewußtsein und einer starken, durchaus religiös motivierten Disziplin gespeist wurde, ließ ihn wohl nie zur Ruhe kommen. Insofern kann sein Leben und sein politisches Wirken, gerade auch das „Unvollendete [...] die mächtigen Spannungen, die es erfüllt haben, als Spiegel der menschlichen Situation in einer Zeit größerer Umbrüche dienen“³⁵⁶.

³⁵¹ Klepper an die Familie, 24. 12. 1956.

³⁵² K/Kor., Klepper an Ackermann, 1. 7. 1950, KNL.

³⁵³ Ebenda, Ackermann an Klepper, 5. 10. 1951 und Klepper an Ackermann, 8. 10. 1951.

³⁵⁴ Ebenda, Klepper an Käthe Baerensprung, 30. 6. 1951.

³⁵⁵ Ebenda, Klepper an Lübke, 2. 12. 1954.

³⁵⁶ Pufendorf in: O.W., Nr. 49, S. 207.

Im Frühjahr besuchte ihn zu seiner ganz großen Freude seine Tochter Renate, damals lag er schon im Krankenhaus³⁵⁷. Einsam ist er am 11. Mai 1957 in einer Berliner Klinik gestorben³⁵⁸. Ein letzter Wunsch ist ihm erfüllt worden. Er wurde neben seiner ersten sehr geliebten Tochter Gisela, die schon mit sechs Jahren gestorben war und an die er sich sein Leben lang, und ganz besonders bei der Geburt seiner ersten Enkeltochter, erinnert hat, auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof an der Onkel-Tom-Straße begraben. Durch den Namen „Onkel Tom“ war eine zufällige Verbindung zu dem Rest der Familie in Amerika geschaffen. Keiner von ihnen konnte an der Beerdigung am 15. Mai 1957 teilnehmen; dafür waren seine alten Freunde von der Preußenkasse: Engelmann, Loest, Schaub, Schmidt, Lauffer und der alte Fahrer Max anwesend und natürlich Frau Naumann-v. Kalinowski als einziges Verbindungsglied zwischen der alten Preußenkassemannschaft und dem neuen Wipog-Team³⁵⁹.

³⁵⁷ Er lag seit November 1956 bei Prof. Habs im Höchster Krankenhaus und „litt unter einer weit fortgeschrittenen Arteriosklerose“, Lauffer an Aron, 19. 11. 1957 (Privatkopie). Vgl. auch: Briefwechsel von Frau und Tochter Klepper mit Lübke, 13.3., 29.3., 2.4. und 6. 6. 1957 (Lübke-NL, Bl. 50 ff.). Lübke hat ihn mehrfach besucht und sich sehr um ihn und um die Verbindung zur Familie gekümmert. Nach seinem Tode schrieb er an Frau Klepper: „Mit Otto Klepper ist auch ein Teil meines eigenen Lebens zu Grabe getragen“ (29. 5. 1957, Bl. 42 f.).

³⁵⁸ Kurz vor seinem Tode wurde er auf eigenen Wunsch von Frankfurt/M.-Höchst in das Krankenhaus „Waldfrieden“ in Berlin-Schlachtensee verlegt (Lübke-NL, Bl. 47, Storz an Prof. Habs, 9. 5. 1957 und ebenda, Prof. Habs an Lübke, 11. 5. 1957).

³⁵⁹ Ebenda, Bl. 39: Renate Taylor-Klepper an Lübke, 10. 6. 1957. Frau Naumann hat sich in rührender Weise um die Grabstätte gekümmert und in den 60er Jahren unter Kleppers engsten Freunden etwas Geld für die Pflege eingesammelt (Akte Grab-Unterlagen). Vgl. auch Lübke an Frau Klepper, 29. 5. 1957 (Lübke-NL, Bl. 42 f.).

*„Dir ist es nicht aufgegeben, das Werk
zu vollenden. Aber Dir ist nicht die Freiheit
gegeben, Dich Deiner Aufgabe zu entziehen.“
(Rabbi Tirfon)*

Otto Klepper – „ein Mensch zwischen den Zeiten“

Kleppers wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Wirken wurde im Zusammenhang mit der in Deutschland schwach ausgeprägten demokratischen Tradition dargestellt. Die Frage nach dem Erfolg oder Mißerfolg seines Wirkens wirft somit auch die Frage nach der Durchsetzungskraft der demokratischen Tradition in Deutschland auf. Kleppers Denken kreiste immer wieder um die zentrale Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaftsinteressen und demokratischer Politik, um das Problem, wie die Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen so miteinander in Einklang zu bringen sind, daß eine demokratische Politik möglich wird. Im Sinne Krockows hat Klepper versucht, die demokratische Tradition in Deutschland ‚tragfähiger‘ zu machen, sich dem Ideal einer „politisch organisierten gerechten Gesellschaft, [die] über alle Interessengegensätze hinweg einen nationalen Konsens“ zustande bringt, anzunähern.

Klepper wurde verschiedentlich „ein Mensch zwischen den Zeiten“ genannt, eine zutreffende Bezeichnung. Er selbst habe sich als „Zwischenzeitmensch“ bezeichnet, wird von Albert Theile berichtet. Besonders seine Tätigkeit in China habe ihm bestätigt, daß wir nur „Kärner“ für die nach uns Kommenden“ seien¹. Sich als ein solcher „Kärner“ zu verstehen, setzt voraus, in übergeordneten historischen Zusammenhängen denken zu können. Für Klepper traf dies zu. Er hat seine gesellschaftspolitischen Konzepte stets aus dem Gesamtprozeß der Geschichte abgeleitet und das zu Beginn der Neuzeit erwachte Streben nach menschlicher Freiheit zu seinem Hauptziel gemacht, weil die Freiheit für viele noch keine Realität geworden sei. Wohl wissend, daß die „vollkommene Freiheit“ aller nicht zu realisieren ist, verstand er dieses Ziel im Sinne Hegels: „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“, als „Marschroute“², als eine konkrete Utopie, der es sich pragmatisch anzunähern gilt, indem die Selbstbestimmung des einzelnen durch eine faire Beteiligung an den Gütern und Funktionen der Gesellschaft realisiert wird. Nicht nur bleibe das „Freiheitsbekenntnis sonst ein abstraktes Postulat“, verloren gehe auch das einzige, langfristig wirksame Gegengewicht gegen jede Diktatur, stehe sie nun unter nationalsozialistischem oder kommunistischem Vorzeichen. Klepper hatte „Mut zur Utopie“³, ohne seinen Sinn für die Realität verleugnen zu müssen, dabei mag ihm das Bild des Kärners geholfen haben. Man kann ihn als pragma-

¹ Theile in: Klepper zum Gedächtnis, S. 11.

² Klepper, Vorfragen, er zitiert Hegel. Vgl. die zentrale Kirchheimer beschäftigende Frage: „Welche Voraussetzungen politischer, sozialer und kultureller Art müssen angestrebt werden, um die Autonomie des Individuums, eine sukzessive Vermehrung seiner Freiheits-, Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu erreichen?“ (Luthardt/Söllner, Verfassungsstaat, S. 41).

³ Vilmar in: Klepper zum Gedächtnis, S. 12 ff.

tischen Utopisten bezeichnen. Pragmatische Politik war für ihn nicht Selbstzweck, sie diente der Verwirklichung bestimmter, dem Humanismus und der Aufklärung verpflichteter Ziele. Die Konsequenz war, daß Bildung ein zentrales Anliegen seiner Politik war, und zwar Bildung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, Bildung als Voraussetzung des Weltverstehens im Kleinen wie im Großen, Bildung vor allem für die nachkommende Generation. Diese müsse informiert und angeleitet werden, sie brauche Vorbilder im Kampf um die Freiheit. Aus dem Vertrauen Kleppers in die Jugend und seinem eisernen Festhalten an der „Utopie von morgen“, einer Metapher, die sich als Leitmotiv durch alle seine Schriften und Reden zieht, erklärt sich sein nicht zu besiegender Optimismus.

Aus diesen Zusammenhängen heraus wird verständlich, warum Klepper fähig war, erdrückend erscheinende Realitäten wie das nationalsozialistische und das stalinistische Regime in ihrem totalitären und ideologischen Charakter klar zu erkennen und sie folglich als zeitlich begrenzte Phänomene in den Gesamtzusammenhang der Geschichte einzuordnen. Das nationalsozialistische Regime hat er in seiner Gefährlichkeit schon vor 1933 erkannt und zugleich gewußt, daß es besiegt werden würde. Unmittelbar nach seiner Flucht nach Finnland schrieb er im April 1933 nach Deutschland: „Entscheidend bleibt der Weg, der zur erfolgreichen deutschen Politik führt. Daß ihn das alte Regime nicht gefunden hat, wußten wir.“ Gleiches wird man „später dem jetzigen Regime [...] vorwerfen. Ich fürchte also, daß die deutsche Situation noch viel schlimmer werden wird als jetzt; denn die Entwicklung bleibt ja nicht stehen.“⁴ Ebenso hat er die Situation in China 1934/35 zutreffend eingeschätzt, als er im Gegensatz zu Chiang-Kai-Schek die Chance und die Notwendigkeit für eine sofortige und durchgreifende Agrarreform klar erkannte. Schließlich hat er auch nach dem Kriege die Bedrohung, die von dem kommunistischen Regime ausging, richtig gesehen und daraus die Konsequenz gezogen, daß weder Krieg noch nachgiebige Kompromißbereitschaft zu einer Überwindung des Ost-West-Konflikts führen könnte, sondern nur das Angebot einer freiheitlichen, sozialverpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie einer nicht-imperialistischen Kooperation mit der Dritten Welt, mit dem langfristigen Ziel, eine freiheitliche Weltwirtschaftsordnung zu schaffen. Er hat den Kommunismus weder verteufelt noch mit ihm geliebäugelt, beides gängige Haltungen in der Nachkriegszeit. Die logische Konsequenz seines langfristigen Konzepts war, daß der erste Schritt zur Lösung des Ost-West-Konflikts im Aufbau eines freien, zunächst nur westlichen Europa bestehen mußte, allein schon, um Deutschland an die westlichen Demokratien anzubinden und ihm die Chance zu geben, sich in die Formen der Demokratie, die es als ‚Geschenk‘ ohne eigenes Zutun, ja, wie er hinzuzufügen pflegte, ohne eigenes Verdienst empfangen habe, einzüben und einzuleben. Hinsichtlich der Notwendigkeit einer Bindung an Westeuropa war er sich mit Adenauer einig; von der Art, wie Demokratie einzuführen, zu stabilisieren und zu praktizieren war, vertrat Klepper allerdings ganz andere Vorstellungen.

Kleppers Auffassung von Politik war elitär, im Sinne einer Verantwortungsethik, zugleich aber auch demokratisch. In der Methode war sie anspruchsvoll. Obwohl er die Notwendigkeit demagogischer Nutzung von Volksstimmungen durchaus kannte⁵, stellte er an den Politiker hohe Anforderungen an Sachkenntnis, Vernunft und Ethos.

⁴ Klepper an H. v. Kalinowski, 19. 4. 1933 (KNL).

⁵ Pufendorf, Ansprache, S. 12. Vgl. auch Kleppers Reden in der Weimarer Zeit.

„Ob diese Haltung religiösem Empfinden, ob sie aus dem Streben nach menschlicher Solidarität oder nur dem Bedürfnis nach Anstand entspringt“, war für Klepper „nicht wesentlich“. Es kam ihm „nur darauf an, daß sie frei von berechnendem Opportunismus“ blieb⁶. Eine Forderung, die damals noch weitgehend verstanden, wenn auch immer weniger befolgt wurde, und die heute zwar kaum noch verstanden wird, aber dringender noch als damals befolgt werden müßte. Die Ziele der von Klepper befürworteten Politik waren identisch mit den Zielsetzungen der westlichen Demokratien. Politik solle nicht aus dem Interesse einer Klasse, sondern aus „klassenlosem Denken“ heraus gemacht werden, denn die bisherigen Revolutionen hätten zur Genüge gezeigt, daß bei Klassenpolitik schließlich immer nur die Herrschaft der einen Klasse über eine andere herauskomme. Nun gelte es aber, solche Reformen zu verwirklichen, die „das Zusammenleben der Menschen jeweils dem Stande der Daseinsbedingungen anpassen“ und durch „die Verankerung der Freiheit in der Ökonomie“ soziale Gerechtigkeit schaffen könnten. Damit würden endlich die politischen Forderungen der Französischen Revolution gesellschaftlich, für alle wirksam, durchgesetzt⁷, und zwar weltweit, denn „die Erde ist so klein geworden, daß die Staatskunst Weltoffenheit erfordert“⁸. Auch in dieser Erkenntnis von der klein gewordenen Welt, die er lange vor der Wirksamkeit der Massenmedien und neuer verkehrstechnischer Möglichkeiten gewonnen hatte, war Klepper seiner Zeit voraus.

Man könnte Klepper hoffnungslosen Idealismus und mangelnden Realitätssinn vorwerfen, aber das hieße seine Auffassung von Politik mißverstehen. Es war ihm klar, daß wir „auf dem ‚Planeten der Interessen‘“ leben und daß Kompromisse ständig neu gefunden werden müssen, aber es mußte wenigstens eine gewisse Anzahl von Politikern und eine Vielzahl von Bürgern geben, die von gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein, also von dem von ihm verlangten Ethos, geprägt waren, sonst würde Politik in einen reinen Machtkampf um Interessen ausarten und das Allgemeinwohl würde zerrieben zwischen Korruptionsaffären, parteiischer Interessenpolitik und resignierter Politikverdrossenheit, also genau dem, was er in der Endphase der Weimarer Republik miterlebt hatte und was er als Gefahr für jede Demokratie fürchtete, besonders dann, wenn diese noch wenig in breiten Schichten der Bevölkerung verankert war. „Es bedarf“, so sagte er 1952, „der Bildung, um die Anlage des Gemeinschaftslebens aus der eigenen Erkenntnis selbst zu bestimmen. Es bedarf des Ethos, um das Bewußtsein von der Freiheit des Menschen in die Realität zu konkreter Verpflichtung zu übertragen.“⁹

Ob diese Forderungen Kleppers an den Politiker nur Schönrederei waren oder ob er sie zur Grundlage seines eigenen Handelns gemacht hat, läßt sich nur an seinem konkreten Handeln überprüfen. Die Ergebnisse sollen noch einmal kurz zusammengefaßt werden.

Die Zeit, in der Klepper seine Fähigkeit zu politischem Handeln am besten beweisen konnte, war die Zeit der Weimarer Republik. Seine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele versuchte er auf dem Felde der Agrar- und der Finanzpolitik zu realisieren. Schon damals sah Klepper die Agrarpolitik als Teil der Wirtschafts- und diese wiederum als Teil einer allgemeinen Gesellschaftspolitik, die er bewußt als Gesellschafts- und nicht

⁶ Klepper, Bildung und Ethos, S. 7.

⁷ Ebenda, S. 7, vgl. auch Pufendorf, Ansprache, S. 12f.

⁸ Klepper, Bildung und Ethos, S. 3.

⁹ Ebenda.

als Staatspolitik verstand. Den Domänenpächtern hat er zwar geholfen, sich ihren Interessen entsprechend zu organisieren und auch Interessenpolitik zu betreiben; aber da die Domänenpächter traditionell die fortschrittlichste Gruppe unter den größeren Landwirten bildeten, war ihre Unterstützung auch aus allgemein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht sinnvoll. Einmal waren sie leichter für das Konzept einer modernen Agrarpolitik zu gewinnen, zum anderen galten Domänenpachtbetriebe oft als landwirtschaftliche Musterbetriebe, in denen auch moderne Methoden des Anbaus und der Betriebsführung ausprobiert wurden. Auch die Gründung der Domänenbank, die auf genossenschaftlicher Basis arbeitete und belebende Konkurrenz in das Kreditgeschäft brachte, zeugte von marktwirtschaftlichem Denken, das die Landwirtschaft, angespornt durch die Pionierrolle der Domänenpächter, aus der Isolation und historischen Rückständigkeit in den Gesamtzusammenhang von Wirtschaft und Handel einordnen sollte. Dieses konkrete Beispiel veranschaulicht Kleppers Bemühen, wie er Interessenpolitik mit allgemeiner Gesellschaftspolitik verbinden wollte. Daß das Vorbild der Domänenpächter nur wenige Nachahmer fand, steht auf einem anderen Blatt.

Solange es nur um diese relativ kleine Gruppe der Domänenpächter ging, stieß Kleppers innovative Politik kaum auf Widerstand. Das änderte sich schlagartig, als das Betätigungsfeld größer und die Zeiten unruhiger wurden. Als Präsident der Preußenkasse stand er einer Institution vor, die Einfluß auf die Politik hatte, so daß seine Reformmaßnahmen sich nicht nur unmittelbar auf die Behörde auswirkten, sondern auch Folgen für die allgemeine Agrar- und Finanzpolitik hatten und entsprechend schärfere Reaktionen bei den Betroffenen auslösten. Seine Reformen erstreckten sich auf die finanzielle Sanierung der Preußenkasse, ihre personelle sowie banktechnische Neustrukturierung, auf die Modernisierung des Agrarkreditsystems, verbunden mit einer landwirtschaftlichen Betriebsberatung, die heute noch Grundlage der landwirtschaftlichen Beratung ist¹⁰, und vor allem auf die Rationalisierung des Genossenschaftswesens, ohne welche die Genossenschaften die NS-Zeit nicht so relativ unberührt hätten überdauern können¹¹. Mit diesen Reformen, die als Teil einer langfristig geplanten Agrarreform gedacht waren, hat Klepper im Sinne Puhles innovativ von oben gewirkt, indem er eine an sich staatliche Institution entbürokratisiert und Voraussetzungen für eine Agrarreform geschaffen hat. Außerdem hat er besonders durch die Reorganisation des Genossenschaftswesens Hilfe zur Selbsthilfe geleistet und die Eigenverantwortlichkeit der in den Genossenschaften organisierten Personen gestärkt. Dies hätte er nicht durchsetzen können, wenn er nicht das ganze Register der Einflußmöglichkeiten genutzt, also auch Macht ausgeübt hätte. Niemals hätten die 3 000 verschiedenen Genossenschaften es allein geschafft, sich zu einem großen Genossenschaftsverband zu vereinigen und damit die Effektivität ihrer Selbsthilfeorgane zu steigern, wenn nicht eine so starke Persönlichkeit wie Klepper hinter dieser Reform gestanden hätte. Die großen Widerstände, die Klepper bei den Betroffenen überwinden mußte, wurden nicht nur als sachliche Kontroversen ausgetragen, sondern äußerten sich auch in der Form schärfster Angriffe gegen Klepper persönlich. Was aus Kleppers Sicht Verantwortungsbewußtsein und Loyalität war, wurde ihm von seinen Kritikern als Machtbesessenheit und Ressentiment

¹⁰ Auskunft von Philipp Kühne (Göttingen), Leiter des einzigen privaten landwirtschaftlichen Beratungsinstituts, das nach der „Öffnung“ auch eine große Bedeutung für den östlichen Teil Deutschland gewonnen hat.

¹¹ K. Kluthe, S. 124 ff.

ausgelegt. Da er parteipolitisch nicht einzuordnen, also nicht auf ein bestimmtes Programm festzulegen war, richtete sich die Kritik gegen ihn selbst, wobei ihm sogar auch unlautere Motive unterstellt wurden. Es lag nahe, das antireformerische Unbehagen, die verständliche Angst vor ungewohnten neuen Verantwortungen und die vielleicht berechtigte Kritik an der Sache zu personalisieren und vornehmlich gegen Klepper, weniger gegen die hinter ihm stehende Regierung zu richten.

Interessant ist, daß diese Art der Kritik an Klepper, die von den Betroffenen in der Weimarer Zeit noch erwartet werden konnte, ihre Spuren auch in der modernen Nachkriegsliteratur hinterlassen hat. Zwar heißt es immer wieder, daß die Rationalisierung des Genossenschaftswesens „nicht nur der genossenschaftlichen Wirtschaft, sondern der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit zugute gekommen [*ist, und daß*] diese Aktion eine wirtschaftliche Tat war, an der den größten Anteil der Präsident der Preußenkasse, Otto Klepper, hatte, ohne dessen drängende tätige Vermittlung sie niemals zustande gekommen wäre“, aber gleichzeitig ist von „Animositäten und Ressentiments“ die Rede, „die in der genossenschaftlichen Organisation bis auf den heutigen Tag nachwirken“¹². Faust, der einen großen Einfluß auf das Bild Kleppers in der Nachkriegsliteratur hatte und, wie jüngste Veröffentlichungen zeigen¹³, noch immer hat, scheint, ungeachtet einiger positiver Wertungen, maßgeblich zu diesem negativen Bild beigetragen zu haben¹⁴. Tiefere Ursache für Fausts Kritik an Klepper war jedoch dessen eigene politische Einstellung. Er billigte nicht, daß Klepper „an die Stelle der nach seiner [*Kleppers*] Meinung ‚veralteten‘ idealistischen genossenschaftlichen Grundauffassung neue rationalistische Grundsätze“ stellte und daß er „genossenschaftliche Ideologie [...] einfach nicht mehr als bewegende Kraft“ einschätzte, sondern stattdessen „den Pragmatismus auf den Schild hob“¹⁵. Faust kritisierte also vom Standpunkt des traditionell gesonnenen Genossenschaftlers aus, ohne die neuen weltwirtschaftlichen und sozialen Bedingungen entsprechend zu berücksichtigen. In der Tat handelte Klepper wie ein privater Unternehmer nach Gesichtspunkten der Rationalität und der Wirtschaftlichkeit. Damit nahm er zwar das wohlverstandene Interesse der Genossenschaften wahr und wirkte langfristig in ihrem Sinne, mußte aber zuweilen gegen kurzfristige partikuläre Interessen verstoßen und konnte vor allem nicht dem ideologischen Anspruch genügen, woraus er auch kein Hehl machte. Im Gegenteil: er bekämpfte jede Art von Ideologie mit aller Schärfe, besonders die ‚Blut- und Boden‘-Ideologie¹⁶. Außerdem erregte Klepper als Funktionär des preußischen Verwaltungsapparates Mißtrauen; als solcher war er dem Verdacht ausgesetzt, die Ge-

¹² Faust, Zentralbank, S. 45. Meulenbergh, S. 179.

¹³ U.a. K. Kluthe.

¹⁴ Bestätigt durch Aron, Brief an Martin Schumacher, 30. 10. 1981 (Privatkopie).

¹⁵ Faust, Geschichte, S. 569.

¹⁶ Paul Baecker (DNVP), MdR und MdPrLT, Redakteur der Deutschen Tageszeitung, sagte in der Landtagsdebatte vom 14. 12. 1928, in der er Klepper des „Agrarbolschewismus, vielleicht in einer äußerlich gesetzmäßigen Form“ bezichtigte, folgendes: „Ich bin groß geworden unter Bauern und größeren Landbesitzern; und wenn ich auch selbst niemals praktischer Landwirt gewesen bin, soviel weiß ich doch, daß im deutschen Osten mit seinen besonderen klimatischen Verhältnissen und seinen sonstigen Schwierigkeiten des Bodens usw. ein gesunder Bauernjunge in seinem Blut und in seiner bloßen Hand zumeist immer noch mehr Instinkt dafür hat, wie dort gesund und vernünftig gewirtschaftet werden kann, als ein Theoretiker, der noch so gelehrt sein kann, der aber diesen Boden und all die Besonderheiten dieser Landstriche nicht kennt“ (PrLT, 24. Sitzung, Sp. 1556).

nossenschaften zum Instrument staatlicher Agrarpolitik machen zu wollen. Es war für die Betroffenen offensichtlich schwer zu verstehen, daß die Struktureigenschaften der Genossenschaften, „Autonomie, Selbstverwaltung, betriebswirtschaftliche Anpassungsfähigkeit und Dezentralität“, eine „Ergänzungs- und Korrekturfunktion“ im gesamtwirtschaftlichen Prozeß hatten und deshalb notfalls auch durch staatliche Politik gestützt werden mußten¹⁷. Draheim zufolge stand Klepper bereits an der Schwelle einer neuen Zeit, während die Genossenschaften noch „in einer ideologisch beeinflussten Abwehrhaltung“ gegen das neue, vom Markt bestimmte Denken verharren und sich erst allmählich, teilweise „erst nach dem zweiten Weltkrieg“, die „Periode des Aufbaus und Wachstums“ zunutze machten¹⁸. Bezogen auf die Entwicklung der Genossenschaften, zählt Engelhardt Klepper „zu den großen Pionieren und Organisatoren“¹⁹.

Für Klepper war das Genossenschaftswesen nur ein Teil einer am Welthandel und an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientierten Agrarpolitik. Klepper hat die Notwendigkeit einer durchgreifenden Agrarreform richtig erkannt und versucht, sie auf dem Gebiet voranzutreiben, wo er Einfluß hatte, auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens und des Agrarkredits. Die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, die ostdeutsche Landwirtschaft, die er keineswegs zerschlagen, sondern nur rationalisieren und auf eine gesunde finanzielle Basis stellen wollte, zu reformieren und damit die sehr einflußreiche Schicht der ostelbischen Agrarier in die Weimarer Demokratie einzubinden, läßt auf die Dominanz spätfеudaler, obrigkeitlicher Strukturen in der Weimarer Gesellschaft und Politik schließen, gegen die Klepper weder als Mitglied der preußischen Regierung noch als parteiloser Einzelkämpfer etwas ausrichten konnte; im Gegenteil war er einer maßlosen, bis zur Diffamierung gehenden Kritik der Rechten ausgesetzt. Roland Baier charakterisiert den Tenor dieser Kritik zutreffend: „Es ist hier wohl der ewig wiederkehrende Trugschluß konservativer Haltungen zu erkennen, kritisches In-Frage-stellen überkommener Besitz- und Denkstrukturen als einen einseitig parteipolitischen, ideologischen und praxisfern theoretischen Angriff auf ‚ewiggültige Werte‘ abzuqualifizieren, die ihre Rechtfertigung in sich tragen und ‚wertneutral‘ sind. Der Konservative übersieht dabei geffissentlich, daß seine Begründung überkommener und dadurch bewährter Machtstrukturen selbst parteiisch und meistens mit handfesten materiellen Interessen verknüpft ist.“²⁰

Kleppers Tätigkeit als Finanzminister läßt sich nur sehr schwer angemessen beurteilen. Zum einen war die Zeit sehr kurz, ganze acht Monate! Zum anderen waren die Widerstände enorm: sie reichten von der völligen Verschuldung des preußischen Staates über die harten Auseinandersetzungen mit dem Reich und der wachsenden Macht der Rechten bis zu den vielfältigen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Es wäre zu fragen, ob Kleppers Politik die Möglichkeit einer Alternative bot, die ein Ansatzpunkt für eine Festigung der Weimarer Demokratie hätte sein können. Einerseits ist eine solche spekulative Fragestellung müßig, andererseits weisen zahlreiche Autoren gerade im Zu-

¹⁷ Thiemeyer in: Genossenschaft – quo vadis? S. 128 f. und ebenda die Aufsätze von Engelhardt, Draheim u. a., außerdem: Engelhardt, Zur Relevanz, S. 35 ff.

¹⁸ Draheim, Genossenschaften, S. 353.

¹⁹ Engelhardt, Ideengeschichte, S. 147 f. Neben Hermann Schulze-Delitzsch, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und anderen nennt Engelhardt auch Gottlieb Duttweiler (1888–1962), einen Mann, den Klepper sehr geschätzt und zu Vorträgen vor dem Forum der Wipog eingeladen hat.

²⁰ Baier, S. 423 f.

sammenhang mit der Untersuchung der Endphase der Weimarer Republik darauf hin, daß der Weg in den Abgrund keineswegs zwangsläufig verlief und daß es viele Ansatzpunkte gegeben habe, die zusammengenommen ein Scheitern der Weimarer Republik hätten verhindern können.

Klepper bot einen solchen Ansatzpunkt auf dem Sektor der Agrar- und Finanzpolitik, die er, wie bereits ausgeführt, als Teil einer allgemeinen Gesellschaftspolitik verstand. Er entwickelte einen derartigen Ansatz auch auf dem Feld der allgemeinen Politik, wie im Zusammenhang mit Papens Staatsstreich gezeigt werden konnte. Er gehörte „zu den wenigen Männern des preußischen Kabinetts, die vor 1933 erkannt hatten, daß nicht nur mit Reden, sondern nur durch Handeln, ja durch Kämpfen, die Weimarer Republik ihre Feinde zurückschlagen konnte“, wie Wilhelm Nowack, einer der Chefs des Reichsbanners und nach dem Kriege Minister in Rheinland-Pfalz, in einem Beileidsschreiben zu Kleppers Tod bestätigte²¹. Auch Heinrich Lübke, der seit den zwanziger Jahren eng mit Klepper befreundet war und alle wichtigen Entscheidungen mit ihm diskutiert hat, sagte in seiner Gedenkrede, daß Klepper, entgegen seiner eigenen Auffassung, für das Eingreifen der Polizei war, und daß er, Lübke, erst jetzt, 1957, die Richtigkeit dieser Entscheidung einsehe²². Die inzwischen weitgehend akzeptierte Bedeutung des preußischen Staatsstreichs als ‚Anfang vom Ende‘ hat Klepper recht gegeben. Daran läßt sich ablesen, daß Weimar nicht nur an seinen zu vielen und zu starken Gegnern gescheitert ist, sondern auch an den zu wenigen couragierten und klarsichtigen Demokraten. Insofern gehörte Klepper zu einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von kämpferischen Demokraten, die in der Endphase der Weimarer Republik Verantwortung trugen.

Wichtig für die Beurteilung eines Politikers ist auch die Frage nach seinem Verhalten, wenn er jeglicher Basis zum Handeln beraubt ist und sozusagen vor dem Nichts steht. Klepper stand vor dem Nichts, als er ins Exil ging. Er hat sich trotz Flucht, Entbehrungen, Unsicherheit, Einsamkeit und akuter Lebensbedrohung nicht aus der Bahn werfen lassen, hat weiter an seinen Konzepten gearbeitet und für ein besseres Deutschland gekämpft. Wenn er über diese Zeit überhaupt gesprochen hat, so hat er sie, wie gegenüber Engelmann, als „einen ‚aventuriösen Abschnitt seines Lebens‘“ bezeichnet²³. Er hat keine Memoiren geschrieben, ist gar nicht auf diese Idee gekommen. Immer war ihm die Sache wichtiger als seine Person, er war ‚Kärner‘, mutig, unbeugsam und patriotisch. Notgedrungen hat sich während der Exilzeit seine schreibende Tätigkeit verstärkt und sein politisches Handeln abgenommen. Im ganzen nutzte er diese Zeit als Lern- und Reifephase und damit als Vorbereitung für den Neuaufbau Deutschlands nach Hitler. Er entwickelte seine gesellschaftspolitische Konzeption, in die er einmal seine vielfältigen Erfahrungen über die Relativität von Zeiträumen und die Zusammengehörigkeit der einen Welt (China, Mexiko) und zum anderen seine Beobachtungen über die Wirksamkeit von Ideologien (Spanien, Frankreich) mit einarbeitete. Die Erfahrung, die Klepper aus der Emigration nach Deutschland mitbrachte, hat einer seiner Mitarbeiter so zusammengefaßt: „Klepper hatte die deutsche Vergangenheit geistig bewältigt, und so konnte ihm die deutsche Katastrophe als der Anfang einer neuen Politik erscheinen“, bildhaft

²¹ Akte Beileidsbriefe, Wilhelm Nowack, 14. 5. 1957 (KNL). Hirtsiefer hatte eine ähnliche Einstellung wie Klepper, wenn auch nicht ganz so konsequent.

²² Lübke, Ansprache am 10. Juli 1957, S. 7.

²³ Engelmann, S. 43.

ausgedrückt: „Inmitten unserer Trümmerwelt sprach er als erster im Jahre 1947 [...] das für die geschlagenen Deutschen erstaunliche Wort von der ‚deutschen Chance‘“ aus²⁴.

Was Franz Böhm über Klepper sagte, kann für die Emigranten im allgemeinen gelten: „Welch ein Schatz von Erfahrungen, Wissen, Urteil und Charakter ist hier ungenutzt geblieben.“²⁵ Nur ein Teil der Emigranten sind zurückgekehrt. Die politisch und wirtschaftlich tragende Schicht war an den wichtigen Erfahrungen der ‚draußen‘ Gewesenen relativ uninteressiert, statt diese zu nutzen²⁶. Man begegnete ihnen häufig mit Mißtrauen, eine Erfahrung, die auch Klepper machen mußte²⁷. Die wenigen Emigranten, die es schafften, in der Nachkriegspolitik Fuß zu fassen, arbeiteten meist auf kommunaler oder Landesebene. Die meisten von ihnen wurden zu Mahnern, die man zwar ehrte, aber auf die man nicht hörte. Es waren meist Mitglieder der SPD, deren gesamte Parteispitze im Exil gewesen war, wohingegen die meisten bürgerlichen Politiker, welche die Nachkriegspolitik entscheidend beeinflusst haben, während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland geblieben waren. Die große Ausnahme unter den zurückgekehrten Emigranten, der schließlich bestimmenden politischen Einfluß erlangte, war Willy Brandt, der einer jüngeren Generation angehörte. Doch auch er mußte erst durch ein Feuer von Diffamierungen gehen, die sich nicht zuletzt auf seine Emigrationszeit bezogen, bevor er jene Anerkennung erfuhr, die von vielen erst nach seinem Tode ausgesprochen wurde. Ebenso wenig wurde anerkannt, was die Emigranten teilweise im Ausland für die Erhaltung zumindest eines Restes von Achtung für das sogenannte „andere Deutschland“ getan haben, etwas, woran die Versöhnung nach dem Kriege anknüpfen konnte. „Noch – so scheint mir – weiß man hier innerhalb Deutschlands nicht zu würdigen, was dies Häuflein Exilanten dort draußen während schwerer Jahre schuf für die Idee der Humanität, gleichzeitig für das Durchtragen besten deutschen Geistesgutes durch finsterste Zeit“, schrieb eine Emigrantin an die Wipog und sagte über Klepper, daß er „zu jenem – relativ kleinen – Kreis deutscher echter Demokraten [*gehört habe*], die im lateinamerikanischen Exil Deutschtum und Demokratie mit Weltbürgertum zu vereinen suchten und wußten“²⁸.

Als Klepper 1947 zurückkehrte, glaubte er seine Zuversicht „auf die unglaubliche Vitalität‘ des Volkes“ stützen zu können. Trotz aller Kritik an dem „Kuhhandel‘ zwischen den neu entstandenen Parteien“, ihrer fehlenden Gestaltungskraft und ihrer „langweiligen Manier, die überlieferten -ismen zu ventilieren“, wagte er zu hoffen, „daß es [*das Volk*] alsbald ‚den Rahmen der bestehenden Parteien [...] zum alten Eisen werfen und [...] die besondere Chance, die, wie in jeder, so auch in dieser verzweifelte Situation liegt, dieses Mal in der richtigen Weise wahrnehmen‘ werde“. Dann, „nur dann“, hätten

²⁴ Pufendorf, in: Klepper zum Gedächtnis, S. 6.

²⁵ BAK, Lübke-NL, Bl. 334, Böhm an Lübke, 31. 5. 1957. Vgl. Akte Nachrufe: Die Frankfurter Rundschau verweist in ihrem Nachruf auf Kleppers in der Emigration gemachte vielfältige Erfahrungen und spricht von der „bitteren Erfahrungslücke“, die Klepper in der deutschen Politik mit seinem Tode hinterließ.

²⁶ Fetscher, Einleitung zu: Klepper, Bildung und Ethos, S. 37.

²⁷ Fritz Lübkes, von 1954–1966 Vorstandsmitglied der Rentenbankkreditanstalt, an Lauffer, 16. 6. 1966 (Kor. Engelmann-Lauffer). Lübkes spielt auch auf die Verleumdungen Willy Brandts im Wahlkampf an.

²⁸ Akte Nachrufe, Anna Steuerwald-Landmann, 17. 5. 1957. Ähnlich schrieb Kleppers finnische Freundin Sylvi Wuolyoki am 18. 5. 1957, „Deutschland [*habe*] einen großen Patrioten und seine Freunde einen klugen, ehrlichen und treuen Freund verloren“.

sich Exil und alle Bitterkeiten gelohnt“²⁹. Diese sehr vage Hoffnung und die Tatsache, daß Klepper nicht akzeptieren wollte, daß in dieser neuen Bundesrepublik keine Politik ohne Parteimitgliedschaft zu machen war, zeigen, daß er den realen Bezug zur Tagespolitik verloren hatte. Das hat er selber erkannt. Engelmann berichtet von einem Gespräch, das er wenige Monate vor Kleppers Tod mit ihm hatte. Klepper habe seine Ideen „unverrückbar“ genannt, „aber es sei sein Fehler gewesen, sie so direkt, wie er es versucht habe, anzusteuern. Er habe ihre Überzeugungskraft gegenüber der Kurzsichtigkeit und Voreingenommenheit, die der Alltag in so verworrenen Notzeiten mit sich brächte, überschätzt. Der Weg gehe offenbar mehr über weitere Irrtümer und Fehlschläge als über rationale Voraussicht und Planung.“³⁰ Damit hat er sich selbst zutreffend beurteilt. Während sein gedankliches Konzept sich seit der Weimarer Zeit verfeinert und gefestigt hatte, ließ seine Fähigkeit, den täglichen politischen Kampf im Kleinen auszufeuchten, notgedrungen nach; daraus entsprang teils eine große Ungeduld, teils Resignation, beides stand seinem Einfluß auf die Politik im Wege.

Neben diesen beiden Dimensionen von Kleppers Wirken, dem gedanklichen Konzept und dem pragmatischen politischen Handeln, gilt für Klepper noch eine dritte, in seinem Leben sehr wichtige Dimension, die des Umgangs mit Menschen. Lauffer, der älteste und engste Mitarbeiter Kleppers, fand, „das Einmalige“ an Klepper sei „seine Fähigkeit, Menschen zu führen und an sich zu binden“. Sein „persönlicher Charme“ sei „so faszinierend [gewesen], daß niemand, der mit ihm oder unter ihm gearbeitet hat, sich ihm entziehen konnte. Er gehörte, um es mit Schiller zu sagen, zu den edlen Naturen, die mehr durch das, was sie sind, als durch das, was sie tun, wirken.“³¹ Mag dieses Urteil auch durch persönliche Verehrung und Sympathie geprägt sein, so ist es im Kern zutreffend. Seine Fähigkeit, immer ein gutes, arbeitsfähiges und in seiner Zusammensetzung außerordentlich vielseitiges Team um sich zu versammeln, hat er sein Leben lang bewiesen. Die gute Teambildung war für Klepper nicht nur Voraussetzung einer effizienten Arbeit, sondern auch Grundelement seines Denkens und seines Verständnisses von Demokratie: „Klepper besaß eine in seiner Generation der Politiker fast einzigartige Fähigkeit zur Teambildung. Er suchte die geistige Auseinandersetzung, ja den Widerstand, um durch Polarität zu echter Meinungsbildung zu gelangen. Seine These war immer, daß man in der Vielfalt der Meinungen die Einheit der Gesinnung finden müsse.“³² Diese Haltung wurde immer wieder mißverstanden und zum Nachteil Kleppers ausgelegt. Viele Menschen haben gesagt, so auch Lübke in seiner Gedenkrede, „zu ihm den Zugang zu finden war besonders schwer, manchmal mochte man fast an eine bewußte Abwehr glauben. Und doch“, so fuhr Lübke fort, „war bei ihm diese Absicht viel weniger vorhanden, als die meisten annahmen.“³³ Der Nachsatz enthält die Erklärung: Wer von sich aus den Schatten übersprang, der kam zu einem anderen Urteil, auch wenn er politisch nicht mit ihm übereinstimmte, wie etwa Hermann Pünder, der als ehemaliger Staatssekretär Brünnings viele Gefechte mit Klepper auszufeuchten hatte und dennoch das „hohe soziale Verantwortungsbewußtsein“ Kleppers und sein „wertvolles eigenständiges politisches

²⁹ Engelmann, S. 49f. Engelmann zitiert aus Briefen Kleppers an ihn.

³⁰ Engelmann, S. 54.

³¹ Lauffer an Engelmann, 4. 8. 1967 (Privatkopie).

³² Pufendorf, Ansprache, S. 19.

³³ Lübke, Ansprachen, S. 3.

Urteil selbst in schwierigsten Lagen“ uneingeschränkt anerkannte³⁴. Nicht jeder hatte so viel Selbstbewußtsein, um unbefangen auf ihn zuzugehen, nicht jeder hatte auch Lust dazu und war bereit, die Härte zu ertragen, mit der er zuweilen seine Überzeugungen durchzusetzen versuchte. So schieden sich an Klepper buchstäblich die Geister. Am besten verstanden ihn diejenigen, die erkannten, daß er tatsächlich für die Politik lebte, daß sein ganzes Denken und Handeln schließlich nur noch um die eine Frage kreiste, ob Deutschland seine erneute Chance nutzen und den Weg in eine solide demokratische Ordnung finden würde. Das bestätigt zum Beispiel die Aussage des Frankfurter Bürgermeisters Walter Leiske, den „eine freundschaftliche Zusammenarbeit“ in den „ersten schweren Aufbaujahren“ mit Klepper verbunden hatte. Klepper sei „ein deutscher Politiker mit weltbürgerlicher Gesinnung und reicher Erfahrung [gewesen], der die ganze Schwere der Katastrophe von 1945 in ihrer Hoffnungslosigkeit erfaßt hatte und der gerade deswegen die Verpflichtung fühlte, mit an vorderster Stelle die geistigen Trümmer wegräumen zu helfen. Dabei ging es ihm nur um die Sache, nicht um die Person.“³⁵

Als Klepper dann zunehmend die Erfahrung machen mußte, daß keiner dieses Engagement wirklich wollte, daß seine politischen Zielsetzungen nicht zu der Aufbaumentalität der frühen Nachkriegszeit paßten, vereinsamte er. Da ihm das Gegengewicht eines glücklichen Familienlebens fehlte, das ihm doch einerseits so sehr am Herzen lag, das er aber auch andererseits gerade durch sein überdurchschnittliches politisches Engagement aufs Spiel gesetzt hatte und schließlich nicht zurückzugewinnen vermochte, verlor er sein inneres Gleichgewicht, und die Politik nahm in seinem Denken einen zu breiten Raum ein.

Es ist verständlich, daß alle diejenigen, die sich ebenfalls in Ausnahmesituationen befunden hatten beziehungsweise befanden, am genauesten erkannten, was die deutsche Öffentlichkeit an ihm verloren hatte. So schrieb Theodor W. Adorno, er sei mit seinem Freund Horkheimer zusammen tief beeindruckt „von jener Einheit konkretester Weltenerfahrung und geistiger Kraft“ Kleppers, und es sei ihnen beiden „nur allzu sehr [...] bewußt, wie sehr es an Männern von der Art Otto Kleppers fehlt: hier wahrhaft ist von einem unersetzlichen Verlust zu reden.“³⁶ Ebenso war sich Martin Niemöller, der „dem Verstorbenen seit langen Jahren mit einer Art gewisser Regelmäßigkeit begegnet“ war und dadurch „ein sehr herzliches persönliches Verhältnis zu ihm gewonnen“ hatte, darüber im klaren, „was unser deutsches Volk in ihm verliert“³⁷.

³⁴ Akte Nachrufe, Hermann Pünder, 25. 5. 1957. Wehner schrieb in ähnlichem Sinne, er habe Klepper „in schweren Jahren kennen und schätzen gelernt und werde ihn nicht vergessen“ (18. 5. 1957). Der CDU-Vorstand kondolierte auch, während Adenauer, immerhin ein alter Weggenosse Kleppers, der als Kölner Oberbürgermeister dem Preußenkassenpräsidenten einiges zu verdanken hatte, lediglich durch sein Büro eine Kondolenzkarte schicken ließ.

³⁵ Ebenda, Leiske, Bürgermeister von Frankfurt, 16. 5. 1957. Auch der Minister und Vizeminister Franz Blücher bescheinigte Klepper, daß Deutschland eines solchen Mannes, der um „eine gesellschaftliche Umordnung, die diesen Namen verdient“, gerungen habe, bedurft hätte (24. 5. 1957). Vgl. auch Karl C. Thalheim, Werner Schüttauf u. a..

³⁶ Akte Nachrufe, Th. W. Adorno an die Wipog, 15. 5. 1957. Auffällig ist der hohe Anteil an Professoren, die sich über die geistigen und politischen Fähigkeiten Kleppers positiv geäußert haben. Vgl. u. a. Pascual Jordan und Edgar Salin, der Klepper seit ungefähr 30 Jahren gekannt und auch während seines Exils in Verbindung mit ihm gestanden hat.

³⁷ Ebenda, Kirchenpräsident Martin Niemöller, 15. 5. 1957.

„Ist es gelungen, etwas vom Konzept Otto Kleppers in der deutschen Politik zu realisieren? Behalten die utopielosen Realpolitiker von heute nicht am Ende doch recht? Ist nicht eine tragische Vergeblichkeit um sein Tun seit 1947?“ So fragte Fritz Vilmar bei der Gedenkfeier für Klepper. Auf der Suche nach einer Antwort verwies Vilmar auf Eugen Rosenstock-Huussy, der die „tiefe Dialektik utopisch-verpflichteter Existenz“ so charakterisiert habe: „Es gibt kein verfehlteres Leben als das Leben Jesu. Deshalb ist es das fruchtbarste Leben der Weltgeschichte.“ Vilmar zieht daraus den Schluß, daß „wer sich auf die Politik der Hoffnung, auf das Leben und Denken des Unvorgegebenen, auf den inneren Sprung in einen neuen heilen Anfang einläßt, ertragen können [muß], im ersten Anlauf zu scheitern. [...] Otto Klepper hat durch seine, dem Kommenden zugewandte Existenz vielen, die in dieses Morgen drängen, auf den Weg geholfen. Und wir – alle, die diese Hilfe ins Zukünftige durch ihn erfuhren, – werden in Zukunft zu erweisen haben: daß der oft vergeblich, manchmal fehl, aber unbeirrbar auf den utopischen Stern der Freiheit Zugehende realer dachte und handelte als die Realpolitiker von heute.“³⁸ Damit nahm Klepper die Aufgabe an, die Franz L. Neumann als die Aufgabe des Intellektuellen bezeichnet, nämlich „das kritische Gewissen der Gesellschaft in der jeweiligen historischen Epoche“ zu sein. Es gelte, „zu prüfen, wie weit eine Gesellschaft Freiheit verwirklicht beziehungsweise nicht verwirklicht. [...] In einem bestimmten Sinne“ werde der Intellektuelle dadurch – und hier spricht Franz Neumann über seine eigenen Erfahrungen als Emigrant – „zu einem Geächteten, denn das Gewissen ist immer unbequem, besonders in der Politik“³⁹.

Als am Ende seines Lebens der Vorrat an physischen und emotionalen Kräften erschöpft war, blieb als letztes die Erkenntnis des Zieles, wie ein letztes Licht, „die Utopie von Morgen“ übrig, und so schrieb er von schwerer Krankheit gezeichnet mit schwindenden Kräften jenen letzten Artikel „Utopie und Wirklichkeit“⁴⁰.

Klepper gehörte zu einer Minderheit in der deutschen Gesellschaft: Er repräsentierte eine letzten Endes sehr kleine Schicht eines selbstbewußten Bürgertums, die einerseits die Demokratie und damit die Zusammenarbeit mit den aus der Arbeiterschicht stammenden demokratischen Politikern bejahte, andererseits jedoch selbstbewußt und politisch erfahren war, ohne Minderwertigkeitskomplexe gegenüber der Obrigkeit, um die Republik notfalls auch gegen die Staatsgewalt zu verteidigen. Er hat versucht, selbst das vorzuleben, was er von einem Politiker forderte: Wahrhaftigkeit, Zivilcourage und Dienst für die Allgemeinheit. Aus all dem ergibt sich, daß Klepper einer der deutschen Staatsbürger war, die die demokratische Traditionslinie in Deutschland repräsentierten und ihren Teil dazu beigetragen haben, diese weiter zu festigen und in unserem gesellschaftlichen und politischen Leben zu verankern.

³⁸ Vilmar, Mut zur Utopie, in: Klepper zum Gedächtnis, S. 15.

³⁹ Neumann, Deutsche Demokratie, S. 327 f.

⁴⁰ Artikel und Vorträge aus der Nachkriegszeit (KNL).

Lebensdaten von Otto Klepper

(1888–1957)

- 17. 8. 1888 geb. in Brotterode, Kreis Schmalkalden/Thüringen
- 1908 Abitur in Hamm
- 1908–1914 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften
- 1914–1919 Kriegsdienst und „Vaterländischer Hilfsdienstpflichtiger“
- 18. 12. 1917 Heirat mit Erna Gertrud Eickhoff, geb. in Oslo/Norwegen
- 1918–1924 Geburt von vier Kindern, von denen eins 1925 stirbt
- 1920 Zweite juristische Staatsprüfung
- 1921–1923 Syndikus des Reformbundes der Gutshöfe in Bad Nauheim
- 1922 Zulassung als Anwalt beim Landgericht Frankfurt/M.
- 1923–1928 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Domänenpächterverbandes und Vorstandsvorsitzender der von ihm gegründeten Domänenbank
- 1928–1931 Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse
- 1931–1932 Preußischer Finanzminister
- 1933–1947 Emigration
- 1933 Finnland und Paris
- 1933–1935 Finanz- und Agrarberater in China
- 1935 Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten
- 1935–1936 Palma de Mallorca/Spanien
- 1936–1940 Paris
- 1940–1942 Internierung und Versteck in Südfrankreich
- 1942–1947 Anwalt in Mexiko
- 1947–1957 Frankfurt/M.: tätig als Anwalt und Publizist
- 1947–1957 Mitbegründer und stellvertretendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947
- 1948–1951 Mitbegründer und Geschäftsführer der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
- 1954 dreimonatige USA-Reise
- 11. 5. 1957 gestorben in Berlin.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

1. Deutsche Archive:

Bundesarchiv, Koblenz (BAK):

R 43 Reichskanzlei: 1446/1801/1809 und II/1264 Gestapo-Akten

R 58 Reichssicherheitshauptamt: DFP, Münzenberg-Gruppe und die Zukunft: 17, 236, 245, 627, 645, 678, 705

Nachlässe:

Brecht, Arnold, NL 89

Jaenicke, Wolfgang, NL 135

Kluthe, Hans-Albert, NL 162/27, 2. Teil (1916–1958)

Löwenstein, Hubertus Prinz zu, NL 222, 1. und 2. Teil

Lübke, Heinrich, NL 216

Pünder, Hermann, NL 1005, Nr. 110ff.

Rüstow, Alexander, NL 169, Nr. 44 und 45

Schlange-Schöning, Hans, Nr. 2 (Politische Papiere)

Welter, Erich, Nr. 73 (preußische Regierung)

Zarnow, Gottfried, NL 205, Mappe 48, Ordner: Klepper

Kleine Erwerbungen:

Grzesinski, Albert, Nr. 144, Im Kampf um die deutsche Republik. Lebensweg eines Staatenlosen

Rohr-Demmin, Hans von, Nr. 404. Ein Beitrag zur Agrarpolitik (Manuskript 1943)

Sethe, Paul, Nr. 750-1/2

Severing, Carl, 337/1. Aufzeichnung des Staatsministers

Weber, August, Nr. 384. Lebenserinnerungen

Teile des neueren Wipog-NL, B 244/1–49 und 104–129

Wirtschaftspolitische Beratungsbriefe im Auftrag der Wipog, B 244/50–103

Mitteilungen der Wipog und Offene Welt, ZSg. 1–98 (Dienstbibliothek des BAK)

Bundesarchiv – Außenstelle Potsdam (BAP):

O902, Deutsche Botschaft China (*D.B.Ch.*), Nr. 2250–2260

62 DAF3, Archiv für publizistische Arbeit (Internationales Biographisches Archiv), Nr. 17632

60 Vo2, Deutschnationale Volkspartei (*DNVP*), Nr. 45120 ff.

2501, Deutsche Reichsbank, Nr. 3559

Nachlässe:

Bracht, Franz, 90 Br1

Feder, Ernst, 90 Fe2

Spiecker, Karl, 90 Sp2, 1. und 2. Teil

Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin (GSTAB):

Rep. 84a, Generalakten des Justizministeriums, Wirtschaftsangelegenheiten:

Nr. 11150, Zentralgenossenschaftskasse, 1928 März bis 1933

Nr. 11157, Privatbanken, Bd. IV, 1909–1931

Nr. 10745, Zum Brand in Brotterode

Nr. 1911, Schlange-Schöning, Hans, „Die Rettung der Landwirtschaft, ein Gesetzesvorschlag zur Neuregelung des landwirtschaftlichen Kredites“

Rep. 87, Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Acta betreffend den Domänenpächterverband (DPV) und die deutsche Domänenbank (DDB), Nr. 2971/2
Denkschrift des Domänenpächterverbandes über die wirtschaftliche Lage der preußischen Domänenbetriebe, Berlin 1926

Rep. 90, Preußisches Staatsministerium: Abteilung D: Allgemeine Landesverwaltungssachen
Nr. 682, Staatskommissar für die Durchführung des Gesetzes über wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen
Nr. 1069, Die Lage der Provinz Ostpreußen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht und die Abschnürung vom Reich und Maßnahmen zu deren Besserung
Nr. 1070–91 und Nr. 1114–1121, Osthilfe
Annex A, Handakte Reschke – Staatsministerialsitzungsprotokolle
Nr. 1111, Denkschrift zur Osthilfe von Heinrich Hirtsiefer
Nr. 14076, Denkschrift der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse: „Die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen“, Drucksache Nr. 2, Berlin 1928

Rep. 90a, Staatsministerialsitzungsprotokolle 1928–1932, Bd. 180/81

Rep. 203, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, Nr. 176/7

Rep. 92, I. HA, NL-Braun C/I, Nr. 276 (Korrespondenz Braun/Severing)

Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz vormals Außenstelle Merseburg (GSTAM):

Rep. 151 HB, Finanzministerium, Haupt-Büro: Nr. 21, 39, 41, 42, 43, 505, 563, 631/2

Rep. 151 IC, Finanzministerium, 1. Abteilung: Bilanzen und Geschäftsberichte der Zentralgenossenschaftskasse, Nr. 10366/67

Rep. 77, Politische Abteilung des Innenministeriums: Nr. 351/2 (Eiserne Front und Reichsbanner)

Rep. 169 D, Preussischer Landtag: Untersuchungsausschüsse: Nr. 33, Bd. 2 und 3

Rep. 90a, Staatsministerialsitzungsprotokolle, Bd. 180/81

Klepper, Otto, vorläufig registrierter Nachlaß (VNL-K), Akten, Korrespondenzen, Reden: Domänenpächter-Verband und -Bank: Nr. 138, 141–146, 186

Preußenkasse (Finanzen, Richtlinien, Osthilfe, deutsch-französische Beziehungen, Untersuchungsausschüsse): Nr. 151/2, 157/8, 160, 171, 173, 178–180, 191/2, 194/95, 197–199, 204, 206
Genossenschaftswesen (Verhandlungen, Korrespondenzen): Nr. 174, 177, 181/2, 184

Exposé I: Personalfragen des Einheitsverbandes, Nr. 182

Exposé II: Die Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Nr. 181

Exposé III: Die agrarpolitische Bedeutung der Genossenschaftsrationalisierung, Nr. 181

Finanzministerium (FM), (Reden, Verhandlungen Preußen-Reich, Sparnotverordnungen), Nr. 153, 164, 166, 171, 176

Klepper (Privates): Nr. 154, 159, 170, 188/89 (Die dazwischen liegenden Nrn. fehlen)

Berlin Document Center (BDC):

8J 402/38, Anklageschrift Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 26. 6. 1939: Georg Walter und Oskar Wagner

Berliner (O) Landesarchiv:

Rep. 60–50, Bestand „Bürgerbund Berlin Lichterfelde“, ein konservativer politischer Verein

Archiv der Humboldt-Universität, Berlin (AdHU):

Acta der Königlich Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, betreffend Abgangszeugnisse, und Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studierenden der K.F.-W.-U.

B 380, Universitätskurator

Akte Karl Brandt und das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ):

ED 93, Nachlaß Hans Schäffer, Tagebücher

- ED 120, Wilhelm Hoegner, Bd. 4 G. (Grzesinski)
 ED 210, Hans Jaeger, Bd. 32, Die Nationalsozialisten und die deutsche Volkfront; Bd. 24, zur Situation von Emigranten
 ED 106, Walter-Hammer-Archiv, betreffend Otto Klepper
 Fb 226, Überblick über den Stand der Emigration im Herbst 1933
 MA 644, Münzenberg-Gruppe 1939
 F 205, Breitscheid an Hoegner, 10. 12. 1935
 F 213, Fragebogen zur Flucht 1933
 ED 202, Slg Glaser, Bd. 3, Korrespondenz mit Grzesinski
 F 211/1, Otto und Alice Rühle (Briefe aus Mexiko 1941/43)
 F 213/4, Albert Theile: Vorwort zur Reprint-Ausgabe der Deutschen Blätter (*D.B.*)
 Dk 110.001, Record Group OMGUS, Opinion Surveys, Information Control Division, Washington National Records Center, Washington D.C. 20409

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA-AA):

- Ref. D Pol 5 NE adh 4 Nr. 1 (Beiband). Nr. 40/5, Teil II und Teil IV Nd (Nordstaaten)
 R 30663K, (neue Signatur) Geheimakten 95/5, Finnland Pol. 26, Akten betreffend Politik und kulturelle Propaganda, 3/33–8/33
 Inland II, Deutsche Emigrantentätigkeit im Ausland, A/B 83–75, Bd. 2 und A/B 83–76
 A 5565, Deutsche Botschaft Paris
 Pol. IV, Gestapo II B2-K52/36-E
 R XII, 2 zv, 67/68, Kundt-Kommission
 R 42694, Extraakte Klepper

Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin (KASt):

- Nachlaß Andreas Hermes, I-090–003,4

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf (STBKAH):

- NL-Ad, Eduard Funcke (Reinbek/Hbg.) an Oberbürgermeister a.D. Konrad Adenauer

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD):

- Nachlaß Carl Severing

Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK):

- 902, Adenauer als Kölner OB und Staatsratsvorsitzender:
 Nr. 42,1, Akten der OB als Präsident des Staatsrates 1929–33
 Nr. 51,3, Korrespondenz mit Klepper

Wirtschaftsarchiv, Köln (WA):

- K82–27, K83–28, K84–6, Akten der Firma Otto Wolff (noch nicht geordneter Bestand):
 Bd. IV China, Bahn (Yushan-Nanchang-Pingsiang II, 1. 9. 1934– 15. 7. 1935)

Deutsche Bibliothek, Frankfurt/M., Exil-Archiv (Dt.Bibl.):

- Eb 70/117/112, American Guild (Klepper-Akte)
 Nachlaß Hubertus Prinz zu Löwenstein
 Die Zukunft, Nachdruck mit einem Vorwort von Arthur Koestler, Vaduz 1978
 DMZS 155, Deutsche Freiheit u. a. Exilzeitungen

Archiv der DG-Bank, Frankfurt/M. (DGBkA):

- Nr. 2110, Preußische Zentralgenossenschaftskasse (P.Z.): Nachrichtendienst der P.Z. mit Zeitungs-Dokumentation (*ND-P.Z.*)
 Nr. 10892, Konrad Engelmann, Otto Klepper zum Gedächtnis, New York 1965

Carl Semper, Entgegnung auf den Bericht der Treuhandgesellschaft vom 3. 2. 1928
 Andreas Hermes, Verteidigungsschrift für den Hermes-Prozess

Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt/M. (DRA):

Rundfunkansprachen:

Otto Klepper: 23. 12. 1931 und 8. 6. 1932
 Hans Schlange-Schöningen: 23. 11. 1931

Staatsarchiv Hamburg (StAH):

622–1, Familie Weichmann, Nr. 73 ff.

A69, Senatskanzlei-Präsidialabteilung 1932 (Undatierte Aufzeichnungen des Hamburger Bürgermeisters Petersen)

Landes-Archiv Speyer:

H 91 Karteikarte: Otto Klepper

Stadtarchiv Kassel (StAK):

VbZ. Klep., Martin Klepper

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD):

Sitzungsberichte des Preußischen Landtags (PrLT)

2. Französische Archive:

Archives De France (C.A.R.A.N.):

72 AJ, Commission d'histoire et de la Libération de la France:

282, Allgemeine Richtlinien etc.

282/13, I, Bericht vom Internierungslager Catus

41 AJ, 507, IV, Bericht der Kundt-Kommission

F/7, Police Générale:

15123–24, Correspondance de la rédaction Die Zukunft

15125, Récits d'internés dans les camps français

15126, Publications

15127, Dossier sur l'ex-chancelier Wirth und an Die Zukunft gesandte Manuskripte

15128, Correspondance: Werner Thormann und Willi Münzenberg

15129, Imprimés, papiers, articles, correspondance, Lebenslauf von Münzenberg

15130, Sopade, propagande (Anti-Hitler-Kampf)

15131–33, KPD

15134, Imprimés

15136, Radio Liberté

15142, Sicherheitsdienst en France

F/10, Affaires Etrangères:

No. 2045/46, deutsch-französische Beziehungen auf dem Agrarsektor

324 AP, Papiers Tardieu: No. 118–120, Rapports avec personnalités diverses; No. 61–67 législatives 1928–1936 et vie ministérielle

Archives Diplomatiques, Ministère Des Affaires Etrangères (AD):

Z Europe 1918–1940, Sous-série – Allemagne 1930–1940:

No. 761, Situation économique de l'Allemagne 1930–1931

No. 762, Situation économique de l'Allemagne 1932–1933

No. 614, Corps diplomatique allemand 1930–1934
 No. 616, Personalités politiques; Sous-série – Ministère de l'intérieur:
 No. 268/9, C, Administrative
 No. 761/2, Situation économique de l'Allemagne
 No. 1500, Relations Commerciales, Ambassade de France à Berlin

Z Europe 1930–1940, Série Guerre – 1939–1945:

Sous-série, Londres C.N.F
 Sous-série, Vichy Europe, Serie C, No. 146
 Sous-série, Vichy C, Etat Français, Intérieur, No. 136–38, 146–49 und No. 675, Allemagne
 (Bericht über den 20. Juli 1932)

Papiers d'Agents, 221, Pierre Comert, Vol. 3

Papiers d'Agents, Henri de Hoppenot

Archives économiques et financières Du Ministère De L'Economie, Des Finances et Du Budget (AE/F):

Papiers d'agents, sous-série: Papiers Tardieu, No. 5–7

B 31 467–70, F³⁰, Rapports des représentantes diplomatiques de France en Allemagne sur la situation économique: 1929–1932

B 31 477–79, F³⁰, Correspondance de l'attaché financier français à Berlin: 1930–1932

Archives: Caisse Nationale Du Crédit Agricole (CNCA):

Unregistrierte Papiere, Broschüren

Bibliothèque Nationale (BN):

D 141, Pariser Tageszeitung (vormals Pariser Tageblatt)

D 106, Ce Soir

Bureau de Résistance:

(Abteilung des Kriegsministeriums, im Schloß Vincenne/Paris) Akten von Jean Degon und Walter Habicht

3. Privates Archiv:

Nachlaß Otto Kleppers und der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947:

a) Otto Klepper (KNL):

Korrespondenz, Akten, Private Papiere, Veröffentlichungen:

„Selbstbiographie meines Urgroßvaters, des Professors der Weltweisheit und Inspektor der französischen Kolonien von Kurhessen, Pfarrer Johannes, Friedrich Klingender zu Kassel“ (1747–1829)

„Selbstbiographie meines lieben Vaters, des am 11. Oktober 1887 zu Kassel entschlafenen Oberlandesgerichtsrats Otto Gustav Klingender“ (1817–1887)

„Kaiser-Tragödie“ (ohne Namen und Datum)

Familienverbandszeitschrift: Adolf Klepper, Nachruf für Konrad Martin Klepper

Korrespondenz [alphabetisch, 26 Akten] (K/Kor.)

Klepper: Artikel und Veröffentlichungen

Lorenz v. Stein u. a. Exzerpte

Mexiko-Dokumente

China: Unterlagen, Gutachten für die chinesische Regierung, Skripten

Wiedergutmachungsangelegenheiten, Bericht von Rechtsanwalt Kurt Stange

65. Geburtstag, Briefe und Würdigungen

Anzeigen, Nachrufe, Beileidsbriefe

Grab-Unterlagen

Briefe H. v. Kalinowski an Klepper

Privatbriefe Kleppers an seine Kinder (Privatkopien vom Sohn Kleppers)

Korrespondenz Engelmann – Laufer über Klepper (Privatkopien vom Sohn Engelmanns)

Berichte von Madeleine Landy-Degon und Jean Degon

Dietrich Mende, Erinnerungen (Auszug Klepper betreffend, 1980 unveröffentlicht)

b) Wirtschaftspolitische Gesellschaft (Wipog):

Akten und Korrespondenzen betreffend: Gründung und Arbeit der Wipog:

Dokumentationen aus den Anfangsjahren der Wipog (*Wipog-Dok.*)

1. und 2. Hattenheimer Resolution

Tagungen 1947

Jahres- und Arbeitstagungen 1948–1957 (Tonbandprotokolle)

Vorstand und Beirat (*Vorst./Beir.*)

Vorstandssitzungen I und II

Veröffentlichungen (FAZ-Artikel von Wipog-Mitgliedern u. a.)

Presse-Echo 1947–1950

Statistische Angaben

Verein Offene Welt (O.W.), Dokumente, Gründungs- und Versammlungsprotokolle

Finanzierung der O.W.

„Demokratische Aktion“ und „Nie-wieder-Kreis“

„Unteilbares Deutschland“

„Deutsch-Französische Konferenz“, München

Europäische Illustrierte

Rand-Corporation/Kor. I, II und III (*Rand I, II, III*)USA-Reise und USA-Reise-Korrespondenz mit Lübke (*K-L/USA*)

Korrespondenz und Unterlagen zu Friedrich Wilhelm Foerster

Korrespondenz: Klepper – Julius Klein (*Kor.K/Klein*)Veröffentlichungen der Wipog: Mitteilungen (*M.d.W.*) und Offene Welt (O.W.)

c) Akten und Korrespondenzen betreffend: Gründung und Arbeit der FAZ (1949–1951):

Allgemeine Korrespondenz FAZ (*Allg.Kor./FAZ*)Handakte Klepper/FAZ (*HdA/K-FAZ*)Korrespondenz mit Herausgebern, Nr. 49 (*Kor./Hrsg.*)

Beirat

Finanz-Korrespondenz-FAZ (*Fin.Kor.FAZ*)

Finanzen Wipog – FAZ

Monatsberichte – FAZ

4. Veröffentlichungen Otto Kleppers:

a) Artikel und Reden aus der Weimarer Zeit (1924–1933)

Zur Behandlung der Agrarkredite, in: Der Deutsche Volkswirt, 12/13, 23. 12. 1927

Zur Behandlung der Agrarkredite, in: Der Deutsche Volkswirt, 31, 4. 5. 1928

Zu den Reformen der Preußenkasse, in: Frankfurter Zeitung, 28. 8. 1928

Zur Agrarfrage des Ostens, in: Industrie- und Handelszeitung, 1, 1. 1. 1929

Grundsätzliches zur Agrarfrage, in: Der Deutsche Volkswirt, 17, 25. 1. 1929

Zur Agrarpolitik, in: Archiv für Innere Kolonisation, 21 (1929), S. 82 ff.

Die Kreditlage der Landwirtschaft, Rede vor der Volkshochschule Rendsburg (Bericht über die Rede in: Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftspresse, 21, 15. 11. 1929, S. 480)

Rationelle Agrarpolitik, in: Magazin der Wirtschaft, Nr. 5, 31. 1. 1930, S. 223–225

Ostprogramm, in: Der Deutsche Volkswirt, 30, 25. 4. 1930

Agrarpolitik und Agrarkreditpolitik, Vortrag vor der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Münster (Bericht in: ND-P.Z., Nr. 150, 2. 7. 1931)

Die agrarpolitische Bedeutung der Genossenschaftsrationalisierung (Exposé, 1929)
 Finanzpolitik im Dienst der Krisen-Bekämpfung, Rede vor der ‚Eisernen Front‘ in Göttingen,
 13. 4. 1932, in: Amtlicher Preußischer Pressedienst, 13. 4. 1932
 Rundfunkansprache vom 10. 6. 1932 (VNL-K, Nr. 176)

b) Artikel und Vorträge aus der Exil-Zeit (1933–1947):

Der Umschwung in Deutschland 1933. Eine unbekannte Artikelfolge des preußischen Staatsministers Otto Klepper, 14.7., 24.7. und 5. 8. 1933 in: Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning), hrsg. und kommentiert von Martin Schumacher, in: VfZ 31 (1983), S. 146–177
 Erinnerung an den 20. Juli 1932, in: Neues Tagebuch (NTB), 4, 22. 7. 1933, S. 90f.

Mallorca-Schriften aus dem NL-Spiecker im BAP (1935–1936):

Korrespondenz mit Spiecker

Bericht über die Volksfront für Amerika

Analyse der politischen Lage, die Grundlage seines Vortrages vor dem „Lutetia-Kreis“ am 22. 11. 1935

Artikel: „Die Dynamik der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik“

Programmentwurf für die Volksfront: „Die programmatische Aufgabe der Volksfront“

Entwurf eines Freiheitsbriefes für den „Bund Freiheit und Vaterland“

„Freiheit und Volk“, in: Veröffentlichungen der Deutschen Freiheitsbewegung „Freiheit und Volk“, Paris 1935

Paris (1936–1940):

Europäische Freiheit, in: NTB, 52, 26. 12. 1936, S. 1236

Interview mit Ce Soir, „Le Parti allemand de la Liberté expose ses buts pour la première fois“, 22. 4. 1937

Gegenstoß der Juden, in: NTB, 15, April 1938, S. 375 f.

Artikel-Serie in Die Zukunft (2./3. Jg.):

Die Freiheit von Morgen, Nr. 9, 3. 3. 1939, S. 3

Rationalisierung der Nationalismen, Nr. 17, 28. 4. 1939, S. 6

Rationalistische Friedenspolitik, Nr. 23, 9. 6. 1939, S. 9

Krieg oder Frieden?, Nr. 28, 14. 7. 1939, S. 5

Unsere Pflicht, Nr. 36, 6. 9. 1939, S. 2

Neuer Start, Nr. 41, 13. 10. 1939, S. 3

Wo stehen wir?, Nr. 1, 5. 1. 1940, S. 692

Abendländischer Reformismus, Nr. 7, 16. 2. 1940, S. 4

Friedensoffensiven?, Nr. 9, 1. 3. 1940, S. 5

Gedanken über Finnland, Nr. 8, 23. 2. 1940, S. 5

Abendländischer Reformismus, Nr. 14, 5. 4. 1940

Wo stehen wir?, Nr. 16, 19. 4. 1940

Mexiko (1942–1946)

Vorfragen des Friedens, in: Deutsche Blätter (DB), 33, Sept./Okt. 1946

Die Kunst des Möglichen. Gedanken über die Vorbereitung einer neuen deutschen Politik, in: DB, 34, Nov./Dez. 1946 (Reprint beider Artikel, Juni 1948)

c) Artikel und Vorträge aus der Nachkriegszeit (1947–1957):

Das Ende der Republik, in: Die Gegenwart, 17/18, 30. 9. 1947, S. 19ff.

Gesellschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Vortrag vor der TU Stuttgart am 16. 3. 1948

Stellungnahme zur Neugestaltung des Agrarkredits im westdeutschen Wirtschaftsgebiet, Referat vor dem Ausschuß des Wirtschaftsrates für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 7. 4. 1948

Die weltpolitische Spannung und die deutsche Chance, Vortrag, 1. Jahrestagung der Wipog am 20./21. 10. 1948, in: M.d.W., Nr. 5, November 1948

Die wirtschaftliche Bedeutung des Agrarkredits, Referat, Arbeitstagung der Wipog, 24. 11. 1948

Die Konzepte der Wipog von 1947, Vortrag, Wipog-Tagung, Dezember 1948

Die Stellung der Wipog zur Agrarpolitik, Vortrag, agrarpolitische Tagung der Wipog, 2. 2. 1949

- Zur Lage (Stichwort: Niederlage der chinesischen Nationalregierung), in: M.d.W., Nr. 6, März 1949
- Zur Lage (Stichwort: Revirement in der russischen Führung), in: M.d.W., Nr. 7, April 1949
- Zur Lage (Stichwort: Errichtung des westdeutschen Staates, Wahlen), in: M.d.W., Nr. 8, Mai 1949
- Zur Lage (Stichwort: Wahlergebnis), M.d.W., Nr. 11, August 1949
- Warum wirtschaftspolitische Autonomie?, Vortrag vor der Gesellschaft deutscher Berg- und Hüttenleute in Weilburg, 28. 8. 1949
- Das Mandat vom 14. August, in: Allgemeine Zeitung, Mainz, 5. 9. 1949
- Die Kunst des Möglichen. Gedanken über die Vorbereitung einer neuen deutschen Wirtschaftspolitik, Vortrag vor der Technischen Hochschule in Stuttgart, 29. 9. 1948 (Auszug abgedruckt in: Blätter für organische Politik, hrsg. von K. Buchwald und O. Hess, 1. Folge, Berlin Oktober 1949)
- Die Verantwortung des deutschen Unternehmertums, Vortrag vor dem Verband hessischer Gießereien, Bad Nauheim, 8. 10. 1949
- Warum wirtschaftliche Autonomie?, Vortrag auf der Bergmännischen Tagung des Verbandes Oberer Bergbeamten in Essen, 23. 11. 1949
- Silvester 1949, in: FAZ, 1. 1. 1950
- Für kühne deutsch-französische Initiative, in: FAZ, 14. 1. 1950
- Und nun erst recht, in: FAZ, 6. 3. 1950
- Zwei Wünsche an die Opposition, in: FAZ, 9. 3. 1950
- Zur Lage (Stichwort: Regierung und Opposition), in: M.d.W., Nr. 15, Ostern 1950
- Der Geist der Furcht, in: FAZ, 8. 5. 1950
- Im Westen nichts Neues?, in: FAZ, 27. 6. 1950
- Zur Lage (Stichwort: Korea und sowjetische Politik), in: M.d.W., Nr. 16, Juli 1950
- Die letzte Chance?, in: FAZ, 18. 7. 1950
- Aufrüstung, in: FAZ, 8. 8. 1950
- Geldstrafe genügt, in: FAZ, 12. 8. 1950
- Wo stehen wir, in: FAZ, 2. 10. 1950
- Taktik und Takt, in: FAZ, 9. 10. 1950
- Appell an die Deutschen, in: FAZ, 10. 10. 1950
- Ost-West-Spannung in der Wirtschaftspolitik, in: FAZ, 19. 10. 1950 und in: M.d.W., Nr. 17, Dezember 1950
- Das deutsche Experiment, Vortrag, 2. Jahrestagung der Wipog zum Thema: Deutsche Initiative, 19./20. 10. 1950, in: Schriften der Wipog, Heidelberg 1951
- Wir brauchen starke Regierungen, in: FAZ, 2. 12. 1950
- Wie wir den Frieden retten können, in: M.d.W., Nr. 17, Dezember 1950 und in: Europäische Illustrierte, 2. 1. 1951
- Moralische Aufrüstung, in: FAZ, 8. 1. 1951
- Das deutsche Experiment, Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer (IHK) Darmstadt (Auszug in: Nachrichten der IHK, 15. 1. 1951)
- Neutralismus, in: FAZ, 22. 1. 1951
- Eine klassenlos denkende Elite, Vortrag vor der deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin, 26. 1. 1951 (Auszug in: M.d.W., Nr. 18, Mai 1951)
- Wie wir den toten Punkt überwinden müssen, in: Europäische Illustrierte, 30. 1. 1951
- Die deutsche Sicherheit, Vortrag vor der IHK Frankfurt/M., 9. 2. 1951, in: M.d.W., Nr. 18, Mai 1951
- „Schritt für Schritt“ Vorwärts oder rückwärts?, in: Europäische Illustrierte, 13. 3. 1951
- Bereit sein zu kühnem Entschluß, in: Beilage der FAZ zum Thema: Schuman-Plan. Eine erste Station zur Wirtschafts-Union, 3. 4. 1951
- Ehrliches Geld, in: Beilage der FAZ zum Thema: Die Etappe der europäischen Zahlungsunion, 1. 5. 1951
- Der Präsident, der General und wir, in: FAZ, 19. 5. 1951
- Neuorientierung des Unternehmertums, Vortrag vor der IHK Stuttgart, 22. 5. 1951, in: M.d.W., Nr. 19, Okt. 1951
- Take it easy, in: FAZ, 2. 6. 1951
- Wir rufen die Kriegsgeneration, in: FAZ, 16. 6. 1951
- Der Weg des deutschen Bürgertums, Referat, Diskussionsabend der Wipog, 21. 6. 1951, in: M.d.W., Nr. 19, Oktober 1951

- Wir begrüßen die Heimatvertriebenen, in: FAZ, 30. 6. 1951
- Stunde der Landwirtschaft, in: Beilage der FAZ zum Thema: Der Weg zur übernationalen Wirtschaft, 13. 7. 1951
- Frei – Gleichberechtigt – Deutsch, in: FAZ, 28. 7. 1951
- Antisemitische Renaissance, ohne Datum und Ort
- Berlin, Vorposten der westlichen Welt, in: Europäische Illustrierte, Nr. 16
- Politik aus klassenlosem Denken, Vortrag, 3. Jahrestagung der Wipog zum Thema: Der Deutsche Beitrag in Einigkeit, 25./26. 10. 1951, in: Schriften der Wipog, Bonn 1951
- Bildung und Ethos als Voraussetzung des politischen Handelns, Festvortrag, Deutscher Philologentag in Bonn am 17. 11. 1951, in: Schriften des Deutschen Philologen-Verbandes, Frankfurt /M. 1952 und in: M.d.W., Nr. 20, Februar 1952 und Sonderdruck, Frankfurt/M 1952
- Neues im Westen, in: Der Tagesspiegel, 11. 1. 1952
- Probleme um die Wiederherstellung der deutschen Einheit, Vortrag, Diskussionsabend der Wipog in Frankfurt, 24. 1. 1952
- Zur Lage (Stichwort: Kalter Krieg, Europa-USA), in: M.d.W., Nr. 20, Februar 1952
- Ohne Dich kein Friede: Sozialer Aufstieg, Vortrag, Kundgebung der Wipog, 16. 3. 1952
- Die Dynamik des Antisemitismus, in: M.d.W., Nr. 21, Pfingsten 1952
- Die Bittere Wahrheit. Nachdenkliches zur deutschen Frage, Schriftenreihe der Wipog, Stuttgart 1952
- Die deutsche Verantwortung, Vortrag, Deutsch-Französische Vereinigung, Ludwigshafen, 9. 10. 1952
- Die Chance des Westens, in: Bulletin des Presse-Informationsdienstes der Bundesregierung, Nr. 153, 10. 10. 1952, S. 1389
- Regierung, Opposition und Volkswille, in: Frankfurter Rundschau (FRS), 3./4. 1. 1953 (M.d.W., Nr. 23, Dezember 1952)
- Der Westen, Vortrag, 4. Jahrestagung der Wipog zum Thema: Entschluß zur Gemeinschaft, 17./18. 1. 1953, Schriften der Wipog, Bonn 1953
- Die Schwäche der Demokratie, in: FRS, 24. 1. 1953
- Aus aktueller deutscher Sicht, Vortrag, Kundgebung der Wipog in Bonn zum Thema: Zur Wendung im Ost/West-Konflikt, 30. 6. 1953, Schriften der Wipog, Bonn 1953
- Die Wendung im Ost-West-Konflikt, Bandaufnahme des Hessischen Rundfunks, Juni 1953
- Weltpolitische Wende – Deutsche Chance, Radioansprache über Rias Berlin, 13. 7. 1953, in: M.d.W., Nr. 26, Juli/August 1953
- „Aufruf zu einheitlicher deutscher Außenpolitik“ der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, in: FRS, 29./30. 8. 1953
- Restaurative oder neu gestaltende Politik?, Vortrag vor der Evangelischen Akademie in Hofgeismar, 24. 10. 1953, in: O.W., Nr. 28, November/Dezember 1953
- Im Blick auf die Viererkonferenz, Vortrag vor der Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau, 6. 1. 1954
- Das politische Ziel für Wirtschaft und Gesellschaft, Vortrag, 5. Jahrestagung der Wipog, zum Thema: Offene Welt – Das politische Ziel für Wirtschaft und Gesellschaft, 20./21. 3. 1954, in: Sonderheft der O.W., 1954
- Konsequenzen von Berlin, in: O.W., Nr. 30, März/April 1954
- Was tun?, in: O.W., Nr. 32, Juli/August 1954
- Verteidigungsgemeinschaft war falscher Anfang, in: FRS, 18. 9. 1954
- Neuer deutsch-französischer Anlauf in Richtung Offene Welt, in: FRS, 6./7. 11. 1954 (O.W., Nr. 33, September/Okttober 1954)
- Beitrag zu: Hessen entscheidet in eigener Sache, in: Frankfurter Neue Presse (FNP), 4. 12. 1954
- Ultima Ratio, in: O.W., Nr. 34, November/Dezember 1954
- Vor einem neuen Abschnitt der Nachkriegspolitik, in: FRS, 19./20. 2. 1955
- Gemeinsame Aufgabe, in: Schwäbische Landeszeitung, 44, 23. 2. 1955
- Zur Lage: Der springende Punkt, in: O.W., Nr. 35, Januar/Februar 1955
- Friedlose Koexistenz, in: FRS, 15./17. 4. 1955 (O.W., Nr. 36, März/April 1955)
- Zur Lage: Phase der Gewaltlosigkeit, in: O.W., Nr. 40, November/Dezember 1955
- Offene Welt – Die Voraussetzungen des Friedens, Schlußwort, 6. Jahrestagung der Wipog zum Thema: Die Voraussetzungen des Friedens, 20./21. 1. 1956, in: O.W., Nr. 41, Januar/Februar 1956

5. Zeitgenössische Artikel über Klepper und Würdigungen:

Berliner Tageblatt: Reorganisation der Preußenkasse, 13. 1. 1928

Vossische Zeitung: Der neue Mann, 16. 1. 1928

Frankfurter Zeitung: Präsident Klepper preußischer Finanzminister, 8. 11. 1931

Die Weltbühne: Der Napoleon der Preußenkasse, 25 (1929), S. 466–471 (Jan Barchenhusen, Pseudonym für Erwin Topf)

Deutschenspiegel: Zu Klepper und seinem Reformprogramm, 12. 4. 1929 (Piggy)

Vossische Zeitung: Neuer Ansturm gegen Preußen, 20. 7. 1932

Vossische Zeitung: Das Kesseltreiben gegen Klepper, 15. 10. 1932

Ansprachen aus Anlaß der Gedächtnisfeier für Otto Klepper am 10. Juli 1957 in Frankfurt/M.:
Rudolf Mueller, Bundesminister Heinrich Lübke, Ulrich v. Pufendorf und Pfarrer Wolfgang Lehmann (Veröffentlichungen der Wipog), Frankfurt/M. 1957

Otto Klepper zum Gedächtnis, in: O.W., Nr. 49, Mai/Juni 1957:

Rudolf Mueller, Abschied von Otto Klepper

Ulrich v. Pufendorf, Zwischen den Zeiten – Der Weg eines aktiven Geistes

Albert Theile, Mit leichtem Gepäck. Erinnerung an Otto Klepper aus der Zeit der Emigration

Fritz Vilmar, Mut zur Utopie. Über das geschichtsphilosophische Fundament der politischen Konzeption Otto Kleppers

Kurt Kersten, Otto Klepper gestorben. Ein Demokrat und Nonkonformist, in: Aufbau, 24. 5. 1957
Neben zahlreichen Kurzmeldungen in der Tagespresse ausführlicher:

Paul Sethe, Otto Klepper, in: Die Welt, 14. 5. 1957

Hugo Richarz, Otto Klepper, in: FAZ, 14. 5. 1957

K.G., Otto Klepper, in: FRS, 14. 5. 1957

Ohne Namen, Otto Klepper, in: Berliner Stimme, 18. 5. 1957

K.E., Otto Klepper, Raiffeisen-Rundschau, Nr. 6, Juli 1957, S. 125

F.B., Recordando A Un Gran Hombre Otto Klepper, in: Izquierda Republicana, No.108, Mexico, Agosto y Septiembre [1957]

Ausgewertet wurden außerdem folgende Zeitungen aus der Weimarer Zeit:

Archiv für Innere Kolonisation; Bankwissenschaft; Berliner Börsencourir; Berliner Illustrierte; Berliner Tageblatt; Blätter für Genossenschaftswesen; Der Angriff; Der Deutsche Volkswirt; Der Deutschen-Spiegel; Der Tag; Der Vorwärts; Deutsche Allgemeine Zeitung; Deutsche Genossenschaftspresse; Der Deutsche Heimatdienst; Deutsche Tageszeitung; Deutscher Schnelldienst; Deutsches Landwirtschaftliches Genossenschaftsblatt; Die Bank; Die Weltbühne; Frankfurter Zeitung; Industrie- und Handelszeitung; Kölnische Volkszeitung; Kölnische Zeitung; Landwirtschaftliche Wochenschau; Magazin der Wirtschaft; Montag-Morgen; Neue Preussische Zeitung; Pommersche Tagespost; Vossische Zeitung

II. Forschungsliteratur

1. Gedruckte Quellen, Dokumentationen, Reden, Statistiken, Protokolle, zeitgenössische Berichte und Lexika:

Adenauer im Dritten Reich, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1991

Akten der Reichskanzlei (*AdR*). Weimarer Republik, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Hans Booms, Wolfgang Mommsen, Boppard 1964 ff. Kabinette:

Marx III und IV, bearb. von Günter Abramowski (1988)

Brüning I und II, bearb. von Tilman Koops, 3 Bde. (1982/90)

Müller II, bearb. von Martin Vogt (1970)

Papen, bearb. von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde. (1989)

Schleicher, bearb. von Anton Golecki (1986)

- Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1985
- Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–1945, nach dem Reichsanzeiger veröffentlichte Listen (3 Bde.), München, 1985–1988
- Beckmann, Fritz, Bernhard Harms, Theodor Brinkmann, Hermann Bente, Edgar Salin und Werner Henkelmann (Hrsg.): Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, hrsg. im Auftrag der Friedrich-List-Gesellschaft e.V., Bd. II, Berlin 1932
- Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben, bearb. von Werner Röder/Helmut A. Strauss, München, 1980
- Biographisches Lexikon du Ministère des Affaires Etrangères, Paris 1933 (AD)
- Bloch, Marc: L'étrange défaite. Témoignage écrit en 1940, Paris 1990 (Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge, Frankfurt/M. 1992)
- Brecht, Arnold: Reichsreform. Warum und Wie?, Berlin 1931
- Breitscheid, Rudolf: Bilanz eines Kampffjahres, in: Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek, II, 21 (1936), S. 12 ff.
- Broszat, Martin (Hrsg.): Dokumentation: „Kritische Bemerkungen Herbert Weichmanns zu den Briefen Brünnings an Sollmann“, in: VfZ 22 (1974), S. 458–460
- Brüning, Heinrich: Zwei Jahre am Steuer des Reiches. Reden aus Brünnings Kanzlerzeit, Köln 1932
- Ders.: Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes, hrsg. von Wilhelm Vernekohl unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Münster 1968
- Degon, Madeleine: Le Crédit Agricole. Sources, formes, caractères, fonctionnement en France et dans les principaux pays, Paris 1939 (CNCA. Reprint 1994)
- Denkschrift des Landeshauptmannes der Provinz Ostpreußen: Ostpreußenhilfe und Umschulung, Königsberg 1931
- Denkschrift zur Osthilfe von Heinrich Hirtsiefer, abgedruckt in: Politik und Wirtschaft, S. 1067–1071
- Deutsches Bankier-Buch, hrsg. von der Berliner Börsenzeitung, Berlin 1930
- Die Not der preußischen Ostprovinzen, hrsg. von den Landeshauptleuten der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien (als Handschrift gedruckt) im Januar 1930 (Dr. Blunk, Dr. Caspari, v. Zitzewitz, v. Winterfeld-Menkin, Dr. v. Thaer, Dr. Piontek); abgedruckt in: Reichszentrale für Heimatdienst, Richtlinien Nr. 198/1999, Grenzlandreihe Nr. 16, Juni 1930
- Dietze, Constantin von: Die Lage der deutschen Landwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 130, 1929, abgedruckt in: Ders.: Gedanken und Bekenntnisse eines Agrarpolitikers, Göttingen 1962
- Durzak, Manfred (Hrsg.): Die Deutsche Exilliteratur 1933–1945, 3 Bde., Stuttgart 1973
- Fischer, Ruth/Arkadij Maslow: Aus Briefen und Manuskripten des Exils; mit einem Vorwort von Hermann Weber, hrsg. von Peter Lübke, München 1990
- Geiler, Hermann F.: Deutsche Pachtbank e.G.m.b.H., in: Die zentralen Kreditinstitute Deutschlands, Aufgaben und Aufbau, ihr Wirken am Kreditmarkt, Berlin 1935, S. 182–188
- Hanau, Arthur u. a. (Hrsg.): Friedrich Aereboe. Gedenkschrift. Würdigung und Auswahl aus seinen Werken aus Anlaß der 100. Wiederkehr seines Geburtstages, Hamburg 1965
- Heinrich, Hans/Werner Otto (Hrsg.): Die gesamte Osthilfegesetzgebung. Entwicklung und Inhalt, nebst vollständiger Zusammenstellung der Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und wichtigen amtlichen Erlasse (Stand vom 1. 3. 1933), Berlin 1933
- Hoepker-Aschoff, Hermann: Reichsreform, in: Der Deutsche Volkswirt, Nr. 47, 21. 8. 1931, S. 1579 ff.
- Horkenbach, Cuno (Hrsg.): Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 3 Bde., Berlin 1930–1933
- Hubatsch, Walter: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878–1934, Göttingen 1966
- Kämpfer, Ewald: Die Preußenkasse und ihre Reorganisation, in: Bankwissenschaft 5 (1928/29), H. 9, S. 321 ff.
- Kirchheimer, Otto: Die Verfassungslehre des Preußenkonflikts (1932), in: Ders., Funktionen des Staates und der Verfassung, 10 Analysen, Frankfurt/M. 1972, S. 42–61
- Ders.: Marxismus, Diktatur und Organisationsform des Proletariats (1933), in: Ders., Funktionen des Staates, S. 100–115

- Ders.: Staatsgefüge und Recht des Dritten Reiches (1933), in: Ders., Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/M. 1976, S. 152–185
- Ders.: Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung, hrsg. von Wolfgang Luthardt, Frankfurt/M. 1976
- Ders.: Weimar und was dann? (1930), in: Ders., Politik und Verfassung, Frankfurt/M. 1981², S. 9–56
- Kommer, Raimund: Die Veröffentlichung der Ausbürgerungslisten nach dem Gesetz über den „Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933 in der Tagespublizistik des Dritten Reiches, in: Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945, hrsg. von Hanno Hardt, Elke Hilscher und Winfried B. Lerg, München 1979, S. 407–413
- Krebs, Willy: Zur Entstehung der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse. Ein Rückblick, Berlin 1933 (Sonderdruck aus: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 138, 1933, H. 4, S. 560–578)
- La Drôle de Guerre septembre 1939 – avril 1940, in: Journaux de Guerre, „La France vécue suspendue entre la guerre et la paix“. Une Collection unique de journaux de 1939 à 1945 intégralement réimprimés, Paris 1992, No. 4
- Liebich, Kurt (Hrsg.): Allgemeine Pachtbedingungen für die preußischen Staatsdomänen 1926, Berlin 1928
- Loewy, Ernst: Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933–1945, 3 Bde., Frankfurt/M. 1982
- Löwenstein, Prinz Hubertus zu: Die Tragödie eines Volkes. Deutschland 1918–1934, Amsterdam 1934
- Münzenberg, Willi: Angreifen!, in: Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek 21 (1936), S. 3
- Muth, Heinrich: Quellen zu Brüning, in: GWU 14 (1963), S. 221–236
- Olden, Rudolf: Warum versagten die Marxisten? Paris 1934 (Teilabdruck in: Loewy [Hrsg.], Exil, Bd. I, S. 66–85)
- Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, Bd. 4, eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 3), Düsseldorf 1980
- Preußen 1932. Politik in Stichworten, hrsg. von der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums, Berlin 1932
- Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. I, Berlin 1931
- Röpke, Wilhelm: Zur „Hattenheimer Resolution“ der Wipog, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 179, 1. 7. 1948
- Sassin, Horst R.: Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933–1945, Katalog einer Ausstellung der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bonn 1983
- Schlange-Schöningen, Hans: Acker und Arbeit, Oldenburg 1932
- Ders.: Bauer und Boden, Berlin 1933
- Schmidt, Georg: Zahlen und Schlagwörter der Agrarinteressenten, Berlin 1930
- Schumacher, Martin (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1994³
- Schwarzschild, Leopold: Lehren aus einer Erfahrung, in: Neues Tagebuch, 26. 12. 1936
- Ders.: Die Lunte am Pulverfaß. Aus dem Neuen Tagebuch 1933–1940, hrsg. von Valerie Schwarzschild, mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Hamburg 1965
- Ders.: Die letzten Jahre vor Hitler. Aus dem Tagebuch 1929–1933, hrsg. von Valerie Schwarzschild, mit einem Vorwort von Golo Mann, Hamburg 1966
- Sering, Max: Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Berlin 1932
- Severing, Carl (Pseudonym: Dr. Wilhelm Gerviens): Der 20. Juli 32 in Dichtung und Wahrheit, Bielefeld 1946
- Ders.: Der 20. Juli 1932, in: Die Gegenwart, H.13/14, 31. 7. 1947, S. 14–17
- Ders.: Kräfte und Gegenkräfte, in: Die Gegenwart, H. 7/8, 1. 4. 1948, S. 17–19

- Soong, T.V.: The Financial Situation in China and Japan, published by the Press Bureau of the Chinese Delegation, Geneva; abgedruckt in: Manchester Guardian, 13./14. 2. 1933
- Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977
- Stapel, Wilhelm: Preußen muß sein. Eine Rede für Preußen, Hamburg 1932
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. von Statistisches Reichsamt, 34. Jg. Berlin 1919 – 53. Jg., Berlin 1934
- Stein, Lorenz v.: Geschichte der Sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage in 3 Bänden, München 1921 (in Auszügen: Die Soziale Bewegung der Gegenwart, in: Eckart Pankoke [Hrsg.], Gesellschaftslehre, 1991, S. 467 ff.)
- Thünen, Johann Heinrich v.: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, 1930, neue, kommentierte Ausgabe, hrsg. von Hermann Lehmann in Zusammenarbeit mit Lutz Werner, Berlin 1990
- Topf, Erwin: Die Grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933
- Treue, Wilhelm: Deutsche Parteiprogramme seit 1861, Göttingen 1968⁴
- Ders. (Hrsg.): Deutschland in der Wirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, München 1976
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Berlin o. J. (1963), Bd. 8: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning – Papen – Schleicher. 1930–1933, Berlin o. J.
- Verhandlungen des Preussischen Landtags (*PrLT*), Berlin 1928–1932
- Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1924–1932
- Vladeck, Charney B.: 50 Years of Life and Labor. An Appraisal by Friends and Comrades, New York 1936
- Vogelsang, Thilo (Hrsg.): Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, Stuttgart 1962
- Weber, Wilhelm: Chronik – Das Gesamtsystem der deutschen Agrarpolitik 1914–1932, in: Beckmann, Deutsche Agrarpolitik, S. 114
- Welter, Erich: Der Weg der deutschen Industrie, Frankfurt/M. 1943
- Wolff, Theodor: Um ein Wort (Zum Sturz der Regierung Müller), in: Berliner Tageblatt, 30. 3. 1930
- Wygodzinski, Willi/August Müller: Das Genossenschaftswesen in Deutschland, Leipzig 1929²
- Zur Vorgeschichte der Preussischen Central-Genossenschafts-Kasse. Protokoll einer Sachverständigen-Anhörung am 18. Mai 1895 im preussischen Finanzministerium zu dem Vorhaben, den genossenschaftlichen Personalkredit durch die Errichtung eines Spitzeninstituts zu fördern, eingeleitet von Walter Hamm, hrsg. vom Institut für bankhistorische Forschung, Frankfurt/M. 1995

2. Erinnerungen, Tagebücher, Briefe:

- Abetz, Otto: Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln 1951
- Adenauer, Konrad: Briefe 1945–1963, 4 Bde., hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1983 ff.
- Badia, Gilbert (Hrsg.): Exilés en France. Souvenir d'antifascistes allemands émigrés (1933–1945), Paris 1982
- Bénédict, Daniel: La filière Marseillaise, un chemin vers la liberté, Paris 1984
- Bermann-Fischer, Gottfried: Der Weg eines Verlegers, Frankfurt/M. 1967
- Bernhard, Georg: Die Deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik, Prag 1933
- Brauer, Max: Im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946, hrsg. von Christa Fladhammer und Michael Wildt, Hamburg 1994
- Braun, Magnus Freiherr von: Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostpreußen, Oldenburg 1955
- Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, Hamburg (1949) 1979²
- Ders.: Briefe an Otto Klepper, Mai/Juni 1933, hrsg. und bearb. von Martin Schumacher, in: Das Parlament, Nr. 20–21, 21./28. 5. 1983
- Brecht, Arnold: Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik, Wien 1948

- Ders.: Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen, Bd. 2: 1927–1967, Stuttgart 1967
- Bredt, Victor: Erinnerungen und Dokumente 1914–1933, hrsg. und bearb. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970
- Brüning, Heinrich: Ein Brief (an Dr. Pechel), in: Deutsche Rundschau, Juli 1947, S. 1–22
- Ders.: Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970
- Ders.: Im Exil. Briefe an Wilhelm Sollmann 1940–1946, hrsg. von Thomas A. Knapp, in: VfZ 22 (1974), S. 93–120
- Ders.: Briefe und Gespräche 1934–1945, hrsg. von Claire Nix unter Mitarbeit von R. Phelps und G. Pettee, Stuttgart 1974
- Feder, Ernst: Heute sprach ich mit... Tagebücher eines Berliner Publizisten, 1926–1932, hrsg. von Cécil Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971
- Fittko, Lisa: Mein Weg über die Pyrenäen. Erinnerungen 1940/41, München 1985
- François-Poncet, André: Als Botschafter in Berlin 1931–1938, Mainz 1949²
- Frey, Varian: Surrender on Demand, New York 1945 (dt. Übers.: Auslieferung auf Verlangen. Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940, München 1986)
- Friedensburg, Ferdinand: Lebenserinnerungen, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969
- Groeben, Klaus von der: Im Dienst für Staat und Gemeinschaft. Erinnerungen, Kiel 1995
- Grzesinski, Albert: La Tragi-Comédie de la Republic Allemande, Paris 1934
- Ders.: Inside Germany, New York 1939
- Hallgarten, Georg W. F.: Als die Schatten fielen. Erinnerungen vom Jahrhundertbeginn zur Jahrtausendwende, Berlin, 1969
- Henle, Günter: Weggenosse des Jahrhunderts. Als Diplomat, Industrieller, Politiker und Freund der Musik, Stuttgart 1968
- Hoegner, Wilhelm: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München 1977
- Kessler, Harry Graf von: Tagebücher 1918–1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt/M. 1961
- Kesten, Hermann (Hrsg.): Ich lebe nicht in der Bundesrepublik, München 1964
- Koestler, Arthur: Vorwort zum Nachdruck der Zukunft (Auszüge aus: „Frühe Empörung“ und „Abschaum der Erde“, gesammelte autobiographische Schriften, Bd. I und II, Wien, 1970/71), Vaduz 1978
- Ders.: Als Zeuge der Zeit. Das Abenteuer meines Lebens, Bern 1983
- Krockow, Christian Graf von: Die Reise nach Pommern, Stuttgart 1987
- Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt/M. 1968
- Löwenstein, Prinz Hubertus zu: Towards the Further Shore, London 1968
- Ders.: Abenteuer der Freiheit, Frankfurt/M. 1983
- Luther, Hans: Vor dem Abgrund. 1930–1933, Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin 1964
- Mann, Thomas: Tagebücher, Bd. II, 1937–1939, Frankfurt/M. 1977
- Noth, Ernst Erich: Erinnerungen eines Deutschen, Hamburg 1971
- Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen, Leipzig 1936
- Pinthus, Kurt: Wohlmeinender Besucher, in: Kesten (Hrsg.), Ich lebe nicht in der BRD, S. 131–138
- Pünder, Hermann: Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961
- Scheer, Maximilian: So war es in Paris, (Berlin 1964), Frankfurt/M. 1973
- Schlange-Schöningen, Hans: Am Tage Danach, Hamburg 1946
- Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Es geschah in Deutschland, Stuttgart 1951
- Ders.: Staatsbankrott: Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1920–1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister, Göttingen 1974
- Severing, Carl: Mein Lebensweg, 2 Bde., Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950
- Stampfer, Friedrich: Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik, Offenbach 1947
- Ders.: Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957
- Staudinger, Hans: Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934, hrsg. von Hagen Schulze, Bonn 1982
- Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968

Ders.: Für Deutschland im Exil, Düsseldorf 1973

Weichmann, Elsbeth: Zuflucht. Jahre des Exils. Mit einem Vorwort von Siegfried Lenz, Hamburg 1983

3. Monographien:

Abosch, Heinz: Von der Volksfront zu den Moskauer Prozessen, in: *Exilforschung*, Bd. 1, S. 27–44
 Achterberg, Erich: *Berliner Banken im Wandel der Zeit*, Frankfurt/M. 1956

Ders.: Die Preußenkasse und ihr letzter Präsident, in: *Beiträge zur Bankgeschichte* 5 (1968)

Alexander, Thomas: *Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden*, Bielefeld 1992

Alles über die Frankfurter Allgemeine Zeitung, hrsg. von der FAZ, Frankfurt/M., 1984¹⁷

Badia, Gilbert (Hrsg.): *Les barbelés de l'exil. Etudes sur l'émigration allemande et autrichienne (1938–1940)*, Grenoble 1979

Ders./Hélène Roussel: *Activités politiques et culturelles des émigrés de 1933 à 1939, in: Emigrés français en Allemagne – Emigrés allemands en France 1685–1945*, Paris 1983

Baier, Roland: *Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreiches und der Weimarer Republik*, Köln 1980

Bartsch, Günter: *Zwischen drei Stühlen. Otto Strasser. Eine Biographie*, Koblenz 1971

Bay, Jürgen: *Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik (Diss.)*, Erlangen 1965

Becker, Josef: Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: *GWU* 17 (1966), S. 201–219

Benz, Wolfgang: Papens „Preußenschlag“ und die Länder, Dokumentation, in: *VfZ* 18 (1970), S. 320–338

Ders./Immanuel Geiss: *Staatsstreich gegen Preußen 20. Juli 1932*, Düsseldorf 1982

Berdahl, Robert: *Preußischer Adel. Paternalismus als Herrschaftssystem*, in: Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Preußen im Rückblick*, Göttingen 1980, S. 123 ff.

Besson, Waldemar: *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart 1959

Biewer, Ludwig: Konrad Adenauer – ein preußischer Politiker? Sein politisches Wirken in den Jahren 1903–1933, in: *Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz*, Bd. XIX, Berlin 1983, S. 109–127

Ders. (Hrsg.): *Preußen in der Weimarer Republik. Katalog zur Ausstellung des GSTA Preußischer Kulturbesitz*, Berlin 1983²

Borcke-Stargardt, Henning Graf von: *Der Ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik. Ein Beitrag zur Agrar- und Zeitgeschichte*, Würzburg 1957

Bosséno, Christian: *Retrouvailles. Madeleine, Femme D'Action*, in: *Le Magazine Mensuel D'Entreprise Du Groupe CNCA* 30 (Mars 1993)

Bouvier, Beatrix: *Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus (Diss.)*, Frankfurt/M. 1972

Boyens, Wilhelm Friedrich: *Die Geschichte der ländlichen Siedlung 1919–1939*, 2 Bde., Berlin 1960

Bracher, Karl Dietrich: Brünnings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: *VfZ* 19 (1971), S. 113–123

Ders.: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Düsseldorf 1978/1984

Ders.: Dualismus oder Gleichschaltung: Der Faktor Preußen in der Weimarer Republik, in: Ders. u. a. (Hrsg.): *Die Weimarer Republik*, S. 535–551

Ders./Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Düsseldorf 1987

Brenner, Arthur: „Hirngespinnste“ oder moralische Pflicht? Emil J. Gumbel im französischen Exil 1932 bis 1940, in: *Exilforschung*, Bd. 8, S. 128–141

Brüning, Heinrich: *Festschrift: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*, hrsg. von Ferdinand Hermens und Theodor Schieder, Berlin 1967

- Busche, Manfred: Zur Gründungsgeschichte der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Schriften der DG Bank, 13. Jg., Nr. 2, April 1968, S. 81–89
- Das deutsche Genossenschaftswesen, Veröffentlichung der DG Bank, Bd. 15, Frankfurt/M. 1990
- Dierske, Ludwig: War eine Abwehr des „Preußenschlags“ vom 20. Juli 1932 möglich?, in: Zeitschrift für Politik 17 (1970), H. 3, S. 197–245
- Draheim, Georg: Genossenschaften. Überblick und Entwicklung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 4, Stuttgart 1965, S. 350–373
- Ders.: Festschrift zum 65. Geburtstag. Genossenschaften und Genossenschaftsforschung. Strukturelle und ablaufanalytische, historische und systematische Aspekte der Genossenschaften des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, hrsg. von Gerhard Weisser und Werner W. Engelhardt, Göttingen 1968
- Ders.: Grundfragen des Genossenschaftswesens, Frankfurt/M. 1983
- Ehni, Hans-Peter: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–32, Bonn 1975
- Elias, Norbert: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992
- Engelhardt, Werner W.: Zum Situations- und Problembezug von Entscheidungsmodellen bei Johann Heinrich von Thünen, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft 163 (1983), S. 561–588
- Ders.: Allgemeine Ideengeschichte des Genossenschaftswesens. Einführung in die Genossenschafts- und Kooperationslehre auf geschichtlicher Basis, Darmstadt 1985
- Ders.: Zur Relevanz morphologisch-typologischer Theorieaspekte für die Genossenschaftslehre, in: Zerche, Jürgen/Philipp Herder-Dorneich/Werner W. Engelhardt, Genossenschaften und genossenschaftliche Forschung. Festschrift des Seminars für Genossenschaftswesen zum 600-jährigen Gründungsjubiläum der Universität Köln, Regensburg 1989
- Erdmann, Karl Dietrich/Hagen Schulze (Hrsg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute (Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung, Juni 1979), Düsseldorf 1980
- Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 10 Bde., hrsg. von Klaus-Dieter Krohn u. a., München 1983 ff.
- Fabian, Ruth: Die deutschen Emigranten in Frankreich nach 1933, München 1978
- Faust, Helmut: Die Zentralbank der Deutschen Genossenschaften. Vorgeschichte, Aufbau, Aufgaben und Entwicklung der Deutschen Genossenschaftskasse, Frankfurt/M. 1967
- Ders.: Die Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung in England, Frankreich und Deutschland sowie ihre weitere Entwicklung im deutschen Sprachraum, Frankfurt/M. 1977³
- Fetscher, Iring: „Die Chance des Neubeginns. Dreißig Jahre ‚Wipog‘“, in: Offene Welt, Nr. 104, Frankfurt/M. 1978.
- Fiederlein, Friedrich Martin: Der deutsche Osten und die Regierung Brüning, Papen, Schleicher (Diss.), Würzburg 1966
- Flügge, Manfred: Paris ist schwer. Deutsche Lebensläufe in Frankreich, Berlin 1992
- Freyermuth, Gundolf S.: Reise in die Verlorengegangenen. Auf den Spuren deutscher Emigranten, Hamburg 1990
- Genossenschaften – quo vadis? Eine neue Anthologie. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, hrsg. von Peter Eichhorn u. a., Beiheft 1988, Baden-Baden 1988
- Gillesen, Günther: Auf verlorenem Posten – Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986
- Görlitz, Walter: Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953
- Ders.: Die Junker. Adel und Bauern im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten, Glücksburg 1957
- Gottschalk, Arno: „Dahinter steckt immer ein kluger Kopf“. Die grauen Eminenzen der FAZ, in: Hermannus Pfeiffer (Hrsg.), Die FAZ, S. 44–68
- Grabe, Wilhelm: Ein dissidenter Nationalsozialist im Exil. Otto Strasser und die Schwarze Front 1930–1940 (Magisterarbeit, IfZ)
- Grebing, Helga: Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? Perspektiven linkssozialistischer Emigration für den Neuaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, in: Exilforschung, Bd. 3, S. 43–58

- Dies. u. a.: Der deutsche Sonderweg in Europa 1806–1945, eine Kritik, Stuttgart 1986
- Groebe, Klaus v. der: Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945, hrsg. von Kurt G. A. Jeserich/Helmut Neuhaus, Stuttgart 1991
- Ders.: Das Land Ostpreußen. Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750 bis 1945, Köln 1993
- Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Mit einem Vorwort von Arthur Koestler, München 1967, Leipzig 1991
- Grossmann, Kurt: Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt/M. 1969
- Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962
- Hartmann, Rudolf: Von der „Preußenkasse“ zur „Deutschen Genossenschaftskasse“, in: Edeka Rundschau, Nr. 12, 23. 6. 1950, S. 30–33
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969
- Holtferich, Carl-Ludwig: Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?, in: HZ, Bd. 235, 1982, S. 605–631
- Hömig, Herbert: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979
- Hummerich, Helga: Wahrheit zwischen den Zeilen. Erinnerungen an Benno Reifenberg und die Frankfurter Zeitung, Freiburg 1984
- Ilsar, Yehiel: Im Streit für die Weimarer Republik. Stationen im Leben des Hermann Badt, Berlin 1992
- Jasper, Willi: Heinrich Mann und die Volksfrontdiskussion, Bern 1982
- Ders.: Heinrich Mann und die „Deutsche Volksfront“, Mythos und Realität intellektueller Ideenpolitik im Exil, in: Exilforschung, Bd. I, S. 45–60
- Ders.: Entwürfe einer neuen Demokratie für Deutschland. Ideenpolitische Aspekte der Exildiskussion 1933–1945. Ein Überblick, in: Exilforschung, Bd. 2, S. 271–298
- Jatzlauk, Manfred: Das Jahr 1925: Ein Wendepunkt in der Agrarpolitik der Weimarer Republik?, in: Agrargeschichte, H. 24, 1990
- Jong, Louis de: Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959
- Kampmann, Wanda: Deutsche Juden. Geschichte der Juden in Deutschland vom Mittelalter bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1989
- Kersten, Kurt: Das Ende Willi Münzenbergs. Ein Opfer Stalins und Ulbrichts, in: Deutsche Rundschau, H. 5, 1957, S. 490 f.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986⁴
- Kluthe, Klaus: Genossenschaften und Staat in Deutschland. Systematische und historische Analysen deutscher Genossenschaftspolitik bezogen auf den Zeitraum 1914 bis zur Gegenwart, Berlin 1985
- Köhler, Henning: Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: VfZ 17 (1969), S. 276–307
- Ders.: Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1981
- Korff, Gottfried/Winfried Ranke (Hrsg.): Preußen. Versuch einer Bilanz, Führer zur Preußen-Ausstellung in Berlin 1981, Hamburg 1981
- Koslowski, Stefan: Die Geburt des Sozialstaats aus dem Geist des Deutschen Idealismus. Person und Gemeinschaft bei Lorenz von Stein, Weinheim 1989
- Kreis, Gabriele: Frauen im Exil. Dichtung und Wirklichkeit, Düsseldorf 1984
- Krockow, Christian Graf v.: Tradition und Geschichtsbewußtsein im sozialen Wandel, in: Das Parlament, Beilage 17 (1982), S. 3–9
- Ders.: Wozu brauchen wir eigentlich Parteien?, in: Ders. und Peter Lösche (Hrsg.), Parteien in der Krise, München 1986, S. 49 ff.
- Laharie, Claude: Le Camp de Gurs, 1939–1945. Un Aspect Méconnu de l'Histoire du Béarn, Biarritz 1989
- Langkau-Alex, Ursula: Volksfront für Deutschland? Bd. I: Vorgeschichte und Gründung des „Aussschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ 1933–1936, Frankfurt/M. 1977
- Laurinkari, Juhani: Genossenschaftswesen. Hand- und Lehrbuch, München 1990
- Liang, Hsi-Huey: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 47), Berlin 1977
- Lindheim, Hermann von: Zu Papens Staatsstreich vom 20. 7. 1932, in: GWU 11 (1960), S. 154–164

- Luthardt, Wolfgang/Alfons Söllner (Hrsg.): Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, Köln 1985
- Maas, Lieselotte: Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–45, 4 Bde., München 1976–1990, Bd. 4: Zeitungen des deutschen Exils in Europa von 1933–39 in Einzeldarstellung
- Mallmann, Klaus Michael: „Denk ich an Deutschland in der Nacht...“. Saarländer im Exil, in: Ders., *Richtig Daheim...*, S. 172–177
- Matthias, Erich/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960/1979²
- Menzel, Walter: Carl Severing und der 20. Juli 1932, in: *Die Gegenwart* 7, Nr. 168 (8. 11. 1952)
- Meulenbergh, Gottfried: Vor 25 Jahren, in: *Raiffeisen-Rundschau*, Nr. 8 (1955), S. 179ff.
- Möller, Horst: Das demokratische Preußen, in: *Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions*, bearb. und hrsg. von Otto Büsch, Berlin 1981, S. 231–245
- Ders.: *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932* (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), Düsseldorf 1985
- Mommsen, Hans: Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning, in: *VfZ* 21 (1973), S. 151–165
- Ders.: Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Ders. (Hrsg.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt/M. 1974, S. 106–133
- Ders.: Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik, in: Bracher u. a. (Hrsg.), *Die Weimarer Republik*, S. 552–586
- Ders.: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933 (*Propyläen Geschichte Deutschlands*, Bd. 8), Berlin 1989
- Moreau, Patrick: Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“. Otto Strasser 1930–1935, Stuttgart 1984
- Morsey, Rudolf: Zur Geschichte des „Preußenschlags“ am 20. Juli 1932. Dokumentation, in: *VfZ* 9 (1961), S. 430–439
- Ders.: Adenauer als Präsident des preußischen Staatsrats, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), *Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln*, Köln 1976, S. 355–404
- Ders.: Adenauer und der Nationalsozialismus, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), *Konrad Adenauer*, S. 447–497
- Mühlen, Patrik v. zur: *Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933–1945: politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration*, Bonn 1988
- Muth, Heinrich: Zum Sturze Brünings. Der agrarpolitische Hintergrund, in: *GWU* 16 (1965), S. 749ff.
- Ders.: Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 32, in: *Brüning-Festschrift*, S. 317–360
- Mutius, Albert v. (Hrsg.): *Lorenz von Stein 1890–1990. Akademischer Festakt zum 100. Todestag*, in: *Schriftenreihe des Lorenz-von-Stein-Instituts*, Bd. 15, Kiel 1990
- Neumann, Franz L.: Deutsche Demokratie, in: Ders., *Wirtschaft, Staat und Demokratie, Aufsätze 1930–1954*, Frankfurt/M. 1978, S. 327 f.
- Neumann, Robert: Marcus oder die Emigration. Kapitel aus: *An den Wassern von Babylon*, (Oxford 1939), Wien 1954, S. 257ff., in: *Loewy*, Bd. 2, S. 509ff.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: Der vergessene Auftrag, in: *Ludwig Erhard, Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, hrsg. von Gerhard Schröder u. a., Bonn 1972, S. 168 f.
- Paul, Gerhard: Lernprozess mit tödlichem Ausgang. Willi Münzenbergs Abkehr vom Stalinismus, in: *Exilforschung*, Bd. 8, S. 9ff.
- Ders.: Der verratene Sozialist, in: *Die Zeit*, Nr. 27, 29. 6. 1990
- Pech, Karl-Heinz: „Seid einig gegen Hitler“. Die Konferenz des Lutetia-Kreises am 2. 2. 1936 in Paris, in: *Unsere Zeit*, Düsseldorf, 28. 1. 1976
- Ders./Dieter Schiller/Manfred Hahn: *Exil in Frankreich*, Bd. 7 der Reihe: *Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–45 in 7 Bden.*, Leipzig/Frankfurt/M. 1981
- Pfeiffer, Hermannus (Hrsg.): *Die FAZ. Nachforschungen über ein Zentralorgan*, Köln 1988
- Ders.: *Frankfurter Allgemeine Zeitung und Deutsche Bank. Ein Beitrag zur Vor- und Gründungsgeschichte eines Zentralorgans*, in: Ders. (Hrsg.), *Die FAZ*, S. 17–43

- Pohle, Fritz: Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland (1937–1946), Stuttgart 1986
- Prinz, Michael: Angestellte und Nationalsozialismus. Ein Gespräch mit Hans Speier, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 552–562
- Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), Bad Godesberg 1966
- Ders.: Innovation von oben. Zur deutschen Tradition, in: *Offene Welt* 103 (1975) zum Thema „Überforderte Demokratie?“, Hrsg.: Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947, Frankfurt/M. 1975, S. 21–32
- Ders./Heinrich-August Winkler (Hrsg.): Preußen im Rückblick, in: Sonderheft 6 der Zeitschrift für Geschichte und Gesellschaft, Göttingen 1980
- Rott, Martin: Ein Grab im Schatten des Vercors, FAZ-Magazin, 22. 6. 1990
- Saage, Richard: Otto Kirchheimers Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems 1935–1941, in: Luthardt/Söllner (Hrsg.), *Verfassungsstaat*, S. 77 ff.
- Schiller, Dieter: Die Deutsche Freiheitsbibliothek in Paris, in: *Exilforschung*, Bd. 8, S. 203–220
- Schulz, Gerhard: Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der Osthilfe der Regierung Brüning, in: *Brüning-Festschrift*, S. 141–204
- Ders.: „Preußenschlag“ oder Staatsstreich? Neues zum 20. Juli 1932, in: *Der Staat*, 17 (1978), S. 553–581
- Ders.: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin 1992
- Schulz, Klaus D.: Unternehmerinteresse und Wirtschaftssystem. Beiträge der Unternehmer zur politischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, mit einem Vorwort von Iring Fettscher, in: *Arnoldshainer Schriften zur interdisziplinären Ökonomie*, Bd. 12, Frankfurt/M. 1986
- Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M. 1977
- Ders.: Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982
- Schumacher, Martin: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978
- Ders.: Otto Klepper, in: *Neue deutsche Biographie*, Bd. 12, Berlin 1980, S. 49 f.
- Schüssler, Hanna: Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Eliten in Preußen, in: Hans-Jürgen Puhle u. a. (Hrsg.), *Preußen im Rückblick*, S. 89 ff.
- Schwarz, Gotthart: Theodor Wolff und das Berliner Tageblatt. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933, Tübingen 1968
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, Bd. 2: Der Staatsmann, Stuttgart 1991
- Schwiedrzik, Wolfgang M.: Träume der ersten Stunde. Die Gesellschaft Imshausen. Ein Porträt jenes Kreises, in dem 1947/48 Gelehrte, Politiker und Publizisten nach einem geistigen Neuanfang für Deutschland suchten, Berlin 1991
- Söllner, Alfons: Emigrantenblicke. Westdeutschland im Urteil von Franz Neumann und Otto Kirchheimer, in: Luthardt/Söllner (Hrsg.), S. 101 ff.
- Söseman, Bernd: Das Ende der Weimarer Republik in der Kritik demokratischer Publizisten, Berlin 1976
- Speier, Hans: From the Ashes of Disgrace. A Journal from Germany 1945–1955, Amhurst 1981
- Steffani, Winfried: Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960
- Stehkämper, Hugo (Hrsg.): Konrad Adenauer – Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln, Köln 1976
- Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973
- Thalmann, Rita: Jochen Klepper. Ein Leben zwischen Idyllen und Katastrophen, München 1977
- Topf, Erwin: Wer stürzte Brüning? Hintergründe einer Intervention, in: *Der Monat* 13 (1960), H. 3, S. 41–49

- Ders.: Tatsachen um Brünings Entlassung, in: Vorwärts, 12. 4. 1961
- Treviranus, Gottfried R.: Zur Rolle und Person Kurt von Schleichers, in: Brüning-Festschrift, S. 363–382
- Trumpp, Thomas: Franz von Papen. Der Preußisch-Deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932 (Diss.), Marburg 1963
- Unruh, Georg-Christoph v.: Die fortwirkende Bedeutung der Lehre Lorenz von Steins, in: Bayerische Verwaltungsblätter 1991, Heft 15, S. 457 ff.
- Vander Heide, Ralph Peter: Deutsche Blätter für ein europäisches Deutschland. Gegen ein deutsches Europa. A cultural-political study (Diss.), State University of New York at Albany 1975
- Vogelsang, Thilo: Das Verhältnis Bayerns zum Reich in den letzten Monaten der Weimarer Zeit (Juni 1932–Januar 1933), in: Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich. Forschungen zur bayerischen Geschichte vornehmlich im 19. Jahrhundert. Wilhelm Winkler zum Gedächtnis, hrsg. von den Staatlichen Archiven Bayerns, München 1960, S. 460–488
- Walter, Hans-Albert: Deutsche Exilliteratur 1933–1950, 4 Bde., Stuttgart 1987 ff., Bd. 1: Bedrohung und Verfolgung bis 1933 (1972); Bd. 2: Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis (1984); Bd. 3: Internierung, Flucht und Lebensbedingungen im Zweiten Weltkrieg (1988); Bd. 4: Exilpresse (1978)
- Walz, Dieter: Die Agrarpolitik der Regierung Brüning (Diss.), Erlangen 1971
- Weißbecker, Manfred: Die Deutsche Freiheitspartei 1937–1941, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), 4 Bde., hrsg. von Dieter Fricke u. a., Köln 1983, Bd. I, S. 649–652
- Wengst, Udo: Schlange-Schöninggen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: GWU 30 (1979), S. 538–551
- Wessel, Harald: Münzenbergs Ende 1933/1940, Berlin 1991
- Widder, Erwin: Reich und Preußen vom Regierungsantritt Brünings bis zum Reichsstatthaltergesetz Hitlers. Beiträge zum Reich–Länder-Problem der Weimarer Republik (Diss.), Frankfurt/M. 1959
- Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987
- Ders. (Hrsg.): Die deutsche Staatskrise 1930 – 1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992
- Ders.: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der Ersten Deutschen Demokratie, München 1993
- Zühlsdorff, Volkmar: Die Deutsche Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil und die American Guild for German Cultural Freedom, in: Der freie Beruf, H. 3, April 1988

Abkürzungen

Abt.	Abteilung
AD	Archives Diplomatiques, Ministère Des Affaires Étrangères
AdHU	Archiv der Humboldt-Universität
AdR	Akten der Reichskanzlei
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AdU	Archiv der Universität
AE/F	Archives Économiques Et Financières Du Ministère De L'Économie, Des Finances Et Du Budget
Allg.Kor.FAZ	Allgemeine Korrespondenz FAZ
Anm.	Anmerkung
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAP	Bundesarchiv Potsdam
BDC	Berlin Document Center
bearb.	bearbeitet
Bl.	Blatt
Bl.f.Gen.	Blätter für Genossenschaftswesen
BM	Bundesministerium
BN	Bibliothèque Nationale
C.A.R.A.N.	Archives De France
CDU	Christlich-Demokratische Union
CNCA	Caisse Nationale Du Crédit Agricole
D.B.	Deutsche Blätter
D.B.CH.	Deutsche Botschaft China
DDB	Deutsche Domänenbank
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFP	Deutsche Freiheitspartei
DGBkA	Deutsche Genossenschafts Bank Archiv
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DPV	Domänenpächterverband
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt/M.
Dt.Bibl.	Deutsche Bibliothek, Frankfurt/M.
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
Fin.Kor.FAZ	Finanz-Korrespondenz-FAZ
FM	Finanzminister und -ministerium
FNP	Frankfurter Neue Presse
FRS	Frankfurter Rundschau
FZ	Frankfurter Zeitung
GSTAB	Geheimes Staatsarchiv Berlin
GSTAM	Geheimes Staatsarchiv, vormalig Merseburg

GWU	Zeitschrift für Geschichte, Wissenschaft und Unterricht
HAStK	Historisches Archiv der Stadt Köln
HdA/K-FAZ	Handakte Klepper/FAZ
Hrsg.	Herausgeber
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IHK	Industrie- und Handelskammer
IM	Innenminister
IRC	International Rescue Committee
JM	Justizminister
KASt	Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
K/Kor.	Klepper Korrespondenz
K-L/USA	Korrespondenz Klepper mit Lübke zur USA-Reise
KM	Kultusminister
KNL	Klepper Nachlaß
Kor/Hrsg.	Korrespondenz mit Herausgebern
Kor.K/Klein	Korrespondenz: Klepper – Julius Klein
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
M.d.W.	Mitteilungen der Wipog
MfLuF	Minister für Landwirtschaft und Forsten
MfV	Minister für Volkswohlfahrt
ND-P.Z.	Nachrichtendienst der Preußenkasse
NL	Nachlaß
NTB	Neues Tageblatt
O.W.	Offene Welt
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Pr. und preuß.	preußisch
PrFM	Preußischer Finanzminister
PrLT	Preußischer Landtag
PrMP	Preußischer Ministerpräsident
PrStM	Preußisches Staatsministerium
PTZ	Pariser Tageszeitung
P.Z.	Preußische Zentralgenossenschaftskasse
RA	Rechtsanwalt
RFM	Reichsfinanzminister
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RK	Reichskanzler
RLB	Reichslandbund
RP	Reichspräsident
RT	Reichstag
RV	Reichsverband
SAPD	Sozialistische Arbeiter Partei
Sopade	SPD-Emigrationsvertretung
Sp.	Spalte
StAH	Staatsarchiv Hamburg

StAK	Staatsarchiv Kassel
STBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VNL-K	Vorläufig registrierter Nachlaß Klepper
Vorst./Beir.	Vorstand und Beirat
WA	Wirtschaftsarchiv
Wipog	Wirtschaftspolitische Gesellschaft
Wipog-Dok.	Dokumentationen aus den Anfangsjahren der Wipog

Personenregister

Auf die Aufnahme des Namens Otto Klepper wurde verzichtet.

- Abegg, Wilhelm 121, 126, 133, 136, 148 f.
Abendroth, Wolfgang 151
Abetz, Otto 220 f.
Abs, Hermann Josef 249, 283 f.
Ackermann, Friedrich 63, 239, 280, 284, 296
Adenauer, Konrad 93, 131 f., 146 f., 155, 218, 244, 267 f., 272, 283 f., 289, 299, 307
Adolff, Hans 257
Adorno, Theodor W. 307
Aereboe, Friedrich 27–29, 31, 33, 53, 73, 84, 90
Albersmann, Heinrich 54, 56, 239, 280, 294
Amann, Gustav 166
Amelung, Walther 207
Apostel Paulus 17
Arnim, Detlef v. 41
Arnold, Karl 207
Arnoldi 26
Aron, Ludwig 22, 174, 191, 194, 199, 210, 267, 297, 302
Aron, Margot 194
Aron, Raymond 272
Aschberg, Olof 196, 212
Aschkenasi, Ludwig 264

Baecker, Paul 302
Baerensprung, Horst W. 165, 168, 170–172, 230
Baerensprung, Käthe 170–172, 296
Ballvé, Faustino 229 f.
Batocki-Friebe, Adolf Tortiowicz v. 40, 76
Bauer, Walter 239, 259, 280
Baumgarten, Hans Paul 254, 278
Bayer, Fritz 255, 274
Beer, Max 213
Beerbohm 259 f.
Behr, Felix Graf v. 41
Bénédite, Daniel 227
Benjamin, Walter 225
Benson, Ezra Taft 290
Berg 71
Berg, Fritz 284
Bergengruen, Werner 237
Bermann-Fischer, Gottfried 127
Bernfeld, Raffael 145
Bernhard, Georg 130, 134 f., 138, 145, 175, 185–187, 189, 196, 203 f.
Bernhard, Karl 284
Bernuth, Bernhard v. 25, 50

Billy, André 220
Bismarck, Otto v. 139, 147, 182
Black, Eugene Robert 290
Blaum, Kurt 239, 280
Blessing, Karl 284
Blewett, W. V. 172
Bloch, Kurt 145, 165 f., 168, 172, 293
Bloch, Marc 219 f.
Block, August 27
Blücher, Franz 307
Blum, Léon 175
Blume 99
Blumenthal, Otto 279
Blunk, Paul 74, 80
Boden, Hans C. 240
Böckelmann, Julius 27
Böhm, Franz 295, 305
Böhme, Gustav 239, 280
Bötzkes, Wilhelm 82
Bolz, Eugen 132
Bonn, Julius 206
Bopp, Juan José 281
Bowden, Dina 228
Bracht, Franz 129
Brandes, Ernst 69
Brandt, Karl 32 f., 62 f., 154, 158 f., 161 f., 172, 226
Brandt, Willy 305
Brauer, Max 165–168, 171
Braun, Georg 20 f., 50, 282
Braun, Magnus Freiherr v. 67, 71
Braun, Max 186, 189, 203 f.
Braun, Otto 41, 50, 60, 74, 80–82, 84, 87–90, 92 f., 96 f., 100, 102, 108, 111, 114, 116–118, 120–122, 128 f., 132, 135, 137 f., 140–142, 147, 151, 156, 169, 189
Brecht, Arnold 97–99, 127 f., 141, 152, 154, 226
Breitscheid, Rudolf 186 f., 189, 200, 203
Brentano, Heinrich v. 283
Briand, Aristide 218
Briand-Clausen, Eric 166
Broich, Edmund Freiherr v. 37
Brüning, Anton Paul 147
Brüning, Heinrich 14, 22, 72, 80–86, 88 f., 91, 93, 95–98, 101–104, 106–108, 110–118, 120 f., 147, 188, 190, 306
Bucerius, Gerd 242
Buchrucker, Bruno Ernst 128

- Buck, Pearl S. 172, 236
 Büsing, Hans Karl 157–159, 162

 Campe, Carl v. 276, 284
 Chiang Kai-shek 164, 167, 299
 Christ, Rudolf 253
 Clausewitz, Carl v. 24
 Comert, Pierre 212 f.
 Conant, James B. 287 f.
 Cornelius 27
 Cost 260
 Curtius, Julius 47

 Dahlem, Franz 189
 Dallwig, Hans 253
 Daniel, Alfred 282
 Davis 290
 Degon, Jean 10, 109, 156, 195, 219, 224–226, 236
 Dehler, Thomas 282, 284, 294
 Deissmann, Ernst 238, 257 f., 259, 280
 Delbos, Yvon 218
 Demuth, Fritz 198, 206
 Denicke, G. 189
 Dethleffsen, Erich 243, 261, 275
 Dewitz, Johann Georg v. 84, 87 f.
 Diamant, Max 228
 Diels, Rudolf 121
 Dietrich, Hermann 82 f., 97, 101, 117, 122
 Dirks, Walter 243, 251
 Dörpinghaus, Bruno 267
 Doertenbach, Ulrich 266
 Dombrowski, Erich 253 f., 271 f., 276
 Drechsler, Wolfgang 243, 293
 Duttweiler, Gottlieb 303

 Ebeling 25
 Edgerton, G. E. 290
 Ehlers, Hermann 243
 Eick, Jürgen 255, 265
 Eickhoff, Helene (Schwiegermutter) 24
 Eickhoff, Hermann (Schwiegervater) 24
 Elbau, Julius 130
 Emonts, Karl 201 f.
 Engelmann 205, 209
 Engelmann, Konrad 15, 35, 54–56, 65 f. 93 f. 123, 134 f., 151, 197, 221 f., 234, 254, 282, 293 f., 297, 304 f., 306
 Erhard, Ludwig 239, 245 f., 250, 256, 267 f., 280, 290 f.
 Ernst, Eduard 250
 Eucken, Walter 243, 271
 Eulenburg, Botho Graf v. 37
 Fecht, Hermann 132
 Feder, Ernst 196
 Fehr, Anton 69

 Fernandez, Mariano 229 f.
 Feßler, Othmar 75 f., 85
 Feuchtwanger, Lion 175, 196
 Finkenzeller, Erwin 254
 Fischer, Louis 292
 Fischer, Martin 164, 168 f., 171 f.
 Fischer, Ruth 192, 287
 Fittko, Lisa 225, 227
 Fleischmann 228
 Flohr, Gustav 223–225
 Foerster, Friedrich Wilhelm 295
 Fourier, Charles 177
 Franck, Otto Heinrich 257
 Franco, Francisco 189, 193 f.
 François-Poncet, André 103, 109 f., 213
 Frankenbach, Friedrich Wilhelm 74, 76
 Fraund, Adolf 253 f., 261
 Frey, Varian 227
 Friedrich III. 19
 Frischauer, Paul 212–214
 Frotscher 274
 Funcke, Eduard 149
 Funk, K. 189

 Gaither, Rowan 292
 Gather, Gernot 168, 243, 247 f., 263 f., 271, 275, 277, 281, 286
 Gaulle, Charles de 218
 Gayl, Wilhelm Freiherr. v. 41, 122, 125, 131 f.
 Gennes, Otto 67 f., 71
 George, Manfred 270
 Gignoux 109
 Glaeser, Wilhelm 27
 Globke, Hans 283
 Gnegel, Bernhard 255, 263
 Goebbels, Joseph 100, 202
 Goerdeler, Carl-Friedrich 251
 Göring, Hermann 155
 Goldmann-Finkler 205
 Gollwitzer, Helmut 288
 Goltz, Rüdiger Graf v. der 157
 Gottheiner, Georg 60
 Grabowski, Franz 258
 Graf, Karl 239, 280
 Grimme, Adolf 97, 156, 168
 Groeben, Klaus v. d. 78
 Gross, Babette 175, 189, 192, 196, 201–205, 212, 217, 221, 228, 230, 254, 276 f.
 Gross, Herbert 242, 275, 280
 Gross, Peter 230
 Große-Leege 25
 Grosser, Friedrich 98
 Grossmann, Kurt 292, 295
 Gruyter, Maria-Elisabeth 259
 Grzesinski, Albert 42 f., 79, 90, 121, 129–137, 156, 164 f., 168
 Gumbel, Emil J. 185 f.

- Habicht, Theo 143
 Habicht, Walter 175, 222
 Habs, Hubert 293, 297
 Haffner, Alexander 248, 250–253, 255–258, 260, 262 f., 264–266, 276, 278, 280
 Hagemeyer, Ernst 258
 Hammelbacher, Angelo 262
 Hanisch 27–29
 Harcourt, Robert d' 138
 Harris, Michael 292
 Hauke 271
 Hecht, Jakob 249, 261
 Hegel, Friedrich 298
 Heiden, Konrad 175
 Heilmann, Ernst 47, 94, 97
 Heim, Georg 68
 Heine, Heinrich 154
 Held, Georg 252–254
 Helfer, Karl 243, 286
 Helferich, Hans 141, 150
 Heller, Gerhard 220
 Henle, Günter 239, 260, 280
 Henri IV., französischer König 18
 Hensel, Paul 271, 289
 Hergt, Oscar 91
 Hermes, Andreas 58, 67–69, 71 f., 172, 294
 Hertz, Paul 192
 Heuß, Theodor 243, 272
 Hey, Siegfried 158 f.
 Hildebrand, v. 198
 Hillger-Spiegelberg, Hermann 50, 73
 Hillringhaus, August 54
 Himmler, Heinrich 154
 Hindenburg, Oskar v. 129
 Hindenburg, Paul v. Beneckendorff und v. 43, 75 f., 81–83, 86 f., 88–91, 95 f., 101 f., 104, 113, 116, 120, 129–134, 137 f., 140 f., 151, 179, 221
 Hippel, Walther Wilhelm Ferdinand v. 85
 Hirsch, Julius 145, 156
 Hirtsiefer, Heinrich 84, 90, 94, 97, 103, 115, 122 f., 129–135, 141, 146
 Hitler, Adolf 116, 129 f., 180 f., 188 f., 200, 202–205, 209 f., 214–216, 221, 230 f., 269 f., 304
 Hoar, Arthur 290
 Hoegner, Wilhelm 133, 165, 186 f., 269
 Höltermann, Karl 98, 128
 Höpker-Aschoff, Hermann 47 f., 50, 56, 60, 73, 75, 77, 79, 82, 93, 96–99, 127, 145, 154
 Hoffmann, Werner G. 254 f., 257 f., 260, 262–264, 266–268, 276–280
 Hohenegg, Ludwig 67, 69–71
 Hokanson (Deckname der Familie Klepper) 162
 Holzmann, Wolfgang 258
 Hoppenot, Henri de 163, 230
 Horkheimer, Max 243, 307
 Hugenberg, Alfred 85, 104, 142–144
 Ilau, Hans 242, 265
 Ilseemann, Iwan v. 34
 Jaeckh, Ernst 91
 Jaenicke, Wolfgang 165, 171 f.
 Jenne 158
 Johannssen, Peter 30
 Jordan, Pascual 307
 Jungmann, Erich 228
 Junker, Werner 171
 Just, Artur W. 192
 Kaiser, Jakob 283
 Kalckreuth, Eberhard Graf v. 67, 70, 87
 Kalinowski, Hedwig v., verh. Naumann 10, 156–159, 172, 175, 244, 297, 299
 Kasper, Wilhelm 121, 124
 Kastl, Ludwig 83
 Katz, Agnes 166
 Katz, Rudolf 165 f., 168, 171
 Kaufhold, Joseph 113
 Kehl, Werner 147
 Kellermann, Henry J. 288 f., 291–293
 Kerillis, Henri de 205
 Kersten, Kurt 19 f., 163, 201, 203, 207 f., 212, 293, 295
 Kessler, Harry Graf 110, 131, 138
 Kesten, Hermann 196
 Kimental, Max M. 288
 Kirchheimer, Otto 125 f., 180, 284, 298
 Klein, Julius 292
 Kleist-Retzow, Hans v. 37
 Klepper, Gertrud, geb. Eickhoff (Ehefrau) 24, 152, 157–159, 162 f., 165 f., 194, 204, 228, 235, 287, 293, 296 f.
 Klepper, Gisela (Tochter) 24, 30, 297
 Klepper, Ingrid (Tochter) 24, 142, 153, 156 f., 159, 162 f., 165, 194 f., 204, 228, 287, 293
 Klepper, Jochen 18
 Klepper, Karl Friedrich (Großvater) 18
 Klepper, Karoline Emilie Ottilie, geb. Klingender (Mutter) 18
 Klepper, Konrad Martin (Vater) 18 f., 106
 Klepper, Mary-Beth (Schwiegertochter) 17, 176, 235, 293
 Klepper, Otto Hermann (Sohn) 10, 17, 20, 24, 30, 153, 156 f., 159, 162 f., 165, 173, 176, 194 f., 204, 228, 235, 287, 293
 Klepper, Renate (Tochter) 10, 24, 153, 156 f., 159, 162–165, 173, 176, 194 f., 204, 228, 235, 287, 293 f., 297
 Klingender, Emilie, geb. Noll (Großmutter) 18
 Klingender, Johannes Friedrich (Urgroßvater) 18
 Klingender, Otto Gustav (Großvater) 18
 Klingender, Wilhelm Elias (Urgroßvater) 18

- Kloepfer, Reinhart 269
 Kluthe, Hans Albert 198, 201, 205–208
 Knoerzer, Alfred 258
 Koch-Weser, Erich 230
 Koestler, Arthur 192, 195, 202, 212 f.
 Kolb, Walter 249, 259
 Korn, Karl 254, 276
 Korth, Clément 221
 Kresling, Alexander 271
 Kreuger, Ivar 145
 Kreyser, Friedrich 285
 Kroacker 219
 Kube, Wilhelm 21, 92, 144
 Küster, Otto 260
 Kundt, Ernst 223 f.
 Kurth, Heinrich 131
- Lamm, Hans 292
 Landfried, Friedrich 99
 Landy-Degon, Madeleine 10, 19, 109, 156, 163, 195, 224–227, 236
 Langer, William 292
 Lauffer, Herbert 27, 54–56, 71, 77, 80, 89, 98, 140, 157, 174, 198, 294, 297, 305 f.
 Lauplicher, Otto 99
 Lederer, Joe 169, 172
 Lehmann, Hans 278
 Lehmann, Wolfgang 19, 243
 Leidig, Eugen 50, 56
 Leiske, Walter 307
 Lemmer, Ernst 22
 Liebmann, Carlos G. 155
 Loe, Freiherr Klemens v. 70
 Löbe, Paul 283
 Loest, Johannes 54 f., 297
 Löwenstein, Helga Prinzessin zu 196
 Löwenstein, Hubertus Prinz zu 128, 133, 154, 173, 196, 212, 217, 226 f.,
 Ludwig 27
 Lübke, Heinrich 71, 127, 166, 231, 234, 237, 240, 244, 248, 252, 287, 289–297, 304–306
 Lübkes, Fritz 53, 305
 Luther, Hans 88, 101–103, 111, 113, 120
- Macfarlane, Mrs. 166
 Mackensen, August v. 89
 Malcom, Neill 218
 Mann, Heinrich 138, 175, 180, 185–187, 189 f., 195, 203
 Mann, Klaus 139
 Mann, Thomas 198 f., 203, 211, 216, 231
 Manners, L. 221
 Mansholt, Sicco 294
 Mao Tsetung 168
 Maretzky, Oscar 100
- Markuse, Ludwig 213
 Marx, Wilhelm 43
 Matthiessen, Hans H. 254 f., 260, 262, 297
 McCarthy, Joseph Raymond 293
 McCloy, John 290, 292
 Meissner, Otto 81, 87, 130, 132
 Mellinger, Ludwig 260
 Melzer 63
 Menant, Guy 212 f.
 Mende, Dietrich 98 f., 128
 Merton, Richard 240
 Metzger, Etienne 109
 Meyer, Hans B. 270, 283, 285, 287, 289
 Meyer, Otto 269
 Meyers, Franz 128
 Meynen, D.E.O. 163
 Michaelis, Georg 48
 Miksch, Leonhard 247
 Miquel, Johannes, v. (seit 1897) 26, 38, 44, 65, 97
 Moldenhauer, Paul 83
 Montesquieu, Charles Baron de 220
 Mozer, Alfred 294
 Muckel, Viktor 254, 276
 Muckermann, Hermann 198
 Mueller, Rudolf 238, 242–244, 247, 249–251, 253–255, 258, 262–267, 273, 275, 277 f., 280–282, 292
 Müller, Adolf 146
 Müller, August 75
 Müller, Hermann 80 f., 95
 Müller-Schwefe, Hans 294
 Münzenberg, Willi 14, 175, 177, 185–193, 195 f., 198, 200–204, 206–208, 212 f., 217 f., 221, 231
 Murad, Antonio 229 f.
 Mussolini, Benito 177
 Muthesius, Volkmar 240
- Naumann, Friedrich 20
 Nell-Breuning, Oswald v. 265
 Neumann 99
 Neumann, Franz L. 284, 308
 Neven Dumont, Kurt 242
 Niemöller, Martin 285, 307
 Nobis, Eduard 121
 Nowack, Wilhelm 128, 304
- Oberländer, Theodor 284, 292
 Olden, Rudolf 91, 134 f., 139, 196
 Ollenhauer, Erich 283
 Oppenheimer, Carl 145
- Paasikivi, Julio 157
 Pahlke, Emil 85, 150
 Palewski, M. 212

- Paon, Marcel 196
 Papen, Franz v. 54, 99, 121 f., 124, 129–135, 137,
 141–143, 147, 151, 196, 304
 Pentzlin, Kurt 238, 247, 255, 258, 265, 277 f.,
 280, 282
 Petersen, Alfred 239 f.
 Petersen, Carl 131 f.
 Pezet, Ernest 218
 Pferdmenes, Robert 284
 Pfuhl, Georg 127
 Picht, Georg 285
 Pickert, Albrecht 239, 254 f., 270, 277 f., 280
 Pieck, Wilhelm 189
 Pink, Hans 223–226
 Pinthus, Kurt 233
 Pithe, Erich 285
 Poher, Alain 10, 218, 236
 Poliakow, Wladimir 138
 Popitz, Johannes 142, 155
 Possel, Ernst 54, 140, 142
 Proebst, Hermann 283
 Prokopé, Hjalmar Johan 158
 Pünder, Hermann 41, 81 f., 107, 117–119, 122,
 306
 Pufendorf, Ulrich v. 154, 192, 243, 285 f., 296,
 299 f., 305 f.
- Rabbethge, Oscar 256
 Rabe, Otto 71
 Radbruch 27
 Raiffeisen, Friedrich Wilhelm 36
 Rajchmann, Ludvik 164, 166, 168, 171
 Rauschning, Hermann 208, 214, 217
 Rawitscher 156, 224
 Reber, Charles 209 f.
 Reifenberg, Benno 261
 Reiner, Max 131
 Reinhardt, Max 151
 Remer, Otto Ernst 270
 Reusch, Hermann 244, 254, 260, 277
 Reuter, Ernst 261
 Reynaud, Paul 272
 Richter, Werner 243
 Riess, Erna 229
 Riesser, Hans 291
 Rönneburg, Heinrich 76 f., 80 f.
 Roeper, Hans 255
 Röpke, Wilhelm 145, 245
 Rogge, Erich 91
 Rohde 27
 Rohr-Demmin, Hans v. 22, 40, 88, 92, 100, 140
 Rolland, Romain 218
 Rosenstock-Huessy, Eugen 308
 Rothe, Ferdinand 253 f., 260, 267
 Rován, Joseph 221
 Ruelius, Hermann 255, 274
- Rüstow, Alexander 145
 Ruoff 27
 Ruppert, Martin 255
 Rusker, Udo 230 f., 233, 276, 284
 Rust, Bernhard 63
- Saenger, Kurt 239
 Sahl, Hans 191
 Saint-Simon, Claude Henri de 177
 Salin, Edgar 307
 Schack, Benno v. 25, 27–29
 Schäfer, Albert 284
 Schäffer, Hans 81, 93, 97, 101, 103, 107 f., 110–
 114, 118 f., 120, 130 f.
 Schaub, Wilhelm 54, 140, 297
 Scheer, Maximilian 14, 187, 220 f.
 Scheuer, Karl 60
 Schiele, Martin 64, 69 f., 81–84
 Schlange-Schöningen, Hans 90, 100–102, 104
 Schleicher, Kurt v. 124, 129, 135, 142
 Schleusener, Frank 99, 122
 Schlosser, René 223
 Schmid, Carlo 272
 Schmid, Max H. 248, 255, 258, 264, 278, 280
 Schmidt, Hans Walter 84, 158, 198, 297
 Schmidt, Hermann 97, 123, 156
 Schmitt, Josef Philip 253 f.
 Schneider, Ernst 256
 Schreiber, Walter 97, 123, 156
 Schroeder, Ludwig 254
 Schüle, Adolf 254 f., 262
 Schütttauf, Werner 307
 Schulte, Marcel 250, 261
 Schulze, Erich Edgar 266
 Schulze-Delitzsch, Hermann 36
 Schumacher, Kurt 272 f.
 Schuman, Robert 236
 Schwann, Hans 215
 Schwarzschild, Leopold 145, 185–187, 190 f.,
 196, 200, 221
 Schwenk, Paul 97
 Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf v. 41 f., 93, 108,
 120, 122, 152, 155
 Seebohm, Hermann-Christoph 240
 Seeling, Otto 248, 257 f., 262, 264–266, 269,
 280, 284
 Selchow, Bogislav v. 113
 Semper, Carl 36, 46–48, 50, 54, 59
 Sering, Max 53
 Sethe, Paul 251, 254, 261, 272–274, 278, 281,
 283
 Severing, Carl 14, 42, 97, 107, 114, 120 f., 123,
 126, 128–131, 133–139, 189
 Shuster, George N. 287 f.
 Siebert, Georg 243
 Sieburg, Friedrich 220 f.

- Siedersleben, Rudolf 54 f., 127, 170 f.
 Siehr, Ernst 74
 Silverberg, Paul 82, 85
 Simon, Kurt M. 250, 261
 Skriebe 67
 Sombart, Werner 145
 Soong, T.V. 164–166, 168, 170 f.
 Speier, Hans 243, 288 f.
 Spennrath, Friedrich 284
 Spiecker, Carl 128, 132, 156, 174, 176 f., 184–188, 190 f., 193 f., 196, 198, 201 f., 205–208
 Spinnnecker 27
 Springorum, Fritz 260
 Stahn, Hans Norbert (Deckname Kleppers) 223, 228
 Stampar, A. 166
 Stange, Kurt 151, 158, 163, 172, 187
 Staudinger, Hans 97, 153, 155, 274
 Stegerwald, Adam 83
 Steiger, Heinrich 41, 75–77, 79, 97, 101, 115, 123, 156
 Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum 24, 139
 Stein, Lorenz v. 23 f., 177
 Stennes, Walter 98, 128, 130, 134, 201
 Stenzel, Hugo 250
 Sternberg, Charles 212, 227
 Sternberg, Hubert A. 239
 Steuer, Lothar 145
 Steuerwald-Landmann, Anna 305
 Stoecker, Adolf 20
 Stolper, Toni 274
 Stone, Shepard 277, 292
 Strasser, Georg 155
 Strasser, Otto 128, 201
 Strauss, Ernst 163
 Strauss, Walter 273
 Strecker, Ludwig 254
 Strecker, Willi 253 f.
 Stresemann, Gustav 68, 95, 147, 179, 218
 Studnitz, Hans-Georg v. 223
 Stumm, Friedrich v. 273
 Süsterhenn, Adolf 252
 Sweerts-Sporck, Peter 265

 Talas 159
 Tardieu, André 61, 109 f.
 Tardy, Louis 109 f.
 Teusch, Christine 243
 Thalheim, Karl C. 307
 Theile, Albert 230 f., 298
 Thormann, Werner 195, 212–214, 217, 219
 Thünen, Heinrich v. 24, 31 f., 53
 Tietmann 59, 77
 Tischbein d. Ä., Johann Heinrich 18
 Topf, Erwin 33, 71, 242

 Torgler, Ernst 121
 Trautmann, Oscar 165, 168, 171
 Treitschke, Heinrich v. 100, 140
 Treviranus, Gottfried Reinhold 83 f., 85, 88, 112, 206
 Trotha, Heinrich v. 246

 Uhlemeyer, Richard 284
 Ulbricht, Walter 203

 Vayo, Alvarez del 194
 Velte, Carl Franz 242
 Verdier, François 224
 Verdier, Jean 218
 Villard, Oswald Garrison 154, 173, 226
 Vilmar, Fritz 298, 308
 Vits, Ernst Hellmut 266
 Vladeck, B. Charney 173 f., 186, 198, 212
 Vocke, Wilhelm 284
 Vogel, Fritz 242
 Vogel, Otto A. H. 255, 266

 Wachsmann, Kurt 88
 Wagner, Oskar 201
 Wallenberg, Hans 292
 Walter, Georg 201 f., 208
 Walter, Karl 201
 Wang Chin-wei 164, 168
 Weber, August 154, 208
 Weber, Werner 273
 Wehner, Herbert 283, 307
 Weichmann, Elsbeth 195 f., 228
 Weichmann, Herbert 96 f., 99, 113, 132 f., 135, 191, 213, 230, 233 f., 283
 Weinstein, Adalbert 255, 274
 Weismann, Robert 41, 112, 116, 118, 120
 Weisner, Gerhard 263
 Weiss, Bernhard 164 f., 168
 Weitzel, Heinz 263
 Wels, Otto 125
 Welter, Erich 142, 240, 242, 247, 250–252, 254, 256 f., 260 f., 265, 273, 278–280
 Werzat, Fritz 56
 Westarp, Kuno Graf v. 85
 Westheim, Paul 221
 Weyhe, G. 98
 Wilbrandt, Hans 63
 Wilhelm II. 18 f.
 Winterfeld, Henning Carl v. 74, 144
 Wirth, Joseph 205–207, 212
 Witsch, Josef 270
 Woermann, Emil 284
 Wolff, Kurt 221
 Wolff, Otto 55, 99, 170
 Wolff, Theodor 95
 Wuoliyoki, Sylvi 151 f., 305
 Wuoliyoki, Wäinö 151 f., 159

- | | |
|---|--|
| Zahn, Johannes 291 | Zinn, Georg 283 |
| Zarden, Arthur 122 | Zitzewitz-Kottow, Friedrich Karl v. 85 |
| Zernichow 27 | Zubke, Walther 144 |
| Ziervogel, Friedrich Wilhelm 255, 258, 260, 277 | Zweig, Stefan 218 |

Jüdische Geschichte

Dieter Pohl

Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944

Organisation und Durchführung
eines staatlichen Massen-
verbrechens

2. Aufl. 1997. 455 S., DM 98,–
ISBN 3-486-56313-0

Studien zur Zeitgeschichte,
Band 50

Fast die gesamte jüdische Bevölkerung Ostgaliziens fand zwischen 1941 und 1944 bei Massenerschießungen, im Vernichtungslager Belzec und infolge katastrophaler Lebensbedingungen den Tod. Kennzeichnend ist die breite Beteiligung des Personals der Besatzungsherrschaft am Morden, das keineswegs nur das Geschäft weniger Spezialeinheiten war. Von einer Geheimhaltung der „Endlösung“ kann dabei keine Rede sein. Proteste gegen den Genozid gab es kaum, allenfalls Kontroversen über den Erhalt jüdischer Arbeitskräfte.

Presse:

„In der Tat kommt Pohl mit seinen oft minutiösen Beschreibungen des Mordens und Deportierens dem nahe, was Daniel Goldhagen thematisiert hat.“ (Götz Aly in DIE ZEIT)

Eine Publikation des Instituts für
Zeitgeschichte

Magnus Brechtken

„Madagaskar für die Juden“

Antisemitische Idee und politische
Praxis 1885-1945

1997. X, 336 S., DM 88,–
ISBN 3-486-56240-1

Studien zur Zeitgeschichte,
Band 53

Die traditionelle Judenfeindschaft wandelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem rassistisch geprägten Antisemitismus. Zur „Lösung der Judenfrage“ wurde 1885 die Idee geboren, Madagaskar zur Heimstätte aller Juden der Welt zu machen. Diese Vorstellung fand Anhänger in vielen europäischen Ländern. Eine „Internationale des Antisemitismus“ propagierte Ideen dieser Art bis in die Jahre des „Dritten Reiches“. In dieser Zeit erhielt der Madagaskar-Gedanke eine neue Variante: Um seine „Judenfrage“ zu lösen, bemühte sich die polnische Regierung, Madagaskar als Auswanderungsgebiet für ihre jüdische Bevölkerung und als polnische Kolonie von Frankreich zu erhalten. Hitlers Regime plante nach dem Sieg über Frankreich, die Insel in ein jüdisches Groß-Ghetto unter SS-Aufsicht zu verwandeln.

Eine Publikation des Instituts für
Zeitgeschichte

Oldenbourg

